

Pühl / Sauer (Hrsg.)
Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse

Katharina Pübl studierte Sozialwissenschaften und Philosophie in Frankfurt/M. und ist Referentin für feministische Gesellschafts- und Kapitalismusanalyse im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Vorher langjährig an verschiedenen Universitäten im deutschsprachigen Raum in Frauen- und Geschlechterforschung/Genderstudies wissenschaftlich unterwegs.

Birgit Sauer ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Geschlecht, Politik, Governance; Politik, Emotionen und Affekte; Rechtspopulismus und Geschlecht. Derzeit arbeitet sie an einem Projekt über Transformation von Staatlichkeit und „affektive Gouvernementalität“.

Katharina Pühl / Birgit Sauer (Hrsg.)

**Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse:
queer-feministische Positionen**

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage Münster 2018

© 2018 Verlag Westfälisches Dampfboot

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Lütke Fahle Seifert AGD, Münster

Druck: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

ISBN 978-3-89691-107-0

Inhalt

Katharina Pühl/Birgit Sauer

Queer-feministische Kapitalismusanalyse. Einleitung 7

Regulierung von Sexualitäten – Bedeutung von Generativität für kapitalistische Gesellschaftsstrukturen

Silvia Kontos

Generieren. Zum Zusammenhang von Kapitalismus, Geschlecht und Generativitätsverhältnissen 22

Gundula Ludwig/Volker Woltersdorff

Sexuelle Politiken im autoritären Neoliberalismus zwischen den Versprechen von Freiheit und Sicherheit 47

Reproduktionsverhältnisse und Bevölkerungsweisen – trans/nationale Relationen und Regulationen

Susanne Schultz

Nation, Kinderwunsch, Humanvermögen – Familienpolitik als Demografepolitik 74

Christa Wichterich

Zur transnationalen Rekonfiguration von (Re-)Produktion durch Leihmutterchaft. Biopolitiken, Reproduktionsindustrie und Subjektweisen 93

Andrea Maihofer

Pluralisierung familialer Lebensformen – Zerfall der Gesellschaft oder neoliberal passgerecht? 113

Julia Dück

Krise der sozialen Reproduktion – nicht mehr als eine Anpassungskrise? Tendenzen von Verweigerung sowie Momente der Anpassung 139

Geschlecht, Sexualität, Herrschaft, Politik. Institutionalisierungen und Kritik

Brigitte Bargetz

Affective Matters: toxische Politiken im Kampf um reproduktive Heteronormativität und nationale Souveränität 160

Birgit Sauer

Demokratie, Volk und Geschlecht. Radikaler Rechtspopulismus in Europa 178

Anika Thym

Ansätze zu Hegemonieselbstkritik – Einblicke in kritische (Selbst-)Reflexionen von Männern aus Führungspositionen im Finanzsektor 196

Materialistisch-feministische Gesellschaftstheorien – Perspektiven der Kritik

Michael Brie

Menschen machen ihre Geschichte selbst ... Methodologische Reflexionen zur feministischen Kapitalismuskritik 216

Susanne Lettow

Die Stofflichkeit von Herrschaft. Materialismus als feministische Gesellschaftstheorie 241

Alex Demirović

Das Geschlechterverhältnis und der Kapitalismus. Plädoyer für ein klassenpolitisches Verständnis des multiplen Herrschaftszusammenhangs 258

Autor*innen und Herausgeber*innen 286

Katharina Pübl/Birgit Sauer

Queer-feministische Kapitalismusanalyse. Einleitung

Queer-feministische Gesellschaftsanalyse im deutschsprachigen, aber auch gesamteuropäischen Raum steht aktuell vor politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Herausforderungen, die eine engagierte Antwort aus kapitalismuskritischer Perspektive erfordern. Gegenwärtig überlagern sich politische, ökonomische, soziale und kulturelle Formen von Vermachtung und Herrschaft, die in neuer Weise gebündelt werden: Rechtspopulistische und rechtsextreme Angriffe auf Feminismus, Geschlechterforschung, Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik sowie auf sexuelle Differenzen von LGBTIQ*-Personen sind Angriffspunkte selbsternannter 'Anti-Genderist_innen' in ganz Europa (vgl. Hark/Villa 2015, 2017; Kuhar/Paternotte 2017). Das erneute Beharren auf biologischen Grundlagen von Geschlecht und sexueller Orientierung erreicht das Format eines Kulturkampfes. Sexuelle Selbstbestimmungsrechte und -optionen werden in diesen nicht nur, aber insbesondere von Rechten geführten Debatten zunehmend in Frage gestellt, nicht zuletzt als Reaktion darauf, dass homosexuelle Lebensweisen in vielen europäischen Ländern in das heterosexuelle Ehemodell eingefügt werden.

Gekoppelt sind diese Entwicklungen mit mehr oder weniger ausdrücklicher Zustimmung aus dem konservativen Lager des politischen Parteien- und Gesellschaftsspektrums, das die Zeit gekommen sieht, rechtliche, politische, kulturelle und soziale Formen der Berücksichtigung von Bedürfnissen unterschiedlicher Geschlechter, sexueller Orientierungen und von neuen Formen des Zusammenlebens mit und ohne Familie bzw. in sozialen Sorge-Gemeinschaften fundamental anzugreifen.

Die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA Ende 2016 und die Women's Marches 2017 dagegen ziehen aktuell aber auch eine neue Welle von Widerstand und Organisierung nach sich. Auch der Kampf polnischer Frauen gegen Versuche der Abschaffung des Abtreibungsrechts 2016 sowie aktuell das Ringen um die Abschaffung des § 219 StGB in Deutschland, der die Werbung für Abtreibungen strafbar macht, zeigen, dass feministische Forderungen für die sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung von Frauen heute noch immer

verteidigt oder überhaupt errungen werden müssen. Die aktuellen Kämpfe von Frauen in Ländern Lateinamerikas, die sich u.a. gegen Feminizide wenden, oder die Kämpfe in Indien gegen Vergewaltigung zeigen, dass feministische Mobilisierung und Gegenwehr in vielen Ländern der Welt präsent ist und die Verteidigung von Rechten, des Zugangs zu Ressourcen und von gleichberechtigten Lebensmöglichkeiten an Brisanz nichts verloren hat.

Ein normativer Orientierungspunkt in diesen konservativen und radikal rechten Kämpfen ist, allen empirischen Veränderungen in den gesellschaftlichen und geschlechterbezogenen Arbeitsteilungen und Lebenspraxen in Ländern des globalen Nordens zum Trotz, weiterhin das Modell der fordistischen Alleinernährer-Familie. Statistisch gesehen ist dieses Modell zumindest in Westeuropa, nicht zuletzt in Anpassung an veränderte, teils prekarisierte, teils räumlich und zeitlich entgrenzte Erwerbsarbeitsformen und Veränderungen der kapitalistischen Akkumulation, im Verschwinden bzw. in Umwandlung begriffen, da es vielfach nicht mehr zur lebenslangen Existenzsicherung beiträgt. In den praktischen Lebensformen wird das Hausfrauen-Ernährer-Modell nach und nach vom Zwei-Ernährer_innen-Modell überlagert. Dazu trugen auch die Kämpfe der Frauenbewegungen in den Ländern des globalen Nordens bei sowie die in der Folge etablierten Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitiken, die in Arbeitsmarktpolitik ('Vereinbarkeit') sowie Familien- und Sozialpolitik hineinwirken und die Entscheidung vor allem gut ausgebildeter Frauen zur Erwerbsarbeit und damit zu einem möglichen selbstständigen Lebensentwurf beeinflussen bzw. beeinflussen sollen. Dass davon also nicht alle Frauen gleichermaßen profitieren, sondern vorwiegend gut ausgebildete und besserverdienende, ist eine zentrale feministisch-linke Kritikposition (vgl. Aulenbacher/Wetterer 2009), die den Mittelklasse-Bias vieler gleichstellungspolitischer Positionen und familienpolitischer Ansätze kritisch hinterfragt.

Diesen klassistischen Bias zeigt im deutschen Kontext das Instrument des Elterngeldes, eingeführt 2007 und bereits mehrfach novelliert. Diese Maßnahme ermöglicht es insbesondere gut verdienenden Paaren, Kinderbetreuungszeiten mit finanziellem Ausgleich zu organisieren. Systematisch vergessen werden aber die Herausforderungen für Menschen in prekären finanziellen und beruflichen Situationen (vgl. Manske/Pühl 2010; Lorey 2012; Freudenschuss 2013). Niedrigverdiener_innen können sich eine solche Berufs- und damit Verdienstunterbrechung nicht leisten, und Hartz IV-Empfänger_innen wird die Zahlung des Elterngeldes auf die Unterstützungsleistung angerechnet, so dass sie überhaupt nicht verfängt. Die erwerbsarbeits- und familien- bzw. vereinbarkeitsbezogenen Erfolge liberaler Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitiken haben eine

weitere Schlagseite, lassen sie doch die Belange von Alleinerziehenden weitgehend außer Acht.

Eine linke feministische Kritikperspektive steht somit vor der Herausforderung, die durchaus erreichten Verbesserungen als partial einzuordnen, eben nicht für alle gleichermaßen erreichbar bzw. wirksam, also die Dialektik des Einschlusses in und des gleichzeitigen Ausschlusses aus gleichstellungspolitischen Errungenschaften ins Zentrum der Analyse zu stellen. Dazu bedarf es auch der Kritik von Heteronormativität als strukturierendem Element der neueren Familien- und Zusammenlebensmodelle (vgl. Auth/Buchholz/Janczyk 2010). Dass wiederum in Deutschland die 'Ehe für alle' im Juni 2017 durchgesetzt werden konnte sowie die Option eines dritten Geschlechts „divers“ (2018) als Eintrag im Geburtenregister, erlaubt weniger ausschließende Möglichkeiten für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Das Gesetz produziert aber zugleich selbst wieder Ausschlüsse und Festschreibungen von sexuellen Lebensweisen bzw. Formen des Zusammenlebens.

Die selektiven neoliberalen Umbaustrategien vor allem seit Anfang der 2000er Jahre haben im deutschen Kontext für eine grundlegende Umstrukturierung und Umsteuerung in Familien-, Sozial- sowie Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik gesorgt (vgl. u.a. Dackweiler/Schäfer 2010; Aulenbacher/Riegraf/Völker 2015). Im Kontext einer immer größer werdenden Spaltung zwischen Arm und Reich kann man von heute aus zurückschauend konstatieren, dass sie weitreichende Zerstörungen und Verheerungen im sozialen Gewebe verursachten, und zwar für Frauen wie auch für Männer, insbesondere in den Bereichen Sorge und Pflege, aber auch in den öffentlichen Gesundheits-, Betreuungs- und Bildungseinrichtungen. Auch der Alltag der Menschen und jener von Sorge-Gemeinschaften, gleich wie sie praktisch gelebt werden, ist von diesen Veränderungen betroffen, und die „Care-Frage“ wird zu einer zentralen gesellschaftspolitischen, aber auch ganz praktischen in Lebenszusammenhänge hineingedrängten Spaltungslinie. Die Organisation sozialer Reproduktion bzw. die Reproduktion spezifischer sozialer Gruppen verschärft aufgrund neoliberaler Sparpolitiken, der Umformulierung des Sozialstaatsprinzips, das schlimmste Härten im Lebensverlauf – erwerbsarbeitszentriert bzw. -gesichert – abfedern sollte, die Positionen zwischen Frauen unterschiedlicher Klassenlagen (damit soll nicht gesagt sein, dass sozialstaatliche Leistungen jemals völlig inklusiv, für alle zugänglich und erreichbar waren). In den mehrfachen Wellen neoliberaler 'Anpassungspolitiken', die auf neue Akkumulationsstrategien und finanzmarkt-dominierte Steuerung auch von Wohlfahrt, Pensionskassen und Gesundheitssystemen ausgreift, sind, auch mit legitimatorischem Bezug auf die demografische Entwicklung westlicher Gesellschaften, in

Europa soziale Versorgungssysteme unter Druck bzw. geraten völlig aus der *Façon*. Sparpläne für 'später' sind angesichts der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank nichts mehr wert; Versicherungen kündigen ihren Mandant_innen, weil diese Form der Rücklagenbildung ohne Zinsen als Geschäftsmodell nicht mehr funktioniert. Der Druck, die persönliche Vorsorge in den Aktienmarkt zu verlegen, war aber erstens nie für alle denkbar und möglich und hat zweitens, wie man nach der Finanzkrise von 2007/08 und bis heute sieht, in Ländern, in denen diese Finanzierungsmodelle für Wohnungen und Renten üblich waren, Millionen Menschen in große Not gedrängt und teils obdachlos gemacht.

Von den Folgen des Finanzmarkt-Crashes haben sich die sozialen Systeme noch nicht erholt. Bei fortdauerndem Zwang des Kapitals und seiner unterschiedlichen Fraktionen, stets neue Akkumulationsstrategien zu entwickeln, geriet die ökonomisierte Sozialpolitik unter Druck. Auch wenn inzwischen verstanden wurde, dass nicht alles Tafelsilber öffentlicher Daseinsvorsorge verscherbelt werden darf (erinnert sei an die Kontrakte des Cross-Border-Leasing, in denen deutsche Kommunen ihre öffentliche Verkehrsinfrastruktur oder Wasserwerke aus der Hand gaben), so sind doch derzeit wirkliche Gegenmodelle einer Stärkung des Öffentlichen und von sozialstaatlichen Infrastrukturen, die ausgleichende Bedingungen sozialer Wohlfahrt und gleichberechtigter Lebensmöglichkeiten verwirklichen, noch weit von ihrer Realisierung entfernt. Dagegen zeigen feministisch-marxistische Analysen, dass es andere Formen der Organisation von sozialer Reproduktion geben kann, um die es zu kämpfen lohnt (vgl. Dück in diesem Band).

Entgegen diesen grundlegenden Entwicklungen fokussieren (neo-)konservative, radikal rechte, rechtspopulistische und auch manche durchaus liberalen Positionen auf den Leistungserfolg von Einzelnen, von Familien und Verwandtschaft. Dies wirkt wie ein Sprung zurück ins 19. Jahrhundert, in quietistische Phantasien von Familienformen, Geschlechterverhältnissen und damit verbundener geregelter (Hetero-)Sexualität. Dieser Rückschritt ist auch deshalb so offensichtlich, weil zugleich die (eigene) Nation und das Volk bzw. die Volksgemeinschaft als neue Solidargemeinschaft angerufen wird. Feministische kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse muss diese Gemengelage von Antifeminismus-Debatten im Kontext der rechten oder rechtspopulistischen Szene, die sich gegen Gender Studies, aber auch gegen wissenschaftliche Analysen der Geschlechterverhältnisse überhaupt und gegen Gleichstellungspolitik richten, besser verstehen und, natürlich, bekämpfen. Die gefährlichen Diskursallianzen von Gruppen wie den „besorgten Eltern“ gegen „Frühsexualisierung“ gehen einher mit rassistischen, klassistischen, homophoben und gegen Geflüchtete gerichteten Attacken, die

resolut beantwortet werden müssen. Es braucht daher solides Wissen darüber, in welcher Weise und warum sich solche heftigen Angriffe und Widerstände gegen sich verändernde Geschlechterverhältnisse und Emanzipationsgewinne entwickeln. Ein zentraler Aspekt ist die Dethematisierung ökonomischer und materialer Bedingungen sozialer Veränderung, ja Verschlechterung für erwerbsarbeitende Menschen sowie die rechte und rechtspopulistische Umdeutung dieser neoliberalen materiellen Konstellation sozialer Ungleichheit als durch Geschlechtergleichstellung und Einwanderung verursacht. Auf dem Spiel steht in diesen rechten Debatten viel, nämlich die Frage von Demokratie – nicht nur im Sinne liberaler Mehrheitsentscheidung und des Parteienwettbewerbs, sondern im Sinne der Chance zu Selbstbestimmung (vgl. den Beitrag von Birgit Sauer in diesem Band; vgl. auch Brand/Dierkes/Jung 2014).

Mit diesen Perspektiven verbunden ist eine Vorstellung von 'Leistungsgerechtigkeit', nach der alle ihren Fähigkeiten entsprechend in der Lage sein sollen, ein lebenslanges Auskommen erwirtschaften zu können. Die Gegenwart zeigt andere Szenarien: Einkommen lassen auch in 'Hochlohnländern' wie Deutschland, Österreich oder der Schweiz für ein zunehmend größeres Klientel aus sozial schwächeren, aber zunehmend auch aus Mittelschichts-Kontexten, Lebenslagen entstehen, die als prekär oder prekarisierungsgefährdet zu bezeichnen sind. Die steigende Zahl von *working poor* ist eine Realität; Kinderarmut und Altersarmut von Frauen sind dies ebenfalls. Die Chance und Notwendigkeit aber, sozial absichernde Lebensverhältnisse außerhalb von Ehe und Familie gestalten und realisieren zu können, sind damit nicht gegeben. Zunehmend mehr Menschen leben beispielsweise alleine, vor allem später auch im Alter. Und zunehmend mehr – z.B. geflüchtete – Menschen kommen nach Europa, die sich hier zunächst teilweise alleine ein neues Leben aufbauen wollen und müssen.

Eine heute vielfach diskutierte und in aktuellen politischen Kämpfen zentrale Perspektive verfolgt grundsätzlicher, dass die Zusammenhänge von Leben, Arbeit, Sorge/Care und Zeitverwendung völlig anders gedacht, organisiert und gelebt werden müssen, wenn sich an den feministisch schon immer kritisierten grundlegenden Parametern der kapitalistisch-verwertenden Produktionsweise etwas ändern soll (vgl. Winker 2015; Scheele/Wöhl 2018). Sorge/Care-Tätigkeiten sind weiterhin großenteils un- oder unterbezahlte Arbeiten, die überwiegend immer noch von Frauen, viele mit migrantischem Hintergrund, geleistet werden (vgl. auch Haubner 2017). Diese Arbeiten tauchen in der kapitalistischen 'Ordnung' nicht gleichbewertet auf; Sorgearbeit wird ausgebeutet bzw. unbezahlt angeeignet. *Reproduktion* als zentraler Topos feministisch-marxistischer Diskussionen erfasst nicht lediglich Tätigkeiten der Sorge um Körper und Gesundheit, sondern auch

der Bildung und Erziehung, der Kommunikation sowie (politischen) Interaktion und Solidarität, aber auch der Selbstsorge und -versorgung. Keine Gesellschaft, kein Mensch kann sich aber ohne diese Arbeit reproduzieren. Deshalb werden *Fragen der Reproduktion, aber auch die kritische Prüfung von Fragen der Generativität und der Demografepolitik* in etlichen Beiträgen des Bandes verhandelt (vgl. die Beiträge von Julia Dück, Silvia Kontos, Susanne Lettow und Susanne Schultz).

Neben der Neukonstellierung von Sorgearbeit in kapitalistischen Ländern des globalen Nordens hat sich durch die Entwicklung bzw. Ausweitung kapitalistischer Märkte im Bereich reproduktiver Medizin die Praxis von Reproduktion – und damit das Verständnis von Reproduktion selbst – gewandelt. Der reproduktionstechnologische Markt ist nunmehr auf das Innere von Körpern, auf Körperteile oder -zellen ausgedehnt und bringt verwertungsorientierte Praxen der Reproduktion auch in einer globalisierten Arbeitsteilung unter Frauen hervor (z.B. Leihmutterchaft wie im Beitrag von Christa Wichterich diskutiert), betrifft aber in Form von Zellspenden auch beide Geschlechter (vgl. Scheich/Wagels 2011; Cooper/Waldby/Reuschling/Schultz 2015).

Gerade mit neuen, auch technologischen Reproduktionsverhältnissen ist die ökologische Dimension unmittelbar verknüpft. Am Beispiel Care-Migration lässt sich dies eindrücklich nachvollziehen. Sorgenden Gemeinschaften werden die für die Reproduktionsarbeit zuständigen Frauen im globalen Süden oder auch in Ost- und Mitteleuropa systematisch entzogen, um in den kapitalistischen Ländern und Zentren im globalen Norden Care-Arbeit – Pflege, Betreuung, Reinigung – zu verrichten. Oder anders gesagt: Für die Reproduktion von Menschen im globalen Norden wird in so genannten 'global care chains' lebendige Arbeit aus dem globalen Süden extrahiert (Ehrenreich/Hochschild 2002; Lutz 2009; Bereswill/Rieker/Schnitzer 2012).

Reproduktionsarbeit und extraktivistische Praxen gegenüber Körpern und Körperteilen, deren Verwertung und Vermarktlichung, bringen also neue Dynamiken hervor, die die Verhältnisse von Subjekten zueinander, z.B. Auftraggeber_in/-nehmer_in, vermittelnde Institutionen, ökonomische Profiteur_innen verändern. Damit sind auch neue Generativitäts- und Fortpflanzungsverhältnisse verbunden, die völlig andere Bestimmungsnotwendigkeiten in Bezug auf Verwandtschaft, Elternschaft und Familie verlangen (vgl. den Beitrag von Andrea Maihofer in diesem Band). Gleichzeitig sind mit diesen Optionen aber auch Fragen nach Sexualität, Intimität und deren Regulierungen neu aufgeworfen.

Für eine *zeitdiagnostische Bestimmung* von Begriffen bzw. Konzepten wie 'Krise', 'Transformation' im neoliberalen Kapitalismus spielen oft paradoxe gleichzeitig wirkmächtige Prozesse von De- und Re-Konstruktion bzw. Re-

Artikulation eine Rolle, auch in Bezug auf symbolische, soziale und politische Identitäten. Sie wirken als zentrales Moment einer ständigen Bearbeitung von Geschlechter- und Sexualitätsverhältnissen unter konflikthaften bzw. umkämpften sowie widersprüchlichen gesellschaftlichen Umständen und Machtverhältnissen. Eine feministisch-materialistisch informierte Dekonstruktion von identitätsbezogenen Regierungs- und Regulierungsformen sozialer Zuschreibung und Wahrnehmung ist deshalb notwendig, um ihre materiale Einbettung in gesellschaftliche Verhältnisse und Herrschaftsstrukturen sichtbar sowie um Subjektivierungsweisen, Diskurse, Praxen und soziale Infrastrukturen verstehbar zu machen. Dies ist dann die Basis, um Perspektiven gesellschaftlicher Veränderung aufzeigen und entwickeln zu können (vgl. Bargetz et al. 2015).

Krisenzusammenhänge und multiple Krisen stellen grundlegende Herausforderungen für sich verändernde Geschlechterpolitiken und -regulierungen dar (vgl. Appelt/Aulenbacher/Wetterer 2013). Letztere sind aber hinsichtlich unterschiedlicher Dimensionen näher zu bestimmen: der politischen Partizipation und Repräsentation; der (Lohn-)Arbeitsteilung; der individuellen wie gesellschaftlichen Reproduktion und der Care-Ökonomie; des (Sozial-)Staats; rassistischer Ausschlüsse sowie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und ihrer vergeschlechtlichten Bearbeitung. Hierfür ist ein Krisenverständnis zentral, das vielfältige Verschiebungen, beispielsweise der Definition von Geschlecht und Geschlechterverhältnissen als sich verändernden sozialen Praxen und nicht nur als 'Antwort' auf Krisenherausforderungen, erfasst. Vielmehr gibt es 'viele Krisen', die in ihren Eigenlogiken in Betracht zu ziehen sind, etwa wenn von der Krise der Männlichkeit gesprochen wird (vgl. Bereswill/Neubauer 2011). Nicht alle gesellschaftlichen Veränderungen sind also krisentheoretisch zu erfassen oder zu beschreiben. Julia Dück entwickelt in ihrem Beitrag einen Gramscianischen Krisenbegriff, und mit dem Begriff der „Hegemonieselbstkritik“ umreißt Anika Thym in diesem Band Gestalt und (emanzipatorisches) Potenzial von Kritiken, die aus einer hegemonialen Position formuliert werden. Gesellschaftliche und individuelle Krisenerfahrungen sind oft wichtige Auslöser dieser Kritik.

Eine Reflexion über die Frage, inwieweit in der queertheoretischen Erweiterung kapitalismuskritischer Gesellschaftsanalyse der kritische Zugriff auf ihre Analysegegenstände verloren gegangen sein könnte, stellen Volker Woltersdorff und Gundula Ludwig im Band vor. In ihrem Beitrag zeigen sie, dass politische Verschiebungen in der hegemonialen Formation des Neoliberalismus neue queertheoretische Analysen erfordern. Veränderungen im neoliberalen Kapitalismus, von neoliberaler Staatlichkeit und Sexualität führten zur politischen und rechtlichen Einbindung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen in bürgerliches

Recht und inzwischen zur Ehe für alle als staatlich gestützter und geschützter Institution. Diese 'Normalisierung' bewegt sich aber zwischen den Polen von Freiheit und Sicherheit. Die Liberalisierungen queerer Lebensformen und die Entdiskriminierungspolitiken gegenüber LGBTIQ*-Personen ist tief in eine prinzipiell klassistische und in ihrer Grundstruktur weiterhin überwiegend heterosexuelle Matrix eingewebt. Die dialektisch als verschränkt zu begreifenden diskursiven, institutionellen und politisch-gesellschaftlichen Strukturen, in denen ein eher über 'Freiheits'-Versprechen bzw. Anrufungen an ein ökonomisch denkendes und für sich selbst sorgendes Subjekt das Modell sozialer Wohlfahrtsstaatlichkeit darstellte, wird zunehmend mit autoritären Anrufungen der Versicherheitlichung gesellschaftlicher Macht- und Selbstverhältnisse im neoliberalen Kapitalismus der Gegenwart verknüpft. 'Sicherheit' generiert derzeit in ganz unterschiedlichen Feldern Abgrenzung, Kontrolle sowie nationalistisch geprägte rassistische und klassistische Ausgrenzungen. An dieser Stelle berühren sich autoritäre Restrukturierungsversuche aus politisch konservativer und rechter Perspektive, wenn etwa ein Zurück zur klassischen Familienform propagiert wird und heftige Angriffe gegen andere Formen von Sexualität wieder verstärkt laut werden. Tatsächlich zeigt sich dies aktuell ja nicht nur in gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen, sondern auch in der bereits weiter zunehmenden tätlichen Gewalt gegen LGBTIQ*-Personen auf der Straße. Aber auch die rassistisch motivierten Angriffe gegen Geflüchtete müssen im Blick bleiben.

Diese paradoxen Entwicklungen einerseits gleichzeitig fortschreitend ausgreifender Liberalisierung von Rechten, andererseits deren Überkreuzung mit rassistisch ausgrenzenden Politiken, wie sie in Begriffen wie „Homonationalismus“ (Puar 2007) und „Femonationalismus“ (Farris 2017) kritisch gefasst wurden, kennzeichnen die dialektische Verschränkung von Freiheit und Sicherheit in der aktuellen Matrix kapitalistischer Gesellschafts(neu)ordnung. Diesen Aspekt hoben in den letzten Jahren insbesondere post-koloniale Arbeiten hervor (vgl. do Mar Castro Varela/Dhawan 2015).

Der Band will jedoch nicht nur in diese aktuellen gesellschaftlichen und politischen Transformationen, sondern auch in queer-feministische wissenschaftliche Debatten eingreifen. Die Frage nach der Be- und Umarbeitung sozialer Machtverhältnisse hat in der feministischen Gesellschaftsanalyse den Fokus verstärkt auf die Rolle und Wirksamkeiten von 'Materialität' gelenkt. An einem Punkt treffen sich marxistische Zugänge zu dieser Frage mit denen aus der dekonstruktivistischen Perspektive, nämlich wenn der Zusammenhang diskursiver gesellschaftlicher Praxen mit institutionellen, subjektiven und kollektiven Strukturen genauer in den Blick rückt. Dass Subjekte nicht einfach durch 'Unterwer-

fung' gebildet werden, war ein Lernschritt feministischer Theoriebildung, der unter Rückgriff auf Foucault'sche Analysen oder auch der Kritischen Theorie erfolgte (Maihofer 1995; Jung 2016). Vielmehr entstehen durch diskursives und praktisches Handeln Subjektivitäten, die an einer Vielzahl von vermachteten gesellschaftlichen Bereichen teilhaben, sich neu formen, sich verändern und somit beweglich bleiben. Das Subjekt tritt nach diesem Verständnis nicht seinen äußerlichen Umständen gegenüber, sondern formt sie mit, wie es aus ihnen heraus (mit) entsteht und sich selbst konstituiert.

Diese neomaterialistischen Diskussionen haben zu – bis heute kontrovers diskutierten – Revisionen eines Verständnisses von Materialität geführt, es erweitert. Ein zentraler Fokus war die Frage nach der Rolle von Biologie für Körperlichkeit, geschlechtliche Identitäten oder das Herrschaft strukturierende Potential von Affekten. Eher sozialkonstruktivistisch argumentierenden Positionen wurde vorgeworfen, die Materie, also Natur und Biologie, völlig aus der Analyse auszuschließen. Demgegenüber haben innerhalb dieses Feldes andere Zugänge zu zeigen versucht, wie sich die gesellschaftliche Bearbeitung von Körpern, Gegenständen und sozialen Verhältnissen nicht anders als 'material', also an ihrer durch Arbeit gestalteten Einbindung in soziale Kooperations- und damit Machtverhältnisse einschreibt.

Dies zeigt sich auch in der Frage, wie gesellschaftlich die Abgrenzung oder vielmehr notwendige Einbeziehung von Mensch, Natur und Ökologie in ein erweitertes Verständnis von Materialität eingehen. Brigitte Bargetz problematisiert im vorliegenden Band diese Frage mit einem kritischen Blick auf Ansätze der 'Queer Ecology' unter dem Aspekt einer queer-feministisch und antirassistisch angereicherten Gesellschafts- und Kapitalismuskritik.

Und nicht zuletzt verweisen die aktuellen Entwicklungen ökologischer Herausforderungen weltweit auf die Notwendigkeit einer sozial-ökologisch orientierten feministischen Kapitalismuskritik (vgl. Caglar/Schwenken/do Mar Castro Varela 2012; Salleh 2017). Die sozial-ökologischen Verwerfungen zeigen sich nicht nur in der globalen Arbeitsteilung, vielmehr beruhen die Produktions- und Reproduktionsweise des globalen Nordens generell und nach wie vor auf einer Politik der Extrahierung von Rohstoffen, Nahrungsmitteln, aber auch menschlicher Organe. Gleichzeitig werden der Müll sowie gefährliche Stoffe aus der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, die in der fleischlastigen industriell basierten Ernährungsweise des globalen Nordens eingesetzt werden, externalisiert, wie es technisch oft heißt, also in Senken des globalen Südens verschoben. Zu dieser Lebensweise im kapitalistisch strukturierten weltgesellschaftlichen Zusammenhang gehört auch die entdifferenzierende Perspektive

eines sich vermeintlich in unterschiedliche Bereiche gliedernden Verhältnisses von Natur und Gesellschaft.

Eine feministisch-materialistische Perspektive auf diese Form einer „imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017) weist diese Zergliederung zurück und analysiert vielmehr die strukturellen Zusammenhänge und Folgen einer extraktivistischen Landwirtschaft, von automobilisiertem Individualverkehr als politischem Leitbild von Mobilität und damit die Frage, wie Menschen wohnen können oder wollen. Eine feministisch-materialistische Sicht kann herausarbeiten, dass privatwirtschaftliche Produktionsstrukturen in den zugehörigen Branchen keine gemeinwohlorientierten Strategien verfolgen, sondern profitorientiert agieren und dass den daran geknüpften Subjektivitäten eine emanzipatorische Re-Organisation von vergeschlechtlichten Lebensweisen nicht einfach zur Verfügung steht, sondern sie im Gegenteil ungleiche Arbeitsteilungen reproduzieren (Grulich/Riegraf 2014). Dass in einer Welt mit – erkennbaren und gut beschriebenen – endlichen Ressourcen kein unendliches Wachstum einer solchen industrialistisch-extraktivistisch dominierten Produktionsweise möglich ist, ist geteilte Sorge und Ausgangspunkt vieler kritischer Ansätze, die die Komplexität von gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsverhältnissen einzufangen versuchen. Sie reflektieren vor dem Hintergrund einer marxistisch-feministischen Ökosozio-logie (Salleh 2017) die Komplexität und Verbundenheit sozialer mit natürlichen Verhältnissen. Hier muss ein erweitertes Verständnis von Reproduktion und *commons*, queerfeministisch gewendet, ansetzen (vgl. z.B. Habermann 2016).

Die Frage nach den Zusammenhängen unterschiedlicher kritischer Perspektiven in der materialistischen Gesellschaftsanalyse stellen sich oft quer zu den Zitier- und Rezeptionsgewohnheiten innerhalb theoretischer ‘Echokammern’, die es auch in der linken Gesellschaftsanalyse gibt. Im Gegensatz dazu ist es notwendig, die Analyseformen aus unterschiedlichen, durch kapitalismuskritische wie auch durch queer-feministische Diskurse erweiterte Fragestellungen daraufhin zu prüfen, inwieweit sie systematisch miteinander ins Gespräch kommen (können) (vgl. Aulenbacher/Riegraf/Völker 2015). Dies ist das Ziel dieses Bandes. Die einzelnen Beiträge haben in ihren je spezifischen Themenbereichen das Ziel, eine kritisch-materialistische Gegenwartsanalyse mit queer-feministischen und geschlechtertheoretischen Überlegungen zu verknüpfen. Zentrale Konzepte, die sich für eine solche Theorieperspektive herauskristallisieren, sind Generativität, Demografisierung und Care-Ökonomie, Hegemonie, Demokratie und Krise, Diskurs und Materialität, Heteronormativität und Neoliberalismus.

Darüber hinaus kommen im Band explizit marxistische Denker, die nicht unmittelbar in feministischen Diskussionen verortet sind, zu Wort, die materi-

alistische Debatten um Emanzipation intersektionalitäts- sowie geschlechtertheoretisch durchdenken. Ausgangspunkt ist die Frage, wie 'Klassenpolitiken' unter dem Eindruck von Vielfalt und soziale Differenzen beschreibenden Ansätzen wie dem der Intersektionalität, die in der feministischen Debatte als eine zentrale Erweiterung eines als homogen empfundenen Klassen- und Geschlechterkonzepts entwickelt wurden, neu gedacht werden können (z.B. Klinger/Knapp 2013). Zu bestimmen bzw. zu diskutieren ist für ein solches Projekt, wie sich 'Klasse', 'Rasse' und 'Geschlecht' als in diesen Debatten verhandelte 'Entitäten' systematisch aufeinander beziehen lassen, ohne von vornherein das Primat Klasse zu setzen: Sind die intersektionalen Beschreibungen soziale Ungleichheit stiftender Strukturierungen durch Rassismus und Sexismus systematisch gleich verortet wie die gesamthafte Strukturierung kapitalistischer Gesellschaftsanordnung durch – sich wandelnde, stets bearbeitete – Klassenverhältnisse? Gehen Rassismus und Sexismus in Klassenverhältnisse ein, modulieren oder determinieren sie diese? Dies sind Fragen, die Alex Demirović in seinem Beitrag beschäftigen; er verfolgt die Perspektive, dass eine klassenbezogene kapitalistische Gesellschaftsordnung den zu analysierenden Herrschaftszusammenhang bildet, in den allerdings andere Herrschaftsstrukturen unmittelbar eingelassen sind. Wie lassen sich bestimmte feministisch-kapitalismuskritische Analysen, so eine weitere Fragerichtung, zu marxistisch-regulationstheoretischen und kritischen soziologischen Ansätzen von Gesellschaftsanalyse ins Verhältnis setzen? Michael Bries Beitrag beantwortet diese Frage komplex und mit dem Ziel, die Handlungsfähigkeit von Subjekten in kapitalismuskritischen und feministischen Konzepten herauszudestillieren. Brie zeigt, wie unterschiedliche marxistische Analysen sich mit marxistisch-feministischen Zugängen sehr produktiv verbinden lassen.

Die Beiträge dieses Bandes sind aus vielen Diskussionen entstanden, die die Autor_innen langjährig miteinander in unterschiedlichen Kontexten führten, vor allem seit 2012 im Rahmen des Arbeitskreises „Gender & Kapitalismusanalyse“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im Zentrum dieses Arbeitszusammenhangs stand und steht das dringliche Anliegen, poststrukturalistisch bzw. dekonstruktivistisch geprägte Analysen mit marxistisch-materialistischen Ansätzen zu verbinden und diese nicht als 'Gegenspieler' aufzubauen. Die Unvereinbarkeit dieser Theoriestränge geistert nach wie vor durch die queer-feministische Community. Brigitte Bargetz geht dieser Frontstellung in ihrer Diskussion von neu-materialistischen Ansätzen nach und präzisiert wie auch Susanne Lettow in ihrem Text die Bedeutung von Materialität und Materialismus in der feministischen Diskussion. Viele Beiträge dieses Bandes gehen davon aus, dass Marx *und* Foucault Perspektiven auf eine erweiterte kapitalismuskritische, queer-feministische Gesellschaftsanalyse

eröffnen, auch wenn die Ursprungstexte selbst zunächst nicht so angelegt waren. Das Bemühen aller Autor_innen dieses Bandes ist es, mit Blick auf Fragen der materialen Veränderungen von Gesellschaft und deren diskursverschränkenden Bearbeitungsweisen eine erweiterte kritische Gesellschaftsanalyse zu betreiben.

Diese Art kritischer Auseinandersetzungen scheinen uns insbesondere deshalb wichtig für eine queer-feministische Kapitalismusanalyse und -kritik, da in jüngster Zeit und insbesondere im Kontext der rechten Debatten um 'fake news' feministisch-poststrukturalistische Ansätze verantwortlich für den Verlust von Maßstäben und Werten wie Gleichheit und Wahrheit gemacht werden. Auch zu diesen wissenschaftlich herausfordernden Debatten will der Band neben theoretischen Positionierungen zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen einen Beitrag leisten.

Als Herausgeberinnen bedanken wir uns ganz herzlich bei den Autor_innen des Bandes, aber auch bei allen anderen, die mit uns in den vergangenen Jahren diese Themen, Fragen und Perspektiven diskutiert haben. Wir wünschen dem Band eine engagierte Diskussion sowie Rückkopplungen und Weiterentwicklungen dessen, was hier angeboten wird.

Literatur

- Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hg.) (2013): Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen. Münster.
- Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Völker, Susanne (2015): Feministische Kapitalismuskritik. Einsteige in bedeutende Forschungsfelder. Münster.
- Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hg.) (2009): Arbeit. Perspektiven und Diagnosen der Geschlechterforschung. Münster.
- Auth, Diana/Buchholz, Eva/Janczyk, Stefanie (Hg.) (2010): Selektive Emanzipation. Analysen zur Gleichstellungs- und Familienpolitik. Leverkusen, Berlin.
- Bargetz, Brigitte/Fleschenberg, Andrea/Kerner, Ina/Kreide, Regina/Ludwig, Gundula (Hg.) (2015): Kritik und Widerstand. Feministische Praktiken in androzentrischen Zeiten. Leverkusen, Berlin.
- Bereswill, Mechthild/Rieker, Peter/Schnitzer, Anna (Hg.) (2012): Migration und Geschlecht: Theoretische Annäherungen und empirische Befunde. Weinheim, Basel.
- Bereswill, Mechthild/Neubauer, Anke (Hg.) (2011): In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert. Münster.
- Brand, Ortrun/Dierkes, Mirjam/Jung, Tina (Hg.) (2014): In Arbeit: Demokratie. Münster.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Natur und Mensch in Zeiten des globalen Kapitalismus. München.

- Caglar, Gülay/Schwenken, Helen/do Mar Castro Varela, Maria (Hg.) (2012): *Geschlecht Macht Klima. Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit*. Leverkusen, Berlin.
- Cooper, Melinda/Waldby, Cathrine/Reuschling, Felicita/Schultz, Susanne (2015): *Sie nennen es Leben, wir nennen es Ausbeutung. Globale Bioökonomie im 21. Jahrhundert*. Münster.
- Dackweiler, Regina/Schäfer, Reinhild (Hg.) (2010): *Gewalt-Verhältnisse. Feministische Perspektiven auf Geschlecht und Gewalt*. Frankfurt/M., New York.
- do Mar Castro Varela, Maria/Dhawan, Nikita (2015): *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*. Bielefeld.
- Ehrenreich, Barbara/Hochschild, Arlie Russel (2002): *Global Woman. Nannies, Maids, and Sex Workers in the New Economy*. New York.
- Farris, Sara R. (2017): *In the Name of Women's Rights. The Rise of Femonationalism*. Durham.
- Freudenschuss, Magdalena (2013): *Prekär ist wer? Der Prekarisierungsdiskurs als Arena sozialer Kämpfe*. Münster.
- Grulich, Julia/Riegraf, Birgit (Hg.) (2014): *Geschlecht und transnationale Räume. Feministische Perspektiven auf neue Ein- und Ausschlüsse*. Münster.
- Habermann, Friederike (2016): *Ecommony. UmCARE zum Miteinander*. Sulzbach.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.) (2015): *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld.
- (2017): *Unterscheiden und Herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart*. Bielefeld.
- Haubner, Tine (2017): *Die Ausbeutung der sorgenden Gemeinschaft. Laienpflege in Deutschland*. Frankfurt/M.
- Jung, Tina (2016): *Kritik und Politik in Kritischer Theorie und feministischer Theorie*. Münster.
- Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hg.) (2017): *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality*. London.
- Lorey, Isabell (2012): *Die Regierung der Prekären*. Wien, Berlin.
- Lutz, Helma (Hg.) (2009): *Gender Mobil? Geschlecht und Migration in transnationalen Räumen*. Münster.
- Maihofer, Andrea (1995): *Geschlecht als Existenzweise*. Frankfurt/M.
- Manske, Alexandra/Pühl, Katharina (Hg.) (2010): *Prekarisierung zwischen Anomie und Normalisierung. Geschlechtertheoretische Bestimmungen*. Münster.
- Puar, Jasbir K. (2007): *Terrorist Assemblages: Homonationalism in Queer Times*. Durham.
- Salleh, Ariel (2017): *Ecofeminism as Politics. Nature, Marx and the Postmodern*. London.
- Scheich, Elvira/Wagels, Karen (Hg.) (2011): *Körper Raum Transformation. Gender-Dimensionen von Natur und Materie*. Münster.

Scheele, Alexandra/Wöhl, Stefanie (Hg.) (2018): *Feminismus und Marxismus*. Weinheim, Basel.

Winker, Gabriele (2015): *Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. Bielefeld.

_/* gendersensible Schreibung in diesem Band: Wir haben uns dafür entschieden, in den Texten den _ Unterstrich zu verwenden als inzwischen weitgehend konsensuale Schreibweise – das * Sternchen aber den Autor*innenhinweisen vorbehalten. Damit soll auch gesagt/gezeigt werden, dass die Debatten über Schreibweisen, Lesegewohnheiten in der Textpraxis immer noch in Bewegung sind und hier unterschiedliche Anliegen aufgenommen bzw. repräsentiert werden.

Regulierung von Sexualitäten – Bedeutung
von Generativität für kapitalistische
Gesellschaftsstrukturen

Silvia Kontos

Generieren. Zum Zusammenhang von Kapitalismus, Geschlecht und Generativitätsverhältnissen

Im anhaltenden Szenario einer vermeintlichen Bedrohung durch Flüchtlings- und Migrationsbewegungen gewinnt auch die Frage der generativen Reproduktion europäischer Gesellschaften an Aktualität. Die Angst vor der 'Überfremdung' und der Entgrenzung bezieht sich immer auch auf eine Vorstellung vom 'Eigenen', die sich auf 'naturhafte' Beziehungen stützt. Nachdem die Beziehungen zwischen den Geschlechtern in jeder Hinsicht prekär geworden sind, erscheinen Kinder als letzte Ressource zur Wahrung sozialer Nähe, die durch ihre Körperlichkeit aller Problematisierungen enthoben scheint. Auch wenn die Abstammungsgemeinschaft rechtlich nicht mehr zur Begründung der Staatsbürgerschaft herangezogen wird, scheint die Angst vor der Auflösung sozialer Bindungen Vorstellungen von gesellschaftlicher Einheit zu mobilisieren, die diese nicht nur an Sprache, Kultur und Verfassung bindet, sondern mit dem 'Nationalen' auch wieder das 'Volk', neuerdings sogar auch das „Völkische“ aufruft und damit auch das politische Phantasma der 'Blutsverwandschaft'. „Kinder statt Inder“ war die rechtspopulistische Kurzschrift für dieses Begehren in den 1990er Jahren (vgl. dazu auch: Schmincke 2015).

Zwar ist die Sorge um die Familie von Anfang an Teil kapitalistischer Regulation, und auch die hysterische Angst vor dem 'Aussterben der Deutschen' ist keineswegs neu, sondern hatte bereits im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und in den 1970er-Jahren Vorläufer. Aber die gegenwärtige Angst vor sozialer Entgrenzung hat insofern eine neue Qualität, als sie die politischen Auseinandersetzungen von der Verteilung von Arbeit und Rechten hin auf gesellschaftliche Integrations- und Desintegrationsvorstellungen verschiebt. Dass dabei auf alte Beschwörungsformeln zurückgegriffen wird, sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich hier ein politisches Feld neu konstellierte, das sich im weitesten Sinn als Problemfeld der Reproduktion ansprechen lässt. Dazu gehören neben der allgegenwärtigen Sorge um den gesellschaftlichen 'Werteverlust', der Konjunktur von Familienpolitik, der Demographisierung von Sozialpolitik und dem Widerstand gegen die Liberalisierung von Geschlecht, Sexualität und Elternschaft auch

eine erneute Problematisierung der Abtreibung und nicht zuletzt die Diskussion um eine Umverteilung der Carearbeit.

Auf allen diesen Feldern wird implizit der Zusammenhang von Generativitäts- und Geschlechterverhältnissen thematisiert und es hat sich in Europa eine rechte Gegenoffensive formiert, in deren Zentrum die Rückkehr zu einer 'natürlichen Ordnung' dieser Verhältnisse steht, die mehr oder weniger offen auf die symbolische Kraft des vermeintlich 'natürlichen' Zusammenspiels der Geschlechter in der Generativität rekurriert. Höchste Zeit also, die Geschlechterdualität nicht nur im Hinblick auf das Begehren und die Verteilung von Arbeit zu hinterfragen, sondern sich anhand der Generativitätsverhältnisse über ein Politikfeld zu verständigen, das von der Linken, aber auch von der feministischen Theorie lange vernachlässigt bzw. nur in Ausschnitten aufgegriffen wurde und auch in der aktuellen Debatte über eine 'Krise der Reproduktion' hinter der Problematisierung der Reproduktions*arbeit* verschwindet.

In diesem Beitrag soll gezeigt werden, dass eine feministische Kapitalismuskritik einer Ausarbeitung des Begriffs der Reproduktion bedarf, die auch der gesellschaftstheoretischen Bedeutung von Generativitätsverhältnissen gerecht wird. Sie wird nicht nur von einer allzu eng gefassten Kapitalismustheorie behindert, sondern auch von einer Art Phobie, sich mit der Rede von der Generativität auch gleich deren Naturalisierung einzuhandeln. Dieser Aufsatz versteht sich als Problemaufriss, der die Verschränkung von Geschlechter- und Generativitätsverhältnissen deutlich machen will, ohne auch nur alle ihre Dimensionen zu benennen, geschweige denn sie inhaltlich ausführen zu können. Ich werde mich im Folgenden darauf beschränken, die Begriffe der Generativität und Generativitätsverhältnisse auszuführen und auf theoretische Leer- und Anschlussstellen in Texten hinzuweisen, die für feministische Kapitalismuskritiken herangezogen werden. Am Schluss deute ich an zwei aktuellen Konfliktfeldern noch an, was bei dem aktuellen Revirement von Generativität und Geschlecht auf dem Spiel steht – nichts weniger nämlich als eine völlige Ablösung des Geschlechts von seinen biologischen Begründungen sowie eine Neubestimmung von Familie und Verwandtschaft, die die von der neuen Rechten beschworene Vorstellung von politischen 'Abstammungsgemeinschaften' als hilflos defensiv erscheinen lässt.¹

1 Dieser Text wurde ursprünglich von Susanne Lettow und mir gemeinsam entworfen. Wir haben uns dann aufgrund unterschiedlicher thematischer und theoretischer Schwerpunkte doch entschieden, getrennt zu schreiben. Ich habe jedoch aus dem gemeinsamen Entwurf mit Susannes Einverständnis einige Formulierungen und Literaturverweise übernommen.

Zum Begriff der Generativität

Ein erster Schritt, die Verschränkung von Generativitäts- und Geschlechterverhältnissen zu thematisieren, ist, die Verwendung der Begriffe zu begründen. *Generativität* ist aus meiner Sicht gleich weit entfernt von dem in vielen feministischen Texten verwandten Begriff der *Fortpflanzung* wie auch von dem ökonomielastigen der *Reproduktion*. Fortpflanzung bezieht sich in der Regel auf die körperlichen Prozesse von Zeugung, Empfängnis, Geburt, versieht diese aber mit einer unabweisbar biologistischen Konnotation. Aber auch in der Generativität im engeren Sinn, der körpergebundenen Generierung von Nachkommen, die sich in Ermangelung eines besseren Begriffs vorerst als *generative Praxis* bezeichnen ließe, *pflanzt sich nichts fort*, sondern es wird sozial gehandelt. Kinder sind keine 'natürliche' Folge sexueller Interaktionen, sondern Ergebnis eines Ensembles sozialer Praxen und sozialer Verhältnisse, die Menschen bestimmen, Kinder hervorzubringen und Sorge für sie zu tragen, oder eben nicht. Außerdem knüpft Generativität an den Prozess des Generierens an, also des Hervorbringens, ohne gleich den rationalistisch-ökonomischen Bedeutungshorizont der *Produktion* zu evozieren, dem sich die Generativität erst historisch annähert.

Auch der Begriff der *Natalität* gehört in diesen Zusammenhang. Gleich zu Beginn von *Vita Activa* führt Arendt (1981) den Begriff der *Natalität* ein als einen Teil der Condition humaine von gleichem Rang wie die Sterblichkeit des Menschen. Alle drei Arendt'schen Grundtätigkeiten Arbeiten, Herstellen und Handeln, sind für sie in dieser allgemeinsten Bedingtheit menschlichen Lebens verankert, „dass es nämlich durch Geburt zur Welt kommt und durch Tod wieder aus ihr verschwindet. [...] Der Neubeginn, der mit jeder Geburt in die Welt kommt, kann sich in der Welt nur dadurch zur Geltung bringen, weil dem Neankömmling die Fähigkeit zukommt, selbst einen neuen Anfang zu machen“ (Arendt 1981:15). Damit steht Arendt ganz in der Tradition der politischen Philosophie, die die Geburtlichkeit des Menschen, wenn überhaupt, als eine Art Selbsterzeugung thematisiert. „Sprechend und handelnd schalten wir uns in die Welt des Menschen ein, die existierte, bevor wir in sie geboren wurden, und diese Einschaltung ist wie eine zweite Geburt, in der wir die nackte Tatsache des Geborens bestätigen, gleichsam die Verantwortung dafür auf uns nehmen“ (ebd.: 165). Dass der Fähigkeit zum Sprechen und Handeln ein langwieriger Lehr- und Lernprozess vorausgeht, gerät hier ebenso aus dem Blick wie die Tatsache, dass diese Handlungssequenz weit vor der Geburt beginnt und auch die erste Geburt keineswegs eine nackte Tatsache ist, sondern ein dramatischer Akt, in dem das Kind im Zusammenspiel von Willen, Tun und körperlicher

Dynamik hervorgebracht wird, gerät bei Arendt aus dem Blick. Das Gebären wie das Geborenwerden ist dagegen für Arendt dem „Lebensprozess“ zuzurechnen, die der Mensch mit dem Tier teilt: biologisch vorgegeben, kreisförmig sich ewig wiederholend, gebunden an unabweisbare körperliche Bedürfnisse, die den Menschen als Gattungswesen ausmachen. Ihm dient die Arbeit zur Lebenserhaltung sowie die Fortpflanzung zur Erhaltung der Gattung (ebd.: 96). Das entspricht nun gerade im Hinblick auf die Generativität nicht den historisch wandelbaren Lebensentwürfen mit und ohne Kinder, die über die lange Praxis von Verhütung und Abtreibung umgesetzt worden sind und darauf verweisen, dass eine Schwangerschaft erst entworfen und angenommen werden muss, ehe ein Kind zur Welt kommt, das den neuen Anfang im Sinne Arendts machen kann.

Anders als Arendt verwende ich den Begriff der *Natalität* in einem umfassenden Sinn, als Geburtlichkeit, die sowohl den Anfang eines neuen Lebens wie seine Vorgeschichte und das aktive Handeln von Frauen (und eingeschränkter auch von Männern) umfasst und eine aktive Aneignung der körperlichen Prozesse im Sinne einer generativen Praxis voraussetzt. So wie die Lust zuerst im Kopf entsteht, entstehen auch Kinder zuerst dort und lange vor Zeugung und Empfängnis als Möglichkeit und Wunsch oder als ihre Verwerfung, als vergebliche Versuche, oder als ständig drohende Begleiter. Denn die nach der Einführung der Pille gängige These, dass mit sicheren Verhütungsmitteln und legalen Abtreibungsmöglichkeiten eine vollständige Trennung von Sexualität und Generativität durchgesetzt sei, ist eine Männerphantasie. Schließlich erinnert schon die morgendliche Einnahme der Antibabypille daran, dass da etwas zu verhüten ist.

Die generative Praxis als (noch) auf körperlichen Differenzen beruhende Form des Zusammenwirkens von ‚Weib und Mann und Mann und Weib‘ ist dabei die stärkste Bastion zur Begründung von Zweigeschlechtlichkeit mit all ihren Zuschreibungen von Hierarchie, Arbeitsteilung und Persönlichkeitsmerkmalen. Und das beruht nicht zuletzt auf ihrer Körperlichkeit. In generativen Praxen und Generativitätsverhältnissen verflochten sich gesellschaftlich und historisch spezifische Körperpraktiken, Körperverhältnisse und Körperpolitiken mit der körperlichen Materialität der Menschen. Im Begriff der „naturecultures“ (Haraway 1991) geht es Haraway darum, die gesellschaftlichen und natürlich-körperlichen Prozesse als ko-konstituiert, d.h. Natur als historisch und gesellschaftlich modifizierte und Gesellschaft als durch Naturverhältnisse vermittelte zu begreifen. Schließlich stößt der technische Zugriff auf die Natur nach wie vor auf Grenzen und Marx’ „Stoffwechsel mit der Natur“ (Marx 1867/1968: 192) verläuft keineswegs so reibungslos, wie die physiologische Metapher suggeriert.

Für bürgerliche Gesellschaften, die gesellschaftliche Ordnungen ohne den Bezug auf göttliches Recht zu legitimieren haben, ist die menschliche 'Natur' und insbesondere der Zusammenhang von Generativitäts- und Geschlechterverhältnissen ein besonders steiniges Feld für die Untersuchung der Verflechtung von Natur/Kultur, weil die körperliche Materialität, zur 'Natur' verewigt, zur Begründung der Geschlechterordnung herangezogen wird. Die patriarchalen Zeugungs- und Selbsterzeugungsmythen und die Art und Weise, wie Geschlecht in unterschiedlichen symbolischen Ordnungen über die Bedeutung konstruiert wird, die den Beiträgen von Männern und Frauen zu Zeugung, Empfängnis, Schwangerschaft und Geburt verliehen wird, verweisen auf ihren historischen Kontext, aber auch auf gesellschaftliche Auseinandersetzungen zwischen den so konstruierten Geschlechtern, bei denen es immer auch um die Verfügung über die Generativität geht. Denn im Widerspruch zu den bürgerlichen Bemühungen, Geschlechter- und Generativitätsverhältnisse auf eine 'unveränderliche Natur' zu gründen, sind die generativen Praxen ein bevorzugtes Feld für technische Interventionen, und das nicht erst seit der Medikalisierung der Geburt, der Entdeckung hormoneller Kontrazeptiva und der Reproduktionsmedizin. Dabei ging es zum einen darum, mit der Generativität der Bevölkerung eine zentrale Dimension der Reproduktion von Gesellschaft und Ökonomie kontrollierbarer zu machen. Andererseits lässt die Verve, mit der vor allem in den letzten Jahrzehnten die technische Reorganisation von Zeugung, Empfängnis und Geburt betrieben wird, vermuten, dass es hier um mehr geht als um die Befreiung von den vermeintlichen 'Zufällen' und 'Zwängen' der Natur, nämlich um den Zugriff auf die symbolische Ordnung der Generativität mit den Mitteln der Technik.

Umgekehrt gibt es aber auch Vorgaben der körperlichen Materialität für die Generativitäts- und Geschlechterverhältnisse. So macht der Tatbestand, dass Empfängnis, Schwangerschaft und Geburt (noch überwiegend) im Körper der Frau stattfinden, die Annahme des möglichen Kindes durch die Frau erforderlich, die der Aufnahme in die Gesellschaft vorausgeht, schwer zu kontrollieren ist und Frauen ein Machtpotential in den Generativitätsverhältnissen verleiht, das den patriarchalen Strukturen der Geschlechterverhältnisse entgegensteht. Diese Asymmetrie hat vielfältige Formen der Kompensation nach sich gezogen, von der strikten Kontrolle weiblicher Sexualität über die Beschränkungen und Behinderungen der Geburtenkontrolle bis hin zur Maternalisierung von Frauen, die die Ablehnung von Kindern und die Verwerfung einer Schwangerschaft als schweren Verstoß gegen die Weiblichkeit versteht und ganz allgemein Aggressivität aus dem gesellschaftlichen Entwurf von Mütterlichkeit und Weiblichkeit zu tilgen sucht. Die Pazifizierung von Frauen über die Mütterlichkeit hat sich als

eine sehr effektive Herrschaftsstrategie erwiesen. Sie transformiert ökonomische und soziale Abhängigkeit und frühkindliche Schutzbedürfnisse in Persönlichkeitsmerkmale der Frau und sichert damit die hierarchische Geschlechterordnung möglicherweise effektiver als körperliche Gewalt und sozioökonomische Unterordnung. Allerdings ist die sorgende Mütterlichkeit als geschlechterpolitisches Programm keineswegs widerspruchsfrei. Nicht nur kehrt die weibliche Aggressivität als Schreckbild der Megäre und der Furie wieder, auch die Assoziation des Weiblichkeitsentwurfs mit einem infantilen Gegenüber macht es zwar Männern möglich, sich mütterliche Zuwendung und Versorgung zu sichern, aber auch Frauen, sich eine Machtposition in Haus und Familie zu verschaffen, die als „soziale Mütterlichkeit“ von der bürgerlichen Frauenbewegung durchaus erfolgreich politisch umgesetzt wurde. Sie ließe sich als eine mütterlich geprägte „hegemoniale Weiblichkeit“ der entsprechenden Männlichkeit durchaus an die Seite stellen (Maihofer 1995: 104). Eine verdeckte Infantilität einschließlich der Wut über die damit verbundene Abhängigkeit gehört zu den offenen Geheimnissen der 'heroischen' bürgerlichen Männlichkeit.

Generativitätsverhältnisse und generative Praxen ins Zentrum gesellschaftstheoretischer Überlegungen zu rücken, bedeutet auch, den theoretischen Status von Kindern zu überdenken. So argumentieren beispielsweise Faye D. Ginsburg und Rayna Rapp (1995: 1): „By using reproduction as an entry point to the study of social life, we can see how cultures are produced (or contested) as people imagine and enable the creation of the next generation, most directly through the nurturance of children.“ Eine Gesellschaftstheorie, die Kinder nur als potentielle Arbeitskräfte adressiert, also als notwendige Bedingung für die 'Reproduktion des Kapitals', verfehlt diese Dimension des Sozialen. Nicht zuletzt über Kinder verläuft die Vermittlung von gesellschaftlicher Kontinuität. Sie stiften soziale Bindungen, die von engen emotionalen Beziehungen in der Eltern-Kind-Relation, über familiäre Arrangements bis zu den gesellschaftlich institutionalisierten Formen der Sorge um die nächste Generation reichen. Zugleich sind Kinder auf Grund der strukturellen Asymmetrie von Kinder-Erwachsenen-Verhältnissen eine Quelle von Macht und Kontrolle. In gewisser Weise lassen sich Kinder als eine 'soziale Ressource' verstehen, um die es kontinuierliche gesellschaftliche Auseinandersetzungen gegeben hat und gibt. Verhandelt werden darin die Bedeutung von Kindern und die unterschiedlichen Interessen an Kindern, verhandelt wird über Verfügungs- und Entscheidungsrechte. Und verhandelt werden damit nicht zuletzt die Geschlechterverhältnisse selbst, für deren symbolische Ordnung – mehr noch als die Verteilung von Arbeit – die 'körpergebundenen Prozesse' von Zeugung und Empfängnis mit Bedeutung versehen werden.

Aber natürlich sind Kinder auch die kommende Generation von Arbeitskräften und mit ihren Eltern über einen Generationenvertrag verbunden, auch wenn dieser nicht so explizit formuliert wird wie im deutschen Sozialrecht, sowie über die Eigentumsordnung, indem sich über die Konstruktion von Abstammung und Verwandtschaft die bestehende Verteilung von Reichtum und Macht auf der einen Seite und von Armut und Unterversorgung auf der anderen reproduziert.

Generative Praxen und Generativitätsverhältnisse bewegen sich also in multiplen und heterogenen Macht- und Herrschaftsverhältnissen und konstituieren ein umkämpftes Terrain, auf dem sich Geschlechter- und Klassenverhältnisse, aber auch das Verhältnis zu Natur und Körper sowie zu 'Rassen' bzw. Ethnien wechselseitig hervorbringen. Entsprechend sind Generativitätsverhältnisse im Kapitalismus Teil einer hegemonialen Formation und Gegenstand vielfältiger staatlicher Regulierungen. Hier findet eine prekäre Abstimmung zwischen dem Bedarf kapitalistischer Produktion und der familialen Reproduktion statt, die keineswegs als einseitiger Oktroi zu verstehen ist, sondern als komplexes Gegen- und Zusammenspiel von staatlichen Institutionen, Parteien, Verbänden, Öffentlichkeit, sozialen Bewegungen und familialen Entscheidungen.

'Familial' ist hier in einem sehr weiten Sinn als private Lebensorganisation zu verstehen, bezieht sich also nicht nur auf Familien im rechtlichen Sinn, sondern auf die wachsende Vielfalt an Lebensformen mit und ohne Kinder, in homo- oder heterosexuellen Paaren, in Drei-Eltern-Familien, Freundschaftseltern (ohne erotische Bindung) und unterschiedlichen Formen der Wohn- und Lebensgemeinschaften. Außerdem sind sie natürlich keineswegs nur 'privat', sondern in vielfältiger Weise in das öffentliche Leben eingebunden. Dennoch lassen sich die 'privaten' Lebensformen, in die die Generativität eingebettet ist in ihrer Logik, vom Bereich der Öffentlichkeit und der Lohnarbeit unterscheiden.

Zum Status von Generativitätsverhältnissen in der marxistisch-feministischen Diskussion

Die marxistische Theorie hat die Generativitätsverhältnisse ausschließlich unter der Perspektive der Reproduktion von Arbeitskräften wahrgenommen und war gegenüber ihren weitergehenden politischen Dimensionen eher ignorant. Die 'Urväter' greifen bei der Frage der Entstehung von Kindern sogar ganz ungeniert auf biologische Annahmen zurück. Kinder sind als eine Art 'natürlicher Ressource' immer schon da. Ihre Generierung stellt kein gesellschaftstheoretisches Problem dar und wird schlicht vorausgesetzt: „Die *Existenz des Individuums* gegeben“ (Hervorhebung S.K.), heißt es im *Kapital* lapidar, „besteht die Reproduktion der

Arbeitskraft in seiner eigenen Reproduktion und Erhaltung“ (Marx 1965/1867: 184). Das ist nicht weit von Hobbes „Pilzen“ entfernt.²

Zwar gehen Marx und Engels in der *Deutschen Ideologie* noch davon aus, dass die „soziale Tätigkeit“ sich nicht darauf beschränkt, dass die Menschen ihre Lebensmittel produzieren, sondern auch „sich selbst“. „Die Produktion des Lebens, sowohl des eigenen in der Arbeit wie des fremden in der Zeugung“ (), heißt es dort, sei immer schon ein doppeltes Verhältnis, nämlich zugleich natürlich und gesellschaftlich (Marx/Engels (1845/1969): 29). Dennoch wird sie im *Kapital* dann lässig dem „Selbsterhaltungs- bzw. Fortpflanzungstrieb der Arbeiter“ überlassen (Marx 1965/1867: 597ff.). Die ‘race’ eigentümlicher Warenbesitzer (gemeint sind die Besitzer der Arbeitskraft, S.K.) verewigt sich „wie jedes lebendige Individuum durch Fortpflanzung“ (ebd.: 186).

Theoretisch interessant werden Kinder bei Marx erst als Bestandteil einer nach rein ökonomischen Gesetzen an- und abschwellenden industriellen Reservearmee wie in seiner Kritik an Malthus (ebd.: 660). Damit bleibt aber die Bedeutung der Generativität für die Geschlechterverhältnisse ebenso verborgen wie für die gesamtgesellschaftliche Reproduktion.

Obwohl sich die lebendigen Individuen inzwischen keineswegs mehr so ohne weiteres durch Fortpflanzung ‘verewigen’ und die Problematisierung des Fortpflanzungstriebes zu langfristig sinkenden Geburtenraten in den kapitalistischen Zentren geführt hat, ist der politische Zündstoff der Generativitätsverhältnisse auch in neueren Kapitalismustheorien kein Thema.

Ausnahme waren Ende der 1970er-Jahre Gunnar Heinsohn, Rolf Knieper und Otto Steiger (1979) mit ihrer These vom „prinzipiell familienlosen Proletarier“, der mit dem Verlust vererbbarer Produktionsmittel auch das Interesse an Nachkommen verliert und deshalb nur mit äußerem Zwang dazu gebracht werden kann, Kinder in die Welt zu setzen. „Je mehr sich privates Interesse von der Angewiesenheit auf Nachwuchs ablöst, wie dies in Lohnarbeitsgesellschaften überwiegend der Fall ist, desto unabweislicher wird der Zwang zum Eingriff in die private Nachwuchsplanung“ (Heinsohn/Knieper/Steiger 1979: 57). Die Unterhaltung von Kindern und einer Ehefrau als häuslicher Arbeitskraft wird überflüssig. „Wenn auf diese Weise das Aushalten einer Ehefrau keinen Einspareffekt mehr hat und wenn die Geschlechtsliebe wegen perfekter Verhütungsmittel

2 Thomas Hobbes spricht in *Vom Menschen und Bürger* davon, dass im Naturzustand die Menschen „gleichsam wie Pilze plötzlich aus der Erde hervorgewachsen und erwachsen wären, ohne dass einer dem anderen verpflichtet wäre.“ (Hobbes 1994 [1658]: 161)

nicht mehr zu Kindern führen muss, beginnt sich die Empirie des Lohnarbeiters seinem Begriff doppelter Ledigkeit zu nähern, nämlich kinder- sowie familienlos zu sein und aus dem Verkauf seiner Arbeitskraft nur Lohn zur Erhaltung seiner selbst zu beziehen“ (ebd.: 10).

Auch wenn jenseits der Jahrtausendwende einige der hier prognostizierten Entwicklungen an den ‘Lohnarbeiter als Unternehmer seiner selbst’ erinnern, so springt doch auch die Differenz ins Auge. Die Vorstellung vom Lohnarbeiter als ‘Arbeitsmonade’, frei nicht nur von feudalen Fesseln und seinen Produktionsmitteln, sondern auch von allen anderen sozialen Bindungen, geht an der realen historischen Entwicklung vorbei, denn weder verzichten die ‘Proletarier’ heute gänzlich auf Kinder noch auf unbezahlte häusliche Dienstleistungen, auch wenn die freigestellte Hausfrau inzwischen ein Auslaufmodell ist. Und diese Vorstellung ist auch theoretisch unzureichend, weil sie die soziale Einbettung der kapitalistischen Produktion wieder einmal außen vor lässt. Die ‘Familiensehnsucht’ des Proletariats ist nicht nur wie bei Heinsohn, Knieper und Steiger politisch erzeugt, sondern immer auch ein widersprüchliches Moment von Einbindung und Widerstand, das im Bestehen auf sozialen, kulturellen und psychischen Freiräumen im Privaten über die ökonomische Vernutzung der Arbeitskraft hinausweist. Feministische Theoretikerinnen haben seit den 1970er-Jahren die Engführung der marxistischen Theorie kritisiert und versucht, den Arbeits- und Produktionsbegriff so zu erweitern, dass er auch Arbeiten, die im Privaten geleistet werden, einschließlich der Geburt und der Versorgung von Kindern, umfasst. Allerdings führte dieser Anschluss an die Marx’sche Theoriestruktur zu neuen Schwierigkeiten, weil damit zwar Raum für die theoretische Integration der Geschlechterverhältnisse jenseits der Lohnarbeit geschaffen wurde, aber diese auch gleich wieder auf *Arbeit* und auf die Forderung nach ihrer gesellschaftlichen Anerkennung und Umverteilung beschränkt wurde (anders: Kontos 1981). Christel Neusüß (1983) hat in dem launigsten Beitrag zur damaligen Debatte auf den *male bias* der Marx’schen Theorie zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft hingewiesen:

„Was sagt Marx: Kopf, Beine, Hände, damit erschöpfe sich der Bestand an Körperlichkeit. Auffallend ist dabei, dass der ganze mittlere Teil, an dem alles angebracht ist, einfach fehlt, also Brust, Bauch, der männliche Fortsatz und das entsprechende weibliche Gegenstück, vom Uterus und der Gebärmutter erst gar nicht zu reden. All das scheint dem weisen Mann ganz uninteressant für die Erhaltung und Reproduktion des menschlichen Geschlechts, das ist Natur, das wird nicht unterworfen, das ist der instinktmäßige Teil.“ (Neusüß 1983: 191)

Es ist der Werkzeuggebrauch, an dem Marx seinen Begriff der Arbeit als „Stoffwechsel mit der Natur“ entwickelt. Aber damit sind eben nicht alle Formen

dieses Stoffwechsels erfasst. Auch die Generativität beruht auf einem Aneignungsprozess, durch den der Mensch die „seiner Leiblichkeit angehörenden Naturkräfte“ in Bewegung setzt, ohne dass allerdings dieser „Naturstoff“ in einer dem Werkzeuggebrauch vergleichbaren Weise angeeignet werden könnte (Marx 1965/1867: 192).

Die Bielefelder Arbeitsgruppe um Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof und später der Ökofeminismus haben versucht, die Aneignung von Natur nach Geschlecht zu differenzieren, indem sie die gesamte Körperlichkeit einbeziehen:

„Wir hingegen glauben zu sehen, dass Frauen, anders als Männer, nicht Trägerin von Arbeitskraft sind, die sie frei verfügbar haben, sondern in höchst unfreier Form immer zugleich ihre Körperlichkeit, ihre Sexualität, d.h. ihre Weiblichkeit und damit sich als Trägerin samt Arbeitskraft verkaufen müssen.“ (Bennholdt-Thomsen 1983: 208)

Allerdings verschiebt sich die Argumentation in Richtung auf einen spezifischen Gegenstandsbezug von Frauen. Spricht Bennholdt-Thomsen noch von „ganzheitlicher Aneignung der Frauen einschließlich ihrer Sexualität und Generativität“ (ebd.: 209), so Maria Mies von einem unterschiedlichen Gegenstandsbezug von Männern und Frauen, der im Rahmen einer kapitalistischen Produktionsweise zur Unterwerfung von Frauen als ‘Natur’ führt: „Zunächst ist festzuhalten, dass Frauen ihren ganzen Körper als produktiv erfahren können, nicht nur ihre Hände oder ihren Kopf. Aus ihrem Körper produzieren sie neue Menschen und die erste Nahrung für diese Menschen. [...] Darum ist die Aktivität der Frauen beim Gebären und Nähren von Kindern als *Arbeit* zu interpretieren“ (Mies 1983: 170). Außerdem basiert diese Produktivität für Mies auf einer reziproken Interaktion mit der Natur und sozialer Verantwortung, und sie führt deshalb auch nicht zu Eigentums- und Herrschaftsbeziehungen. „Sie verstehen sich nicht als Eigentümerinnen ihrer Körper noch der Natur, sondern kooperieren vielmehr mit den Produktivkräften ihrer Körper und der Natur zur Produktion des Lebens“ (ebd.: 173). Anders der Mann: Männliche Produktivität kann nicht unmittelbar aus dem Körper entstehen, sondern bedarf der Vermittlung durch äußere Instrumente oder Werkzeuge: „Ohne Werkzeuge ist der Mann kein Mensch. Das ist der Grund, warum sein Verhältnis zur Natur, zu seiner eigenen wie zur äußeren, die Tendenz zeigt, zu einem instrumentellen Verhältnis zu werden“ (ebd.: 174).

Für die konstitutive Bedeutung von Generativitäts- und Geschlechterverhältnissen ist in einer solchen Gegenüberstellung kein Platz. Der unterschiedliche Gegenstandsbezug entspringt der Körpererfahrung, verlängert sich umstandslos auf den Umgang mit der Natur und begründet Herrschaft über die als ‘Natur’

definierten Frauen. Aber die Erfahrung der Natalität spricht eben nicht für sich, sondern ist in gesellschaftliche Verhältnisse eingebettet, die ihr ihren Sinn geben. Um nur ein Beispiel für die Unstimmigkeiten zwischen männlicher 'Instrumentalität' und weiblicher 'Kooperation' mit der Produktivkraft des Körpers zu nennen: Mies (ebd.: 91) weist im Zusammenhang mit der Aneignung der weiblichen Produktivität durch Frauen auf deren langes Erfahrungswissen über Schwangerschaft und Verhütung hin. Zur Verhütungspraxis gehörte aber immer auch die Kindstötung. Und es lässt sich wohl kaum ein instrumentalistischerer Umgang mit der 'Leibesfrucht' denken als ihre Tötung. Nicht dass die Kindstötung nicht auch mit sozialer Verantwortung begründbar war, aber in das duale Schema des instrumentalistisch/kooperativen Gegenstandsbezugs passt sie nicht.

Im deutschsprachigen Raum hat Ursula Beer (1990) versucht, den marxistischen Begriff der Produktionsverhältnisse systematisch um die Generativitätsverhältnisse zu erweitern und mit der Einführung des Begriffs der *Bevölkerungsweise* einen umfassenden Begriff von Vergesellschaftung zu begründen, der es ermöglicht, „Menschen analytisch in ihrer Leiblichkeit und Geschlechtlichkeit“ zu begreifen (ebd.: 72). Ihre Erweiterung der Analyse der Geschlechterverhältnisse hin zu den Generativitätsverhältnissen hat im feministischen Diskurs allerdings wenig Beachtung gefunden.

In ihrer Bestimmung der *Bevölkerungsweise* greift Beer (ebd.: 91) erstaunlich unbekümmert auf Mackenroth zurück, von dem der Begriff stammt. Dieser grenzt sich in seiner *Bevölkerungslehre* (Mackenroth 1953) zwar vehement von naturalistischen Traditionen in der Bevölkerungstheorie ab, die nach 'Naturgesetzen' in der Bevölkerungsbewegung suchen. Zu ihnen zählt er auch Malthus mit seinem Schema von der unabänderlichen Diskrepanz zwischen der geometrischen und arithmetischen Progression von Bevölkerung und Nahrungsspielraum. (Malthus 1798 [1924/25], zit. nach: Mackenroth 1953: 302).³ Ihnen setzt er die Forderung nach einer explizit soziologischen Bevölkerungstheorie entgegen:

„Eine Bevölkerungstheorie ist also ein Sinnzusammenhang, in dem alle Elemente eines generativen Verhaltens aufeinander in sinnvoller Weise abgestimmt sind: Familienverfassung, Heiratshäufigkeit, Fruchtbarkeit usw., alle diese einzelnen *patterns of behavior* bilden zusammen in ihrer Abgestimmtheit aufeinander eine Struktur.“ (Mackenoht 1953: 326)

Allerdings fehlt in der *Bevölkerungslehre* ein systematischer Bezug auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge und Widersprüche, in die diese *patterns* eingebettet

3 Zu Malthus und seinem zeitlich vorangehenden Gegenspieler J.P. Süßmilch (1707 bis 1767) siehe Birg (1989).

sind. Das gilt allemal für die Geschlechterverhältnisse, aber auch für die Dynamik des Nachkriegskapitalismus, auf den sich Mackenroth bezieht.⁴ Es hätte in den 1950er-Jahren eines kritischeren Bezugs auf die bevölkerungstheoretische und -politische Tradition bedurft, der diese nicht nur soziologisch umdeutet, sondern sie in ihrer historisch-politischen Genese verfolgt und gesellschaftstheoretisch einbettet, um dem Herrschaftsmodus der 'Bevölkerung' auf die Spur zu kommen. Erst wenn die Generativität und Generativitätsverhältnisse als ein politisches Terrain ausgemacht sind und nicht als ein unpolitisch begriffener 'Bevölkerungsvorgang' oder der heute allenthalben beschworene 'demographische Wandel', werden sie als Resultat sozialer Praxen sichtbar, eingebettet in vielfältige Machtverhältnisse und im Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse in eine soziale Ordnung der Generativität, in der vergeschlechtlichte Subjekte nicht nur Kinder hervorbringen, sondern auch sich selbst.

Die Heterogenität wie der Zusammenhang dieser Machtverhältnisse bleiben auch bei Beer unausgeführt. Für sie ist es die kapitalistische Produktionsweise, die sich 'ihre' Bevölkerungsweise schafft. Dabei wird 'Bevölkerung' als Gegenstand rechtlicher und sozialpolitischer Regulation vorausgesetzt, was dazu führt, dass die generativen Praxen und ihr Konfliktpotential aus dem Blick geraten und dass anstatt von Generativitätsverhältnissen von einer „generativen Produktivkraft“ die Rede ist:

„Das untersuchte Datenmaterial zeigt, dass strukturtheoretisch gesehen menschliche Produktivkraft in ihrer generativen Potenz einer neuen Form der Vergesellschaftung bedurfte. Das enorme Bevölkerungswachstum im 19. Jahrhundert gerade der besitzlosen Bevölkerung erzeugt zwar sozialen Druck, diesen Menschen Erwerbs- und Existenzmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, auf die der Kapitalismus offenbar die Antwort war. [...] Es mussten jedoch auch gesellschaftliche Lösungen gefunden werden, die generative Reproduktion der aufkommenden Industriegesellschaft in geregelte Bahnen zu lenken“ (Beer 1990: 227).

Das klingt, als seien das Bevölkerungswachstum und die generative Reproduktion tatsächlich im Sinne der ökonomischen Erfordernisse 'zu regeln', statt sie als Resultat eines widersprüchlichen Ensembles von veränderten ökonomischen

4 So teilt Mackenroth die politisch inszenierte Angst vor dem ungehemmten Bevölkerungswachstum im 'Osten' und 'Süden' und setzt ihm die Hoffnung auf eine weltweite Verbreitung der europäischen Bevölkerungsweise 'Konsum statt Kinder' entgegen. Wie nahe Mackenroth der NS-Bevölkerungswissenschaft bleibt, zeigt auch seine ungenierte Verwendung von 'Rasse', 'Siebung' und 'Auslese', auch wenn er versucht, diese soziologisch statt rassentheoretisch zu formulieren (Mackenroth 1953: Kap. II und III).

Bedingungen, politischer Regulation, veränderter Denkweisen und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zu sehen, die auch anderen Logiken folgen als denen des Kapitalverhältnisses (Demirovic/Maihofer 2013). Mit Beers Übernahme des Begriffs der Produktivkraft für die Generativität werden aus meiner Sicht letztlich die politischen Dimensionen ausgeblendet, die die Generativitätsverhältnisse zu einem Feld mehrdimensionaler Geschlechterpolitik machen, auf dem Herrschaft auch mit der Konstruktion und Normalisierung von Körpern operiert und Regulation ein offenes Projekt bleibt. Für die Vergesellschaftung der Generativität müsste dementsprechend eine spezifische Form der Verbindung mit dem Kapitalverhältnis gefunden werden, die auch eine spezifische Form staatlicher Politik einschließt. Um den Verkürzungen der Marx'schen Theorie im Hinblick auf die Generativitätsverhältnisse zu entgehen, bieten sich Foucaults Theorie der Biopolitik und die Regulationstheorie an.

Biopolitik und Generativität

Es war Foucault (1977), der mit dem Begriff des Sexualitätsdispositivs und der Biomacht die Bevölkerung und die Sexualität/Generativität zu einem grundlegenden Element der Macht- und Subjekttheorie gemacht hat. Umso erstaunlicher ist es, dass er die Geschlechterverhältnisse, die für diesen Bereich der gesellschaftlichen Reproduktion zentral sind, „eher von der Seite her“ (Demirovic 2015: 64) erörtert. Dabei ist unbestritten, dass das von Foucault entwickelte Gefüge der Macht ohne den Bezug auf die Geschlechterverhältnisse überhaupt nicht zu verstehen ist (Lorey 2015: 32). Vor allem Foucaults These von der Verlagerung der Macht von der juristischen Logik der Zentralität und Binarität, der Verhinderung, Absperrung und Abschöpfung zu einer Formung und Entfaltung der Kräfte bis hin zur Technologie der Selbstführung schafft den theoretischen Raum für Machtverhältnisse 'unterhalb' von Recht und Ausbeutung und jenseits von Repression und offener Gewalt; Machtverhältnisse, die über kulturelle, erzieherische und disziplinierende Institutionen vermittelt werden, sich in den Körpern materialisieren und deshalb besonders geeignet sind, den Zusammenhang von Macht und Geschlecht sowie von Sexualität und Generativität zu thematisieren (Foucault 1977). Für Demirovic sind es gerade die in der Sexualität verdichteten Machtpraktiken, die Foucault zu einer Differenzierung der Machtanalyse getrieben haben (Demirović 2015: 64).

Insofern sind die Geschlechterverhältnisse bei Foucault in der Tat keine „Leerstelle“ (ebd.: 64), aber sie bleiben gewissermaßen im Schatten und ihre Ausleuchtung wäre vor allem einer Präzisierung seines Begriffs der Biomacht

zugute gekommen, der die Biopolitik der Bevölkerung mit den Generativitätsverhältnissen verknüpft (vgl. dazu auch Lettow 2015). Dazu vier Anmerkungen:

1. Foucaults Unterscheidung von Allianz- und Sexualitätsdispositiv (Foucault 1977: 128ff.) lässt ihre Gemeinsamkeit, nämlich die Ordnung der Generativität, in den Hintergrund treten. Zwar spricht er davon, dass das Sexualitätsdispositiv das der Allianz nicht ersetzt, sondern überlagert, aber über seiner eindrucksvollen Schilderung der neuen Problematik des sexualisierten Körpers gerät allzu leicht in Vergessenheit, dass auch die moderne Familie zuallererst ein System der Kooperation und der ökonomischen und sozialen Reproduktion ist, in dessen Rahmen nicht nur einigermaßen stabile Formen der Arbeitsteilung gestiftet werden, sondern auch die 'Natur des Geschlechts' immer wieder neu bestätigt wird. Unter dieser Perspektive tritt das Ehepaar mit seiner 'geordneten Sexualität' keineswegs so sehr in den Hintergrund, wie Foucaults Rede von der Erzeugung einer Welt von Perversionen und heterogenen Sexualitäten und von einer „zentrifugalen Bewegung gegenüber der heterosexuellen Einehe“ (ebd.: 52) glauben macht. Jedenfalls war diese für die Unterschichten überhaupt erst eine Errungenschaft des 19. Jahrhunderts, was daran erinnert, dass das Sexualitätsdispositiv für sie eigentlich erst am Ende des Jahrhunderts relevant wurde und dann auch schon in andere soziale Kämpfe (Neomalthusianismus und Kampf gegen den Paragraph 218 und um die ökonomische und soziale Absicherung der proletarischen Familie) eingebettet war als die des Bürgertums um seine Selbstaffirmation.

2. Auch die vier großen strategischen Komplexe, die Foucault im Prozess der Entwicklung des Sexualitätsdispositivs und der Institutionalisierung der bürgerlichen Familie ausmacht, entfalten zwar die Sexualität, sind aber letztlich auf die Einhegung des heterosexuellen und generativen Paares und seine familiarisierte Sexualität bezogen. So wird der Körper der Frau nicht nur gänzlich von Sexualität durchdrungen, sondern auch auf die Generativität verpflichtet, nur deshalb ist er in eine „organische Verbindung“ mit dem Gesellschaftskörper zu bringen. Die Mutter bildet mit ihrem Negativ, der nervösen Frau, den Fluchtpunkt der Hysterisierung. Desgleichen das onanierende Kind, dessen „sowohl 'natürliche' wie 'widernatürliche' sexuelle Betätigungen“ in die richtigen Bahnen zu lenken sind (Foucault 1977: 126). Und schließlich ist es die 'Sozialisierung des Fortpflanzungsverhaltens', die eine regulierende Kontrolle der Bevölkerung ermöglichen soll und sich dazu mehr noch als auf Verbote, die nur schwer durchsetzbar sind, auf die Selbstregierung des generativen Paares verlassen muss. D.h. der Kern des Sexualitätsdispositivs bleibt bei aller 'Sexualisierung' die Regierung der Genera-

tivität, also der Versuch, Generativitätsverhältnisse zu schaffen, die die bürgerliche Gesellschaft und den expandierenden Kapitalismus mit einer gestaltbaren 'Bevölkerung' auf nationalstaatlichem Territorium versehen, und mit Familien, die auf nationale Kulturen verpflichtet soziale Geschlossenheit produzieren, und das umso mehr, je mehr sie sich diese Nationalstaaten kolonialistisch über die Welt verbreiten.

3. Problematisch erscheint mir auch Foucaults Rekurs auf *das Leben*. Nachvollziehbar ist er da, wo Foucault die Macht, das Leben zu steigern, zu vervielfältigen, zu regulieren und zu bewirtschaften, dem älteren Konzept der Souveränität über Leben und Tod gegenüberstellt. Aber ist es wirklich angemessen, alle Machtstrategien unter „die vollständige Durchsetzung des Lebens“ (Foucault 1977: 166) zu subsumieren, die sich irgendwie auf die Körperlichkeit beziehen, von der panoptischen Überwachung in den Anstalten über die Disziplinierung des Körpers in der Arbeit, die Zählung und Verwaltung von Bevölkerungen und die Entfaltung und Einhegung der Sexualitäten, die wissenschaftliche Erzeugung von 'Rassen' bis zur gouvernementalen Selbstführung und der Vereindeutigung von 'Geschlecht' – und das noch durch drei Jahrhunderte hindurch? Auch der Begriff *des Lebens* hat schließlich ein spezifisches historisches Gewicht, und die Biopolitik der Bevölkerung in der Mitte des 18. Jahrhunderts ist schwerlich mit der Biotechnologie des 21. Jahrhunderts im Namen *des Lebens* unter einen Hut zu bringen. Was Adorno im Hinblick auf die Lebensphilosophie kritisiert hat, ließe sich auf Foucaults Abstraktion *das Leben* übertragen: „Leben selber, in seiner abstrakten Gestalt, ist zur Ideologie geworden, und gerade die Abstraktheit, die es von den älteren, gefüllteren Begriffen von Leben unterscheidet, macht es praktikabel“ (Adorno in einem Brief an Löwenthal vom 15.11.1942, zit. nach Claussen 2005: 18). So praktikabel, dass die katholische Kirche heute der Kultur des Todes eine Kultur des Lebens entgegen stellt und unter dieser Verallgemeinerung ungeniert die Abtreibung als 'Massentötung ungeborenen Lebens' mit dem Holocaust in eins setzt.

4. Zudem sind Widerstandspotentiale gegen die Biopolitik bei Foucault schwer auszumachen. Zunächst gewinnt auch Widerstand durch die Verflüssigung und Vervielfältigung der Machtbeziehungen an Beweglichkeit und Heterogenität. Auch die Einsicht, dass es den archimedischen Punkt nicht gibt, nach dem die Revolutionstheorien gesucht haben, und Widerstand deshalb niemals „außerhalb der Macht liegt“ (Foucault 1977: 116), hat die Theorien sozialer Bewegungen und auch die feministische Theorie beflügelt. Gerade für die Geschlechterkonflikte

gibt es kein 'Außen'. Doch je mehr Foucaults Machttheorie von der Disziplinierung über die Gouvernementalität und die Regierung zur Selbsterzeugung des Subjekts und zu den Techniken der Selbstregierung voranschreitet und Freiheits- und Emanzipationsprojekte inkorporiert, desto schwieriger wird es, anzugeben, woraus sich Widerstand noch speisen soll. Mit einer schlichten Verweigerung ist es jedenfalls nicht getan. Wenn die Selbstschädigung überwiegt, ist keine große Akzeptanz zu erwarten. Das zeigen in der Geschlechterpolitik z.B. die vergeblichen Aufrufe zum Gebärstreik. Den neuen Machtformen angemessener ist eine Strategie, die Koordinaten der Machtbeziehungen so zu verschieben, dass aus Schwäche und Abhängigkeit partiell Stärke entwickelt werden kann.

Das ist etwa bei der Verdrängung der Frauen in den Privatraum der bürgerlichen Familie nachzuverfolgen. Auch wenn ihnen deshalb lange Zeit bürgerliche Rechte und die Anerkennung als Staatsbürgerinnen verweigert worden sind, so ist es ihnen doch gelungen, Foucaults Pastoralmacht der Sorge und Seelenleitung in die Familie zu transferieren und sich von bevorzugten Objekten und Adressatinnen der Seelsorger, Fürsorger und Ärzte zu deren Sorgebeauftragten zu subjektivieren. Natürlich verlief diese Subversion nicht gradlinig. Sie wurde durch Klassen- und Rassenspaltungen gebrochen, aber sie ist ein Beispiel dafür, dass „die Schafe“ der Pastoralmacht durchaus in der Lage sind, die „persönliche Hut“ zu verlassen und die geforderte „persönliche Unterwerfung“ (Demirović 2015: 77) zu unterminieren. Dazu braucht es aber einen Rest an Subjektivität, der nicht in machtbestimmter Subjektivierung aufgeht. Und es braucht auch den Rekurs auf verfestigtere, kristallisierte Machtformen, die unter bestimmten historischen und gesellschaftlichen Bedingungen die beweglichen Prozesse der Macht rahmen und *gegen* die sich Kritik und Widerstand formieren können.

Trotz dieser Einwände ist Foucault einer der wenigen Kapitalismuskritiker, der die Generativität aus dem funktionalistischen Bezug auf die Reproduktion der Arbeitskraft herausgelöst und die Doppelbewegung herausgearbeitet hat, mit der die bürgerliche Gesellschaft versucht hat, mit der Erfindung der 'Bevölkerung' einen Zugriff auf die Generativität und die gesamtgesellschaftliche Reproduktion zu finden. Zum einen wird die Bevölkerung im historischen Vorfeld, bei Merkantilisten und Physiokraten, zum Gegenstand einer aktiven Intervention in die 'naturwüchsigen' Prozesse der Bevölkerungsentwicklung, die bis in die Betten der vorbürgerlichen Untertanen reicht (Kontos/Steinert 1981), zum anderen wird die bürgerliche Familie sexualisiert und intimisiert, aber auch diskursiv und rechtlich eingehegt und zum Ansatzpunkt von staatlichen Machtstrategien, die Donzelot als „Regieren durch die Familie“ bezeichnet hat (Donzelot 1979). Die Widersprüche der bürgerlichen Regierung über 'Familie' machen jedoch eine

wirkliche Kontrolle der Bevölkerung und ihren funktionalen Bezug auf den Bedarf an Arbeitskräften zu einem vergeblichen Unterfangen. Vielmehr spalten sie Bevölkerungspolitik in Zwangsmaßnahmen (von der Abtreibungsgesetzgebung über eugenische Programme und 'Rassenschutzgesetze' bis zu Zwangsverhütungs- und Zwangssterilisierungsprogrammen als 'Entwicklungshilfe' in den Ländern der Peripherie; (vgl. Schultz 2006, 2009; Wichterich 1994) und in indirekte Steuerungsmodalitäten wie Gesundheitspolitik, Bildungspolitik, Sozialpolitik und Familienpolitik, die eher mit der Emotionalisierung und Intimisierung der familialen Beziehungen in Übereinstimmung zu bringen sind.

Regulation und Generativitätsverhältnisse

Obwohl Biopolitik im Sinne Foucaults ohne die Institution des Staates gar nicht denkbar ist, lassen sich Anschlussmöglichkeiten für die konstitutive Rolle von Staat und Politik auf dem Feld von Generativitäts- und Geschlechterverhältnisse eher bei der Regulationstheorie finden. Die Annäherung feministischer Theorie an die Frage nach der Rolle des Staates bei der Reproduktion von Geschlecht und Geschlechterherrschaft verlief zunächst über die Kritik an den Vertragstheorien (Pateman 1988) und an der linken Sozialstaatstheorie, der das regulative Dreieck von Kapital, Staat und Familie lange Zeit entgangen war (Lewis/Ostner 1994; Kulawik 1998). Erst ab den 1990er-Jahren fand eine feministische Auseinandersetzung mit Gramsci, Poulantzas und der Regulationstheorie statt (Seemann 1996; Sauer 2001, 2013; Ludwig 2007; Griesser/Ludwig 2008; Fischer 2008) und erst dann richtete sich der kritische Blick auch auf die staatliche Produktion von 'Geschlecht' über vergeschlechtlichende Zuschreibungen und materielle Praxen (Pühl 2003). Allerdings standen nach wie vor die Arbeitsteilung im Fokus sowie Rechts- und Gewaltverhältnisse, während die Generativitätsverhältnisse in der feministischen Staatsdebatte nach wie vor nicht auftauchten. Erst die Re-Lektüre von Foucault hat gezeigt, wie eng die Modi der Macht mit dem staatlichen Regieren über das Subjekt, 'sein Geschlecht' (Bargetz/Ludwig/Sauer 2015) und, wie ich zu zeigen versucht habe, auch 'seine Generativität' verknüpft sind.

Was in den regulationstheoretischen Arbeiten zu den Geschlechterverhältnissen bislang zu kurz kommt, ist, dass diese die Prozesse der Hervorbringung von Strukturen und Handelnden vernachlässigen und damit auch die staatlich vermittelte Produktion der Kategorien, die als Gegenstand der Regulation nicht einfach vorausgesetzt werden können (Sauer 2013: 122; auch Ludwig 2007, 2011). Wird außerdem Regulation nicht als 'Ordnung', sondern als ein umkämpftes Feld gedacht, das von multiplen Widersprüchen und Konflikten durchzogen ist, dann wird

die Fragilität der Strukturen, Verhältnisse und symbolischen Ordnungen ebenso sichtbar wie die Tatsache, dass die 'Unordnung' der Geschlechterverhältnisse maßgeblich zur gegenwärtigen Vielfachkrise des Kapitalismus beiträgt.

Die Thematisierung der Generativitätsverhältnisse als Feld staatlicher Regulation entstand zuerst aus dem politischen Widerstand gegen die Abtreibungsgesetzgebung sowie aus der Kritik an der Gen- und Reproduktionstechnologie in den 1970er- und 1980er-Jahren, die damals jedoch keinen Bezug zur Regulationstheorie herstellten. Im Vordergrund stand die Brüchigkeit der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit. Und in der Tat wird ihre vorgebliche Trennung im Hinblick auf den Körper von Frauen so systematisch unterlaufen, dass sich durchaus von einem *besonderen staatlichen Gewaltverhältnis gegenüber Frauen* sprechen lässt, das sich vor allem auf den weiblichen Körper und sein generatives Potential bezieht und Frauen die freie Verfügung über ihren Körper als dem Kern bürgerlicher Subjektivität vorenthält. Elemente dieser Vormundschaft ziehen sich bis in die mehrfach reformierte deutsche Abtreibungsregelung hinein, und sie findet sich auch in der langen Geschichte des Frauenarbeitsschutzes, der dezidiert auf den Schutz ihrer 'Gebärfähigkeit' zielt (Kontos 1997). Es gibt keine vergleichbare staatliche Intervention zum Schutz der Zeugungsfähigkeit von Männern. Sie scheitert nicht zuletzt an der 'heroischen' Konstruktion von Männlichkeit, in deren Kontext eine 'unkontrollierbare' Sexualität und Zeugungsfähigkeit zum verdeckten Kernbestandteil des männlichen Subjekts gehört.⁵

Bei diesen Naturalisierungen und den entsprechenden Ausschlüssen ist die hegemoniale Konstruktion von Geschlechterverhältnissen jedoch nicht stehen geblieben. Sie hat sich in den kapitalistischen Kernländern in den letzten Jahrzehnten deutlich zugunsten einer Flexibilisierung des Zusammenhangs von Generativität und Geschlecht verschoben, der sich sowohl auf seine rechtliche Einhegung wie auf seine körperliche Dimension bezieht. Unter der Hand findet schon lange eine Abkehr von der 'natürlichen Familie', von Vater, Mutter und eigenen Kindern statt, die neue Regulationsformen verlangt und das umso mehr, als die rigorose Ökonomisierung der sozialen Beziehungen der letzten Jahrzehnte die stabilisierende Funktion von Ehe, Familie und Kindern ernsthaft gefährdet. Die Familienpolitik hat deshalb im Rahmen der Regulierungen des neoliberalen Kapitalismus deutlich an Bedeutung gewonnen: Sozialdemokratie sowie die Modernisierungsfraktion der Christdemokraten betreiben inzwischen ein Programm, das die empirische Abwendung von der Vater/Mutter/

5 Sie ist bis heute 'Geschäftsgrundlage' für die staatliche Regulation der Prostitution (Kontos 2009).

Kind-Familie sozial- und familienpolitisch abfedert. Dazu gehören nicht nur der Krippenausbau, die Ganztagschulen und das Elterngeld, sondern auch die Verbesserung der Stellung von unehelichen Kindern und Alleinerziehenden, die Akzeptanz von Patchworkfamilien und auch die Anerkennung der Homoeheliche, obwohl deren 'Erziehungskompetenz' noch angezweifelt wird. Vor allem aber gehört die Stärkung der Väterrechte in dieses Modernisierungsprogramm, und genau hier zeigen sich einige der Widersprüche dieses Unterfangens, das einiges verändern muss, damit alles so bleibt wie es ist.

Der Streit ums Kind

Kinder haben ihre Bedeutung für Eltern gewandelt. Sie sind schon lange keine soziale und ökonomische Absicherung im Alter mehr, sondern zu einer Art emotionaler Ressource geworden, ein letztes Reservat fragloser sozialer Bindungen angesichts der Fragilität aller anderen. Unter diesen Bedingungen hat die soziale und psychische Nähe zu Kindern, die in bürgerlichen Gesellschaften den Frauen zugeschrieben und zugewiesen wurde, ihnen einen deutlichen Vorteil in der Konkurrenz um diese Ressource verschafft, der allerdings erst in dem Moment zum Tragen kommen konnte, in dem das fordistische Modell der Hausfrauenehe erodierte. Denn damit verloren Männer nicht nur die unbezahlten Dienstleistungen ihrer Frauen, sondern auch den selbstverständlichen Zugang zu 'ihren Kindern'. Seit sich der selbstverständliche Zusammenhang von 'mütterlicher Natur' und sozialökonomischer Abhängigkeit aber auflösen beginnt, wird der Verlust der Kinder bei Trennungen zum Thema und beklagen auch praktizierende Väter die mangelnde Nähe. Dieser Druck in Richtung auf eine aktive und bewusste Vaterschaft entspricht alten feministischen Forderungen, kommt dem familialen Modernisierungsprogramm entgegen und hat dennoch einige Widersprüche im Gefolge. Zunächst hat er zu einer veritablen Väterbewegung beigetragen, die politisch erstaunlich erfolgreich ist und in den letzten Jahren eine Reihe von Gesetzen inspiriert hat, die die Rechte von Scheidungsvätern und unehelichen Vätern gestärkt haben⁶.

6 Einführung des gemeinsamen Sorgerechts 1998, das inzwischen bei 96 Prozent der Trennungen angewandt wird, z.T. auch aufgrund von massivem Druck auf die Mütter. Seit 2013 kann es auch von unverheirateten Vätern gegen den Willen der Mütter eingeklagt werden. Insgesamt lässt sich vor allem eine Stärkung der Rechte leiblicher Väter unabhängig von der sozialen Verantwortung beobachten und die Definition des Kindeswohls als Nähe zum leiblichen Vater.

Das reicht bis zu Samenspendern, die über ein obskures 'Grundrecht auf Kenntnis der eigenen Abstammung' zu ihrer eigenen Überraschung in Beziehungen zu ihren genetischen Kindern gedrängt werden. Das Problematische an dieser reaktiven Stärkung und Reformulierung der Vaterrolle ist zunächst, dass den neuen *Väterrechten* nicht gleichermaßen eine Übernahme von Betreuungspflichten entspricht. Aber es gibt sie schon, die neuen Väter, die nicht nur Rechte in Anspruch nehmen, sondern auch Verantwortung übernehmen. Worauf es hier ankommt, ist, dass ein neuer Streit ums Kind zwischen Männern und Frauen aufscheint, weil das alte Arrangement nicht mehr trägt und alle Beteiligten ihre Bindung an Kinder benennen müssen. Um dieser Bindung willen werden Familien und Kinder durchaus auch vom entfesselten Kapitalismus der postfordistischen Ära in Dienst genommen, denn sie werden die Nerds gleich welchen Geschlechts, die ansonsten vielleicht allzu frei und unkalkulierbar durch die Wirtschaftsräume flottieren würden. Deshalb der ungeheure Aufwand an Familienpolitik, die zwar heute die flexibilisierte Zweiverdienerfamilie im Auge hat, aber eben doch noch auf einen familialen Zusammenhang verweist, der ein Minimum an sozialer Einbindung und Stabilität garantiert. Dafür wird letztlich sogar die Homoehe samt Kindern akzeptabel werden, die zwar weiter an der Selbstverständlichkeit des Zusammenhangs von Ehe, Heterosexualität und Generativität nagt, nicht jedoch an dem 'natürlichen' Wunsch nach einem 'eigenen' Kind. Für Frauen allerdings erwächst mit dem engagierten Vater ein Konkurrent um die emotionale Nähe zu den Kindern, der sie zwingt, ihre 'angestammten natürlichen Rechte' auf das Kind zu problematisieren und einen neuen Entwurf für die Mutterschaft zu entwickeln. Die Debatte über bewusste Nicht-Mütter, Rabenmütter, bereuende und entsorgte Mütter hat gerade erst angefangen.

Reproduktionstechnologie

Steckt schon in der verstärkten Verpflichtung leiblicher Väter auf das 'eigene Kind' (und umgekehrt) ein Rekurs auf eine nunmehr genetisch begründete 'Natur' der Generativität, so ist er in der Logik der Reproduktionsmedizin noch deutlicher und offenbart die neo-biologistische Grundierung dieser Technologie. Zwar ist der 'natürliche' Zusammenhang von Geschlecht und Generativität gelockert, aber der schier unaufhaltsame Progress der Reproduktionsmedizin mit seiner Entsinnlichung und Entkörperlichung der Generativität entzieht dem Rekurs auf 'biologische' Begründungen von Geschlecht und Verwandtschaft weiteren Boden. Gleichzeitig findet über den Einsatz der neuen Techniken eine Re-Biologisierung statt, denn die Ermöglichung eines 'eigenen Kindes' ist schließlich Ziel- und

Fluchtpunkt des technischen Großeinsatzes, wobei das 'Eigene', etwa bei der Leihmutterschaft, immer abstrakter nur noch über Ei- und Samenzellen bestimmt werden kann. Die soziale Elternschaft hingegen, die in der Realität durch Scheidungen, Alleinerziehende, Patchworkfamilien immer mehr an Bedeutung gewinnt, wird im Referenzrahmen der Reproduktionsmedizin sekundär.

Schon mit dem Anlaufen der Reproduktionsmedizin in den 1980er-Jahren wurde von Feministinnen kritisiert, dass mit der Medikalisierung der generativen Praxen zudem eine Verschiebung der Machtverhältnisse rund um Zeugung, Empfängnis und Geburt stattfindet, die eine neue Form der gesellschaftlichen Regulierung der Generativität erkennen lässt. Schon die modernen Verhütungstechniken haben einseitig Verfahren begünstigt, die arztabhängig sind und Routinekontrollen notwendig machen. Sie verschaffen nicht nur Ärzten ein sicheres Klientel, sondern drängen Frauen in einen ständigen Diskurs mit medizinischen Experten über Sexualität, Verhütung, Abtreibung und Kinderwünsche und machen diese tendenziell zu Sachwaltern weiblicher Fruchtbarkeit.⁷ Diese Entmächtigung von Frauen verstärkt sich mit der Verallgemeinerung der neuen Körpertechnologie, die auch ohne ihre direkte Anwendung die Selbst- und Körperwahrnehmung verändert und Frauen nicht nur in die Abhängigkeit von den Reproduktionsexperten drängt, sondern ihnen auch einen Embryo gegenüberstellt, der durch die immer ausgefeilteren Analyse-, Überwachungs- und Produktionsverfahren immer früher zu einem 'Kind' wird.

Mit der ärztlich 'assistierten Reproduktion' verschoben sich schon in den 1980er-Jahren auch die politischen Koordinaten des Zusammenhangs von Generativität und Geschlecht: Es waren nicht mehr wie in der Abtreibungsfrage die christlichen Parteien, die Kirche und die konservativen ärztlichen Standesorganisationen, die den Selbstbestimmung fordernden Frauen gegenüber standen, sondern die in Geschlechterfragen liberale forschende und beratende Medizin sowie die ersten kommerziellen Reproduktionskliniken, die sich nicht nur auf eine wachsende Nachfrage nach ihren Dienstleistungen berufen konnten, sondern auch auf eben dieses Selbstbestimmungsrecht von Frauen bei der Planung und Realisierung 'ihrer' Generativität.

Weil sie diese Verschiebungen des Machtdispositivs nicht realisiert hat, lief aus meiner Sicht die erste Welle der Kritik an der Reproduktionstechnologie ins Leere. Frauen ausschließlich als Objekt einer manipulativen Technik durch

7 Vgl. die Beiträge auf dem Kongress „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien“ in Frankfurt/M. 1988.

Reproduktionsingenieure zu sehen,⁸ geht an der Sache vorbei. Es sind gerade die Planungs- und Selbststeuerungsinteressen von Frauen, die den Reproduktionsmediziner_innen den Weg geebnet haben, und die langfristigen Folgen der neuen Technologie sind weniger in einer strafferen Kontrolle durch die 'Technodocs' zu suchen als in einem grundsätzlichen Revirement des gesellschaftlichen Verhältnisses zur Generativität, zum menschlichen Körper und seinen generativen Potenzen (Kontos 1985).

Unter einem globalisierten Kapitalismus haben die neuen Formen der Vergesellschaftung der Generativität noch einen besonders widerwärtigen Effekt: den der Kommerzialisierung der Reproduktionsmedizin und ihrer Verschränkung mit internationalen Ausbeutungsstrukturen. Natürlich distanzieren sich alle seriösen Akteur_innen in diesem Feld von der unkontrollierten Kommerzialisierung, aber die Reproduktionstechnologie hat sich nicht im luftleeren Raum entwickelt, sondern sitzt auf sozialen und ökonomischen Interessen auf, die weit über die Interessen ungewollt kinderloser Paare hinausgehen, die für ihre Begründung immer wieder herhalten müssen.

Andererseits greift die reine Technikkritik hier ebenso zu kurz wie die Skandalisierung der kommerziellen Ausbeutung der Leihmütter und Eizellspenderinnen. Denn die Erweiterung individueller Reproduktionsautonomie lässt sich eben auch als Anpassung der Generativität an die Selbststeuerungsnormen neoliberaler Subjekte verstehen. Die 'Unternehmerin ihrer selbst' wird nicht gerade dann schwanger, wenn sie mit ihren Kollegen um den nächsten Schritt auf der Karriereleiter konkurriert.

In den 1980er-Jahren habe ich diesen Widerspruch als *Ambivalenz* bezeichnet, als Widerspruch von Befreiungsschritten und einer Zunahme von sozialer Kontrolle. Das ist nicht falsch, aber ich würde den Akzent heute mehr darauf legen, wie Frauen in das neue Kontrolldispositiv eingebunden sind, was eine Neubestimmung dessen nötig macht, was unter 'Reproduktionsautonomie' zu verstehen ist. Die freie Bewegung auf einem Markt generativer Partikel kann es nicht sein, sondern aus meiner Sicht nur die Erweiterung der generativen Optionen in eine Richtung, die Generativität in erster Linie als die Übernahme sozialer Verantwortung für Kinder versteht und ihre körperliche Dimension nicht mit einer neuen Machttechnologie verbindet, sondern mit einem freieren Spiel der Möglichkeiten.

8 So spricht Corea (1986) von der „Muttermaschine“.

Literatur

- Arendt, Hannah (1981): *Vita Activa*. München.
- Bargetz, Brigitte/Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit (Hg) (2015): *Gouvernementalität und Geschlecht*. Frankfurt M., New York.
- Beer, Ursula (1990): *Geschlecht, Struktur, Geschichte*. Frankfurt M., New York.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika (1983): *Die Zukunft der Frauenarbeit und die Gewalt gegen Frauen*. In: *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, Jg. 34, Heft 9/10, 207-222.
- Birg, Herwig (1989): *Johann Peter Süßmilch und Thomas Robert Malthus – Marksteine der bevölkerungswissenschaftlichen Theorieentwicklung*. In: Mackensen, Rainer et al. (Hg.): *Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart*. Frankfurt/M., New York, 53-75.
- Claussen, Detlev (2005): *Theodor W. Adorno*. Frankfurt/M.
- Corea, Gina (1986): *Muttermaschine*. Berlin.
- Demirović, Alex (2015): *Sex Machine oder: die Führung der Individuen durch Sexualität*. In: Bargetz, Brigitte/Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit (Hg.): *Gouvernementalität und Geschlecht*. Frankfurt/M., New York, 62-89.
- Demirović, Alex/Maihofer, Andrea (2013): *Vielfachkrise und Geschlecht*. In: Nickel, Hildegard/Heilmann, Andreas (Hg.): *Krise, Kritik, Allianzen*. Weinheim, 30-48.
- Donzelot, Jacques (1979): *Die Ordnung der Familie*. Frankfurt/M.
- Fischer, Anita (2008): *Von gesellschaftlicher Arbeitsteilung über Geschlecht zum Staat*. In: *Wissel, Jens/Wöhl, Stefanie (Hg.): Staatstheorie vor neuen Herausforderungen*. Münster, 50-69.
- Foucault, Michel (1977): *Sexualität und Wahrheit I*, Frankfurt/M.
- Ginsburg, Faye/Rapp, Rayna (1995) (Hg): *Conceiving the New World Order*, Introduction. In: *dies.: The Global Politics of Reproduction*. Berkeley, Los Angeles, London, 1-17.
- Griesser, Markus/Ludwig, Gundula (2008): *Endlose Transaktionen*. In: *PROKLA*, Heft 151, 271-288.
- Haraway, Donna (1991): *Simians, Cyborgs, and Women: The Reinvention of Nature*. New York.
- Heinsohn, Gunnar/Knieper, Rolf/Steiger, Otto (1979): *Menschenproduktion*. Frankfurt/M.
- Hobbes, Thomas (1994[1658]): *Vom Menschen, vom Bürger*. Hamburg.
- Kontos, Silvia (1981): *Hausarbeit, Geburtenkontrolle und Frauenautonomie*. In: *Gesellschaft*, Band 14, 12-29.
- (1985): *Wider die Dämonisierung medizinischer Technik*. In: *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, Jg. 8, Heft 14, 68-78.
- (1997): *Vater Staat und ‘seine’ Mütter?* In: *Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation*. PVS Sonderheft 28, 356-377.

- (2009): Öffnung der Sperrbezirke. Königstein/Ts.
- Kontos, Silvia/Steinert, Heinz (1981): Über die staatliche Sorge um 'Weibspersonen von einem gesunden vielversprechenden Körper'. In: Sachße, Christoph/Tennstedt, Florian (Hg.): Jahrbuch der Sozialarbeit 4. Geschichte und Geschichten. Frankfurt/M., 107-128.
- Kulawik, Teresa (1998): Jenseits des androzentrischen Wohlfahrtsstaats? In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. PVS Sonderheft 28, 293-310.
- Lettow, Susanne (2011): Biophilosophien. Wissenschaft, Technologie und Geschlecht im philosophischen Diskurs der Gegenwart. Frankfurt/M., New York.
- (2015): Population, race and gender. On the genealogy of the modern politics of reproduction. In: Distinktion. Scandinavian Journal of Social Theory, Jg. 16, Heft 3, 267-282.
- Lewis, Jane/Ostner, Ilona (1994): Gender and the Evolution of European Social Policies. Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen, Arbeitspapier. Bremen.
- Lorey, Isabell (2015): Das Gefüge der Macht. In: Bargetz, Brigitte/Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit (Hg.): Gouvernementalität und Geschlecht. Frankfurt/M., New York, 31-61.
- Ludwig, Gundula (2007): Gramscis Hegemonietheorie und die staatliche Produktion von vergeschlechtlichten Subjekten. In: Das Argument, Jg. 49, Heft 270, 196-205.
- (2011): Geschlecht regieren. Zum Verhältnis von Staat, Subjekt und heteronormativer Hegemonie. Frankfurt/M., New York.
- Mackenroth, Gerhard (1953): Bevölkerungslehre. Berlin.
- Malthus, Thomas Robert (1924/25 [1798]): Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz oder eine Untersuchung seiner Bedeutung für die menschliche Wohlfahrt in Vergangenheit und Zukunft, nebst einer Prüfung unserer Aussichten auf eine künftige Beseitigung oder Linderung der Übel, die es verursacht. 2 Bände. Jena.
- Marx, Karl (1867/1968): Das Kapital Bd.1. MEW Bd. 23. Berlin.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1845/1969): Deutsche Ideologie. MEW Bd. 3, 5-530.
- Maihofer, Andrea (1995): Geschlecht als Existenzweise. Macht, Moral, Recht und Geschlechterdifferenz. Frankfurt/M.
- Mies, Maria (1983): Gesellschaftliche Ursprünge der geschlechtlichen Arbeitsteilung. In: Technologie und Politik, Jg. 20, 164-193.
- Neusüß, Christel: Und die Frauen, tun die denn nichts? oder: Was meine Mutter zu Marx sagt. In: Dies.: Neue Verhältnisse in Technopatria: Zukunft der Frauenarbeit. Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Jg. 6, Heft 9/10, 181-206.
- Pateman, Carole (1988): The Sexual Contract. Stanford.
- Pühl, Katharina (2003): Der Bericht der Hartz-Kommission und die 'Unternehmerin ihrer selbst': Geschlechterverhältnisse, Gouvernementalität und Neoliberalismus. In: Pieper, Marianne/Gutiérrez Rodríguez, Encarnación. (Hg.): Gouvernementalität. Frankfurt/M., New York, 111-135.

- Sauer, Birgit (2001): *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*. Frankfurt/M., New York.
- (2013): *Putting Patriarchy in its Place. Zur Analysekompetenz der Regulationstheorie für Geschlechterverhältnisse*. In: Atzmüller, Roland et al. (Hg.): *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*. Münster, 111-131.
 - (2015): *Feministische Staatskonzeption als Digestive: Staat im Spätwerk Foucaults*. In: Bargetz, Brigitte/Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit (Hg.): *Gouvernementalität und Geschlecht*, Frankfurt/M., New York, 90-116.
- Schmincke, Imke (2015): *Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzungen am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankfurt und Deutschland*. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.): *Antigenderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld, 93-107.
- Schultz, Susanne (2006): *Hegemonie, Gouvernementalität, Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik*. Münster.
- (2009): *Zwischen Eugenik, Demographie und dem Management reproduktiver Biographien*. In: Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (Hg.): *Staat und Geschlecht*. Baden-Baden, 183-197.
- Seemann, Birgit (1996): *Feministische Staatstheorie*. Leverkusen.
- von Werlhof, Claudia/Mies, Maria/Bennholdt-Thomsen, Veronika (Hg.) (1983): *Frauen, die letzte Kolonie*. Reinbek, 165-191.
- Wichterich, Christa (Hg.) (1994): *Menschen nach Maß. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd*. Göttingen.

Gundula Ludwig/Volker Woltersdorff

Sexuelle Politiken im autoritären Neoliberalismus zwischen den Versprechen von Freiheit und Sicherheit¹

Ausgangsüberlegungen

In den letzten Jahren wurde eine Vielzahl queer-theoretischer Analysen vorgelegt, die das Zusammenwirken von Veränderungen sexueller Politiken und der Neoliberalisierung sowohl des Kapitalismus als auch von Staatlichkeit in westlichen Gesellschaften untersuchten. Der Grundtenor dieser Arbeiten besteht darin, dass die Flexibilisierung von Heteronormativität mit neoliberalen Regierungstechniken korreliert, da beide über das Versprechen eines Zugewinns von individueller Freiheit und Selbstbestimmung operieren. Während das Akkumulationsregime des Fordismus auf der Stabilität, Voraussagbarkeit und Standardisierung sowohl der Produktion als auch der (sexuellen) Lebensweisen beruhte, setzt das Akkumulationsregime des Neoliberalismus die Flexibilisierung der Produktion wie die Flexibilisierung sexueller Politiken voraus. Entsprechend hielten viele queer-theoretische Beiträge diese Transformation sexueller Politiken für ein bedeutsames Element, um eine neoliberale Gesellschaftsformation zu fördern. Die in diesem Zusammenhang entstandene hegemoniale Form homosexueller Lebensweisen im neoliberalen Nationalstaat wurde kritisch als „homonormativ“ (Duggan 2002) und „homonational“ (Puar 2007) bezeichnet.

Am Zusammenwirken von homonormativen und homonationalen sexuellen Politiken und neoliberaler Gouvernamentalität wurden vor allem zwei Aspekte kritisiert: Erstens wurde problematisiert, dass über die Liberalisierung sexueller Politiken und über die Integration jener lesbischen und schwulen Lebensweisen

1 Wir danken den Herausgeber_innen und den Mitgliedern des Arbeitskreises „Gender und Kapitalismusanalyse“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Nachfragen und Anmerkungen zu früheren Versionen des Textes. Gundula Ludwig dankt zudem der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, da ihre Arbeit am Text im Rahmen ihres APART-Stipendiums der Österreichischen Akademie der Wissenschaften am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien entstanden ist.

in das Normalitätskontinuum, die ohnehin große Ähnlichkeiten mit heterosexuellen Lebensweisen haben, die Subjekte dazu geführt wurden, sich als unternehmerische Subjekte in das neoliberale Akkumulationsregime einzufügen, das nicht mehr wie das fordistische auf Standardisierung und Voraussagbarkeit basiert, sondern auf Flexibilität und Diversität. In einem derartigen Akkumulationsregime konnten bestimmte Formen gleichgeschlechtlicher Lebensweisen nicht nur integriert, sondern auch zu „Vorbilder[n] zivilgesellschaftlicher, konsumkapitalistischer Bürger_innenschaft“ werden (Engel 2008: 46). Zweitens wurde kritisiert, dass homonormative Politiken, zum Beispiel die Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft in Deutschland, dem neoliberalen Umbau des Staates Vorschub leisten, da im Namen der Anerkennung und Gleichberechtigung nun auch gleichgeschlechtliche Paare vormals wohlfahrtsstaatliche Versorgungsaufgaben übernehmen sollen. Hononormative Politiken fügen sich also mittels des Versprechens von Toleranz und Freiheit in den neoliberalen Abbau des Sozialstaates und den Umbau von Sozialpolitik ein, im Zuge dessen der Familie (wieder) verstärkt eine soziale Sicherungsfunktion zukommt.

Für viele dieser Analysen stellten im deutschsprachigen Raum Michel Foucaults Vorlesungen zur Gouvernementalität, in denen er die neoliberale Regierungsrationale und mithin das neoliberale Ideal von Gesellschaft, Staat, Ökonomie, sozialen Beziehungen und Subjektivität untersuchte, eine wichtige Referenzfolie dar (Engel 2009; Ludwig 2011; Mesquita 2011; Raab 2011; Woltersdorff 2012). Das queer-theoretische Anknüpfen an Foucaults Gouvernementalitätsansatz war zweifelsohne nicht nur für eine Gegenwartsanalyse sexueller Politiken in westlichen Gesellschaften bedeutsam, sondern auch für die Weiterentwicklung der Queer-Theorie als Gesellschaftstheorie, die sich auch mit dem Zusammenhang von Heteronormativität, Staat und Kapitalismus befasst.

Ausgangspunkt unseres Beitrags ist die These, dass sich dieser queer-theoretische Analysekorpus trotz seines instruktiven Charakters durch einen einseitigen Fokus auszeichnet, dessen Konsequenzen im Licht der aktuell in Europa (wenn auch nicht nur dort) feststellbaren Autoritarisierung des Neoliberalismus deutlich als Mangel zutage treten. Unter Neoliberalismus verstehen wir im vorliegenden Text die aktuelle kapitalistische Gesellschaftsformation in ihrer Gesamtheit, also mit ihrem Akkumulationsregime, ihrer Form von Staatlichkeit und ihren Lebens- und Subjektvierungsweisen. Zugleich gehen wir davon aus, dass es zeitdiagnostisch zutreffend ist, von zwei Versionen des Neoliberalismus auszugehen, die gegenwärtig miteinander ringen: einer libertären und einer autoritären. Wir verstehen diese Versionen als zwei Hegemonieprojekte. Als Hegemonieprojekt bezeichnen wir ein Konglomerat von Diskursen und Politiken, mit dem Zustim-

mung zu einer als allgemein gültig gesetzten Vorstellung von einer guten Gesellschaft organisiert werden soll. Hegemonieprojekte sind „zumeist unbewusste Verknüpfungen einer Vielzahl unterschiedlicher Taktiken und Strategien“ in einem Herrschaftsprojekt, „mittels derer versucht wird, die beteiligten partikularen Interessen in allgemeine zu transformieren, um hegemonial zu werden“ (Buckel 2011: 639f.).

Das libertäre Hegemonieprojekt korreliert mit einer Version von Staatlichkeit, wie sie ausführlich unter den Aspekten des Abbaus des Wohlfahrtsstaates, der Privatisierung ehemals staatlicher Absicherungen und der Aushöhlung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten diskutiert worden ist. Dem autoritären Hegemonieprojekt entspricht dagegen eine Version von Staatlichkeit, in der die repressiven Dimensionen des Staates (weiter) ausgebaut werden. Die Projekte bedienen jeweils unterschiedliche Versprechen: Das libertäre Projekt verspricht Freiheit; das autoritäre Projekt verspricht dagegen Sicherheit.

Obwohl sich beide Projekte als konkurrierend inszenieren, ist ihr Verhältnis dialektisch: Beide Projekte stehen insofern in einem Vermittlungsverhältnis, als das libertäre Projekt die historische Voraussetzung für das Erstarken des autoritären Projektes geliefert hat, wie wir im Folgenden darlegen werden. Dem libertären Projekt wohnen antidemokratische und repressive Aspekte inne, die sich im autoritären Projekt zuspitzen. Hier werden nicht nur Partizipationsmöglichkeiten abgebaut, sondern repressive Techniken ausgebaut. Zugleich führt die durch das libertäre Projekt verantwortete Rücknahme demokratischer Partizipationsmöglichkeiten zu einer Erschöpfung von dessen Mobilisierungskraft, weil es seine eigenen Versprechen nach individueller Selbstbestimmung vielen gegenüber gar nicht mehr einlösen kann (Berlant 2011: 23-50). So hat das libertäre Projekt erst die gesellschaftlichen Voraussetzungen geschaffen, die ein Begehren nach einer Autoritarisierung des Neoliberalismus erfolgreich anheizen.

Die beiden Hegemonieprojekte begünstigen auch jeweils anders akzentuierte sexuelle Politiken: Das libertäre Hegemonieprojekt bietet sich solchen sexuellen Politiken an, die sich über das Versprechen sexueller Freiheit legitimieren, während das autoritäre Hegemonieprojekt sexuelle Sicherheit in Aussicht stellt. Das bisher erarbeitete queer-theoretische Instrumentarium ermöglicht es allerdings nur in unzulänglicher Weise, die Bedeutung sexueller Politiken für das autoritäre Hegemonieprojekt in den Blick zu nehmen, denn hier werden neoliberale Machttechniken vor allem in ihrer Dimension der ‚Homotoleranz‘ und ‚Homofreundlichkeit‘ problematisiert (z.B. Klauda 2017).

Wenngleich diese Arbeiten wichtige Paradoxien des Neoliberalismus verdeutlichen, wurde Neoliberalismus kaum in seiner autoritären Dimension analysiert

und kritisiert. Die zunehmende Autoritarisierung von Politik, die sich im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise, im gegenwärtigen Migrationsregime sowie in der wachsenden 'Normalisierung' rechter Politiken in Europa zeigt, ruft jedoch die Notwendigkeit auf den Plan, diese Einseitigkeit queer-theoretischer Analysen zu ergänzen und Neoliberalismus auch als autoritäres politisches Projekt ins Verhältnis zu Sexualität und Heteronormativität zu setzen. Gerade in rechten Parteien wird nicht nur eine Autoritarisierung von Staatlichkeit, ein Ausbau der repressiven Staatsapparate, wie Polizei und Militär, und (noch) strengere Überwachung gefordert, sondern sogenannte 'Anti-Genderismus'-Diskurse, die sich gegen die Gleichstellung von heterosexuellen und gleichgeschlechtlichen Lebensweisen sowie gegen die Pluralisierung von Lebensmodellen richten, nehmen eine mindestens ebenso wichtige Position ein (Hark/Villa 2015).

Das Anliegen unseres Textes besteht darin, der Regierungstechnik durch sexuelle Freiheit die Regierungstechnik durch sexuelle Sicherheit zur Seite zu stellen, um zwei Pole eines für die neoliberale Gouvernementalität im Kapitalismus ebenso spannungsvollen wie konstitutiven Zusammenhangs zu markieren und im Hinblick auf die Regierung über Sexualität hin zu perspektivieren. Um diese Gegenwartsdiagnose theoretisch einzubetten, wollen wir in einem ersten Schritt knapp den Zusammenhang von Kapitalismus, Staat und Sexualität skizzieren.

Eine gesellschaftstheoretische Perspektive auf das Verhältnis von Kapitalismus, Staat und Sexualität

Für die Konzeptualisierung des Verhältnisses von Kapitalismus, Staat und Sexualität in der Queer-Theorie waren David Evans' Arbeiten (1993; 2000) eine wichtige Inspiration, die allerdings unseres Erachtens ebenfalls zu einigen Missverständnissen oder Verkürzungen geführt haben. Evans argumentiert nämlich, dass Sexualität in kapitalistischen Gesellschaften von den zwei Institutionen Markt und Staat geregelt werde, die über gegenläufige Machtmechanismen operieren. Evans zufolge reguliert und klassifiziert der Staat Sexualitäten vor allem über Gesetze und hat hier in erster Linie eine einschränkende, moralische Rolle. Demgegenüber kann der Markt, dessen Ziel die kontinuierliche Expansion ist, auch aus der Vielfalt sexueller Identitäten und sexuellen Begehrens Kapital schlagen, weshalb er diese, so Evans' Zeitdiagnose, im neoliberalen Kapitalismus auch nicht mehr unterbindet. Damit befinden sich Staat und Markt in einem Spannungsverhältnis, in dem der Markt dazu tendiert, Freiheiten zu ermöglichen, die vom Staat aus Sicherheitserwägungen wieder beschnitten werden. Dieses Spannungsverhältnis wird nach Evans wie folgt gelöst: Auf dem neoliberalen

Markt, für den die *pink economy* zu einem wichtigen Zweig wurde, werden die vielfältigen sexuellen Identitäten der Konsument_innen nicht nur toleriert, sondern auch aktiv hervorgebracht, während der Staat die Möglichkeiten anerkannter sexueller Identitäten begrenzt und gemäß einer hierarchischen Heteronormativität anordnet. Im Neoliberalismus sind Lesben und Schwule daher zwar auf dem Markt gleichberechtigt, als politische Staatsbürger_innen aber weiterhin in ihren Rechten beschränkt.

Obgleich Evans hier ein Spannungsverhältnis beschreibt, das Aspekte des Neoliberalismus durchaus begreifbar macht, möchten wir argumentieren, dass ein derartiges Modell das Verhältnis von Staat, Kapitalismus und Sexualität nur unzulänglich konzeptualisiert: Denn erstens wird Kapitalismus auf den Markt reduziert und zweitens wird der Staat auf eine juristische Institution verkürzt. Aus beiden Aspekten folgt, dass mit Evans die produktiven Verbindungslinien zwischen Staat und Kapitalismus und folglich auch die Scharnierfunktion, die Sexualität darin einnimmt, nicht erfasst werden können. Im Rückgriff auf Foucault lassen sich diese bei Evans angelegten Leerstellen umgehen.

In *Der Wille zum Wissen* argumentiert Foucault (1983: 136), dass der Kapitalismus zwar die „kontrollierte Einschaltung der Körper in die Produktionsapparate“ braucht, zugleich aber Macht in kapitalistischen Gesellschaften nicht auf die Disziplinierung der Subjekte zum Zweck der Einpassung in das jeweilige kapitalistische Akkumulationsregime reduziert werden kann. Denn der Kapitalismus „hat noch mehr verlangt: das Wachsen der Körper und der Bevölkerungen, ihre Stärkung wie auch ihre Nutzbarkeit und Gelehrigkeit; er brauchte Machtmethoden, die geeignet waren, die Kräfte, die Fähigkeiten, das Leben im Ganzen zu steigern, ohne deren Unterwerfung zu erschweren“ (ebd.: 136f.). Kapitalismus setzt daher eine Machtform voraus, die Foucault „Biomacht“ genannt hat, also eine Machtform, die Subjekte, Körper, Begehren und die Bevölkerung konstituiert und die darauf abzielt, „Kräfte hervorzubringen, wachsen zu lassen und zu ordnen, anstatt sie zu hemmen, zu beugen oder zu vernichten“ (ebd.: 132). Aus einer gouvernementalitätstheoretischen Perspektive ist auch die Biomacht eine Form staatlicher Macht, da ein Spezifikum des westlichen bürgerlichen Staates Foucault zufolge darin liegt, Macht auch über das Führen der Subjekte zu bestimmten Lebensweisen und Alltagspraktiken auszuüben. Foucault macht deutlich, dass der Kapitalismus eine Bevölkerung verlangt, in der sich die Subjekte als verantwortlich für ihr Leben, ihren Körper und ihr Glück fühlen und sich selbst als stets zu optimierende begreifen. Die Figur der Bevölkerung führt Foucault als Pendant des modernen westlichen Staates ein. Als solche kann der Staat nicht nur in juridischem Sinne, also über Gesetze, auf

sie einwirken, sondern auch, indem er die Lebensweise und die Umgebung der Individuen beeinflusst. Zugleich bringen Regierungstechniken, also Taktiken und Strategien, die in zivilgesellschaftlichen Praktiken artikuliert werden, eine bestimmte Form von Staatlichkeit hervor.

Für dieses Regieren der Bevölkerung ist Sexualität ein wichtiges Scharnier, sie ist „Gegenstand und Zielscheibe“ staatlicher Macht (ebd.: 142), da der Staat über die Normierung, Normalisierung und Hierarchisierung von Sexualität, Begehren und Körpern in „die Fortpflanzung, die Geburten- und Sterblichkeitsrate, das Gesundheitsniveau, die Lebensdauer, die Langlebigkeit“ der Bevölkerung eingreifen kann (ebd.: 135). Sexualität ist ein wichtiger Baustein für das Regieren des „Leben[s] und Immer-besser-Leben[s]“ (Lorey 2007: 124).

Foucault gibt damit ein Werkzeug an die Hand, um einerseits Kapitalismus als Gesellschaftsformation zu fassen: Kapitalismus bedeutet nicht nur, dass Subjekte Marktsubjekte sind, sondern dass sie in ihrer gesamten Subjektivität Teil einer kapitalistischen Bevölkerung, eines Akkumulationsregimes und von Staatlichkeit sind. Andererseits eröffnet Sexualität dem Staat eine Möglichkeitsfläche, um Subjekte zu führen – und erst auf diese Weise können sich je historisch-spezifische Akkumulationsregime und Staatlichkeiten etablieren. Sexualität ist somit eine Regierungstechnik, mit der Subjekte zu einer spezifischen Art zu leben und zu spezifischen Selbstverhältnissen geführt werden, die notwendig für die Herausbildung und Reproduktion eines Akkumulationsregimes und eines Staates sind. So stützte das Modell der heterosexuellen Kleinfamilie, deren Grenzen nur heimlich in Bordellen oder homosexuellen Subkulturen überschritten werden konnten, das fordistische Akkumulationsregime, weil es nicht zuletzt die Stabilität geschlechtlicher Arbeitsteilung garantierte.

Es wäre allerdings verkürzt, Foucault so zu interpretieren, als ob Sexualität als Regierungstechnik vollständig von Macht durchdrungen sei. Die Pointe von Foucaults Regierungsbegriff ist vielmehr, dass Subjekte – gerade weil Regieren ebenso Selbsttechnologien beinhaltet – Regierungstechniken auch widerständig und subversiv aneignen können. Sexualität als Regierungstechnik ist daher zwar in Machtformationen eingebettet und bringt Macht-, Unterwerfungs- und Ausbeutungsverhältnisse mit hervor, ist aber zugleich ein Möglichkeitsfeld, auf dem Subjekte Regierungsweisen anders besetzen können.

Für das Regieren in westlichen kapitalistischen Gesellschaften, so macht Foucault deutlich, sind ‘Freiheit’ und ‘Sicherheit’ zwei wichtige Versprechen. Regieren operiert über Freiheit und Sicherheit und ordnet diese beiden Versprechen in einem „Wechselspiel“ (Foucault 2004a: 100) an: „Die Installierung der liberalen Freiheit ist nicht zu trennen von der Etablierung von Dispositiven

der Sicherheit [...], die einen bestimmten Gebrauch der Freiheit gewährleisten sollen“ (Lemke 1997: 184). Sicherheit deutet Foucault daher als „Prinzip der Kostenrechnung der Produktion der Freiheit“ (Foucault 2004b: 99). Mit dem Begriff des „Wechselspiels“ verweist er darauf, dass das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit nicht nur eines der „Ergänzung oder Korrektur“ ist (Lemke 2004: 93), sondern beide ineinander gehen und sich wechselseitig antreiben. So wie Freiheit einerseits Versprechen von Sicherheit, aber andererseits auch Ängste vor Unsicherheit und Instabilität bedient, so operieren auch Sicherheitstechnologien mit dem Versprechen von Freiheitsgewinnen und der Konstruktion von Ängsten vor Freiheitsverlusten (ebd.; vgl. auch Demirović 2008: 246). Sicherheit und Freiheit sind also nicht „polar angeordnet“, sondern erweisen „sich beide als Elemente einer einzigen Regierungstechnologie, die durch ein Mehr an Sicherheit Freiheit erzeugt, und die sich auf die Ereignishaftigkeit der Freiheit stützt, um eine zukunftssichernde, langfristige Form der Regierung der Gesellschaft zu gewährleisten“ (ebd.: 248). Freiheit und Sicherheit als Regierungstechniken zu konzipieren, bedeutet also, sichtbar zu machen, dass es sich hierbei weder um Universalien noch um ontologische Bedürfnisse handelt. Vielmehr ist das, was je als Freiheit und Sicherheit benannt wird, Ausgangspunkt und Effekt von Regieren (Foucault 2004b: 399ff.). Deren Verhältnis unterliegt dabei einem ökonomischen Kalkül, das je nach Ausgangslage unterschiedliche Gewichtungen zur Folge haben kann. Gegenwärtig erleben wir angesichts der aktuellen Akkumulationskrise, so unsere These, eine Transformation dieses ökonomischen Kalküls, in deren Folge eher in individuelle Sicherheit als in Freiheit investiert wird.

Wenn wir also davon ausgehen, dass Freiheit und Sicherheit in den Regierungstechniken westlicher kapitalistischer Gesellschaftsformationen notwendig aufeinander verwiesen sind, ergeben sich daraus drei Fragen, die unsere Analyse gegenwärtiger sexueller Politiken leiten sollen: Wie gestaltet sich das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit in den zwei Hegemonieprojekten? Wie definieren die politischen Diskurse jeweils ‚Freiheit‘ und ‚Sicherheit‘? Was benennen sie dabei als Versprechen und was verschweigen sie? Welches Kosten-Nutzen-Kalkül wird jeweils zugrunde gelegt?

Noch eine letzte Vorbemerkung: Die hier dargelegte Foucault'sche Perspektive auf Staat, Kapitalismus und Sexualität verkompliziert die Antwort auf die in queer-theoretischen Arbeiten häufig diskutierte Frage, ob ‚der‘ Kapitalismus notwendig mit Heteronormativität einhergehe (vgl. dazu u.a. D'Emilio 1983; Hennessy 2000): Denn im Anschluss an und in Erweiterung von Foucault kann diese Frage nicht nur in Bezug auf das Verbot beziehungsweise die Ermöglichung (bestimmter) hetero- und homosexueller Begehrens-, Liebes- und Familienfor-

men gedacht werden. Vielmehr regt Foucault an, darüber nachzudenken, wie über das Konstrukt Sexualität eine Bevölkerung hervorgebracht wird, die sowohl das Pendant einer historisch-spezifischen Staatlichkeit als auch eines Akkumulationsregimes ist – oder anders ausgedrückt: wie über Sexualität bestimmte Praxen von Intimität, Körperverhältnissen, Identität und Begehren initiiert werden, die eine Bevölkerung, ein Akkumulationsregime und eine Staatlichkeit hervorbringen, und welche Bedeutung hierin Heteronormativität einnimmt. Auf diese Weise rückt ein weites Feld heteronormativer Logiken in den Blick, in denen sich Staat und Ökonomie nicht, wie Evans annimmt, als verbietende und ermöglichende Instanzen gegenüberstehen, sondern die zugleich staatlich und ökonomisch angegert werden: Ein heteronormativ kohärentes Subjekt wird nicht nur sowohl vom Staat als auch der Ökonomie hervorgebracht, sondern beide unterstellen außerdem Intimität als „ewig zitierte[s] *Anderswo* des politischen öffentlichen Diskurses, [...] [als] versprochene[r] Zufluchtsort, der die Bürger von den ungleichen Bedingungen ihres politischen und ökonomischen Lebens ablenkt, sie über die beschädigte Menschlichkeit der Massengesellschaft hinwegtröstet und sie für jede Diskrepanz beschämt, die zwischen ihrem Leben und der angeblich einfache Personalität konstituierenden Intimsphäre auftritt“ (Berlant/Warner 2005: 85). Darüber hinaus operieren sowohl Konsum und Produktion, aber auch Staatlichkeit über das Initiieren von heteronormativen Begehren, von Begehren nach Sicherheit, Zugehörigkeit oder Aufstieg. Diese beruhen auf der Logik eines heteronormativen Futurismus, für die das Kind des weißen heterosexuellen Paares Pate steht (Edelmann 2004; Muñoz 2007).

Sexuelle Politiken und die Zustimmungskrise des Neoliberalismus

Im Folgenden stellen wir, ausgehend von dieser eben skizzierten gesellschaftstheoretischen Perspektive auf das Verhältnis von Kapitalismus, Staat und Sexualität, einige Dimensionen einer Gegenwartsdiagnose zur Diskussion. Dabei vertreten wir die These, dass es im Zuge der Autoritarisierung des Neoliberalismus zu einer Neuausrichtung sexueller Politiken kommt, die weniger auf Versprechen von sexueller Freiheit, sondern eher auf Versprechen sexueller Sicherheit basieren. In der Überzeugung, dass sich Freiheit und Sicherheit stets in einem Wechselspiel befinden, behaupten wir aber nicht, dass beide Versprechen ohne einander auskommen könnten oder es sich gar um eine Ablösung handeln würde. Unser Argument besteht vielmehr darin, dass Regierungsstrategien jeweils den Aspekt der Freiheit oder der Sicherheit in den Vordergrund stellen und wir gegenwärtig neue Anordnungen erkennen können.

Die aktuellen politischen Kämpfe, die sich auf vielen verschiedenen Feldern abspielen, von denen Sexualität und Intimität, wie wir weiter oben dargelegt haben, ein sehr bedeutendes ist, verstehen wir als Versuche, auf die Zustimmungskrise des Neoliberalismus zu reagieren, die mit einer Akkumulationskrise einhergeht. Als Ausdruck der gegenwärtigen Zustimmungskrise konkurrieren mit dem libertären und dem autoritären Neoliberalismus zwei Hegemonieprojekte gegeneinander. Das gegenwärtige Nebeneinander ist aber nicht nur Ausdruck einer Hegemoniekrise, sondern kann auch herrschaftssichernde Effekte haben. Denn die Unsicherheit, welches von beiden Projekten sich nun durchsetzen wird, dient derselben herrschaftlichen Prekarisierungslogik, die vormals privilegierte Positionen entsichert, ohne entprivilegierte Positionen nachhaltig abzusichern. Unsicherheit und das Versprechen von Sicherheit werden dabei ebenso wie Unfreiheit und das Versprechen von Befreiung als Regierungstechnik eingesetzt, um die Subjekte darüber zu führen und Sicherheit und Freiheit als Individualisierungs- und Aktivierungsressource für selbstverantwortetes Risikomanagement auszubeuten. Es handelt sich daher in letzter Instanz nicht um eine echte Konkurrenz zweier Hegemonieprojekte mit je unterschiedlichen Akkumulationsregimen, sondern lediglich um die Konkurrenz verschiedener Regierungsstrategien zur Durchsetzung ein und desselben Akkumulationsregimes. Dies zeigt sich besonders gut daran, dass auch die rechten Parteien kein alternatives Wirtschaftsjahr anbieten, sondern vielmehr eine Verschärfung der Prekarisierung bei gleichzeitiger Abfederung für die eigene Klientel fordern.

Wir sind überzeugt, dass auch der autoritäre Neoliberalismus nicht ohne Zustimmung der Bevölkerung auskommt. Ein wichtiger Ansatzpunkt einer queer-theoretischen Perspektive auf Staat und Kapitalismus liegt gerade darin, sichtbar zu machen, dass Zustimmung nicht nur über materielle Zugeständnisse organisiert wird, sondern auch über sexuelle Politiken. Heteronormative, vergeschlechtlichte, rassisierende und nationalisierende Konstruktionen sexueller Freiheit und Sicherheit schaffen Zugehörigkeiten, Hoffnungen und Ängste, die Zustimmung zu bestimmten staatlichen und ökonomischen Politiken ermöglichen. Die beiden Hegemonieprojekte entfalten allerdings je unterschiedliche Versprechen, mit denen Zustimmung mobilisiert werden soll: Auf der einen Seite steht das Angebot sexueller und intimer Selbstverwirklichung, die heteronormative Raster überschreiten darf, ohne sie grundsätzlich außer Kraft zu setzen. Symptomatisch für diese Spannung ist der Erfolg des Romans und der anschließenden Verfilmung von *Fifty Shades of Grey* (James 2011), in dem sich der Widerspruch zwischen dem Wunsch nach transgressiver sexueller Lust und normativer Wohlanständigkeit beispielhaft ausdrückt (Dymock 2013; Illouz

2013). Auf der anderen Seite lockt ein konkurrierendes Hegemonieprojekt mit der Aussicht auf eine sichere sexuelle und intime Zukunft. Hier werden einerseits die Sicherheit bestimmter Sexualitäten vor äußeren Bedrohungen und andererseits der Schutz vor bestimmten anderen Sexualitäten versprochen. In diesem Hegemonieprojekt wird die Privatsphäre *als Schutzraum* stark intimisiert und überhöht. Sicherheitsversprechen begünstigen außerdem paternalistische Schutzlogiken und mobilisieren Zustimmung für Repression und Autorität. Sie entfachen aber auch ein Begehren nach einem 'starken Staat', der Schutz gewähren soll. So soll mehr Polizeipräsenz und Überwachung Gefahren abwenden, ein rigideres Grenzregime gegen 'äußere Bedrohung' schützen und 'härtere Strafen' die Sicherheit *vor* bestimmten Sexualitäten einerseits (nämliche jenen, die diskursiv mit Bedrohung, sexueller Gewalt und sexueller Ansteckung in Verbindung gebracht werden) und Sicherheit *für* bestimmte Sexualitäten andererseits (nämlich jenen, die diskursiv als gesunde, reproduktive und nationale Sexualität gerahmt werden) gewährleisten. Während dieser Diskurs den Einen Vitalität zusichert, werden Andere dem sozialen oder realen Tod preisgegeben. In Anlehnung an Achille Mbembes (2003) Begriff der „Nekropolitik“ haben Jin Haritaworn, Adi Kuntsman und Silvia Posocco (2014) diesen Mechanismus, wenn er dieselbe Einteilung innerhalb sexueller Politiken vornimmt, als „Queer Necropolitics“ kritisiert. Sie beschreiben damit eine Dynamik, die den Einen, z.B. weißen schwulen Männern in Gentrifizierungsbezirken, die Möglichkeit zur sexuellen Entfaltung gewährt, während sie gleichzeitig Andere einschränkt, ausweist, abschottet oder ihnen die Lebensgrundlagen entzieht (vgl. auch Haritaworn 2015).

Die beiden Projekte erfordern unterschiedliche Lust- und Affektökonomien. Sie favorisieren andere Begehrensinhalte – das Begehren nach Autonomie und Freiheit gegenüber dem Begehren nach Sicherheit –, entwerfen aber auch jeweils andere Zeitlichkeiten. Während das Versprechen sexueller Freiheit zumindest teilweise auf Gratifikationen in der Gegenwart angewiesen ist, richtet sich das Schutzversprechen vor allem auf die Zukunft und begründet eine Ökonomie des Lustaufschubs oder des Lustverzichts zugunsten zukünftigen Wohlstands oder zugunsten 'des Kindes', das es 'einmal besser haben soll' (Edelman 2004; Schmincke 2015). Der die Gegenwart bestimmende Affekt ist derjenige der Angst. Während die eine Ökonomie auf dem Begehren basiert, dass etwas passiere, ist es bei der anderen umgekehrt. Dass nichts passieren möge, reicht hier als Begehren aus, um die Ökonomie am Laufen zu halten. Ihr Erregungszustand ist die Angstlust. Die Gegenwart ist in dieser Darstellung sowohl entsexualisiert als auch übersexualisiert. Sexualität wird als störend oder unangemessen empfunden (Stichwort „Frühsexualisierung“ von Kindern). Ein augenfälliges Beispiel dafür,

dass auch sexuelle Politiken ein diszipliniertes Durchhalten in der Krise empfehlen können, das mit der Inaussichtstellung späterer Integration entschädigt wird, ist das 2010 ins Leben gerufene Online-Projekt „It Gets Better“. Kurze selbstproduzierte Videos, die in ein YouTube-Video-Archiv hochgeladen werden können und dort bereits in großer Zahl hochgeladen worden sind, sollen hier suizidgefährdeten nicht-heteronormalen Jugendlichen Mut machen mit dem Verweis, dass es irgendwann für sie bestimmt besser werde (Michaelson 2014).

Im Folgenden untersuchen wir anhand dreier aktueller Politikfelder, die wir sowohl für die Neuverhandlung von sexuellen Politiken als auch für die Veränderung des neoliberalen Kapitalismus relevant finden, wie hier jeweils sexuelle Freiheit oder Sicherheit akzentuiert werden. Damit wollen wir – in Anlehnung an Foucault – verdeutlichen, dass sexuelle Politiken ein relevantes Feld darstellen, in dem um Zustimmung zum neoliberalen Projekt gerungen wird. Unsere Analyse stützt sich auf politische Diskurse in Deutschland. Auch wenn in den untersuchten Diskursen nicht nur Deutschland betreffende Politiken verhandelt werden, spiegelt sich darin eine zuweilen lokal sehr begrenzte Perspektive wider.

Versprechen zwischen sexueller Freiheit und Sicherheit

Staatsbürger_innenschaft

Bislang stellten queer-theoretische Analysen des Neoliberalismus die Adressierung und Integration nicht-heterosexueller Lebensweisen und Verwandtschaftsverhältnisse in den Vordergrund (vgl. z.B. Raab 2011; Mesquita 2011). Staatliche Anerkennung wird hier als herrschaftliche Normalisierung verstanden, indem auf die Dialektik von Anerkennung einerseits und Privatisierung von Familie und Fürsorgeverantwortung andererseits verwiesen wird. Staatliche Anerkennung bestärkt demzufolge die Privat- und Intimsphäre als jenen Ort, an dem sich die Subjekte herstellen und reproduzieren, sich eine Identität zulegen und mit anderen Subjekten ins Verhältnis setzen. Trotz der Öffnung gegenüber sexueller Vielfalt handelt es sich dabei um eine „hierarchisch differenzierte Integration“, so das Argument (Engel 2005: 136; vgl. auch Mesquita 2011). Denn als Staatsbürger_innen werden vor allem jene Lesben und Schwule integriert, deren Lebensweisen sich an heteronormativen Idealen – wie Monogamie, Privatheit, Kleinfamilie – orientieren. Zugleich setzt genau jener Staat, der homonormative gleichgeschlechtliche Lebensweisen partiell anerkennt und zu schützen vorgibt, gewaltvolle und ausschließende Politiken fort, wie dies am neoliberalen Migrationsregime, das durch die Illegalisierung von Migrant_innen und die zunehmende Abschottung der 'Festung Europa' Menschen gefährdet, oder an der neoliberalen Sozialpolitik, die

durch Sparmaßnahmen Menschen erhöhten gesundheitlichen Risiken aussetzt, und an neoliberalen neokolonialen Politiken, die die Zerstörung der Lebensgrundlage von Menschen im Globalen Süden fortsetzt, deutlich wird. Auch das Modell der diversifizierten sexuellen Staatsbürger_innenschaft des libertären Neoliberalismus basiert daher auf Hierarchisierungen und Ausschlüssen:

Heteronormalisierung als Modus der partiellen Inklusion von bestimmten Formen gleichgeschlechtlicher Lebensweisen in den Radius intelligibler und schützenswerter Staatsbürger_innen in westlichen Nationalstaaten ist dann eine Machttechnik, die manche Bevölkerungsgruppen anerkennt und schützt, andere hingegen ungeschützt lässt und gleichsam dem sozialen Tod freigibt (Bargetz/Ludwig 2015: 19).

Die Freiheitsversprechen dienen im libertären Hegemonieprojekt als Regierungstechniken, um auch zu diesen ausschließenden, hierarchisierenden und gewaltvollen Politiken Zustimmung zu organisieren (vgl. dazu Ludwig 2016). Die Freiheitsversprechen für manche legitimieren somit eine repressive Form von Staatlichkeit und forciert die Unterwerfung unter den Staat durch ein Imaginäres des Staates als eines ermöglichenden Staates. So hat der Staat durch die Entkriminalisierung von Homosexualität und die Einführung von rechtlichen Maßnahmen der Antidiskriminierung und Absicherung von gleichgeschlechtlichen Paarbeziehungen ermöglicht, auf eigenes Risiko ein sexuell oder geschlechtlich abweichendes Leben zu führen. Es handelt sich dabei also um eine Freiheit in und durch Prekarisierung, denn die neuen Freiheiten sind privat und individuell zu verantworten und damit eingebettet in ein gesellschaftliches Klima der Entsolidarisierung. Neue, eigensinnigere und riskantere Weisen der Lebensführung sind nun möglich, werden umgekehrt aber nicht mehr staatlicherseits solidarisch geschützt, sondern sogar als Vorbilder für neoliberale Lebensführung ohne institutionelle Sicherheit instrumentalisiert.

Neben dieses libertäre tritt gegenwärtig jedoch ein zweites Projekt: Diskursiver Ausgangspunkt dafür ist eine behauptete Gefährdung der heteronormativen und patriarchalen Prägung von Staatsbürger_innenschaft, deren Schutz es zu verteidigen gelte. In diesem Projekt, das vor allem von rechten Kräften vorangetrieben wird und das wir als Teil eines autoritären Neoliberalismus deuten, wird beispielsweise am Sonderstatus schwuler und lesbischer Partner_innenschaften festgehalten. Die Integration sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in das staatliche Bildungswissen gilt als Bedrohung 'gesunder' kindlicher Entwicklung. So wurde 2013 in Baden-Württemberg eine Petition „Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“ gestartet, die sich gegen die Integration des Themas sexueller Vielfalt in den Unterricht wandte und die von mehr als 190.000 Menschen unterzeichnet wurde (vgl. dazu

Schmincke 2015). Die internationale Initiative „Besorgte Eltern“ verteidigt das elterliche Recht am Kind als Privateigentum (deshalb fordern viele der „Besorgten Eltern“ auch das Recht auf Körperstrafen ein). Der Staat wird hier nicht als Garant beziehungsweise Ermöglicher sexueller Freiheit und Gleichheit, sondern als moralischer Staat angerufen, der Schutz vor Perversion und sexueller Gewalt durch Fremde gewähren, aber auch die Intimsphäre als heterosexuelle familiäre Machtbastion garantieren soll, aus der er sich ‘zurückhält’.²

Während insbesondere in den letzten zwei Jahrzehnten das Sexualstrafrecht liberalisiert und dereguliert wurde, lassen sich heute Tendenzen der Reregulierung erkennen, z.B. im Bereich Sexarbeit und Pornografie. Eine gewachsene gesellschaftliche Sensibilität gegenüber sexueller Gewalt und sexuellem Missbrauch artikuliert sich hier politisch in einem Begehren nach Verbot, Strafe und Autorität. Unter dem Eindruck der sexuellen Übergriffe während der Kölner Silvesternacht gerieten sogar erstmals Regulierungslücken in den Blick, die vormals selten problematisiert wurden, weil sie männliche heterosexuelle Freiheit garantierten, nämlich sexuelle Gewalt ohne körperliche Gegenwehr. Allerdings tritt diese neuerliche Sensibilität vornehmlich in Verbindung mit rassistischen Verwerfungen auf. Nicht nur sexuelle Freiheit, sondern auch sexuelle Sicherheit wird staatlicherseits also differenziert hierarchisch gewährt. Das Versprechen sexueller Sicherheit operiert – wie jenes sexueller Freiheit – über eine Logik, die den Einen Sicherheit verspricht, indem es zur selben Zeit Andere als Bedrohung konstruiert. Zugleich initiieren die Versprechen von sexueller Sicherheit ein Begehren nach einer autoritären Form von Staatlichkeit. Das patriarchale Schutz- und Sicherheitsversprechen wird so zu einer Regierungstechnik, die mittels Begehren zur Selbstunterwerfung, aber auch zur Unterwerfung Anderer unter den Sicherheitsstaat führt (Dietze 2016).

Nation

Die Einbindung von Sexualität und Intimität in den neoliberalen Staat, der sowohl als Nationalstaat, aber auch, wenn es sich um die EU oder ‘den Westen’ handelt, als supranationale Interessenssphäre erscheinen kann, ist bereits vielfach kritisch analysiert worden. Die Hegemonieprojekte sexueller Freiheit und sexu-

2 Selbst dort, wo nicht-eheliche Stimmen im autoritären politischen Spektrum auftauchen, berufen sich diese auf den staatlichen Schutz der Privatsphäre, vgl. z.B. die Selbstdarstellung des lesbischen AfD-Bundesvorstandsmitglieds Alice Weidel in der ARD-Sendung „Maischberger“ am 16.03.2016 (Weidel 2016).

eller Sicherheit entwerfen nun unterschiedliche Erzählungen der Nation: Jasbir Puar (2007) hat den Begriff des „Homonationalismus“ für Politikstrategien entwickelt, die die eigene Nation als tolerant sowie sexuell und geschlechtlich divers imaginieren und diese vermeintliche Toleranz gegenüber sexueller Vielfalt in eine nationale Abgrenzungserzählung einbetten, die rassistische, militärische und neokoloniale Gewalt legitimieren. Diese Strategien mobilisieren damit Zustimmung für die eigene Nation und externalisieren, rassisieren bzw. kulturalisieren Trans*- und Homophobie. Deutlich wird dies beispielsweise am Wahlplakat der AfD für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im Herbst 2016, das die Partei längs der CSD-Route und in Kiezen mit hohem homosexuellem Bevölkerungsanteil zeigte. Ein darauf dargestelltes schwules Paar spricht sich gegen die „Bekanntschaft mit muslimischen Einwanderern“ aus, was mit deren Homophobie ‘begründet’ wird.³

Selbst das Pegida-Positionspapier partizipiert an diesem Diskurs, öffnet sich aber bereits der Akzentuierung sexueller Sicherheit.⁴ Dieser sexuelle Sicherheitsdiskurs imaginiert die eigene Nation als sitzlich und schutzbedürftig, während er sexuelle Aggression externalisiert, rassisiert und kulturalisiert, wie in den politischen Debatten nach den sexuellen Übergriffen in der Kölner Silvesternacht deutlich wird. Damit wird eine patriarchale Logik reaktiviert, die die Konstruktion schutzbedürftiger ‘eigener’ Frauen und sexuell aggressiver ‘fremder’ Männer als Legitimation für einen neoliberal-autoritären Sicherheitsstaat nutzt.

In this patriarchal logic, the role of the masculine protector puts those protected, paradigmatically women and children, in a subordinate position of dependence and obedience. To the extent that citizens of a democratic state allow their leaders to adopt a stance of protectors toward them, these citizens come to occupy a subordinate status like that of women in the patriarchal household. We are to accept a more authoritarian and paternalistic state power, which gets its support partly from the unity a threat produces and our gratitude for protection (Young 2003: 2).

Sowohl der Diskurs libertärer Freiheit als auch jener der Sicherheit sind zutiefst vergeschlechtlicht, fokussieren aber andere Aspekte, auch wenn sie häufig miteinander verschränkt auftreten: die (zu verteidigende) Freiheit emanzipierter

3 Im Wortlaut hieß es: „Mein Partner und ich legen keinen Wert auf die Bekanntschaft mit muslimischen Einwanderern, für die unsere Liebe eine Todsünde ist.“

4 Der 12. Punkt des Positionspapiers lautet: „PEGIDA ist FÜR sexuelle Selbstbestimmung!“ (Pegida 2014) und bekräftigt damit eine auf Freiheit gerichtete sexuelle Politik. Im 13. Punkt wird aber sogleich der Schutz des Abendlandes beschworen. Die sexuellen Freiheiten gehören damit zur schutzbedürftigen Kultur des Abendlandes (Dietze 2016).

Frauen und sexueller sowie geschlechtlicher Minderheiten auf der einen Seite und die Schutzbedürftigkeit von Frauen vor (heterosexueller) Männergewalt auf der anderen Seite. In Bezug auf die Nation begünstigt das Paradigma sexueller Sicherheit also eine Retraditionalisierung heteronormativer und patriarchaler Verhältnisse und nutzt diese Logik, um eine Form von Staatlichkeit zu legitimieren, die vorgibt, jene, die als schutzbedürftige 'eigene' Mitglieder gelten, gegen Bedrohungen von 'außen' zu schützen.

Austerität

Die Kürzung insbesondere von sozialstaatlichen Ausgaben ist ein Grundsatz eines jeden neoliberalen Akkumulationsregimes. Die damit einhergehenden Privatisierungstendenzen sind bereits als demokratiefeindlich analysiert worden (vgl. z.B. Duggan 2003). Vor dem Hintergrund der neoliberalen Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich diese Tendenzen allerdings in Gestalt der Austeritätsregime verdichtet und radikalisiert, denn nun legitimiert die Akkumulationskrise die Verhängung des Ausnahmezustandes, der demokratische Institutionen und Prinzipien unterhöhlt und abschafft (in der einen oder anderen Form z.B. in Griechenland, Portugal, Italien, Frankreich, der Türkei und Deutschland). Gewählte Politiker_innen wurden z.B. in Griechenland und Italien durch Technokrat_innen ersetzt. In Griechenland wurde die parlamentarische Kontrolle durch die Kontrolle einer Troika demokratisch nicht legitimierter Institutionen abgelöst. Wahlen und Referenden können daran nichts ändern. Lukas Oberndorfer (2012) spricht daher mit Blick auf die EU von einem „autoritären Konstitutionalismus“. Zustimmung für diese Form der Regierungspolitik soll über Autoritätsgläubigkeit, ökonomische und soziale Notlagen, die Affekte von Neid, Missgunst, Angst und Hass sowie schließlich die Hoffnung auf Schutz und eine bessere Zukunft organisiert werden.

Dieses Tableau eröffnet damit im Hinblick auf die Regulierung von Sexualität und Intimität die Möglichkeit einer radikal anderen Tonlage.⁵ Das neoliberale Leitbild hedonistischer Selbstverwirklichung im privaten Konsum relativiert sich. Austeritätsregime propagieren eine disziplinierte Haushalts- und Selbstführung, die sexuelle Lust als streng zu hütenden und bedrohten privaten Luxus erscheinen lässt. Emblematisch für das Geschlechter- und Sexualitätsregime der Austerität ist die Ikone der „schwäbischen Hausfrau“, die Angela Merkel 2008 auf dem

5 Felicianantonio und Brown (2015) sprechen daher auch von einer „sexuellen Politik der Austerität“, allerdings ohne diesen Zusammenhang systematisch auszubuchstabieren.

Höhepunkt der Finanzkrise anrief, um das neue Austeritätsregime zu plausibilisieren.⁶ Als phantasmatische Konstruktion steht die 'schwäbische Hausfrau' gewiss nicht für Experimentierfreude in erotischen und finanziellen Dingen, sondern eher für die Mäßigung von Konsum und sexueller Lust.

Begleitet werden Austeritätspolitiken von „Überlegenheitsnarrativen“ (Dietze 2015), die nationalistische Grenzziehungen und Hierarchisierungen bedienen. So präsentierten sich deutsche Politiker_innen während des vorläufigen Höhepunkts der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise im Sommer 2015 gegenüber Griechenland nicht nur als eiserne Befürworter_innen einer harten Sparpolitik, sondern ebenso als überlegen sowohl in der nationalen Wirtschaftspolitik als auch in den nationalen 'Lebensweisen' der Bevölkerung. Eine vorausschauende, 'rationale' Sparpolitik und eine ebensolche Lebensweise der Deutschen wurde einer irrationalen Wirtschaftspolitik und einer hedonistischen Lebensweise der Griech_innen gegenübergestellt. Gabriele Dietze (2015) hat für dieses nationale Selbstbild Deutschlands den Begriff des „fiskalischen Exzeptionalismus“ eingeführt, der sich in der 'Griechenland-Krise' zu dem Selbstbild des „sexuellen Exzeptionalismus“ gesellte, nach dessen Selbstdarstellung sexuelle und geschlechtliche Emanzipation in der eigenen Nation als verwirklicht gelten. Einem solchen Narrativ folgend, nahm Angela Merkel in Reaktion auf das Massaker im queeren Klub Pulse im Juni 2016 in Orlando den Standpunkt einer garantierte Freiheiten gewährenden gesellschaftlichen Mitte ein und erklärte folgerichtig: „Wir sind fest entschlossen, auch wenn solche mörderischen Anschläge uns in tiefe Trauer versetzen, unser offenes und tolerantes Leben fortzusetzen.“ (Merkel 2016)

Lebensstile und Personengruppen, die das heterosexuell kleinfamiliäre Tableau verlassen und dagegen mit Exzess und Ausschweifung assoziiert werden, können in Zeiten der Austerität jedoch leicht wieder ihre unter einem Paradigma sexueller Freiheit geltende Vorreiter_innenfunktion als Konsum- und Lifestyle-Avantgarde verlieren und 'moralische Panik' auslösen. Das heißt, das Verhalten einer bestimmten Gruppe wird für den Verfall der moralischen Ordnung einer Gesellschaft verantwortlich gemacht (Cohen 1972; Berlant/Warner 2005). Befürworter_innen sexueller Vielfalt stellen diese daher bereits strategisch als die Vielfalt von Beziehungs- und Verwandtschaftsformen, nicht aber als die Vielfalt sexueller Genussformen dar (Raab 2011; Nay 2013; Gammerl/Woltersdorff 2014). Denn statt Lust und Genuss privilegieren Austeritätsregime Affekte von

6 Rede auf dem 22. Parteitag der CDU Deutschlands in Stuttgart am 1.12.2008: (http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Parteitage/2008-11-30-12-02_Protokoll_22.Parteitag_Stuttgart.pdf, zuletzt besucht am 11.5.2016).

Angst und Hass. Die Konjunkturen der darüber aufgerufenen Feindbilder sind so flüchtig wie widersprüchlich: 'Kinderschänder', 'Regenbogenideologen', 'Nordafrikaner'. Ebenso widersprüchlich sind die darüber geschmiedeten Koalitionen, je nachdem, ob ein homophober, antifeministischer, rassistischer oder klassistischer Konsens mobilisiert werden soll. Diese neu geschaffenen Koalitionen fügen aber nicht nur neue Bündnisse zusammen, sondern dissoziieren bereits bestehende Allianzen. Je besser es gelingt, als progressiv geltende sexual- und geschlechterpolitische Positionen einzuarbeiten, umso erfolgreicher erreichen solche sexualpolitischen Bewegungen die gesellschaftliche Mitte. So fordern neben homopolitischen Lobbyorganisationen auch rechtskonservative Politiker_innen eine besondere Pönalisierung von sogenannter 'Hasskriminalität', wenn sie sich gegen Schwule und Lesben richtet, und haben dabei (männliche) Muslime und Migrant*innen als Täter im Visier (Klauda 2014; Haritaworn 2015). 'Hass' gilt in solchen Diskursen immer als das Problem der Anderen, während die Affekte, die zur Abgrenzung von 'Hasskriminalität' dienen, nicht als Hass kenntlich gemacht werden können.

Diese Kämpfe reflektieren aber auch Verteilungskämpfe der Wohlstandssicherung des verunsicherten (weißen, heterosexuellen, christlichen, männlichen) Mittelstandes (vgl. Wimbauer/Motakef/Teschlade 2015). Da Austeritätsregime also lediglich Tendenzen verstärken, die bereits im Neoliberalismus angelegt sind, nämlich beispielsweise Prekarisierung, Privatisierung und Eigenverantwortung, ist auch die starke Bedeutung, die sie privaten Fürsorgegemeinschaften zumessen, qualitativ nicht ganz neu. Charakteristisch ist für sie jedoch, dass Reproduktions- und Sorgeökonomien krisenhaft werden. In einer solchen Situation gewährt die gesetzliche Fürsorgeverpflichtung der Institution Familie oft die letzte materielle Sicherheit. Umgekehrt macht gerade die Erfahrung des Verlusts sozialer und gesundheitlicher Sicherheit für vielerlei Sicherheitsversprechen empfänglich. Sie verstärkt aber auch die Sehnsucht nach einem sicheren Rückzugraums, die auf Sexualität, Intimität oder Familie projiziert werden kann.

Dialektik von Freiheit und Sicherheit

Ogleich die beiden Hegemonieprojekte jeweils andere Aspekte von Staatlichkeit forcieren und jeweils anders akzentuierte Versprechen in ihr Zentrum stellen, können sie, so unser Fazit, nicht als konkurrierende oder sich ablösende Projekte gefasst werden. Vielmehr spitzen sich im autoritären Hegemonieprojekt Tendenzen zu, die auch schon in Grundzügen im libertären Hegemonieprojekt zu beobachten waren: Denn auch dieses verspricht manchen sexuellen Minoritäten

im Namen der individuellen Freiheit Integration um den Preis, dass Anderen, die – besonders mittels nationalistischer und anti-muslimischer Diskurse – als Bedrohung konstruiert werden, vermehrt mit Repression begegnet wird. Ebenso legitimiert das libertäre Hegemonieprojekt etwa den Abbau wohlfahrtsstaatlicher Sicherheit im Namen individueller Freiheit und bedient dabei Versprechen von sexueller Freiheit. Dennoch haben wir zeigen können, dass mit dem Aufkommen des autoritären Hegemonieprojekts repressive Techniken des Staates ausgebaut werden, die nun – und auch hier sehen wir eine zeitdiagnostisch relevante Veränderung – weniger mit Versprechen von Freiheit als mit Versprechen von Sicherheit legitimiert werden.

Das Verhältnis von libertärem und autoritärem Hegemonieprojekt lässt sich aber nicht nur auf Zuspitzungen reduzieren: Denn Regierungstechniken, die autoritäre und repressive Politiken als sinnvoll und begehrenswert aufrufen (wie etwa Forderungen nach einem ‘starken Staat’, der diejenigen, die als Teil der nationalen Gemeinschaft gelten, schützen soll), können ihre Wirksamkeit gerade auf jenem Terrain entfalten, das durch das libertäre Hegemonieprojekt aufbereitet wurde: Wie häufig in der Queer-Theorie kritisiert wurde, haben homonormative sexuelle Politiken, die das Versprechen individueller Freiheit ins Zentrum rücken, Privatisierung, den Rückzug auf individualisierte Lebensweisen, Entkollektivierung und den Abbau demokratischer Partizipationsräume vorangetrieben (Duggan 2003; Hark/Laufenberg 2013). Diese umfassende Einschränkung kollektiver Räume und der Individualisierung von Lebensweisen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Namen der Freiheit erweist sich nun als Nährboden für Politiken, die im Namen der Sicherheit auch mittels Repression die Räume der Privatheit und Intimität verteidigen. Die Bedeutung der Integration von ehemaligen ‘sexuellen Minderheiten’ scheint hier gegenwärtig noch zu changieren: Während sie – wie auf dem AfD-Plakat im Berliner Wahlkampf 2016 – dazu herangezogen wird, um das ‘Eigene’ gegen das bedrohliche ‘Anderere’ zu sichern, wird sie gleichzeitig in anderen Diskursen – wie etwa bei der Initiative ‘Besorgte Eltern’ – selbst zur Bedrohung, vor der es zu schützen gilt.

Vor dem Hintergrund der skizzierten Politikfelder und ihrer antagonistischen Akzentuierung innerhalb der konkurrierenden Hegemonieprojekte eines libertären Neoliberalismus sexueller Freiheit und eines autoritären Neoliberalismus sexueller Sicherheit kann es queeren Politiken nicht darum gehen, sich zwischen sexueller Freiheit und sexueller Sicherheit zu entscheiden. Unseres Erachtens müssen beide Begriffe durchgearbeitet und von linken queeren, also herrschaftskritischen Positionen angeeignet werden. Der Zusammenhang von Sexualität und Freiheit ist in der Queer-Theorie und -Politik ausführlich reflektiert

worden. Neben dem positiven Bezug auf Vorstellungen sexueller Befreiung wurden auch die Ambivalenzen des Freiheitsbegriffs und die Dialektik von Freiheit und Zwang erörtert (Eng 2010; Reddy 2011). So hat Antke Engel mit Blick auf das Paradox der freiwilligen Unterwerfung im Herrschaftskonsens festgestellt, dass wir uns „weder in der Sexualität noch im Politischen auf eine klare Trennung von Freiheit und Zwang, Macht und Gewalt oder Lust und Schmerz verlassen können“ (Engel 2012: 191).

Dagegen gibt es noch zu wenige bis gar keine queer-theoretischen Aneignungen des Sicherheitsbegriffs. Da in gegenwärtigen neoliberalen Politiken sexuelle Sicherheit allerdings zu einer wichtigen Regierungstechnik wurde, ist es auch für gesellschaftskritische, queere Positionen unerlässlich, sich mit Sicherheit auseinanderzusetzen und darüber nachzudenken, wie ein linkes, queeres Verständnis von Sicherheit aussehen könnte. So mahnt auch Ingar Solty (2016) eine linke Aneignung und Korrektur der Politisierung von Sicherheit an:

Entscheidend wäre dabei, den Sicherheitsdiskurs aus seiner Engführung als 'Innere Sicherheit' zu lösen. Er sollte verknüpft werden mit einer Kritik an der herrschenden Gesamtunsicherheit und Fragen der allgemeinen Absicherung, der *sozialen* Sicherheit. [...] Denn die Unsicherheit ist kapitalistisch und Sicherheit ein linkes Thema (ebd.: 65).

In ähnlicher Weise forderten die beiden linken, queeren Soziologen Geoffroy de Lagasnerie und Edouard Louis am 3. August 2016 in der französischen Tageszeitung *Libération* eine „echte Sicherheitspolitik“ von ihrer sich für links haltenden Regierung. Sie erkennen ihre eigene Angst angesichts der sich häufenden Terroranschläge an und klagen trotzdem eine Sicherheitspolitik ein, welche die sozialen Ursachen des Terrors beseitigt:

Wir erwarten von unserer Regierung, dass sie eine Sicherheitspolitik fährt. Wenn dieser Begriff auf maximale Sicherheit abzielt, muss er den Schutz der Einzelnen vor jeglicher Form von Prekarität beinhalten. Wer könnte dagegen sein? Sicherheit wird nicht in erster Linie durch die Polizei oder die Armee hergestellt, sondern sie entsteht aus dem Schulsystem, aus der Schaffung von Sozialhilfe, aus dem Zugang zu Kultur, also aus all dem, was Sie (gemeint war der damalige Premierminister Valls) hartnäckig zerstören (Übersetzung GL und VW).

Die Analyse sexueller Politiken hat gezeigt, dass Sicherheit hier zum einen als Sicherheit vor der Bedrohung durch andere Individuen gerahmt wird, die durch rassistische und nationalistische Zuschreibungen zu Anderen gemacht werden, und dass Sicherheit zum anderen nur durch einen Dritten, den staatlichen Souverän, garantiert werden kann. Zugleich wird in neoliberalen Politiken der Begriff der Sicherheit überhaupt verengt: Es geht um Sicherheit vor imaginierten

Bedrohungen durch 'Anderer', keineswegs aber etwa um materielle Sicherheit für alle, sondern um Schutz für manche um den Preis der Unterwerfung unter den neoliberalen autoritären Sicherheitsstaat und den Ausschluss oder die Konstruktion als Bedrohung von Anderen.

Aus einer gesellschaftskritischen queeren Perspektive gilt es, diese Verengungen von Sicherheit ebenso zurückzuweisen wie die Konstruktion eines souveränen schützenden Staates und die „Illusion der individuellen Sicherung“ (Lorey 2012: 114). Wie könnte ein queerer Sicherheitsbegriff nun aussehen? Bisherige queer-feministische Überlegungen gehen eher von der grundsätzlichen (Butler 2005) beziehungsweise strukturellen (Sauer 2009) Unsicherheit sexueller und geschlechtlicher Lebensweisen aus. Doch ebenso wie die heteronormative Verfasstheit von Staat und Gesellschaft die Sehnsucht nach der Befreiung aus normativen Zwängen nährt und (zum Teil auch) verspricht, korrelieren staatliche Gewalt und Entsicherung einerseits mit der Sehnsucht nach Schutz und andererseits mit staatlichen Sicherheitsversprechen. Christina Hanhardt (2013) hat vor diesem Hintergrund die Ambivalenz auch von queeren Forderungen nach Sicherheit herausgestellt, wenn sie zeigt, wie die Kämpfe von Lesben und Schwulen um eine vor homophoben Übergriffen sichere Nachbarschaft häufig eine rassistische, klassistische und gentrifizierende Wirkung hatten. Ebenso hat Jin Haritaworn (2015) darauf verwiesen, dass Schutzansprüche der Queer Community häufig rassistische Feindbilder produzieren und damit auch innerhalb der eigenen Community Schutz hierarchisch differenziert gewähren.

Eingedenk dieser Dialektik von Sicherheit und Unsicherheit, ist die Vorstellung absoluter Sicherheit gewiss falsch. Im Anschluss an die feministische Diskussion zu sexueller Gewalt und sexueller Sicherheit ergeben sich abschließend folgende kritische Fragen: Um wessen Sicherheitsbedürfnisse geht es? Wovon möchte man sicher sein? Von wem geht Gefährdung aus? Wer garantiert Schutz? Besonders fragwürdig ist vor diesem Hintergrund eine Perspektive, die nur die individuelle Sicherheit Einzelner in den Blick nimmt, anstelle Sicherheit kollektiv zu denken und demokratisch zu verhandeln. Vielmehr gilt es, Sicherheit als etwas zu re-politisieren, das nicht als individueller Schutz sondern immer nur in Beziehung zu anderen gedacht werden kann. Es gilt, jene 'Sicherheitspolitiken' zurückzuweisen, die Manchen Schutz versprechen, während Andere zu Bedrohungen konstruiert werden müssen (Haritaworn 2015: 141). Sicherheitspolitiken erfordern demokratische Aushandlungsprozesse, um sowohl Ausschlüsse zu vermeiden als auch kollektiv zu verhandeln, was 'Sicherheit' überhaupt sein soll, anstatt dies gemäß einer patriarchalen Schutzlogik vorab und für andere zu definieren. Darüber hinaus gilt es, Sicherheit auch als soziale Sicherheit zu re-politisieren. Dies umfasst neben

materieller Absicherung auch materielle Bedingungen und Räume zur Aushandlung, was legitime Sicherheitsinteressen sind. Beides wurde allerdings im Zuge des libertären Hegemonieprojektes erfolgreich eingeschränkt, was gegenwärtige Versuche einer linken, queeren Politisierung von Sicherheit als herrschaftskritische Antwort auf das autoritäre Hegemonieprojekt umso schwieriger macht.

Vor diesem Hintergrund sind für unsere abschließenden Überlegungen vor allem solche Konzepte anschlussfähig, die ein legitimes Sicherheitsbedürfnis anerkennen, ohne den Glauben an durch autoritäre Staatsgewalt unfehlbar garantierte und rachsüchtig verteidigte Sicherheit zu wecken. Ähnlich kommt auch Katrin Meyer in ihrer Analyse des neoliberalen Sicherheitsdispositivs zu dem Schluss, Überlegungen voranzutreiben,

wie Sicherheit als demokratische und partizipatorische Praxis konzipiert werden kann, in der sich alle Menschen aktiv an der Gestaltung ihrer unter anderem auch geschlechtsspezifischen Schutzbedürftigkeit beteiligen können, und wie dadurch die [...] liberale[n] und ökonomische[n] Rationalitäten im Rahmen gouvernementaler Sicherheitsdispositive an Gewicht verlieren (Meyer 2015: 155).

Es stellt sich also die Frage, wie über Sicherheit als „kollektive Praxis der Auseinandersetzung und Entscheidung darüber, was Sicherheit für wen bedeutet und wie das universale Recht auf Sicherheit auf individueller und kollektiver Ebene demokratisch zu gewährleisten ist“ (ebd.: 156), verhandelt werden kann. Dazu schlagen wir vor, zu dem Gedanken zurückzukehren, dass Sexualität nicht nur Regierungstechnik ist, sondern zugleich ein Möglichkeitsfeld sein kann, auf dem Machttechniken subvertiert und Regierungstechniken anders besetzt werden können. Damit wollen wir nicht behaupten, dass queere sexuelle Praxen als ‘machtfreies Außen’ als Blaupause für gesellschaftliche Kritik eingesetzt werden können. Vielmehr wollen wir anregen, queere sexuelle Praxen wie ‘Safer Sex’ und ‘Safer Space’ heranzuziehen, um über queere Formen von ‘Sicherheit’ nachzudenken. So ist im Aids-Aktivismus mit dem Konzept des ‘Safer Sex’ ein Modell sexueller Sicherheit entwickelt worden, das nicht die Illusion absoluter Sicherheit aufbaut und auf die kommunikative Verhandlung von Sicherheitsbedürfnissen und -verantwortung setzt. In der BDSM-Szene hat sich wiederum ein Verhaltenskodex und eine Verhandlungspraxis unter den Schlagworten *safe, sane, consensual* etabliert, der für alle Szene-Teilnehmer_innen Einvernehmlichkeit und den Schutz sexueller und intimer Grenzen sicherstellen soll (Bauer 2005) und dabei das Begehren nach Autorität, Verbot, Strafe, Gewalt und Rache zwar anerkennt, aber nicht naturalisiert, sondern durcharbeitet (Engel 2012).

Ähnlich differenzierte Diskussionen gibt es außerdem hinsichtlich queerfeministischer Schutzräume, in denen die Vorstellung von Sicherheit auf der

Grundlage der Homogenität von Opferidentitäten infrage gestellt wird und vielmehr Verhaltensweisen erörtert werden, die eine sichere Atmosphäre herstellen (Kokits/Thuswald 2015). Schließlich versucht auch das queer-feministisch inspirierte Projekt einer „Sexualpädagogik der Vielfalt“ (Tuider et al. 2012) sowohl den Wunsch nach sexueller Freiheit als auch das Bedürfnis nach sexueller Sicherheit anzuerkennen und miteinander in Einklang zu bringen. Um sexuelle Freiheit und sexuelle Sicherheit aber nachhaltig zu verwirklichen, so konnten wir in den vorangegangenen Überlegungen aufzeigen, müssen wir ihre kapitalistischen und neoliberalen Zurichtungen und nicht zuletzt das Begehren, das uns daran bindet, überwinden.

Literatur

- Bargetz, Brigitte/Ludwig, Gundula (2015): Bausteine einer queerfeministischen politischen Theorie. Eine Einleitung. In: *Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, Jg. 18, Heft 1, 9-24.
- Bauer, Robin (2005): When Gender Becomes Sane, Safe and Consensual. *Gender Play as a Queer BDSM Practice*. in: Yekani, Elahe Haschemi/Michaelis, Beatrice. (Hg.): *Quer durch die Geisteswissenschaften. Perspektiven der Queer Theory*. Berlin, 73-86.
- Berlant, Lauren (2011): *Cruel Optimism*. Durham.
- Berlant, Lauren/Warner, Michael (2005): Sex in der Öffentlichkeit. In: Haase, Matthias/Siegel, Marc/Wünsch, Michaela (Hg.): *Outside. Die Politik queerer Räume*. Berlin, 77-103.
- Buckel, Sonja (2011): Staatsprojekt Europa. In: *Politische Vierteljahrsschrift*, Jg. 51, Heft 4, 636-662.
- Butler, Judith (2005): *Gefährdetes Leben. Politische Essays*. Frankfurt/M. [engl. 2004].
- Cohen, Stanley (1972): *Folk Devils and Moral Panics: The Creation of the Mods and Rockers*. Oxford.
- D’Emilio, John (1983): Capitalism and Gay Identity. In: Snitow, Ann Barr/Stansel, Christine/Thompson, Sharon (Hg.): *Desire: The Politics of Sexuality*. New York, London, 100-113.
- Demirović, Alex (2008): Liberale Freiheit und das Sicherheitsdispositiv. Der Beitrag von Michel Foucault. In: Purtschert, Patricia/Meyer, Katrin/Winter, Yves (Hg.): *Gouvernementalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault*. Bielefeld, 229-250.
- Dietze, Gabriele (2015): Deutsche Exzeptionalisten. Willkommenskultur und Austerität. <http://blog.feministische-studien.de/author/gabi-dietze/> (zuletzt besucht am 11.5.2016).
- (2016): Das „Ereignis Köln“. In: *Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, Jg. 19, Heft 1, 93-102.

- Duggan, Lisa (2002): *The New Homonormativity: The Sexual Politics of Neoliberalism*. In: Castronovo, Russ/Nelson, Dana (Hg.): *Materializing Democracy: Toward a Revitalized Cultural Politic*. Durham/NC, 175-194.
- (2003): *The Twilight of Equality. Neoliberalism, Cultural Politics, and the Attack on Democracy*. Boston.
- Dymock, Alex (2013): *Flogging Sexual Transgression: Interrogating the Costs of the 'Fifty Shades Effect'*. In: *Sexualities*, Jg. 16, Heft 8, 880-895.
- Edelman, Lee (2004): *No Future. Queer Theory and the Death Drive*. Durham/London.
- Eng, David L. (2010): *The Feeling of Kinship: Queer Liberalism and the Racialization of Intimacy*. Durham.
- Engel, Antke (2005): *Die Verschränkung von Sexualität und Ökonomie. Subjektkonstituierung unter neoliberalen Vorzeichen*. In: Ernst, Waltraud (Hg.): *Leben und Wirtschaften – Geschlechterkonstruktionen durch Arbeit*. Münster, 136-152.
- (2008): *Gefeierte Vielfalt. Umstrittene Heterogenität. Befriedete Provokation. Sexuelle Lebensformen in spätmodernen Gesellschaften*. In: Bartel, Rainer et al. (Hg.): *Heteronormativität und Homosexualitäten*, Innsbruck, Wien, Bozen, 43-63.
- (2009): *Bilder von Sexualität und Ökonomie. Queere kulturelle Politiken im Neoliberalismus*. Bielefeld.
- (2012): *Spielräume sexualisierter Gewalt. Queeres Begehren im Spannungsfeld von staatlicher Regulierung und sexueller Subversion des Staates*. In: Haberler, Helga et al. (Hg.): *Que[e]r zum Staat. Heteronormativitätskritische Perspektiven auf Staat, Macht und Gesellschaft*. Berlin, 188-207.
- Evans, David (1993): *Sexual Citizenship. The Material Construction of Sexualities*. London.
- (2000): *Zwischen „moralischem“ Staat und „amoralischem“ Markt: Die materiellen Dimensionen und politischen Dilemmata homosexueller BürgerInnenschaft in der Spätmoderne*. In: *quaestio* (Hg.): *Queering Demokratie. Sexuelle Politiken*. Berlin, 67-82.
- Felicianantonio, Cesare Di/Brown, Gavin (2015): *Introduction: The Sexual Politics of Austerity*. In: *ACME: An International Journal for Critical Geographies*, Jg. 14, Heft 4, 965-974.
- Foucault, Michel (1983): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I*. Frankfurt/M.
- (2004a): *Geschichte der Gouvernementalität I: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*. Frankfurt/M.
- (2004b): *Geschichte der Gouvernementalität II: Die Geburt der Biopolitik*. Frankfurt/M.
- Gammerl, Benno/Woltersdorff, Volker (2014): *„Sie ham mir ein Gefühl geklaut...“ – Queer-feministische Perspektiven auf Bewegungen zwischen Sex und Gefühl*. In: *Freiburger Zeitschrift für GeschlechterStudien*, Jg. 20, Heft 2, 27-41.
- Hanhardt, Christina B. (2013): *Safe Space: Gay Neighborhood History and the Politics of Violence*. Durham [u.a.].

- Haritaworn, Jin (2015): *Queer Lovers and Hateful Others*. New York.
- Haritaworn, Jin/Kuntsman, Adi/Posocco, Silvia (Hg.) (2014): *Queer Necropolitics*. London, New York.
- Hark, Sabine/Laufenberg, Mike (2013), „Sexualität in der Krise. Heteronormativität im Neoliberalismus“. In Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hg.): *Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen*. Münster, 227-245.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.) (2015): *Anti-Genderismus. Sexualität als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld.
- Hennessy, Rosemary (2000): *Profit and Pleasure. Sexual Identities in Late Capitalism*. New York.
- Illouz, Eva (2013): *Die neue Liebesordnung: Frauen, Männer und Shades of Grey*. Berlin.
- James, E. L. (2011): *Shades of Grey*. München.
- Klauda, Georg (2014): *Mit Islamophobie contra Homophobie?* In: Yilmaz-Günay, Koray (Hg.): *Karriere eines konstruierten Gegensatzes. Zehn Jahre „Muslime versus Schwule“*. Sexualpolitiken seit dem 11. September 2001, 2. Aufl., Münster, 79-84.
- (2017): *Im toten Winkel des Emanzipationsprozesses. Zum fehlenden Fragezeichen hinter der Erfolgsgeschichte der Schwulenbewegung*. In: Pretzel, Andreas/Weiß, Volker (Hg.): *Politiken in Bewegung. Die Emanzipation Homosexueller im 20. Jahrhundert*. Hamburg, 304-328.
- Kokits, Maya Joleen/Thuswald, Marion (2015): *gleich sicher? sicher gleich? Konzeptionen (queer) feministischer Schutzräume*. In: *Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, Jg. 18, Heft 1, 83-93.
- Lagasnerie, Geoffroy/Louis, Edouard (2016): *Manuel Valls, vous n'avez rien fait contre le terrorisme*. In: *Libération* vom 3.8. 2016. http://www.liberation.fr/debats/2016/08/03/manuel-valls-vous-n-avez-rien-fait-contre-le-terrorisme_1470098 (zuletzt besucht am 11.8. 2017).
- Lemke, Thomas (1997): *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*. Berlin, Hamburg.
- (2004): *Dispositive der Unsicherheit im Neoliberalismus*. In: *Widerspruch*, Jg. 23, Heft 46, 89-98.
- Lorey, Isabell (2007): *Vom immanenten Widerspruch zur hegemonialen Funktion. Biopolitische Gouvernementalität und Selbst-Prekarisierung von KulturproduzentInnen*. In: Raunig, Gerald/Wuggenig, Ulf (Hg.): *Kritik der Kreativität*. Wien, 121-136.
- (2012): *Die Regierung der Prekären*. Wien.
- Ludwig, Gundula (2011): *Geschlecht regieren. Zum Verhältnis von Staat, Subjekt und heteronormative Hegemonie*. Frankfurt/M., New York.
- (2016): *Freiheitsversprechen und Technologien der Macht: Transformationen des Sexualitätsdispositivs und das Begehren nach dem neoliberalen Staat*. In: Lorey, Isabel/Ludwig, Gundula/Sonderegger, Ruth: *Foucaults Gegenwart. Sexualität, Sorge, Revolution*. Wien, 15-45.
- Mbembe, Achille (2003): *Necropolitics*. In: *Public Culture*, Jg. 15, Heft 1, 11-40.

- Merkel, Angela (2016). <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-06/angela-merkel-orlando-attentat-homophobie-deutschland> (zuletzt besucht am 9.8.2017)
- Mesquita, Sushila (2011): *Ban Marriage! Ambivalenzen der Normalisierung aus queer-feministischer Perspektive*. Wien.
- Meyer, Katrin (2015): *Gouvernementale Sicherheit, vergeschlechtlichte Risiken und das feministische Potential geteilter Sorge*. In: Bargetz, Brigitte/Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit (Hg.): *Gouvernementalität und Geschlecht. Politische Theorie im Anschluss an Michel Foucault*. Frankfurt/M., New York, 139-160.
- Michaelsen, Anja (2014): *Es ist bereits besser geworden. Zum Versprechen von Intimität im It gets better-Projekt*. In: *Feministische Studien*, Jg. 32, Heft (1), 39-48.
- Muñoz, Jose Esteban (2007): *Cruising the Toilet: LeRoi Jones/Amiri Baraka, Radical Black Traditions, and Queer Futurity*. In: *GLQ. A Journal of Lesbian and Gay Studies*, Jg. 13, Heft 2-3, 353-367.
- Nay, Eveline Y. (2013): *Feeling Differently. Affektive Politiken der Gleichheit in Differenz*. In: Grisard, Dominique/Jäger, Ulla/König, Tomke/Maihofer, Andrea (Hg.): *Verschieden sein: Nachdenken über Geschlecht und Differenz*. Sulzbach/Taunus, 281-294.
- Oberndorfer, Lukas (2012): *Vom neuen zum autoritären Konstitutionalismus: soziale Bewegungen, Recht und Demokratie in der europäischen Krise*. In: *Kurswechsel*, Jg. 13, Heft 2, 62-67.
- Pegida (2014). *Positionspaper*. <http://www.menschen-in-dresden.de/wp-content/uploads/2014/12/pegida-positionspapier.pdf> (zuletzt besucht am 9.8.2017)
- Puar, Jasbir (2007): *Terrorist Assemblages. Homonationalism in Queer Times*. Durham, London.
- Raab, Heike (2011): *Sexuelle Politiken. Die Diskurse zum Lebenspartnerschaftsgesetz*. Frankfurt/M., New York.
- Reddy, Chandan (2011): *Freedom with Violence. Race, Sexuality, and the US State*. Durham, London.
- Sauer, Birgit (2009): *Staatlichkeit und Geschlechtergewalt*. In: Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (Hg.): *Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staats Theorie*. Baden-Baden, 61-74.
- Schmincke, Imke (2015): *Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzung am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland*. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.): *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld, 93-107.
- Solty, Ingar (2016): *Sicherheit: Ein heißes Eisen für die Linke? Warum Angstfreiheit mehr sein muss als innere Sicherheit*. In: *Luxemburg*, Jg. 8, Heft 1, 58-65.
- Tuider, Elisabeth/Müller, Mario/Timmermanns, Stefan/Bruns-Bachmann, Petra/Koppermann, Carola (2012): *Sexualpädagogik der Vielfalt: Praxismethoden zu Identitäten, Beziehungen, Körper und Prävention für Schule und Jugendarbeit*. 2. überarb. Aufl. Weinheim [u.a.].

- Weidel, Alice (2016): <https://www.youtube.com/watch?v=QFKjTkzIMB0> (zuletzt besucht am 9.8.2017)
- Wimbauer, Christine/Motakef, Mona/Teschlade, Julia (2015): Neun prekarisierungstheoretische Thesen zu Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.): *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld, 41-57.
- Woltersdorff, Volker (2012): Der Staat bei der sexuellen Arbeit. In: Haberler, Helga et al. (Hg.) (2012): *Que[e]r zum Staat. Heteronormativitätskritische Perspektiven auf Staat, Macht und Gesellschaft*. Berlin, 177-136.
- Young, Iris Marion (2003): The Logic of Masculinist Protection: Reflections on the Current Security State. In: *Signs*, Jg. 29, Heft 1, 1-25.

Reproduktionsverhältnisse und Bevölkerungsweisen – trans/nationale Relationen und Regulationen

Susanne Schultz

Nation, Kinderwunsch, Humanvermögen – Familienpolitik als Demografiepolitik¹

Eine ‘schrumpfende’ und ‘alternde’ Nation treibt sehr unterschiedliche politische Kräfte heute in Deutschland um – in ebenso vielfältigen Politikfeldern. Demografische Prognosen und ‘Sachzwänge’ scheinen eine neutrale Grundlage für Politikberatung und Expertise zu bilden, sei es in der Familien-, Migrations-, Pflege- oder Rentenpolitik. Seit Ende der 1990er Jahre hat sich die Disziplin der Demografie, ehemals in Deutschland Bevölkerungswissenschaft genannt, damit aus einem Nischendasein herausbewegt, das sie zumindest in der alten Bundesrepublik vor dem Hintergrund ihrer inhaltlichen und personellen Kontinuitäten zum Nationalsozialismus geprägt hatte. Vieles gilt im Rahmen dieser Entwicklungen als ‘demografische’ Frage: Zum einen wurde seit Ende der 1990er Jahre ein neoliberaler Diskurs der *Anpassung* an ein unvermeidlich ‘schrumpfendes’ und ‘alterndes’ Deutschland als Legitimationsgrundlage für Sozialabbau relevant (Butterwegge/Bosbach/Birkwald 2012). Gleichzeitig entstanden im Bereich der Familien- und Migrationspolitik strategische Ansätze zu einer aktiven *Gestaltung* der Bevölkerungsentwicklung, also zu einer neuen Bevölkerungspolitik, die allerdings meist ‘Demografiepolitik’ genannt wird, um sich von der Vergangenheit abzugrenzen. Sehr deutlich geschieht dies in den letzten Jahren in der migrationspolitischen Debatte, insofern utilitaristische Kriterien einer Steuerung der zukünftigen nationalen Bevölkerungsgröße und auch einer Verbesserung der ‘qualitativen’ Bevölkerungszusammensetzung via Hochqualifizierten-Anwerbung Terrain gewinnen (Schultz 2016).

Eine weitere zentrale Dimension dieser neuen deutschen Bevölkerungspolitik ist die Frage der Geburtenpolitik. Schon seit der ersten Hälfte der 2000er etablierte sich in Deutschland eine ‘bevölkerungsorientierte’ oder ‘nachhaltige’

1 Dieser Text beruht auf Recherchen des DFG-Projektes „Demografisierung des Politischen? Eine intersektionale Analyse deutscher Familien- und Migrationspolitik seit Mitte der 1990er Jahre“. Herzlich bedanke ich mich bei Tiziana Ratcheva und Anthea Kyere für die Mitarbeit an Recherche und Redaktion.

Familienpolitik, die – ebenfalls klassenselektiv – auf die Steigerung der Geburtenraten der qualifizierten Mittelschichten abzielt und diese Programmatik als Antwort auf eine nationale demografische ‘Problemlage’ fasst (Kahlert 2007). Wichtige Elemente dieser Programmatik sind ein einkommensabhängiges Elterngeld, aber auch diffusere Aspekte einer Gouvernamentalität des ‘Kinderwunsches’, innerhalb derer der Staat insbesondere die deutschen Mittelschichten darin unterstützen soll, ihre Kinderwünsche zu verwirklichen.

Für eine feministische, antirassistische und kapitalismuskritische Analyse ist diese Entwicklung in vieler Hinsicht eine Herausforderung: Erstens wird hier offensichtlich, dass eine geschlechterpolitische Analyse von Geburtenpolitik zentral wird, die aber gleichzeitig zu kurz greift, wenn sie deren klassenselektive, nationalistische und rassistische Dimensionen verkennt. In der Frage der Geburtenpolitik spiegelt sich wider, dass feministische Analyse und Politik darin gescheitert sind, die vielfach diskutierte intersektionale Wende ernsthaft zu betreiben. Genderpolitische Positionen haben sich eher darauf konzentriert, die Fortschritte der neuen deutschen Familienpolitik – etwa den Abschied vom konservativen Alleinernährer-Modell oder auch eine zunehmende Anerkennung der Vielfalt familiärer Lebensweisen – positiv zu bewerten oder auch als noch unzureichend zu kritisieren. Demgegenüber griffen sie die Einbindung in ein nationales Projekt und die klassenselektive Anordnung dieser Familienpolitik kaum politisch an.

Zweitens stellt sich mit dem Bedeutungsgewinn demografischen Wissens einmal mehr die Frage, wie das Verhältnis zwischen Wissen und Politik gefasst werden kann. Bisher bleibt das scheinbar objektive demografische Wissen in vielen, auch kritischen Analysen der neuen Familienpolitik merkwürdig unterbelichtet. Weder wird die These einer ‘zu niedrigen deutschen Geburtenrate’ selbst hinterfragt, noch der Topos eines ‘unerfüllten Kinderwunsches’, zu dessen Verwirklichung staatliche Politik in Deutschland beitragen solle. Auch bleibt unthematisiert, wessen Kinderwünsche denn hier eigentlich gefördert werden sollen bzw. wessen nicht. Dass sich sehr unterschiedliche Kräfte derzeit in Deutschland auf dieses Wissen beziehen, ist insofern auch eine Herausforderung dafür, wie diskursanalytische, wissenschaftskritische und hegemonietheoretische Analysen miteinander verbunden werden können (Brand 2013).

Im Folgenden stelle ich einige Überlegungen voran, wie Politiken rund um das Kinderbekommen in kapitalistischen Gesellschaftsordnungen gefasst werden könnten. Anschließend führe ich in die bundesdeutsche Geschichte ‘nachhaltiger’ Familienpolitik seit Anfang der 2000er Jahre ein und zeige, inwiefern die demografische Problematisierung gemeinsamer Bezugspunkt für sehr unterschiedliche „Hegemonieprojekte“ geworden ist (Buckel/Georgi/Kannankulam 2014).

Schließlich stelle ich vor, welche Wissenstopoi im Rahmen dieser Entwicklungen hegemonialer Bezugsrahmen wurden. Am Ende werde ich einige theoretische und politische Schlussfolgerungen zur Diskussion stellen.

1. Die Matrix der Geburtenpolitik: Bedingungen einer intersektionalen Analyse

Die Politik des Kinderbekommens ist in vieler Hinsicht weiterhin ein blinder Fleck für kapitalismuskritische Gesellschaftstheorien (Kontos in diesem Band). Auch queer-feministische Theoriebildung hat diese Seite der Reproduktionsverhältnisse oftmals eher als scheinbar 'biologischen' Rest vernachlässigt (Deutscher 2012).

Einen Ausgangspunkt für einen theoretischen Zugang zu staatlichen Strategien der Geburtenregulierung stellt das Konzept der Biopolitik von Michel Foucault dar. Es ermöglicht, funktionalistisch-reduktionistische Perspektiven auf Geburtenpolitik (einzig als Frage der Reproduktion von Arbeitskräften) zu vermeiden und der Komplexität einer im Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung entstehenden staatlichen Verwaltung der Bevölkerung als Wissens-/Machtregime gerecht zu werden (Foucault 1983; 2001). Einleuchtend am Konzept der Biopolitik ist, dass Foucault individuelle Körper bzw. individuelles Verhalten auf der einen und die Bevölkerung auf der anderen Seite als das spannungsreiche Verhältnis zwischen zwei Polen versteht – und damit auch einen Zugang zur Intersektionalität von Geburtenpolitik ermöglicht (Schultz 2006). Dass Kinderbekommen oftmals auf eine mikrosoziologische Frage der Geschlechter, der reproduktiven Körper und des familiären oder auch individuellen reproduktiven Verhaltens reduziert wird, kann so als Effekt eines biopolitischen Arrangements verstanden werden, innerhalb dessen die Implementierung staatlicher Geburtenpolitik auf der biopolitischen Ebene der Körper und des Verhaltens stattfindet und damit auch privatisiert, individualisiert, biologisiert und eben auch vergeschlechtlicht wird. Dass aber Geburtenpolitiken gleichzeitig Politiken sind, die den staatlichen Zugriff auf die Größe und Qualität von Bevölkerung/en organisieren und insofern von Klassenhierarchien ebenso wie nationalen Zuordnungen und rassistischen Hierarchisierungen durchdrungen sind, kann als zweiter Pol verstanden werden.

Feministische Kritiker_innen haben zu Recht darauf verwiesen, dass Foucaults Konzept der Biopolitik insofern begrenzt ist, als er als Scharnier zwischen beiden Polen vorrangig die Sexualität fasst (und zudem Sexualität im allgemeinen, nicht aber den spezifischen Zugriff auf heteronormativen, prokreativen Sex

(Deutscher 2012)) und dass er damit der Fundamentalität und Komplexität der Reproduktionsverhältnisse und Geschlechterregime im Kapitalismus nicht gerecht wird. Weiterhin erfasste seine Analyse der Biopolitik im Rahmen liberaler politischer Ökonomie nicht ausreichend die darin eingeschriebene koloniale Hierarchisierung in der Entstehung des Wissens über Bevölkerungen, was etwa in der geringen Bedeutung von Thomas Malthus' Werk in Foucaults Analyse deutlich wird (Tellmann 2013; Stoler 1995). Susanne Lettow (2015: 267f.) macht mit dem Begriff einer reproduktiven „Matrix“ einen Vorschlag, wie ein intersektionaler Zugang auf die Politik des Kinderbekommens anders bzw. weitergedacht werden kann. Indem sie auf neu entstehende Wissensordnungen im Europa des späten 18. Jahrhunderts zurückgreift, zeigt Lettow, dass die Ordnung der Reproduktion, wie wir sie bis heute auch mit vielen Veränderungen kennen, von der Idee einer 'Fortpflanzung' geprägt ist, die sowohl über die Vorstellung einer komplementären Polarität der Geschlechter organisiert ist (Stichwort Heteronormativität), als auch gleichzeitig und untrennbar die Vorstellung von Genealogien mittransportiert: Theorien einer intergenerationellen Kontinuität konstituieren und legitimieren biologische Verwandtschaftsverhältnisse auf spezifische Weise. Damit entsteht die Idee der Reproduktion von Bevölkerungen über Genealogien der Vererbung und auch die Vorstellung, dass es sich reproduzierende – und sich auch nach bestimmten Naturgesetzen über 'Vermischung' verändernde – 'Rassen' gibt (ebd.: 271ff.).

In Bezug auf die Intersektionalität von Geburtenpolitik ermöglicht diese Perspektive auf eine reproduktive Matrix, die heteronormative Familienform als 'Keimzelle des Staates' und als Bedingung für 'Fortpflanzung' als untrennbar von der Idee klassenhierarchisierender und rassifizierender Genealogien zu verstehen. Die Institutionen der Familie und der Verwandtschaft sind schließlich an Eigentums- und Erbschaftsverhältnisse gekoppelt; und über familiäre und verwandtschaftliche Zugehörigkeit wird auch im Bourdieuschen weiteren Sinn soziales und kulturelles Kapital weitergegeben und Klasse reproduziert (Bourdieu 1986). Diese staatlich-rechtlich über die Familienform institutionalisierten Genealogien sind zwar nicht identisch mit eugenisch-biologistischen Vorstellungen einer unvermeidlichen Weitergabe des sozialen Status, machen aber im Sinne verdinglichter gesellschaftlicher Verhältnisse doch den realen Kern, die unmittelbare Evidenz einer Biologisierung von Ungleichheit aus.

Reproduktive Genealogien sind im Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung jedoch nicht nur über Klassenverhältnisse organisiert, sondern etablieren sich auch nicht trennbar von rassistischen Verhältnissen der In- und Exklusion. Zum einen lassen sich Klassenzuschreibungen und Rassismus insofern

nicht trennen, als die (post-)koloniale Geschichte der Klassenverhältnisse bis heute gleichzeitig die Geschichte globaler, nationaler und lokaler Strategien rassistischer sozialer Abwertung, Unterschichtung und Ausbeutung ist (Karakayali/Zur Nieden 2013: 62f.; Mezzadra/Neilson 2013). Zum anderen gehört zur Matrix der Reproduktion auch ganz zentral die mit der Entstehung der Nationform (Balibar 1992) verbundene In- bzw. Exklusion der kommenden Generation als neue (Nicht-)Staatsbürger_innen und die staatliche Einflussnahme auf die Menschenreproduktion als Frage der Zukunft der Nation bzw. nationaler Ökonomie. Die Konstitution des Problems der Bevölkerung ist inhärent verbunden mit der Konstitution des Nationalstaates, schon allein weil mit den Nationalstaaten erst die statistische Erfassung von Bevölkerungen institutionalisiert wird und damit die Vorstellung einer homogenen oder zu homogenisierenden nationalen Bevölkerung entsteht, die das zentrale Objekt demografischen Wissens darstellt (Hummel 2000). Damit entsteht auch die Möglichkeit einer 'Demografisierung' sozialer Verhältnisse, wie sie aktuell akut ist, also der Vorstellung, komplexe gesellschaftliche Verhältnisse und Dynamiken könnten über statistische Korrelationen zwischen nationaler Bevölkerungszahl bzw. -zusammensetzung einerseits und Daten über Ressourcen, Produktion und Konsumption andererseits erfassbar und über eine staatliche Regulierung von als 'Bevölkerungsfragen' formulierten Problemlagen regierbar werden (Barlösius 2007; Harvey 2001; Schultz 2015b).

Aus den genannten Dimensionen einer intersektionalen Matrix der Geburtenpolitik ergeben sich vielfältige Spannungsmomente und Widerspruchskonstellationen, die auch erklären, inwiefern Familienpolitik als Geburtenpolitik nicht nur von Grundformen der Familie, der Nation und der Klasse kontinuierlich strukturiert wird, sondern auch ein umkämpftes und dynamisches Konfliktfeld ist.

Genannt seien hier etwa die Spannung zwischen der Stabilität der Familienform als Institution zur Absicherung genealogischer Kontinuitäten einerseits und ihrer dynamischen Veränderung im Rahmen der Heterogenisierung von Familienmodellen andererseits. Ebenso gibt es einen Widerspruch zwischen einer genealogischen Zuschreibung von Kindern zu 'ihrer' sozialen Klasse einerseits und Erfordernissen sozialer Dynamik im Rahmen bildungspolitischer und arbeitsmarktorientierter kapitalistischer Notwendigkeiten andererseits. Auch ist die Nationform keine stabile. Derzeit lassen sich (auch innerhalb der demografischen Wissensproduktion selbst virulente) Spannungen ausmachen: zwischen Kräften, die einen Nationenbegriff stärken, der sich auf eine vermeintliche ethnische Homogenität in der Vergangenheit bezieht, und Kräften, die ein nationales Zu-

kunftsprojekt formulieren, das auf eine flexibilisierte Humankapitalverwaltung ausgerichtet ist (Schreiner 2013; Schultz 2016).

2. 'Nachhaltige Familienpolitik' als übergreifender politischer Referenzrahmen

Die Entwicklung einer 'bevölkerungsorientierten' oder 'nachhaltigen' Familienpolitik in Deutschland geht zurück auf die programmatische Initiative der Familienministerin Renate Schmidt (SPD) unter der rot-grünen Regierung 2002 bis 2005. Sie führte das Ziel einer höheren deutschen Geburtenrate als ein zentrales Kriterium offensiv in die Debatte ein (Schmidt 2001). Dass die bisherige Zurückhaltung (west-)deutscher Familienpolitik in Bezug auf bevölkerungspolitische Zielsetzungen aufgegeben wurde, stand zum einen im Zusammenhang mit einer neoliberalen Offensive des Sozialabbaus zu Beginn der 2000er Jahre. Zum anderen trug sicherlich auch die Vorstellung einer 'Normalisierung' deutscher Politik nach der Wiedervereinigung dazu bei. In diesem Kontext entwickelte sich seit Mitte der 1990er Jahre die Landschaft demografisch forschender Think Tanks und Wissenschaftsprogramme dynamisch, und demografisches Wissen gewann in Politikberatung und medialer Öffentlichkeit enorm an Bedeutung (Barlösius 2007; Messerschmidt 2014).

Unter der nächsten Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) wurden wesentliche Eckpfeiler einer 'nachhaltigen Familienpolitik' dann implementiert. Die Kitabetreuung wurde ausgebaut, Steuerfreibeträge für Kinderbetreuung eingeführt, und seit 2007 ersetzte das Elterngeld das bisherige, für alle gleichermaßen gültige Erziehungsgeld von 300 Euro bis zwei Jahre nach der Geburt. Mit dem nur 12 Monate (bzw. mit 'Partnermonaten' 14 Monate) gültigen, einkommensabhängigen Elterngeld wurden de facto staatliche Transferleistungen für Eltern mit neugeborenen Kindern von unten nach oben umverteilt. Während Besserverdienende bis zu 1.800 Euro monatlich erhalten, reduzierte sich für gering Verdienende und Erwerbslose der Auszahlungszeitraum des Mindestbetrages von 300 Euro von 24 auf 12 (bzw. 14) Monate und damit um (fast) die Hälfte. Die neue Familienpolitik etablierte insofern über quantitative demografische Ziele hinaus klassenselektive Kriterien und richtete die neuen geburtenfördernden Maßnahmen vorrangig auf akademische und beruflich qualifizierte Mittelschichten aus.

Renate Schmidt hatte diese Dimension einer qualitativen Bevölkerungspolitik bereits 2001 sehr deutlich angekündigt: „Kinderreichtum bei den Benachteiligten, Kinderarmut bei der restlichen Bevölkerung hat gravierende Auswirkungen

auf die Zusammensetzung der Bevölkerung“ (Schmidt 2001: 126). Die auch mit dem Konzept eines familienpolitisch zu steigernden ‘Humanvermögens’ verbundenen klassenselektiven Ansagen über eine zu erwartende unterschiedliche Nützlichkeit von Kindern verschiedener sozialer Klassen werden allerdings übertönt von weiteren, ‘zielkomplementären’ Argumenten für das Elterngeld. Denn eine höhere Geburtenrate soll mit der Inwertsetzung insbesondere qualifizierter weiblicher Arbeitskraft einhergehen (Bujard 2013). Mit einem höheren Elterngeld, einer gleichzeitig kürzeren Bezugsdauer und einer Politik der Vereinbarkeit von ‘Familie und Beruf’ sollen vor allem beruflich qualifizierte Frauen zum Gebären angeregt und gleichzeitig schneller wieder in Arbeit gebracht werden.

Die ‘nachhaltige Familienpolitik’ bewertet insofern nicht nur die Nachkommen nationalökonomisch unterschiedlich, sondern auch die verschiedenen Gruppen der durch Vereinbarkeitspolitik zu mobilisierenden ‘stillen Reserve’ weiblicher Arbeitskräfte selbst. In der realen Umsetzung ging der familienpolitische „Paradigmenwechsel“ mit einer Offensive in Richtung einer äußerst prekären Inwertsetzung der meisten weiblichen Arbeitskräfte im Rahmen von Hartz-IV-Reformen und Minijobs einher, und mit dem Abschied vom Alleinernährer-Modell wurde ein nicht individuell existenzsicherndes „Zuverdienerinnen-Modell“ zur offiziellen Norm (Nowak 2009: 261).

Die wesentlichen Eckpfeiler der neuen Familienpolitik blieben mit den nächsten Bundesregierungen unverändert. Unter Kristina Schröder (2009 bis 2013) wurde der klassenselektive Charakter des Elterngeldes verschärft, als dieses ab 2011 auf das Arbeitslosengeld II angerechnet und somit de facto für eine der ärmsten Bevölkerungsschichten ganz abgeschafft wurde. Als weiteres Element einer Demografisierung von Familienpolitik kam die Bezuschussung reproduktionsmedizinischer Behandlungen durch Fonds einiger Bundesländer und der Bundesregierung hinzu (Wagenmann 2013). ‘Ungewollte Kinderlosigkeit’ wurde so über eine Frage der Gesundheitsversorgung hinaus zu einem steuerpolitisch zu finanzierenden demografischen Ansatzpunkt redefiniert.

Die selektive pro-natalistische Bevölkerungsprogrammatik wurde von sehr unterschiedlichen, wenn auch nicht immer klar voneinander abzugrenzenden politischen Kräften unterstützt, die im Sinne von Buckel, Georgi und Kannankulam (2014: 44) als um Hegemonie ringende „Hegemonieprojekte“ gefasst werden können. Der breite Rückhalt war eine entscheidende Bedingung dafür, dass der familienpolitische Paradigmenwechsel weitgehend unumkämpft geschah – und in diesem Sinne tatsächlich hegemonial werden konnte. Wohl am hervorstechendsten haben sich Vertreter_innen eines liberalen, emanzipatorischen Hegemonieprojektes für den Wechsel starkgemacht und diesen als

frauenfreundlichen „Befreiungsschlag“ interpretiert (Nowak 2009: 239). Typisch für diese Position ist es, die pro-natalistische Begründung der neuen Politik eher herunterzuspielen oder als 'strategische Demografisierung' zu fassen, nicht aber prinzipiell in Frage zu stellen.² Als weiteres, wenn auch in vieler Hinsicht mit dieser Position verzahntes Projekt kann das von der Arbeitgeberlobby geförderte neoliberale Programm einer Mobilisierung weiblicher Fachkräfte bei gleichzeitig langfristiger Sicherung zukünftiger Arbeitskräfte interpretiert werden. Weiterhin lässt sich in den familienpolitischen Debatten auch ein politisch sehr breites und eher diffuses Spektrum familialistischer sozial-konservativer Positionen erkennen, die sich auf den Paradigmenwechsel insofern positiv beziehen, als sie eine stärkere Förderung von Familien und die Aufwertung (weiblicher) häuslicher Sorgearbeit im Rahmen der Politik der Vereinbarkeit befürworten. Schließlich ist als weitere Kraft ein enorm erstarktes, klar antifeministisches, national-völkisches Projekt zu erkennen, das von der „Alternative für Deutschland“ vorangetrieben wird, aber viele Vorläufer_innen und Unterstützer_innen hat. In diesem explizit als 'aktive Bevölkerungspolitik' benannten Projekt wird eine höhere nationale Geburtenrate zur nationalen Überlebensfrage und Geburtenpolitik gegen „Masseneinwanderung“ in Stellung gebracht (Kemper 2016).

3. Hegemoniale Aspekte des aktuellen demografischen Wissens

Warum ließ sich ein so breites Spektrum politischer Kräfte, trotz geschlechterpolitisch kontroverser Positionen, auf die wesentlichen Eckpfeiler einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik ein und ließ den demografiepolitischen Rahmen selbst unhinterfragt? Um dies zu beantworten, ist es meines Erachtens nötig, die Wissensproduktion selbst zu analysieren und die *black box* demografischer 'Tatbestände' zu öffnen. Gezeigt werden kann so, dass das Wissen, welches demografische Think Tanks direkt regierungsberatend oder auch über die Medien in die Debatte eingebracht haben, höchst unsicher und voraussetzungsvoll ist und Familienpolitik im Sinne der intersektionalen Matrix der Geburtenpolitik strukturiert.

2 Dies ergaben Interviews der Autorin mit wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen am Max Planck Institut für Demographische Forschung und am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Juli 2015.

3.1. Die Nation: eine niedrige deutsche Geburtenrate als Problem

Zentral für das demografepolitische Projekt ist die Erzählung, dass Deutschland von einer 'Schrumpfung' und/oder 'Alterung' der Bevölkerung besonders stark betroffen sei und dass dies in der Zukunft eine Krisensituation hervorrufen werde. Eine kritische Analyse dieser Erzählung muss sich auf verschiedenen Ebenen bewegen: Ganz grundsätzlich sollte die Nationform selbst als zentrale Bedingung der demografischen Problemformulierung in den Blick geraten. Schließlich transportiert der aktuelle Bevölkerungsdiskurs mit aller Macht die Idee einer nationalen Schicksalsgemeinschaft und damit auch die Idee, dass 'uns' die nationalökonomische Entwicklung Deutschlands mehr interessieren solle als globale Ungleichheit und weltwirtschaftliche Zusammenhänge. Zu diesem nationalen Apriori des Bevölkerungsdiskurses gehört auch, dass in der Debatte die nationale Geburtenförderung selbst nicht hinterfragt wird – und völlig abgekoppelt bleibt von anti-natalistischen Strategien, wie sie etwa im Rahmen internationaler Bevölkerungsprogramme weiterhin virulent sind (Hendrixson 2016; Bendix/Schultz 2015).

Aber auch in diesem nationalen Rahmen sollte die demografische Datenproduktion kritisch reflektiert und zudem hinterfragt werden, unter welchen Annahmen die 'Altersstruktur' zum Problem gemacht werden kann. Die Demografisierung des Politischen beruht inhärent darauf, dass mit spekulativen Datenprojektionen in die weit entfernte Zukunft heute Politik gemacht wird. In Deutschland beruhen solche Prognosen meist auf den 'Bevölkerungsprojektionen' des Statistischen Bundesamtes (Destatis 2009; 2015), dessen 'mittlere Varianten' medial als wahrscheinlich, wenn nicht gar als Fakten präsentiert werden. Angesichts falsch und zu niedrig vorausgesagter Nettozuwanderungszahlen fand allerdings die 'Schrumpfung Deutschlands' bis heute nicht statt und wird regelmäßig – mit zukünftig wiederum niedriger angenommenen Zuwanderungsraten – weiter in die Zukunft verlagert.³ Aber auch die Wissensproduktion über die Entwicklung von Geburtenraten, die für die Demograf_innen als 'träger' und besser einschätzbar eingestuft wird, ist in vieler Hinsicht gar nicht so 'sicher', wie sie präsentiert wird. So wiesen einige Wissenschaftler_innen in den letzten Jahren darauf hin, dass die

3 Destatis sagte in der 12. Bevölkerungsvorausberechnung, gültig von 2009 bis 2015, eine Nettozuwanderung von 100.000 oder 200.000 Personen voraus. Tatsächlich betrug diese aber 369.000 Personen in 2012, 429.000 in 2013, 550.000 in 2014 und 1.139.000 in 2015. Dennoch nimmt Destatis auch in der 13. Vorausberechnung, gültig seit Frühjahr 2015, wieder an, dass sich die Zuwanderungsrate ab 2021 auf 100.000 bis 200.000 Personen einpendelt (Destatis 2009: 7; 2015: 40).

üblicherweise angegebene ‘zusammengefasste Geburtenziffer’ problematisch ist, da mit ihr nicht unterschieden werden kann, ob Frauen weniger oder nur später Kinder bekommen, und zudem eine Veränderung im ‘generativen Verhalten’ bei den jüngeren Generationen damit gar nicht erfasst werden kann (Goldstein et al. 2012).

Hauptsächlich bezieht sich der demografische Krisendiskurs allerdings derzeit weniger auf eine ‘Schrumpfung’ als auf die Diagnose einer ‘(Über-)Alterung’ der Bevölkerung, eine bei steigender Lebenserwartung bereits seit dem 19. Jahrhundert gegebene demografische Entwicklung. Über die Datenproduktion hinaus stellt sich hier die Frage, auf welcher Grundlage diese Entwicklung denn als krisenhaft behauptet werden kann. Dagegen, dass eine Veränderung des abstrakten Verhältnisses zwischen nationalen Altersgruppen (Kinder/Jugendliche; Menschen im ‘erwerbsfähigen Alter’; Alte) per se ökonomisch problematisch sei, haben in den letzten Jahren nur einige wenige Autor_innen aus dem links-gewerkschaftlichen Spektrum protestiert (z.B. Butterwege/Bosbach/Birkwald 2012). Sie zeigten, dass eine solche Krisenerzählung die wachsende soziale Ungleichheit *innerhalb* von Generationen ausblendet, ebenso wie sie etwa für die Rentenentwicklung wesentlich wichtigere Dynamiken wie Lohn- und Produktivitätsentwicklung oder die Rate sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und Erwerbslosenquoten unterschlägt.

3.2. Der unerfüllte Kinderwunsch als Ansatzpunkt pro-natalistischer familienpolitischer Strategien

Ein zweiter Aspekt des hegemonialen Wissens betrifft die Frage, wie das unhinterfragte Ziel einer höheren deutschen Geburtenrate denn erreicht werden soll. Konsens ist, dass der Staat nicht dirigistisch eingreifen dürfe, wohl aber an bestehenden Kinderwünschen ansetzen und deren Verwirklichung ermöglichen solle, und dass es familienpolitische Maßnahmen gebe, mit denen dieses Ziel langfristig erreicht werden könne (BMFSFJ 2012: 15; Prognos 2014).

Bei genauerem Hinsehen tut sich die demografische Expertise aber auch hier schwer, *hard facts* zu liefern: So ist die Messung des Kinderwunsches abhängig davon, wie, wann und mit welchem Zeithorizont gefragt wird. Damit ist auch die darauf aufbauende Legitimationsgrundlage für eine pro-natalistische Politik, der so genannte *fertility gap* (die Differenz zwischen gewünschter und tatsächlicher Kinderzahl) eine kaum ernsthaft festzuzurende Größe (Fürnkranz-Prskawetz et al. 2012: 150ff.).

Auch mit der Hypothese, dass familienpolitische Maßnahmen überhaupt einen Einfluss auf die Geburtenrate haben können, tun sich die Demograf_innen

schwer. Der Behauptung direkter und eindeutiger kausaler Zusammenhänge enthalten sich die meisten seriösen Studien (Spieß 2012). Dennoch dreht sich das demografische Forschungsuniversum um Wenn-Dann-Zusammenhänge zwischen (mikrosoziologischen) Geschlechterverhältnissen, Familienmodellen, Vereinbarkeitsangeboten einerseits und der Geburtenrate andererseits. Auch die im Auftrag der Bundesregierung unternommene, stark ökonomistisch angelegte „Gesamtevaluation ehe- und familienpolitischer Maßnahmen“ bestätigte diesen Zugang, indem sie (gewisse, sehr geringe und langfristige) Korrelationen zwischen Familienpolitik und der Geburtenrate feststellte (Prognos 2014: 229f.).

Mit Michel Foucault kann dieses neu entfachte Interesse am Begehren nach dem Kind als eine *Gouvernementalität* des Gebärens gefasst werden; denn staatliche Strategien setzen hier explizit an den Wünschen, Begehren und Selbsttechnologien der Subjekte an (Lemke/Krasmann/Bröckling 2000). In Bezug auf die Geschlechterverhältnisse gibt es widersprüchliche Tendenzen, wie diese Wunschökonomie verhandelt wird. Auf der einen Seite bestärkt die Art und Weise, wie der Kinderwunsch derzeit beforscht und besprochen wird, heteronormative naturalisierende Zuschreibungen an die Frau als potenzielle Mutter: Kinderwunsch und *fertility gap* werden meist selbstverständlich an Frauen untersucht – und das ‘generative Verhalten’ gilt fast immer als das der Frauen (oder allenfalls abstrakt ‘der Paare’). Andererseits gibt es auch in Teilen des konservativen Mainstreams eine Öffnung in Richtung der Diversifizierung von Familienbildern im Sinne von ‘Familie ist da, wo Kinder sind’ (Hajek 2013).

Gleichzeitig artikuliert sich der staatlich-demografiepolitische Topos des Kinderwunsches mit dem umkämpften Feld der an Bedeutung gewinnenden Reproduktionsmedizin (Schultz 2015a). Auch hier finden im Kampf gegen ‘un-gewollte Kinderlosigkeit’ und für ein ‘eigenes Kind’ Konflikte um Grenzverschiebungen statt, was staatlich als Familie gilt. Während Reproduktionsmedizin in Deutschland weiterhin in vieler Hinsicht heteronormativ institutionalisiert ist, gibt es Trends zu einer Aufweichung dieser Normierungen und etwa Forderungen danach, die Rechtslage zugunsten gleichgeschlechtlicher Paare und deren Wünschen nach „körperlich“ oder „genetisch“ mit ihnen „verbundenen“ Kindern zu überprüfen (Dethloff 2016: 61).

Auch wenn derzeit Reproduktionsmedizin nicht umfassend für pro-natalistische Politik instrumentalisiert wird, entsteht zwischen Reproduktionsmedizin und Demografie mit der Politisierung des unerfüllten Kinderwunsches ein gemeinsamer Bezugsrahmen, worauf auch zahlreiche Kooperationen zwischen demografischen Think Tanks und reproduktionsmedizinischer Lobby hindeuten (Schultz 2015a). Auch der reproduktionsmedizinische Komplex ist von selektiven

Kriterien geprägt, welche Kinder als erwünscht gelten. Neben der Verstärkung biologisch-genetischer Ideen von Zugehörigkeit, wie sie im 'eigenen' Kind gesucht werden, bestärkt der Fokus auf den reproduktionsmedizinischen Komplex auch eugenische Vorstellungen und Technologien. Schließlich geht die Reproduktionsmedizin mit chromosomalen und genetischen 'Qualitätschecks' einher, die sozial und auch rechtlich zunehmend normalisiert werden.

3.3. Humanvermögen: unmarkierte Subjekte und die Vereinbarkeit von Karriere und Familie

Ein dritter Aspekt des demografischen Wissens ist es, dass die diskutierten Aspekte – die These einer zu niedrigen deutschen Geburtenrate und der pronatalistische Ansatzpunkt eines unerfüllten Kinderwunsches – Ausschlüsse produzieren, die aber weitgehend dethematisiert bleiben.

Auf den ersten Blick wird das reproduktive Begehren im deutschen Demografiediskurs vor allem als Frage der Frauen, der Paare oder der Familien verhandelt. Kurzum: Das Wissen und auch die damit verhandelten und (re-)produzierten Subjektpositionen bewegen sich entweder in den Dimensionen eines konservativen Familialismus oder aber im Rahmen erweiterter, diverserer Vorstellungen von Familie – eine durchaus wichtige, aber für sich allein genommen verkürzende Dimension des Konfliktfelds. Fragen der eugenischen 'Qualität', der rassistischen Differenzierung, des nationalen Ein- und Ausschlusses und der Klassenhierarchien bleiben damit unmarkiert – oder erscheinen allenfalls als sekundäre, additive und spezifizierende Dimension.

Beim zweiten Hinschauen zeigt sich jedoch, dass die familienpolitisch scheinbar unmarkierte Subjektivität der zu adressierenden Frau oder des Paares mit Kinderwunsch tatsächlich die der qualifizierten deutschen Mittelschichten ist, die im Zentrum von Forschung und Regierungsstrategien stehen: Bereits das Motto Vereinbarkeit von 'Familie und Beruf', das nicht nur die Familienform, sondern auch eine berufliche Qualifizierung und Identität voraussetzt, oder auch der Fokus in der Demografiestrategie der Bundesregierung auf Karriere und Berufsbiographien machen dies deutlich. Der klassenselektive Skandal einer 'bevölkerungsorientierten Familienpolitik', wie sie von Renate Schmidt noch explizit formuliert wurde, kann aber auf der Ebene der Subjektivität und programmatischen Implementierung so nicht thematisiert werden.

Wenn es direkt um die Ebene der Bevölkerung geht, werden diese 'Qualitäts'-Ansprüche der Demografiepolitik allerdings klar formuliert. Das Konzept des 'Humanvermögens' ist eine wichtige Referenzgröße, um die Kombination ar-

beitsmarktrelevanter Qualifikationen, Bildung, Gesundheit sowie „sozialer Daseinskompetenz“ und „Werthaltungen“ zu fassen (BMFSFJ 2006: 5). Auch wenn dieses Konzept theoretisch die Frage offen lässt, wie dieses ‘Vermögen’ denn in der gesamten Bevölkerung gesteigert werden solle, ist es bezeichnend, dass auch einflussreiche familienpolitische Politikberater_innen es (in kritischer Absicht) vorrangig in Bezug auf die genealogische Kontinuität des „Elternhauses“ und nicht auf breitere Bildungspolitik hin interpretieren: „Beim ‘Humanvermögen’ handelt es sich um die nützlichen Leistungen, die Kinder durch entsprechende Erziehung im Elternhaus später als Erwachsene für die Gesellschaft erbringen können.“ (Bertram et al. 2012: 201)

Nahegelegt wird immer wieder: Am meisten wird dieses ‘Humanvermögen’ gesteigert, wenn möglichst viele Kinder in den qualifizierten deutschen Mittelschichten geboren werden, während das Kinderwunschbegehren und dessen Förderung in einkommensschwächeren Gruppen oder auch unter generell als ‘bildungsfern’ stigmatisierten Migrant_innen kein Thema für die politikberatende Forschung ist. Wenn diese sozialen Gruppen überhaupt ins Visier der Demografiepolitik geraten, dann stehen hier nicht gouvernementale Strategien und Wunschökonomien zur Debatte. Vielmehr sollen Forschungen über das durchschnittliche ‘generative Verhalten’ von Migrantinnen vor allem Schlussfolgerungen direkt auf der Ebene der Bevölkerungsentwicklung ermöglichen (BAMF 2011; kritnet 2016). Anders gesagt: Im Rahmen einer Matrix der Geburtenpolitik spielt eine subjektorientierte gouvernementale Körper- und Verhaltenspolitik für die „subjectless others“ keine Rolle (Gutiérrez Rodríguez 2003: 168), sondern ihr durchschnittliches reproduktives Verhalten wird nur direkt im Effekt auf die zukünftige nationale Bevölkerungsgröße und -zusammensetzung verhandelt.

4. Demografiekritik heute – jenseits hegemonialer Dichotomien

Demografische Krisenerklärungen sind weltweit eine Dimension herrschaftsförmig organisierter Wissensproduktion, denn sie zielen nicht auf die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse ab, sondern erklären die Größe und Zusammensetzung von Bevölkerungen zur Krisenursache – und zur staatlich zu beeinflussenden Variable der Krisenbewältigung. In den letzten zwei Jahrzehnten können wir in Deutschland von einer Demografisierung des Politischen sprechen, die nicht erst mit der ultrarechten bevölkerungspolitischen AfD-Programmatik virulent, sondern quer durch fast alle politischen Lager hegemonial wurde – mit der Forderung nach einer (selektiv) pro-natalistischen Politik als einem der zentralen Aspekte.

Eine geschlechtertheoretisch und intersektional angelegte Gesellschaftskritik kann den gegenwartsdiagnostischen Blick auf diese Demografiepolitik nutzen, um wie in einem Brennglas biopolitische Dimensionen zu analysieren, wie sie freilich in der ein oder anderen Form – manchmal vermittelter, auf indirektere Art und Weise – die biopolitische Verwaltung von Bevölkerungen seit Entstehung kapitalistischer Formen der Vergesellschaftung prägen.

Das intersektionale Konzept einer 'reproduktiven Matrix' ermöglicht es dabei, über eine Analyse von Geburtenpolitik vorrangig oder gar allein als Politik der Geschlechterverhältnisse hinauszugehen. Diese Perspektive schließt an die Geschichte transnationaler Kämpfe für reproduktive Rechte an, welche eine global „stratifizierte Reproduktion“ hinterfragt haben, also immer wieder problematisiert haben, welche sozialen Gruppen in globalen bevölkerungspolitischen Strategien dazu angeregt und welche davon abgehalten werden sollen, Kinder zu bekommen (Nair 1989; Ginsburg/Rapp 1995: 3; Schultz 2006).

Für eine so motivierte Analyse von Geburtenpolitik ist es erhellend, die Annahmen des demografischen Wissens, die derzeit in Deutschland eine gemeinsame Folie für sehr unterschiedliche und auch umkämpfte politische Hegemonieprojekte darstellen, selbst in die Kritik einzubeziehen. Denn nur so lassen sich die der Verhandlung weitgehend entzogenen 'Sachzwänge' einer zukünftig stabil zu haltenden oder zu 'gestaltenden' nationalen Menschenproduktion selbst kritisieren.

Eine solche Perspektive fordert eine queer-feministisch linke Politik dazu heraus, die Frage der genealogischen Zuschreibungen, nationalen Zugehörigkeiten und klassenselektiven Anordnungen zu einem Ausgangspunkt von Kritik zu machen und in einen engen Zusammenhang zur Kritik der heteronormativen Anordnung 'biologischer Reproduktion' zu stellen. Neben der Frage, wie die Familienform in Richtung heterogenerer Modelle des Zusammenlebens erweitert werden kann, stellt sich somit auch die Frage, wie an der sozialen Platzzuweisung der nächsten 'Generation' kritisch angesetzt werden kann. Hinterfragt wird dann nicht nur die Zuschreibung der Kinder an die Frauen, sondern auch die Zuschreibung der Kinder an ihre 'Klasse' und Nation.

Die aktuellen und akuten Kämpfe um geschlechterpolitische Fragen erscheinen so in einem anderen Licht. Über den Konflikt zwischen einer Heterogenisierung der Familie einerseits und dem 'Antigenderismus' andererseits, wie ihn die neue Rechte zugespitzt hat, hinaus, stellt sich die Frage, warum die wie auch immer verstandene 'Familie' heute überhaupt so stark auf einen individuellen heilsversprechenden Kinderwunsch ausgerichtet ist. Und es wird möglich, den pro-natalistischen *bias* in der Ausblendung klassenselektiver, eugenischer und

rassistischer Strategien zu hinterfragen, wenn unmarkiert von Frauen oder Paaren die Rede ist, eigentlich aber nur deutsche Mittelschichten mit 'humanvermögenden' Kindern gemeint sind, Hartz-IV-Empfänger_innen, Migrant_innen oder Menschen mit Behinderung dagegen nicht.

Eine solche Kritik macht es unabdingbar, über eine individualisierende Perspektive auf reproduktive Wahlfreiheit hinauszugehen. Sie erschüttert insofern die Grundfesten dessen, was im hegemonialen Rekurs auf die Familie, aber auch in manchen queer-politischen Zusammenhängen heute en vogue ist und mit fragwürdigen Forderungen nach reproduktionstechnologischen 'Lösungen' untermauert wird, nämlich das 'Recht' auf ein eigenes, am besten 'körperlich' oder 'genetisch' verbundenes Kind als individuelles Projekt. Statt alle Energien und Investitionen in die Kontinuität der eigenen Klassenposition und staatsbürgerlichen Privilegien ins 'eigene' Kind zu stecken, ergibt sich aus einer solchen Kritik, die Modelle des Zusammenlebens zu überdenken und die Grenzziehungen zwischen dem 'eigenen' und den anderen Kindern in Frage zu stellen, also soziale Bezüge, Nahbeziehungen und Zugehörigkeiten breiter zu denken und damit auch rassistische und Klassenschranken zu überschreiten. Anknüpfungspunkte können hier einerseits Bewegungen zu kollektiver Kinderbetreuung sein, andererseits eine vehemente Opposition gegen familienpolitische Ausschlüsse und Hierarchien wie z.B. beim Elterngeld sowie Kämpfe für mehr Ressourcen und eine gesellschaftliche Aufwertung ebenso wie Umverteilung von Sorgearbeit – wiederum jenseits der familiären Grenzen und sozialen Hierarchien. Schließlich geht es, noch umfassender gedacht, um ein Eintreten für globale soziale Rechte.

Eine demografiekritische Perspektive konfrontiert und überschreitet zudem einen Nationalismus, der konstitutiv für den Prozess der Demografisierung ist und nicht nur die Familienpolitik betrifft, sondern auch die Migrationspolitik als zweite Koordinate einer 'gestaltenden' Demografepolitik einbezieht. Auch hier ist es wichtig, die hegemonialen Dichotomien in der Debatte zu überschreiten: Schließlich spielen sich diejenigen Kräfte, die mit demografischem Wissen für eine 'qualifizierte Zuwanderung' eintreten und utilitaristische Strategien einer flexiblen Anwerbung von Hochqualifizierten betonen, und diejenigen Kräfte, die das wieder erstarkende Projekt einer nationalistischen Abschottung vertreten, durchaus gegenseitig in die Hände, wenn sie gemeinsam den Abbau von Asylrechten und Abschiebepolitik für die 'nicht nützlichen' Migrant_innen vertreten.

Für eine linke queer-feministische und antirassistische Politik ist eine explizite Distanzierung von nationalen demografischen Krisendiskursen und Rationalitäten auf jeden Fall dringend nötig. Wie viele Deutsche es in der Zu-

kunft geben könnte und sollte und auch noch mit welchem ‘Humanvermögen’ sie ausgestattet sein werden, sind ‘demografische Probleme’, die bereits in der Problemformulierung zurückgewiesen werden müssen – eine Zurückweisung, die es zudem ermöglicht, an einer antirassistischen und auf globale soziale Rechte ausgerichteten Kritik der Familienform und der Politiken des Kinderbekommens weiterzudenken.

Literatur

- Balibar, Etienne (1992): Die Nation-Form: Geschichte und Ideologie. In: Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel (Hg.): Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg, 107-130.
- BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) (2011): Generatives Verhalten und Migration. Eine Bestandsaufnahme des generativen Verhaltens von Migrantinnen in Deutschland. Berlin.
- Barlösius, Eva (2007): Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Zur Bedeutung der Repräsentationspraxis. In: Barlösius, Eva/Schiek, Daniela (Hg.): Demographisierung des Gesellschaftlichen. Wiesbaden, 9-34.
- Bendix, Daniel/Schultz, Susanne (2015): Bevölkerungspolitik reloaded: Zwischen BMZ und Bayer. In: Peripherie, Jg. 35, Heft 140, 447-468.
- Bertram, Hans et al. (2012): Familienpolitik für Kinder und Eltern. In: Stock, Günter et al. (Hg.), Zukunft mit Kindern, Frankfurt/M., New York, 198-293.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2006): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Siebter Familienbericht. Berlin.
- (2012): Familienpolitik und Fertilität. Demografische Entwicklungen und politische Gestaltungsmöglichkeiten. Monitor Familienforschung 27, Berlin.
- Bourdieu, Pierre (1986): The forms of capital. In: Richardson, J. (Hg.): Handbook of Theory and Research for the Sociology of Education. New York, 241-258.
- Brand, Ulrich (2013): State, Context and Correspondence: Contours of a historical-materialist policy analysis. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 42, Heft 4, 425-442.
- Buckel, Sonja/Georgi, Fabian/Kannankulam, John (2014): Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung. In: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. Bielefeld, 15-86.
- Bujard, Martin (2013): Die fünf Ziele des Elterngelds im Spannungsfeld von Politik, Medien und Wissenschaft. In: Zeitschrift für Familienforschung, Jg. 25, Heft 2, 132-153.
- Butterwegge, Christoph/Bosbach, Gerd/Birkwald, Matthias (2012): Armut im Alter – Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung. Frankfurt/M., New York.

- Destatis (Statistisches Bundesamt) (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060, 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.
- (2015): Bevölkerung Deutschlands bis 2060, 13. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.
- Dethloff, Nina (2016): Gleichgeschlechtliche Paare und Familiengründung durch Reproduktionsmedizin. Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Deutscher, Penelope (2012): Foucault's History of Sexuality. Volume 1: Re-Reading its reproduction. In: *Theory Culture and Society*, Jg. 29, Heft 1, 119-137.
- Foucault, Michel (1983): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1*. Frankfurt/M.
- (2001): In *Verteidigung der Gesellschaft*. Frankfurt/M. Vorlesung vom 17. März 1976, 282-311.
- Fürnkranz-Prskawetz, Alexia et al. (2012): Demographische Analyse der Fertilitätsentwicklung. In: Stock, Günter et al. (Hg.): *Zukunft mit Kindern*. Frankfurt/M., New York, 116-197.
- Ginsburg, Fayne D./Rapp, Rayna (1995): Introduction. In: Ginsburg, Fayne D./Rapp, Rayna (Hg.): *Conceiving the new world order: the global politics of reproduction*. Berkeley, Los Angeles, 1-18.
- Goldstein, Joshua R. et al. (2012): Gibt es eine Trendumkehr in der Kinderzahl nach Geburtsjahrgängen in Deutschland? Working Paper des Berliner DemografieForum, Ausgabe 4, Berlin.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2003): Gouvernamentalität und die Ethnisierung des Sozialen. In: Pieper, Marianne/dies. (Hg.): *Gouvernamentalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault*. Frankfurt/M., New York, 161-178.
- Hajek, Katharina (2013): Familienduell. Von der politischen Regulierung und den Kämpfen um Familie. In: *Prokla*, Jg. 43, Heft 4, 519-537.
- Harvey, David (2001): Population, resources and the ideology of science. In: Harvey, David (Hg.): *Spaces of Capital: Towards a Critical Geography*. Edinburgh, 38-67.
- Hendrixson, Anne (2016): 'Population Control is not History'. Paper presented at Conference 'Old Maps, New Terrain: Rethinking Population in an Era of Climate Change'. Amherst (27.-29. Mai 2016).
- Hummel, Diana (2000): *Der Bevölkerungsdiskurs. Demographisches Wissen und politische Macht*. Opladen.
- Kahlert, Heike (2007): Demographische Frage, „Qualität“ der Bevölkerung und pronatalistische Politik – ungleichheitssoziologisch betrachtet. In: *Prokla*, Jg. 37, Heft 146, 61-76.
- Karakayali, Juliana/zur Nieden, Birgit (2013): Rassismus und Klassen-Raum. Segregation nach Herkunft an Berliner Grundschulen. In: *sub-urban*, Heft 2, 61-78.
- Kemper, Andreas (2016): Geschlechter- und familienpolitische Positionen der AfD. In: Kastrup, Wolfgang/Kellerhohn, Helmut (Hg.): *Rechte Wut- und Hassbürger im Kulturkampf*. Münster, 147-161.

- kritnet (2016): Offener Brief in Reaktion auf CfP „The Fertility of Migrants and Minorities“. online: <http://kritnet.org/2016/demografie-und-rassismus/?from=aufrufe> (Zugriff 21.12.2016).
- Lemke, Thomas/Krasmann, Susanne/Bröckling, Ulrich (2000): Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologie. In: Dies. (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart*, Frankfurt/M., 72-109.
- Lettow, Susanne (2015): Population, race and gender: On the Genealogy of the modern politics of reproduction. In: *Distinktion*, Jg. 16, Heft 3, 267-282.
- Messerschmidt, Reinhard (2014): „Garbled demography“ or „Demographization of the social“? A Foucaultian Discourse Analysis of German Demographic Change at the Beginning of 21st Century. In: *Historical Social Research*, Jg. 39, Heft 1, 299-335.
- Mezzadra, Sandro/Neilson, Brett (2013): *Border as Method, or the Multiplication of Labour*. Durham.
- Nair, Sumati (1989): *Imperialism and the Control of Women's Fertility. New Hormonal Contraceptives. Population Control and the WHO*, Arnhem.
- Nowak, Jörg (2009): *Geschlechterpolitik und Klassenherrschaft. Eine Integration marxistischer und feministischer Staatstheorien*. Münster.
- Prognos (2014): *Gesamtevaluation der che- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen in Deutschland*. Auftraggeber BMF und BMFSFJ, Berlin.
- Schmidt, Renate (2001): *Familienpolitik für das 21. Jahrhundert*. In: Leipert, Christian (Hg.): *Familie als Beruf: Arbeitsfeld der Zukunft*. Opladen, 119-127.
- Schreiner, Patrick (2013): *Die „Nation“ als neoliberale Existenzgemeinschaft : gescheiterte Heilslehren, gebrochene Versprechen und ökonomisch-soziale Krisen*. In: Friedrich, Sebastian/ders. (Hg.): *Nation-Ausgrenzung-Krise: kritische Perspektiven auf Europa*. Münster, 43-52.
- Schultz, Susanne (2006): *Hegemonie, Gouvernementalität, Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik*. Münster.
- (2015a): *Kinderwunsch-Ökonomie und Kinderwunsch-Verstaatlichung*. In: *Kitchen Politics* (Hg.): *Sie nennen es Leben, wir nennen es Arbeit. Biotechnologie, Reproduktion und Familie im 21. Jahrhunderts*. Münster, 106-126
- (2015b): *Reproducing the nation: the new German population policy and the concept of demographization*. In: *Distinktion. Scandinavian Journal of Social Theory*, Jg. 16, Heft 3, 337-361.
- (2016): *Die zukünftige Nation. Demografisierung von Migrationspolitik und neue Konjunkturen des Rassismus*. In: *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung*, Jg. 2, Heft 1, 117-138.
- Spieß, Katharina (2012): *Zeit, Geld, Infrastruktur und Fertilität: Befunde empirischer Mikrostudien und was wir daraus lernen können*. In: Bertram, Hans/Bujard, Martin (Hg.): *Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik*. Baden-Baden, 321-336.
- Stoler, Anne L. (1995): *Race and the Education of Desire: Foucault's History of Sexuality and the Colonial Order of Things*. Durham.

- Tellmann, Ute (2013): Catastrophic Populations and the Fear of the Future: Malthus and the Genealogy of Liberal Economy. In: *Theory Culture Society*, Jg. 30, Heft 2, 135-155.
- Wagenmann, Uta (2013): Demografiestrategie und In-vitro-Fertilisation. In: *Genethischer Informationsdienst*. Heft 217, 13.

Christa Wichterich

Zur transnationalen Rekonfiguration von (Re-)Produktion durch Leihmutterschaft Biopolitiken, Reproduktionsindustrie und Subjektweisen

Einleitung

Leihmutterschaft als neuer Modus der (Re-)Produktion ist ein transnational arangiertes und international heftig umstrittenes Feld. Die Leihmutter als (Re-)Produzentin von Kindern ist die Schlüsselfigur in einem komplexen Markt und agiert an einer Schnittstelle zwischen drei Machtregimen, zum einen nationalstaatlicher Bevölkerungs- und Biopolitik sowohl auf der Seite der Leihmutter als auch auf der Seite der Auftraggebenden, zum zweiten transnationaler Bioökonomie und Reproduktionsindustrie und drittens Geschlechter- und Reproduktionsordnungen auf beiden Seiten (Wichterich 2015). Diese unterschiedlichen Machtregime sind integral verflochten und schließen eine Vielzahl unterschiedlicher Akteur_innen mit eigensinnigen Logiken und Zielorientierungen ein, was ambivalente, ja widersprüchliche soziale Verhältnisse, Narrative und Subjektivitäten zur Folge hat.

(Re-)Produktion und der Bezug auf den eigenen Geschlechtskörper sind Teil gesellschaftlicher Natur- und Körperverhältnisse, eine „natureculture“, eine gleichursprüngliche Verbindung von Natur und Kultur (Haraway 2003:1). (Re-)Produktion und (re-)produktive Arbeit sind zum einen Voraussetzung für kapitalistische Produktions- und Akkumulationsverhältnisse, zum anderen sind sie aber auch Teil und Objekt kapitalistischer Verwertung.

Der folgende Beitrag versteht sich als raum- und zeitdiagnostische Analyse, die nach theoretischen Zugängen zum Phänomen Leihmutterschaft aus politökonomisch-kapitalismuskritischer, intersektionaler und arbeitstheoretischer Perspektive sucht. Im Zentrum steht die Empirie der Leihmutterschaft in Indien, weil dort die Industrialisierung und Normalisierung von transnationaler Reproduktion mithilfe von Leihmüttern weit fortgeschritten ist und 14 Jahre lang ein boomender Sektor war.¹

1 Empirische Grundlage der folgenden Ausführungen sind drei Arten von Quellen: a) als Textquellen vor allem die ethnographischen Studien von Amrita Pande, Sama,

Der Prozess der Leihmutterschaft ist Neuland für einen Versuch, marxistisch-ökonomische Begrifflichkeit mit feministischen und intersektionalen Konzepten als machtkritische Methode zu verbinden. Im Zentrum der folgenden explorativen Analyse stehen die verschränkten Dynamiken von politischen, ökonomischen und sozio-kulturellen Machtkomplexen und wie verschiedene Kategorien sozialer Ungleichheit soziale Praktiken und die Subjektweisen indischer Leihmütter bestimmen. Eine leitende Frage ist, wie das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung und der Kinderwunsch der einen durch eine In-Wert-Setzung und die Indienstnahme anderer Geschlechtskörper und (re-)produktiver Arbeit herrschaftsförmig realisiert werden.

Im Folgenden werden zunächst die Triebkräfte und Mechanismen für die Ökonomisierung von (Re-)Produktionsverhältnissen auf transnationalen, technowissenschaftlich geprägten Märkten analysiert und sodann die Wirkmächtigkeit von Marktprinzipien in Bezug auf die Körper der Vertragsmütter und den Prozess der Leihmutterschaft. Dabei wird Arbeit als Schlüsselkategorie zum Verständnis von Leihmutterschaft angewendet, um auf die Frauen als Handlungssubjekte und die Entwicklung neuer Subjektivitäten zu fokussieren. Diese Perspektive bestimmt auch die Einschätzung des Verbots kommerzieller Leihmutterschaft, das die hindu-identitäre Regierung 2016 verkündet hat. Abschließend richtet sich der Blick auf die Zukünfte transnationaler Reproduktion im Licht neuer nationalstaatlicher Biopolitiken und aktueller Verschiebungen auf den asiatischen Repromärkten.

Reproduktionstechnologien und Biopolitik als Triebkräfte von (Re-)Produktion

Seit der Geburt des ersten 'Retortenbabys' im Jahr 1978 hat sich das Narrativ, dass Reproduktion menschlichen Lebens technisch machbar ist, zu einem Diskurs über ein gefühltes Recht auf ein eigenes und ein gesundes Kind erweitert und damit den Kinderwunsch neu konfiguriert (Arditti/Duelli Klein/Minden 1985;

Kalindi Vora und Sharmila Rudrappa, b) Filmmaterial, nämlich vier lange Dokumentarfilme: „Google Baby“ (2009) von Zippi Brand Frank über die transnationalen Vermittlungsaktivitäten eines Agenten für schwule israelische Paare; „Made in India“ (2010) von Rebecca Haimoutz und Vaishala Sinha; „Ma Na Sapna. A Mother's Dream“ (2013) der Schweizer Filmemacherin Valerie Gudenus; „Can we see the baby bump, please“ (2013) von Surabhi Sharma; 20 kurze Dokumentarfilme, Werbespots für Agenturen und Kliniken sowie zwei Talkshows in indischen Fernsehsendern und c) drei eigene Interviews mit indischen Reproduktionsmediziner_innen.

Corea 1990 und Kontos in diesem Band). In diesem Kontext wurde zunächst die Unfruchtbarkeit von Frauen neu entdeckt und definiert (Orland 2001). Gleichzeitig ging der Diskurs über In-Vitro-Fertilisation als technische Bewältigung des Stigmas der Kinderlosigkeit hinaus; einerseits in Richtung einer Optimierung der Reproduktion z.B. durch Prä-Implantationsdiagnostik und *Social Freezing*, andererseits in Richtung vielfältiger Bedürfnisse nach einem Leben mit Kindern, sozialen Bindungen und neuen Familienformen als Sehnsuchtsorten. Geschlecht und Körper, Wünsche und Bedürfnisse konnten mithilfe der Reproduktionstechnologien neu imaginiert und formiert werden. Die neuen *Technoscapes* schaffen nicht nur *Dreamscapes* für den Kinderwunsch, wo Reproduktionskulturen nicht mehr an einen Ort gebunden sind (Appadurai 1996), sondern auch reale Möglichkeiten und Märkte (Sama 2010).

Der epistemische Hintergrund für die Reproduktionstechnologien als Instrument der Moderne ist die Emanzipation von der Natur und von der hegemonialen *natureculture* von Reproduktion. Ziele sind ein gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis über die geschlechtskörperliche Natur und aus queerer Perspektive eine individuelle Befreiung von der vermeintlich natürlichen, heterosexuellen Ordnung biologischer Reproduktion und den entsprechenden sozialen Normen. Feministische Diskurse über Leihmutterchaft bewegen sich zwischen ökofeministischer Ablehnung von Reproduktionstechnologien, Kommodifizierung und Medikalisierung des Frauenkörpers einerseits und andererseits den technikoptimistischen Gestaltungs- und Emanzipationsansprüchen gegenüber der Reproduktion jenseits biologischer Beschränkungen und queeren Perspektiven, die gesellschaftliche Normierungen und Binaritäten unterlaufen und Reproduktionsoptionen jenseits von Sexualität und des eigenen Geschlechtskörpers eröffnen wollen (Mamo 2007). Das Dilemma liegt darin, dass die Reproduktionstechnologien längst Teil der neuen Bioökonomie als einem kapitalistischen Verwertungszusammenhang sind, der immer neue Angebote macht, den Kinderwunsch markt- und konsumförmig zu realisieren.

Konstitutive Faktoren für diese Märkte sind nationale Politiken oder die Abwesenheit von staatlicher Regulierung. Staaten konstruieren biopolitische Macht, indem sie durch Regeln und Gesetzgebung die biomedizinische Forschung und reproduktionstechnologische Vermarktung regulieren und durch Biopolitiken Bevölkerung, Reproduktion und Geschlechtskörper kontrollieren und steuern. Bio- und Bevölkerungspolitiken spiegeln Auseinandersetzungen, Dilemmata oder auch Kompromisse bezüglich hegemonialer demographischer und Reproduktionsregime. Nationalstaaten formulieren unterschiedliche Gesetze und Regularien gemäß vorherrschender reproduktiver Kulturen und Wertekodexe und

ändern sie entsprechend. Dadurch entstand in den vergangenen Jahrzehnten eine Topographie von Geboten und Verboten, die sich je nach Veränderungen in nationalstaatlicher Gesetzgebung verschiebt (Waldby 2012; Sama 2010). Systemisch verflochten mit strukturell rassistischen und nekolonialen Machtverhältnissen zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden bzw. Osten waren diese nationalen Regulierungen Rahmenbedingung für die Transnationalisierung der Reproduktionsindustrie, die Entstehung und Verlagerung von Märkten sowie einen entsprechenden Fruchtbarkeitstourismus. Das Resultat sind politökonomisch konfigurierte, transnationale Reproduktions'spaces' und -ketten.

In Indien ist das hegemoniale Reproduktionsregime durch patriarchale und soziale Selektionsmechanismen sowie quantitative Normierung gekennzeichnet, nämlich zum einen durch die Präferenz für Söhne und zum zweiten durch antinatalistische Familienplanungsprogramme gegenüber subalternen Bevölkerungsgruppen wie Dalits, Muslimen und Adivasi (Indigene). Bereits seit den 1970er-Jahren wandte die Regierung, oft unterstützt von westlichen und internationalen Bevölkerungskontrollinstitutionen, autoritäre, gewaltförmige und durch ein Bonus- und Strafsystem ökonomisierte Methoden der Geburtenkontrolle an, vor allem durch Sterilisationen in Laproskopie-Camps, die den Frauen die Kontrolle über das Kinderkriegen entziehen (Rudrappa 2015: 25).

Ebenfalls bestätigte der Staat die Pathologisierung von Unfruchtbarkeit im indischen Reproduktionsregime, indem er bereits seit Ende der 1970er-Jahre In-Vitro-Fertilisation unterstützte und damit auch sein biowissenschaftliches Image betonte. Er vergab in der Folge Lizenzen an 3000 Reproduktionskliniken und ließ Leihmutterschaft zu (Pande 2014: 26). Mit der Leihmutterschaft wird die Fruchtbarkeit subalternen Frauen und die (Re-)Produktivität ihres Körpers, die der Staat ansonsten zu unterbinden sucht, von einem Risikofaktor zu einer wertvollen Ressource in einer Wachstumsbranche umgedeutet. Als die indische Reproduktionsindustrie sich zur Boombranche entwickelte, förderte der Staat sie als medizintouristisches Ziel und als Exportsektor mit Steuer- und Zollvergünstigungen (Sama 2012).

Ökonomisierung der (Re-)Produktion auf transnationalen Märkten

Die eigensinnige Handlungslogik, mit der Wunschertern sich auf Reproduktionsmärkten bewegen, ist das Begehren nach einem genetisch eigenen Kind und nach Sorgerechten als Besitz- und Kontrollrechten. Mit der Entnaturalisierung der biologischen Reproduktion durch die neuen Technologien korrespondiert bizarrer Weise eine Renaturalisierung des Kinderwunsches und die Konstruktion

eines Rechts auf ein eigenes Kind. Dieses Begehren und der Ausbau der Reproduktionsindustrie werden diskursiv gerahmt durch alarmistische Prognosen über das Aussterben der Weißen Bevölkerung im Globalen Norden und durch pronatalistische Politiken nationalistischer Regierungen als Antwort auf Immigration.

Aus polit-ökonomischer Perspektive findet durch die Praxis der Leihmutterchaft eine weitere Expansion von kapitalistischen Marktprinzipien in bisher nicht marktförmige Bereiche, eine Landnahme von lange als privat, intim und fern jeder privatwirtschaftlichen Verwertung wahrgenommenen lebensweltlichen und sozio-biologischen Prozessen, eine Kolonisierung des 'Anderen' statt (im Anschluss an Rosa Luxemburg siehe Werlhof/Mies/Bennholdt-Thomsen 1983; Dörre/Lessenich/Rosa 2009: 21-87). Der medizin- und reproduktionsindustrielle Komplex wirkt als treibende Kraft dafür, die Kommerzialisierung und Kommodifizierung tief in die Körper zu verschieben und damit die Funktionsprinzipien des Marktes in die „Bewirtschaftung der Körper“ und Produktion von Leben hinein zu verlängern (Lettow 2012). Dies vollzieht sich über eine zunehmende Medikalisierung der stofflich-körperlichen Reproduktion und durch einen Zuwachs an Kontrolle und reproduktionstechnischer Intervention in den Körper. Die Bioökonomie setzt Körpermaterialien und körperliche Prozesse auf Grundlage von Bio- und Lebenswissenschaften an der Schnittstelle zwischen Produktion und Reproduktion in Wert (Lettow 2015). Biotechnologien ermöglichen die Aufspaltung und Fragmentierung von körperlich und sozial verflochtenen Prozessen wie die Befruchtung von Eizellen unter naturwissenschaftlichen Laborbedingungen (Giminez 2001: 657). Um warenförmig gehandelt werden zu können, müssen einzelne Substanzen oder Prozesse isoliert und verdinglicht werden (Gupta/Richters 2008: 140). Bioindustrielle Wertschöpfungsketten und transnationale Netzwerke werden für die Zulieferung der notwendigen Ressourcen, nämlich von Stammzellen, Eiern und Samen, aufgebaut, um Kinder und Eltern zu schaffen (Waldby/Mitchell 2006; Jong/Tkach 2009; Sama 2012; Sarojini 2014). Dazu gehört die „Rohstoffisierung“ (Villa 2013) von Frauenkörpern durch den verwertungsorientierten Bezug auf Biosubstanzen und Körperstoffe (Floyd 2014), die im techno-wissenschaftlichen Kapitalismus das Biokapital darstellen (Rajan 2009).

Die Abspaltung von Körpermaterie und die technowissenschaftliche Medikalisierung sind auch Voraussetzungen für Leihmutterchaft: Befruchtung, Schwangerschaft, Geburt und Mutterschaft werden in einen taylorisierten arbeitsteiligen Prozess zerlegt (Gupta/Richters 2008; Sarojini 2014). Vermittlungsagenturen oder Reproduktionskliniken, in einigen Fällen auch Leihmütter selbst, bieten den Frauenkörper als Gefäß für den Embryo anderer genetischer Eltern an. Damit

stellt Leihmutterschaft eine Form von Ressourcen- und Sorgeextraktivismus durch die Industrie wie auch durch die Auftraggeber_innen dar. Beide Formen von Extraktivismus, der Materie und der lebendigen Arbeit, sind Grundlagen kapitalistischer Verwertung (Wichterich 2016). Wie Bioressourcen werden auch Sorgeressourcen als grenzenlos verfügbar unterstellt und angeeignet.

Der Auftrag der Besteller:innen und der (Re-)Produktionsprozess durch die Leihmütter werden durch zunehmend komplexe unternehmerische Akteursnetzwerke realisiert, bestehend aus lokalen und transnationalen Vermittlungsagenturen, Märkten für die notwendigen Bioressourcen wie Eizellen und Sperma, Logistikunternehmen, die diese in Kältekettens transportieren, Kliniken mit Reproduktionstechnologien und professionellem Personal, der Pharmaindustrie, der Tourismusindustrie mit Reisen, Unterkünften und Sightseeing für die Besteller:innen, Rechtsanwaltskanzleien, die bezüglich der Ausstellung von Geburts- und Adoptionsurkunden, Staatsbürgerschaft und Reisedokumenten beraten, und Agent_innen, die lokal neue Leihmütter rekrutieren (Sama 2012; Sarojini 2014). Die Expansion des indischen Marktes führte zu mehr Konkurrenz und zunehmender Informalisierung mit z.B. Rikschafahrern als Vermittlern.

Der komparative Vorteil von Indien, dem bisher – neben den USA – führenden Markt für Leihmutterschaft, besteht in den preiswerten Arbeitskräften, vor allem Leihmütter, bei gleichzeitig hohem medizin-technischem Niveau und geringer politischer Regulierung. Genau dies sind – aus neoliberaler globalisierter Marktperspektive – die Rahmenbedingungen für eine multiple *win-win*-Situation.

Offizielle Statistiken sind nicht verfügbar, doch – entsprechend unterschiedlicher Quellen – wird die Zahl der im vergangenen Jahrzehnt auf Bestellung in Indien geborenen Babys auf 25 000 geschätzt, die Einkünfte der Branche werden auf jährlich ca. 450 Millionen US-Dollar beziffert. 80 Prozent der Besteller:innen sollen aus dem Ausland kommen. Der Preis für Prozess und Produkt beträgt mit 30-40 000 US-Dollar nicht einmal die Hälfte des Preises in den USA. Das ermöglicht auch Wunscheltern aus unteren Mittelschichten im Globalen Norden, ihr Kinderbegehren zu realisieren, teils mit Entbehrungen und Verschuldung.

Der vertraglich festgelegte Preis für die Leihmutter variiert je nach Standard der Klinik und der Agenturen und je nach Klasse/Kaste und Religionszugehörigkeit der Frau zwischen 7 500 US-Dollar in renommierten Kliniken und 2000 US-Dollar für eine Muslimin in den Slums von Mumbai, die nicht während der gesamten Schwangerschaft in einem Wohnheim betreut wird. Eine Rate wird zu Beginn gezahlt, eine zweite nach dem erfolgreichen Embryotransfer und der größte Teil der vereinbarten Entlohnung nach der Entbindung.

Marktvertrag zwischen Kontrolle über den Körper und der Fiktion eines Geschenks

Auf den indischen Reproduktionsmärkten werden der (Re-)Produktionsprozess und das Recht am Kind durch einen Vertrag zwischen den Bestelletern, der Leihmutter und der Klinik oder Vermittlungsagentur geregelt. Der Vertrag bringt Leihmutterschaft in die Marktform einer Dienstleistung und unterstellt die Entscheidungsfreiheit und 'informierte Zustimmung' aller Unterzeichnenden. Er regelt den temporären Ressourcen- und Sorgeextraktivismus in komplexen Ungleichheitsverhältnissen.

Der Vertrag setzt die Leihmutter als Eigentümerin ihres Körpers voraus, über den sie frei unternehmerisch verfügen und ihn als Produktionsmittel nutzen kann. Diese marktförmige Sicht auf den eigenen Körper als individuelles Besitzverhältnis und auf Frauen als potentiell freie Vertragspartnerin und Vermieterin ihrer Fortpflanzungsorgane steht im Widerspruch zu den sozio-kulturellen Kontexten in Armutsverhältnissen in Indien. Die Lebenswelten indischer Leihmütter mit strukturellen Gewalt-, Diskriminierungs- und patriarchalen Machtverhältnissen lassen in der Regel wenig Spielräume für individuelle Selbstbestimmung, Wahlfreiheit und (Ver-)Handlungsmacht (Gupta/Richters 2008; Majumdar 2014; Pande 2014; Nadimpally et al. 2016). Eine wirklich informierte, d.h. wissensbasierte Zustimmung der Leihmutter ist auch aufgrund des großen Gefälles zwischen ihrem reproduktiven Erfahrungswissen und dem reproduktionstechnologischen Biowissen meist eine Illusion.

Bei der gestationalen Leihmutterschaft, bei der die Leihmutter nicht die genetische Mutter ist, ist die Eigentumsfrage vom (Re-)Produktionsprozess getrennt und vereindeutigt. Mit der Vertragsunterzeichnung verzichten Leihmütter nicht nur auf das Besitz- und Sorgerecht für den in ihrem Körper gewachsenen Embryo. Vielmehr treten sie mit der Verpflichtung zu Hormon- und Medikamentenbehandlung, häufigen Kontrolluntersuchungen und pränataler Diagnostik auch das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper und den (Re-)Produktionsprozess ab (Wadekar 2011). Die Auftragsarbeit ist prekär, weil temporär, ungeschützt und jeglicher Kontrolle und Einflussnahme der Leihmutter entzogen. Sie darf den Vertrag nicht durch Abtreibung beenden. Im Falle einer Fehl- oder Totgeburt geht sie meist leer aus.

Die Marktnormen von Effizienz und Konkurrenz bestimmen den materiellen (Re-)Produktionsprozess. In Indien werben Kliniken häufig mit einer Erfolgsquote von 60 Prozent beim Embryotransfer, obwohl der Durchschnitt allgemein bei 30 Prozent liegt (Sarojini 2014: 105). Zur Absicherung und Optimierung der

Schwangerschaft werden die Frauenkörper durch ständige Hormon- und Medikamentengabe präpariert und vor allem während der neunmonatigen Kasernierung in einem Wohnheim-Klinik-Komplex kontinuierlich medizinisch kontrolliert. Meist werden fünf Embryonen implantiert, um die Chance auf eine Schwangerschaft zu erhöhen. Kommt es zu Zwillings- oder Drillingsschwangerschaften, werden je nach Wunsch der Besteller*innen ein oder zwei Föten abgetrieben. Die Leihmütter werden vorab oft weder über die Embryo-„Reduktion“ noch über die Form der Entbindung informiert (Pande 2015: 106). Größere Kliniken planen die Entbindung mehrerer Leihmütter durch Kaiserschnitt für Termine, zu dem die Besteller*innen anreisen können, auch *cutting days* genannt. Die Leihmütter sollen das Neugeborene nach der Geburt nicht sehen, um die Verdinglichung und Entfremdung zwischen der Mutter-Produzentin und dem in Auftrag gegebenen und bezahlten Körperprodukt, dem Kind zu vollstrecken. Einige genetische Mütter dürfen die Nabelschnur abschneiden und damit aktiv die Trennung des Kindes von der Gebärenden vollziehen.

Den Besteller*innen werden nicht nur günstige Package-Deals mit Tourismus und Rechtsbeistand angeboten, sondern auch Risikominderungs- und Sharing-Vorschläge gemacht, die den Preis reduzieren: Wunschmütter bekommen einen Discount, wenn sie nicht genutzte Eizellen abgeben.

Eine Serie von rechtlichen und ethischen Konflikten über das Sorgerecht zeigt die asymmetrischen Machtstrukturen in diesem Vertragsverhältnis und Kämpfe um das Kind. In zwei berühmt gewordenen Fällen forderte 1986 und 1993 in den USA eine genetische und eine afroamerikanische gestationale Leihmutter die Babys kurz nach der Geburt von den weißen Besteller*innen zurück; in beiden Fällen sprachen Gerichte den genetischen Vätern das Sorgerecht zu (Markens 2007: 20ff., 46ff.). Die skandalisierten Sorgeansprüche der Leihmütter förderten die Verbreitung der gestationalen Vertragsmutterchaft, die das Eigentumsverhältnis gen-biologisch klärt, weil die Leihmutter nicht die genetische Mutter ist.

Eine andere Reaktion auf diese Ereignisse war, dass sich in den USA Frauen als Leihmütter mit dem rein altruistischen Motiv, unfruchtbaren und kinderlosen Paaren zu helfen und aus Begeisterung über die körperliche Erfahrung von Schwangerschaft und Geburt anboten. Seitdem ist in den USA das Narrativ einer Geschenkökonomie, nämlich Leihmutterchaft aus Solidarität und Schwesterlichkeit, weit verbreitet. Diese Umdeutung der markt- und lohnarbeitsförmigen (Re-)Produktion durch einen altruistischen Diskurs stellt eine moralisierende Umgangsform mit dem Unbehagen an der Kommerzialisierung dar (Teman 2010: 238ff.). Die für die Dienstleistung gezahlte Entlohnung heißt deshalb im Vertrag lediglich Kompensation.

Kinder- und Elternproduktion als imperiale Lebensweise

Das Verhältnis zwischen Bestelleltern aus dem Globalen Norden und Leihmüttern aus dem Globalen Süden ist nicht nur ein vergeschlechtlichtes, sondern auch ein klassifiziertes, rassifiziertes und neokoloniales Machtverhältnis. Trotzdem geht es wegen seiner Kontingenz, vieler Ambivalenzen und Widersprüche nicht vollständig in einem Ausbeutungsverhältnis zwischen Reichen und Armen auf (Pande 2014; Nadimpally/Banerjee/Venkatachalam 2016).

Abhängigkeit wie auch Hilfsbereitschaft lassen sich im Verhältnis zwischen den Wunscheltern und der Leihmutter reziprok konstruieren. Aus der Perspektive des Begehrens nach einem eigenen Kind sind die kinderlosen Auftraggeber_innen die Bedürftigen, Notleidenden, oft Verzweifelten, weil vorausgegangene Versuche der Elternschaft nicht erfolgreich waren, während die Leihmütter über die begehrten Bioressourcen und Kapazitäten verfügen. Das Machtverhältnis zwischen den genetischen Müttern und den Leihmüttern bewegt sich zwischen den Polen von Nähe und Distanz, Emotionalisierung und Kommodifizierung. Auftraggeber_innen dürfen in Indien oft eine aus mehreren potentiellen Leihmüttern auswählen. Einige Bestellmütter empfinden ein starkes Unbehagen mit dem kommerziellen Auslagerungsarrangement und schnallen sich Kissen auf den Bauch, um in ihrem sozialen Umfeld eine Schwangerschaft vorzutäuschen. Andere versachlichen den Bezug auf die Leihmutter durch die Reduktion auf ein Lohnarbeitsverhältnis: „These women do not want my child. They want my money. That’s fine for me!“² Die Legende, dass die Entlohnung indische Frauen und ihre Familien aus Armutsverhältnissen befreien kann, wertet die vergleichsweise geringe Bezahlung auf und konstruiert die Auftraggeber_innen als Wohltäter_innen gegenüber den Armen.

Der gesamte Prozess konstruiert gleichzeitig soziale Mutter- und Elternschaft (Thompson 2005; Teman 2010; Vora 2013: 99): Gratulation zur Schwangerschaft und Ultraschallaufnahmen des Embryos sind Identifikationsangebote, vermitteln Teilhabe am Erlebnis von Schwangerschaft und materieller Subjektwerdung des Embryos und schaffen gleichzeitig eine Beherrschbarkeitsfiktion. Manche genetische Eltern dürfen die Entbindung aus kleiner Distanz filmen.³

Der Rückgriff auf die Serviceleistung der Leihmuttertschaft als entlohnte verkörperlichte Arbeit unter Indienstnahme von Körperressourcen ist eine Form von Sorge- und Ressourcenextraktivismus durch Paare aus den globalen Mittelschichten und Teil ihrer „imperialen Lebensweise“ im Rahmen struktureller

2 PBS News Hour, 5.8.2011

3 Future Baby (2016), österreichischer Dokumentarfilm von Maria Arlamovsky.

Herrschaftsverhältnisse (Brand/Wissen 2017). Sie bedeuten eine neue Stratifizierung von Reproduktion mit neo-eugenischen Elementen (Pande 2014: 104-128) und rekonstruieren soziale Ungleichheiten zwischen Frauen bei gleichzeitig temporären Klassen-/Kastenkompromissen sowie ethnischen und neokolonialen Kompromissen.

Bei der Abnahme der bestellten Babys und der Festlegung der Staatsbürgerschaft der Neugeborenen kommt es immer wieder zu Konflikten. Australische Bestelletern nahmen einer thailändischen Leihmutter Baby Gammy nicht ab, weil er am Down-Syndrom litt. Der indische Staat weigerte sich monatelang, Baby Manji an seinen genetischen japanischen Vater zu übergeben, weil er sich nach der Auftragserteilung von seiner Frau hatte scheiden lassen; Leihmutter-schaft wurde damit als Verhältnis zwischen Frauen unterstellt (Pande 2014: 14; Nadimpally/Banerjee/Venkatachalam 2016: 7). In Indien sind die Neugeborenen keine indischen Staatsbürger_innen, sondern es wird erwartet, dass sie die Staatsbürgerschaft der genetischen Eltern bekommen. In Israel ist dies der Fall, in Deutschland, Österreich und der Schweiz aber nicht. Den von Leihmüttern ausgetragenen Kindern deutscher Bestellpaare verweigert der deutsche Staat einen Reisepass und damit die Staatsbürgerschaft, weil Leihmutter-schaft in Deutschland verboten ist. Das Visumsformular der indischen Botschaft in Deutschland enthält eine entsprechende Warnung. In einigen Fällen wurde vor Gericht allerdings ein Kompromiss durch eine Adoption ausgehandelt.

Leihmutter-schaft als Arbeit und Selbst-Unternehmertum

In der Forschung zu Leihmutter-schaft in Indien fällt ein Perspektivwechsel von ethischen und polit-ökonomischen Ansätzen zu einer Fokussierung auf Arbeit und Subjektweisen der Leihmütter auf. Derzeit stehen Leihmütter als Handlungs-subjekte im Zentrum des ethnographischen, sozialwissenschaftlichen und reproduktionstheoretischen Forschungsinteresses. Durch die körperlich-materiellen Prozesse der Vorbereitung auf den Embryotransfer, die Schwangerschaft und die Entbindung entstehen neue soziale und bio-stoffliche Praktiken von Mutter-schaft. Die Leihmütter stellen neue Subjektweisen als Grenz-gängerinnen zwischen Produktion für jemand anderen und biologischer Reproduktion her, zwischen einer kommerziellen und marktvertraglichen Rationalität und intim körperlich Privatem, emotional und moralisch aufgeladenem Handeln. Diese Tätigkeiten sind weder mit den konventionellen marxistischen Kategorien von Lohnarbeit, Ware und Verwertung (Floyd 2014) adäquat zu fassen, noch mit den neoklassischen Kategorien von Wahl- und Vertragsfreiheit, den eigenen Körper

als Produktionsmittel zu nutzen, Körperraum zu vermieten und den ausgelagerten Prozess der Lebensproduktion als Dienstleistung für andere auszuführen (Waldby/Cooper 2008: 67; Vora 2013: 100).

In der Selbstwahrnehmung indischer Leihmütter tauchen häufig vitalistische und energetische Vorstellungen zum (Re-)Produktionsprozess auf. Viele nehmen die materielle Produktivität ihres Körpers als Machtressource wahr, eine der wenigen, über die sie verfügen, und sind stolz auf das heranwachsende Kind als ihrem eigenem Körperprodukt: „They just gave the eggs but all the blood, all the sweat, all the effort is mine“ (Pande 2015: 8).

Das pragmatische Argument von Waldby und Cooper (2015: 59f.) für die Anerkennung dieser Prozesse als Arbeit ist, dass sie tatsächlich marktförmig verausgabt wird und darauf politisch und rechtlich reagiert werden muss. Es handelt sich um Formen „klinischer“, „reproduktiver“ und „regenerativer“ Arbeit ähnlich der Zulieferarbeit von reproduktiven Geweben und Körpermaterial für das Medizin- und Reproduktionsbusiness (Waldby/Cooper 2008: 59f.; dies. 2010: 9f.). Kalindi Vora (2013: 98) betrachtet sie als ausgelagerte Sorgearbeit, mit erheblichen affektiven Anteilen und einer Kommodifizierung von „lebendiger Energie“ in einem „Prozess des Werdens“, nämlich zum einen wird der eigene Körper zu einem schwangeren, nährenden und gebärenden Leib gemacht, zum anderen wird ein Körperprodukt Kind hergestellt. Die Produktion von Menschenleben ist soziales Handeln und eine Praxis von Wertschöpfung. Schwangerschaftsarbeit bedeutet, die Menschwerdung einer anderen Person im eigenen Körper zu akzeptieren und tätig zu unterstützen. Deswegen werden die Leihmütter zu einer vorübergehenden Emotionalisierung aufgefordert, nämlich eine verantwortliche, fürsorgliche Haltung gegenüber dem Embryo zu entwickeln, zum Wohl des Kindes häufige Medikamentengabe und Kontrolluntersuchungen über sich ergehen zu lassen und Diät zu essen. Es gehört zu den Routinisierungsstrategien, dass die Frauen angehalten werden, wie im normalen Familienleben regelmäßig für eine erfolgreiche Schwangerschaft zu beten und Willkommensrituale für das Kind durchzuführen.

Arlie Hochschild (2012: 29ff.) sieht „emotionale Arbeit“ vor allem darin, dass die Frauen aufkommende Gefühle für den wachsenden Embryo unterdrücken und die Trennung nach der Geburt akzeptieren müssen. Hochschild vergleicht die „emotionale Arbeit“ einer Leihmutter mit der einer migrantischen Sorgearbeiterin, die Kinder betreut und in einem Spannungsfeld zwischen Professionalität und Emotionalität, Nähe und Distanz agiert.

Das Verhältnis zwischen diesen beiden Polen ist höchst widersprüchlich. Leihmütter werden durch „psychologische Beratung“ angehalten, den eigenen

Uterus als leeres, ungenutztes Gefäß zu betrachten, das nun sinnvoll genutzt wird (Vora 2013: 100). Dies stellt eine Professionalisierung und d.h. eine Entemotionalisierung des eigenen unternehmerischen Handelns dar. Leihmütter sollen bewusst eine dauerhaft emotionale Bindung an den Embryo vermeiden und ihn vielmehr als entpersonalisiertes Objekt für andere und die Leihmutterchaft als Dienstleistung für die Familiengründung eines anderen Paares sehen (Vora 2013: 100).

Mit einem ethnographischen Fokus auf Leihmütter als Handlungssubjekte revidieren und differenzieren Pande, Rudrappa und Sama ihre zunächst dominante Einschätzung der Frauen als bloße Ausbeutungsobjekte. Pande (2009: 7) sieht im Konzept von Arbeit die Möglichkeit, sowohl ausbeuterische als auch emanzipatorische Dimensionen festzumachen, denn die Anerkennung von leihmütterlichen Praktiken als Arbeit impliziert auch eine Anerkennung neuer Subjektweisen. Dies konterkariert zudem, dass leihmütterliche Leistungen häufig als biologische Prozesse naturalisiert werden oder primär als Resultat der Arbeit von reproduktionsmedizinischen Expert_innen gelten.

Vor allem das Wohnheim-Klinik-Regime diszipliniert in Indien die Leihmütter, konstruiert ein unternehmerisches Verhältnis zum eigenen Körper und Selbst und formiert sie als „perfekte Mutter-Arbeiterin“ – vergleichbar dem Wohnheim-Fabrik-Komplex und der Rundum-Verfügbarkeit der Arbeiterinnen in der chinesischen Exportindustrie (Pande 2014: 64ff.). Außerdem gehört es zur Herstellung eines unternehmerischen Selbst, dass viele Reproduktionsunternehmen den Frauen ein Training anbieten, das für die Selbstentwürfe der Leihmütter eine soziale Aufwertung bedeutet, weil meist mittelständisch-städtische, weibliche Fertigkeiten wie Make-up, Maniküre und Pediküre, Nähen, aber auch Basiskenntnisse zum Internet oder Englisch vermittelt werden.

Neue Subjektweisen

Mit dieser neuen Form der Instrumentalisierung ihres Körpers erzielen indische Leihmütter ein Einkommen in der Höhe eines Mehrjahresverdiensts eines Landarbeiters oder Rikschafahrers. Damit kommt der Frau eine nie gekannte Bedeutung als Ernährer_in für die Familie zu. Für Dalit- und Muslimfrauen ist der Bruch mit den sozialen, kulturellen und oft rassifizierten Hierarchien der indischen Gesellschaft von großer Bedeutung, wenn sie sich als Leihmütter qualifiziert haben und nicht wegen ihrer Kasten- oder religiösen Zugehörigkeit diskriminiert werden. Viele Kliniken akzeptieren auch – in Indien stigmatisierte – Witwen oder getrenntlebende Frauen als Leihmütter. Es zählt primär der

gesunde Körper, dessen Funktionsfähigkeit durch die Geburt eigener Kinder bewiesen ist.

Die Sicht des eigenen Geschlechtskörpers als Produktionsmittel und die Selbstwahrnehmung der leihmütterlichen Arbeit variiert je nach dem sozio-kulturellen Kontext. Mit Bezug auf das Stigma der Unfruchtbarkeit in Indien wird das Paradigma von Arbeit bzw. Lohnarbeit häufig ergänzt durch das Narrativ einer Ökonomie der Gabe, von Solidarität zwischen Frauen und gegenseitiger Hilfe. Dieser in den USA mit Bezug auf Eizell‘spende‘ und Leihmuttertschaft hegemoniale Diskurs eignet sich gut für eine Übersetzung in indische Kulturkontexte, weil er das weibliche Stereotyp der Aufopferung bedient und die Kommodifizierung konterkariert.

Nach ihrer Motivation befragt, verweisen indische Leihmütter in den ausgewerteten Filmen selbstbewusst auf eine Kombination aus egoistischen und altruistischen Motiven, nämlich Geld verdienen zu wollen und einer anderen Frau zu helfen. Die Anstöße für die Entscheidung zur Leihmuttertschaft sind vielfältig, meist ein Zusammenspiel von Rekrutierung, Druck vom Ehemann und den Schwiegereltern und eigener Befürwortung. Es lässt sich keine klare Trennungslinie zwischen Wahl und Zwang, zwischen Einvernahme und Vereinnahmung ziehen. Dahinter steht als Haupttriebfeder: „I do it for my children“, womit die Subjektweise von Weiblichkeit und Mütterlichkeit bestätigt wird, nämlich die Frau als Dienende und Ikone der Selbstlosigkeit (Marwah 2014: 271).

Gleichzeitig sehen die Frauen ihren Körper und seine (Re-)Produktivität durch den Job als Leihmutter aufgewertet, und sie mobilisieren punktuell auch subversive Energien gegen das Disziplinierungsregime, z.B. würzen sie heimlich das ‘gesunde’ Essen mit Chilipaste (Pande 2014: 10) oder denken an die Gründung einer Leihmütter-Genossenschaft (Rudrappa 2015: 162f.). Den Schwangerschaftsverlauf erleben sie körperlich aufgrund der Medikalisierung als schwieriger als ihre früheren Schwangerschaften. Doch die Zeit im Klinik-Wohnheim-Komplex wird von den meisten als geruhsam und entspannt, als sinnvolle, aber einfache Arbeit im Vergleich zu ihrer normalen Familien-, Feld- oder Sweatshoparbeit empfunden (Madhavan 2015; Rudrappa 2015: 86ff.). Auf ihren Betten liegend schauen sie sich TV-Serien an, genießen die Muße und die neuen schwesterlichen Beziehungen (Pande 2014: 157ff.).

Wie sehr Subjektkonstruktionen, Selbstverständnis und Fremdwahrnehmung von Leihmüttern von den jeweiligen Sozial-, Rechts- und Kulturkontexten abhängen, zeigt ein Vergleich indischer mit russischen Leihmüttern. Letztere betrachten ihre Tätigkeit noch stärker als Erwerbstätigkeit und als kommerzielle Nutzung ihres Körpers mit dem alleinigen Ziel des Einkommenserwerbs, meist zum Kauf

einer Wohnung. Ziel der Auftragsarbeit ist das Produkt 'Kind für andere', und zwar ein gesundes Kind als Qualitätsprodukt, für das die Leihmütter Risiken bewusst einkalkulieren. So opferte eine russische Leihmutter einen entzündeten Zahn, weil sie zum Schutz des Embryos keine Medikamente einnahm. Weis spricht deshalb von „surrogacy worker“ (Weis 2016: 2), Siegl vom „business style“ der russischen Leihmütter (Siegl 2015: 105).

Der Diskurs zu Selbstlosigkeit, Schwesterlichkeit und Geschenkökonomie ist in Russland nicht präsent. Gründe dafür sind, dass nur wenige Bestellerlern aus dem Ausland kommen, viele Leihmütter das Lohnarbeitsverhältnis im Internet anbieten und den ganzen Prozess individuell, zum Beispiel zwischen Herkunftsort und der Klinik in einer Stadt pendelnd, durchführen. Vor dem Hintergrund der guten Ausbildung und der Normalisierung der Berufstätigkeit von Frauen in der Sowjetunion haben die meisten Leihmütter einen stark professionellen Bezug zu ihrem Geschlechtskörper, zu ihrer Entscheidung und ihrer Arbeit. Alle artikulieren, dass die finanzielle Transaktion für sie im Vordergrund steht (Siegl 2015: 108). Einige wünschen sich eine Emotionalisierung des Arbeitsverhältnisses und Kontakt zu den Wunscheltern; andere fürchten eine Bevormundung.

Indische Leihmütter phantasieren häufig dauerhafte Verbindungen zum Kind und den Bestellerlern als langfristige Aufwertung ihrer Rolle (Pande 2014: 143ff.). Russische wie auch indische Leihmütter wünschen sich Anerkennung ihrer leihmütterlichen Leistungen und Akzeptanz ihrer Subjektweise in ihren sozialen Umfeldern. Häufig verheimlichen sie gleichwohl die Auftragsarbeit in der Nachbarschaft, täuschen einen Job in einer anderen Stadt vor oder behaupten, das Baby sei nach der Geburt gestorben. In Indien sind die Frauen mit einem Hurendiskurs konfrontiert, der die Vermietung des eigenen Körpers zum Einkommenserwerb als Sexarbeit diskreditiert und in die Nähe der Prostitution rückt (Pande 2014: 128ff.). Einige erleben bei der Rückkehr ins Dorf eine Stigmatisierung durch Nachbarn oder entgegen vorheriger Absprachen eine Ablehnung durch den Ehemann.

In Russland wie in Indien kämpfen Leihmütter gegen den Vorwurf der Unmoral und für ihre Ehre im Sinne einer angesehenen Verortung in der symbolischen Ordnung. Indische Leihmütter grenzen sich sowohl von Sex-Arbeiterinnen als auch von Müttern und Eltern ab, die ihre eigenen Kinder zur Adoption freigeben bzw. verkaufen. Sie betonen, dass sie keine „schmutzige“ Arbeit leisten und nicht unmoralisch handeln: „Wenigstens schlafe ich nicht mit jemand anders“ (ebd.: 128), d.h. sie sind um eine Enttabuisierung, Entsexualisierung und Akzeptanz dieser Lohnarbeit bemüht. Pande sieht die ständige Abwehr des Hurenstigmas als Teil der leihmütterlichen Arbeit (ebd.).

Viele der Leihmütter entwickeln trotz der Dilemmata zwischen Glorifizierung von Mutterschaft und Geringbewertung von Leihmutterschaft, zwischen Heiliger und Hure, neue Subjektweisen. Zeitlich und räumlich beschränkt, stellt die Leihmutterschaft einen Bruch mit der reproduktiven Funktionalität der Frau innerhalb der indischen Geschlechterverhältnisse dar, denn nicht für die Reproduktion der eigenen Familie, sondern für Fremde stellt sie ihren Körper zur Verfügung und entzieht ihrer eigenen Familie Sorgearbeit und Sexualität.

Das System Leihmutterschaft bleibt jedoch ein sozialer Ausnahmezustand. Die mikrosoziologische Studie Pandes zeigt, dass sich auf Dauer an den hegemonialen Ungleichheitsregimen der Geschlechter, Klassen und Kasten nichts ändert (2014: 176ff., 190ff.): Wenn keine Stigmatisierung nach dem Hure-Muster stattfindet, sind die Geschlechterverhältnisse nach einer kurzen Phase gesteigerter Wertschätzung für die mit dem Verdienst zurückgekehrte Leihmutter wieder im alten patriarchalen Lot. Häufig entscheiden sich Leihmütter zu einer zweiten oder gar dritten Leihmutterschaft, weil der zunächst als riesig betrachtete Verdienst schnell zerronnen ist.

So sind neue Subjektivitäten einerseits durch medikalisierte und reproduktionstechnologische Fremdkontrolle und durch Kommodifizierung bestimmt, andererseits durch Brüche mit den sozialen Praktiken heterosexueller Reproduktion, Sexualität und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung.

Gesellschaftliche (Re-)Produktionsverhältnisse der Zukunft

Abschließend lässt sich sagen, dass die zeit-räumliche Analyse des vieldimensionalen und umkämpften Komplexes der Leihmutterschaft die inhärenten Widersprüche und Dilemmata bestätigte. Die Perspektiven für (re-)produktive Zukünfte bewegen sich weiterhin zwischen der Einlösung eines Rechts auf ein eigenes Kind, individueller Wahlfreiheit und queerer Überwindung heterosexueller normativer Ordnungen auf der einen Seite, der Verhinderung von Ökonomisierung, Ausbeutung und Enteignung auf der anderen. Der Forschungsfokus auf leihmütterlichen Subjektivitäten und der Anerkennung ihrer Arbeit führt notwendig zur Forderung nach Arbeitsrechten (Pande 2015: 10ff.). Diese spitzt Humbyrd (2009) mit dem Vorschlag von „fair trade“-Prinzipien durch Arbeitsrechte und soziale Absicherung zu, so als handelte es sich um ganz normale Lohnarbeit. Jede Verrechtlichung bedeutet allerdings eine Normalisierung jenseits der Kritik an der Ökonomisierung. Entsprechend will Rudrappa (2015: 173f.) zur Befürworterin transnationaler Leihmutterschaft werden, wenn für die Vertragsmütter „reproduktive Gerechtigkeit“ gewährleistet

werden kann. Aus kapitalismuskritischer Perspektive sind Arbeiterinnenrechte ein Fortschritt, tragen aber der Gesamtanalyse von Leihmutterschaft nicht ausreichend Rechnung.

Diese Kontroversen gewinnen an Brisanz dadurch, dass derzeit die reproduktiven Märkte in Asien wie ein Schachbrett funktionieren, auf dem die Akteur_innen durch immer neue Gesetze verschoben werden. Nach Jahren der Priorisierung des ökonomischen Wachstums und des *laissez faire* ließ der indische Staat mit einem moralisierenden Gestus Leihmutterschaft seit 2013 nur noch für heterosexuelle Paare zu. Daraufhin ließen israelische schwule Auftraggeber die angeheuerten indischen Leihmütter nach Nepal transportieren. Nach dem Erdbeben 2014 schickte die israelische Regierung auf Basis ihres pronatalistischen Gen-Nationalismus eine Rettungsmannschaft nach Nepal, um die gerade geborenen israelischen Staatsbürger_innen nach Israel zu bringen. Die Leihmütter blieben zurück. Als dann 2015 auch die nepalesische Regierung Leihmutterschaft für Schwule verbot, ließ die israelische Regierung nepalesische Leihmütter nach Israel ausfliegen, um dort die israelischen Staatsbürger_innen zur Welt zu bringen.

Thailand hat nach Skandalen 2015 Leihmutterschaft für Ausländer verboten. Seitdem wurden Thailänderinnen zum Embryotransfer und zur Geburt nach Kambodscha transferiert. China revidierte 2016 seine Ein-Kind-Politik, Leihmutterschaft wurde erlaubt und ist damit potentiell ein riesiger Reproduktionsmarkt.

In Indien legte die hindu-identitäre Regierung 2016 nach jahrelangen öffentlichen Debatten zur transnationalen Kommerzialisierung der Kinderproduktion und zur Ausbeutung indischer Frauen durch ausländische BestellerInnen ein Gesetz für ein Verbot kommerzieller Leihmutterschaft und Eizell‘spende‘ vor. In Zukunft soll nur ‘altruistische‘ Leihmutterschaft für indische Staatsbürger_innen in der Verwandtschaft erlaubt sein. Damit haben die kulturell hindu-chauvinistische Orientierung und der Anspruch moralischer Überlegenheit der derzeitigen Regierung Modis Oberhand über ihre neoliberalen Wirtschaftsinteressen gewonnen; beide verbindet der Hindu-Nationalismus.

Die Medien zeigten umgehend protestierende Leihmütter, weil armen Frauen damit eine lukrative Einkommensmöglichkeit entzogen würde. Das indische Verbot nimmt keinen Bezug auf die Armutsursachen oder auf andere Formen der kommerziellen Ausbeutung von Frauen. Die Stigmatisierung von Infertilität wird indirekt bestätigt und eine familiaristische Lösung vorgeschlagen, wobei im indischen Kontext das Risiko besteht, dass diese mit Zwang und Gewalt durchgesetzt wird. Das Gesetz treibt die Frauen in die Illegalität, in mobile Arrangements und in eine noch größere Rechtlosigkeit (Nadimpally/Banerjee/Venkatachalam 2016: 14). Umgehend drohten die Reproduktionsunternehmen mit steigenden Preisen

und gingen in den Untergrund; indische Klinken und Vermittlungsagenturen bauten Zweigstellen in Kambodscha auf. Ende 2016 verkündete jedoch auch Kambodscha ein vorläufiges Verbot. Australien, wo Leihmutterchaft verboten ist, hatte Kambodscha gedrängt, die Geschäfte australischer Vermittlungsagenturen in Pnom Penh zu unterbinden.

Indische Frauenrechtlerinnen diskutieren das Verbot kontrovers: technologiekritische Feministinnen begrüßten es, Forscherinnen, die sich mit den Subjektweisen von Leihmüttern beschäftigt haben, kritisieren das Verbot aus der Perspektive von Frauenrechten und der körperlichen Integrität prospektiver altruistischer Leihmütter (Nadimpally/Banerjee/Venkatachalam 2016: 14f.; Pande 2016⁴). Das Unbehagen am indischen Verbot kommerzieller Leihmutterchaft beruht auf dem offensichtlichen Interesse der Regierungspartei nicht etwa an Frauenrechten, sondern an ihrer hindu-identitären, anti-emanzipatorisch-moralischen Profilierung nach innen und nach außen.

Aus jeder Sicht bleibt Leihmutterchaft eine höchst paradoxe, vermachtete (Re-)Produktionsoption in einem neoliberalen Handlungsfeld von Biopolitiken, Biokapitalismus und imperialen Lebensweisen. Einzelne nationalstaatliche Verbote können keine befriedigende Antwort darauf sein. Vielmehr brauchen Leihmütter außer dem Schutz vor Ökonomisierung ihrer Körper sexuelle und reproduktive ebenso wie soziale und ökonomische Mindestrechte. Diskurse darüber müssen ebenso multiskalar geführt werden wie (Re-)produktion reorganisiert wird, nämlich lokal, national und transnational, und gleichzeitig mit dem Blick auf die drei Machtregime von Biopolitik, Reproduktionsindustrie und Reproduktionskultur.

Die neuen biopolitischen Verschiebungen werden eine Kriminalisierung von Leihmutterchaft und damit eine weitere Prekarisierung der Frauen zur Folge haben, ebenso wie immer neue Verlagerungen der Reproduktionsindustrie und Entstehung neuer Märkte. Zum zweiten boomt die Reproforschung und arbeitet an neuen biologistischen oder genzentrierten Techno-Lösungen wie der Transplantation von Gebärmüttern, der Verschmelzung der Eizellen der Mutter mit denen einer 'Spenderin', Herstellung von Eizellen und Spermien aus Stammzellen oder der Ektogenese, also der Aufzucht von Embryonen in einer künstlichen Gebärmutter. Gleichwohl werden real immer mehr soziale Lösungen für das Begehren nach Kindern und nach Familienleben erfunden und gelebt, die bisher in allen politischen Diskursen unterrepräsentiert sind, aber einen Gegenpol zum

4 Amrita Pande, Surrogates are workers, not wombs, In: The Hindu, August 29, 2016

Begehren nach einem 'eigenen' Kind auch jenseits der heterosexuellen Matrix darstellen könnten.

Literatur

- Appadurai, Arun (1996): *Modernity at Large. Cultural Dimensions of Globalization*. Minneapolis.
- Arditti, Rita/Duelli Klein, Renate/Minden, Shelley (Hg.) (1985): *Retortenmütter. Frauen in den Labors der Menschenzüchter*. Reinbek bei Hamburg.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München.
- Briggs, Laura (2010): *Reproductive Technology: Of Labor and Markets*. In: *Feminist Studies*, Jg. 36, Heft 2, 359-374.
- Corea, Gena (1990): *MutterMaschine. Reproduktionstechnologien. Von der künstlichen Befruchtung zur künstlichen Gebärmutter*. Berlin.
- Deonandan, Raywat/Green, Samantha/Beinum, Amanda van (2012): *Ethical concerns for maternal surrogacy and reproductive tourism*. In: *Journal of Medical Ethics*, Heft 38, 742-745.
- Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (2009): *Soziologie – Kapitalismus – Kritik*. Frankfurt/M.
- Floyd, Kevin (2014): *Leihmutterschaft – die neue Bioökonomie*. In: *Debatte*, Heft 30; [http://debatte.ch/2014/10/leihmutterschaft-die-neue-biooekonomie/aufgerufen am 30.05.2017](http://debatte.ch/2014/10/leihmutterschaft-die-neue-biooekonomie/aufgerufen%20am%2030.05.2017)
- Gimenez, Martha E. (2001): *Die Heraufkunft der kapitalistischen Fortpflanzungsweise – Umbrüche in der Reproduktion im 21. Jahrhundert*. In: *Das Argument* 242, Jg. 43, Heft 4/5, 657-70.
- Gupta, Jyotsna Agnihotri/Richters, Annemiek (2008): *Embodied Subjects and Fragmented Objects: Women's Bodies, Assisted Reproduction Technologies and the Right to Self-Determination*. In: *Bioethical Inquiry*, Heft 5, 239-249.
- Haraway, Donna (2003): *The Companion's Species Manifesto: Dogs, People and Significant Otherness*. Chicago. http://xenopraxis.net/readings/haraway_companion.pdf, aufgerufen am 30.05.2017.
- Hochschild, Arlie (2012): *The Back Stage of Global Free Market Nannies and Surrogates*. In: Soeffner, Hans-Georg (Hg.): *Transnationale Vergesellschaftungen*. Wiesbaden, 1125-1138.
- Humbyrd, Casey (2009): *Fair trade international surrogacy*. *Developing World Bioethics*, Jg. 9, Heft 3, 111-118.
- Jaiswal, Sreeja (2012): *Commercial Surrogacy in India: An Ethical Assessment of Existing Legal Scenario from the Perspective of Women's Autonomy and Reproductive Rights*. In: *Gender Technology and Development*, Jg. 16, Heft 1, 1-28.

- Jong, Willemjin de/Tkach, Olga (Hg.) (2009): *Making Bodies, Persons and Families*. Münster.
- Kitchen Politics (2015): Interview: Arbeitsbegriffe und Politik der Arbeit. Nachfragen von Kitchen Politics an Melinda Cooper und Catherine Waldby. In: *Kitchen Politics* (Hg.): *Sie nennen es Leben, wir nennen es Arbeit*. Münster, 78-106.
- Lettow, Susanne (Hg.) (2012): *Bioökonomie. Die Lebenswissenschaften und die Bewirtschaftung der Körper*. Bielefeld.
- (2015): Biokapitalismus und Inwertsetzung der Körper. Perspektiven der Kritik, in: *Prokla* 178, 33-51
- Madhavan, Arathi Presena (2015): Mutterschaft als Saisonarbeit: Gespräche mit Leihmüttern im indischen Bundesstaat Kerala, *WZB-Mitteilungen* 149, 22-25.
- Majumdar, Anindita (2014): The Rhetoric of Choice. The Feminist Debates on Reproductive Choice in the Commercial Surrogacy Arrangement in India. In: *Gender, Technology and Development*, Jg. 18, Heft 2, 275-301.
- Mamo, Laura (2007): *Queering Reproduction: Achieving Pregnancy in the Age of Technoscience*. Durham.
- Markens, Susan (2007): *Surrogate Motherhood and the Politics of Reproduction*. Berkeley.
- Marwah, Vrinda (2014): How Surrogacy is Challenging and Changing our Feminisms. In: Sarojini, N./Vrinda Marwah (Hg.): *Reconfiguring Reproduction*. New Delhi, 266-306.
- Nadimpally, Sarojini/Banerjee, Sneha/Venkatachalam, Deepa (2016): *Commercial Surrogacy: A Contested Terrain in the Realm of Rights and Justice*. Sama Resource Group for Women and Health, New Delhi.
- Orland, Barbara (2001): Spuren einer Entdeckung, (Re-)Konstruktion der Unfruchtbarkeit im Zeitalter der Fortpflanzungsmedizin. In: *Gesnerus*, Heft 58, 5-29.
- Pande, Amrita (2014): *Wombs in Labour. Transnational Commercial Surrogacy in India*. New York.
- (2015): Global reproductive inequalities, neoegenics and commercial surrogacy in India. In: *Current Sociology*, Heft 4, 1-15.
- Rajan, Kaushik Sunder (2009): *Biokapitalismus. Werte im postgenomischen Zeitalter*. Frankfurt/M.
- Rudrappa, Sharmila (2015): *Discounted Life. The Prize of Global Surrogacy in India*. New York, London.
- Sama Resource Group for Women and Health (2010): *Constructing Conceptions: The Mapping of Assisted Reproductive Technologies in India*. New Delhi.
- (2012): *Birthing a Market: A study on Commercial Surrogacy*. New Delhi.
- Saravanan, Sheela (2010): Transnational Surrogacy and Objectivication of Gestational Mothers. In: *Economic and Political Weekly*, Jg. 45, Heft 16, 26-29.
- Sarojini, N. (2014): Unravelling the Fertility Industry: ARTs in the Indian Context. In: Sarojini, N./Vrinda Marwah (Hg.): *Reconfiguring Reproduction*. New Delhi, 92-122.

- Schmid, Shabanah (2009): Fertility science-as-culture: ambiguous nature, quantified abstractions and making of normality. In: Jong, Willemjin de/Tkach, Olga (2009): *Making Bodies, Persons and Families*. Münster, 201-221.
- Siegl, Veronika (2015): Märkte der guten Hoffnung. Leihmutterschaft, Arbeit und körperliche Kommodifizierung in Russland. In: PROKLA 178, Jg. 45, Heft 1, 99-117.
- Temam, Elly (2010): *Birthing a Mother: The Surrogate Body and the Pregnant Self*. Berkeley.
- Thompson, Charis (2005): *Making Parents. The Ontological Choreography of Reproductive Technologies*. Cambridge, London.
- Towghi, Fouziefya/Vora, Kalindi (2014): Bodies, Markets, and the Experimental in South Asia. In: *Ethnos*, Jg. 79, Heft 1, 1-18.
- Villa, Paula-Irene (2013): Rohstoffisierung. Zur De-Ontologisierung des Geschlechtskörpers. In: John, René/Rückert-John, Jana/Esposito, Elena (Hg.): *Ontologien der Moderne*. Wiesbaden, 225-241.
- Vora, Kalindi. (2009): Indian transnational surrogacy and the commodification of vital energy. In: *Subjectivities* Jg. 28, Heft 1, 266-278.
- (2013): Potential, Risk, and Return in Transnational Indian Gestational Surrogacy. In: *Current Anthropology*, Jg. 54, Heft 7, 97-106.
- Wadekar, Neha (2011): Wombs for Rent: A Bioethical Analysis of Commercial Surrogacy in India. In: *TuftsScope. The Journal of Health, Ethics, and Policy*, Jg. 10, Heft III, http://s3.amazonaws.com/tuftsscope_articles/documents/160/Original%20Article%20-%20Wadekar.pdf, aufgerufen am 30.05.2017.
- Waldby, Catherine (2012): Reproductive Labour Arbitrage: Trading Fertility across European Borders. In: Gunnarson, Martin/Svenaeus, Fredrik: *The Body as Gift, Resource, and Commodity*. Stockholm, 267-295.
- Waldby, Catherine/Cooper, Melinda (2008): The Biopolitics of Reproduction. Post-Fordist Biotechnology and Women's Clinical Labour. In: *Australian Feminist Studies*, Jg. 23, Heft 55, 57-74.
- (2010): From reproductive work to regenerative labour. The female body and the stem cell industries. In: *Feminist Theory*, Jg. 11, Heft 1, 3-22.
- Waldby, Catherine/Mitchell, Robert (eds.) (2006): *Tissue Economics. Blood, Organs, and Cell Lines in Late Capitalism*. Durham/London
- Weis, Christina (2016): Workers or mothers? The business of surrogacy in Russia. <https://www.opendemocracy.net/beyondslavery/christina-weis/workers-or-mothers-business-of-surrogacy-in-russia>, aufgerufen am 30.05.2017.
- Werlhof, Claudia v./Mies, Maria/Bennholdt-Thomsen, Veronika (1983): *Frauen, die letzte Kolonie*. Reinbek bei Hamburg.
- Wichterich, Christa (2015): *Sexuelle und reproduktive Rechte*. Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.
- (2016): Feministische internationale politische Ökonomie und Sorgeextraktivismus, In: Brand, Ulrich/Schwenken, Helen/Wullweber, Joscha (Hg.): *Globalisierung analysieren, kritisieren und verändern. Das Projekt Kritische Wissenschaft*. Hamburg, 54-72.

Andrea Maihofer

Pluralisierung familialer Lebensformen – Zerfall der Gesellschaft oder neoliberal passgerecht?

Einleitung

Um den Wandel der Familie finden derzeit heftige und teilweise recht polemische Auseinandersetzungen statt. Während manche der Meinung sind, die gegenwärtigen Entwicklungen führten zum ‘Zerfall’ der Familie und damit letztlich der Gesellschaft, halten andere sie lediglich für einen Ausdruck der veränderten Lebensweisen der Menschen in westlichen Gesellschaften und wieder andere problematisieren sie als Anpassungen an neoliberale Anforderungen. Wie kommt es zu diesen gegensätzlichen Einschätzungen? Werden völlig verschiedene Aspekte des Wandels in den Blick genommen? Oder geht es um ganz unterschiedliche politische und gesellschaftlich-kulturelle Bewertungen? Um hierauf Antworten zu finden, ist es hilfreich, sich einige zentrale Entstehungsbedingungen der bürgerlichen Familie, um deren ‘Wandel’ es hier geht, zu vergegenwärtigen. Ein Blick auf die historische Entwicklung und gesellschaftliche Funktion dieser mit der Herausbildung bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften konstitutiv verbundenen (neuen) Lebensweise gibt den gegenwärtigen neoliberalen Transformationsprozessen eine klarere Kontur. Zudem erlaubt dies, die ihnen inhärente paradoxe Gleichzeitigkeit von Herrschafts- und Selbsttechniken und damit auch die Eigendynamiken von Familie sichtbar zu machen. Im Anschluss werde ich einige signifikante Aspekte des sich aktuell vollziehenden Wandels von Familie darstellen. Abschließend komme ich nochmals auf die obige Eingangsfrage zurück, wie die kontroversen Einschätzungen zu beurteilen sind. Zunächst möchte ich jedoch einige historische und gesellschaftstheoretische Vorüberlegungen zum Phänomen ‘Familie’ formulieren.

Historische und gesellschaftstheoretische Vorüberlegungen

Von ‘Familie’ im eigentlichen Sinne lässt sich in westlichen Gesellschaften erst mit der Entstehung der bürgerlich-patriarchalen Familie sprechen, davor

ist „Haushalt“ oder „Haushaltungsgemeinschaft“ die treffendere Bezeichnung (Baumgarten et al. 2017a). Entstanden im Zuge der Etablierung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften und ihrer patriarchalen heteronormativen (Zwei-)Geschlechterordnungen ist sie wesentlich für deren Reproduktion. Als eine neue Lebensweise entwickelt sie sich Mitte bis Ende des 18. Jahrhunderts zunächst in protestantischen Pfarrfamilien sowie in Arzt- und insbesondere Beamten- und Kaufmannsfamilien (Habermas 2000; 2001). Im 19. Jahrhundert wird die bürgerliche Familie mit ihren traditionellen binär-hierarchischen Geschlechterverhältnissen nach und nach zu einem zentralen Aspekt in der Herausbildung und Durchsetzung des Hegemonieanspruchs der bürgerlichen Klasse. So findet, wie sich zeigen wird, in verschiedenen Phasen und Schüben bis in das 20. Jahrhundert hinein eine schrittweise gesellschaftliche Verallgemeinerung dieses neuen Familienideals in die Arbeiter- und Unterschicht sowie in den Adel und die Oberschicht hinein statt (Foucault 1979). Seitdem galt und gilt sie teilweise noch heute als *die* natürliche, seit Urzeiten vorherrschende Lebensform der Menschen und damit als notwendige Basis einer ‚gesunden‘ Gesellschaft, durch deren Niedergang auch der der Gesellschaft droht. Inzwischen hat sich die bürgerliche Familie als eine historisch und gesellschaftlich-kulturell ausgesprochen kurzlebige Lebensweise erwiesen. Der Mythos von ihrer Natürlichkeit und Unabdingbarkeit als Keimzelle der menschlichen Gesellschaft dient jedoch bis heute zu ihrer Legitimation als hegemoniale Norm menschlichen Zusammenlebens. Er führt nach Donzelot (1979: 18) zu „der eigentümlichen Position der Familie in westlichen Gesellschaften“, wonach aus dem Zustand der Familie in regelmäßigen Abständen das Schicksal der Gesellschaft entziffert wird, „um in ihrem Tod den drohenden Rückfall in die Barbarei, das Hinschwinden unserer Lebenswerte zu sehen, oder um sich am Schauspiel ihrer unerschöpflichen Lebenskraft aufzurichten“.

Das impliziert jedoch nicht, dass die bürgerliche Familie quer durch die Gesellschaft auf gleiche Weise gelebt wurde. Allemal existiert(e) sie stets individuell und einzigartig. Zudem waren die gesellschaftlichen Lebensweisen und -formen zunächst im Übergang von der feudalen zur bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Ausgangslage jeweils sehr unterschiedlich, ebenso die Motive und Ziele der im 19. Jahrhundert in den jeweiligen Klassen und Schichten stattfindenden Prozesse, die letztlich in eine *Familiarisierung der Lebensweise*, wie ich dies nennen möchte, als normativ dominante Lebensweise münden (Donzelot 1979: 10f.). Entsprechend werden die verschiedenen Transformationslinien im Zuge der Etablierung der westlichen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften nicht nur immer wieder gebündelt, miteinander verknüpft und aufeinander abgestimmt.

Sie sind auch von Beginn an durchzogen von den sich entwickelnden neuen *gesamtgesellschaftlichen* ökonomischen, sozialen, politischen, rechtlichen und geschlechtlichen Anforderungen, Strukturen und Institutionen. Kurz: Die Verallgemeinerung der bürgerlichen Familie als hegemoniale Lebensweise geschieht durch die Logiken, Verständnisse und Praxen der bisherigen ('familialen') Lebensweisen *hindurch* und ist auf diese Weise zugleich zentral für die Entstehung der Arbeiter- sowie der bürgerlichen Klasse und der Hegemoniebildung letzterer. In diesen Prozessen geht es schließlich um die allmähliche Durchsetzung bürgerlich-kapitalistischer, nationalstaatlicher, republikanischer Gesellschaftsformationen mit ihren heteropatriarchalen binär-hierarchischen Geschlechterverhältnissen und den damit einhergehenden neuen Formen alltäglicher Lebensführung und Subjektivierung. Hierbei spielt die Familiarisierung der Lebensweise und damit verbunden die Etablierung der bürgerlich-patriarchalen Familie als hegemoniale gesellschaftliche Norm eine wesentliche Rolle.

Diese Entwicklungen sind – um es im Anschluss an Foucault (1979: 116) zu formulieren – zwar jeweils intentional, aber sie haben weder *ein* gemeinsames Subjekt noch *eine* gemeinsame Logik und Dynamik. Im Gegensatz dazu wird häufig die Herausbildung gesellschaftlicher Phänomene wie der bürgerlichen Familie *entweder* auf ihre ordnungspolitischen, rechtlichen, ökonomischen oder geschlechtlichen Funktionen und Interessen reduziert (in der Tendenz siehe Fraser 2016). Diese Perspektive unterstellt, es gäbe so etwas wie ein *Subjekt* der Geschichte wie beispielsweise *den* Kapitalismus, *den* Staat oder *den* Neoliberalismus und vor allem hierdurch seien die Entwicklungen von Familie ausgelöst und folgten vornehmlich deren Logik. *Oder* gesellschaftliche Phänomene werden gleichsam *naturalisierend* aus dem *natürlichen Wesen* der Menschen erklärt. Die Genese komplexer historischer Phänomene wird auf diese Weise in stark vereinseitigte Erklärungsmodelle gezwängt bzw. mit ihrer Naturalisierung wird eine historische Begründung genaugenommen überhaupt zurückgewiesen. Diese reduzierten Sichtweisen finden sich auch, wie sich zeigen wird, in der aktuellen Debatte um die Einschätzung des Wandels der Familie.

Demgegenüber verstehe ich die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsformation als ein „überdeterminiertes komplex gegliedertes Ganzes“ (Demirović/Maihofer 2013: 38) mit einer Vielzahl von (relativ) autonomen Bereichen (wie Staat, Recht, Ökonomie, Familie) mit eigener innerer Logik und Dynamik, in denen soziale Akteure spezifische Praktiken und Ziele verfolgen. Deren hegemoniale Totalisierung ist daher stets instabiles Resultat gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und jeweils spezifischer Kräfteverhältnisse. In diesem Sinne ist die Durchsetzung der bürgerlichen Familie als gesellschaftlich allgemeine

Norm Teil der Hegemoniebildung der bürgerlichen Klasse. Entsprechend existieren neben ihr nicht nur andere Vorstellungen und Praxen (weiter), sondern die bürgerliche Familie als hegemoniale Norm ist sowohl in ihrer Form als auch in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung ständig umkämpft.

Dabei gilt es sich zu vergegenwärtigen, dass überhaupt erst mit der bürgerlichen Gesellschaft der Anspruch auf *Allgemeinheit* gesellschaftlicher Normen zentral wird sowohl für die mit ihr einhergehenden Regierungstechniken als auch für ihre Hegemoniebildung selbst. Zugleich bildet genau dieser Anspruch wiederum die Basis der gesellschaftlichen Einforderung ihrer Verallgemeinerung und Geltung für alle – etwa in den Kämpfen der Arbeiterbewegung um den Familienlohn im 19. Jahrhundert, der auch der Arbeiterklasse die bürgerlich-patriarchale Familie als allgemeine Lebensweise ermöglichen soll (Frevert 1986: 63ff.).

Das heißt, *kein* gesellschaftlicher Bereich und seine je spezifischen Eigenlogiken und Dynamiken sind a priori dominant. Dominanzen sind eher graduell, vielfältig, flottierend und verschieben sich historisch fortwährend, je nach den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Außerdem sind die verschiedenen (relativ) autonomen Bereiche – obwohl sie in einem konstitutiven Zusammenhang stehen – in ihrer inneren Logik und Dynamik sowohl in sich selbst als auch wechselseitig mal mehr, mal weniger widersprüchlich und ambivalent. Dies hat, wie sich zeigen wird, sowohl mit paradoxen Gleichzeitigkeiten von Wandel und Persistenzen als auch mit strukturellen Paradoxien und Ambivalenzen westlicher Gesellschaften zu tun (Maihofer 2007).

Durch diese komplexe Gemengelage *hindurch* konstituiert sich die bürgerliche Gesellschafts- und Geschlechterordnung – im Unterschied zur feudalen Gesellschaft – als ein Herrschaftszusammenhang, in dem es zu neuen Formen der Stratifizierung, Disziplinierung und Diskriminierung kommt sowie zu neuen Mechanismen wie der Normalisierung, Individualisierung und Subjektivierung (Foucault 2000). Die bürgerlich-patriarchale Familie ist folglich zwar, wie es Donzelot (1979: 10) formuliert, „fest und eng mit der gegenwärtigen Ordnung verbunden“ und steht in einem konstitutiven Zusammenhang mit der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsformation, „aber nicht in der Form einer direkten Abhängigkeit vom bürgerlichen Staat oder einer Manipulation durch das Kapital, sondern in Gestalt ihrer gelungenen Einschreibung in eine neue Form von Gesellschaftlichkeit, deren Königin und Gefangene sie zugleich ist“. Für die Herausbildung dieser „neuen Form von Gesellschaftlichkeit“ oder „des Sozialen“ (ebd.: 15) sind die Familiarisierung der Lebensweisen und ihre inneren Logiken und Dynamiken substantiell. Dabei erhält die bürgerlich-patriarchale Familie bestimmte gesamtgesellschaftliche Aufgaben, Funktionen und Formierungen,

die zu einer neuen Art von Herrschafts- und Kontrolltechniken führen: der „Regierung durch die Familie“ (ebd.: 61). Allerdings gehen die Entwicklungen hierin nicht auf. So ist nach Deleuze, „[e]in Zimmer für sich haben' [...] ein Wunsch, aber auch eine Kontrolle. Umgekehrt treibt sich in einem Regulationsmechanismus alles herum, was über ihn hinaustreibt und ihn von innen her zum Platzen bringt“ (Deleuze 1979: 252). Wir haben es also mit einer der bereits angesprochenen Paradoxien und Ambivalenzen gesellschaftlicher Entwicklungen in westlichen Gesellschaften zu tun. Die im Rahmen der Familiarisierung der Lebensweise entstehenden vergeschlechtlichten Subjektivierungsweisen mit ihren spezifischen Gefühls-, Denk- und Handlungsweisen sowie neuen Wissensformen und Körperpraxen bedeuten einerseits eine *Regierungsintensivierung* (Foucault 1992: 11). Die Herrschaftstechniken funktionieren nun vor allem als *Selbsttechniken*, durch die die Individuen sich *selbst* und eher durch Zustimmung als durch Zwang zum gesellschaftlich gewünschten Verhalten bewegen. Andererseits aber stellen diese Techniken des Selbst neue Formen des Wissens, der Handlungs- und Kritikfähigkeit und damit der Ermächtigung sowie der Eigen- und Widerständigkeit dar. Selbsttechniken sind zwar nicht per se emanzipatorisch, sie können es jedoch werden, gehen sie doch in Herrschaftstechniken nicht auf, sondern besitzen jeweils 'existenzielle' Eigenlogiken.

Damit der gegenwärtige Wandel in den familialen Lebensformen sichtbar und in seiner gesellschaftlichen Bedeutung erkennbar wird, gilt es, einige signifikante Charakteristika der bürgerlich-patriarchalen Familie in Erinnerung zu rufen. Dabei werden zudem einige ihrer zentralen gesellschaftlichen Funktionen sowie mit ihr verbundene Eigendynamiken sichtbar.

Die bürgerlich-patriarchale Familie als neue Lebensweise – deren Charakteristika, gesellschaftliche Funktionen und Eigendynamiken

Zunächst gilt es festzuhalten, dass es 'die' bürgerliche Familie nicht gibt. Stets wird sie einzigartig gelebt, existieren immer auch noch andere familiäre Lebensweisen neben ihr und nicht zuletzt verändert sie sich fortwährend im Zuge ihrer gesellschaftlichen Verallgemeinerung. Es geht im Weiteren um die bürgerlich-patriarchale Familie als einer *gesellschaftlich allgemeinen hegemonialen Norm*, insbesondere in ihrer Blütezeit von den 1945er-Jahren bis in die 1970/80er-Jahre. Erst dann hat sie sich in den westlichen Gesellschaften tatsächlich quer durch alle Schichten und Klassen hindurch zu einer für *alle* allgemein verbindlich gemachten Norm und gesellschaftlich hegemonialen Lebensweise durchgesetzt. Nicht von ungefähr hängt dies auch konstitutiv mit der 'Hochzeit' des Fordismus zusammen.

In diesem normativen Ideal wird selbstverständlich davon ausgegangen, dass ein verheiratetes heterosexuelles Paar in einem gemeinsamen Haushalt mit mindestens einem Kind lebt. Es wird aus Liebe geheiratet. Die Ehe ist monogam und auf Dauer (bis zum Tod) angelegt. Scheidungen sind stark sanktioniert und nur in besonderen Fällen möglich. Die Familie gilt als Ort der Privatsphäre und familialen Intimität sowie als einziger Ort legitimer Sexualität und biologischer wie sozialer Reproduktion; Ehe und Familie sind für deren Regelung jetzt zentral. Entscheidend geprägt ist dieses Familienmodell durch die Trennung von Erwerbsarbeit und Familie sowie durch die damit einhergehende geschlechtliche Arbeitsteilung und die als natürlich geltenden binär-hierarchischen Geschlechterdifferenzen (Maihofer 2014).

Mit anderen Worten: Im Zuge der schrittweisen Etablierung der bürgerlich-patriarchalen Familie werden Familie, Ehe, Liebe, Heterosexualität, biologische und soziale Reproduktion, geschlechtliche Arbeitsteilung und binär-hierarchische Geschlechterverhältnisse auf das Engste miteinander verwoben und genau in dieser normativen Verknüpfung in westlichen Gesellschaften historisch erstmalig zu *der* allgemein verbindlichen Lebensweise. Diese Elemente werden dabei nicht nur jeweils modifiziert und transformiert, sondern genau besehen entstehen sie in ihrer jeweiligen spezifischen Verfasstheit und gesellschaftlichen Bedeutung überhaupt erst in dieser Verflechtung. Zudem werden sie, wenn auch unterschiedlich ausgeprägt, zu einem zentralen Objekt staatlicher Regulierung und in ihrer Verfasstheit und gesellschaftlichen Bedeutung durch ein detailliertes rechtliches Regelsystem normativ festgelegt. In der Herausbildung der bürgerlich-patriarchalen Familie fließen also eine Reihe unterschiedlicher gesellschaftlicher Entwicklungen ineinander, verknüpfen und modifizieren sich und bilden doch zugleich eine ihnen jeweils eigene innere Logik aus.

a) So wird die *Ehe* bzw. *Zivilehe* ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gleichsam zur *Klammer* all dieser miteinander verknüpften Elemente und zur Basis ihrer Legitimität. Die zivile Trauung wird für *alle* obligatorisch, die kirchliche dagegen optional. Dadurch werden viele religiöse, ökonomische, sittliche Ehehindernisse mit dem Ziel beseitigt, die 'uneheliche' Lebensweise insbesondere in den Unterschichten zu überwinden (Habermas 2001: 305) und die Verallgemeinerung der Ehe als hegemoniale Lebensform weiter voranzutreiben. Zudem wird der staatliche Zugriff auf die bürgerliche Familie und deren patriarchale Verfasstheit forciert: Es entsteht ein staatlich sanktionierter privater „Herrschaftsraum“ (ebd.: 293) des Ehemannes. Entsprechend ist die familiale Struktur teilweise bis Anfang des 20. Jahrhunderts durch die rechtliche Institution der (ehelichen) *Geschlechtsvormundschaft* geprägt (Holthöfer 1997: 390ff.). Nach deren Abschaffung ändert

sich die Situation der Ehefrau jedoch nur wenig. Nach wie vor ist der Mann das Oberhaupt der Familie und die Ehefrau ihm absoluten Gehorsam schuldig, auch sexuell. Allerdings impliziert dies auch für Männer neue Formen der Disziplinierung und Normalisierung von Sexualität und alltäglicher Lebensführung durch Ehe und Familie. Eine grundlegende Veränderung erfährt diese rechtliche Festschreibung der patriarchalen Geschlechterverhältnisse in Deutschland erst mit den Reformen des Ehe- und Familienrechts Ende der 1970er Jahre bzw. mit der Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe ab den 1990er Jahren.

b) Während die Ehe zur (rechtlichen) Klammer wird, wird die *Liebe* – zumindest idealtypisch – zum *Kitt*, der die bürgerliche Familie emotional zusammenhält. Sowohl die (ewige) Liebe der Ehegatten zueinander als auch die Liebe zwischen Eltern und Kindern werden konstitutiv für das bürgerliche Verständnis von Familie. Allerdings lässt sich die *‘eheliche Liebe’* nicht ohne weiteres mit der damals aufkommenden Idee der romantischen Liebe zwischen Paaren gleichsetzen. Im Rahmen der Ehe tritt *‘die Liebe’*, falls sie vorab bestanden hat, in eine andere Logik und Dynamik ein und transformiert sich notgedrungen (Schneeg 2001); dies schon aufgrund der rechtlichen sowie überhaupt der gesellschafts- und geschlechterpolitischen Rahmenbedingungen der bürgerlich-patriarchalen Familie. Selbst mit dem Schwinden der ehelichen Geschlechtsvormundschaft setzt sich deren patriarchale Legitimationsstrategie fort. So muss es *‘logischerweise’* eine Person geben, die das Oberhaupt der Familie ist, und dies kann *‘naturgemäß’* nur der Mann sein. Zudem richtet sich der eheliche Liebesdiskurs vor allem an die Frauen. Für sie, nicht für den Mann, wird die *‘Liebesehe’* zum „höchsten Glück“ und zur naturgemäßen Bestimmung erklärt (Habermas 2001: 294), die es ihr natürlich erscheinen lässt, aus Liebe zu ihrem Ehegatten und ihren Kindern, deren Bedürfnissen und Wohlergehen Priorität einzuräumen. Sie wird zum wesentlichen Motiv, um „Arbeit aus Liebe“ im Dienste der Familie zu leisten; wobei genau besehen, ihre Liebe zur „Arbeit“ (Bock/Duden 1977: 118) wird. Die *‘eheliche Liebe’* ist also nicht nur als ein wirkmächtiges vergeschlechtlichtes Element des bürgerlichen Gefühlsregimes zu verstehen. Mit ihr entsteht vielmehr eine neue Regierungstechnik, die Frauen emotional bindet und aus Liebe *‘unbezahlt’*¹

1 Die Arbeit der (Haus-)Frauen ist, was häufig übersehen wird, sehr wohl über den Lohn der Ehemänner bezahlt, aber nur teilweise. Würden die Arbeitgeber die gesamte von der Frau geleistete gesellschaftlich notwendige Arbeit zur Re- und Produktion des Mannes, der Kinder sowie von sich selbst und möglicher weiterer Familienmitglieder bezahlen, müssten die Löhne deutlich höher sein. In diesem Sinne verbirgt „das Lohnverhältnis die Gratisarbeit der Frau [...] Die Frauen sind nicht nur das *‘Herz der Familie’*, sondern das Herz des Kapitals. Es steht und fällt damit, sich ihrer Liebe,

gesellschaftlich notwendige Arbeit verrichten lässt. Das heißt: Die 'eheliche Liebe' ist in der bürgerlich-patriarchalen Familie zentrales Movens nicht nur der Reproduktion der geschlechtlichen Arbeitsteilung und den mit ihr einhergehenden binär-hierarchischen 'natürlichen' Geschlechterdifferenzen, sondern auch der Reproduktion der kapitalistischen bürgerlich-patriarchalen Gesellschafts- und Geschlechterordnung.

Allerdings geht die Liebe als zentrales Element der Familiarisierung der Lebensweise in ihrer Bedeutung als neuer Regierungstechnik nicht auf. So differenziert sich die sogenannte romantische Liebe *neben* der 'ehelichen Liebe' als Moment des bürgerlichen Gefühlsregimes weiter aus und wirkt wiederum auf diese zurück. Zudem entwickelt die 'eheliche Liebe' in ihrer paradoxen Gleichzeitigkeit von Herrschafts- und Selbsttechniken eine eigene existenzielle Dynamik, die von Beginn an ein die bürgerliche Familie und ihre Geschlechterordnung auch immer wieder sprengendes Element war und ist. Entsprechend blieben in den bürgerlichen Schichten zunehmend Frauen aufgrund ihrer hohen Ansprüche an die Ehe ledig und es waren vor allem Frauen (insbesondere aus den Arbeiter- und Unterschichten), die mit dem Anspruch auf Liebe oder doch gegenseitigem Respekt vermehrt Scheidungen beantragen oder sich gegen häusliche Gewalt wehren (Habermas 2001: 309). Nicht umsonst war die Forderung nach einer grundlegenden Reform von Ehe und Familie ein Schwerpunkt der im 19. Jahrhundert aufkommenden Frauenbewegungen. Ebenso betont auch Beck-Gernsheim (1990: 66) vor dem Hintergrund der zweiten Welle der Frauenbewegung, dass heute insbesondere für Frauen „die Liebe [bzw. der Wunsch danach] wichtiger denn je“ wird.

c) Ein weiteres Charakteristikum der bürgerlich-patriarchalen Familie ist die für sie spezifische *familiale Arbeitsteilung*. Danach ist der (Ehe-)Mann idealtypisch der Alleinernährer und hauptverantwortlich für den Lebensunterhalt der Familie. Insbesondere die Männer der Arbeiter- und Unterschicht werden im Zuge der Familiarisierung der Lebensweise zunehmend durch rechtliche, staatliche sowie sozialarbeiterische Maßnahmen in die familiäre Verantwortung als Familienoberhaupt eingebunden (Donzelot 1979: 37ff.). Die (Ehe-)Frau wird dagegen immer ausschließlicher zur Gattin, Hausfrau und Mutter. Ihre Erwerbstätigkeit wird nur mehr als Zuverdienst angesehen, selbst wenn sie notwendig ist. Ihre Hauptaufgabe wird – und das nach und nach auch in der Arbeiter- und

ihrer 'Natur', ihrer Arbeit (fast, A.M.) umsonst bedienen zu können“ (Bock/Duden 1977: 177f.).

Unterschicht² –, die Versorgung des Haushalts und der Familie sowie die Herstellung eines „trauten Heims“ (Segalen 1998: 40), das eine optimale Regeneration des Mannes sowie eine bestmögliche Betreuung und Erziehung der Kinder gewährleisten soll. *Hausarbeit* im eigentlichen Sinne entsteht also ebenfalls erst im Rahmen der bürgerlichen Familie (Bock/Duden 1977: 122ff.). Während in der Haushaltsgemeinschaft alle Mitglieder (Eltern, Kinder, Bedienstete) *produktive Arbeit* leisten, verlieren die Tätigkeiten der Ehefrau zunehmend diesen Status (Bock/Duden 1977: 124ff.). Die damit einhergehende für die bürgerliche Familie so charakteristische binär-hierarchische Vergeschlechtlichung der familialen Arbeitsteilung trägt entscheidend zur Entwertung der Hausarbeit bei. „Inhalt dieser Arbeit ist“ Bock und Duden (1977: 123) zufolge „die Produktion und Reproduktion der gesellschaftlichen Arbeitskraft in physischer, emotionaler und sexueller Hinsicht“. Da mit der Etablierung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften an die Individuen stetig wachsende (Sozialisations-)Anforderungen gestellt werden, rückt überhaupt die Kindheit verstärkt in den Blick und die Erziehung von Kindern erhält ein neues Gewicht und Gesicht (Ariès 1978). Während zuvor die Sozialisation der Kinder kein ausdrückliches Thema war, wird sie in der bürgerlichen Familie zu einer ihrer zentralen Funktionen (König 1974: 69). Genau besehen, sind also die Frauen quer durch die Schichten bedeutsame Akteur_innen in der Durchsetzung der Intensivierung und Diversifizierung der neuen Regierungstechniken. Schließlich sind sie es, die die gesellschaftlich gewünschten Individuen heranziehen, die nun in der Lage sein müssen, den vielen neuen sozialen, körperlichen und moralischen Verhaltensanforderungen zu genügen, um die ihnen entsprechenden Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen zu besuchen sowie überhaupt 'normal' gesellschaftlich (in Beruf, Familie, Politik, Alltag) zu funktionieren.

Insbesondere die bürgerlichen Frauen widmen sich in den von ihnen ab den 1830er-Jahren gegründeten Frauenvereinen intensiv der Bildung und Erziehung von Frauen wie Kindern der Arbeiter- und Unterschicht. Auch sind sie es meist, die überprüfen, ob hilfsbedürftige Familien Unterstützung erhalten oder nicht. Damit sind sie nicht nur wesentlich an der Ausarbeitung der neuen Anforderungen an die Individuen und der neuen familialen Lebensweise beteiligt, sie

2 Wie angesprochen zieht sich diese Entwicklung über eine längere Zeit hin; einen wichtigen Schub erhält sie durch die Kämpfe der Arbeiterbewegung um den Familienlohn in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sowie einen weiteren im Rahmen des Faschismus insbesondere in Deutschland, aber ähnlich auch in anderen westlichen Ländern (Frevert 1986: 63ff.; 209ff.).

sorgen auch zielstrebig als deren „Agentinnen“ (Habermas 2001: 297) für ihre allmähliche Verallgemeinerung in die Arbeiter- und Unterschicht. Dabei kreieren und festigen sie ihre Identität als ‘bürgerliche Frauen’. Die bürgerlichen Frauen erweisen sich folglich als wichtige Akteur_innen in der Hegemoniebildung ihrer eigenen Klasse³ sowie in der Durchsetzung der bürgerlich-patriarchalen Familie als vornehmlichem Ort der Reproduktion der geschlechtlichen Arbeitsteilung und ihren traditionellen Geschlechterdifferenzen. Zugleich führen diese neuen gesellschaftlichen Aufgaben in Erziehung, Bildung und sozialer Kontrolle zu einem breiten Erwerb von Wissen, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten auf Seiten der Frauen. Auch erhalten sie Einsichten in die soziale Lage der unteren Schichten und machen Erfahrungen von Selbstständigkeit, die ihnen eigentlich versagt waren. Hier zeigt sich einmal mehr die paradoxe Ambivalenz von Herrschaftspraxen. Sie implizieren in ihrer Gleichzeitigkeit von Regierungs- und Selbsttechniken kognitive und soziale Fähigkeiten und Kompetenzen, die zu kritischer Distanz sowie Widerständigkeit ermächtigen.

Insgesamt wird deutlich: Die bürgerlich-patriarchale Familie stellt eine mit der Etablierung der westlichen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften verbundene neue Form des Regierens durch Familie als einer hegemonialen Lebensweise dar. Sie impliziert ein komplexes Bündel von Herrschafts- und Selbsttechniken und eine ihrer zentralen gesellschaftlichen Funktionen ist, die Reproduktion der bestehenden Gesellschafts- und Geschlechterordnung und der mit ihr einhergehenden geschlechtlichen (gesellschaftlichen und familialen) Arbeitsteilung sicherzustellen. Genau *deshalb* wird von ihr auch als der natürlichen Keimzelle der Gesellschaft³ gesprochen. Sie gilt als unabdingbar für das Fortbestehen der bürgerlichen Werte, Lebensvorstellungen und Lebensweisen, insbesondere in ihrer Verantwortung für die entsprechende Erziehung der nächsten Generation. An dieses Narrativ knüpfen denn auch immer wieder, wie sich zeigt, vor allem rechte und rechtspopulistische Kräfte in westlichen Gesellschaften an. Ihr ‘Zerfall’ wird mit dem der Gesellschaft gleichgesetzt. Gegenüber dieser hegemonialen Norm galten und gelten aus dieser Sicht alle anderen familialen Lebensformen nicht als Familien, sondern als defizitäre, ja widernatürliche Lebensformen: Alleinerziehende und ihre Kinder etwa wurden nicht als Familien verstanden, Ehen ohne Kinder als „unvollständige Familien“ bezeichnet und Kinder geschiedener Eltern als „Scheidungswaisen“ (König 1974: 79f.). Zugleich impliziert diese Familiarisierung der Lebensweise in ihrer Verbindung von Herrschafts- und Selbsttechniken, wie angesprochen, nicht nur eine „Intensivierung [und Diversifizierung] von

3 Zu hegemonialer Weiblichkeit Maihofer 1995.

Regierung“ (Foucault 1992: 11), sondern auch die Fähigkeit zur Kritik, d.i. „die Kunst nicht dermaßen registriert zu werden“ (ebd.: 12).

Gegenwärtiger Wandel der Familie

Sowohl die Form als auch die individuelle wie gesellschaftliche Bedeutung der bürgerlichen Familie sind in grundlegendem Wandel begriffen. Damit verbunden ist eine zunehmende *Pluralisierung* familialer Lebensformen. Das heißt, die normative Wirkmächtigkeit des Ideals der bürgerlichen Familie schwindet und neben ihr werden zunehmend andere familiäre Arrangements gleichberechtigt gelebt bzw. sind auf dem Wege dahin. Von einer allgemeinen hegemonialen Norm von Familie kann daher nicht mehr die Rede sein. So ist es heute auch angemessener, statt von 'Familie' von „familialen Lebensformen“ zu sprechen (Maihofer 2016: 101). Allerdings ist dieser Prozess, wie angesprochen, heftig umkämpft, insbesondere die politische und rechtliche Anerkennung mancher der neuen familialen Arrangements.

Die Ursachen dieses Wandels sind vielfältig, ohne dies hier detaillierter darstellen zu können. Wichtig ist: Er hat ganz wesentlich mit grundlegenden Veränderungen in den Lebensweisen und Wertvorstellungen vieler Menschen in den westlichen Ländern zu tun. Ausgelöst wurde dies unter anderem durch die Student_innen- und Frauenbewegung und ihre Kritik an der autoritären Erziehung, der rigiden Sexualmoral sowie an der bürgerlich-patriarchalen Familie mit ihrem männlichen Familienoberhaupt, ihrer traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und nicht zuletzt ihrer phallisch zentrierten Sexualität. Diese Kritik und die mit ihr einhergehenden neuen Lebensweisen haben zu veränderten Vorstellungen und Praxen von Männlichkeit und Weiblichkeit geführt sowie zu grundlegenden Reformen des Familien- und Eherechts, ebenso des Sexualstrafrechts. Die Pluralisierung familialer Lebensformen hat also ganz wesentlich mit sich alltagspraktisch vollziehenden Veränderungen zu tun: mit einem Wandel in den geschlechtlichen und sexuellen Existenzweisen, mit neuen Bedürfnissen und Wertsetzungen sowie mit veränderten Praxen, wie Menschen Familie, aber auch Beruf leben und wie sie ihre Kinder erziehen, überhaupt ihren familialen Alltag gestalten (wollen). Dieser Wandel wird deshalb schwer rückgängig zu machen sein, auch wenn einige das wünschen – außer im Rahmen einer autoritären Gesellschaft durch Zwang und Sanktionen. Das Ideal der bürgerlichen Familie ist, wenn es überhaupt je von der Mehrheit gelebt worden ist oder gelebt werden konnte, inzwischen *alltagspraktisch* überholt. Wenn ich im Folgenden einige wesentliche Aspekte des gegenwärtigen Wandels der Familie

aufzeigen werde, gilt es zugleich zu klären, was genau daran als so bedrohlich wahrgenommen wird. Weshalb löst dieser Wandel derart vehemente Widerstände von christlich-konservativer und rechtspopulistischer Seite aus?

Einelternfamilien

Während, wie angesprochen, Alleinerziehende mit ihren Kindern bis in die 1970er-Jahre nicht als Familien verstanden wurden, gibt es inzwischen eine stetig wachsende Zahl an Einelternfamilien. Grund sind heute weniger Tod oder Scheidung, sondern vermehrt die Entscheidung, ein Kind 'besser' alleine zu erziehen. Die Art, wie Einelternfamilien gelebt werden, kann stark variieren. Eher selten besteht das gelebte familiale Arrangement tatsächlich ausschließlich aus einem Elternteil und Kind(ern). Insbesondere diese Familien sind jedoch einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt und bedürfen besonderer Unterstützung. Obwohl die Zahl der Einelternfamilien steigt, werden sie weiterhin von rechten Kräften wie der AfD nicht als vollwertige Familien angesehen und sollen nur Unterstützung erhalten, wenn „der andere Elternteil nicht aus der Teilhabe an der Erziehungsverantwortung und praktischen Erziehungsverantwortung hinaus(gedrängt)“ wurde (AfD-Wahlprogramm 2017: 38). Für eine Privatentscheidung trage der Staat und die Gesellschaft keine Verantwortung. Unerwünscht bzw. bedrohlich an dieser Familienform ist, dass sie die Unabdingbarkeit der Vereinigung von Mann und Frau als Basis der Familie aushöhlen. Doch Kinder bräuchten nicht nur „beide Eltern“ (ebd.), sondern vor allem Vater und Mutter, kurz: ein heterosexuelles Elternpaar. Nur so lässt sich die binär-hierarchische heterosexuelle Zweigeschlechtlichkeit verlässlich reproduzieren. Zudem sind es vor allem *Frauen*, die alleinerziehend sind. Dadurch ist die Reproduktion männlicher Suprematie in diesen 'Familien' nicht (mehr) gewährleistet.

Uneheliche Familien

Diejenigen, die sich für ein Leben mit Kindern entscheiden, müssen heute nicht mehr notwendig heiraten. Zwar gibt es punktuell noch immer Erfahrungen der Stigmatisierung, auch privilegieren die rechtlichen Regelungen weiterhin die Institution der Ehe. Aber die Ehe ist keine unabdingbare normative Voraussetzung mehr, um Kinder zu bekommen. Immer mehr Paare haben Kinder, ohne verheiratet zu sein oder aus diesem Anlass zu heiraten. Das heißt nicht, dass überhaupt nicht mehr geheiratet würde. Eheschließungen haben jedoch heute neben rechtlichen und finanziellen Gründen vornehmlich mit der Paarbeziehung

zu tun, dem Dokumentieren der Zusammengehörigkeit des Paares. Dieser soll eine bestimmte Form und Qualität geben, sich öffentlich und vor allen anderen wechselseitig Ernsthaftigkeit, Treue und Zuverlässigkeit versichert werden. Es geht im Wesentlichen um Gefühle, um Liebe und ein Stück Romantik (Weibel 2016). Die *Lockerung der einstmaligen konstitutiven Verbindung von Ehe und Familie* zeigt sich auch in der wachsenden gesellschaftlichen Akzeptanz nicht-ehelicher Familien. Im Alltag interessiert es kaum mehr, ob jemand verheiratet ist, Kinder ehelich sind oder nicht. In manchen Milieus wissen Personen dies oft gar nicht voneinander, vergessen es oder fragen nicht nach. Zudem gibt es keine allgemeine Sanktionsform mehr. Was noch vor wenigen Jahrzehnten eine Schande für die ganze Familie, ja eine Sünde war, ist inzwischen für viele Normalität: die uneheliche Familie. Allerdings insistieren rechte Kräfte sowie die katholische Kirche weiterhin auf der Unabdingbarkeit der Verbindung von Ehe und Familie.

Gleichgeschlechtliche Familien und 'Regenbogenfamilien'

Ebenso nimmt die Zahl gleichgeschlechtlicher Familien mit leiblichen bzw. adoptierten Kindern stetig zu. Zunehmend werden auch sie als Familie angesehen und wollen als solche angesehen werden (Nay 2017). Im Übrigen sind sie ein Beispiel für das Entstehen wirklich neuer familialer Lebensformen sowie neuer Formen von Elternschaft: z.B. von Mehrelternschaften (ein Kind lebt mit je zwei biologischen und sozialen Müttern und Vätern zusammen). Wie bei unverheirateten heterosexuellen Familien finden sich Versuche alternativer Paar- bzw. familialer Beziehungen. Entsprechend lehnen auch hier manche den Begriff der Familie für ihr Arrangement ab. Diese Entwicklung bedeutet die *Lockerung* eines weiteren konstitutiven Elements der bürgerlichen Familie, nämlich *der Verbindung von Familie bzw. familialer Lebensformen und Heterosexualität* (Maihofer 2016).

Allerdings zeigen die heftigen Kontroversen um die rechtliche Anerkennung der 'Homo-Ehe' oder um das Recht auf Adoption und Nutzung von Reproduktionstechnologien, wie zentral im bürgerlich-traditionellen Verständnis Familie, Ehe und Heterosexualität miteinander gekoppelt sind und wie sehr gerade die Auflösung dieser Verknüpfung den 'Kern' des vorherrschenden Familienmodells sowie der bestehenden Geschlechterordnung treffen. Herkömmlich gilt die Ehe als erster Schritt zur Familiengründung und erfüllt ihre soziale Funktion nur, wenn sie in eine Familie mündet. Auf natürlichem Wege könnten das nur heterosexuelle Paare, weshalb nur sie eine eheliche Verbindung als Voraussetzung für eine Familie eingehen können sollen. So lehnt es die AfD ab, „den Sinn des Wortes 'Familie' in der Verfassung auf andere Gemeinschaften [sic!] auszudehnen und

der Familie auf diesem Wege den besonderen staatlichen Schutz zu entziehen“ (AfD-Wahlprogramm 2017: 40). Das vehemente Insistieren auf Ehe und Familie als alleinigem Privileg heterosexueller Paare dient letztlich der Absicherung der Heterosexualität als einzig legitimer Sexualität. Zudem soll die heteronormative Vorstellung bewahrt werden, der Ursprung des Kindes liege im heterosexuellen Akt; mehr noch, nur dieser Ursprung garantiere den ‘ordnungsgemäßen’ Eintritt des Kindes in die herrschende symbolische (Geschlechter-)Ordnung, die herrschende Kultur (Butler 2009). Deshalb wird auch immer wieder die Befürchtung geäußert, gleichgeschlechtliche Familien führten zu sexuell und geschlechtlich desorientierten Kindern (Maihofer/Schutzbach 2015: 205; Nay 2017: 244).

Die 2017 in Deutschland eingeführte ‘Ehe für Alle’ erscheint folglich aus Sicht rechter und kirchlich-konservativer Kräfte nicht nur als eine Verletzung des verfassungsrechtlichen Verständnisses von Ehe und Familie, sondern auch als eine akute Bedrohung der bürgerlich-patriarchalen Gesellschafts- und Geschlechterordnung und der mit ihr einhergehenden traditionellen heterosexuellen Geschlechterdifferenzen. Schliesslich geht es hier um die gesellschaftliche Anerkennung der Homosexualität als normaler Sexualität und Lebensweise. Zugleich wird jedoch an der Forderung nach der ‘Homo-Ehe’ bzw. der ‘Ehe für Alle’ deutlich, wie wirkmächtig die Ehe als gesellschaftliche Norm noch immer ist. Auch für viele gleichgeschlechtliche Paare scheint nur die Ehe adäquater Ausdruck der Ernsthaftigkeit der eigenen Beziehung und der Versicherung ihrer wechselseitigen Gefühle zu sein. Außerdem wird die Ehe als Instanz zur Legitimation der Homosexualität, überhaupt von neuen geschlechtlichen und sexuellen Existenzweisen, bekräftigt. Dies sind Ambivalenzen, die es präsent zu halten und kritisch zu reflektieren gilt (Butler 2009; Nay 2017).

Gerade an dieser Entwicklung zeigt sich überdies die bereits angesprochene Intensivierung der Verbindung von Familie mit einer spezifischen emotionalen Qualität: Die Basis, auf der gleichgeschlechtlichen Familien gesellschaftliche und rechtliche Anerkennung gewährt und von ihnen teilweise explizit gesucht wird, ist der beruhigende Verweis, dass auch sie das scheinbar natürliche Bedürfnis nach der mit ‘Familie’ verbundenen emotionalen Qualität und Bindung teilen: das „feeling family“ (Nay 2017). Das Zugestehen gleicher Rechte geschieht einmal mehr durch die Anerkennung als Gleiche, hier im Teilen des gleichen emotionalen Bedürfnisses nach Familie.⁴

Insgesamt werden in den gleichgeschlechtlichen familialen Arrangements zentrale gesellschaftliche Strukturelemente wie die Verbindung von Familie und

4 Zur Dialektik des herrschenden Gleichheitsverständnisses siehe Maihofer 1995.

Heterosexualität, die Ehe als legitimierende Instanz von sexuellen und geschlechtlichen Existenzweisen und nicht zuletzt die Reproduktion der heterosexuellen Zweigeschlechtlichkeit nicht nur infrage gestellt, sondern alltagspraktisch unterlaufen bzw. transformiert. Im Zuge dieser 'Normalisierung' rücken weitere jetzt diskriminierte, nicht-intelligible familiäre Lebensformen wie Mehrelternschaften oder trans*geschlechtliche familiäre Konstellationen in den Bereich des Normalen – und das wahrscheinlich ebenfalls vor allem auf der Basis der (Selbst-)Stilisierung des gemeinsam gelebten „feeling family“, also der Intensivierung der emotionalen Qualität familiärer Lebensformen.

Patchwork-Familien

Patchwork-Familien, die aufgrund der steigenden Scheidungs- und Trennungsrate immer mehr zur Normalität werden, sind ebenfalls Beispiele für die Entstehung neuer familiärer Lebensformen. Nicht zu verwechseln mit der herkömmlichen Stieffamilie, die aus lediglich *einem* neuen Familienarrangement besteht, bestehen Patchwork-Familien meist aus sehr komplexen Kombinationen *mehrerer* familiärer Arrangements: aus Mehrelternschaften, unterschiedlichen biologischen und sozialen Kinder- und Verwandtschaftskonstellationen sowie geschlechtlich und sexuell verschiedenen Konfigurationen. Neben dieser hohen Komplexität ist ein folgenreicher Unterschied gegenüber der traditionellen bürgerlichen Familie, dass die einzelnen Familienmitglieder nur mehr *partiell* eine *gemeinsame* Familie miteinander teilen. Für ein Kind kann das bedeuten, *zwei* enge Familienkreise zu haben, mit dem Vater einerseits und der Mutter andererseits, die wiederum miteinander unter Umständen wenig zu tun haben. Für das Kind hingegen gehören möglicherweise sowohl die Mutter, deren neue Partner_in und deren neue gemeinsame Kinder als auch der Vater, dessen neue Partner_in und dessen neue Kinder zur engsten Familie einschließlich der Großeltern väterlicherseits; während es mit den Großeltern mütterlicherseits nicht viel zu tun hat usw. Das Kind wird also die eigene (Herkunfts-) Familie nicht mehr als eine gemeinsam mit beiden Eltern *emotional geteilte familiäre Einheit* erfahren. Das ist gegenüber der herkömmlichen Familie eine grundlegende Veränderung. Zudem, ob und inwieweit zwischen Eltern und Kindern tatsächlich (weiterhin) familiäre Beziehungen existieren, hängt in Patchwork-Konstellationen – neben den herrschenden strukturellen und rechtlichen Bedingungen – entscheidend von dem Engagement und den Fähigkeiten aller Beteiligten ab. Schon aus diesem Grund zeichnen sich Patchwork-Familien durch die Notwendigkeit zu aktiver Gestaltung aus. Wenn die Beteiligten sie nicht tagtäglich durch ihr Handeln herstellen und die gemeinsame familiäre Beziehung nicht bewusst aufrechterhal-

ten, existiert sie als sozial gelebt über kurz oder lang nicht mehr. Hieran wird ein Phänomen sichtbar, was überhaupt für viele familiäre Arrangements heute gilt: Weder 'Familie' selbst, noch ihre Form ist mehr etwas selbstverständlich Gegebenes, weil man in sie hineingeboren wurde oder sie einmal gegründet hat. 'Familie' muss gewollt, gewählt und vor allem tagtäglich *getan* werden.⁵ Sie ist komplexes Resultat gemeinsamen Handelns. Dabei kommt es zunehmend zu 'Wahlelern- und Wahlverwandtschaften', um es in Anlehnung an Beck-Gernsheim (1998) zu fassen, die nur existieren, wenn sie täglich aktiv hergestellt werden, und nur so lange, wie dies der Fall ist. Damit beginnt ein weiteres, bislang als unabdingbar verstandenes Strukturelement der Familie, aber auch der gegenwärtigen Gesellschafts- und Geschlechterordnung brüchig zu werden: *die konstitutive Verbindung von biologischer Verwandtschaft, Heterosexualität und Familie*.

Wandel und Persistenz familialer Arbeitsteilung

Während in der bürgerlich-patriarchalen Familie die Arbeitsteilung konventionell hierarchisch vorgegeben und strukturiert war, zeichnet sich die familiäre Arbeitsteilung heute durch eine hohe Prozesshaftigkeit aus. Wenn auch immer noch die Hauptlast der Haus- und Betreuungsarbeit bei den Frauen liegt und nach wie vor eine Re-Traditionalisierung der Arbeitsteilung mit der Geburt des ersten Kindes festzustellen ist, ist doch – selbst in traditionellen Arrangements – die Art und Weise, wie Familie im Detail gelebt wird, wer, was, wann, wie tut oder nicht tut, in der Regel das Ergebnis komplexer Prozesse, in denen die Beteiligten ihre Form der familialen Arbeitsteilung herausfinden müssen (Maihofer 2016). Wie dies geschieht, sieht sehr unterschiedlich aus, mal findet das mehr in Gesprächen, mal mehr im praktischen Vollzug statt (König/Maihofer 2004). Die Arbeitsteilung ist also nicht mehr etwas Selbstverständliches oder wird gar durch 'natürliche' binär-hierarchische Geschlechterdifferenzen erklärt (König 2012). Entsprechend muss in ihre jeweilige Form nun selbst Arbeit und Zeit investiert werden. In dieser Verbindung von Freiheit und Zwang wird einmal mehr die paradoxe Struktur der gegenwärtigen Entwicklungen sichtbar. Was einerseits ein Gewinn an Freiheit und individueller Lebensgestaltung ist, erweist sich andererseits als Notwendigkeit, der die Beteiligten sich nur schwer entziehen können. Zudem umfasst im Selbstverständnis der Beteiligten – nicht zuletzt durch die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen – familiäre Arbeitsteilung inzwischen neben Hausarbeit, Kinderbetreuung

5 Auch in der kritischen Verwandtschaftsforschung wird Verwandtschaft heute als Tun, als „kinning“ (Röder 2012: 112) verstanden.

und gegebenenfalls Pflege *auch* Erwerbsarbeit. *Alle* diese Tätigkeiten müssen im familialen Arrangement aufeinander abgestimmt werden. Dabei wird unter der angestrebten Arbeitsteilung selten bezogen auf alle diese Elemente eine 50:50-Aufteilung verstanden. Vielmehr werden sehr unterschiedliche Relationen genannt; schon deshalb, weil in heterosexuellen Arrangements Männer meist Voll- und Frauen meist Teilzeit erwerbstätig sind. Die Diskrepanz zwischen der gemeinsam angestrebten und der praktizierten Arbeitsteilung ist folglich meist nicht so groß wie behauptet wird (Wetterer 2003). Die Beteiligten tun in der Regel genau das, was sie sagen (König/Maihofer 2004). Zudem ist der Unterschied in der wöchentlichen Gesamtarbeitszeit letztlich gering. Allerdings liegt für Frauen der folgeschwere Unterschied darin, dass sie vor allem unbezahlte Arbeit leisten mit all den damit verbundenen problematischen Konsequenzen (Maihofer 2016).

Diese Entwicklungen haben zum einen mit der kontinuierlich gestiegenen Erwerbstätigkeit von Frauen zu tun, die für viele inzwischen ein integraler Bestandteil ihres Selbstbildes ist und ein wichtiger Bereich, aus dem sie Selbstbewusstsein, Anerkennung und Befriedigung ziehen. So ist die Berufstätigkeit neben der Familie selbstverständlicher Teil ihrer Lebensentwürfe und entsprechend richten sie ihre Ausbildungs- und Berufsverläufe schon sehr früh danach aus, wie sie beides am besten vereinbaren können (Schwiter et al. 2014). Dabei wird von ihnen – anders als früher – ihre Tätigkeit als Mutter kaum mehr idealisiert, vielmehr wird sie als ihre *Verantwortung* thematisiert. Entsprechend betrachten sie die Reduktion ihrer Erwerbstätigkeit aufgrund von Kindern oft mit einer gewissen Sorge, sie könnten dadurch ihre erworbene Berufsidentität verlieren (Baumgarten et al. 2017b).

Zum anderen verändern sich auch für viele Männer Bedeutung und Gewichtung von Familie und Beruf (Behnke/Meuser 2012; Baumgarten et al. 2012). Zwar ist nach wie vor meist die Erwerbstätigkeit für ihr Selbstbild zentral und sie sehen darin ihren Hauptbeitrag und ihre Hauptverantwortung zur familialen Arbeitsteilung. Schon früh richten auch sie ihre Ausbildungs- und Berufsverläufe vor allem daran aus, dieser *Verantwortung* später gerecht zu werden (Schwiter et al. 2014). Gleichzeitig steigt die Zahl der Männer kontinuierlich, die mehr Zeit zu Hause mit ihren Kindern verbringen und sich selbstverständlich an deren Erziehung und Betreuung beteiligen (Baumgarten et al. 2017c). In deutlicher Abgrenzung von ihren eigenen Vätern möchten sie „präsenste Väter“ sein (Maihofer 2016), die eine alltägliche emotionale Beziehung zu ihren Kindern haben. Sie verstehen dies inzwischen als wichtigen Aspekt der eigenen Selbstverwirklichung und als integralen Bestandteil ihrer Lebensentwürfe. Es finden sich daher bei ihnen ebenfalls vermehrt unterschiedliche Varianten einer ‘doppelten’ Lebens-

führung (ebd.; Behnke/Meuser 2012). Am Beispiel dieses wachsenden Bedürfnisses von Vätern an einer alltäglichen emotionalen Beziehung zu ihren Kindern wird im Übrigen einmal mehr die zunehmende Bedeutung der emotionalen Qualität von Familie deutlich. Mit diesen Entwicklungen wird außerdem die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bislang ein klassisches 'Frauenproblem', zunehmend zu einem zentralen Thema der Lebensplanung *beider* Geschlechter bzw. je nach familialem Arrangement *aller* Beteiligten. Hierfür müssen jetzt gemeinsam aufeinander abgestimmte Lösungen gefunden werden (Baumgarten et al. 2012; König 2012).

Die Prozesse auf Seiten der Männer haben einerseits mit wachsenden Ansprüchen von Frauen an sie zu tun, andererseits verweisen sie auf grundlegende Veränderungen in den Vorstellungen und Praxen der Männer selbst. Angesichts der Transformationen in der Berufswelt, findet bei vielen eine Relativierung ihrer beruflichen Orientierung statt sowie eine Aufwertung anderer Aspekte des Lebens wie Familie oder Freizeit. Vermehrt stellen Männer *selbst* herkömmliche Männlichkeitsnormen wie die ihnen bislang zugeschriebene Rolle als Familienernährer in Frage, weil sie die normativen Anforderungen nach Erwerbs- und Karriereorientierung vermehrt als Zumutung erfahren. Männlichkeit ist „selbstreflexiv“ geworden (Meuser/Scholz 2011: 67). Erklärt wird dies jedoch meist vor allem durch die Entsicherung des fordistisch geprägten männlichen Normalarbeitsverhältnisses, die für viele Männer eine wachsende Verunsicherung in ihrer traditionellen Rolle als Familienernährer zur Folge habe (ebd.). Mit diesem ökonomistisch verengten Blick werden die Prozesse im familialen Bereich lediglich als *Folge* der Aushöhlung des männlichen Erwerbsarbeitsmodells verstanden. Übersehen wird, dass die seit längerem im familialen Kontext stattfindenden Entwicklungen eine eigene Logik und Dynamik besitzen. Ihre Auswirkungen nicht nur auf den Berufsbereich, sondern auch auf die Geschlechter- und Gesellschaftsordnung werden daher unterschätzt. So wird von Meuser und Scholz zwar von einem „Strukturwandel hegemonialer Männlichkeit“ (ebd.: 59) gesprochen, also von Veränderungen in den Vorstellungen und Praxen hegemonialer Männlichkeit. Nicht wahrgenommen wird aber, dass die männliche *Hegemonie* selbst inzwischen in die Krise geraten ist (Demirović/Maihofer 2013). Zum einen ist die Aufgabe des alleinigen Familienernährers als zentralem Element der bürgerlich-patriarchalen Geschlechterordnung für viele Männer nicht nur kaum mehr zu erfüllen, sondern auch von den Beteiligten kaum mehr gewollt und inzwischen eher die Ausnahme (Maihofer 2016). Zum anderen problematisieren vermehrt Männer selbst *männliche Suprematie* und weisen sie zurück. Kurz: Mit den Veränderungen, die sich in der familialen Arbeitsteilung vollziehen, werden

essentielle Elemente der herkömmlichen 'Familie' sowohl explizit in Frage gestellt als auch zunehmend alltagspraktisch überholt. Dadurch verliert 'Familie' eine ihrer bislang zentralen Funktionen, nämlich die zuverlässige Reproduktion traditioneller binär-hierarchischer Geschlechterdifferenzen zu garantieren. Außerdem schwindet ihre Rolle als bedeutsame Basis männlicher Suprematie.

Insgesamt sind diese Entwicklungen jedoch *nicht* mit einem wachsenden Bedeutungsverlust von 'Familie' zu verwechseln. Ihre Selbstverständlichkeit geht zwar verloren und die herkömmliche Norm, wie 'Familie' und Verwandtschaft vorgestellt und gelebt werden müssen, verliert zunehmend an Wirkmächtigkeit. Im Gegenteil gewinnt im Zuge dieser Veränderungen die mit 'Familie' verbundene affektive soziale Bindung und emotionale Qualität zunehmend an Bedeutung. Es lässt sich daher eher von einer *Intensivierung* des Begehrens nach dieser spezifischen familialen affektiven Bindung sprechen, wie sich auch an der Aufwertung der Beziehung zum Kind oder der wachsenden Zahl gleichgeschlechtlicher Familien und ihrer (Selbst-)Stilisierung als „happy families“ (Nay 2017: 129) zeigt. Mit anderen Worten: Je mehr mit der Pluralisierung familialer Lebensformen 'Familie' immer weniger aus normativen Gründen oder konventionellen Zwängen sowie in einer bestimmten Form gelebt werden muss, je mehr also die normative Wirkmächtigkeit des Ideals der bürgerlich-patriarchalen Familie alltagspraktisch schwindet, wird die familiäre Lebensweise vor allem aufgrund der Vorstellung und Hoffnung gewählt, nur in ihr eine bestimmte soziale Beziehung mit einer bestimmten emotionalen Qualität leben zu können. Und gerade aus diesem Grund hat die 'Familie' – jenseits aller spezifischen Formen – für viele Menschen eine anhaltende Bedeutung. Das *Regieren durch 'Familie'* findet folglich inzwischen mehr durch ein *spezifisches Gefühlsregime* statt als durch eine normativ vorgegebene Form von Familie und ihrer rigiden heteronormativen Geschlechterdifferenzierung. Das heißt, wir haben es mit der Entstehung einer neuen normativen Grammatik und neuen Formen sozialer Disziplinierung, Normalisierung und Integration zu tun, deren paradoxe Gleichzeitigkeit von Herrschafts- und Selbsttechniken es noch genauer zu analysieren gilt. Allemal impliziert dies, dass die Familie kaum mehr verlässlich als ein zentraler Garant für die gesellschaftliche Reproduktion der heteropatriarchalen binär-hierarchischen Zweigeschlechterordnung gelten kann. Auch wenn bereits andere gesellschaftliche Bereiche zunehmend diese Aufgabe übernehmen, ist der Wandel der Familie nicht zuletzt aus diesem Grund äußerst umstritten.

Schluss

Ich komme auf meine Ausgangsfrage zurück. Bei diesen Entwicklungen handelt es sich also nicht um einen Zerfall von Familie und Gesellschaft, wie behauptet wird, aber doch um das Schwinden der Wirkmächtigkeit des normativen Ideals der bürgerlich-patriarchalen Familie. Begleitet ist dies von einer Pluralisierung familialer Lebensweisen und Vervielfältigung sexueller und geschlechtlicher Existenzweisen sowie nicht zuletzt von einer zunehmenden Infragestellung männlicher Suprematie durch Männer selbst. Kurz: Es geht um einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel, um eine Krise sowohl *in* den Geschlechterverhältnissen (inzwischen auch verstärkt *zwischen* Männern) als auch *um* die Geschlechterverhältnisse, die mit anderen Krisenphänomenen im Sinne einer „Vielfachkrise“ verbunden sind (Demirović/Maihofer 2013). Um dem zu begegnen, insistiert beispielsweise die AfD vehement auf dem Erhalt der „traditionellen Familie“ (AfD-Wahlprogramm 2017: 37). Denn „stabile Familien“ sind ihr zufolge, „die Mitte und Grundlage jeder sich selbst erhaltenden Gesellschaft“ (ebd.) sowie *die* „staatstragende Institution“ (ebd.: 40). Auch für die Schweizerische Volkspartei (SVP) ist die „traditionelle Familie“ (SVP-Parteiprogramm 2015-19: 95) die „kleinste und wichtigste Zelle“ (ebd.: 97) und *die* „tragende Säule der Gesellschaft“ (ebd.: 94). Die Heftigkeit dieses Insistierens hat, wie gezeigt, vor allem mit der zentralen Funktion der sogenannten „traditionellen Familie“ zu tun, nämlich die Reproduktion der bürgerlich-kapitalistischen heteropatriarchalen Gesellschafts- und Geschlechterordnung zu garantieren. Als ‚natürliche Keimzelle‘ der Gesellschaft soll sie die für die herrschende Gesellschaft zentralen Normen und Lebensweisen repräsentieren sowie in den einzelnen Familienmitgliedern, insbesondere in der nächsten Generation reproduzieren. Verändert sich die familiäre Lebensweise, verändern sich auch die aus ihr hervorgehenden Menschen. Die Naturalisierung und „Archaisierung“ (Röder 2012) der bürgerlichen Familie im Bild der ‚natürlichen Keimzelle‘ der Gesellschaft dient dazu, ihren Wandel abzuwehren. Aus dieser Sicht stellen sich die gegenwärtigen Prozesse folglich nicht nur als ‚Zerfall‘ der bürgerlich-patriarchalen Familie, sondern auch der Gesellschaft dar. Die neuen familialen Lebensweisen sind keine zuverlässigen Garanten mehr für die Sozialisation und Integration der Menschen in die bestehende heteropatriarchale Gesellschafts- und Geschlechterordnung. Zudem werden die gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungen dadurch weiter verstärkt. Genau aus diesen Gründen sind diese Entwicklungen insbesondere aus rechts-populistischer und kirchlich-konservativer Sicht auch so bedrohlich. Obwohl sie – und das macht die paradoxe Gleichzeitigkeit von Wandel und Persistenz (Maihofer 2007) sowie

von Herrschafts- und Selbsttechnologien dieser Prozesse aus –, einerseits auf eine neue Weise herrschafts- und gesellschaftsstabilisierend sind, werden andererseits zentrale Strukturelemente der bürgerlichen Familie wie der Gesellschafts- und Geschlechterordnung zunehmend destabilisiert und brüchig. Vor allem die bestehende Heteronormativität und die mit ihr verbundene binär-hierarchische Zweigeschlechtlichkeit verlieren zusehends an normativer Wirkmächtigkeit. Mit anderen Worten: In diesen Prozessen ist eine alltagspraktisch verankerte emanzipatorische Dynamik festzustellen, die nur mehr im Rahmen einer autoritären Gesellschaft rückgängig zu machen wäre. Und genau hierum geht auch es in den gegenwärtig immer heftiger werdenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. In diesem Kontext müssen daher die wachsenden Angriffe von AfD wie SVP sowohl gegen die zunehmende *‘Gleichmacherei’* von Mann und Frau (AfD-Wahlprogramm 2017: 40; SVP-Parteiprogramm 2015-19: 96) gesehen werden, die ihnen zufolge letztlich die binär-hierarchische Opposition von *‘Männlichkeit’* und *‘Weiblichkeit’* und damit die Grenzen zwischen Weiblichkeit und Männlichkeit zum Schwinden bringen würde, als auch gegen die *‘Vervielfältigung’* geschlechtlicher und sexueller Existenzweisen (AfD-Programm 2017: 41). Verbunden ist dies bekanntlich mit einer dezidierten Kritik an der Geschlechterforschung, die als eine der Ursachen für diese beunruhigenden Prozesse ausgemacht wird (Maihofer/Schutzbach 2015).

In der Skandalisierung des Wandels der Familie handelt es sich also keineswegs um die Sorge um die *‘Familie als solche’* oder um die Bedeutsamkeit ihrer spezifischen emotionalen Qualität. Ziel ist vielmehr die Sicherung der hetero-patriarchalen Gesellschafts- und Geschlechterordnung mit ihrer traditionellen geschlechtlichen Arbeitsteilung und ihren *‘natürlichen’* Geschlechterdifferenzen sowie der Erhalt traditioneller Männlichkeit und weißer männlicher Suprematie. All dies wird in den gegenwärtigen Entwicklungen nicht nur grundlegend in Frage gestellt, sondern alltagspraktisch zunehmend obsolet. Ebenso gilt es, die Frauen weiterhin auf Familie und Mutterschaft zu verpflichten, weil sie es vor allem sind, die die für die gesellschaftliche Reproduktion notwendige *‘unbezahlte’* Arbeit leisten, die insbesondere durch die Sorge um kranke und alte Menschen künftig weiter anwachsen wird. Des Weiteren geht es aber auch um die Zurückweisung der gesellschaftlichen Maßnahmen, die notwendig wären, um diese neuen (familialen) Lebensweisen langfristig lebbar zu machen sowie um eine Ausweitung und Verstärkung der Privatisierung gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Das heißt, Ziel ist es zu verhindern, dass grundlegende gesellschaftliche Veränderungen in Gang gesetzt werden, die eine *materielle/tatsächliche* Gleichheit und Freiheit *aller* Individuen garantieren würden (Maihofer 2018).

Vor dem Hintergrund dieser vehementen Versuche, diese Entwicklungen abzuwehren bzw. wieder rückgängig zu machen, ist es erstaunlich, dass sie von anderen wiederum vor allem als passgerecht für den „neoliberalen Umbau der Gesellschaften“ (Engel 2007: 49) kritisiert werden. Dabei wird die Rede „von der freien Gestaltbarkeit des eigenen Lebens“ (ebd.: 48) und die damit einhergehende ‘Erlaubnis’ zur Pluralisierung der Lebensweisen in ihrer gesellschaftlichen Logik hauptsächlich als Anpassungen an die neuen gesellschaftlichen Anforderungen im Zuge der neoliberalen Transformationsprozesse erklärt, z.B. als Anpassungen an die wachsende ökonomische Unsicherheit, den Abbau des Sozialstaats, überhaupt an die Prekarisierung des Lebens, in der die Familie zunehmend die Funktion „einer Absicherungsgemeinschaft“ (ebd.) übernehmen soll. Auch Sigusch betont die Funktionalität der eröffneten „geschlechtlichen und sexuellen Freiräume“ (Sigusch 2005: 7), überhaupt der Pluralisierung der Lebensweisen für die Reproduktion der bestehenden westlichen kapitalistischen Gesellschaften. Dies trifft zweifellos wichtige Aspekte der gegenwärtigen Prozesse. Allerdings werden die Pluralisierung familialer Lebensformen und der mit ihr einhergehende Wandel vor allem als *Effekt* neoliberaler Prozesse bzw. für diese instrumentalisierbar verstanden. Aus dem Blick gerät, dass die vielfältigen Veränderungen in den Lebens- und Existenzweisen der Menschen eine eigene ‘existentielle’ Logik und Dynamik besitzen und nicht zuletzt Ergebnis zahlreicher widerständiger emanzipatorischer Praxen, Bewegungen und Kämpfe sind. Dies auf neoliberale Logiken und Opportunitäten zu reduzieren, übersieht die spezifische Paradoxie dieser Entwicklungen, ihre Dialektik von Herrschafts- und Selbsttechnologien, die zugleich ein Mehr an emanzipatorischen Freiheiten und Chancen zu individueller, aber auch kollektiver Lebensgestaltung implizieren. So verändern sich zunehmend, wie derzeit zu beobachten ist, die Wertvorstellungen der Menschen, ihre geschlechtlichen und sexuellen Existenzweisen, ihre Vorstellungen und Praxen von Männlichkeit und Weiblichkeit bis hin zu einer Infragestellung des Anspruchs auf männliche Suprematie sowie überhaupt der Vorstellungen von Gesellschaft, Staat und Demokratie. Genau dies führt ja zur wachsenden gesellschaftlichen Polarisierung. Zudem werden die (prinzipiellen) Möglichkeiten für Individuen immer größer, selbst zu entscheiden, in welcher Form sie leben und ein ihrer jeweiligen Lebenssituation angemessenes (familiales) Arrangement entwickeln wollen. Die Realisierung der eigenen Entscheidungen hängt jedoch nicht allein vom Willen der einzelnen Personen und ihren individuellen Kompetenzen ab, wie das die neoliberale Rhetorik der Eigenverantwortung suggeriert. Dazu bedarf es entsprechender gesellschaftlicher und institutioneller Lebens- und Arbeitsbedingungen: allgemeiner Zugang zu Bildung, soziale Absicherungen,

Krippenplätze, ein unterstützendes soziales Umfeld, Arbeitszeitregelungen, finanzielle Ressourcen und vieler weiterer gesellschaftlicher, politischer und rechtlicher Veränderungen mehr. Und diese *Abhängigkeit* individueller Handlungsfähigkeit von den gesellschaftlich-kulturellen Bedingungen wird im Zuge dieser Entwicklungen sicherlich sogar noch größer und vielschichtiger als bisher. Dies wiederum könnte dazu führen, dass die Forderungen nach den nötigen materiellen Voraussetzungen zur Ermöglichung individueller Lebensgestaltung zunehmend lauter werden, wenn die Kluft zwischen den steigenden individuellen Möglichkeiten der Lebensgestaltung einerseits und der *Vorenthaltung* der für sie notwendigen gesellschaftlichen und institutionellen Bedingungen andererseits immer offensichtlicher wird. Die neoliberale Anrufung nach Eigenverantwortung und Selbstsorge könnte sich so letztlich als Bumerang erweisen. Anders ausgedrückt: Gerade der Appell an die Eigenverantwortung und das dezidierte Verweigern der für den Erwerb einer eigenständigen, aber auch kollektiven Handlungsfähigkeit notwendigen materiellen Voraussetzungen könnte sich immer deutlicher als *Herrschaftseffekt und gezielte gesellschaftliche Stratifizierung* erweisen. Und nicht zuletzt wird in dieser Kritik der gegenwärtigen Veränderungen als neoliberal passgerecht unterschätzt, wie sehr im Zuge dieser Prozesse bislang als zentral erachtete Reproduktionsbedingungen der westlichen kapitalistischen Gesellschaften und die mit ihr konstitutiv verbundene bürgerlich-patriarchale (Zwei-)Geschlechterordnung erodieren und damit in die Krise geraten sind. Ob diese Veränderungen sich letztlich 'lediglich' als Elemente einer Reformierung oder Neujustierung der herrschenden Gesellschafts- und Geschlechterordnung erweisen oder als bedeutsames *Movens* zu deren fundamentalen Transformation oder gar Überwindung, ist derzeit unklar. Dies hängt von der Gesamtentwicklung der sich (global und lokal) in einer Vielfachkrise (Demirović/Maihofer 2013) befindenden Gesellschaften ab, aber ebenso davon, welche gesellschaftlichen Kräfte sich in den Auseinandersetzungen durchsetzen werden. Dabei wird sich zudem zeigen, ob die bestehende heteropatriarchale Geschlechterordnung für den Erhalt und die Weiterentwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsformationen notwendig ist, oder ob deren allmähliches Erodieren, wie es sich unter anderem am gegenwärtigen Wandel der Familie ankündigt, auch eine Krise der kapitalistischen Gesellschaftsformation insgesamt impliziert. Die heftigen (Kultur)Kämpfe könnten letzteres zumindest vermuten lassen.

Literatur

- AfD (Alternative für Deutschland). Wahlprogramm 2017. https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf. Heruntergeladen am 20.3.2018.
- Ariès, Philippe (1978): *Geschichte der Kindheit*. München.
- Baumgarten, Diana/Kassner, Karsten/Maihofer, Andrea/Wehner, Nina (2012): Warum werden manche Männer Väter, andere nicht? Männlichkeit und Kinderwunsch. In: Walter, Heinz/Eickhorst, Andreas (Hg.): *Das Väter-Handbuch*. Gießen, 415-443.
- Baumgarten, Diana/Burri, Jenny/Maihofer, Andrea (2017a): Die Entstehung der Vorstellungen von Familie in der (deutschsprachigen) Schweiz. Unveröffentlichter Analysebericht zu Handen der Metropolitankonferenz. Zürich.
- Baumgarten Diana/Luterbach, Matthias/Maihofer, Andrea (2017b): „Wenn Kinder da sind, kommen die an erster Stelle. Sonst muss man keine Familie haben.“ Berufsidentität und (antizipierte) Mutterschaft: Frauen und der Druck, sich zu entscheiden. *Freiburger Zeitschrift für GeschlechterStudien*, 23/1, 53-69.
- Baumgarten Diana/Wehner, Nina/Maihofer, Andrea/Schwiter, Karin (2017c): „Wenn Vater, dann will ich Teilzeit arbeiten“ Die Verknüpfungen von Berufs- und Familienvorstellungen bei 30jährigen Männern aus der deutschsprachigen Schweiz. *GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, Sonderheft 4*, 76-91.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1990): Von der Liebe zur Beziehung? In: Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth: *Das ganz normale Chaos der Liebe*. Frankfurt/M., 65-103.
- (1998): *Was kommt nach der Familie? Einblicke in neue Lebensformen*. München.
- Behnke Cornelia/Meuser Michael (2012): „Look here mate! I’m taking parental leave for a year“ – involved fatherhood and images of masculinity. In: Oechsle, Mechthild/Müller, Ursula/Hess, Sabine (Hg.): *Fatherhood in Late Modernity. Cultural Images, Social Practices, Structural Frames*. Opladen, Berlin, Toronto, 129-145.
- Bock, Gisela/Duden, Barbara (1977): Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hg.): *Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur 1. Sommeruniversität für Frauen*. Berlin, 118-199.
- Butler, Judith (2009). *Die Macht der Geschlechternormen. Und die Grenzen des Menschlichen*. Frankfurt/M.
- Demirović, Alex/Maihofer, Andrea (2013): Vielfachkrise und die Krise der Geschlechterverhältnisse. In: Nickel, Hildegard/Heilmann, Andreas (Hg.): *Krise, Kritik, Allianzen. Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven*. Weinheim, Basel, 30-48.
- Deleuze, Gilles (1979): Der Aufstieg des Sozialen. In: Donzelot, Jacques: *Die Ordnung der Familie*. Frankfurt/M., 244-252.
- Donzelot, Jacques (1979): *Die Ordnung der Familie*. Frankfurt/M.
- Engel, Antke (2007): Gefeierte Vielfalt. Umstrittene Heterogenität. Befriedete Provokation. Sexuelle Lebensformen in spätmodernen Gesellschaften. In: Bartel, Rainer/Finster, Waltraud/Ziegler, Meinrad (Hg.): *Heteronormativität und Homosexualitäten*. Innsbruck, Wien, Bozen, 43-63.

- Foucault, Michel (1979): *Sexualität und Wahrheit*. Bd.1: *Der Wille zum Wissen*. Frankfurt/M.
- (1992): *Was ist Kritik?* Berlin.
- (2000): *Die Gouvernementalität*. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart*. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt/M., 41-68.
- Fraser, Nancy (2016): *Contradictions of Capital and Care*. In: *New Left Review* 100, 1-13.
- Frevert, Ute (1986): *Frauen-Geschichte*. Zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit. Frankfurt/M.
- Habermas, Rebekka (2000): *Frauen und Männer des Bürgertums*. Göttingen.
- (2001): *Bürgerliche Kleinfamilie – Liebesheirat*. In: van Dülmen, Richard (Hg.): *Entdeckung des Ich*. Die Geschichte der Individualisierung vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Köln, Weimar, Wien, 287-309.
- Holthöfer, Ernst (1997): *Die Geschlechtsvormundschaft*. In: Gerhard, Ute (Hg.): *Frauen in der Geschichte des Rechts*. München, 390-451.
- König, Renée (1974): *Materialien zur Soziologie der Familie*. Köln.
- König, Tomke/Maihofer, Andrea (2004): „Es hat sich so ergeben“ – Praktische Normen familialer Arbeitsteilung. In: *Familiendynamik, interdisziplinäre Zeitschrift für systemorientierte Praxis und Forschung*, H. 3. Stuttgart, 209-232.
- König, Tomke (2012): *Familie heißt Arbeit teilen*. Transformationen der symbolischen Geschlechterordnung. Konstanz.
- Maihofer, Andrea (1995): *Geschlecht als Existenzweise*. Macht, Moral, Recht und Geschlechterdifferenz. Frankfurt/M.
- (2007): *Gender in Motion*. Gesellschaftliche Transformationsprozesse – Umbrüche in den Geschlechterverhältnissen? Eine Problemskizze. In: Grisard, Dominique/Häberlein, Jana/Kaiser, Anelis/Saxer, Sibylle (Hg.): *Gender in Motion*. Die Konstruktion von Geschlecht in Raum und Erzählung. Frankfurt/M., 218-315.
- (2014): *Familiale Lebensformen zwischen Persistenz und Wandel*. Eine zeitdiagnostische Zwischenbetrachtung. In: Behnke, Cornelia/Lengersdorf, Diana/Scholz, Sylka (Hg.): *Wissen – Methode – Geschlecht: Erfassen des fraglos Gegebenen*. Wiesbaden, 313-334.
- Maihofer, Andrea/Schutzbach, Franziska (2015): *Vom Antifeminismus zum 'Anti-Genderismus'*. Eine zeitdiagnostische Betrachtung am Beispiel Schweiz. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.): *Anti-Genderismus*. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld, 201-217.
- Maihofer, Andrea (2016): *Familie? Was ist das?* In: *Sozialalmanach*. Luzern, 101-118.
- (2018): *Freiheit – Selbstbestimmung – Autonomie*. In: Baer, Susanne/Sacksofsky, Ute (Hg.): *Autonomie im Recht – geschlechtertheoretisch vermessen*. Baden-Baden, 1-31.
- Meuser, Michael/Scholz, Sylka (2011): *Krise oder Strukturwandel hegemonialer Männlichkeit*. In: Bereswill, Mechthild/Neuberger, Christoph (Hg.): *In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert*. Münster, 56-79.

- Nay, Yv E. (2017): *Feeling Family. Affektive Paradoxien der Normalisierung von „Regenbogenfamilien“*. Wien.
- Röder, Brigitte (2012): *Beyond Elites: Neoevolutionistische Gesellschaftstypologien und Verwandtschaftsforschung als Alternative zur archäologischen Elitenforschung?* In: Kienlin, Tobias/Zimmermann, Andreas (Hg.): *Universitätsforschungen zur Prähistorischen Archäologie*. Band 215. Bonn, 105-124.
- Schnegg, Brigitte (2001): *Gleichgestimmte Seelen. Empfindsame Inszenierung und intellektueller Wettstreit von Männern und Frauen in der Freundschaftskultur der Aufklärung*. In: *Werkstattgeschichte* 28. Cloppenburg, 23-42.
- Schwiter, Karin/Hupka-Brunner, Sandra/Wehner, Nina/Huber, Evéline/Kanji, Shireen/Maihofer, Andrea/Bergman, Max (2014): *Warum sind Pflegefachmänner und Elektrikerinnen nach wie vor selten? Geschlechtersegregation in Ausbildungs- und Berufsverläufen junger Erwachsener in der Schweiz*. In: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, Themenheft „Institutional Doing Gender“*, H. 40, Nr. 3, 401-428.
- Segalen, Martine (1998): *Die industrielle Revolution: Vom Proletarier zum Bürger*. In: Burguière, André et al. (Hg.): *Geschichte der Familie*. 20. Jahrhundert. Frankfurt/M., 13-58.
- Sigusch, Volkmar (2005): *NeoSexualitäten. Über den kulturellen Wandel von Liebe und Perversion*. Frankfurt/M.
- SVP (Schweizerische Volkspartei) *Parteiprogramm 2015-2019*. https://www.svp.ch/wp-content/uploads/Parteiprogramm_2015-d.pdf. Heruntergeladen am 20.3.2018.
- Weibel, Fleur (2016): *Worin die Ehe besteht. Eine Rekonstruktion der staatlichen Anrufung von Liebespaaren auf dem Zivilstandesamt*. In: *GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*. 8/1, 43-57.
- Wetterer, Angelika (2003): *Rhetorische Modernisierung: Das Verschwinden der Ungleichheit aus dem zeitgenössischen Differenzwissen*. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): *Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II*. Münster, 268-319.

Julia Dück

Krise der sozialen Reproduktion – nicht mehr als eine Anpassungskrise?

Tendenzen von Verweigerung sowie Momente der Anpassung

Seit einigen Jahren mehren sich in der feministisch-geschlechterkritischen Forschung erneut Diskussionen um Fragen ‘sozialer Reproduktion’ oder ‘Care-Fragen’. Sie machen auf die Mängel und Lücken in der Versorgung von Kindern, Alten und Kranken oder der Selbstsorge und Regeneration der (eigenen und anderen) Arbeitskraft aufmerksam und diskutieren in diesem Zusammenhang auch die Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen und der geschlechtlichen Arbeitsteilung. Mit Begriffen wie der (sozialen) Reproduktions-, Care- oder Sorgekrise stellen sie sich in den Kontext der Debatten über die gegenwärtige (meist allein als Finanz- und Wirtschaftskrise thematisierten) Krise und verweisen darauf, dass sich in den letzten Jahrzehnten auch in den Reproduktionsverhältnissen Veränderungen vollzogen haben, die krisenhafte Folgen nach sich ziehen. Die Einschätzungen darüber, wie diese Krisen zu beurteilen sind, fallen jedoch unterschiedlich aus: So finden sich einerseits Annahmen einer Reproduktionskrise der Gesellschaft, welche die Zerstörung von Fürsorglichkeit und die Gefährdung der menschlichen Reproduktion als Gefährdung der individuellen Existenz sowie der Funktionsfähigkeit der Gesellschaft verstehen (vgl. Aulenbacher 2014). Andererseits werden die Veränderungen des fordistischen Reproduktionsmodells und ihre Folgen als Erschöpfungs-, Krankheits- und Motivationskrisen bezeichnet; die individuellen Erfahrungen von Belastung und Überforderung also als übermäßiger Verschleiß physischer, psychischer und/oder sozialer Ressourcen beschrieben, die daraus resultieren, dass es den Menschen nicht ohne Weiteres gelingt, den Verlust kollektiver Absicherungen auszugleichen und individuell für den Erhalt ihrer Arbeitsfähigkeit zu sorgen (vgl. Jürgens 2010; König/Jäger 2011). In den Debatten um eine Krise der sozialen Reproduktion finden sich schließlich auch Annahmen von Krisen der Reproduktionsweise bzw. der Sorgeökonomie, welche dafür argumentieren, dass die In-Wert-Setzung von Sorgearbeit ökonomische Krisen hervorruft, da ihr Grenzen der Produktivität immanent sind; die Care-Ökonomie gegenüber anderen Bereichen also struk-

turell unter Effizienz- und Kostendruck gerät und daher Krisen in der (Re-)Produktionsweise sowie einen Qualitätsverlust der Versorgung hervorruft (vgl. Madörin 2007; Chorus 2012).

Als 'Krisen' werden in den gegenwärtigen Diskussionen folglich die Gefährdung, Zerstörung und Erschöpfung von Arbeitskraft, Fürsorglichkeit und menschlichem Leben sowie Versorgungsengpässe und Qualitätsverluste der Versorgung diskutiert. Im vorliegenden Beitrag möchte ich zwar von den Annahmen und empirisch fundierten Analysen der feministisch-geschlechterkritischen Forschung zur Care- bzw. sozialen Reproduktionskrise ausgehen, zugleich jedoch argumentieren, dass es sich bei der Krise der sozialen Reproduktion nicht um eine Krise der Erschöpfung oder der Versorgung und Fürsorglichkeit im Sinne einer Zerstörung notwendiger menschlicher Existenz handelt, sondern um eine *Anpassungskrise* der Subjekte und ihrer Lebensweise(n) an die gewandelten Bedingungen der sozialen Reproduktion. Die Krise der sozialen Reproduktion stellt demnach keine Erschöpfung von für die kapitalistische Produktion notwendigen, jedoch endlichen Ressourcen dar – wie sie mit den Begriffen der Gefährdung der Arbeitskraft, der Zerstörung von Fürsorglichkeit oder der existentiellen Gefährdung menschlichen Lebens nahegelegt wird. Vielmehr können die Erschöpfungen und Verunsicherungen der Subjekte (auch) als krisenhafte Prozesse in gesellschaftlichen Transformationen verstanden werden. Ein Verständnis der Krise der sozialen Reproduktion als Krise der Zerstörung menschlichen Lebens sowie die Annahme, dass die Zerstörung von Arbeitskraft *unmittelbar* eine Krise gesellschaftlicher Reproduktion darstellt, resultiert dabei m.E. aus einer Verengung des Begriffs der sozialen Reproduktion. Um die These der Anpassungskrise argumentieren zu können, möchte ich daher zunächst den Begriff der sozialen Reproduktion konzeptionell in den Blick nehmen und erweitern, um ihn schließlich um krisentheoretische Überlegungen im Anschluss an Gramsci zu ergänzen.

Dass es sich hierbei nicht nur um Begriffsklaubereien handelt, sondern die These der Anpassungskrise auch ein Missverständnis der Prozesse sozialer Reproduktion in den feministischen Krisendebatten vermutet, wird in der zeitdiagnostischen Einschätzung der gegenwärtigen Situation der Krise deutlich. So gehe ich für die aktuelle Konstellation abschließend davon aus, dass sich zwar Momente von Erschöpfung, Überforderung und Leiden und darin auch von Infragestellungen der gewandelten Lebensweise(n) und Subjektivität(en) in der Reorganisation sozialer Reproduktionsverhältnisse finden. Zugleich nehme ich jedoch an, dass sich ebenso Prozesse der Anpassung, Zustimmung und damit des (passiven und aktiven) Konsenses aufzeigen lassen.

Kapitalismus, Reproduktion und Geschlecht: zum Begriff der (sozialen) Reproduktion

In marxistischen wie in feministischen Debatten gibt es eine lange Tradition der Beschäftigung mit Fragen von (sozialer) Reproduktion. Dabei zielt der Begriff in feministischen Debatten vor allem auf die 'menschliche Reproduktion' oder die 'Reproduktion des Lebens' und betrachtet diese im Zusammenhang von Geschlechterverhältnissen; im marxistischen Verständnis hingegen fokussiert der Reproduktionsbegriff im Wesentlichen auf die 'gesamtgesellschaftliche Reproduktion', also die Wiederherstellung *aller* gesellschaftlichen Verhältnisse, ohne jedoch die Vergeschlechtlichung der sozialen Reproduktionsverhältnisse (ausreichend) zu beleuchten (vgl. Asenbaum/Kinzel 2010).

Für meine Rekonstruktion eines Verständnisses der sozialen Reproduktion sind dennoch beide Debattenstränge hilfreich: Mit Hilfe der marxistischen Debatten um Reproduktion und im Anschluss an Althusser möchte ich die Dimension der „subjektivierenden Unterwerfung“ (Althusser 2012: 89) in das Verständnis des Begriffs integrieren sowie soziale Reproduktion im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang verorten; nämlich als *historisch spezifische* (Wieder-)Herstellung der physischen Arbeits- und Leistungsfähigkeit sowie der den (Arbeits-)Erfordernissen entsprechenden Qualifikationen, des (generativen) Ersatzes von Arbeitskräften sowie der Verinnerlichung von Herrschaftsverhältnissen und damit der Akzeptanz der gesellschaftlich-technischen Arbeitsteilung. Zugleich jedoch betrachte ich die Prozesse der sozialen Reproduktion im Anschluss an (queer-)feministische Debatten als *vergeschlechtlichte* und soziale Reproduktion daher als mit Hilfe von Geschlechterverhältnissen regulierte. In diesem Sinne verstehe ich soziale Reproduktion auch als zivilgesellschaftlich und staatlich reguliertes Verhältnis, in welchem zugleich auch Geschlechterverhältnisse reproduziert oder verändert werden.

'Reproduktion' in der marxistischen Debatte

Bei Marx (MEW 23) und an ihn anschließend bei Althusser (2012) wird die Perspektive der (gesellschaftlichen) 'Reproduktion' eingeführt, um zu erklären, wie kapitalistische Gesellschaften sich selbst immer wieder herstellen, das heißt, wie sie ihre Bedingungen und Voraussetzungen erhalten. Obwohl Marx den Blick dabei primär auf den Produktionskreislauf richtet und Althusser vor allem die ideologisch-staatlichen Verhältnisse betrachtet, geht es beiden letztlich um die Frage, welche Bedingungen eine kapitalistische Gesellschaft reproduzieren muss, um sich selbst wiederherstellen zu können. Ihrem Verständnis zu Folge umfasst der

Reproduktionsbegriff sowohl die Wiederherstellung von Produktionsmitteln (also beispielsweise die Wiederherstellung von Rohstoffen, Maschinen oder Gebäuden) als auch die Reproduktion von Produktionsverhältnissen (also der ökonomisch-politischen, ideologisch-kulturellen und rechtlichen Bedingungen, welche den Re-Produktionsprozess gewährleisten; MEW 23: 591ff.). Folglich gehen sie davon aus, dass kapitalistische Gesellschaften sich nur reproduzieren können, wenn sie sowohl ihre *stofflichen* als auch ihre *sozialen* Bedingungen sicherstellen.

Eine notwendige – soziale und stoffliche – Voraussetzung für die gesellschaftliche Reproduktion bildet die Reproduktion der Arbeitskraft. Da sie den Ursprung des kapitalistischen Mehrwerts im Produktionsprozess – und damit den Kern kapitalistischer Produktionsweise – bildet, muss ihre Reproduktion nach Marx gewährleistet werden (ebd.: 181): Dabei muss sowohl die physische und generative Reproduktion der Arbeitskraft als auch das Verhältnis von Arbeiter_in und Kapitalist_in sichergestellt werden. Einerseits muss also gewährleistet werden, dass die Menschen physisch und qualifikatorisch in der Lage sind, die Produktion am Laufen zu halten, sowie dass jederzeit genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, um die durch Krankheit oder Tod scheidenden Arbeitskräfte im Produktionsprozess (generativ) zu ersetzen. Andererseits muss jedoch auch garantiert werden, dass die Trennung der Arbeiter_innen von den Produktionsmitteln – und somit das Verhältnis von Arbeiter_in und Kapitalist_in – reproduziert wird, d.h. die Arbeitskräfte permanent gezwungen sind, im Produktionsprozess wieder zu erscheinen, um die eigene (und fremde) Reproduktion leisten zu können (ebd.: 186). Im Produktionsprozess muss daher sichergestellt werden, dass die Arbeiter_innen von der Mehrwertproduktion und somit der Aneignung des Reichtums getrennt bleiben, also für den Reichtum anderer produzieren und zugleich selbst auf den Verkauf der eigenen Arbeitskraft angewiesen bleiben. Allerdings ist die Notwendigkeit der physischen ebenso wie der generativen Reproduktion der Arbeitskräfte mit Marx nicht als „absolute“ misszuverstehen: So können der „frühzeitige Verschleiß“, gesundheitliche Belastungen oder der vorzeitige Tod von Arbeitskräften aus der Perspektive eines gelingenden Produktionskreislaufs dann hingenommen werden, wenn genügend Ersatz von Arbeitskräften vorhanden ist, d.h. die Zerstörung menschlicher Existenzen nicht *unmittelbar* dazu führt, dass die Produktion ins Stocken gerät. Ein Arbeitskräftemangel muss folglich nicht notwendigerweise durch „generativen Ersatz“ kompensiert werden, sondern kann auch durch die Erschließung neuer Arbeitskräftepotentiale bearbeitet werden (beispielsweise durch die Erwerbsintegration von Bevölkerungsteilen, die zuvor nicht erwerbstätig waren oder durch die territoriale Erschließung neuer Bevölkerungen; MEW 23: 281).

Im Anschluss an Althusser muss neben den physischen, qualifikatorischen und generativen Bedingungen sowie der Trennung von den Produktionsmitteln ebenfalls gewährleistet werden, dass die Menschen sich der gesellschaftlich-technischen Arbeitsteilung fügen, dass sie also die Klassenverhältnisse akzeptieren und verinnerlichen (Althusser 2012: 223). Folglich muss auch die subjektivierende Unterwerfung sichergestellt werden, indem die Menschen, ihre Gewohnheiten, Lebensweisen und ihr Denken mit Hilfe ideologischer und repressiver Staatsapparate „zugerichtet“ werden (ebd.: 119f.). In den Institutionen des Staates werden die Subjekte daher nicht nur mit Wissen und Fähigkeiten ausgestattet, um qualifikatorisch in der Lage zu sein, ihre Arbeit zu erledigen; vielmehr erlernen sie auch die Regeln der Unterdrückung anderer bzw. der Selbstunterdrückung (ebd.: 88). So hat Althusser die Vorstellung, dass die unterschiedlichen Stufen des Bildungssystems den verschiedenen gesellschaftlichen Anforderungen im Produktionsprozess und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung entsprechen, dass also die Menschen je nach Position in der gesellschaftlich-technischen Arbeitsteilung mit entsprechenden Fähigkeiten und einem spezifischen Wissen ausgestattet werden (ebd.). Die Praxen, Vorstellungen und Werte der Menschen werden dabei in Schulen, Theatern, Medien, Parteien, Familien oder Kirchen, aber ebenso durch Gesetze, Gerichte oder Gefängnisse formiert. In diesem Sinne wird die subjektivierende Unterwerfung unter die Herrschaftsverhältnisse organisiert und reproduziert.

Um die Reproduktion der Arbeitskräfte zu gewährleisten, müssen folglich einerseits – beispielsweise über Löhne sowie Bildungsinstitutionen – Bedingungen geschaffen werden, in denen die Arbeitskräfte sich selbst, ihre Fähigkeiten sowie ihren (generativen) ‘Ersatz’ reproduzieren können. Andererseits müssen die Lebensweisen und Subjektivitäten der Menschen jedoch auch den Anforderungen der Produktion entsprechend angepasst und ihre Gewohnheiten und Seins-Weisen daher in den ideologischen und repressiven Staatsapparaten formiert werden.¹

Die Reproduktion der Arbeitskraft erfolgt nach Gramsci dabei als *historisch spezifische*; das heißt, in einem kohärenten Verhältnis von einer spezifischen kapitalistischen Produktionsweise, spezifischen Lebensweisen und bestimmten Seins-Weisen von Menschen (Gramsci 1991: 2086). Dieses Verhältnis ist dadurch

1 Die konkrete Art und Weise der Reproduktion der Arbeitskraft ist dabei keinesfalls ‘abgeleitet’ oder ‘vorherbestimmt’: In und um die politischen und zivilgesellschaftlichen Institutionen finden vielmehr gesellschaftliche Kämpfe statt, in denen die Fragen, welche Fähigkeiten, Vorstellungen und welches Wissen vermittelt, welche Arbeitsteilungen etabliert oder welche Gewohnheiten durchgesetzt werden können, umkämpft sind.

charakterisiert, dass sich die Vernutzung der Arbeitskraft im Arbeitsprozess, die Anforderungen an ihre Qualifikationen, die Gewohnheiten der Lebensführung, die Alltagspraxen und Subjektivität der Lohnabhängigen nicht nur wechselseitig bedingen, sondern auch stützen, um eine 'gelingende' *gesellschaftliche* Reproduktion zu gewährleisten. Neue Methoden der Produktion sowie neue Lebens- oder Seins-Weisen können sich folglich nur in einem Wechselverhältnis verallgemeinern: Am Beispiel der beginnenden gesellschaftlichen Umbrüche im Zuge des Fordismus zeigt Gramsci diesbezüglich auf, dass die fordistischen Arbeits- und Produktionsmethoden sich weder mit der ausschweifenden Suche nach sexueller Gelegenheitsbefriedigung noch mit den Gewohnheiten des über die Stränge schlagenden Alkoholkonsums vertragen, da sie den Erfordernissen der regelmäßigen, routinierten Bewegungen fordistischer Fließbandproduktion widersprechen (ebd.: 2089). In diesem Zusammenhang weist er darüber hinaus nach, dass durch staatliche und private Kampagnen der Prohibition sowie der Monogamie, Ehe und puritanischen Lebensweise versucht wird, die Menschen in ihren Alltagspraxen, Gewohnheiten und Subjektivitäten zu formieren und den fordistischen Erfordernissen entsprechend anzupassen. Um ein kohärentes Verhältnis von Produktions-, Lebens- und Seins-Weise herzustellen, muss politisch und zivilgesellschaftlich also sichergestellt werden, dass die Vernutzung der Arbeitskraft und die Anforderungen an ihre Qualifikationen im veränderten Produktionsprozess mit einem entsprechenden psycho-physischen, äußeren Gleichgewicht einhergehen (ebd.: 2087ff.); es müssen also (finanzielle und zeitliche) Möglichkeiten der Regeneration und eine den Erfordernissen angepasste Lebensweise und Subjektivität in Bezug auf Gewohnheiten der Sexualität, des Alkoholkonsums, der Gesundheit oder der Erholung in den Institutionen des integralen Staates geschaffen werden.

Zum Begriff der sozialen Reproduktion in den (queer)-feministischen Diskussionen

Die feministischen Debatten um Reproduktion setzen dort an der marxistischen Theoretisierung an, wo diese eine Leerstelle hinterlässt: Sie verweisen auf die Verwobenheit der sozialen Reproduktion mit den Geschlechterverhältnissen. Im Anschluss an die Debatten um Hausarbeit wird von Autor_innen der Zweiten Frauenbewegung diesbezüglich herausgearbeitet, dass die Prozesse der sozialen Reproduktion – vermehrt seit der Verallgemeinerung des Hausfrauen-Ernährer-Modells im Fordismus – überwiegend von Frauen_, unbezahlt und im Verborgenen geleistet werden (Dalla Costa 1973: 39f.; Federici 2012: 111f.). Mit Hilfe

der „Hausfrauisierung“ (Mies 1983: 165) wird dabei einerseits die billigste – weil unbezahlte – Form der Reproduktion sichergestellt, andererseits erfolgt diese auf Kosten von Frauen_, d.h. mit Hilfe von geschlechtlicher Arbeitsteilung.² Die gesellschaftliche Gewährleistung von sozialer Reproduktion wird also als privater Liebesdienst organisiert, wobei dieser sich erst – wie die feministischen Rekonstruktionen zur Entstehung der Hausarbeit zeigen – im Zuge der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise herausbildet (vgl. Bock/Duden 1977). Mit der Auflösung der ständischen, räumlichen und wirtschaftlichen Einheit von Familie und Erwerb ist folglich ein funktional getrennter Bereich der Reproduktion entstanden, der die Wiederherstellung der Arbeitskraft zugleich als private organisiert hat. In der Herausbildung kapitalistischer Produktionsweise sind die Prozesse der sozialen Reproduktion jedoch nicht nur verstärkt an die geschlechtliche Arbeitsteilung gekoppelt worden, vielmehr wurden darin auch die reproduktiven Funktionen von Frauen_ unter kapitalistische Kontrolle gestellt (Mies 1983: 188): Um die generative Reproduktion und damit den Ersatz von Arbeitskräften zu garantieren, musste das „natürliche Monopol“ (Werlhof 1983: 127; Bennholdt-Thomsen 1983: 199) der Gebärfähigkeit von Frauen_ den kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen untergeordnet werden. Als Konsequenz der Gebärfähigkeit wurde ihnen daher auch die Verantwortung für die Hausarbeit sowie die Kindererziehung zugeschrieben und mit Hilfe der „Hausfrauisierung“ von Frauen_ im Fordismus abgesichert (Mies 1983: 165).³ Da die kapitalistische Produktionsweise durch die Trennung von der Reproduktion nicht in der Lage ist, aus sich selbst heraus die (generative) Reproduktion der Arbeitskraft zu gewährleisten, muss folglich – als Konsequenz der Sphärentrennung – die

-
- 2 Historisch und bis heute stellt die Institution Familie dabei ein klassenselektives Projekt dar: Die ‘Familiarisierung’ der Arbeiter_innenklasse fand gegenüber dem Bürgertum nicht nur später statt, sondern gestaltete sich auch anders aus. So haben auch im Fordismus nicht alle Frauen_ ‘nur’ Hausarbeit verrichtet, sondern mussten einige Frauen_ schon immer ebenfalls arbeiten, um genügend Geld für die Familien zur Verfügung zu haben. Dennoch stellte die fordistische Hausfrauen-Ehe ein Reproduktionsmodell dar, das sich gesellschaftlich verallgemeinern und hegemonial werden konnte.
 - 3 Ich übernehme an dieser Stelle zwar das Argument, dass in der Regulierung der sozialen Reproduktion die Verfügung und Kontrolle über den vergeschlechtlichten Körper gesellschaftlich organisiert wird, teile jedoch nicht die Auffassung, dass es sich dabei um ein ‘natürliches weibliches Monopol’ handelt. ‘Geschlecht’ sowie die gesellschaftliche Re-Produktion vergeschlechtlichter Körper verstehe ich als gesellschaftlich hergestellt, auch wenn ich die Annahme teile, dass die generative Reproduktion ebenso eine ‘stofflich-biologische’ Dimension (vgl. Kontos in diesem Band) besitzt.

Verfügung und Kontrolle über vergeschlechtlichte Körper und Gebärfähigkeit immer wieder neu sichergestellt werden.

Die geschlechtliche Arbeitsteilung sowie die Verfügung über (weibliche) Gebärfähigkeit sind dabei zugleich mit Hilfe neuer Erziehungspraktiken und Vorstellungen von Kindheit sowie veränderten Formen von Weiblichkeit und Familie (vgl. Beer 1990: 152ff.) und somit einer Naturalisierung des Verhältnisses von Gebärfähigkeit, Mütterlichkeit und Partnerschaft politisch-ideologisch abgesichert worden. Die Intimisierung und Emotionalisierung von Familie als Hort von Erholung, Muße und Regeneration ist daher auch mit der Schaffung und Idealisierung eines (neuen) Weiblichkeitsbildes einhergegangen, das mit Attributen wie Häuslichkeit, Sittlichkeit, Stille und Abgeschiedenheit ausgestattet wurde (Beer 1990: 219f.; Bock/Duden 1977: 124, 133ff., 150f.). Häusliche Fertigkeiten wurden so zum 'natürlichen', durch Geburt angeeigneten Bestandteil weiblicher Identität (Federici 2012: 116).

Der Verdienst der Hausarbeitsdebatte liegt schließlich darin, die physische, psychische, emotionale und generative Reproduktion der Arbeitskraft als Prozess beschrieben zu haben, der mit Hilfe von geschlechtlicher Arbeitsteilung sowie der Verfügung über vergeschlechtlichte Körper sichergestellt wird. Obwohl mit den Veränderungen der Weiblichkeitsideale auch die ideologischen Prozesse der subjektivierenden Unterwerfung der Arbeitskraft angesprochen wurden, bleiben sie in den Debatten um Hausarbeit dennoch nachgeordnet.

Erst mit dem vermehrten Aufkommen von Fragen nach der *Herstellung* von 'Geschlecht' seit den 1990er-Jahren rücken die Formen „vergeschlechtlichter Subjektivierung“ (vgl. Ludwig 2007) verstärkt in den Fokus (queer-)feministischer Beschäftigung: Sie richten den Blick vor allem auf die Frage, *wie* sich die Herausbildung von historisch spezifischen Formen von Weiblichkeit bzw. Geschlechtlichkeit vollzieht, und rücken damit die Rolle des (integralen) Staates ins Zentrum. So werden die 'natürlichen' Eigenschaften von Geschlechtern und die als normal erachtete binäre Organisation von Zweigeschlechtlichkeit darin als Effekt hegemonialer gesellschaftlicher Praktiken, institutioneller Ansprachen und staatlicher Regulierungen verstanden. Demnach leitet der (integrale) Staat die Subjekte dazu an, bestimmte *vergeschlechtlichte* Denk-, Fühl- und Handlungsweisen sowie kulturelle, moralische und intellektuelle Gewohnheiten in ihren alltäglichen Praxen zu reproduzieren und nimmt damit eine wesentliche Rolle im Prozess der Vergeschlechtlichung ein (vgl. Pühl 2001: 39; Ludwig 2007: 200): Mit Hilfe (queer-)feministischer Debatten wird folglich sichtbar, dass die subjektivierende Unterwerfung der Menschen unter die Herrschaftsverhältnisse nicht nur ihre Positionierung innerhalb der gesellschaftlich-technischen Arbeitsteilung

umfasst, sondern auch die Re-Produktion und Verinnerlichung von hierarchischen Geschlechterverhältnissen in Form „vergeschlechtlichter Subjektivierung“ (vgl. Ludwig 2007). Die subjektivierende Reproduktion der Arbeitskraft beschreibt demnach nicht nur das Erlernen von Regeln der (Selbst-)Unterdrückung in Bezug auf Klassen-, sondern auch in Bezug auf Geschlechterverhältnisse.

Wenn folglich die Geschlechtlichkeit von Subjekten nicht als *natürliche* angenommen wird, muss eine Analyse von sozialen Reproduktionsverhältnissen neben der historisch spezifischen Ausgestaltung geschlechtlicher Arbeitsteilung oder der Kontrolle und Verfügung über vergeschlechtlichte Körper und Generativität schließlich auch die staatlichen Politiken in den Blick nehmen, welche die vergeschlechtlichten Subjekte erst herstellen und ihre Unterwerfung unter die Geschlechterverhältnisse als Regulierungsverhältnisse sicherstellen.

Gesellschaftliche Transformationen und Krisen im Kapitalismus: zum Begriff der Krise der sozialen Reproduktion

Vor dem Hintergrund eines erweiterten Verständnisses von sozialer Reproduktion stellt sich die Frage, inwiefern die Begriffserweiterung zu einem veränderten Blick auf die Entwicklungen in den Reproduktionsverhältnissen beiträgt; d.h. inwiefern bzw. in welcher Weise die Erweiterung nunmehr auch ein anderes Krisenverständnis für die Prozesse der sozialen Reproduktion nach sich zieht. Wesentlich ist hierfür einerseits die differenzierte(re) Betrachtung der gesellschaftlichen Verortung von sozialen Reproduktionsverhältnissen, nämlich die Annahme, dass die Infragestellung der Reproduktion der Arbeitskraft nicht unmittelbar zu einer Krise der Produktionsweise führen muss, da sie aus *kapitalistischer* Perspektive – durch Migrationspolitiken oder Erwerbsintegration von (neuen) gesellschaftlichen Gruppen – bearbeitet werden kann, auch wenn die Bearbeitung selbst (neue) soziale Verwerfungen nach sich zieht oder nur einen Teil der Widersprüche aufgreifen kann. Darüber hinaus macht andererseits die Erweiterung des Verständnisses von sozialer Reproduktion möglich, Prozesse der vergeschlechtlichten, subjektivierenden Unterwerfung als mögliche Krisen in den Blick zu nehmen – nämlich als Infragestellung des historisch spezifischen, herrschaftsförmigen Zugriffs auf die Subjekte oder als krisenhafte Prozesse der Transformation von vergeschlechtlichter Subjektivität und Lebensweise(n) in Folge von veränderten Anforderungen. Auf letzteres möchte ich im Folgenden eingehen und mich daher der Frage zuwenden, in welcher Weise die Veränderungen in den sozialen Reproduktionsverhältnissen als krisenhafte Reaktionen auf veränderte Bedingungen beschrieben werden können.

In marxistischen wie neuerdings auch in feministischen Debatten finden sich wie zum Begriff der Reproduktion ebenso zahlreiche Ansätze zur Krise. Allerdings nehmen marxistische Debattenstränge überwiegend ökonomische und politische Krisen, jedoch Prozesse der sozialen Reproduktion nicht aus krisentheoretischer Perspektive in den Blick, während feministische Debatten zwar von einer Krise der sozialen Reproduktion ausgehen, jedoch die Tiefe und Reichweite dieser subjektiven Krisenerfahrungen im Verhältnis zur gesellschaftlichen Reproduktion nicht klären. Um die jeweiligen Beschränkungen zu umgehen, setze ich daher bei Gramsci Krisenverständnis an. Das Spezifische seines Ansatzes besteht darin, über die rein ökonomische und politische Dimension hinaus eine *Vielzahl* von Krisenprozessen in den Blick zu nehmen, die sich aus den zueinander ins Missverhältnis geratenden Ebenen und Strukturen der Gesellschaft ergeben (können) (Haug 2010: 2134). Zugleich entwickelt er jedoch auch ein Verständnis der Reichweite verschiedener Prozesse, verortet diese also im gesellschaftlichen Gefüge. Im Zusammenhang mit Veränderungen der Produktionsweise spricht Gramsci von Krisen der Gewohnheiten oder der Anpassung und beschreibt darin Prozesse der Herausbildung von neuen Lebens- und Seins-Weisen. Mit Hilfe seines Krisenverständnisses können folglich die Prozesse der sozialen Reproduktion in den Blick genommen werden. Obwohl der Begriff der „Anpassungskrise“ (Gramsci 1991: 2092) bei Gramsci selbst keinen zentralen Stellenwert einnimmt und daher nicht ausreichend entwickelt ist, möchte ich meinen Fokus nachfolgend dennoch auf die in diesem Zusammenhang beschriebenen Prozesse richten und argumentieren, dass der Begriff für das Verständnis der gegenwärtigen Krisen der sozialen Reproduktion wesentlich ist.

„(Anpassungs-)Krise“ im Anschluss an Gramsci: Zur Krise der sozialen Reproduktion als Prozess der Herausbildung neuer Regelmäßigkeiten, Gewohnheiten und Subjektivitäten

Gramsci beschreibt gesellschaftliche Transformationen und Krisen als Prozesse, in denen nicht nur die Arbeits- und Produktionsmethoden, sondern auch (alte) Lebensformen und Subjektivitäten zu Hemmnissen und Hindernissen werden können. Für die Suche nach einem Verständnis von Krisen der sozialen Reproduktion ist vor allem interessant, dass er im Zusammenhang der Verallgemeinerung neuer Produktionsweisen von „Krisen der Gewohnheiten“ oder der „Anpassung“ spricht. Er beschreibt damit Prozesse, in denen sich mit Hilfe eines „mechanischen Drucks“ (Gramsci 1991: 2082) der Gesellschaft und des Staates psycho-physische Transformationsprozesse der Seins- und Lebensweise vollzie-

hen, in denen also die Gewohnheiten und Subjektivität der Menschen an die (gewandelten) Erfordernisse der Produktionsweise anzupassen versucht werden. Diese Herausbildungsprozesse verdeutlicht er am Beispiel der gesellschaftlichen Umbrüche des Fordismus, wobei er darin vor allem auf die Veränderungen der sexuellen Gewohnheiten, der Freizeitgestaltung und des Alkoholkonsums verweist. Im Versuch der Anpassung von Menschen an die neuen Gegebenheiten entstehen „Krisen der Gewohnheiten“, die sich beispielsweise in psychischem Leiden oder in „Krankheitskrisen“ (ebd.: 2064) äußern: Denn einerseits sind die Routinen und Regelmäßigkeiten der Menschen zäh, langlebig und schwer veränderbar, da sie ihnen als „absolute“ und „natürliche“ erscheinen (ebd.: 1690); andererseits leisten die Subalternen Widerstand gegen ihre „Zurichtung“ und „Manipulation“ gemäß den neuen Zielen (ebd.: 2063). Die Herausbildung neuer Regelmäßigkeiten, Gewohnheiten und Subjektivitäten vollzieht sich also nur durch Krisen der subalternen Klassen hindurch und stellt langwierige Prozesse der Umwälzung von (alten) Routinen dar. Wird das Resultat der Veränderung jedoch erzielt, löst sich der Erzwingungsdruck und werden die neuen Lebensweisen und Subjektivitäten zu einer „zweiten Natur“ (ebd.: 2082).

Zwar beschreibt Gramsci die gesellschaftlichen Umbrüche am Beispiel des Fordismus, zugleich geht er jedoch davon aus, dass alle bisherigen Wandlungen der Seins- und Lebensweise, alle psycho-physischen Transformationsprozesse und somit auch jeder neue, komplexe Vergesellschaftungsmodus nur durch weitreichende, krisenhafte Wandlungsprozesse erreicht wurden. Parallel zur Herausbildung neuer Regelmäßigkeiten im Fordismus können aus feministischer Perspektive daher auch für die Durchsetzung des Neoliberalismus weitreichende Umbrüche der Lebensweise(n) und Subjektivitäten beschrieben werden: So werden der Wegfall kollektiver Absicherungen, die zunehmende Erwerbsintegration von Frauen, gestiegene Anforderungen in Bezug auf Arbeits- und Reproduktionserfordernisse oder eine weitreichende Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen thematisiert sowie Veränderungen in den vergeschlechtlichten Subjektivierungsweisen konstatiert. Zeitgleich mit der Reorganisation der sozialen Reproduktion ist dabei die mütterlich-häusliche, fürsorgliche und ‘natürlich’-zuständige Weiblichkeit durch das neoliberale Ideal einer beruflich erfolgreichen, karriereorientierten und mit entsprechenden *soft skills* ausgestatteten Weiblichkeit herausgefordert worden; es ist jedoch auch die fordistische Männlichkeit mit ihrem ausschließlichen Fokus auf Erwerbsarbeit, genormten Aufstiegs- und Erfolgswegen und ihrer paternalistisch-geschlechterhierarchischen Verantwortlichkeit in die Krise geraten durch das Auftreten einer neoliberalen Männlichkeit, die souverän mit Unsicherheit und Flexibilisierung umgeht sowie aggressiv, dominant und kompetitiv, dabei

aber dennoch teamfähig ist (vgl. Sauer 2011; Meuser/Scholz 2012). Zugleich sind in Folge der neoliberalen Reorganisation von Arbeits- und Lebensverhältnissen jedoch auch (neue) Widersprüche und Krisen entstanden, wie die feministischen Diskussionen der Care- und Krise der sozialen Reproduktion zeigen.

Mit Gramscis Vorstellung der Anpassungskrisen lassen sich diese (subjektiven) Erschöpfungen, Motivations- oder Gesundheitskrisen jedoch als Reaktionen auf die gewandelten Bedingungen und als Herausbildung neuer Regelmäßigkeiten verstehen. In Folge der Durchsetzung des Neoliberalismus sind demnach „alte“ Lebensweisen und fordistische Subjektivitäten – nämlich geschlechtliche Arbeitsteilungen der Hausfrauen-Alleinernter-Ehe sowie die paternalistische Männlichkeit und die fürsorglich-häusliche Weiblichkeit des Fordismus – zu Hemmnissen der gesellschaftlichen Transformation geworden und daher unter Druck geraten. Zugleich haben sich (teilweise) neue Regelmäßigkeiten herausgebildet: Wie einige Studien zeigen, finden sich als Reaktion auf prekäre Arbeits- und Lebenslagen beispielsweise in prekarierten Milieus pragmatische Modernisierungen von Männlichkeit und geschlechtlicher Arbeitsteilung in Richtung egalitärer(er) Geschlechterverhältnisse (vgl. Heilmann 2015), die auf neue partnerschaftliche Arrangements sowie eine Neu-Verteilung und Reorganisation von sozialer Reproduktion in den Privathaushalten verweisen. Darüber hinaus lässt sich auch eine Verkürzung familienbedingter Nichterwerbsphasen von Frauen_ oder vermehrte Nutzungen von Elternzeiten durch Väter konstatieren, die den Eindruck verstärken, dass sich hier zumindest ein Teil der ‘alten’ Gewohnheiten verschoben hat. Auch Veränderungen von Familie weisen in diese Richtung: So haben sich die Formen des Zusammenlebens von der Kernfamilie und ihren stabilen, emotionalen Beziehungen hin zu einem flexiblen, punktuellen und an Ereignissen orientierten Zusammenkommen von Familie verschoben sowie eine Pluralisierung von Familienformen ermöglicht, in denen jedoch das alltägliche Managen von Betreuungs-, Freizeit-, Lern- oder Sportangeboten für die Kinder wichtiger geworden ist. Darüber hinaus ist es zu einer Auslagerung von Regenerations- und Sorgeverpflichtungen gekommen, sodass beispielsweise psychologische Beratungen, zeitlich flexible Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote, Dienstleistungen im Haushalt oder Freizeit- und Entspannungskurse zugenommen haben und nicht mehr als „originär weibliche Haushaltsaufgaben“ verstanden werden. (vgl. Kontos 2015)

Die Zurichtungen der Subjekte an die neuen Gegebenheiten müssen allerdings als umkämpfte, ambivalente und ungleichzeitige Prozesse von Anpassung und Widerstand, von Festhalten an Altem und Verinnerlichung von Neuem, von Brüchen und Persistenzen verstanden werden: So kommt es *teilweise* zu Adap-

tionen in Bezug auf neue Gewohnheiten, Regelmäßigkeiten oder Subjektivitäten, zugleich entstehen jedoch auch Widerstand oder Verweigerungen. Die Prozesse der Herausbildung neuer, geschlechteregalitärer Denk-, Fühl- und Handlungsweisen sowie die (teilweise) Verlagerung von Reproduktionsverantwortungen vollziehen sich folglich nur durch Krisen der Anpassung hindurch; führen also zu Konflikten in den Partnerschaften, Überforderungen oder (psychischen) Erschöpfungen sowie zu (Arbeits-)Konflikten um die Reorganisation von sozialer Reproduktion in der bezahlten Sorgearbeit (insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Altenpflege und Kindererziehung).⁴ In Ergänzung zu Gramscis Beschreibung der Anpassungskrise möchte ich darüber hinaus darauf verweisen, dass die Zurichtungen der Subjekte *klassenspezifisch* und entlang von *rassistischen Grenzziehungen* verlaufen. Die Prozesse der Anpassung sind daher ungleichzeitig in zweifacher Hinsicht: Sie sind es in Bezug auf die Anpassungen selbst, d.h. als gleichzeitiger Prozess von Adaption und Widerstand; sie sind es jedoch auch in Bezug auf unterschiedliche gesellschaftliche Positionierungen. Folglich kommt es (bisher) teilweise zu Erschöpfungen und Überforderungen, während es einem Teil der Subjekte zugleich möglich ist, die Veränderungen der sozialen Reproduktion (individuell) zu bearbeiten. So zeigen sich beispielsweise in Bezug auf Veränderungen in der geschlechtlichen Arbeitsteilung Beharrungstendenzen sowohl in den Management-Etagen als auch in urbanen Mittelschichtshaushalten: Im hochqualifizierten Akademiker_innenmilieu können – wie verschiedene Studien zeigen – noch ausreichend materielle Ressourcen mobilisiert werden, um den durch das neoliberale Adult-Worker-Modell verursachten Ausfall weiblicher Reproduktionsarbeiten im Haushalt durch Delegation der Arbeiten an Dritte – meist prekäre, illegalisierte und migrantische Dienstleistende – zu kompensieren. (Heilmann 2015: 109; vgl. auch Koppetsch/Speck 2015) Während es also für Einige möglich ist, die gestiegenen Anforderungen zu delegieren, werden die anfallenden Reproduktionsverantwortungen andererseits entlang von rassistischen Verhältnissen neu verteilt. Interessant ist dennoch, dass auch in den meist konventionell heterosexuellen Ehe-Arrangements zumindest ein Teil des Anpassungsdrucks zu wirken scheint, denn die weiter bestehenden

4 Da der Schwerpunkt des vorliegenden Beitrags ein theoretisch-konzeptioneller ist, der die These der Anpassungskrise entwickeln möchte, kann auf empirische Befunde nur eklektizistisch eingegangen werden. Mir ist bewusst, dass die Widersprüche, Verweigerungen und Kämpfe im Versuch der Reorganisation von sozialer Reproduktion differenzierter in den Blick genommen werden müssten, um eine umfassende Einschätzung zu entwickeln. An anderer Stelle versuche ich daher, darauf einen ausführlicheren Blick zu werfen: vgl. Dück 2018.

geschlechterhierarchischen Arbeitsteilungen werden mit einer modernisierten Egalitätsrhetorik legitimatorisch abgedeckt (Heilmann 2015: 110).

Akkumulation molekularer Widersprüche und Verdichtung zur organischen Krise

Im Anschluss an Gramsci können die (subjektiven) Krisen der Anpassung folglich als Prozesse in gesellschaftlichen Transformationen verstanden werden, die sich durch eine krisenhafte Herausbildung neuer Regelmäßigkeiten hindurch vollziehen, jedoch – sobald die neuen Gewohnheiten zur ‘zweiten Natur’ geworden sind und der (Erzwingungs-)Druck nachlässt – neue Lebensweisen und Subjektivitäten zur Verallgemeinerung bringen.⁵ Weil die molekularen, konjunkturellen Krisenprozesse jedoch nicht vorhersehbar und kontrollierbar sind, bergen sie dennoch immer zugleich die Gefahr, sich über einen längeren Zeitraum zu akkumulieren und schließlich zu einer umfassenden und dauerhaften organischen Krise zu verdichten (Candeias 2011: 47f.). Kommt es durch die Infragestellung von neuen Gewohnheiten oder Subjektivitäten folglich zu einer Erosion des Zusammenhangs von Produktions-, Lebens- und Seins-Weise, spricht Gramsci von *organischen* Krisen; von Krisen also, in denen das wechselseitige Stützungsverhältnis verschiedener Verhältnisse zueinander ins Wanken gerät (ebd.). Der Begriff der organischen Krise meint in diesem Sinne einen Prozess, in dem *eine* mögliche Krisentendenz darin bestehen kann, dass die Formen der Ausbeutung von Arbeitskraft und die Erfordernisse an ihre Qualifikationen im Widerspruch stehen mit den alltäglichen Gewohnheiten der Lebensführung und der Subjektivität der Lohnabhängigen; dass also beispielsweise Ansprüche an das familiäre Zusammenleben, partnerschaftliche Arrangements, Interessen an aktiver Eltern- oder Vaterschaft oder seelischer wie körperlicher Gesundheit mit den Anforderungen flexibilisierter, entgrenzter und prekärer Arbeitsverhältnisse konfliktieren. Wenn und indem sie Bestandteil von organischen Krisen sind, stellen Krisen der sozialen Reproduktion demnach *transformierende* Krisenprozesse dar. Krisen der sozialen Reproduktion können sich dabei auch mit

5 Mit dem Begriff der ‘Verallgemeinerung’ von Lebensweisen und Subjektivitäten soll nicht suggeriert werden, dass die Veränderungen sich absolut und für alle geltend umsetzen: Wie auch in der fordistischen Phase existieren verschiedene geschlechtliche Arbeitsteilungen und Familienmodelle, Formen von Männlichkeit/Weiblichkeit, partnerschaftliche Arrangements usw. nebeneinander; sind die Prozesse der Veränderung folglich ungleichzeitig und niemals absolut und total.

anderen Krisenprozesse überlagern und zu organischen Krisen verdichten: So kann sich beispielsweise die Erschöpfung der Subjekte auf die Produktivität der Lohnarbeitsverhältnisse auswirken und über Innovationsmangel und verringerte Effizienzen zu Krisen der Produktionsweise führen bzw. bestehende ökonomische Krisen verstärken (Candeias 2012: 16).

Dass zumindest Tendenzen einer solchen Überlagerung gegenwärtig befürchtet werden, zeigen die politischen Auseinandersetzungen um die Krise der sozialen Reproduktion sowie Versuche ihrer politischen Bearbeitung. Einerseits wird aus Krisen der deutschen Wirtschaft beispielsweise immer wieder das Problem des Humanvermögens und mangelnden Arbeitskräftepotentials – auch unter dem Stichwort des Fachkräftemangels beispielsweise in der Pflege – thematisiert sowie die fehlende Innovationsfähigkeit von älteren Arbeitnehmer_innen beklagt. Zugleich wird seitens der Bundesregierung mit Hilfe von Familien- und Migrationspolitiken versucht, sowohl die Geburtenrate insbesondere hochgebildeter, akademischer (deutscher) Mittelschichtfrauen_ als auch das Arbeitskräftepotential durch selektive Öffnungen des Arbeitsmarktes für Migrant_innen zu steigern, und so dem Arbeitskräftemangel zu begegnen (Schulz in diesem Band). Andererseits wird die Krise der sozialen Reproduktion jedoch auch von der politischen Rechten und männerrechtsbewegten Gruppen aufgegriffen, indem beispielsweise Fragen von Sorgerechten und Bildungschancen von Jungen, „Frühsexualisierung“ in der Bildung oder der so bezeichnete „feministische Siegeszug“ durch Gendermainstreaming und Frauenquoten thematisiert werden und in Kämpfen gegen die Modernisierungen von Geschlechterverhältnissen der Schutz der ‘deutschen’ Familie propagiert und der Fortbestand der Gesellschaft als davon abhängig konstruiert wird (vgl. Schutzbach 2016). Auch hierin wird folglich die Krise der sozialen Reproduktion adressiert, gleichzeitig jedoch rassistisch und nationalistisch zu beantworten versucht.

Zwar ist die Krise der sozialen Reproduktion damit auch jenseits der unmittelbar betroffenen Subjekte und Haushalte politisch in den Fokus gerückt, jedoch erfolgt ihre Bearbeitung nur in Hinblick auf einige (wenige) Widersprüche, ist sozial selektiv und bedient sich rassistischer Verhältnisse (beispielsweise durch die spezifische Nutzbarmachung von Migrationspolitiken für die bezahlte Sorgearbeit oder für haushaltsnahe Dienstleistungen). Sie zielt daher auf gesellschaftliche Spaltungen und eine Trennung von Krisenprozessen, die aufeinander überzugreifen drohen. Vorläufig gehe ich davon aus, dass die (herrschaftsförmige) Einbindung eines Teils der Lohnabhängigen gegenwärtig noch gelingt sowie zumindest ein Teil der veränderten Anforderungen an die Lebensweisen und Subjektivitäten adaptiert wurde, die *Anpassungskrise* der

sozialen Reproduktion verdichtet sich folglich (noch?) nicht zu einer tiefgreifenden, organischen Krise.⁶

Schlussbemerkung und Ausblick

Mit der These der Anpassungskrise ging es mir in dem vorliegenden Beitrag darum, ein Verständnis der Krise der sozialen Reproduktion zu erarbeiten, mit dem soziale Reproduktionsverhältnisse als historisch spezifische verstanden sowie die Tiefe und Reichweite ihrer Krisen in den Blick genommen werden können. Folglich sollten Erschöpfungen, Überforderungen und Krankheitskrisen ebenso wie Versorgungslücken oder Qualitätsverluste der Sorgearbeit (auch) als krisenhafte Veränderungsprozesse von historisch spezifischen Gewohnheiten, alltäglichen Praktiken und Subjektivitäten sichtbar werden. In Abgrenzung zu einer Beschreibung des Neoliberalismus sowie der Reorganisation von sozialer Reproduktion allein in Begriffen der Zerstörung und des Verfalls wird mit dem Begriff der „Anpassungskrise“ oder der „Krise der Gewohnheiten“ demnach m.E. der Blick für die dynamischen Veränderungsprozesse des gesellschaftlichen Verständnisses und der Praxis von Reproduktionsverhältnissen frei. So werden beispielsweise die (partiellen) Adaptionen von veränderten Anforderungen, wie dem Aufbrechen geschlechtlicher Arbeitsteilungen in den Haushalten oder veränderten Ansprüchen an die Gestaltung von Partnerschaften, Elternschaft, Familie oder der eigenen Gesundheit sichtbar. Aber auch die – selektiven, klassenspezifischen und entlang von rassistischen Grenzziehungen organisierten – Einbindungen eines Teils der Lohnabhängigen können in den Blick genommen werden. In diesem Sinne betrachtet die These der Anpassungskrise die Krise der sozialen Reproduktion weder als Erschöpfung endlicher, menschlicher Ressourcen und die Gefährdung menschlicher Arbeitskraft nicht schon *unmittelbar* als Krise der gesellschaftlichen Reproduktion, noch versteht sie Krise normativ – nämlich vor dem Hintergrund eines Wandels fordistischer Reproduktionsmodelle – als Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, sodass fordistische Praktiken der Fürsorglichkeit, Regeneration oder der Mütterlichkeit und Generativität essentialistisch und ontologisierend als notwendige menschliche Bedürfnisse erscheinen.

6 Da ich die These der Anpassungskrise im vorliegenden Beitrag jedoch lediglich an Hand einiger empirischer Schlaglichter zu argumentieren und plastisch zu machen versucht habe, bleibt eine umfassende zeitdiagnostische, krisentheoretisch und empirisch fundierte Einschätzung noch zu leisten.

Dass auch die aktuelle Situation vorläufig (sic!) als molekulare Anpassungskrise der sozialen Reproduktion eingeschätzt wird, soll nicht die potenziellen Zuspitzungen und Tendenzen der Infragestellung wegwischen oder die politische Brisanz der sozialen Reproduktionskrise relativieren. Für eine (queer-)feministische Perspektive stellt sich vielmehr gerade die Herausforderung, die potentiellen Brüche mit der neoliberalen Reorganisation zu verstärken sowie zu verhindern, dass diese von rechts bearbeitet werden. M.E. kann dies allerdings nur gelingen, wenn die Prozesse der Anpassung selbst als ambivalente, widersprüchliche und ungleichzeitige verstanden werden und folglich auch Versuche der Herausbildung neuer Formen von Fürsorglichkeit, unbezahlter Tätigkeiten oder der (Selbst-)Ausbeutung und Optimierung als (Herrschafts-)Mechanismen neuer Zurichtungen in den Blick geraten. Der Begriff der Anpassungskrise ermöglicht in diesem Sinne einen analytischen Zugang, der sowohl den Blick auf Infragestellungen, Verweigerungen und Widerstände gegen gewandelte Anforderungen freilegt als auch die Adaptionen und Einbindungen der Subjekte zu fassen bekommt. Das jedoch ist die Voraussetzung für Kämpfe um die Lebensweisen und Subjektivitäten der Menschen.

Literatur

- Althusser, Louis (2012): *Über die Reproduktion. Ideologie und ideologische Staatsapparate*. Hamburg.
- Asenbaum, Maria/Kinzel, Katharina (2010): Wert und Wettex. In: *Perspektiven. Magazin für linke Theorie und Praxis*, Nr. 9/2010, unter: <http://www.perspektiven-online.at/2010/01/20/wert-und-wettex/> (letzter Zugriff: 21.08.2017).
- Aulenbacher, Brigitte (2014): Ökonomie und Sorgearbeit. Herrschaftslogiken, Arbeitsteilungen und Grenzziehungen im Gegenwartskapitalismus. In: Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hg.): *Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen*. 2. überarbeitete Auflage (2014). Münster, 105-126.
- Beer, Ursula (1990): *Geschlecht, Struktur, Geschichte. Soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses*. Frankfurt/M., New York.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika (1983): Zur Bestimmung der geschlechtlichen Arbeitsteilung im Kapitalismus. In: von Werlhof, Claudia/Mies, Maria/Bennholdt-Thomsen, Veronika (Hg.): *Frauen, die letzte Kolonie*; Bd. 4, *Technologie und Politik 20. Das Magazin zur Wachstumskrise*. Reinbek bei Hamburg, 194-212.
- Bock, Gisela/Duden, Barbara (1977): *Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus*. In: *Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur ersten Berliner Sommeruniversität für Frauen*. Berlin, 118-199.
- Candeias, Mario (2011): *Interregnum – Molekulare Verdichtung und organische Krise*. In: Demirović, Alex/Düick, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.): *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg, 45-61.

- (2012): Zu viel und zu wenig. Ein Moment organischer Krise. In: Luxemburg, Reproduktion in der Krise, Heft 4, 14-17.
- Chorus, Silke (2012): Ökonomie im Post-Fordismus. Perspektiven einer integralen Ökonomietheorie. Münster.
- Dalla Costa, Mariarosa (1973): Die Frauen und der Umsturz der Gesellschaft. In: Dalla Costa, Maria/James, Selma (Hg.): Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft. Berlin, 27-66.
- Dück, Julia (2018): Fministische Klassenpolitiken in Kämpfen um soziale Reproduktion. Zu den Auseinandersetzungen an der Berliner Charité für mehr Personal im Krankenhaus. In: suburban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung. Bd 6, Nr. 1.
- Federici, Silvia (2012): Aufstand aus der Küche: Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. Münster.
- Gramsci, Antonio (1991): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Hrsg.: Wolfgang Fritz u.a., 10 Bde., Hamburg.
- Haug, Frigga (2010): Krise. In: Haug, Wolfgang Fritz/Haug, Frigga/Jehle, Peter (Hg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 7/I, Hamburg, 2121-2143.
- Heilmann, Andreas (2015): Männlichkeit im Reproduktionsdilemma? Sozial- und zeitdiagnostische Perspektiven von Krisenanalysen. In: Ders./Jähner, Gabriele/Schnicke, Falko/Schönwetter, Charlott/Vollhard, Mascha (Hg.): Männlichkeit und Reproduktion. Zum gesellschaftlichen Ort historischer und aktueller Männlichkeitsproduktionen. Wiesbaden, 99-116.
- Jürgens, Kerstin (2010): Deutschland in der Reproduktionskrise. In: Leviathan 38/2010, 559-587.
- Kontos, Silvia (2015): Vor der Hausarbeitsdebatte zur 'Krise der Reproduktion'? In: Demirović, Alex/Klauke, Sebastian/Schneider, Etienne (Hg.): Was ist der „Stand des Marxismus“? Soziale und epistemologische Bedingungen der kritischen Theorie heute. Münster, 78-103.
- König, Tomke/Jäger, Ulle (2011): Reproduktionsarbeit in der Krise und neue Momente der Geschlechterordnung. In: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg.
- Koppetsch, Cornelia/Speck, Sarah (2015): Wenn der Mann kein Ernährer mehr ist: Geschlechterkonflikte in Krisenzeiten. Berlin.
- Ludwig, Gundula (2007): Gramscis Hegemonietheorie und die staatliche Produktion von vergeschlechtlichten Subjekten. In: Das Argument, Jg. 270, 196-205.
- Madörin, Mascha (2007): Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. In: <http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Madorin.pdf>, letzter Zugriff: 21.08.2017.
- Marx-Engels-Werke (2007): Band 23. Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band: Der Produktionsprozeß des Kapitals, 22. Auflage, Berlin. (zitiert als MEW 23)
- Meuser, Michael/Scholz, Sylka (2012): Krise oder Strukturwandel hegemonialer Männlichkeit? In: Bereswill, Mechthild/Neuber, Anke (Hg.): In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert. Münster, 56-79.

- Mies, Maria (1983): Gesellschaftliche Ursprünge der geschlechtlichen Arbeitsteilung. In: von Werlhof, Claudia/Mies, Maria/Bennholdt-Thomsen, Veronika (Hg.): Frauen, die letzte Kolonie; Bd. 4, Technologie und Politik 20. Das Magazin zur Wachstumskrise. Reinbek bei Hamburg, 164-193.
- Pühl, Katharina (2001): Geschlechterverhältnisse und die Veränderung von Staatlichkeit in Europa. Ansätze eines theoretischen Perspektivwechsels. In: Kreisky, Eva/Lang, Sabine/Sauer, Birgit (Hg.): EU. Geschlecht. Staat. Wien, 44-54.
- Sauer, Birgit (2011): Restrukturierung von Männlichkeit. Staat und Geschlecht im Kontext von ökonomischer Globalisierung und politischer Internationalisierung. In: Bereswill, Mechthild/Neuber, Anke (Hg.): In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert. Münster, 80-103.
- Schutzbach, Franziska (2016): Der Heidi-Komplex. Gender, Feminismus und der Ekel vor der „Gleichmacherei“. In: Prokla, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaften, Heft 185, 583-597.
- Werlhof, Claudia von (1983): Der Proletarier ist tot. Es lebe die Hausfrau? In: von Werlhof, Claudia/Mies, Maria/Bennholdt-Thomsen, Veronika (Hg.): Frauen, die letzte Kolonie; Bd. 4, Technologie und Politik 20. Das Magazin zur Wachstumskrise. Reinbek bei Hamburg, 113-136.

Geschlecht, Sexualität, Herrschaft, Politik.
Institutionalisierungen und Kritik

Brigitte Bargetz

Affective Matters: toxische Politiken im Kampf um reproduktive Heteronormativität und nationale Souveränität

1. Einleitung

Das derzeit viel zitierte postfaktische Zeitalter, in dem Gefühle statt Fakten politisch dominant und nicht zuletzt rechtspopulistisch wirkmächtig seien, ist nicht erst seit kurzem öffentlich präsent. Bereits seit einiger Zeit spiegelt sich die Frage nach 'den Fakten' auch in wissenschaftlichen Debatten wider, wie unter anderem Bruno Latours provokante Frage „Why Has Critique Run out of Steam?“ vor über einem Jahrzehnt verdeutlicht. Dekonstruktion als Modus der Kritik problematisierend, plädiert Latour, gleichermaßen polemisch wie selbstkritisch, für die wissenschaftliche Rückkehr zu einem „Realismus“, in dem es nicht darum gehe, „von den Fakten *loszukommen*, sondern näher an sie *heranzukommen*“ (2007 [2004]: 21; Hervorhebung im Original). Denn der dekonstruktivistische Zugang zu Wahrheit sei in eine bedenkliche Nähe zu jenen „gefährlichen Extremisten“ geraten, die das „Argument der sozialen Konstruiertheit“ aufgreifen, jedoch mit dem Ziel, zentrale und nicht zuletzt lebensrettende gesellschaftspolitische Einsichten zu diskreditieren – als Beispiel nennt Latour das Leugnen des Klimawandels. Für die neue realistisch-kritische Haltung will er von einer Auffassung von Tatsachen, „*matters of fact*“, zu einem Verständnis übergehen, das er „*matters of concern*“ nennt, also zu „Dinge[n], die uns angehen oder Dinge[n] von Belang“ (ebd.; Hervorhebung im Original).

Latours Kritik am *cultural turn* und seine gesellschaftskritisch geleitete Forderung, den Dingen von Belang bzw. einer Politik der Dinge sozialwissenschaftlich und gesellschaftstheoretisch eine neue Bedeutung zu verleihen, ist im Kontext jener Debatten zu verorten, die sich seit einiger Zeit um ein neues bzw. erneuertes Verständnis von Materialität ranken. Längst haben sie nicht nur die feministische Wissenschaftswelt erobert. Vielmehr hat diese selbst zur Erfolgsgeschichte des neuen Materialismus, *new materialism*, wesentlich beigetragen. Dies verdeutlichen Bezeichnungen wie „material feminism“ (Alaimo/Hekman 2008), „transcorporeal feminism“ (Alaimo 2008), „post-human“ feminism (Barad 2003;

Braidotti 2013) „new feminist materialisms“ (van der Tuin 2011) oder „postconstructionism“ (Lykke 2010). Auch hier werden dekonstruktivistische Ansätze samt der ihnen attestierten Allergie gegen das ‘Reale’ beanstandet (Coole/Frost 2010: 6). Diese Zugänge gelte es, nicht zuletzt angesichts gesellschafts- und geschlechterpolitischer Herausforderungen, zu erweitern, indem das Materielle in feministischer Theorie und Praxis (wieder) in den Vordergrund gerückt werde (Alaimo/Hekman 2008: 1).

Was hier also zur Diskussion steht, ist die Frage nach einer Gesellschafts- bzw. feministischen Kritik, die über einen dekonstruktivistischen Zugang hinaus Materie und Materialität als zentrale Bezugspunkte reartikuliert. Aktualisiert und zugleich erweitert werden so die Debatten über materialistische und/oder dekonstruktivistische Perspektiven, indem die Frage über den angemessenen Ausgangspunkt feministischer Analyse und Kritik um eine neomaterialistische Perspektive ergänzt wird. Nicht zuletzt hat die materielle Wende auch der Kapitalismuskritik neuerlich Bedeutung verliehen.

In meinem Beitrag setze ich mich mit dem Ansatz der Queer Ecologies auseinander, da er auf bemerkenswerte Weise in diese Debatten interveniert. Queer Ecologies, die im Feld der neueren feministischen Auseinandersetzungen mit Materialität ebenso wie im Anschluss an die Debatten zu gesellschaftlichen Naturverhältnissen zu verorten sind, können, so meine These, deutlich machen, dass es für eine gegenwartsbezogene feministische Kritik und Analyse eines integrativen Analyseansatzes bedarf, der über eine einfache und eindeutige Trennung Materialismus/Dekonstruktivismus/Neomaterialismus hinausgeht und stattdessen die produktiven Verbindungen dieser unterschiedlichen Theorieperspektiven fokussiert. Um dies zu argumentieren, stelle ich in einem ersten Schritt den *material turn* in den Kontext aktueller Debatten, indem ich die Frage nach den Ausgangspunkten feministischer Kritik in den Mittelpunkt rücke. Im zweiten und dritten Schritt skizziere ich zwei ausgewählte Ansätze der Queer Ecologies, die Giftstoffe als Aspekt einer queer-feministischen, anti-rassistischen Gesellschafts- und Kapitalismuskritik greifbar machen: So präsentiere ich Giovanna Di Chiro tendenziell stärker materialistisch-feministischen sowie Mel Y. Chen tendenziell stärker neomaterialistischen Beitrag in Bezug auf die jeweilige Konzeptualisierung von Materie und Materialität sowie die vergeschlechtlichten Verhältnisse, die darüber reflektiert werden. Beide Ansätze bergen ein mehrdimensionales Verständnis von Materialität, das ich im vierten Schritt durch einen gesellschaftstheoretischen Affektbegriff herausarbeiten und dessen queer-feministisch-gesellschaftskritischen Beitrag ich im abschließenden fünften Schritt darlegen werde.

2. What's the matter? Umkämpfte Ausgangspunkte und verschlungene Pfade feministischer Kritik

Mit der folgenden Skizze einiger Debatten rund um den *material turn* möchte ich veranschaulichen, dass die Ausgangspunkte feministischer Kritik gegenwärtig umkämpft sind. Es sind vor allem Materialität, Diskurs, Sprache, Repräsentation und Affekt, die sich dabei als ebenso zentrale wie umstrittene Konzepte erweisen.

„Language matters. Discourse matters. Culture matters. There is an important sense in which the only thing that does not seem to matter anymore is matter.“ (Barad 1996: 801) Diese Diagnose bildet die Grundlage für Karen Barads (2007) agentiellen Realismus, der es erlauben soll, körperliche Materialität in ihrer Anatomie und Physiologie ebenso wie andere materielle Kräfte in ihrer Wirkmächtigkeit wieder in die Geschlechterforschung zu integrieren (Barad 2003: 809). Mit ihrer Kritik an einem passiven, repräsentationalistischen und diskursiven Materialitätsverständnis ist Barad nicht alleine. Während Stacy Alaimo (2008: 237) eine beschleunigte Flucht vor der Natur beanstandet, kritisiert Elisabeth Grosz (2004: 2) die Dominanz eines dekonstruktivistischen Paradigmas in der Geschlechterforschung, weil es zu einem Vergessen von Natur, Körper oder Ontologie geführt habe. Übereinstimmend wird moniert, dass diskursive Produktionslogiken in Bezug auf Körper(lichkeit) und Geschlecht in der feministischen Forschung in den Mittelpunkt gerückt seien und Materialität ebenso wie das Reale primär als über Sprache konstituiert begriffen würden (Alaimo/Hekman 2008: 1). Gefordert wird daher eine Rückbesinnung auf Materie, Natur und Biologie, um zu einer komplexeren feministischen Theorie zu kommen, die es erlaubt, Sprache, Materialität und Technologie zu integrieren (Hekman 2008: 91f.).

Doch nicht nur feministische Forschungen werden als sozialkonstruktivistisch und antibiologisch kritisiert. Auch rassismuskritische Ansätze hätten sich einem linguistischen Paradigma und mithin einem problematischen Begriff von *race* als diskursivem Konstrukt verschrieben (Saldanha 2006: 9). Arun Saldanhas Plädoyer für einen realistischen Ansatz sieht daher eine ‚Reontologisierung von *race*‘ vor (ebd.), um Rassismus auch in seiner verkörperten Materialität fassen zu können: „For if they [social scientists, B.B.] insist that race is but a ‘social construction’, they might leave the discursive arena open for (closet) racists to reinstate biological justifications for white privilege.“ (Ebd.: 10) Das Diktum (und vielgestaltige Vorhaben) lautet folglich: für einen neuen Materialismus! – „[T]o move beyond discursive construction and to grapple with materiality“ (Alaimo/Hekman 2008: 6).

Nun ist die Kritik an dekonstruktivistischen Ansätzen, in der die Reduktion auf Sprache, Repräsentation und Diskurs bemängelt wird, nicht neu, sondern bereits seit dem Aufkommen poststrukturalistischer Ansätze präsent – ironisch hat Judith Butler (1998) den Vorwurf einst mit „merely cultural“ umschrieben. Die neomaterialistische Kritik hat jedoch – trotz manch geteilter Kritikpunkte – (bislang) nur wenig mit jener materialistisch-feministischen Kritik am Poststrukturalismus und Dekonstruktivismus zu tun, die sich vor allem auf eine Auseinandersetzung mit (sozio-)ökonomischen Belangen und sozialen Herrschaftsverhältnissen richtet. Dies wird aktuell nur allzu deutlich, findet die Bezugnahme doch vor allem über wechselseitige Abgrenzung und Kritik statt¹.

Aus neomaterialistischer Perspektive wird bemängelt, dass das materialistisch-feministische Instrumentarium, das sich vor allem auf Arbeit und Klasse beziehe, nur wenig zu einem Verständnis der Materialität menschlicher Körperlichkeit und nicht-menschlicher Natur beitragen könne (Alaimo/Hekman 2008: 18; Hird 2009). Aus materialistisch-feministischer Perspektive hingegen wird eine neomaterialistische „Absage“ an Gesellschaftstheorie beklagt (Mendel 2015: 25): Diese zeige sich in der Privilegierung „einzelner Intra-aktionen“ (ebd.), in einer „Sehnsucht nach Unmittelbarkeit“ (Lettow 2014: 97) und einem „Rekurs auf ahistorische Gewissheiten der Ontologie“ (ebd.: 103) ebenso wie in einer Glorifizierung des Dynamischen und Widerspenstigen (Gunnarsson 2013: 3) und mache emanzipative Veränderungen nur „unter besonders großen Mühen“ vorstellbar (Garske 2014: 127).

Dass auch Gefühle im Kontext der Debatten über Materialität und Diskurs eine Rolle spielen und nicht nur als vermeintlich postfaktische Entitäten umhergeistern, zeigt der „affective turn“ (Clough/Halley 2007) – geht es hier doch gerade darum, in Abgrenzung zu poststrukturalistischen Positionen die Materialität und Körperlichkeit von Affekten zu betonen. Prominent sind unter anderem jene postkonstruktivistischen Ansätze (Hemmings 2005: 549), in denen im Anschluss an Brian Massumi (2002) Affekte als körperliche, ‘a-soziale’ und nicht mediatisierte Ausdrucksformen gelten. Ein solches Verständnis evoziert jedoch auch Einsprüche, die der materialistisch-feministischen Kritik an neomaterialistischen Überlegungen ein Stück weit ähneln. So zeige diese Auffassung von Affekt einen „ontological turn“ an (Hemmings 2005: 548), eine „Sehnsucht nach dem Unmittelbaren, Direkten, Nicht-Mediatisierten, Authentischen, Objektiven“ (Angerer 2007: 9), womit letztlich jegliche „Handlungsspanne“ verloren gehe

1 Ausnahmen sind z.B. Bath/Meißner/Trinkaus/Völker 2013; Coole 2013; Gunnarson 2013; Lettow 2016; Meißner 2016; Bargetz 2017; Bauhardt 2017; Allhutter i.E.

(ebd.: 13). Sprache und Bewusstsein und folglich Instrumente des Erkennens und Veränderns gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse würden so ausgeblendet.

3. Fear of a Queer Planet: toxische Politik und eco-normativity

Wie sind nun Queer Ecologies in diesen Auseinandersetzungen zu verorten? Queer Ecologies thematisieren die heteronormative Verfasstheit und Wirkmacht von Natur und Gesellschaft, indem materielle und kulturelle Dimensionen von Umweltverhältnissen miteinander verbunden und Naturverhältnisse als Teil kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse begriffen werden (für einen Überblick z.B. Sandilands 2016). Toxizität nimmt im Feld der Queer Ecologies generell eine zentrale Rolle ein. Mit dem Begriff „toxic bodies“ reflektiert Stacy Alaimo (2008: 259) einerseits die realen Gefährdungen von Körpern durch (kapitalistische) Technik-Umweltverhältnisse; andererseits weist sie damit auf die Verletzlichkeit des menschlichen Körpers und mithin auf den Mythos der Unversehrbarkeit menschlicher Körperlichkeit hin.

In ihrem Aufsatz „Polluted Politics“ greift Giovanna Di Chiro aus intersektionaler Perspektive die Frage nach der Wirkmacht von Toxinen vor dem Hintergrund eines intensivierten globalisierten Kapitalismus auf, indem sie sich mit den Debatten über die Auswirkungen bestimmter Giftstoffe für die soziale Reproduktion auseinandersetzt. Ihre Überlegungen machen dabei deutlich, dass Toxine eine spezifische diskursiv-symbolische Rahmung in öffentlichen, wissenschaftlichen und aktivistischen Diskursen erfahren, und zwar eine heteronormative bzw. öko-normative Rahmung, die im Anschluss an Michael Warner (1991) auch als „fear of a queer planet“ bezeichnet werden kann.

Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist ein beunruhigender Diskurs in Teilen der *environmental justice*-Forschung und -Bewegung, der nicht nur von konservativen, sondern selbst von progressiven Umwelt- und Policy-Akteur_innen getragen werde (Di Chiro 2010: 209f.). Beunruhigend seien diese Debatten, da sie auf eine seit den 1990er-Jahren zu beobachtende, durchaus persistente Sexpanik verweisen (ebd.: 202), die sich darüber auszeichne, dass Umweltverschmutzungen, etwa durch Unkrautbekämpfungsmittel oder hormonverunreinigtes Wasser, als Störung der heteronormativen Geschlechterordnung begriffen werden. Di Chiro prägt dafür den Ausdruck „eco-normativity“ (ebd.: 199) bzw. „compulsory eco(hetero)normativity“ (ebd.: 221). Diese zeige sich, wenn in *environmental justice*-Diskursen Inter* und Trans* als Effekt chemischer Verunreinigungen und folglich als quasi ‘nicht natürlich’ und ‘nicht normal’ begriffen werden. Doch

nicht nur 'natürliche Zweigeschlechtlichkeit', sondern auch 'natürliche' Männlichkeit und Weiblichkeit gelten als von kommerziellen Chemikalien bedroht. So klagt die Umwelthistorikerin Nancy Langston: „[T]he places that make us most female or most male, the places we are most vulnerable and most natural, may have been hijacked by the residues of our industrial world“ (Langston zit. nach Di Chiro 2010: 216). Schließlich zeigt sich Öko-Normativität auch in jenen Analysen, in denen Herbizide als Auslöser für „chemische Kastration“ und „Entmaskulinisierung“ bei Fröschen (ebd.: 213; Übers. B.B.) in Verbindung mit menschlicher Gesundheit und nicht zuletzt als Ausweis für eine Krise von Männlichkeit diskutiert werden. In einer ähnlichen Argumentationslogik gilt dann die Östrogen-Verschmutzung im Grundwasser als „toxischer Angriff“ auf Männlichkeit (ebd.: 206, Übers. B.B.) und als (problematische) Feminisierung der Natur (vgl. ebd.: 201). Interessant ist dabei nicht nur, woran gefährdete Männlichkeit festgemacht wird: „falling sperm counts, male infertility, deformed genitals, and disappearing baby boys“ (ebd.: 206). Zentral ist auch, dass die problematisierten Veränderungen – M2F (Male to Female), Inter* sowie ein unsicheres Schicksal von Männlichkeit und als 'normal' deklariertes sexueller Reproduktion – von nichtmenschlichen Tieren wie Fröschen, Fischen und Salamandern auf Menschen übertragen werden (ebd.: 201).

Mit dem Begriff *eco-normativity* bzw. Öko-Normativität kritisiert Di Chiro also drei problematische toxische Politiken: erstens, dass Umwelt- und Gesundheitsfragen auf Fragen von Geschlecht und (biologischer) Reproduktion reduziert werden, wodurch zahlreiche gesundheitliche Gefahren marginalisiert oder ausgeblendet werden; zweitens eine damit verbundene Form heterosexistischer, queerphobischer Sexpanik, die sich auf die heteronormativen Grundfesten der Gesellschaftsordnung richtet; drittens und damit verschränkt, dass in antitoxischen Analysen Vorstellungen von 'Normalität' und 'Perversion' hervorgebracht, reproduziert und letztlich auch naturalisiert werden.

Di Chiros Kritik zielt dabei keineswegs darauf, jene gesundheitlichen Probleme und Beeinträchtigungen in Abrede zu stellen, die mit Umweltverschmutzungen einhergehen. Im Gegenteil macht sie darauf aufmerksam, dass zahlreiche Debatten einseitig, selektiv und nicht zuletzt heteronormativ geführt und viele Gefahren zugunsten ideologischer Abwehrmodi übersehen werden. Mit ihrem Ansatz plädiert sie also dafür, die Diskussion der Auswirkungen von Herbiziden und Hormonverunreinigungen gerade nicht auf eine Sexpanik zu reduzieren, sondern sie in Bezug auf die Zerstörung der materiell-stofflichen und körperlichen Voraussetzungen der sozialen Reproduktion und mithin als ineinandergreifenden Komplex politökonomischer, soziokultureller und materiell-ökologischer Prozes-

se im Alltagsleben zu reflektieren und zu politisieren. Materie und Materialität verweisen so weder auf Ontologie, noch sind sie auf mikropolitische Ausdrücke beschränkt. Vielmehr geht es um die alltäglichen materiellen Lebensbedingungen und -verhältnisse der Menschen, wie diese in gesamtgesellschaftliche Verhältnisse eingelassen sind und durch die kapitalistische Produktionsweise beeinträchtigt werden. Zugleich muss die Wirkmächtigkeit von Materie auch in Bezug auf ihre Rahmungen verstanden werden. Denn die von Di Chiro kritisierten hetero- bzw. öko-normativen Diskurse sichern Herrschaftsverhältnisse ebenso ab, wie sie diese mit hervor bringen: über Narrative vermeintlicher 'Normalität', aber auch, indem Risiken einseitig verteilt werden. Je nach Gefahren und Risiken, die angesichts von kommerziell herbeigeführten Umweltverschmutzungen politisch, medial und wissenschaftlich diskutiert werden, unterscheiden sich letztlich auch die politischen Antworten auf die Frage nach (öko-)sozialer Gerechtigkeit.

4. Bleipanik: „Lead pulls the trigger“

Toxische Politiken aus intersektionaler Perspektive greift auch Mel Y. Chen auf, indem Queer Studies, Critical Animal Studies und Disability Studies miteinander verbunden werden, um jener „animacy“, Belebtheit, nachzuspüren, die Chen gleichermaßen in Worten, Tieren und Metallen ortet. Mit dem Konzept der Belebtheit schließt Chen an neomaterialistische Debatten über die Wirkmächtigkeit von Stoffen, Dingen und Objekten an. Belebtheit meine ein affektives und materielles Konstrukt, das nicht neutral, sondern vielmehr durch *race* und Sexualität geformt sei (Chen 2012: 5). Stehen bei Di Chiro Herbizide und Hormone im Mittelpunkt, sind es für Chen Metalle und insbesondere das Schwermetall Blei, ein sogenanntes „toxisches Aktivum“ (Chen 2014: 218). Toxizität interessiert Chen dabei in doppelter Hinsicht: „metaphorisch“ sowie „buchstäblich“ als biopolitisches „Instrument der Differenz“ (ebd.: 238). So gelte es zu verstehen, auf welche Weise toxische Stoffe gerade in Zeiten ökonomischer Instabilität und transnationaler Bewegungen politisch und öffentlich aufgegriffen werden (Chen 2012: 10).

2007 hatte es in den USA eine breit geführte Debatte über bleihaltiges, in China produziertes Spielzeug gegeben, die nicht zuletzt dazu führte, dass generell ein Zusammenhang (der Bedrohung) zwischen Produkten aus China und Umwelttoxinen hergestellt wurde (Chen 2014: 218). Über das bleihaltige Spielzeug drohte Blei in den Blutkreislauf der Kinder zu gelangen und darüber – so das Narrativ, das durch Politik, Medien und Eltern gleichermaßen geprägt wurde – die Entwicklung dieser Kinder zu hemmen. Und die Gefahr erschien umso

größer, als Kinder die zentralen Objekte der Bedrohung waren, die, wie mit Lee Edelman (2008) (kritisch) angemerkt werden kann, als ultimative Symbole für die Zukunft und die soziale Reproduktion stehen.

Die Figur des gefährdeten Kindes erwies sich als spezifisch vergeschlechtlichtes, klassisiertes, rassisiertes und *able-bodied* Kind, wurde doch gerade die Verletzbarkeit des *weißen* Jungen aus der Mittelschicht wiederholt als primäres Ziel dieser Bedrohung diskutiert (Chen 2014: 220). So war der öffentliche Aufschrei nicht zuletzt deswegen so groß, da es sich bei besagtem Spielzeug nicht um „das ‘billige’ McDonald’s-Spielzeug [...] der Arbeiter_innenklasse“ handelte, sondern um „hochwertiges Kinderspielzeug“ (ebd.: 221), wie eine Konsumentin unmissverständlich monierte. Ende des 20. Jahrhunderts hatte Blei in den USA vor allem als Gefahr für Schwarze Kinder aus weniger privilegierten Verhältnissen gegolten. Besonders gefährdet waren diese Kinder, weil sie häufig in der Nähe von Industriegebieten mit hoher Bleiemission oder in Häusern mit bleihaltigem Anstrich lebten. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund war in den 1970er-Jahren die *environmental justice*-Bewegung zur Politisierung dieser Form von Umweltschismus, *environmental racism*, entstanden (Bullard 1990). In der aktuellen Debatte sei allerdings eine Verschiebung der Aufmerksamkeit in Bezug auf Bleibelastung von armen und/oder afro-amerikanischen sowie Hispanic-Kindern hin zu *weißen* Mittelschichtskindern festzustellen. Für Chen ist dies jedoch kein Beleg dafür, dass die einstmals gefährdeten Kinder nun nicht mehr bedroht sind. Vielmehr erkennt Chen eine neue toxische Figur, in der unterstellt werde, dass Schwarze Kinder grundsätzlich Blei näher seien: „Der neoliberalen Ökonomie der Gegenwart ist eine rassisierte Konstruktion von Schwarzen als immer schon renitent, gewalttätig, kontaminiert und geistig behindert eingeschrieben.“ (Chen 2014: 223) Dies zeigt auch der „naturalisierende Mythos der Verwahrlosung der Schwarzen Bevölkerung“ an (ebd.) – ein Mythos, der einen Zusammenhang zwischen früher Bleibelastung und späterer Kriminalität herstellt und den der Epidemiologe Kim Dietrich attestiert, wenn er innerstädtisches Leben, Armut und eine ständige Bedrohung durch Waffen, Gewalt, Blei und schlechte Ernährung miteinander verschränkt: „[T]he inner-city environment provides the weapon, lead pulls the trigger“ (Dietrich, zit. nach Chen 2012: 183).

Blei ist für Chen folglich in zumindest doppelter Hinsicht rassisiert: zum einen, weil die gefährdete Zukunft als *weiß* imaginiert wird und der *weiße* Junge keinesfalls zu dem werden soll, was Schwarze Kinder bereits ‘sind’: nämlich ‘giftig’. „Der ikonische weiße Junge ist ein Aktivum, das keinesfalls toxisch werden darf: Er darf nicht geistig defizitär, zurückgeblieben oder lethargisch sein. Seine intellektuellen Fähigkeiten müssen gewährleistet sein, damit die Zukunft

heteronormativer (weißer) Männlichkeit gesichert ist.“ (Chen 2014: 224) Zum anderen ist Blei als chinesisches (ebd.: 222) rassisiert und wird als (biologische) Bedrohung der US-Nation stilisiert. Auch hier wird eine selektive bzw. mehr noch, eine kapitalistische und nationalistische Ökonomie der Aufmerksamkeit offensichtlich: Denn die Vergiftung jener chinesischen Arbeitskräfte, die dieses Spielzeug produzieren und mithin in ganz anderem Ausmaß der bleihaltigen Farbe ausgesetzt sind, wurde öffentlich kaum skandalisiert. Die transnationale Arbeitsteilung und Ausbeutung wird vielmehr durch die diskursive Figur der vermeintlichen chinesischen Gefahr überblendet. Belebtheit ist folglich „a property of lead, a highly mobile and poisonous substance that feeds anxieties about transgressors of permeable borders, whether of skin or country“ (Chen 2012: 15).

Materialität bezieht sich hier also auf eine komplexe Verschränkung unterschiedlicher Materialitäten, die nicht vollständig voneinander getrennt werden können: Materialität verweist auf die Belebtheit der Dinge, auf unterschiedliche Materialisierungen von Toxizität in unterschiedlichen Körpern, auf Spielzeug als Konsummittel ebenso wie auf die materiellen Lebensbedingungen angesichts der Frage, wer sich welches Spielzeug leisten kann und soll, auf Blei als Rohstoff sowie industrielles Produkt, auf Arbeitsverhältnisse und (transnationale) Arbeitsteilung sowie die damit verbundenen Spuren eines globalen Kapitalismus und mithin auf die Materialität gesellschaftlicher Verhältnisse. Blei ist einerseits eine toxische Kraft, die Herrschaftsverhältnisse anzeigt und (mit) hervorbringt; andererseits wird Blei auch darüber wirkmächtig, dass ihm eine bestimmte Bedeutung politisch zuerkannt wird; eine Bedeutung, die nicht zuletzt für die Verteilung materieller Ressourcen im Sinne einer politischen Ökonomie des Raumes und damit verbundener ‘Sicherheiten’ und Risiken virulent wird. Blei als toxischer Stoff schreibt sich ein in öffentliche Diskurse, politische Institutionen und Praktiken, die bestehende Herrschaftsverhältnisse sowohl widerspiegeln, als auch stabilisieren – und zwar durch rassisierende, heteronormative und nationalistische Modi. Materialitäten sind folglich wirkmächtig, weil über sie spezifische Verhältnisse ebenso wie spezifische Körper gestaltet und unbelebte Objekte, Dinge und Räume ‘belebt’ werden. Zugleich sind diese Materialitäten als Aspekte von Herrschaft aber auch sozial und politisch vermittelt.

5. Affective Matters

In ihren gesellschaftskritischen Auseinandersetzungen rücken Chen und Di Chiro also Verhältnisse zwischen Körpern, Metallen und Hormonen bzw. verschiedene Ausgestaltungen toxischer Politiken als Aspekt und Ausdruck von

Herrschaftsverhältnissen und die öffentlichen, politischen und wissenschaftspolitischen Debatten darüber in den Mittelpunkt. Gesellschaftstheoretisch sind diese Überlegungen, weil hier danach gefragt wird, wie Materie und Materialitäten in gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse eingewoben sind, wie also Ungleichheitsverhältnisse – allen voran Heteronormativität, Kapitalismus und Nationalismus – darüber transportiert, abgesichert, verstärkt oder hervorgebracht werden. Toxine implizieren dabei keinen a-gesellschaftlichen, autonomen Materiebegriff. Vielmehr sind sie wirkmächtig, indem sie als Teil des kapitalistischen Verwertungsprozesses Menschen und soziomaterielle Verhältnisse beeinträchtigen und gefährden, aber auch, indem sie eine differenzielle gesellschaftspolitische Bedeutung erlangen, die nicht zuletzt über diskursiv-symbolische Rahmungen und Narrative (mit) hervorgebracht wird.

Diesen Modus der Rahmung und 'Übersetzung' als Aspekt materieller Wirkmächtigkeit will ich als 'affective matters' fassen. Den Affektbegriff betrachte ich als Scharnier, das es erlaubt, die physisch-territoriale Dimension von Materialität mit der diskursiv-symbolischen zu vermitteln. Affekte verstehe ich als Bindemittel, Affekte verbinden und bewegen (Bargetz 2013). Affekte sind, so schreibt Sara Ahmed (2010a: 29) treffend, wie ein Klebstoff, sie halten Ideen, Werte und Objekte zusammen. Affekte stehen dabei nicht außerhalb des Gesellschaftlichen, vielmehr sind sie eingeschrieben in eine Textur des Politischen und Ökonomischen und wirken stets innerhalb eines konkreten historischen und geopolitischen Raums. Sie sind Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse und zugleich eingebunden in eben diese; sie haben eine Geschichte, ebenso wie sie Geschichte(n) transportieren. Die affektive Wirkmächtigkeit von Materie – 'affective matters' – zeigt sich dann darin, dass sie affektiv vermittelt wird, ungleich affektiv verteilt ist und nicht zuletzt, dass Affekte an unterschiedlichen Körpern, Subjekten, Dingen und Verhältnissen unterschiedlich haften und diese darüber auch immer wieder (mit) hervorbringen.

Mit 'affective matters' beziehe ich mich – die Doppeldeutigkeit aufgreifend, die der englische Ausdruck hier bietet und auf die bereits Barad, obgleich in kritischer Absicht, hingewiesen hat – in zweierlei Hinsicht auf *matter*: als Materie *und* als Bedeutung. Einerseits betone ich mit 'affective matters', dass Materie und Materialitäten keine passiven Entitäten, sondern in vielfältiger Weise affizierend und mithin auch politisch wirkmächtig sind. Materie muss daher über ein Verständnis ihrer (allein menschlichen) Beherrschung hinaus als wirkmächtige Substanz in einer kritischen Gesellschafts- und Geschlechtertheorie aufgegriffen werden. Andererseits meine ich mit 'affective matters', dass die Wirkmächtigkeit von Materie weder neutral noch unveränderbar, sondern historisch spezifisch und

dabei nicht zuletzt in heteronormative, rassistische und bürgerlich-kapitalistische Verhältnisse eingeschrieben ist. Denn die Auswirkungen bestimmter Toxine, d.h. wie unterschiedliche Subjekte davon betroffen sind, ergibt sich – so sollte in den vorigen Abschnitten deutlich werden – nicht nur aus den Giftstoffen und mithin der Materie selbst, sondern auch aus einer Wirkmächtigkeit, die ich als affektive Wirkmächtigkeit begreife.

Die Auseinandersetzung mit toxischen Politiken zeigt, dass Toxine weit über die Frage des Biologischen hinaus politisch bedeutsam sind bzw. zu Dingen von Belang werden, um es im Anschluss an Latour zu formulieren. Dabei tragen Affekte – in Form moralischer Paniken einerseits sowie als Narrative der Sorge und Besorgtheit andererseits – dazu bei, dass und wie bestimmte Materialitäten zu zentralen Elementen einer Gesellschaftsordnung werden, dass und wie eine Nähe zwischen Dingen und Wertungen hergestellt wird. Affekte und Gefühle bewirken, so heben auch Doris Allhutter und Roswitha Hofmann mit Bezug auf Sara Ahmed hervor, dass in materiellen Begegnungen bestimmte Tendenzen eingenommen werden (Allhutter/Hofmann 2014: 62). Affekte sind dabei jedoch nicht als Zusatz zu verstehen, über den Materie und Materialitäten quasi von außen Bedeutung hinzugefügt wird. Affekte entstehen und zirkulieren in den Begegnungen und Kontakten zwischen Körpern, Dingen und Geschichten (vgl. Ahmed 2004a; 2014).

Als Teil und Effekt dieser Zirkulation und Begegnungen organisieren Affekte den politischen, körperlichen und territorialen Raum. Affekte sind dabei also selbst wirkmächtig. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass manche Subjekte mit Affekten überassoziiert werden (Hemmings 2005: 561) bzw. dass Affekte an manchen Körpern und Objekten mehr als an anderen haften (Ahmed 2004b: 93f.). Sara Ahmed (2004b) und Claire Hemmings (2005) verweisen hier auf Frantz Fanons und Audre Lodes Erfahrungen angesichts der affektiven Reaktionen auf ihr 'Schwarzsein' – etwa Angst, Ekel und Hass –, die eindrücklich belegen, dass nicht alle über denselben Zugang zu Affekten verfügen. So gilt es, spezifische affektive Zuweisungen an subalterne Körper ebenso aufzudecken wie die Art und Weise, in der diese Zuschreibungen zum Nachteil der Subalternen eingesetzt werden. In diesem Sinn ist auch Chens Begriff der Belebtheit zu verstehen, der ausdrückt, dass „abstrakte Vorstellungen, unbelebte Objekte sowie alle dazwischenliegenden Dinge [...] verqueert und rassistiert werden können“ (2014: 216). Blei ist rassistiert, klassiert und vergeschlechtlicht, weil es in eine differenzielle Ordnung affektiv eingebunden ist. Aber auch jene Unkrautvernichtungsmittel und Hormone, die Di Chiro fokussiert, sind durchaus 'belebt': und zwar dann, wenn sie als feminisierte Toxine und feminisierende Gefahr gerahmt werden, die Männlichkeit,

Heteronormativität und damit zusammenhängend die scheinbar 'natürliche' soziale Reproduktion ins Wanken zu bringen drohen. Indem Affekte an bestimmten Körpern, Dingen und Verhältnissen unterschiedlich haften, bestimmen sie die Wirkmächtigkeit von Toxinen affektiv mit. Die Wirkmacht von Toxinen drückt sich dann in affektiven Zuschreibungen wie Schwäche, Rückständigkeit oder Renitenz aus, die nicht zuletzt als moralische Paniken zirkulieren.

Sichtbar wird damit auch jene materiell-affektive Wirkmacht von Toxinen, die als hierarchische differenzielle Aufteilung von Affekten (Bargetz 2015) bezeichnet werden kann. So werden manche Körper als von Toxinen bedrohte und mithin als zu beschützende – individuelle und kollektive – Körper bestimmt: der verletzte oder bereits beschädigte Körper des *weißen* privilegierten Jungen, die reproduktive hegemoniale männliche Körperlichkeit; andere hingegen – gleichsam individuelle und kollektive – Körper werden mit den Gefahren unmittelbar verschränkt, indem sie mit den Toxinen gleichgesetzt und zu Objekten der Bedrohung gemacht werden: so etwa die zuvor beschriebenen feminisierten Giftstoffe oder der vergiftete renitente rassistische Körper. Sorge um die Einen, Angst vor den Anderen. Die hier beschriebenen toxischen Stoffe rufen eine herrschaftsförmige affektive Grenzziehung hervor, die sich in der Unterscheidung zwischen Sorge und Angst materialisiert. Zugleich geht es aber auch um eine machtvolle Grenze zwischen privilegierten und 'anderen' Körpern und Räumen, die affektiv vermittelt wird; es ist eine Grenze, die über Affekte und nicht zuletzt die Verteilung bestimmter Affekte hervorgerufen und abgesichert wird.

Die Bedrohung durch Toxine wird also auch in eine bestimmte Sprache der Gefühle übersetzt, eine Sprache, die einen Abstand zugleich hervorbringt und durch diesen Abstand die Differenzierung selbst wiederum bestärkt. Die Bedrohung bedingt die Sorge. Deutlich wird hier, was Ahmed (2004a) mit Bezug auf Angst als Effekt von Grenzziehungen herausarbeitet. So basieren Grenzen auch auf dem Gefühl, dass sie bedroht und bereits überschritten sind. Denn erst die Transgression der Grenze erlaubt deren Absicherung (ebd.: 132). Es ist die affekt- und insbesondere angstgeladene Überschreitung von Grenzen durch Toxine und/oder 'vergiftete' Körper – von national- sowie innerstaatlichen Grenzen, von territorialen, sozialen und geschlechtlichen Grenzen – die eine (Re-)Konstruktion eben dieser Grenzen als notwendig erscheinen lassen und die so spezifische hegemoniale Diskurse, Praktiken und Verhältnisse souveräner Sorge und Selbstvergewisserung evoziert. Über Gefühlslagen und Stimmungen wird also einerseits eine spezifische Gefährdung vermittelt und produziert; andererseits werden auf diese Weise auch hegemoniale Verhältnisse reartikuliert, in der Hoffnung, sie dadurch letztlich absichern zu können.

Die affektive Wirkmacht von Toxinen zeigt sich schließlich auch daran, dass bestimmte Gespenster der Bedrohung kontinuierlich heraufbeschworen werden (müssen). Oder anders formuliert: Die selektive Sorge wird auch prospektiv durch Angst (vor toxischen Gefahren) legitimiert. Indem Narrative der Bedrohung nicht zuletzt künftige Bedrohungen ankündigen, können Herrschaftsverhältnisse der Gegenwart als 'normal' und schützenswert konstruiert und darüber legitimiert und stabilisiert werden. Massumis (2010) Auffassung „affektiver Fakten“ erscheint mir für diesen Zusammenhang erhellend. So beschreibt er Angst als ein reales Gefühl der Gegenwart, das sich zugleich auf eine antizipierte Zukunft bezieht (ebd.: 54). Wirkmächtig sei diese Zukunft, weil sie sich in eine aktuell gefühlte Gewissheit übersetzt, obwohl oder vielleicht auch gerade weil sie gegenwärtig weder belegt noch widerlegt werden kann. Entscheidend ist also gerade eine zeitliche Komponente. Ein bedrohliches Zukunftsszenario wird über Angst imaginiert und aufgerufen und schafft letztlich insofern affektive Fakten, als die Angst vor einer bestimmten Zukunft zu konkreten Reaktionen im Hier und Jetzt führt. Eine Kritik solch affektiver Fakten bedeutet dann jedoch nicht zu unterstellen, dass die Giftstoffe keinerlei 'reale' Risiken bergen oder die Gefahren schlichtweg 'erfunden' wären – es geht hier nicht um eine vermeintlich postfaktische Konstellation. Vielmehr zeigt dieses Verständnis einen weiteren Modus an, über den die Wirkmacht von Toxinen, von toxischen Körpern und Verhältnissen als differenzielle Aufteilung der Affekte – in Form von Panik, Angst, Empathie oder Sorge – hervorgebracht wird: indem eine potenzielle künftige Bedrohung und Grenzüberschreitung aktuell 'realisiert' wird.

6. Fazit: Stoffe von Belang

Toxische Politiken beruhen also (auch) auf affektiven Ordnungen, zugleich werden über toxische Politiken affektive Ordnungen hervorgebracht: Wer gilt als Objekt, wer gilt als Subjekt der Bedrohung und der Sorge? Wie wird diese Aufteilung affektiv hergestellt? Affekte rahmen Diskurse, sie sind eingebunden in gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse und stellen gleichsam eine Intelligibilitäts- und Legitimationsressource dar. Chens und Di Chiros Ausführungen machen deutlich, dass es aus queer-feministischer Perspektive eines integrativen Analyseansatzes bedarf, eines Ansatzes, in dem Materie/Materialität, Sprache, Diskurs und Affekt miteinander verbunden und gerade nicht als wechselseitig unvereinbar begriffen werden. Für eine queer-feministische Analyse und Kritik der Regierung, Regulierung und Reproduktion von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen sollte es also zugleich um die Frage nach der Wirkmacht

der Materie selbst, um die Materialität gesellschaftlicher Verhältnisse und um die affektive und diskursive Absicherung und Vermittlung dieser Verhältnisse gehen. In Anlehnung an die Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse lässt sich dann auch von einer Gleichzeitigkeit „physisch-materieller“ und „sprachlich-symbolischer“ Dimensionen sprechen, die „unauflöslich“ (Köhler/Wissen 2010: 221) miteinander verschränkt sind. Hier gilt es weiterzudenken. Denn nur so wird es möglich, aktuelle innerfeministische ‘Lagerkämpfe’ über einen ‘wahren’ Ausgangspunkt feministischer Kritik und ein ‘richtiges’ Verständnis von Materialität, an dem nun nicht nur feministische Materialist_innen und Poststrukturalist_innen, sondern auch Neomaterialist_innen partizipieren, aufzuweichen und im Sinne einer sorgfältigen (binnenfeministischen) Kritik in Richtung feministischer Allianzen weiterzuspinnen.

Nicht zuletzt geht es mir mit der Auffassung von ‘affective matters’ darum, eine radikale Abwehr dekonstruktivistischer Zugänge als bloß diskursiv und linguistisch verengt – sowohl aus neomaterialistischer als auch aus materialistisch-feministischer Perspektive, wenngleich aus unterschiedlichen Gründen – zum Teil zurückzuweisen² und mit einem gesellschaftstheoretischen Verständnis von Affekten gerade die hegemoniale affektive Vermittlung toxischer Wirkmächtigkeit als einen Aspekt eines gegenwärtigen (affektiven) Regierens von Gesellschaft und Geschlecht (neben anderen) zu fokussieren. So zeigen auch Allhutter und Hofmann, dass Affekte auf ein „Zusammenwirken von Körperlichkeit, Diskursivität und Materialität“ verweisen können (Allhutter/Hofmann 2014: 61). Eine affekttheoretische Perspektive auf Materialität kann so (möglicherweise) die ein oder andere Engführung in aktuellen Debatten um Materialität aufbrechen und damit eine allzu schnelle und allzu (ver)einfach(end)e Verabschiedung kritischer

2 Eine sorgfältige Kritik jenseits von Karikaturen (Ahmed 2008: 34) scheint mir nicht zuletzt aktuell besonders wichtig (z.B. Dowling/van Dyk/Graefe 2017). Denn dekonstruktivistische Einsichten werden nicht nur als *Legitimationsquelle* für rechte Politik eingesetzt, wie Latours Anmerkung eingangs problematisiert; vielmehr ist das *Desavouieren* von Poststrukturalismus und Dekonstruktivismus auch ein Mittel rechter, maskulinistischer und antifeministischer Diskreditierung von Geschlechterforschung. Dies zeigt einerseits die (relative) Willkür einer (simplifizierenden) Vereinnahmung unterschiedlicher, selbst widersprüchlicher Positionen durch rechte Politiken an. Andererseits macht es sorgfältige, komplexe, gesellschaftskritische (queer-feministische) Auseinandersetzungen umso dringlicher, und zwar gerade jenseits einfacher Verurteilungen von Poststrukturalismus und Dekonstruktivismus als Werkzeug rechten Übels oder als Ursache für eine schwache, fragmentierte und desorientierte Linke, so ein Vorwurf, den Wendy Brown (1999: 23) bereits vor knapp 20 Jahren problematisierte und der bis in die Gegenwart wirkmächtig zu sein scheint.

Auseinandersetzungen mit den symbolisch-diskursiven Dimensionen materieller Macht konterkarieren.

Chens und Di Chiros Kritik toxischer Politiken aus dieser mehrdimensionalen Perspektive nachzuzeichnen, eröffnet zugleich ein Verständnis dafür, wie in aktuellen US-amerikanischen Debatten über Schadstoffe und Gesundheitsrisiken eine kapitalistisch geprägte, heteronormative (klassistische, rassistische und *ability*-zentrierte) Gesellschaftsordnung nicht nur zugrunde gelegt, sondern darüber hinaus legitimiert und reproduziert wird. Zugleich wird deutlich, dass diese Macht- und Herrschaftsverhältnisse in und über Verhältnisse zu heteronormalisierten, rassisierten und klassierten Giftstoffen auch affektiv hervorgebracht und verfestigt werden – durch (toxische) Politiken der Angst und Bedrohung, der Sorge und Empathie, die Schaffung affektiver Fakten ebenso wie durch affektive Grenzziehungen und die Aufteilung von Affekten. Diese toxischen Politiken können so als gesellschaftspolitische Zeichen, Praxen und Zeit-Räume verstanden werden, an denen und in denen der Kampf um die Verteidigung und Aufrechterhaltung von Heteronormativität, (nationaler) Souveränität und Kapitalismus, nicht zuletzt in ihrer Verwobenheit, sichtbar wird. Die Abwehr einer Gefahr vor (vermeintlicher) Feminisierung und Subalternisierung sowie die Verteidigung hegemonialer Männlichkeit sind dabei politisch ebenso virulent wie reproduktive Heteronormativität bzw. reproduktiver Futurismus (Edelman 2008) und Tendenzen der (Re-)Naturalisierung einer klassistisch-rassistischen *ability*-zentrierten heteronormativen Geschlechterordnung. Toxisch sind diese Politiken damit nicht nur aufgrund ökologischer Bedrohungen, sondern auch, weil sie Anknüpfungsmomente und Argumentationsmuster für antifeministische Schulterschlüsse bieten und mithin im Kontext einer umfassenderen rechten und rechtskonservativen geschlechter- und gesellschaftspolitischen Mobilisierung verortet werden müssen. Damit zeigt sich nicht zuletzt, dass die beschriebenen Effekte von Umweltverschmutzung und Intoxikation zwar Faktizität suggerieren, jedoch immer auch über ganz bestimmte Diskurse, Narrative, Affekte, Praxen und Herrschaftsverhältnisse zu Dingen von Belang werden.

Literatur

- Ahmed, Sara (2004a): *Affective Economies*. In: *Social Text*, Jg. 22, Heft 2, 117-139.
 – (2004b): *The Cultural Politics of Emotion*. Edinburgh.
 – (2014): *Kollektive Gefühle oder die Eindrücke, die andere hinterlassen*. In: Baier, Angelika/Binswanger, Christa/Häberlein, Jana/Nay, Yv Eveline/Zimmermann, Angelika (Hg.): *Affekt und Geschlecht. Eine einführende Anthologie*. Wien, 183-214.

- Alaimo, Stacy (2008): Trans-Corporeal Feminisms and the Ethical Space of Nature. In: Alaimo, Stacy/Hekman, Susan (Hg.): *Material Feminisms*. Bloomington, Indianapolis, 237-264.
- Alaimo, Stacy/Hekman, Susan (2008): Introduction: Emerging Models of Materiality in Feminist Theory. In: Alaimo, Stacy/Hekman, Susan (Hg.): *Material Feminisms*. Bloomington, Indianapolis, 1-19.
- Allhutter, Doris (i.E.): Of „Working Ontologists“ and „High-quality Human Components“. The Politics of Information Infrastructures. In: Vertesi, Janet/Ribes, David (Hg.): *A Field Guide to Digital STS*. Princeton.
- Allhutter, Doris/Hofmann, Roswitha (2014): Affektive Materialitäten in Geschlechter-Technikverhältnissen. Handlungs- und theorie-politische Implikationen einer anti-kategorialen Geschlechteranalyse. In: *Freiburger Zeitschrift für Geschlechterstudien*, Jg. 20, Heft 2, 59-78.
- Angerer, Marie-Luise (2007): *Vom Begehren nach dem Affekt*. Zürich.
- Barad, Karen (1996): Meeting the Universe Halfway: Realism and Social Constructivism without Contradiction. In: Hankinson Nelson, Lynn/Nelson, Jack (Hg.): *Feminism, Science, and the Philosophy of Science*. Dordrecht, 161-194.
- (2003): Posthumanist Performativity: Toward an Understanding of How Matter Comes to Matter. In: *Signs. Journal of Women in Culture and Society*, Jg. 28, Heft 3, 801-831.
- (2007): *Meeting the Universe Halfway. Quantum Physics and the Entanglement of Matter and Meaning*. Durham, London.
- Bargetz, Brigitte (2013): Markt der Gefühle, Macht der Gefühle. Konturen eines emotionstheoretischen Machtverständnisses. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie (ÖZS)*, Jg. 38, Heft 2, 203-220.
- (2015): The Distribution of Emotions: Affective Politics of Emancipation. In: *Hypatia: A Journal of Feminist Philosophy*, Jg. 30, Heft 3, 580-596.
- (2017): Writing Out ‘the Social’? Feministische Materialismen im Streitgespräch. In: Leicht, Imke/Löw, Christine/Meisterhans, Nadja/Volk, Katharina (Hg.): *Material turn: Feministische Perspektiven auf Materialität und Materialismus*. Opladen, Farmington Hills, 133-150.
- Bath, Corinna/Meißner, Hanna/Trinkaus, Stephan/Völker, Susanne (Hg.) (2013): *Geschlechter Interferenzen. Wissensformen – Subjektivierungsweisen – Materialisierungen*. Berlin.
- Bauhardt, Christine (2017): Living in a Material World. Entwurf einer queer-feministischen Ökonomie. In: *GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, Jg. 9, Heft 1, 99-114.
- Braidotti, Rosi (2013): *The Posthuman*. Cambridge.
- Brown, Wendy (1999): Resisting Left Melancholy. In: *boundary 2*, Jg. 26, Heft 3, 19-27.
- Bullard, Robert D. (1990): *Dumping in Dixie. Race, Class, and Environmental Quality*. Boulder, CO.

- Butler, Judith (1998): *Merely Cultural*. In: *New Left Review* (NLR I), Heft 227, 33-44.
- Chen, Mel Y. (2012): *Animacities: Biopolitics, Racial Mattering, and Queer Affect*. Durham, London.
- (2014): *Giftige Belebtheiten, unbelebte Affektionen*. In: Baier, Angelika/Binswanger, Christa/Häberlein, Jana/Nay Eveline Y./Zimmermann, Andrea (Hg.): *Affekt und Geschlecht: Eine einführende Anthologie*. Wien, 215-252.
- Coole, Diana (2013): *Agentic Capacities and Capacious Historical Materialism: Thinking with New Materialisms in the Political Sciences*. In: *Millennium. Journal of International Studies*, Jg. 41, Heft 3, 1-19.
- Coole, Diana/Frost, Samantha (2010): *Introducing the New Materialism*. In: Coole, Diana/Frost, Samantha (Hg.): *New Materialisms. Ontology, Agency, and Politics*. Durham, London, 1-43.
- Di Chiro, Giovanna (2010): *Polluted Politics? Confronting Toxic Discourse, Sex Panic, and Eco-Normativity*. In: Mortimer-Sandilands, Catriona/Erickson, Bruce (Hg.): *Queer Ecologies, Sex, Nature, Politics, Desire*. Bloomington, Indianapolis, 199-230.
- Dowling, Emma/van Dyk, Silke/Graefe, Stefanie (2017): *Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik“*. In: *Prokla* 188, Jg. 47, Heft 3, 411-420.
- Edelman, Lee (2008): *No Future. Queer Theory and the Death Drive*. Durham, London.
- Garske, Pia (2014): *What's the „matter“? Der Materialitätsbegriff des „New Materialism“ und dessen Konsequenzen für feministisch-politische Handlungsfähigkeit*. In: *Prokla* 174, *Materialistischer Feminismus*, Jg. 44, Heft 1, 111-129.
- Grosz, Elisabeth (2004): *The Nick of Time: Politics, Evolution, and the Untimely*. Durham, London.
- Gunnarsson, Lena (2013): *The Naturalistic Turn in Feminist Theory: A Marxist-realist Contribution*. In: *Feminist Theory*, Jg. 14, Heft 1, 3-19.
- Hemmings, Clare (2005): *Invoking Affect. Cultural Theory and the Ontological Turn*. In: *Cultural Studies*, Jg. 19, Heft 5, 548-567.
- Hird, Myra J.: *Feminist Engagement with Matter*. In: *Feminist Studies*, Jg. 35, Heft 2, 329-346.
- Köhler, Bettina/Wissen, Markus (2010): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse: ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise*. In: Lösch, Bettina (Hg.): *Kritische politische Bildung. Ein Handbuch*. Schwalbach, 217-227.
- Latour, Bruno (2007 [2004]): *Elend der Kritik. Vom Krieg der Fakten zu den Dingen von Belang*. Berlin, Zürich.
- Lettow, Susanne (2014): *Sehnsucht nach Unmittelbarkeit. Zur Konjunktur des politischen Vitalismus*. In: *Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, Jg. 23, Heft 2, 97-106.
- (2016): *Turning the Turn: New materialism, Historical Materialism and Critical Theory*. In: *Thesis Eleven*, online 26.12., DOI: 10.1177/0725513616683853, 1-16.

- Lykke, Nina (2010): The Timeliness of Post-Constructionism. In: NORA – Nordic Journal of Feminist and Gender Research, Jg. 18, Heft 2, 131-136.
- Massumi, Brian (2002): *Parables for the Virtual: Movement, Affect, Sensation*. Durham, London.
- (2010): The Future Birth of the Affective Fact: The Political Ontology of Threat. In: Gregg, Melissa/Seigworth, Gregory J. (Hg.): *The Affect Theory Reader*. Durham, London, 52-70.
- Meißner, Hanna (2016): New Material Feminisms and Historical Materialism: A Diffractive Reading of Two (Ostensibly) Unrelated Perspectives. In: Pitts-Taylor, Victoria (Hg.): *Mattering. Feminism, Science, and Materialism*. New York, 43-57.
- Mendel, Iris (2015): *WiderStandPunkte. Umkämpftes Wissen, feministische Wissenschaftskritik und kritische Sozialwissenschaften*. Münster.
- Saldanha, Arun (2006): Reontologising Race: The Machinic Geography of Phenotype. In: *Environment and Planning D: Society and Space*, Jg. 24, Heft 1, 9-24.
- Sandilands, Catriona (2016): Queer Ecology. In: Adamson, Joni/Gleason, William A./Pellow, David N. (Hg.): *Key Words for Environmental Studies*. New York, London, 169-171.
- van der Tuin, Iris (2011): New Feminist Materialisms. In: *Women's Studies International Forum*, Jg. 34, Heft 4, 271-277.
- Warner, Michael (1991): Fear of a Queer Planet. In: *Social Text*, Jg. 29, Heft 4, 3-17.

Birgit Sauer

Demokratie, Volk und Geschlecht Radikaler Rechtspopulismus in Europa

Einleitung

Wahlgewinne radikaler rechtspopulistischer Parteien in ganz Europa, national-populistische Regierungen in Ungarn und Polen, der Brexit und die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten sind Ausweis sich weltweit nach rechts verschiebender politischer Kräfteverhältnisse. Auch die machtvolle medial-öffentliche Präsenz rechter sozialer Bewegungen wie 'Pegida' (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands) in Deutschland, die 'Identitären' in Österreich oder 'Manif pour tous' gegen die Homo-Ehe in Frankreich sind ebenso demokratiegefährdende Entwicklungen wie Angriffe auf Flüchtlinge in europäischen Ländern und die verstärkte Präsenz von Nazi-Gruppen in den USA. Auch wenn sich rechtsradikale Gruppierungen in vielen westeuropäischen Ländern bereits kurz nach dem 2. Weltkrieg (re-)etablieren konnten, stellt das Erstarken rechtspopulistischer Parteien seit den 1990er Jahren ein vergleichsweise neues politisches Phänomen dar (Birsl 2011: 11; Müller 2016b: 18).

Der Begriff Rechtspopulismus verweist auf eine spezifische Strategie der neuen Rechten, auf eine strategische 'Innovation', nämlich den diskursiven Einsatz von Antagonismen, also eines 'Wir', das gegen politische Eliten, 'das' Establishment oder die so genannte Lügenpresse, aber auch gegen 'Andere', vornehmlich Muslim_innen, Migrant_innen, Schwule oder Feministinnen in Stellung gebracht wird. Diese binären und ausschließenden Konstruktionen zielen auf ein imaginiertes „heartland“ (Taggart 2000), ein „moralisch reines, homogenes“ Volk (Müller 2016b: 42). Im Anschluss an Cas Mudde (2004: 543) Definition, dass Populismus eine „thin centred ideology“ sei, die sich mit anderen Ideologien verknüpfen muss, um politische Wirksamkeit zu entfalten, ist Rechtspopulismus somit als eine politische Strategie zu fassen, die rassistische, nationalistische, völkische, sexistische und homophobe Ideologien verbreitet.

Allerdings richtet sich die rechtspopulistische Mobilisierung in erster Linie gegen Immigration und sie erhielt ihre gewaltvolle Bedeutsamkeit in den Auffor-

derungen von Frauke Petry und Beatrix von Storch (Alternative für Deutschland, AfD) im Jahr 2016, Flüchtlinge mit Waffengewalt am Überschreiten von EU-Grenzen zu hindern. Und die Verschärfungen der Asylgesetze in Deutschland und Österreich machen schließlich deutlich, dass die Mainstream-Parteien durchaus bereit sind, rechtspopulistische Forderungen in Politiken zu gießen. Doch radikal rechten Parteien und Bewegungen in Europa geht es um mehr als nur eine restriktivere Immigrationspolitik, um Wähler_innenstimmen zu gewinnen.¹ Sie zielen darauf, die Länder der EU umzubauen in Richtung eines national-autoritären bzw. sozial-nationalen Projekts (Balibar 2010). Die Ausgrenzung von Migrant_innen ist somit Teil einer Strategie, um für diesen Umbau Konsens herzustellen, also autoritäre und ausschließende Diskurse und Praktiken zum 'common sense' zu machen. Geschlechter- und Sexualitätsverhältnisse nehmen in diesem Kampf um kulturelle Hegemonie sowie um neue Staatsverhältnisse – eines neoliberal-autoritären und nationalistischen Staates – seit der vergangenen Dekade eine prominente Rolle ein – wenn auch mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und unterschiedlicher Deutlichkeit in europäischen Ländern.

Ich möchte in meinem Text eine kapitalismuskritische Sicht auf diese Entwicklungen werfen und deutlich machen, dass Geschlechterverhältnisse ein Schlüssel zum Verständnis des aktuellen Erstarkens rechter Parteien in Europa sind. Eine solche Perspektive begreift das Phänomen Rechtspopulismus als genuin vergeschlechtlicht. Rechtspopulismus muss, so die damit verknüpfte Überlegung, aus der gesellschaftlichen Geschlechterstruktur europäischer Demokratien, nicht schlicht aus ökonomischen Entwicklungen, nicht allein aus individuellen Vorlieben oder Präferenzen abgeleitet und auch nicht allein als Folge von parteipolitischen Kalkül erklärt werden. Eine gesellschaftstheoretisch informierte geschlechterkritische Analyse verweist vielmehr auf den Zusammenhang von ökonomischen Transformationen, sozialen Kräfteverhältnissen und Geschlechterregimen für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien und öffnet die Sicht auf biopolitische Konstruktionen und Strategien des Umbaus westlicher Gesellschaften in ein autoritäres, nicht-demokratisches und anti-pluralistisches Projekt. Ein Fokus auf Geschlechterverhältnisse kann auch sinnfällig machen, dass Rechtspopulismus gleichsam aus unbearbeiteten Widersprüchen in der 'Mitte der Gesellschaft' und nicht (allein) an einem extremen Rand entsteht.

1 Ich konzentriere mich im Folgenden auf national-populistische rechte Parteien, die ihren Nationalismus mit Nativismus und Rassismus kombinieren (Mudde/Kaltwasser 2015: 20).

Ich werde zunächst darstellen, welche Bedeutung Geschlecht im rechtspopulistischen Diskurs zukommt und werde dann die materielle Geschlechterdimension des rechtspopulistischen Erfolges vornehmlich am Beispiel Deutschlands und Österreichs skizzieren. Abschließend reflektiere ich die Rolle von Geschlecht für das rechtspopulistische Hegemonieprojekt.

Geschlecht im populistischen Diskurs der radikalen Rechten

Die sozialwissenschaftliche Forschung weist seit einiger Zeit darauf hin, dass europäische rechtspopulistische Parteien in mehrfacher Hinsicht ‘Männerparteien’ sind (Mudde 2007, Kapitel 4; Müller 2016b: 35): Nicht nur sind ihre Mitglieder und ihr Führungspersonal – mit wenigen, allerdings wichtigen Ausnahmen – männlich, sondern sie werden auch mehrheitlich von Männern – in der Regel, wenn auch national differierend, von jungen Männern mit niedrigen Bildungsabschlüssen oder ohne Erwerbsarbeit – gewählt (Mayer 2013: 171; Niedermayer/Hofrichter 2016).² Dies wiederum übersetzt sich in eine starke Überrepräsentation von Männern rechter Parteien in Parlamenten (Rashkova/Zankina 2017). Männer scheinen zudem anfälliger für rechtes, insbesondere gewaltförmiges Gedankengut (Birsl 2011: 12; Schellenberg 2009: 2), sie werden von einer spezifischen Form maskulin-heroischer Führerschaft eher angesprochen, während Frauen mehrheitlich skeptisch gegenüber traditionellen Geschlechtervorstellungen rechtspopulistischer Parteien sind.

Geschlecht war freilich für rechte Ideologien und Gruppierungen schon immer zentral, standen doch Vorstellungen von hierarchischer Zweigeschlechtlichkeit, von Heterosexualität und traditionellen Familienverhältnissen stets im Zentrum völkischer Ideen von Nation und Staat und waren unmittelbar mit rassistischen Konzepten der Reinheit des Volkes, der Aus- und Abgrenzung ‘Anderer’ verknüpft (z.B. Birsl 1994; Bitzan 1997; Rommelspacher 2011). Das ‘Manifest’ von Anders Bering Breivik war einmal mehr Ausweis dafür, wie die Frage von Geschlecht in rechte Ideologien eingeschlossen und mit rassistischen Vorstellungen verknüpft ist.

Auch wenn die Mobilisierung von Geschlecht stark von je unterschiedlichen nationalen Kontexten abhängt (Mudde/Kaltwasser 2015: 17; Sauer et

2 Die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten macht aber deutlich, dass Geschlecht allein keine aussagekräftige Variable ist: Während in Europa die Klassenfrage bedeutsam ist (Eribon 2016: 125ff.), ist dies in den USA ‘race’: Während 53% weißer Frauen Trump wählten, erhielt er nur von 16% der afro-amerikanischen Frauen die Stimme.

al. 2016), lassen sich dennoch gemeinsame diskursive Stränge europäischer rechtspopulistischer Parteien ausmachen. So gehört die Berufung auf ein natürliches zweigeschlechtlich-polares Geschlechterkonzept, auf eine traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und damit verbundene Geschlechterrollen des männlichen Familienernährers und der Frau als Mutter noch immer zum rechten populistischen Repertoire (Sauer et al. 2016: 113; Mayer/Sori/Sauer 2016). Ein von rechtspopulistischen Parteien aufgerufener, anti-kapitalistischer bzw. anti-neoliberaler Topos kritisiert heute aber den Zwang von Müttern zur Erwerbsarbeit, der sie an der beglückenden Sorge um ihre Kinder hindere. Die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung biete ihnen demgegenüber Schutz vor Ausbeutung auf dem Erwerbsarbeitsmarkt. Diese Geschlechternormierung erfolgt oft unter Berufung auf liberale gleichstellungsorientierte Werte und nicht vornehmlich mit dem Argument, Mutterschaft sei die natürliche Aufgabe von Frauen. Die österreichische FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) beispielsweise bemüht das Argument der 'freien Wahl' zwischen Beruf und Mutterschaft, damit sich Frauen bewusst für den Beruf der Mutter entscheiden könnten (Sauer et al. 2016: 112).

Ein weiterer Mosaikstein in rechtspopulistischen „patriarchal frames“ (Wodak 2015: 151) ist die Vorstellung, dass Frauen aufgrund ihrer Bedeutung für den Erhalt der Nation ebenso geschützt werden müssen wie die im Topos vom 'kleinen Mann auf der Straße' angesprochene marginalisierte Männlichkeit (Mudde 2007: 92-94). Hegemoniale Männlichkeit realisiert sich umgekehrt in einem Beschützergestus gegenüber Frauen, dessen sich freilich auch der 'kleine Mann' bedienen kann. Gleichzeitig aber wird in rechten Diskursen eine 'Krise der Männlichkeit' beschworen, der beispielsweise Björn Höcke von der AfD mit einer neuen heroischen Männlichkeit begegnen will: „Wir müssen unsere Männlichkeit wieder entdecken. Denn nur wenn wir unsere Männlichkeit wiederentdecken, werden wir mannhaft. Und nur wenn wir mannhaft werden, werden wir wehrhaft, und wir müssen wehrhaft werden, liebe Freunde!“³

In der Tat geriet die Männlichkeitskonstellation rechtspopulistischer Parteien in jüngster Zeit in Bewegung und der *gender gap* im rechten Wahlverhalten schließt sich. Nonna Mayer (2013; 2015) konnte zeigen, dass in den letzten französischen Präsidentschaftswahlen mehr Frauen den Front National wählen als zuvor. Dies kann mehrere Gründe haben, nicht zuletzt transformierte

3 Björn Höcke auf dem Parteitag der Alternative für Deutschland im November 2015 in Erfurt, <https://www.youtube.com/watch?v=yBvy0MR3KBE> (abgerufen am 30.11.2016)

Geschlechterbilder, die zu den Innovationen des europäischen Rechtspopulismus zählen (Mayer/Sori/Sauer 2016: 91). Amesberger und Halbmayr (2002: 308) konstatieren für die österreichische FPÖ ein „modernisiertes traditionelles Rollenbild“, wie dies de Lange und Mügge (2015: 63) auch für Belgien und die Niederlande feststellen konnten. Diese Innovation wird vor allem daran deutlich, dass zunehmend Frauen in rechtspopulistischen Parteien ihren Vertretungs- und Repräsentationsanspruch offensiv vortragen und Führungspositionen übernehmen. Und Frauen wie Marine Le Pen vom Front National in Frankreich, Pia Kjærsgaard von der Dänischen Volkspartei oder Frauke Petry und Alice Weidel von der AfD entsprechen keinesfalls dem rechten Mutter-Typ. Sorgen rechte Frauen früher für sozialen Zusammenhalt der Gruppe, so sind sie heute nicht nur nach innen, sondern auch nach außen orientiert, so dass sich diese weiblichen Führungsfiguren trotz der vehementen Ablehnung von Quoten in einem völlig männlichen Umfeld behaupten konnten. Diese Strategie relativiert nicht nur das Bild der ‘Männerpartei’, so dass sich auch junge Frauen als Anhängerinnen, Wählerinnen und Funktionärinnen gewinnen lassen (Lang 2015), sondern stellt rechtspopulistischen Parteien auch ein Argument für die Delegitimierung jeglicher Gleichstellungspolitik zur Verfügung (Mudde/Kaltwasser 2012: 22ff.).

In der vergangenen Dekade avancierte schließlich Geschlecht zum zentralen diskursiven Knotenpunkt der radikalen politischen Rechten. Zur Unterfütterung und Entfaltung ihrer „dünnen Ideologie“ (Mudde 2004: 543) entwickelten rechtspopulistische Parteien eine durchaus konsistente „Geschlechterideologie“ (Mudde 2007: 92). In nahezu allen europäischen Ländern – aber auch in den USA und Russland – ist eine neuartige Auseinandersetzung rechter Kräfte mit der Geschlechterthematik feststellbar. Der selbsternannte „Anti-Genderismus“ (kritisch Hark/Villa 2015; Kuhar/Patternotte 2017) ruft sowohl die explizite Ablehnung von Feminismus und einer vermeintlich überzogenen Form von Gleichstellungspolitik, nämlich Gender Mainstreaming, aber auch von Gender Studies und sexueller Vielfalt auf (Lewandowsky/Giebler/Wagner 2016: 248 und 252). Das erste Positionspapier der ‘Pegida’ vom Dezember 2014 kritisierte beispielsweise in zwei seiner 19 Punkte sexuelle Selbstbestimmung und Gender Mainstreaming.⁴ Auch das Programm der AfD reflektiert diesen anti-feministischen Impetus, während rechtspopulistische Parteien in nordischen Staaten sowohl gegenüber Homosexualität als auch gegenüber Gleichstellungspolitiken offener sind (Mayer/Sori/Sauer 2016). Doch europaweit moduliert der Anti-Gender-Diskurs Ressentiments gegen die EU, wenn er z.B. Gender Mainstreaming als Diktat aus Brüssel darstellt,

4 <http://www.i-finger.de/pegida-positionspapier.pdf>, letzter Zugriff 15. 6. 2016

oder er verstärkt einen Anti-Elitismus und Anti-Intellektualismus, beispielsweise in der Rede von einer gleichstellungspolitischen Schickeria. Der europaweite anti-genderistische Impuls rechtspopulistischer Parteien bringt nicht nur Kritik an und Abscheu gegenüber Gender Mainstreaming, Gender Studies und sexueller Vielfalt zum Ausdruck, sondern ermöglicht auch neuartige (diskursive) Koalitionen mit dem rechts-konservativen und katholischen Milieu (Mayer/Sauer 2017), war doch der Vatikan der erste Akteur, der in der Folge der UN-Welt-Frauen-Konferenz 1995 in Beijing dem Gender-Konzept den Kampf ansagte (Paternotte 2015).

Anti-Migrationspolitiken und ein rassistisch-exkludierendes Projekt lassen sich schließlich ebenfalls mit dem Geschlechterdiskurs rechtfertigen: Geschlechterungleichheit wird dann nämlich besonders laut thematisiert und kritisiert, „when it comes to the rights of Muslim women“ (de Lange/Mügge 2015: 65). Trotz traditioneller Familien- und Geschlechtervorstellungen und trotz vehementer Kritik an Gleichstellungspolitik wird im rechtspopulistischen Diskurs eine vermeintlich in europäischen Gesellschaften bereits erreichte Geschlechtergleichheit gegen Migrant_innen in Stellung gebracht. Auch wenn die Parteien differieren, wie Sarah de Lange und Liza Mügge (2015: 62) am Beispiel flämischer und niederländischer rechter Parteien zeigen, wird die Aufwertung der eigenen ‘Kultur’ als gleichstellungsorientiert, frauenfördernd und liberal bemüht, um muslimische Migranten als patriarchal, gleichsam vormodern, in jedem Fall als frauenfeindlich und gewalttätig zu zeichnen.

Freilich sind diese Deutungsmuster nicht neu, sondern Rechtspopulisten propagierten solche Narrative bereits im ‘Kopftuchstreit’ in den Nullerjahren des neuen Jahrhunderts. Die FPÖ plakatierte beispielsweise in ihren Wahlkämpfen 2004 „Freie Frauen statt Kopftuchzwang“ (Sauer 2012). Im Sommer 2016 wurde dieses Framing in den so genannten ‘Burka’-Debatten wieder aufgegriffen. Der Topos der Gefahr, die von migrierten jungen Männern ausgehe, gehört ebenfalls schon seit längerem zum rechtspopulistischen Repertoire (Mayer/Sori/Sauer 2016: 94f.). Daran anknüpfend nutzten Rechtspopulisten weltweit die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht 2015/16 in einigen deutschen Städten, um Resentiments gegen muslimische Flüchtlinge zu schüren und verschärfte Asyl- und Abschiebepolitiken auf die Agenda zu setzen, anstatt Männergewalt gegen Frauen zu skandalisieren (Dietze 2016).⁵

Diese Widersprüche lassen sich nicht allein als „kalkulierte Ambivalenz“ begreifen (Wodak 2015: 68), die den Zweck verfolgt, politische Aufmerksamkeit durch Provokation zu erheischen. Vielmehr soll durch diese diskursive Strategie

5 Auch Donald Trump twitterte zu Köln.

der Aufwertung der eigenen 'Kultur' oder der eigenen 'Nation' als gleichstellungsorientiert und gewaltfrei, die Dramatik eines „Ethnomasochismus“, also des 'Leidens' am Patriarchat der 'Anderen' (Mayer/Sori/Sauer 2016: 93), eben dieses 'Andere' abwerten und als 'nicht-zugehörig' ausgrenzen. Dieses Phänomen bezeichnet Sara R. Farris (2017) als „femonationalism“. Mit dieser Strategie „exkludierender Intersektionalität“ (Siim/Mokre 2013), also der diskursiven Verknüpfung von Geschlecht, Ethnizität, Nationalität und Migration, lässt sich Anti-Immigrationspolitik neuartig präsentieren. Der rechte Geschlechterdiskurs fügt sich somit in eine Politik des *Othering* ein, in eine Politik der Angst vor den 'Anderen', die neben Muslim_innen, Migrant_innen und Geflüchteten auch Roma, Homosexuelle und Trans-Gender sowie Feministinnen und Gleichstellungsakteur_innen sein können.

Im folgenden Abschnitt werde ich Erklärungen für das Erstarken des Rechtspopulismus diskutieren und um eine Geschlechterdimension erweitern.

Die Entstehung der radikalen Rechten aus Geschlechterverhältnissen. Neue Intersektionalitäten

Die politikwissenschaftliche Ursachensuche für die Herausbildung eines „populistischen Zeitgeists“ in Westeuropa (Mudde 2004) setzt bei der Transformation des Parteiensystems seit den 1970er Jahren an, bei der Oligarchisierung und Kartellisierung der so genannten Volksparteien und der Entstehung einer „politischen Klasse“, die eher am eigenen Interesse des Machterhalts als an den Bedürfnissen der Wähler_innenschaft orientiert ist (von Beyme 1996; Müller 2016a: 24). Dieser Zeitgeist, so Mudde, erfasste in den 1980er Jahren alle Parteien und führte zum allmählichen Verlust des Repräsentationspotenzials etablierter Volksparteien. Vor diesem Hintergrund entstanden 'Protestparteien' – prominent in vielen europäischen Ländern grüne, in einigen Ländern aber auch rechte Parteien (von Beyme 1996).

Doch erst der Wandel der 'alten' Rechten in 'neu-rechte' Parteien, erst die Transition realsozialistischer Staaten in Parteiendemokratien (Minkenberg 2015) sowie ökonomische Globalisierung, globale Mobilisierung zur Migration und der Abbau europäischer Sozialstaaten bildeten ab den 1990er Jahren den Hintergrund für die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien.

Die Zuspitzung einer „post-demokratischen“ Situation (Crouch 2008), also die Entkernung bzw. Aushöhlung demokratisch legitimierter Entscheidungsorgane, die schleichende Entmachtung von Parlamenten und die Verlagerung politischer Entscheidungen in Gremien jenseits demokratisch legitimierter Institutionen,

verschärfte die Kluft zwischen Repräsentierten und Repräsentant_innen (Diehl 2016: 17) und führte zu einer „Krise der Repräsentation“. Phänomene wie sinkende Wahlbeteiligung, schwindendes Vertrauen in politische Entscheidungsorgane und Akteure sowie Protestwahlen waren die Folgen. Chantal Mouffe (2008) sieht den europäischen Rechtspopulismus daher als Indikator und Phänomen einer „post-politischen Krise“: Die Orientierung an einer politischen Mitte, insbesondere der sozialdemokratische Dritte Weg, trug nach Mouffe dazu bei, dass das Politische stillgestellt wurde. Eine Politik des Konsenses statt politischer Kontroverse habe eine Ent-Politisierung befördert und eine Leerstelle produziert, die rechtspopulistische Parteien zu füllen in der Lage waren. Diese nutzten den Antagonismus zwischen ‘Volk’ und ‘Elite’ sowie ‘Wir’ und ‘die Anderen’ aktiv zur politischen Mobilisierung (Mouffe 2008: 85ff.). Strukturell ähnlich wie soziale Bewegungen der 1970er Jahre seien rechte Parteien und Organisationen als Teil neuer „postdemokratischer ‘Empörungsbewegungen’“ (Ullrich 2015: 8ff.) zu begreifen.

Beschleunigt wurde der Aufstieg radikal rechter Parteien durch globale ökonomische Entwicklungen, die sich auf nationale Arbeitsmärkte und Politiken, insbesondere auf europäische Wohlfahrtsstaaten, aber auch auf soziale Kräfte- und Klassenverhältnisse auswirkten. Die neoliberale Restrukturierung europäischer Sozialstaaten, der Abbau von Sozialleistungen, die Deregulierung von Arbeit und die Zunahme ungesicherter Erwerbsarbeitsverhältnisse resultierte in steigender sozialer Ungleichheit und zunehmender Armut bei zeitgleich enormem Reichtumszuwachs (Piketty 2014). In einem stetigen Prozess wurden die materiellen Voraussetzungen eines hegemonialen Kompromisses umverteilender Wohlfahrtsstaatlichkeit, also materieller Verbesserungen für einen Großteil der Arbeitenden zerstört. Zugleich sollten die Menschen ein wettbewerbsorientiertes, gleichsam „unternehmerisches Selbst“ (Bröckling 2007) entwickeln, was zu Individualisierung und Entsolidarisierung beitrug. Die Folgen sozialer Prekarisierung konnten daher weder materiell noch emotional abgefedert werden, sondern lösten Verunsicherung und Angst um Erwerbsarbeit und Einkommen, um erworbene soziale Positionen und um erkämpfte soziale Rechte aus (Candeias 2016: 19).

Die Erosion des Wohlfahrtskonsenses delegitimierte die großen Parteien und ihre Programme dosierter Gleichheit und staatlich vermittelter Solidarität und damit auch die Basis liberaler Demokratie und ihrer Institutionen. Rechtspopulistische Parteien und Bewegungen, so lässt sich mit Klaus Dörre zusammenfassen, sind daher „Bewegungen gegen die Zumutungen und Zwänge des Marktes“ (Dörre 2016: 2) und gegen die Enttäuschung über wohlfahrtsstaatlichen Abbau und drohenden Wohlstandsverlust. Die rechten Parteien verschärfen diese Pro-

zesse der Verunsicherung im Kontext steigender Flüchtlingszahlen und deuteten die Ursachen sozialer Ungleichheit von einer Klassen- in eine Migrations- und Flüchtlingsfrage um.

In Folge der Finanzkrise 2008 definierten schließlich die politischen Eliten der EU das Konzept Demokratie neu, wie dies z.B. in Angela Merkels Rede von einer „marktkonformen Demokratie“, aber auch in den Politiken der ‘Troika’ bzw. der ‘Institutionen’ gegenüber Griechenland oder im Europäischen Wirtschaftspakts (New Economic Governance) zum Ausdruck kam. Ein „autoritärer Konstitutionalismus“ (Oberndorfer 2013), ein „technokratisch verbrämte(r) Autoritativismus der Postdemokratie“ (Ullrich 2015: 17), bereiteten zudem den Boden für antidemokratische Tendenzen und damit auch für die Popularität rechtspopulistischer Parteien.

Die ökonomische Verunsicherungsthese allein ist für die Erklärung des Erfolgs rechtspopulistischer Parteien also nur bedingt haltbar (Müller 2016b: 33), nicht zuletzt auch, weil sich die Wähler- und Anhängerschaft rechtspopulistischer Parteien nicht nur aus offensichtlich von sozialem Abstieg bedrohten gesellschaftlichen Gruppen rekrutiert. Neben Klassenverhältnissen müssen vielmehr auch Geschlechterverhältnisse zur Erklärung des Phänomens radikaler Rechtspopulismus in Betracht gezogen werden. Oder anders formuliert: Das Erstarken des Rechtspopulismus ist somit nur erklärbar, wenn transformierte hegemoniale Klassen-, aber auch Geschlechterverhältnisse, wenn die Mobilisierung von Klasse und Geschlecht an der Schnittstelle zu Ethnizität und Nationalität und damit neuartige intersektionale Kräfteverhältnisse in die Analyse einbezogen werden.

Ein Blick auf die *longue durée* europäischer, insbesondere konservativer Wohlfahrtsstaatlichkeit kann der Verunsicherungsthese eine Geschlechterdimension hinzufügen. Die Bearbeitung des Konflikts um Lohnarbeit, der im wohlfahrtsstaatlichen Konsens nach dem 2. Weltkrieg gebunden war, basierte bis weit in die 1970er Jahre hinein auf Geschlechterungleichheit, vor allem auf der Trennung von bezahlter Lohn- sowie unbezahlter Sorgearbeit. Trotz formal gleicher politischer Rechte erhielten Frauen wegen der Nicht-Regulierung von Reproduktionsarbeit nur schwer Zugang zu Erwerbsarbeit und zu sozialen Rechten und blieben abhängig von Ehemännern oder Vätern. Sie waren daher nur prekär in den hegemonialen demokratischen Kompromiss wie auch in liberaldemokratische Institutionen integriert, wurde doch bis in die 1970er Jahre der *demos* männlich gedacht. Und diese Konstellation kristallisierte sich in einer unhinterfragten männlichen Hegemonie bzw. in hegemonialer Männlichkeit heraus (Connell/Messerschmidt 2005).

Erst die Phase der Demokratisierung und des Ausbaus bestimmter wohlfahrtsstaatlicher Segmente, z.B. im Bildungsbereich, erlaubte seit den 1970er Jahren die Politisierung von Geschlechterungleichheit und führte zu ersten frauenbewegten Erfolgen. So gelang sukzessiv die partielle Integration von Frauen in nationalstaatliche Wohlfahrtsinstitutionen, in den Erwerbsarbeitsmarkt und in politische Institutionen. Dieser Integrationsprozess erfuhr durch das neoliberale Arrangement von Markt und Staat seit den 1990er Jahren eine, wenn auch geschlechterambivalente Beschleunigung. Allerdings muss die Anrufung von Frauen als Erwerbstätige klassenspezifisch differenziert betrachtet werden. Erwerbstätigkeit war und ist nicht für alle Frauen gleichermaßen mit größerer Handlungsfähigkeit und Autonomie verbunden, vor allem nicht für jene, die in Niedriglohnbereichen beschäftigt und mit Mehrfachbelastungen durch Sorgearbeit konfrontiert sind. Während gut ausgebildete Frauen beruflich erfolgreich sein können, durch Gleichstellungsmaßnahmen gefördert werden und familiäre Sorgearbeit tendenziell zukaufen können, werden weniger gut ausgebildete oder migrierte Frauen, aber eben zunehmend auch Männer, in unsichere Arbeitsverhältnisse gezwungen. Neoliberale Gleichstellung(-spolitik) entpuppt sich als ein klassistisches Projekt, das zu einer neuen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung entlang der Linie Ethnizität und Klasse führte. Oder anders gesagt: Die Gleichstellung von Frauen ließ in europäischen Staaten die hegemoniale Weiblichkeit einer weißen gebildeten Oberklasse entstehen.

Insgesamt aber wurde die systematische Aushöhlung des Wohlstands der Erwerbstätigen, die Prekarisierung von Arbeit und steigende Verunsicherung von einer stärkeren Erwerbsbeteiligung von gut ausgebildeten Frauen und somit von einer – zumindest partiellen – Auflösung des männlichen Ernährermodells begleitet. Mit dem neoliberalen Umbau kapitalistischer Gesellschaften erodierten also hierarchische Geschlechterregime, und tradierte Lebensweisen veränderten sich: Die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung innerhalb von Familien sowie die Idee der heterosexuellen Kleinfamilie wurden herausgefordert und in Frage gestellt (Candeias 2016: 19).

Der neoliberale Umbau europäischer Gesellschaften implizierte schließlich auch ambivalente Formen der Maskulinisierung. Hegemoniale Männlichkeit inszenierte sich in einer Hypermaskulinisierung des finanzialisierten Kapitalismus, z.B. in der Welt der Banker und Börsianer. Im Unterschied dazu wurden unterworfenen Männlichkeiten (Connell/Messerschmidt 2005), also die Positionierung von weniger gut ausgebildeten Männern als Familienernährer oder als in der Geschlechterhierarchie stets über Frauen stehend, in Frage gestellt. Diese Männer fühlen sich abgehängt und werden nicht nur von rechter Mobilisierung

als „gescheiterte Patriarchen“ oder „gescheiterte Männlichkeiten“ angerufen (Radhakrishnan/Solari 2015: 788-791). So entstand eine brisante Mischung aus realer oder befürchteter sozialer Degradierung, von Verlusten im Erwerbsbereich und einer nach wie vor existierenden Ideologie des Familienernährers, der diese Männer nicht mehr entsprechen können (ebd.). Michael Kimmel (2013) bezeichnet diese Gruppe in den USA als „angry white men“, wütende weiße Männer, die ihre Klassenposition als Hass auf Frauen und auf Gleichstellungspolitik, vor allem aber auf Migrant_innen neu definieren oder besser: negieren. Die sukzessive Dethematisierung von sozialer Gleichheit und der Abbau sozialer Rechte für Arbeitende hat also eine materielle *Geschlechter*komponente, die die rechtspopulistische ‘Besessenheit’ von Geschlecht und Gender, aber auch die erfolgreiche Propagierung einer ‘Krise der Männlichkeit’ erklärt.

Rechtspopulisten sind im Kontext sowohl der Nichtbearbeitung von sozialer Ungleichheit durch die Volksparteien, insbesondere durch die Sozialdemokratie (Eribon 2016), diejenigen politischen Akteure, die vor allem männliche Enttäuschungen und Ohnmachtsgefühle aufgreifen und in Wut gegen die ‘Anderen’ umdeuten konnten. Zugleich bieten sie auf der Grundlage dieser ausschließenden Deutungen neue – exklusive – Solidaritätsmuster an (Dörre 2016: 5) und propagieren einen „national-soziale(n) Protektionismus“ (Janssen 2015: 7). Birgit Rommelspacher konnte herausarbeiten, dass Männer eher dazu neigen, die Erfahrung oder Befürchtung des Ausschlusses und der Deprivation, also ihrer sich verschlechternden sozialen Lage, nach außen zu wenden und auf Andere zu projizieren, indem sie sich gegenüber diesen in ein Verhältnis kultureller Dominanz setzen (Rommelspacher 2011: 48ff.). Auch andere Forschungen weisen darauf hin, dass Männer stärker antagonistische Auffassungen als Frauen haben, so dass das populistische ‘Wir’ gegen die ‘Anderen’ – insbesondere Migrant_innen und Geflüchtete – sie eher anspricht (Spierings/Zaslov 2017: 840).

In der diskursiven Geste der Ab- und Ausgrenzung, des *Othering* macht der Rechtspopulismus aber auch ein Angebot der Selbstaffirmierung, der Selbstbestärkung marginalisierter Männlichkeit. Die Marginalisierung der Arbeitenden wird im rechtspopulistischen Diskurs nicht als Problem kapitalistischer Globalisierung, also als Klassenfrage thematisiert, sondern als Frage von Ethnizität, Nationalität, Migration und eben als Frage von Geschlecht.

Im neoliberalen Verunsicherungsdiskurs bieten rechtspopulistische Geschlechter- oder, besser, Anti-Gender-Anrufungen Anknüpfungspunkte für eine Re-Etablierung alter Geschlechterkonstellationen und -hierarchien. Dieses diskursive Angebot kann gleichsam als Mittel gegen erniedrigte und marginalisierte Männlichkeit verordnet werden. Der Selbstaffirmierung dient auch die Ablehnung von

Gleichstellungspolitik, die als Privilegierung von insbesondere gut ausgebildeten Frauen dargestellt wird. In femonationalistischen Argumentationen kann sich marginalisierte Männlichkeit darüber hinaus als liberal, aufgeklärt und modern – in Abgrenzung von muslimischen Männern – entwerfen (de Lange/Mügge 2015: 62). Und schließlich taugt diese Argumentationsfigur auch dazu, unterworfenen Männlichkeit im Gestus des Schutzes von Frauen der Mehrheitsgesellschaft vor migrantischen Männern zu erhöhen. Christian Norocel (2010: 171) konnte am Beispiel rechter Parteien in Schweden deutlich machen, dass dieser Gestus der Affirmierung männlicher Stärke mit einer Re-Maskulinisierung der Gesellschaft verbunden ist. Starke männliche Figuren, der „konservative Sohn“ als Führungsfigur, werden gegen den „nährenden Vater“ des schwedischen Wohlfahrtsstaates gesetzt (ebd.). Auch die Anrufung des ‚kleinen Mannes auf der Straße‘ ist Teil einer maskulinistischen ‚Identitätspolitik‘. So formiert der rechtspopulistische Diskurs zwar eine Gruppe unterworfenen und marginalisierter Männlichkeiten, doch zugleich enthält die rechte politische Kommunikation das Versprechen, dass eine charismatisch-maskulinisierte Führung (die auch eine Frau sein kann) diese Gruppen erhöhen und ihnen neue (Selbst-)Sicherheit verschaffen kann.

Geschlecht, so will ich im Folgenden zeigen, dient also im rechten Kampf um kulturelle und politische Hegemonie als „leerer Signifikant“ (Laclau 1996: 36), der die sich verschärfende soziale Ungleichheit, die zunehmende männliche Unsicherheit und Prekarisierung von Arbeit und Leben zusammenfügt, um gegen die gesellschaftlichen Reformen sozialdemokratischer Provenienz der 1970er Jahre zu mobilisieren und so eine neue Vorstellung von Gesellschaft, Politik und Staat aufruft sowie neue hegemoniale Verhältnisse moduliert.

Geschlecht als leerer Signifikant und männliche Identitätspolitik

Das geschlechtsspezifische Framing der rechtspopulistischen Mobilisierung ist also bewusst gewählt und funktional für ein radikal rechtes politisches Hegemonieprojekt. Im biopolitischen Arrangement der neuen Rechten nehmen Geschlechter- und Sexualitätsverhältnisse eine prominente Rolle für die Verfassung eines national-populistischen autoritären Projekts ethnischer bzw. nationaler Homogenität und exkludierender Staatsbürger_innenschaft ein. Geschlecht eignet sich deshalb so gut für die rechtspopulistische Mobilisierung eines ‚commons sense‘, eines neuen hegemonialen Kompromisses, weil mit dem Bezug auf Geschlecht an Alltagserfahrungen angeknüpft werden kann – an die lang tradierte hierarchische Zweigeschlechtlichkeit, die durch Gleichstellungspolitik zwar erschüttert, aber keineswegs erodiert ist, sondern noch immer die Lebens-

weisen und den Habitus der Menschen prägt. Der europäische Rechtspopulismus kann somit als eine neuartige Zuspitzung der immer-schon existierenden Geschlechterungleichheit und des Sexismus kapitalistischer Gesellschaften und liberaler Demokratien begriffen werden.

Geschlecht moduliert aufgrund seiner binär gedachten Struktur die rechtspopulistischen antagonistischen Strategien. Zweigeschlechtlichkeit bildet ein Paradigma zum ersten dafür, Gesellschaften in zwei distinkte und hierarchisch angeordnete Gruppen zu teilen, und zum zweiten dafür, dass es 'natürlicherweise' ein jeweils 'Anderes', also Ungleiches geben muss. Anhand der als natürlich angenommenen Geschlechterungleichheit lassen sich die Vorstellung einer „prinzipiellen Ungleichheit von Menschen“ und daraus sich ergebende Unter- und Überordnungen legitimieren (Lewandowsky/Giebler/Wagner 2016: 252ff; Birs 2011: 17).

Schließlich zeitigt die rechtspopulistisch über Geschlecht vermittelte Anrufung des 'Volkes' zwei weitere diskursive Effekte. *Zum ersten* lässt sich unter Rückgriff auf eine biologisch-natürliche heterosexuelle Zweigeschlechtlichkeit die Natürlichkeit und Homogenität des Volkes symbolisieren (Diehl 2016: 17). Sowohl die FPÖ wie der Front National berufen sich auf eine distinkte heterosexuelle Zweigeschlechtlichkeit, um ein 'gesundes' und 'reines' Volk argumentativ herzustellen (Sauer et al. 2016: 112). Das rechtspopulistische Konzept des Volkes ist so an ethnopluralistische Konstrukte der Reinheit und der Ablehnung von Vermischungen (Schellenberg 2009: 2) anschließbar und bildet damit einen Baustein rassistisch-exkludierender und rechtsextremer Strategien.

Über die Geschlechtervorstellung ist ein nativistisches, biopolitisch-exklusives Volkskonstrukt vermittelbar. Eine geschlechterideologisch begründete natürliche Zugehörigkeit rechtfertigt diskursiv den Ausschluss von 'Anderen' und exklusive Formen nationaler Zugehörigkeit. Die Intervention von Thilo Sarrazins (2010) Buch „Deutschland schafft sich ab“ war ein Beispiel für eine maskulinistische biopolitische Anrufung, die Frauen die Rolle der Gebälerin zuschreibt. Zudem wird das natürlich gedachte Volk als vopolitisch konstruiert, so dass soziale Konflikte in natürliche Ungleichheiten umgedeutet und somit negiert werden. Klassenwidersprüche können als entsolidarisierende Geschlechterwidersprüche oder als Problem von Migration und Religion thematisiert und diskursiv bearbeitet werden.

Zweitens ist das über die Geschlechterfigur konstruierte Volk ein schwaches, passives und handlungsunfähiges Gebilde, ein betrogenes Opfer, das vor der Verführung durch korruptierte politische Eliten oder Medien gerettet werden muss. Rechtspopulistische Führungspersonlichkeiten imaginieren sich als Retter,

so dass der Appell an das Volk als Souverän, die Forderung und das Versprechen direktdemokratischer Verfahren eher einen Bedarf an Führung denn Partizipation nahelegen. Aus der natürlich-familiären und patriarchalen Vorstellung des Volkes folgt somit ein anti-demokratischer Gestus gegen die Selbstbestimmung des Volkes. Repräsentativ-demokratische Verfahren, Normen und Regeln stehen einem exklusiven politischen Projekt nicht nur diametral gegenüber, sondern im Wege.

Geschlecht fungiert in der rechtspopulistischen Debatte in diesem Sinne als leerer Signifikant und kann so zum Modulator eines umfassenden Kulturkampfes, eines Kampfes um kulturelle und politische Hegemonie werden. Die moralisch-politische Wende, die die (west-)europäischen Rechtspopulisten herbeizuführen trachten, zielt gegen eine 'sozial-demokratische' Konstellation der Umverteilung und Integration sowie gegen kulturliberale Tendenzen in der Folge von 1968 (Minkenberg 1998). Sie richtet sich gegen neue Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens von Männern und Frauen, gegen Maßnahmen zur rechtlichen Gleichstellung von Frauen sowie gegen die Gleichstellung von LGBTIQ-Menschen. Stuart Hall nannte diese Konstellation „autoritären Populismus“ (Hall 1985: 116), also eine Entwicklung vom Konsens hin zum Zwang und zu 'law and order'.

Der Blick auf die Geschlechterdimension macht also das anti-pluralistische, anti-liberale und anti-demokratische Projekt des Rechtspopulismus sichtbar und möglicherweise auch bearbeitbar. Denn die Geschlechterperspektive deutet auf Spannungen und Widersprüche im rechtspopulistischen Diskurs hin. Die Thematisierung dieser Widersprüche, z.B. zwischen Klasse, Nationalität, Religion und Geschlecht, kann die sozialen Trennungen und Spaltungen, die rechtspopulistische Strategien, wenn nicht gefördert, so doch unterstützt haben, reflektieren und für ein demokratisches Projekt nutzbar machen.

Was lässt sich für eine demokratische Gegenstrategie folgern? In aller gebotenen Kürze einige Überlegungen. Die Geschlechterperspektive macht zum einen deutlich, dass feministische Kräfte unabdingbarer Teil einer 'Strategie gegen Rechts' sein müssen. Klassenpolitische strategische Überlegungen brauchen unabdingbar eine intersektionale Erweiterung um Geschlecht, aber auch um Ethnizität, Nationalität und Sexualität. Zum anderen zeigt eine gesellschafts- und geschlechtertheoretische Sicht auf politische Verhältnisse und Transformationen, dass (liberale) Demokratie einen materiellen Kompromiss der Solidarität und Gleichheit braucht, dass also eine 'Hegemonie' gegen rechte Politiken des Ausschlusses und der Entsolidarisierung nur auf der Basis von mehr sozialer Gleichheit gelingen kann. Demokratie als Lebensweise, die über liberale, reprä-

sentative Regeln und Normen hinausgeht, bedarf auch einer 'Revolutionierung' des Alltags, der Lebensweise und der Geschlechterverhältnisse. Insbesondere eine solche Perspektive kann auch Ausgangspunkt für alternative Strategien gegen rechte Ausschlüsse sein.

Literatur

- Amesberger, Helga/Halbmayer, Brigitte (2002) (Hg.): Rechtsextreme Parteien – eine mögliche Heimat für Frauen? Opladen.
- Balibar, Etienne (2010): Kommunismus und (Staats)Bürgerschaft. Überlegungen zur emanzipatorischen Politik. In: Demirovic, Alex/Adolphs, Stephan/Karakayali, Serhat (Hg.): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis. Baden-Baden, 19-33.
- Beyme, Klaus von (1996): The Concept of Political Class: A New Dimension of Research on Elites? In: Western European Politics. Jg. 19, Heft 1, 68-87.
- Birsl, Ursula (1994): Rechtsextremismus: weiblich – männlich? Eine Fallstudie zu geschlechtsspezifischen Lebensverläufen, Handlungsspielräumen und Orientierungsweisen. Opladen.
- (2011): Rechtsextremismus und Gender. In: Birsl, Ursula (Hg.): Rechtsextremismus und Gender. Opladen, Farmington Hills, 11-26.
- Bitzan, Renate (1997) (Hg.): Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen. Berlin.
- Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt/M.
- Candeias, Mario (2016): Gegenmittel. Autoritärer Neoliberalismus und Rechtspopulismus. Perspektiven einer verbindenden linken Partei. In: Demirović, Alex (Hg.): Transformation der Demokratie – demokratische Transformation. Münster, 9-34.
- Connell, Raewyn/Messerschmidt, James W. (2005): Hegemonic Masculinity. Rethinking the Concept. In: Gender & Society, Heft 6, 829-859.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt/M.
- Diehl, Paula (2016): Demokratische Repräsentation und ihre Krise. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 40-42, 12-17.
- Dietze, Gabriele (2016): Das 'Ereignis Köln'. In: femina politica, Heft 1, 93-102.
- Dörre, Klaus (2016): Die national-soziale Gefahr. Pegida, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen. In: Rehberg, Karl-Siegbert/Kunz, Franziska/Schlinzig, Tino (Hg.): PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Bielefeld.
- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims. Berlin.
- Farris, Sara R. (2017): In the Name of Women's Rights. The Rise of Femonationalism. Durham, London.

- Hall, Stuart (1985): Authoritarian Populism: A Reply to Jessop et al. In: *New Left Review* I/151, May–June, 115-124.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (2015) (Hg.): *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld.
- Janssen, Thilo (2015): Misstrauensvotum. Rechte EU-Gegner profitieren von der Krise der Politik. In: Candeias, Mario (Hg.): *Rechtspopulismus in Europa*. Linke Gegenstrategien, Berlin. 7-14.
- Kimmel, Michael (2013): *Angry white men. American Masculinity at the End of an Era*. New York.
- Kuhar, Roman/Paternotte, David (2017) (Hg.): *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality*. London.
- Laclau, Ernesto (1996): *Emancipation(s)*. London, New York.
- Lang, Juliane (2015): Mehr als die 'emotionale Kompetenz' der Partei. In: Wenzel, Uwe/Rosenzweig, Beate/Eith, Ulrich (Hg.): *Mädchen und Frauen in der extremen Rechten*. Schwalbach, 53-74.
- Lange, Sarah de/Mügge Liza M. (2015): Gender and right-wing populism in the Low Countries: ideological variations across parties and time. In: *Patterns of Prejudice*, Jg. 49, Heft 1, 61-80.
- Lewandowsky, Marcel/Giebler, Heiko/Wagner, Aiko (2016): *Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD*. In: *Politische Vierteljahresschrift*. Jg. 57, Heft 2, 247-275.
- Mayer, Nonna (2013): From Jean-Marie to Marine le Pen: Electoral Change on the Far Right. In: *Parliamentary Affairs*, Jg. 66, Heft 1, 160-178.
- (2015): The closing of the radical right gender gap in France? In: *French Politics*, Jg. 13, Heft 4, 391-414.
- Mayer, Stefanie/Sauer, Birgit (2017): „Gender Ideology“ in Austria: Coalitions around an Empty Signifier. In: Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hg.): *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality*. London, 19-30.
- Mayer, Stefanie/Sori, Iztok/Sauer, Birgit (2016): Gendering 'the people': heteronormativity and 'ethno-masochism' in populist imaginery. In: Ranieri, Maria (Hg.): *Populism, Media and Education. Challenging discrimination in contemporary digital societies*. London, New York, 84-104.
- Minkenberg, Michael (1998): *Die neue radikale Rechte im Vergleich USA, Frankreich, Deutschland*. Opladen, Wiesbaden.
- (2015): Profiles, patterns, process. Studying the East European right in its political environment. In: Ders., (Hg.): *Transforming the transformation. The East European radical right in the political process*. London, New York, 27-46.
- Mouffe, Chantal (2008): *Das demokratische Paradox*. Wien.
- Mudde, Cas (2004): The populist Zeitgeist. In: *Government and Opposition*, Jg. 39, Heft 4, 541-563.

- (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge.
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristobal Rovira (2012) (Hg.): *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?* Cambridge.
- (2015): *Vox Populi or vox masculini? Populism and gender in Northern Europe and South America*. In: *Patterns of Prejudice*, Jg. 49, Heft 1, 16-36.
- Müller, Jan-Werner (2016a): *Populismus. Symptom einer Krise der politischen Repräsentation?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 40-42, 24-29.
- (2016b): *Was ist Populismus? Ein Essay*. Berlin.
- Niedermayer Oskar/Hofrichter, Jürgen (2016): *Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?* In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl)*, Heft 2, 267-284, DOI: 10.5771/0340-1758-2016-2-267
- Norocel, Cristian (2010): *Constructing radical right populist resistance: metaphors of heterosexist masculinities and the family question in Sweden*. In: *Norma: Nordic Journal for Masculinity Studies*, Jg. 5, Heft 2, 169-183.
- Oberndorfer, Lukas (2013): *Vom neuen, über den autoritären, zum progressiven Konstitutionalismus? Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit und die europäische Demokratie*. In: *Juridikum*, Heft 1, 76-87.
- Paternotte, David (2015): *Blessing the Crowds. Catholic Mobilisations against Gender in Europe*. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.): *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld, 129-148.
- Piketty, Thomas (2014): *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge.
- Radhakrishnan, Smitha/Solari, Cinzia (2015): *Empowered Women, Failed Patriarchs: Neoliberalism and Global Gender Anxieties*. In: *Sociology Compass*, Jg. 9, Heft 9, 784-802.
- Rashkova, Ekaterina R./Zankina, Emilia (2017): *Are (populist) radical right parties Männerparteien? Evidence from Bulgaria*. In: *West European Politics*, Jg. 40, Heft 4, 848-868.
- Rommelspacher, Birgit (2011): *Frauen und Männer im Rechtsextremismus – Motive, Konzepte und Rollenverständnisse*. In: Birsl, Ursula (Hg.): *Rechtsextremismus und Gender*. Opladen, Farmington Hills, 43-68.
- Sarrazin, Thilo (2010): *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*. München.
- Sauer, Birgit et al. (2016): *Exclusive intersections: constructions of gender and sexuality*. In: Lazaridis, Gabriella/Campani, Giovanna (Hg.): *Understanding the Populist Shift. Othering in a Europe in Crisis*. London, New York, 104-121.
- Sauer, Birgit (2012): *Politiken der (Nicht-)Zugehörigkeit. Verhandlungen von citizenship und Geschlecht in Diskussionen um das muslimische Kopftuch in Deutschland und Österreich*. In: Bereswill, Mechthild/Rieker, Peter/Schnitzer, Anna (Hg.): *Migration und Geschlecht. Theoretische Annäherungen und empirische Befunde*. Weinheim, Basel, 192-212.

- Schellenberg, Britta (2009): Aktuelle Entwicklungen im europäischen Rechtsextremismus. In: Bundeszentrale für Politische Bildung, www.bpb.de, download Juni 2016.
- Siim, Birte/Mokre, Monika (2013): European Public Spheres and Intersectionality. In: Dies. (Hg.): *Negotiating Gender and Diversity in an Emergent European Public Sphere*. London, 43-60.
- Spierings, Niels/Zaslove, Andrje (2017): Gender, populist attitudes, and voting: explaining the gender gap in voting for populist radical right and populist radical left parties. In: *West European Politics*, Jg. 40, Heft 4, 821-847.
- Taggart, Paul (2000): *Populism*. Buckingham.
- Ullrich, Peter (2015): Postdemokratische Empörung. Ein Versuch über Demokratie, soziale Bewegungen und gegenwärtige Protestforschung. ipb working papers. Berlin. https://ipb.ipgovernance.eu/wp-content/uploads/2015/10/postdemokratische-empoeerung_ipb-working-paper_auf12.pdf (Zugriff am 15.8.2016).
- Wodak, Ruth (2015): *The Politics of Fear. What Right-Wing Populist Discourses Mean*. Los Angeles et al.

Anika Thym

Ansätze zu Hegemonieselbstkritik – Einblicke in kritische (Selbst-)Reflexionen von Männern aus Führungspositionen im Finanzsektor

1. Einleitung

Gegenstand meines Beitrags ist die Untersuchung von „Hegemonieselbstkritik“ im Sinne einer kritischen Reflexion auf die eigene Verstrickung in Macht- und Herrschaftsverhältnisse aus einer „hegemonialen Position“ (Dietze 2008: 40). Ziel ist *erstens* eine vertiefte Klärung des Konzepts der Hegemonieselbstkritik und *zweitens* eine Analyse und Einordnung kritischer (Selbst-)Reflexionen von Männern aus Führungspositionen im Finanzsektor anhand von fünf Autobiographien von Insidern¹. Bei den Autoren handelt es sich um Personen, die innerhalb der hegemonialen westlichen Gesellschaften qua Geschlecht und ökonomischer Stellung eine hegemoniale Position einnehmen. Der Fokus der theoretischen und empirischen Analyse liegt auf der Problematisierung von Männlichkeit und Klasse in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften.

Bezogen auf die Frage nach der Möglichkeit und Bedeutung von Hegemonieselbstkritik besteht in kritischen Gesellschafts- und Geschlechtertheorien Uneinigkeit. Häufig wird diskriminierten Personengruppen eine Fähigkeit zu Gesellschaftskritik eher zugeschrieben und privilegierten Personen abgesprochen. Besonders prominent ist dies in Teilen der Standpunkttheorie der Fall. Nancy Hartsock geht beispielsweise davon aus, dass es Perspektiven auf die Gesellschaft gibt, wie jene des herrschenden Geschlechts und der herrschenden Klasse, „from which, however well-intentioned one may be, the real relations of humans with each other and with the natural world are not visible“ (Hartsock 1983: 285). Nicht einmal eine wohlwollende Haltung kann hiernach geschlechtliche und kapitalistische Herrschaftsverhältnisse erkennbar machen. Nur aus der Perspektive der Unterdrückten, die sich einen feministischen oder proletarischen

1 Diese Untersuchung ist Teil meines Dissertationsprojekts zu kritischen (Selbst-)Reflexionen von Männern aus Führungspositionen im Finanzsektor.

Standpunkt aneignen, werden Herrschaftsverhältnisse sichtbar, weshalb diese Gruppen eine besondere Rolle bei der Befreiung von Herrschaft spielen können (ebd.). Diese Tradition setzt sich auch in Teilen der Männlichkeitsforschung fort, beispielsweise wenn Raewyn Connell (2015: 136) bei Männern ein Interesse an Machterhalt und bei Frauen eines an Herrschaftskritik annimmt².

Grundlage dieser Auffassung ist die zentrale Einsicht in den konstitutiven Zusammenhang von bürgerlicher Männlichkeit, Macht und Herrschaft sowie die Annahme, dass (kritisches) Wissen und Erkenntnisgrenzen in den jeweiligen individuellen und gesellschaftlichen Verhältnissen verortet sind. Auch findet sie in der oft geringen Häufigkeit von Hegemonieselbstkritik eine gewisse empirische Bestätigung. Problematisch ist dabei jedoch, dass die Leiderfahrung aufgrund von Diskriminierung und ein daraus resultierendes Eigeninteresse an einem Ende der Diskriminierung als alleiniger Ausgangspunkt von Kritik in Erwägung gezogen und darin der zentrale Motor für einen emanzipatorischen gesellschaftlichen Wandel gesehen wird. Ausgeblendet wird der Beitrag zum Machterhalt von 'diskriminierten Personengruppen' (kritisch Maihofer 1995: 104f.) und die Kritik 'privilegierter Personen'. Kurz: Affirmation und Kritik werden Privilegierung und Diskriminierung zugeordnet, anstatt nach den je individuellen und gesellschaftlichen Möglichkeitsbedingungen und Formen von Kritik zu fragen.

Zudem bestehen aufgrund dieser Auffassung häufig Vorbehalte gegenüber Gesellschaftskritiken aus Machtpositionen: „Gerade weil mit den weißen Männern eine spezifische Geschichte der Dominanz verbunden ist, erscheint jede Selbstreflexion, die sich nicht auf eine Selbstkritik beschränkt, per se problematisch und verdächtig. Sogar die Selbstkritik kann noch beargwöhnt werden“ (Di Blasi 2013: 7). Luca Di Blasi verweist hier auf ein Dilemma: Aus kritischen Kreisen werde oft zu Recht gefordert, gerade weiße, heterosexuelle Männer „sollen endlich von ihrem hohen universalistischen Ross absteigen“, „ihre Positionalität reflektieren“ und „sich situieren“ (ebd.: 73). Das Problem sei nur: „Versuchen sie das, erregen sie schon mit dem ersten Schritt Argwohn. Schon die bloße Selbstthematization der WHM [weißen heterosexuellen Männer; AT] verursacht Unbehagen, und zwar gerade dort am meisten, wo der abstrakte Universalismus weißer Männer am heftigsten kritisiert wird“ (ebd.). Ähnlich verweist auch Pierre Bourdieu auf den „Verdacht, der häufig auf die Beiträge männlicher Autoren

2 In den letzten Jahren gab es hier eine Verschiebung hin zur Thematisierung möglicher positiver hegemonialer auf Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern ausgerichtete Männlichkeiten (Connell/Messerschmidt 2005: 853).

zum Geschlechterunterschied fällt“ (Bourdieu 2013: 197). Auch er betont, dass dieser „gewiss nicht jeder Grundlage [entbehrt]“, da „der Analytiker [...] in dem gefangen ist, was er zu verstehen wähnt“ (ebd.). Die von vielen feministischen Theoretikerinnen formulierte Einsicht in die gesellschaftliche Dominanz eines männlichen Standpunktes wird jedoch dann problematisch, wenn durch die „Erfahrung‘ der Weiblichkeit“ ein „Monopol“ für Analyse und Kritik von Geschlechterverhältnissen beansprucht wird (ebd.: 196). Dadurch werden ein möglicher Beitrag der ‘Herrschenden’ an der Überwindung von Herrschaft sowie produktive Bündnispolitiken ausgeschlossen.

Demgegenüber betonen einige Autor_innen nicht nur den Beitrag, sondern auch die Notwendigkeit von Hegemonieselbstkritik für die Emanzipation von Herrschaft (z.B. Adorno 2010; Hearn 1994; Bourdieu 2013; Maihofer 2014a/b). Ausgangspunkt ist dabei die Einsicht, dass die Überwindung bürgerlich-kapitalistischer wie patriarchaler Herrschaftsverhältnisse auch der hegemonieselbstkritischen Transformation bürgerlich-männlicher Subjektivität bedarf. So schreibt Pierre Bourdieu bezogen auf Geschlecht, „dass das Bemühen um die Befreiung der Frauen von der Herrschaft [...] ohne das Bemühen um die Befreiung der Männer von denselben Strukturen nicht erfolgreich sein kann. Denn es ist ja gerade die Wirkung dieser Strukturen, dass die Männer zur Aufzwingung der Herrschaft beitragen“ (Bourdieu 2013: 195; für den konstitutiven Zusammenhang mit weiteren Herrschaftsdimensionen siehe Maihofer 2014b: 264). Die Aufgabe der kritischen Arbeit an sich selbst ist daher ein zentraler Bestandteil kritischer Männer- und Männlichkeitsforschung (Hearn 1994).

Daher möchte ich eine Weiterentwicklung der Standpunkttheorie vorschlagen und nach der Situierung von Hegemonieselbstkritik fragen³, denn es gibt sie und sie wird von einem spezifischen Ausgangspunkt formuliert, der Implikationen hat: Während es für Frauen, die Arbeiter_innenklasse, Schwarze und nicht-heterosexuelle Personen zentral war und ist, ihren Ausschluss vom Allgemeinen zu problematisieren, repräsentieren bürgerliche, weiße, heterosexuelle Männer in westlichen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften traditionell das Allgemeine. Gesellschaftskritik impliziert hier daher auch die Einsicht in die eigene Partikularität. Zugleich stimmt auch für diese Personen die konkrete Indivi-

3 Auch Donna Haraway (1995) plädiert für eine kritische Situierung von Wissen. Bezogen auf Männlichkeit thematisiert sie jedoch nur den „Standpunkt des Herrn, des Mannes, des Einen Gottes, dessen Auge alle Differenz produziert, aneignet und lenkt“ und der die „einzige Position“ darstellt, von der aus situiertes Wissen „unmöglich“ sei (ebd.: 87). Auf konkrete Männer und deren Möglichkeit zu kritischem, situierten Wissen geht sie nicht ein. Dies möchte ich hier zu ergänzen versuchen.

dualität nicht zwingend mit den hegemonialen Männlichkeitsnormen überein, denn diese müssen im Prozess der Sozialisation erst mühsam angeeignet werden (Horkheimer/Adorno 2000: 40; Bourdieu 2013: 90ff.). Während das Begehren nach Konformität zu einer Orientierung an hegemonialen Geschlechternormen verleitet, ist auch eine aktive Abgrenzung und Ablehnung möglich (Maihofer 2015). Die „Kluft“ zwischen der eigenen Lebenserfahrung und dem hegemonialen männlichen Standpunkt mag daher für Frauen zwar oft größer sein als für Männer (Harding 1994: 141), aber sie kann auch für Männer existieren, nur eben von einem ‘männlichen’ Standpunkt aus. Aus einer herrschaftskritischen Perspektive impliziert Kritik hier zudem, sich von „der Intention zu herrschen“ zu enthalten (Bourdieu 2013: 192) und auf den Benefit von Herrschaft und Komplizenschaft zu verzichten (Connell 2015: 133).

Vor diesem Hintergrund werde ich nun zunächst versuchen, den Begriff der Hegemonieselbstkritik genauer zu bestimmen. Wann wird etwas überhaupt als Kritik bzw. als emanzipatorische Kritik begriffen und von welchem Hegemoniebegriff wird ausgegangen? Daran anschließend werde ich Insiderkritiken aus dem Finanzsektor auf Aspekte von Hegemonieselbstkritik hin analysieren. Verdeutlicht werden dabei sowohl der konstitutive Zusammenhang von bürgerlich-männlicher und kapitalistischer Hegemonie als auch die Verschränkung von Kapitalismus- und Patriarchatskritik in der Hegemonieselbstkritik.

2. Bestimmung von Hegemonieselbstkritik

Ich möchte vorschlagen, Hegemonieselbstkritik als dynamischen Prozess der Infragestellung von Hegemonie „von innen heraus“ (Hostettler/Vögele 2014: 28) zu begreifen. Dabei verstehe ich *Kritik* – bezogen auf die (Entstehung der) westlichen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften – mit Foucault als „Kunst nicht dermaßen regiert zu werden“ (Foucault 1992: 12) und auch, wie ich hinzufügen möchte, ‘nicht (dermaßen) regieren zu wollen’. Das Konzept der Regierung verweist dabei gerade auf das Zusammenspiel von Selbst- und Herrschaftstechniken (Foucault 1993: 203f.). Ich gehe davon aus, dass Kritik *ethopoietisch* (Foucault 2012: 436) und somit historisch und kulturell bedingt, biographisch verortet und Bestandteil spezifischer gesellschaftlicher Verhältnisse und Aushandlungsprozesse ist. Sie kann überall auftreten und hängt davon ab, ob sich eine Person im Verlauf ihres Lebens eine kritische Haltung zur Welt, eine Selbsttechnologie (Foucault 1993: 203f.) der kritischen (Selbst-)Reflexion aneignet bzw. vermittelt bekommt. Es gibt also verschiedene Ausgangspunkte von Kritik: Im Sinne der Infragestellung des Gegebenen und insbesondere der herrschenden Autoritäten

(Staat, Kirche oder Schule) ist sie von Anbeginn ein konstitutiver Bestandteil des aufklärerischen Denkens (Foucault 1992) und der Dialektik der Aufklärung (Horkheimer/Adorno 2000). Sie kann auf einer moralischen oder ethischen Haltung (z.B. Vorstellungen von Gerechtigkeit) beruhen oder auf einer eigenen oder bereits ausgearbeiteten Gesellschaftsanalyse. Ebenso kann sie durch Empathie mit dem Leid Anderer oder durch spezifisches eigenes Leid ausgelöst werden. Manchmal wird sie durch persönliche biographische Ereignisse und Begegnungen hervorgerufen, durch alternative gesellschaftliche Diskurse oder durch einen historisch-kulturellen Wandel, der die Kontingenz der jeweiligen Verhältnisse verdeutlicht und ihnen den Anschein des Selbstverständlichen nimmt.

Hegemonie verstehe ich in diesem Zusammenhang als Ergebnis der individuellen und kollektiven Selbststilisierung und -affirmierung als überlegen. Mein Fokus liegt auf dem Zusammenspiel von individuellen und kollektiven Selbst- und Herrschaftstechnologien bezogen auf sich selbst und Andere (Foucault 1993). Dabei beziehe ich mich nur indirekt auf Antonio Gramscis Hegemoniebegriff, denn diesen gilt es selbst historisch zu verorten. Laut Alex Demirović beschreibt er „eine kulturelle und intellektuelle Organisation, durch welche die Weltsicht und die Ordnung der Dinge, wie sie der Lebensweise der bürgerlichen Klasse und ihrer Funktion in der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion entsprechen, auf andere, vor allem subalterne Klassen ausgedehnt, also verallgemeinert werden, sodass sie selbst jene teilen und respektieren, die eben dadurch beherrscht werden“ (Demirović 2008: 17). Eine Verallgemeinerung der Lebensweise ist dabei nur durch „eine Politik und Kultur des spezifischen Kompromisses“ möglich, „der unter dem fordistischen Kapitalismus die Form des Wohlfahrtsstaates und der Kulturindustrie [...] angenommen hat“ (ebd.: 18). Da sich die herrschende Klasse im Neoliberalismus „aus dem bisherigen Kompromiss herauslöst, [...] ihre unmittelbaren Gewinninteressen verfolgt und die für sie günstige Lebensweise ohne oder mit denkbar geringen Zugeständnissen verfolgen will“ schlussfolgert Demirović, dass der Neoliberalismus nicht hegemonial sei (ebd.). Ich teile diese zeitdiagnostische Einschätzung, halte aber dennoch am Hegemoniebegriff fest, indem ich an den Fragen festhalte und sie neu stelle: nach dem jeweiligen Zusammenspiel zwischen den Selbstverständlichkeiten der eigenen Lebensweise, der Art des Überlegenheitsanspruchs und der Herrschaftsweise gegenüber anderen.

Das *Selbst*, also der Gegenstand der Hegemonieselbstkritik, kann dann die sich als überlegen setzende eigene Person, Position, Gesellschaft, Institution, Klassenzugehörigkeit, 'Rasse'/Ethnie oder das eigene Geschlecht sein. Historisch gesehen hängen verschiedene Herrschaftsdimensionen konstitutiv in der Selbstaffirmierung und „Konstruktion weißer, westlicher, bürgerlicher und heterosexueller

Männlichkeit und Weiblichkeit“ zusammen und implizieren – im Prozess der ‘Veränderung’⁴ – die „Herausbildung der bürgerlichen Hegemonie gegenüber Männern und Frauen anderer Klassen und Schichten, anderer ethnischer oder kultureller Gruppen sowie anderer sexueller Orientierungen“ (Maihofer 2014a: 310). Dieser Prozess der hegemonialen Selbststilisierung wird jedoch nicht nur als Herrschaftsakt über andere beschrieben, sondern auch als Selbstunterwerfung und als Akt der Gewalt gegen sich. Er wird als für das bürgerliche Denken konstitutive, selbst-erschaffene Gefangenschaft beschrieben (Adorno 2003: 174) sowie als Zwang zur Verleugnung der eigenen Individualität, zur Abwertung von Natur, Mitgefühl und Weiblichkeit, zur Anpassung an den herrschenden Subjekttypus und zur Anerkennung von Macht (Horkheimer/Adorno 2000). Dies geht mit kompetitivem Streben nach Herrschaft über Andere einher, beispielsweise durch (ökonomische) Rationalität und List (ebd.). Ähnlich betont Bourdieu, dass die „Struktur [...] beide Seiten des Herrschaftsverhältnisses ihren Zwängen [unterwirft], also auch die Herrschenden selbst, die von ihm profitieren mögen, aber gleichwohl [...] ‘von ihrer Herrschaft beherrscht’ werden“ (Bourdieu 2013: 122). Für ihn ist daher „*Männlichkeit*, verstanden als sexuelles und soziales Reproduktionsvermögen, aber auch als Bereitschaft zum Kampf und zur Ausübung von Gewalt [...] vor allem eine *Bürde*“ (ebd.: 92f.; Hervorhebung im Original). Den männlichen Habitus, für den die *libido dominandi*, das Begehren nach Herrschaft, konstitutiv ist, versteht er entsprechend als „zweischneidige[s] Privileg“ (ebd.: 132f.).

Hegemonieselbstkritik kann sich daher gegen verschiedene Aspekte von Herrschaft richten. Mit Maihofer verstehe ich Hegemonie(selbst)kritik allgemein als „Kritik an den herrschenden Weisen des Wahrnehmens, Denkens, Fühlens und Handelns“ (Maihofer 2014a: 316). Ich möchte vorschlagen, hier zwischen Hegemonieselbstkritik *erstens* an den Effekten der Herrschaft der eigenen Person, Gruppe oder Gesellschaft (Selbstführung) auf sich selbst und *zweitens* an der eigenen Herrschaft über andere, also den durch die hegemoniale Selbstaffirmierung in Gang gesetzten Veränderungsprozessen (Fremdführung) zu unterscheiden.

Zu *erstens*: Wie bereits erwähnt, wird die hegemoniale bürgerlich-männliche Subjektivierungsweise auch als in sich autoritär, als Akt der Herrschaft gegen sich

4 Der Begriff der ‘Veränderung’ bzw. die englischsprachige Version ‘Othering’ bezeichnet gesellschaftliche Prozesse der Stilisierung einer ‘anderen’ Gruppe – z.B. die Arbeiter_innenklasse, Frauen, Schwarze, Queers oder Muslim_innen – als unterlegen (vgl. bzgl. Orientalismus Said 2009 und bzgl. weiterer Herrschaftsdimensionen Maihofer 2014a).

selbst beschrieben und von Männern als Zwang und Ursache von Leid erfahren. Aus diesem Grund betont beispielsweise Hearn (1994: 48) den möglichen Gewinn einer Abkehr von diesem Männlichkeitskonzept für Männer. Es eröffnen sich dadurch andere Möglichkeiten zu lieben, zu Unterstützung und Sorge für und von Anderen (insbesondere anderen Männern), zu emotionaler Entwicklung, die durch den Kontakt mit Kindern entsteht, zu besserer Gesundheit, längerem Leben und besseren Arbeitsverhältnissen (ebd.). Auch eröffnet sich so die Perspektive, die Gewalt anderer Männer – bis hin zum Mord – nicht fürchten zu müssen (ebd.).

Zweitens kann *Hegemonieselbstkritik an der eigenen Herrschaft über andere* geäußert werden. Beispielsweise sind kritische Theorietraditionen, wie sie von Marx und Engels (1972) oder Max Horkheimer und Theodor W. Adorno (2000) entwickelt wurden, Formen von Hegemonieselbstkritik an der bürgerlich-westlichen Gesellschaft und ihren Herrschaftsformen nach innen wie nach außen. Ebenso wurde Patriarchatskritik von Beginn an auch von Männern aus privilegierten Positionen formuliert (z.B. Condorcet/Condorcet 1979). Dabei gab es, wie Fidelma Ashe in ihrer Analyse zur historischen Entwicklung des Engagements von Männern für feministische Anliegen herausarbeitet, seit den 1960er Jahren eine Verschiebung von Solidaritätserklärungen hin zu einem Fokus auf Männlichkeits- und Selbstkritik (Ashe 2011: 11ff.). Beispiele für diese Auseinandersetzung mit dem Nicht-geschlechtlich-herrschen-wollen aus einer männlichen Perspektive sind Texte anti-sexistischer Männergruppen (Danchik et al. 1971; Snodgrass 1977) oder Hearn's Überlegungen zu „self (or auto-)critique“ (Hearn 1994: 48). Dabei kann sich Hegemonieselbstkritik auch explizit gegen die Art der hegemonialen Selbststilisierung richten, die diese Prozesse der Veränderung (bezogen auf Geschlecht, Klasse, Sexualität oder 'Rasse') überhaupt erst „in Gang setzt“ (Maihofer 2014b: 264). In diesem Sinn plädiert Adorno dafür, nicht „sich selbst und seine Gruppe, zu der man gehört, als Positives [zu setzen] und das, was anders ist“, zu negieren – und dies sowohl bezogen auf die bürgerliche Gesellschaft, als auch auf jeden alternativen Gesellschaftsentwurf (Adorno 2010: 251). Daran anschließend schlägt Maihofer vor, sich ein „Ethos der Ungewissheit“ anzueignen (Maihofer 2014a: 317).

Bei diesen verschiedenen Aspekten der Hegemonieselbstkritik spielt auch eine Rolle, wie Hegemonie inhaltlich gefüllt ist. Geht es beim jeweiligen Hegemonieprojekt um das Erringen oder die Absicherung von Privilegien einer Gruppe oder geht es um ein emanzipatorisches Hegemonieprojekt, welches den Abbau jeglicher Form von Diskriminierung anstrebt? Zielt Hegemonieselbstkritik auf die Revision, Verschärfung oder Auflösung der bisherigen Hegemonie oder ist

sie als kritisches Korrektiv selbst Teil des Hegemonieprojekts? Je nachdem, was problematisiert wird und aus welchem Grund, unterscheiden sich daher auch die Ziele und die Reichweite der Kritik. Hegemonieselbstkritik kann viele Formen annehmen und ist nicht zwingend emanzipatorisch im Sinne einer Kritik an allen Formen von Herrschaft (Marx 1972: 385) und des Ziels der Ermöglichung von Verhältnissen, in welchen die „freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (Marx/Engels 1972: 482). Umgekehrt jedoch gehe ich mit Maihofer davon aus, dass Hegemonie(selbst)kritik „unabdingbar für Kritik als emanzipatorische Praxis“ ist (Maihofer 2014a: 316). Die Selbstkritik ist als Korrektiv auf die eigene Praxis notwendig, um der Gefahr, selbst autoritär zu werden, entgegenzuwirken und um ein angstloses „Miteinander des Verschiedenen“ (Adorno 2003: 153) ermöglichen zu können.

3. Insiderkritiken am Finanzsektor

Vor diesem Hintergrund stellt sich nun die Frage, wie Insiderkritiken am Finanzsektor einzuordnen sind und inwiefern sie als Hegemonieselbstkritiken verstanden werden können. Um diese Kritiken in ihrem gesellschaftlichen Kontext zu verorten, gehe ich zunächst auf einige aktuelle Spezifika des Finanzsektors ein und widme mich anschließend der Analyse der Autobiographien.

3.1 Gesellschaftliche Verortung der Insiderkritiken am Finanzsektor

Aus zwei Gründen eignet sich der Finanzsektor als Untersuchungsgegenstand für Hegemonieselbstkritik ganz besonders. *Erstens* nimmt er insgesamt derzeit gesellschaftlich eine hegemoniale Position ein. Dies zum einen in ökonomischer Hinsicht: So gewann in den letzten zwanzig Jahren der „Kreislauf des finanziellen Kapitals in Form von zinstragendem (Kredit) und fiktivem Kapital (Dividenden, Derivate, Gewinne aus Devisenspekulationen) [...] gegenüber dem produktiven Kapital eine Vorrangstellung, die es ihm erlaubt, überdurchschnittliche Gewinne aus der Realökonomie abzuschöpfen“ (Demirović 2007: 258). Das zeigt sich beispielsweise daran, dass 2016 die sechs vermögendsten Aktiengesellschaften der Welt Banken und Hedgefonds waren, deren Vermögens- und Marktwerte die von Industrieunternehmen bei weitem übersteigen (Forbes 2016). Des Weiteren ist die männliche Dominanz in der Branche bemerkenswert. So sind die Führungsetagen und der Handel fast ausschließlich von Männern besetzt (Hearn 2015: 138f.) und auch aktuelle Forschungen zu hegemonialer Männlichkeit beschäftigen sich aufgrund des Zusammenhangs von männlicher und ökonomischer Herrschaft

mit Männern in Führungspositionen im Finanzsektor (Connell/Wood 2005). Die Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern ist einer Studie im Auftrag der britischen Regierung zufolge in keinem anderen Wirtschaftszweig so hoch wie im Finanzsektor: Vollzeit angestellte Frauen erhalten 55 Prozent weniger Lohn als Vollzeit arbeitende Männer (Equality and Human Rights Commission 2009: 5). Auch sind sexistische Verhaltensweisen gerade im Börsenhandel besonders ausgeprägt; „locker room behavior“ ist „part of the professional ethic of the trader“ (Zaloom 2006: 118). Außerdem wird bezogen auf die Politik Seitens des Finanzsektors ein Überlegenheitsanspruch formuliert und eine Vormachtstellung angestrebt (Ho 2009), wie dies Karen Ho in ihrer Ethnographie der Wall Street aufzeigt. Insgesamt wird bei Ho bezogen auf die USA deutlich, wie explizit die Branche mit einer hegemonialen Selbststilisierung operiert, die vor allem über die Proklamation und Rekrutierung einer intellektuellen Elite funktioniert (ebd.: 40ff.).

Zweitens führte der gesellschaftliche und kulturelle Wandel der letzten Jahre zu einer verstärkten Markierung und Infragestellung des Finanzsektors. So machen die erlebten Veränderungen für die Angestellten die kulturelle Bedingtheit und gesellschaftliche Kontingenz der jeweiligen Verhältnisse erfahrbar. Häufig stellen sie das Neue auf der Grundlage des zuvor Selbstverständlichen infrage oder vice versa. So bestehen innerhalb des Finanzsektors Kontroversen, da mit „dem Shareholder Value“, d.h. der Orientierung von Unternehmen an der Maximierung der Aktienwerte, „die Stellung der Klassen, das Verhältnis von Arbeitnehmer und Kapitaleigner, in der Struktur des Kapitalismus neu bestimmt“ wird (Demirović 2007: 259). Diese Umstrukturierung geht mit einem Wertewandel in der Unternehmenskultur einher: vom Diskurs des „Nutzenstiftens‘ für die Gemeinschaft“ zur „Leistungsgerechtigkeit der Gesellschaft“ (Pohlmann 2011: 97). Des Weiteren wurde der Finanzsektor im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise der letzten Jahre medial viel thematisiert und skandalisiert. Dabei rückten vor allem die ökonomische Ungleichheit und die im Börsenhandel dominante Hyperperformance von Männlichkeit ins Zentrum der Aufmerksamkeit, die sich durch Aggressivität, Risikofreudigkeit und exzessives Ausleben von Sexualität auszeichnet (Sauer 2010). Dies wiederum wäre ohne die Infragestellung von Selbstverständlichkeiten männlicher Suprematie durch feministische Bewegungen der letzten Jahre (Bourdieu 2013: 154) kaum möglich gewesen. Im Kontext dieser Entwicklungen kam es in den letzten Jahren vermehrt zu Insiderkritiken am Finanzsektor: Neben Auseinandersetzungen innerhalb der etablierten Wirtschaftswissenschaften (Stiglitz 2012; Piketty 2015) erschienen Sachbücher (Mayer 2014) und kritische Autobiographien von Insidern.

3.2 Insiderkritiken von Männern in Führungspositionen im Finanzsektor

Zur empirischen Untersuchung von Hegemonieselbstkritik habe ich die Autobiographien von fünf Finanzmarktakteuren untersucht: Jordan Belfort (2007), Rudolf Wötzel (2009), Geraint Anderson (2010), Greg Smith (2012) und Volker Handon (2015). Belfort war Leiter einer in New York angesiedelten Maklerfirma, der Investmentbanker Wötzel arbeitete für die UBS, die Deutsche Bank und zuletzt in Zürich und Frankfurt für Lehman Brothers im Bereich *Mergers and Acquisitions*, Anderson war in London Finanzanalyst und Smith war Aktienverkäufer in New York und London bei Goldman Sachs. Anderson, Belfort, Smith und Wötzel sind jeweils nach etwa 12 Jahren im Finanzsektor ausgestiegen. Handon ist derzeit weiterhin in Frankfurt als selbständiger Börsenhändler im Finanzsektor aktiv, denkt jedoch seit längerem über einen Ausstieg nach. Häufig wird von den Autoren betont, wie schwierig es ist, überhaupt Kritik am Finanzsektor zu formulieren: Weil „diese eigenartige Parallelwelt, in die du als Frischling eintauchst [...], dich sehr schnell gefangen nimmt“ (Handon 2015: 240), es fern liegt, überhaupt die Logik und Anerkennungsstruktur dieses Feldes infrage zu stellen, „auf diese naheliegende Idee kam er [Herr W.]⁵ nicht“ (Wötzel 2009: 287) und nicht zuletzt weil ein Kritik-Tabu besteht. So brauchte es für diese fünf Autoren biographische Ereignisse, Krisen und Einsichten, die sie dazu bewegten bzw. es ihnen ermöglichten, sich kritisch von ihrem Umfeld und ihrer Lebensweise zu distanzieren.

In der folgenden Analyse der Kritik-Narrative dieser Autobiographien liegt der Fokus auf Möglichkeitsbedingungen und Inhalten der Kritik sowie auf Ansätzen zu Hegemonieselbstkritik⁶.

Hegemonieselbstkritik an der Unterwerfung unter Männlichkeitsanforderungen: Der Text von Wötzel stellt eine intensive Auseinandersetzung mit den Anforderungen seines Vaters dar, der für ihn ein „engstirniger Patriarch mit betont harten Ansichten und Erwartungen“ ist (Wötzel 2009: 76). Zunehmend wird ihm bewusst, dass er unter der Orientierung an dessen Anforderungen leidet: „Vater, ich habe immer alles getan, was du von mir verlangtest. Und ich bin unglücklich! Hast du das gewollt?“ (ebd.: 76). In seinem autobiographischen Rückblick problematisiert er die negativen Konsequenzen dieser Unterwerfung und Subjektivierung als Mann: Er habe gelernt, sich ein „Gefühlskorsett“ (ebd.:

5 In rückblickender Distanznahme bezeichnet Wötzel sein Banker-Ich als Herrn W., sein Jugend-Ich als jungen W. und sein Aussteiger-Ich als ich.

6 Auf ihre Ziele und Grenzen gehe ich hier aus Platzgründen nur am Rande ein.

75) anzulegen und „[k]eine Sentimentalität“ zuzulassen (ebd.: 20). Er habe „Mauern“ in seinem Inneren aufgestellt, die es ihm verunmöglichen, 'authentische' Beziehungen sowohl zu Männern als auch Frauen einzugehen (ebd.: 125). Immer sollte die persönliche Karriere Priorität haben. So lernte er, Menschen für seine Zwecke zu manipulieren und das Leid anderer zu ignorieren. Daran zerbrach eine Liebesbeziehung (ebd.: 368) und es verhinderte Nähe und Vertrauen in Freundschaften. „Dabei waren ihm [Herrn W.] Freundschaften so wichtig! Wenn nicht das Wichtigste überhaupt. Schenkten sie ihm doch jene Anerkennung und jenes Verständnis, nach denen er trotz allen äußeren Erfolges innerlich ständig lechzte“ (ebd.: 280). Er beobachtet, wie ihn seine Erfolge auch dann nicht erfüllen, wenn er sie erreicht: „Es waren regelmäßig diese scheinbaren Erlebnisse des totalen Erfolgs, auf die mit unheimlicher Präzision Orientierungslosigkeit, Sinnleere und Depression folgten“ (ebd.: 383).

Letztlich sind es solche körperlichen und psychischen Beschwerden bis hin zu Panikattacken und Burnout, die ihn an Grenzen stoßen lassen und ihm eine (Entscheidung für die) persönliche Weiterentwicklung erlauben: „Hätten mein Körper und meine Seele nicht lautstark SOS gefunkt, würde ich vielleicht noch immer von wichtigen zu noch wichtigeren Meetings hetzen“ (ebd.: 301). Mit seinem Ausstieg aus der Finanzwelt verbindet er einen Wunsch nach „Unbeschwertheit und Freiheit, Fülle an Zeit“ (ebd.: 10), „innerem Frieden und Geborgenheit“ (ebd.: 16) und sucht eine „für mich neue Qualität von Freundschaft“ (ebd.: 288). Er möchte „einen Lebensentwurf finden, für den es sich zu leben lohnt“ (ebd.: 77), und beginnt, sich eine „Vision einer radikal veränderten Existenz“ auszumalen (ebd.: 45). Diese beinhaltet eine Dezentrierung seiner selbst, denn er möchte sich nun „so in die Welt einfügen, dass ich im Einklang mit ihr lebe“ (ebd.: 289).

Auslöser der Kritik ist somit sein persönliches Leiden an den inneren Widersprüchen, in die er aufgrund gesellschaftlicher Anforderungen und seiner bisherigen Lebensweise gerät. In seinem biographischen Rückblick verbinden sich Selbstkritik und Kritik an den gängigen Praxen im Finanzsektor, denn sein problematisiertes männliches Selbstverhältnis und das der Bank wurden durch die gleichen patriarchalen, bürgerlich-kapitalistischen Strukturen hervorgebracht und bewegten ihn dazu, sich selbst und anderen Gewalt anzutun.

Hegemonieselbstkritik am eigenen Mitwirken an der Herstellung ökonomischer Ungleichheit:

In den Autobiographien von Handon und Smith liegt das Hauptaugenmerk der Kritik auf der Rolle, die der Finanzsektor und ihre eigene Tätigkeit darin bei der Produktion sozialer Ungleichheit spielen. Auslöser der Kritik und Motivation

für das Verfassen der Bücher ist das Wissen um die Ausbeutung anderer – der Bevölkerung, von Regierungen, Bundesstaaten, Pensionskassen oder Wohltätigkeitsorganisationen – und das damit verbundene Gefühl der Ungerechtigkeit (Smith 2012: 163). Wie Handon feststellt: „Die Renditen der supertollen Fonds müssen schließlich von irgendwem bezahlt werden, die fallen nicht vom Himmel“ (Handon 2015: 102). Er verfolgt immer wieder die Geschichte der Geldströme und beschreibt den Finanzsektor als „eine große Geldumverteilungsmaschine“ von unten nach oben (ebd.: 103). Kritisch bemerkt er, dass es entsprechend in der Altersvorsorge fehlt (ebd.) oder Studierende höhere Zinsen für ihre Kredite bezahlen müssen (ebd.: 18). Aufgrund der gegenwärtigen Entwicklungen tue sich „eine extreme Gerechtigkeitslücke auf“ (ebd.: 203) und die Verhältnisse würden sich noch verschärfen, wenn führende Politiker_innen diese weiterhin als alternativlos einschätzen (ebd.: 225).

Handon und Smith gelangen jedoch auf unterschiedliche Weise zu dieser Einsicht. Zentral bei Handon sind die gefühlte Sinnlosigkeit der eigenen Tätigkeit und die damit verbundene Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben. Je mehr er über seinen Beruf lernt und sich dessen gesellschaftlicher (Nicht-)Bedeutung bewusst wird, desto mehr sieht er seinen Job als verschwendete Lebenszeit und als „völlig sinnfreie Tätigkeit“, die nicht „beruflich erfüllend“ ist (Handon 2015: 242). Ihn beschäftigt, dass er „kein nützliches Produkt herstellt oder eine hilfreiche Dienstleistung anbietet, sondern [...] nichts weiter tut, als in einer virtuellen Welt mit großen Zahlen zu jonglieren“ (ebd.: 10f.). Ausgangspunkt seiner Kritik ist eine Veränderung seines Selbstverhältnisses als Mann: von einem Spieler, der stolz auf seine Gewinne ist, zu einer Person, für die das Herstellen nützlicher Produkte und gesellschaftliche Verantwortung wichtig sind. Für Smith hingegen ist es nicht eine individuelle Veränderung, sondern der Wandel der Firmenkultur bei Goldman Sachs, der seine Kritik auslöst. Zu Beginn wurde ihm von seinen Vorgesetzten vermittelt, die Interessen der Kunden zu priorisieren, Lösungen für deren Probleme zu finden sowie allgemein ethische und moralische Standards zu erfüllen (Smith 2012: 115f.). Smith zufolge findet ab 2002 jedoch ein Umbruch statt, als einigen Managern der ‘alten Schule’ gekündigt wurde, „to make way for the new breed. The newer partners and MDs [Managing Directors; AT] seemed to carry themselves with a swagger: less understated, more flashy. Less plastic Casio watch, more gold Rolex“ (ebd.: 58). Seine Kritik formuliert er vor dem Hintergrund der alten Prinzipien an den neuen Praxen.

Während bei Wötzel ein individueller Wandel im Vordergrund steht, streben Handon und Smith eine gesellschaftliche Veränderung an und appellieren dazu in ihren Büchern an die Öffentlichkeit, die Verhältnisse, die ihnen schaden, zu

ändern. So hofft Smith: „*If the firm's culture couldn't be changed from within, [...] maybe it could be changed from without*“ (ebd.: 236; Hervorhebung im Original). Die Insiderperspektive ermöglicht hier, auf der Grundlage der Reflexion auf die eigenen Arbeitspraxen im Finanzsektor, eine Einsicht in die Prozesse und die eigene Teilhabe an der Herstellung ökonomischer Ungleichheit und somit von Klassenverhältnissen. Dies ermöglicht ihre Kritik an den negativen gesellschaftlichen Konsequenzen ihrer Praxen und der gesellschaftlichen Ungerechtigkeit.

Hegemonieselbstkritik an der neuen männlichen Herrschaftsweise:

Damit zusammenhängend wird in Form von Selbst- wie auch Fremdkritik die Subjektivierung der neuen männlichen Herrschaftsweise problematisiert. Handon beobachtet bei Arbeitskollegen und bei sich selbst eine „große Leidenschaft am Spiel“ und die „pure Lust am Gewinn“ (ebd.: 9f.). Dies impliziere, dass ein „professioneller Spieler [...] mit jedem neuen Spiel versuchen [wird], die Grenzen des Systems, in dem er sich bewegt, auszureizen. Er tut das im Idealfall mit scharfem Verstand und kühlem Herzen“ (ebd.: 17). Eine Konsequenz daraus sei, dass die Fantasie der „großen Vermögensumverteilung von schwachen in starke Hände [...] keine Grenzen [setzt]. Was geht, wird auch gemacht“ (ebd.: 102). Zur Gewinnmaximierung würden „aggressive Spieler“ eingestellt, „Jungs mit den sprichwörtlichen Eiern in der Hose [...] Händler im besten Testosteronalter, also zwischen 25 und 35 Jahren, die nur eine Aufgabe haben: pausenlos Gewinne generieren“ (ebd.: 57f.). Als Metapher verwendet er für dieses Verhalten das Bild des „Schlächters“ ahnungsloser Schafe (ebd.: 13). Smith beschreibt derartiges Verhalten als Resultat einer betrieblichen Umstrukturierung und kritisiert das neue statistische Bewertungssystem, bei dem Mitarbeitende ihrem für die Bank generierten Gewinn entsprechend vergütet werden: „if you are going to be measured by a number, you are going to do what you can to make sure your number is as big as possible“ (Smith 2012: 101). Konsequenz dieser Betriebsorganisation sei die Ausrichtung auf kurzfristigen Profit und ein Zwang für die Angestellten, unethisch und amoralisch zu handeln (ebd.: 249). In Wötzels Beschreibung eines typischen Managing Directors namens Charles ist diese Haltung nicht Resultat von Zwang, sondern seines überheblichen Selbstverhältnisses. Dieser figuriere „in der Hierarchie des Universums als gottgleiches Wesen“, sein „soziales Verhalten steuert Charles mit einem einfachen und praktischen Menschenbild: Andere Menschen sind umso wertvoller, je mehr Geld sie haben. Oder je mehr Macht. [...] Der Rest, also 99,99 Prozent der Menschheit, sind für Charles irrelevant und auch dementsprechend zu behandeln“ (Wötzel 2009: 95f.). Ähnlich pointiert beschreibt Anderson, dessen Ich-Figur unter dem Namen Steve Jones auftritt, das

Selbstverständnis junger Finanz-Manager aus superreichen Familien (Anderson 2010: 102ff.). Problematisiert wird dabei ein spezifischer, neuer, männlicher Charakter, der sich durch lustvolle, kurzfristige, strategische Gewinnmaximierung und Ignoranz gegenüber dem Leiden anderer auszeichnet bzw. durch ein Verbot der Rücksichtnahme, was bei Anderson/Jones wie auch Wötzel mit einem schlechten Gewissen und längerfristig einem Umdenken einhergeht.

Dabei wird eine Verschiebung gegenüber der bürgerlich-fordistischen Männlichkeitskonzeption deutlich, die auf der „Beherrschung der Lust“ und nicht auf deren Ausleben beruhte und in der ihre „exzessive Natur“ als Gefahr galt (Maihofer 1995: 131). Die Beschreibungen neuer männlicher Subjektivität bestätigen – wobei der konstitutive Zusammenhang von Geschlecht und Klasse deutlich wird – Demirovićs These, dass sich die bürgerliche Klasse im Kontext des Neoliberalismus „aus dem bisherigen Kompromiss herauslöst“ und nun „ihre unmittelbaren Gewinninteressen verfolgt und die für sie günstige Lebensweise ohne oder mit denkbar geringen Zugeständnissen verfolgen will“ (Demirović 2008: 18). Die Kritik daran wird häufig auf der Grundlage bürgerlicher Werte formuliert. So wird die neue Subjektivität als verantwortungslos, ignorant, ungerecht und moralisch verwerflich kritisiert – wobei auch Gerechtigkeit und Moral als Maßstäbe der Kritik historisch männlich konnotiert sind (Maihofer 1995: 100).

In der eigenen Person führt die Aneignung dieser Subjektivität zu einer ambivalenten Spannung zwischen dem Stolz, es geschafft zu haben, und (früheren) Überlegenheitsgefühlen, denen mal mehr, mal weniger offensichtlich rückblickend die Legitimität entzogen wird, und einer gewissen Selbstverachtung. Diese Stimmungslage kommt zum Ausdruck, wenn Handon beschreibt, wie mit der Erkenntnis über die Sinnlosigkeit seiner Tätigkeit sein „Hochgefühl wich“ (Handon 2015: 10), wenn Anderson über „my disgusting ambition“ spricht (Anderson 2010: 158) oder Belfort sich als „successful failure“ bezeichnet (Belfort 2007: 149). Auch bei Wötzel ist ein zentrales Thema sein innerer Konflikt zwischen seinem Drang, Höchstleistungen zu erzielen und besser zu sein als andere, und seinem Bedürfnis nach Selbstbesinnung, Vertrauen und zwischenmenschlicher Nähe (Wötzel 2009: 440).

Eine Möglichkeitsbedingung für diese spezifische Ambivalenz scheint mir die soziale Mobilität zu sein, die es in westlichen Gesellschaften im Verlauf des 20. Jahrhunderts aufgrund des fordistischen Klassenkompromisses einigen Kindern unterer Schichten – so auch den Autoren dieser Autobiographien – erlaubte, im Finanzsektor aufzusteigen (Demirović 2008: 18). Motiviert durch die Eltern streben sie eine Karriere an und versuchen einen größtmöglichen Puffer zwischen sich und der potenziellen Armut aufzubauen (Wötzel 2009: 200; Anderson

2010: 67; Belfort 2007: 146). Ihnen ist jedoch die Kluft zwischen der alten und ihrer neuen Welt bewusst. Zugleich gelangen sie in einer historischen Phase in den Finanzsektor, in dem dieser sich wandelt und sich die Form der Herrschaft verändert. Der Klassenkompromiss, der den Aufstieg ermöglicht hat, wird in der Phase des Aufstiegs aufgelöst. Die Spezifik der Kritik und die Ambivalenz darin hängt daher meines Erachtens auch mit der Aufstiegs Geschichte und der Nähe zu den 'Opfern' dieser Praxen zusammen.

Hegemonieselbstkritik an Sexismus:

Als Bestandteil ihrer Problematisierung von Männlichkeit formulieren Anderson/Jones und Belfort auch Kritik an Sexismus. Ersterer als Selbstkritik und als Kritik an seinen Kollegen und letzterer in Form einer karikierten, zynisch satirischen Rekonstruktion seiner selbst (Belfort 2007: 17). Hintergrundfolie der Kritik ist bei Anderson/Jones die Erziehung durch die Eltern. Er sieht „my politically correct upbringing“ (Anderson 2010: 31) als Grund, den „endless stream of sexist rantings“ seiner Kollegen abzulehnen (ebd.). Er ärgert sich über die unterschiedliche vergeschlechtlichte Bewertung einer Person, welche die Nacht bei jemand anders verbracht hatte und in der Vortagskleidung zur Arbeit kommt. Während für eine Arbeitskollegin der morgendliche Weg vom Aufzug zu ihrem Bürotisch dann einen „walk of shame“ darstelle, sei ein solcher Anlass für ihn ein „march of pride“ (Anderson 2010: 149f.). Er kritisiert die übliche objektivierende Rede über Frauen, die in Finanzterminologie bewertet werden: „breasts were ‘a lovely pair of assets I’d like to get my hands on’“ (ebd.: 31). Belfort beschreibt dieses Verhalten sehr explizit als sein eigenes und karikiert sich dabei selbst als sexistischen Prototyp (z.B. Belfort 2007: 77). Auch sollen seine Angestellten keine „killjoy“ sein (ebd.: 98). Anderson wiederum thematisiert sein (Mit-)Leiden unter dieser Dynamik: „That is what is so insidious about these appalling sexist discussions that men often indulge in – to protest is to be labelled a humourless do-gooder“ (Anderson 2010: 104; vgl. Sarah Ahmeds (2010, 50ff.) Thematisierung des „Feminist Killjoy“) und verweist so auf die Schwierigkeit von Kritik in diesem von Sexismus dominierten Raum (auch) aus einer männlichen Perspektive. In diesen Erzählungen werden sowohl die Selbstverständlichkeit des Sexismus deutlich, als auch die Dilemmata, die sich einstellen, wenn man dagegen vorgehen möchte.

4. Schluss: Ansätze zu Hegemonieselbstkritik

Bei diesen Einblicken in Insiderkritiken werden die eigene Verstrickung in Macht und Herrschaft auf unterschiedliche Weise problematisiert und in Ansätzen

als Hegemonieselbstkritik formuliert. Ich spreche von Ansätzen von Hegemonieselbstkritik, weil sie durchaus Grenzen aufweisen. Dies zum einen in der Bandbreite der Kritik, denn von den Autoren werden je verschiedene Teilaspekte angesprochen, zugleich jedoch in vielerlei Hinsicht auch bestehende (Herrschafts-)Verhältnisse affirmiert. Zum anderen bestehen Grenzen bezogen auf deren Reichweite. Elemente der Geschlechterverhältnisse, Wirtschaftsordnung und der Politik werden zwar problematisiert, meist jedoch nicht grundsätzlich hinterfragt. Dennoch finden sich in diesen Kritik-Narrativen die oben skizzierten Aspekte von Hegemonieselbstkritik. *Erstens* wurden die negativen Effekte der Selbstführung problematisiert: das eigene körperliche und psychische Leid, die soziale Isolation und Sinnleere. Die Orientierung an den in der Sozialisation erworbenen gesellschaftlichen (Männlichkeits-)Normen werden dadurch als Herrschafts- und Gewaltverhältnis gegenüber sich selbst erkennbar. *Zweitens* werden Prozesse der Herrschaft über andere bezogen auf den eigenen Beitrag zur Reproduktion von Klassenverhältnissen und Sexismus kritisiert und als ungerecht, verantwortungslos und amoralisch bezeichnet. Insgesamt wird die wechselseitige Bedingtheit von bürgerlich-männlicher Subjektivierung und kapitalistischer Produktionsweise deutlich. Die Mehrwertproduktion und -akkumulation bedarf der bürgerlich-männlichen Subjektivität, welche Ignoranz von Emotionalität und kompetitives Streben nach Macht impliziert und vice versa. Analog dazu verschränken sich in der Hegemonieselbstkritik die Sorge um sich und um Andere.

Die Tatsache, dass die fünf Autoren als Möglichkeitsbedingung für die Formulierung ihrer Kritik entweder ausgestiegen sind oder sich selbstständig gemacht haben, spricht für eine bedeutende Resistenz des Finanzsektors gegenüber einer hegemonieselbstkritischen progressiven Transformation. Wie sich die Kräfteverhältnisse zukünftig verschieben und welche Rolle solche Insiderkritiken in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Kapitalismus und Geschlecht spielen können, ist daher unklar. Ein Potenzial der Insiderkritiken liegt jedoch im Aufzeigen der Zwänge, die das System aufrechterhalten und die vielfältige Formen von Gewalt perpetuieren. Sie markieren einen spezifischen Ausgangspunkt von Herrschaftskritik, der auf die Möglichkeit einer Überwindung jener Formen hegemonialer Selbstaffirmierung verweist, die konstitutiv der Veranderung bedürfen. Die Auslotung der Möglichkeiten und Grenzen von Hegemonieselbstkritik sowie das Verständnis des Zusammenspiels von hegemonialem Selbstverhältnis, Herrschaftstechnologie und kritischer Selbsttechnologie bleiben jedoch vorerst empirische und theoretische Herausforderungen und bedürfen weiterer Analysen.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (2003 [1966]): *Negative Dialektik. Jargon der Eigentlichkeit*. Frankfurt/M.
- (2010 [1963]): *Probleme der Moralphilosophie*. Frankfurt/M.
- Ahmed, Sarah (2010): *The Promise of Happiness*. Durham, London.
- Anderson, Geraint (2010 [2008]): *Cityboy: Beer and Loathing in the Square Mile* (eBook). London.
- Ashe, Fidelma (2011): *The New Politics of Masculinity: Men, Power and Resistance*. Oxon, New York.
- Belfort, Jordan (2007): *The Woolf of Wall Street* (eBook). New York.
- Bourdieu, Pierre (2013 [2005]): *Die männliche Herrschaft*. Frankfurt/M.
- Connell, Raewyn (2015 [1999]): *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten*. Wiesbaden.
- Connell, Raewyn/Wood, Julian (2005): *Globalization and Business Masculinities*. In: *Men and Masculinities*, Jg. 7, Heft 4, 347-364.
- Connell, R.W./Messerschmidt James W. (2005): *Hegemonic Masculinity. Rethinking the Concept*. In: *Gender, Society* 19, Jg. 19, Heft 6, 829-859.
- Condorcet, Jean Antoine de/Condorcet, Sophie de (1979 [1789]): *Über die Zulassungen der Frauen zum Bürgerrecht*. In: Hannelore Schröder (Hg.): *Die Frau ist frei geboren. Texte zur Frauenemanzipation*, Bd. 1: 1789-1870, 55-63.
- Danchik, Lonnie/Fager, Marty/Wodetzki, Tom/Bradley, Mike (1971): *Unbecoming Men: A Men's Consciousness-Raising Group Writes on Oppression and Themselves*. New York.
- Demirović, Alex (2007): *Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme – Perspektiven*. Münster.
- (2008): *Neoliberalismus und Hegemonie*. In: Ptak, Ralf et al. (Hg.): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*. Wiesbaden.
- Di Blasi, Luca (2013): *Der weiße Mann. Ein Anti-Manifest*. Bielefeld.
- Dietze, Gabriele (2008): „Intersektionalität und Hegemonie(selbst)kritik“. In: Gippert, Wolfgang (Hg.): *Transkulturalität. Gender und bildungshistorische Perspektiven*, Bielefeld, 27-45.
- Equality and Human Rights Commission (2009): *Financial Services Inquiry Sex discrimination and gender pay gap report of the Equality and Human Rights Commission*. Manchester, Glasgow, Cardiff.
- Forbes (2016): *The World's Biggest Public Companies*, <http://www.forbes.com/global2000/list/>(aufgerufen: 19.02.2016).
- Foucault, Michel (2012 [1984]): *Der Mut zur Wahrheit. Die Regierung des Selbst und der anderen II*. Frankfurt/M.
- (1993): *About the Beginning of the Hermeneutics of the Self*. In: *Political Theory*, Jg. 21, Heft 2, 198-227.

- (1992 [1990]): *Was ist Kritik*. Berlin.
- Handon, Volker (2015): *Die Psycho-Trader*. Aus dem Innenleben unseres kranken Finanzsystems. Ein Insider erzählt. Frankfurt/M.
- Haraway, Donna (1995): *Die Neuerfindung der Natur*. Primaten, Cyborgs und Frauen. Frankfurt/M., New York.
- Harding, Sandra (1994): *Das Geschlecht des Wissens: Frauen denken Wissenschaft neu*. Frankfurt/M., New York.
- Hartsock, Nancy (1983): *The Feminist Standpoint: Developing the ground for a specifically feminist historical materialism*. In: Harding, Sandra/Hintikka, Merrill B. (Hg.): *Discovering Reality. Feminist Perspectives on Epistemology, Metaphysics, Methodology, and Philosophy of Science*. Dordrecht, Boston, London, 283-310.
- Hearn, Jeff (1994): *Research in Men and Masculinities: Some Sociological Issues and Possibilities*. In: *The Australian, New Zealand Journal of Sociology*, Jg. 30, Heft 10, 47-70.
- (2015): *Men of the World*. Genders, Globalizations, Transnational Times. London.
- Ho, Karen (2009): *Liquidated. An Ethnography of Wall Street*. Durham, London.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (2000 [1944]): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt/M.
- Hostettler, Karin/Vögele, Sophie (2014): *Diesseits der imperialen Geschlechterordnung. Eine Einleitung*. In: Dies. (Hg.): *Diesseits der imperialen Geschlechterordnung. (Post)koloniale Reflexionen über den Westen*. Bielefeld, 7-33.
- Maihofer, Andrea (1995): *Geschlecht als Existenzweise*. Frankfurt/M.
- (2014a): *Hegemoniale Selbstaffirmierung und Veränderung*. In: Hostettler, Karin/Vögele, Sophie (Hg.): *Diesseits der imperialen Geschlechterordnung. (Post)koloniale Reflexionen über den Westen*. Bielefeld, 305-318.
- (2014b): *Sarah Ahmed: Kollektive Gefühle – Elemente des westlichen hegemonialen Gefühlsregimes*. In: Baier, Angelika/Binswanger, Christa/Häberlein, Jana/Nay, Yv Eveline/Zimmermann, Andrea (Hg.): *Affekt und Geschlecht. Eine einführende Anthologie*. Wien, 253-272.
- (2015): *Sozialisation und Geschlecht*. In: Hurrelmann, Klaus/Bauer, Ulrich/Grundmann, Matthias/Walper, Sabine (Hg.): *Handbuch Sozialisationsforschung*. 8., vollständig überarbeitete Auflage. Weinheim, Basel, 631-658.
- Marx, Karl (1972 [1844]): *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*. In: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 1. Berlin, 378-391.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1972 [1848]): *Manifest der Kommunistischen Partei*. In: *Marx-Engels-Werke*, Bd.4. Berlin, 459-493.
- Mayer, Thomas (2014): *Die neue Ordnung des Geldes: Warum wir eine Geldreform brauchen*. München.
- Piketty, Thomas (2015 [2013]): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München.
- Pohlmann, Markus (2011): *Welche Werte in den Führungsetagen? Darstellungsmuster und Geltungsgründe von Moral im deutschen Top-Management*. In: Ders./Lämmlin,

- Georg (Hg.): Neue Werte in den Führungsetagen? Kontinuitäten und Wandel in der Wirtschaftselite. Karlsruhe, 79-103.
- Sauer, Birgit (2010): Das Geschlecht der Finanz- und Wirtschaftskrise. Eine Intervention in aktuelle Krisendeutungen. In: Kurswechsel, Jg. 15, Heft 1, 38-46.
- Said, Edward, W. (2009 [1978]): Orientalismus. Frankfurt/M.
- Smith, Greg (2012): *Why I Left Goldman Sachs: A Wall Street Story* (eBook). New York, Boston.
- Snodgrass, Jon (1977): *A Book of Readings for Men Against Sexism*. New York.
- Stiglitz, Joseph E. (2012): *The Price of Inequality: How Today's Divided Society Endangers Our Future*. New York.
- Wötzel, Rudolf (2009): *Über die Berge zu mir selbst: Ein Banker steigt aus und wagt ein neues Leben*. München.
- Zaloom, Caitlin (2006): *Out of the pits. Traders and Technology from Chicago to London*. Chicago, London.

Materialistisch-feministische Gesellschaftstheorien – Perspektiven der Kritik

Michael Brie

Menschen machen ihre Geschichte selbst ...

Methodologische Reflexionen zur feministischen Kapitalismuskritik

Die Ausgangsfrage: Die Analyse des Zusammenhangs von Herrschaft und gelebter Praxis als methodologische Herausforderung

Ein Anspruch der feministischen Kapitalismuskritik besteht darin, „eine Brücke“ zu schlagen „von der Betrachtung des Kapitalismus als Herrschaftszusammenhang über die darin ermöglichte Lebensweise bis hin zu seiner Betrachtung als gelebter Praxis“ (Aulenbacher/Riegraf/Völker 2014a: 149). Sie deckt auf, dass Herrschaftsverhältnisse und Vergesellschaftungsformen, Geschlechterverhältnisse und -praxen nicht geschlechtsneutral sind. Ein solches Herangehen verlangt, Institutionenanalysen „als Gesellschaftsanalysen“ zu betreiben, „die den Bogen von den Strukturen zum Handeln spannen“ (ebd.: 153). Und natürlich gilt dies auch umgekehrt: Das Handeln verändert die Strukturen. Dies ist in den letzten Jahrzehnten sehr deutlich geworden. Die feministische Forschung konnte nachweisen, dass z.B. der „vergeschlechtlichte fordistische Klassenkompromiss“ nicht nur „durch die inhärenten Grenzen des fordistischen Akkumulationsregimes in Frage gestellt“ wurde, sondern auch durch „den ‘neu’ entbrannten Klassenkampf ‘von oben’, „die Rebellion der 1968er-Bewegung“ sowie „die zweite Welle der Frauenbewegung und die Konflikte in der fordistischen Gesellschaftsordnung samt ihrer geschlechtspezifischen Arbeitsteilung“ (Chorus 2013: 97). Genauer noch: Gerade der Zusammenhang von Grenzen des Akkumulationsregimes und Akteur_innenhandeln hat den strukturellen Wandel herbeigeführt. Zeitgemäße emanzipatorische Kapitalismusanalyse kann gar nicht anders, als feministisch aufgeklärt vorangetrieben zu werden.

Die aktuelle feministische Kapitalismuskritik macht deutlich, dass die in Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse eingebundenen gesellschaftlichen Akteur_innen zugleich als Ko-Akteur_innen von deren Reproduktion begriffen werden müssen. Dies ist die Bedingung dafür, dass auch die Potentiale zu ihrer sei es molekularen, sei es umfassenden Veränderungen durch eben diese Akteur_in-

nen aufgezeigt werden können, Veränderungen, die zugleich Selbstveränderungen sind. Das emanzipatorische Potential der feministischen Kritik ist dabei aber nicht per se gegeben, sondern an methodologische Voraussetzungen gebunden, wie Aulenbacher, Riegraf und Völker (2014b: 10f.) hervorheben:

„Kapitalismus existiert nicht als statisch gegebener Strukturzusammenhang, sondern artikuliert sich in lebendiger, gegenwärtiger Praxis – diese unterliegt durchaus historischen Bedingungen, materiell-semiotischen Kräftefeldern und Diskursformationen. [...] ‘Geschlecht’ beispielsweise ist nicht Substrat, scharf konturierte Figur, es konstellierte sich vielmehr in den aktuellen Verflechtungen mit Rassismen, Klassismen, Körperlichkeiten, Räumen etc. Soziales wird also in Relationen ‘vermischt’ hervorgebracht, Anordnungen werden ganz praktisch aktualisiert und verändert. Daher kann die Frage der Kapitalismus- und Gesellschaftsanalyse nicht allein als theoretisch-epistemologische, sondern sollte ebenso als methodologische verhandelt werden“.

Der folgende Beitrag soll an ausgewählten Positionen der feministischen Kapitalismuskritik nachvollziehen, wie das Verhältnis von Analyse institutionalisierter Geschlechterverhältnisse und Analyse vergeschlechtlichter Praxis methodologisch bearbeitet wird, und er will Vorschläge zur weiteren Entwicklung dieser Methodologie auf der Basis eines akteur_innenzentrierten Reproduktionsansatzes unterbreiten. Dabei bin ich mir bewusst, dass ich dieser Frage nur sehr selektiv und nur mit Bezug auf wenige ausgewählte Beiträge der feministischen Kapitalismusanalyse nachgehen kann. Die Aussagen sind deshalb nicht generalisierbar.

Die Analyse des Verhältnisses von ‘Herrschaftszusammenhang’, ‘Lebensweise’ und ‘gelebter Praxis’ verweist zurück auf die zentrale methodologische Frage moderner Gesellschaftsanalyse, die Marx in folgender Form formuliert hatte: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ (Marx 1960: 115). Diese Fassung des Verhältnisses von gesellschaftlichen Strukturen und Akteur_innenhandeln lässt offen, was es dann heißt, die eigene Geschichte selbst zu machen: Sind die Menschen dabei vor allem Ausführende jener Rollen, die ihnen die Verhältnisse vorschreiben? Wie aber kommt dann Wandel, wie kommt Transformation zustande? Und welchen Sinn macht dies für die Akteur_innen? Oder ist es einfach ein Verhältnis wechselseitiger Bedingtheit des Sowohl-Als-Auch? Wie Frigga Haug und Kornelia Hauser (1995: 120f.) formulieren:

„Geht man [...] davon aus, Menschen und also auch Frauen seien selbsttätig an eigener Entwicklung beteiligt, so folgt: Die einzelnen Frauen finden selbstverständlich die Unterdrückungsstrukturen, die gesellschaftlichen Verhältnisse, in die sie hineinwachsen, in denen ihnen eine nicht-aufgerichtete Haltung zugemutet wird,

zunächst fertig vor. Aber diese Strukturen existieren nur weiter, wenn sie von denen, die in ihnen leben, immer wieder hergestellt werden [...] Dies scheint im übrigen die einzige Möglichkeit, in der Veränderung gedacht werden kann. In jedem Tun steckt also ein Stück Einwilligung. Auch das Sich-Opfern ist eine Tat und kein Schicksal.“

Feministische Kapitalismuskritik stößt in der Beantwortung dieser Frage *erstens* auf Probleme, mit denen *alle* kritische Theorie, betrieben vom Standpunkt der Subalternen, konfrontiert ist: Die Herrschaftsunterworfenen sind auch sich Herrschaftsunterwerfende. Ungleichheit wird durch die 'weniger Gleichen' auch selbst hervorgebracht und ist damit prekär. Wie Hegel in seiner „Phänomenologie des Geistes“ nicht zuletzt unter dem Eindruck der Sklavenrevolution auf Saint-Domingue (das sich in Haiti umbenannte, Buck-Morss 2009) schrieb, ist die „*Wahrheit* des selbständigen Bewusstseins [...] das *knechtische Bewusstsein*“ (Hegel 1967: 147), denn „gerade in der Arbeit“ erst kommt der Mensch, so Hegel, „zur Anschauung des selbständigen Seins *als seiner selbst*“ (ebd.: 149). Albert Camus hat dieses Selbstbewusstsein vor allem in der Revolte erkannt (1997) und Frantz Fanon (1986: 175-232) postulierte, dass erst die direkte Gewalt aus dem Zustand der Kolonialisierung und Subalternität befreien kann.

Das Problem von 'Herrschaftszusammenhang', von 'Lebensweise' und 'gelebter Praxis' stellt sich *zweitens* aber spezifisch, wenn nach dem Zusammenhang von institutionalisierten Geschlechterverhältnissen als Herrschaftsverhältnisse und vergeschlechtlichte Praxen gefragt wird und der in den zitierten Positionen deutlich gewordene primäre Bezug auf männlich konstruierte Praxisformen (wie die Arbeit des 'Knechts' und nicht der 'Magd') aufgebrochen wird. Unter feministischem Gesichtspunkt stehen nicht Produktion, sondern Reproduktion, nicht Arbeit als Herstellung von Dingen durch Umwandlung der äußeren Natur und deren Verwertung, sondern von Menschen in sorgenden Verhältnissen zu sich selbst, zueinander und zur äußeren wie inneren Natur im Mittelpunkt.

Mein Beitrag zielt darauf ab, das Verhältnis von Vergesellschaftungs- und 'Herrschaftszusammenhang', von 'Lebensweise' und 'gelebter Praxis' methodologisch in möglichst elementarer Form zu erfassen. Es geht mir darum, die Suche nach möglichst einfachen und zugleich hinreichend komplexen gemeinsamen kategorialen Strukturen zu befördern, die in Forschungsprozessen angewandt werden. Dazu will ich noch einmal auf die schon zitierten Positionen von Aulenbacher, Riegraf und Völker (2014b: 10f.) verweisen. Hier stehen die „Grenzen“ eines Regimes und „Konflikte“ einer Ordnung einerseits und der „Klassenkampf“ von oben sowie die „Rebellionen“ und „Bewegungen“ von unten andererseits nebeneinander. Dies könnte als Addition von 'Faktoren' missverstanden werden. Ein solches Sowohl-als-Auch ist aber unbefriedigend. Ich

werde nach Möglichkeiten suchen, Akteur_innenhandeln und institutionelle Veränderungen in eine klar strukturierte *prozessuale* Beziehung zu setzen und dadurch den Blick auf alternative Möglichkeiten und umfassendere Brüche zu eröffnen, die das Resultat des sinnhaften Handelns der Akteur_innen in ihren gesellschaftlichen Verhältnissen und sozialen wie natürlichen Bedingungen sind. Davon ausgehend will ich versuchen, einen allgemeinen methodologischen Ansatz zu skizzieren, der handlungsorientierte, struktur- oder institutionenorientierte und reproduktionsorientierte Konzepte, wie sie auch im feministischen Diskurs verwandt werden, in einen engeren Dialog bringen könnte.

Im Folgenden soll *erstens* an zwei ausgewählten Beispielen verdeutlicht werden, worin ich ein methodologisches Desiderat der feministischen Kapitalismuskritik bei der Erfassung des Verhältnisses von 'Herrschaftszusammenhang' und 'gelebter Praxis' sehe. Ich will dabei Elemente eines elementaren Modells 'extrahieren', um sie dann im Weiteren zu diskutieren. *Zweitens* beziehe ich dies auf Diskussionsvorschläge von Anthony Giddens und Bob Jessop zur Methodologie des Verhältnisses von Institutionen und Akteur_innen und diskutiere die Frage der Unterscheidung von Institutionen und Ressourcen. *Drittens* und abschließend wird ein Vorschlag entwickelt, der die Frage nach den Ressourcen in eine endlich-unendliche Welt des Natürlichen und Leiblichen integriert, die Reproduktion von Akteur_innen ins Zentrum rückt und durch Anleihen aus Elinor Ostroms (2005) „Institutional Analysis and Development (IAD) Framework“ erweitert wird. Davon ausgehend wird das methodologische Elementarmodell eines akteur_innenzentrierten Reproduktionsansatzes unterbreitet, das es m.E. erlaubt, das Problem von 'Herrschaftszusammenhang' und 'gelebter Praxis' konsistenter zu erfassen, als dies bisher geschehen ist. Vielleicht sind dies zugleich Bausteine einer Methodologie, mit der Kapitalismuskritik und feministische Gesellschaftsforschung noch organischer als bisher verbunden werden können.

1. Ein methodologisches Desiderat

Die genannten methodologischen Probleme der Erfassung der Beziehung von Herrschafts- und Vergesellschaftungsverhältnissen einerseits und Akteur_innen andererseits werden deutlich, wenn frau/man z.B. verfolgt, wie Silke Chorus (2013) versucht, das Verhältnis von Akteur_innenhandeln und gesellschaftlichen Verhältnissen unter Rückgriff auf und kritischer Umarbeitung der marxistischen Regulationsschule zu untersuchen. Sie zeichnet den Zusammenhang von Akteur_innenhandeln und Institutionalisierung in der folgenden Darstellung mit Blick auf Care und Care-Ökonomien so nach:

„Gesellschaftliche Formen von Care und Care-Arbeit *emergieren und entwickeln sich* im historischen Prozess aus einer Vielzahl verschiedener, zunächst molekularer Praktiken an unterschiedlichen Orten der Gesellschaft. Diese verschiedenen Praktiken verstetigen sich, werden institutionalisiert und im Zuge dessen verallgemeinert. (...) Die Resultate vergangener Handlungen bilden dabei die grundlegenden Strukturen, in denen Menschen heute miteinander verkehren. Diese grundlegenden Verkehrsformen – und darunter die Care-Formen – begrenzen und ermöglichen zugleich, dass und wie Menschen miteinander verkehren und füreinander sorgen. Sie bilden den Boden für Keime der Veränderung, für Kooperation und Konflikt“ (ebd.: 128f., Hervorheb. im Original).

Chorus rekonstruiert dies u.a. mit Blick auf die Krise der fordistischen Geschlechterarrangements und deren Umbau am Beispiel der Care-Verhältnisse in New York. Es sei eine 'neue' Klasse der Care-Arbeiter_innen“ entstanden (ebd.: 234), die mit Teilen der sozial aufgestiegenen Frauengruppen „in handfeste materielle Interessengegensätze verstrickt“ sei (ebd.: 235).

Aber wie können die je konkreten Antworten auf die Frage, woraus die molekularen Praktiken entstehen und Konflikte sich entzünden, in ein *allgemeineres* Modell des Verhältnisses von Akteur_innen und gesellschaftlichen Strukturen (Institutionen) eingefügt werden? Wie können diese Fragen in einen umfassenderen Ansatz der Verbindung von Akteur_innen handeln, institutionellem Wandel und institutionellen Umbrüchen integriert werden, ohne einfach zu behaupten, dass sich diese wechselseitig bedingen? Die Gefahr einer zirkulären oder additiven Antwort auf das Verhältnis von gesellschaftlichen Institutionen und Akteur_innenhandeln ist groß. So schlägt Silke Chorus (2013) eine „integrale Lesart“ des Verhältnisses von „Produktion“ und „Reproduktion“ vor und schreibt:

„Integral nenne ich diese Lesart, da ich beide Begriffe und die gesellschaftlichen Verhältnisse, welche die von ihnen beschriebenen gesellschaftlichen Bereiche strukturieren, gleichberechtigt aufeinander beziehe. Die sozial-ökonomischen Veränderungen vom Fordismus zum Postfordismus erscheinen in dieser Lesart sowohl durch die Frauenbewegung und Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen als auch durch Globalisierung, Feminisierung der Migration, Neoliberalismus und die Veränderung in den Klassenverhältnissen 'gemachte' Transformationsprozesse“ (ebd.: 24).

An dem 'Machen' sind in diesem Verständnis die 'Frauenbewegung' wie 'Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen', 'Globalisierung' wie 'Neoliberalismus', 'Feminisierung der Migration' wie 'Veränderung in den Klassenverhältnissen' beteiligt. Die empirisch dringend notwendige Öffnung der von Chorus mit Recht kritisierten Regulationsschule für eine feministische Sicht droht so aber, zu einem Nebeneinander von Akteur_innen und Prozessen und Institutionen

zu werden, die alle einen Einfluss nehmen, ohne dass der methodologische Rahmen klar definiert ist, in dem jedes dieser 'Elemente' eine je eigene Bedeutung hat. Analysiert frau/man den Ansatz von Silke Chorus, so stößt frau/man auf erstens die gesellschaftlichen Verhältnisse, zweitens Akteur_innen mit ihren Handlungsstrategien (z.B. Migration) sowie drittens Reproduktions- und Entwicklungszusammenhänge, die durch die Begriffe der Feminisierung oder Globalisierung erfasst werden. Die Frage bleibt, wie ihr Verhältnis zueinander allgemein bestimmt werden kann.

Ich möchte noch auf ein weiteres Beispiel eingehen. In ihrem Beitrag zur Diskussion „Gesellschaftliche Transformationen: Praxistheorien und Epistemologien“ im Band „Feministische Kapitalismuskritik“ stellt Susanne Völker (2014: 102) fest:

„Der global dominierende Kapitalismus ist nicht nur ein den Einzelnen äußerlicher, gleichsam von ihm_ihr unabhängiger Strukturzusammenhang; Kapitalismus ist historisch geworden und wird aktuell praktiziert, er bringt Gegenwart hervor und wird gegenwärtig hervorgebracht in spezifischen Wirtschafts- und Sozialsystemen, in Selbst- und Weltverhältnissen und -praktiken“.

In dieser sprachlichen Figur erscheint der Kapitalismus im gleichen Augenblick als Akteur seiner eigenen Hervorbringung und als Produkt derselben, obwohl dies den Intentionen der Autorin diametral widerspricht. Der Kapitalismus ist kein Akteur, sondern ein sehr spezifischer praktischer *Zusammenhang* von Akteur_innen. Das Kapitalverhältnis erscheint nur in seiner Fetischform als ein Akteur (Marx 1962: 85ff.). Die Gefahr ist groß, dass in kapitaldominierten oder estatistischen Gesellschaften konkrete Verhältnisse als Institutionen verstanden werden, die „aus Institutionen entstehen, die gleichzeitig aber eben diese Interaktion erklären sollen“ (Gildemeister/Wetterer 1995: 238). Wie Gildemeister und Wetterer hinzufügen: „Auf diese Weise wird die jeweils eine Ebene der oben genannten Doppelbödigkeit dazu benutzt, die jeweils andere zu erklären“ (ebd.: 238). Es entsteht die Gefahr eines methodologischen Zirkels.

Um genau dieser Falle einer Erklärungsschleife zu entgehen, sucht Susanne Völker in kritischer Verarbeitung von Pierre Bourdieus Praxeologie und der Epistemologie von Donny Haraway sowie der Ansätze von Michel de Certeau und Judith Butler nach Möglichkeiten, die es erlauben, den Kapitalismus zu kritisieren, ohne ihn „als totalitären Strukturzusammenhang zu begreifen und das In-der-Welt-Sein auf *eine* (gesellschaftliche) Logik zu reduzieren“ (Völker 2014: 125). Es wird außerordentlich produktiv die Offenheit des Habitus „als lebendiges Generierungsprinzip“ herausgearbeitet, in dem „ungelebte, unartikulierte Wünsche und Begehren“ schlummern, „die in veränderten Konstellationen

angesprochen werden“ können (ebd.: 108). Der Habitus ist dann weit mehr als die Verinnerlichung institutionell vorgegebener Handlungsrollen. Zudem sei die reale Praxis nie deckungsgleich mit dem Habitus, sei sie leiblich, körperlich, in direkter Konfrontation mit einer unendlich reichen und widersprüchlichen Welt – oder mit den Worten von Karen Barad: „The world kicks back“ (zitiert in ebd.: 109). Völker weist auf die Unschärfe und Unbestimmtheit von Einstellungen, Praktiken und Verhältnissen hin und macht mit Judith Butler deutlich: „Das Subjekt verfügt nicht über ‘sich’, es gehört sich nicht, *es findet statt im Verhältnis* – eben nicht nur zu Normen, sondern zugleich zu Anderen/m“ (ebd.: 119).

Wenn frau/man versucht, Susanne Völkers Methodologie in ihren elementaren Grundformen zu fassen, dann sind es m.E. drei Elemente, die herausgehoben werden können: erstens die in sich und zueinander widersprüchlichen gesellschaftlichen Strukturen oder Institutionen, zweitens die Akteur_innen mit ihren differenzierten Handlungsmöglichkeiten, wie sie im jeweiligen widersprüchlich-offenen Habitus entwickelt werden, sowie drittens die „unendlich reiche und widersprüchliche Welt“ (ebd.: 109). Die Betonung der Offenheit und Widersprüchlichkeit, so Susanne Völker, charakterisiert alle drei Elemente. Bei Silke Chorus steht ein weiteres Grundelement im Vordergrund: nämlich die Konstituierung relativ stabiler, aber an Grenzen stoßender Reproduktionsweisen (Chorus 2013: 125ff.). Im Weiteren werde ich versuchen, Vorschläge zu unterbreiten, wie die beiden skizzierten Ansätze von Silke Chorus und Susanne Völker auf eine elementares methodologisches Raster bezogen werden können, ohne dabei ihren Reichtum zu verlieren. Ich nehme mit, dass die vier gerade genannten ‘Grundelemente’ in einer Methodologie verbunden werden müssten.

2. Der strategisch-relationale Ansatz von Bob Jessop und die Unterscheidung zwischen Institutionen und Ressourcen

Die feministische Kapitalismuskritik wirft die Frage nach einer deutlichen Schärfung der Methodologie der Kapitalismus- und Gesellschaftskritik auf und schafft wesentliche Voraussetzungen, sich dieser Aufgabe zu stellen. Dabei stoßen die genannten Ansätze jedoch auf ein Problem: Es scheint auch innerhalb der feministischen Forschung außerordentlich schwierig, den alten Dualismus zwischen akteur_innenzentrierten und institutionenzentrierten Ansätzen aufzubrechen, die Reproduktionsweisen als widersprüchliche Entwicklungsformen einzubeziehen und dies mit Ansätzen zu verbinden, die die Leiblichkeit des Menschen und sein In-der-Welt-Sein ernst nehmen. Es scheint deshalb sinnvoll, zunächst einen Blick auf die vergangenen Versuche zu werfen, den genannten Dualismus

sozialphilosophisch zu überwinden. Prominentes Beispiel dafür ist das Werk von Anthony Giddens.

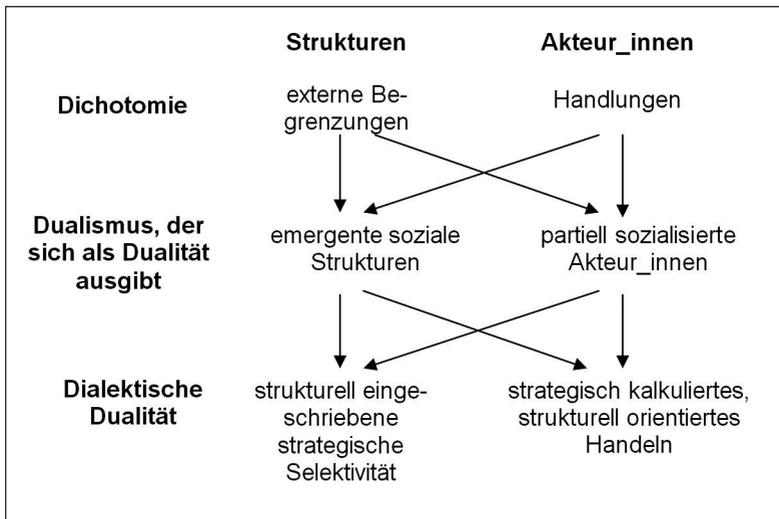
In Auseinandersetzung mit dem Strukturalismus und Poststrukturalismus hatte Giddens in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren eine Theorie der Strukturierung entwickelt, die darauf abzielte, den Dualismus von akteur_innenzentrierten und institutionenzentrierten Ansätzen zu überwinden. Im Mittelpunkt stand das „Theorem der Dualität von Struktur“, nach dem die „Strukturmomente sozialer Systeme sowohl Medium wie Ergebnis der Praktiken [sind], die sie rekursiv organisieren“ (Giddens 1992: 77). Giddens unterscheidet deshalb (1) Strukturen als „Regeln und Ressourcen [...], organisiert als Momente sozialer Systeme“, (2) Systeme als „reproduzierte Beziehungen zwischen Akteuren oder Kollektiven, organisiert als regelmäßige soziale Praktiken“ und (3) Strukturierung als „Bedingungen, die die Kontinuität oder Veränderung von Strukturen und deshalb die Reproduktion sozialer Systeme bestimmen“ (ebd.).

Soziale Systeme stellen in diesem Verständnis einen Zusammenhang von Strukturen und Akteur_innen dar, ein Zusammenhang, der durch Handeln über Raum und Zeit hinweg hergestellt und reproduziert wird und als *Strukturierung* bezeichnet wird. Strukturierung soll die rekursive prozessuale Wechselwirkung von Strukturen und Akteur_innen in sozialen Systemen erfassen oder, wie Giddens zusammenfasst: „Die Strukturierung sozialer Systeme zu analysieren bedeutet, zu untersuchen, wie diese in Interaktionszusammenhängen produziert und reproduziert werden; solche Systeme gründen in den bewusst vollzogenen Handlungen situierter Akteure, die sich in den verschiedenen Handlungskontexten jeweils auf Regeln und Ressourcen beziehen“ (ebd.). Der Begriff der Strukturierung stellt einen Anschluss her an Diskussionen, die bei Silke Chorus im Zusammenhang mit dem Begriff Akkumulationsregime in seiner Erweiterung auch auf das Feld der Reproduktion erfasst wird – als *Modus sozialer Produktion und Reproduktion*. So stellt Chorus (2013: 92) „die Kommodifizierung von Care“ als einen sozialen „Prozess des Formwandels von Care und Care-Arbeit“ dar, „der durch soziales Handeln innerhalb einer Vielzahl von gesellschaftlichen Verhältnissen ‘verursacht’ wird, durch den sich der Modus der sozialen Reproduktion sowie der Modus der Produktion verändern“.

Bob Jessop seinerseits sieht mit Giddens Konzept der Strukturierung den Dualismus von Struktur und Akteur noch zu äußerlich gefasst: „Eine wirkliche Dualität kann durch die dialektische Inbeziehungsetzung beider analytischer Kategorien (im Unterschied zum mechanischen Bezug) hergestellt werden“ (Jessop 2007: 41; Übersetzung M.B.). Er schlägt vor, „strategisch-relationale Begriffe“ zu benutzen: „In einem solchen Kontext kann soziale Struktur in ‘strategisch-

relationalen' Begriffen untersucht werden, d.h. als Struktur, in die strategische Selektivität eingeschrieben ist; und Handeln kann gleichfalls analysiert werden im Sinne des Verhaltens von Akteur_innen mit einer strategisch sich kalkulierend auf die Verhältnisse beziehenden Orientierung“ (ebd.) (siehe Grafik 1).¹

Grafik 1: Strategic-Relational Approach (Jessop 2007: 41; eigene Darstellung)



Meines Erachtens wird aber dieser dialektisch reflektierte Dualismus dem realen Zusammenhang von Akteur_innen und Strukturen nicht gerecht. Wenn es richtig ist, dass Menschen ihre Geschichte selbst machen und nicht bloße Marionetten eines hinter ihrem Rücken ablaufenden strukturellen Zusammenhangs sind, der ihnen alternativlose Zwänge oktroyiert, dann muss erklärt werden, wie sie die strukturierenden Zwänge durch bewusstes und rekursives Handeln selbst hervorbringen und vor allem warum. Wie Max Weber in § 1 seines Kapitels zu den soziologischen Grundbegriffen in „Wirtschaft und Gesellschaft“ definiert, ist menschliches Verhalten nur dann Handeln, wenn „die Handelnden mit ihm einen subjektiven *Sinn*

1 „Ersteres bedeutet, dass die strukturellen Beschränkungen immer selektiv wirken; sie sind nicht absolut und unbedingt, sondern immer zeitlich, räumlich konkret und spezifisch für bestimmte Akteure und deren Strategien. Letzteres schließt ein, dass Akteure reflexiv sind und in der Lage, in Grenzen ihre eigenen Identitäten und Interessen verändert zu formulieren sowie sich auf eine strategische Kalkulation ihrer gegenwärtigen Situation einzulassen“ (Jessop 2007: 41; Übersetzung M.B.)

verbinden“. Und um *soziales* Handeln ginge es bei solchem Verhalten, „welches seinem von dem oder den Handelnden gemeinten Sinn nach auf das Verhalten *anderer* bezogen wird und daran in seinem Ablauf orientiert ist“ (Weber 1972: 1). Welchen *Sinn* aber macht das Eingehen von Verhältnissen, das Beachten oder Verändern von Regeln? Mir scheint, dass Giddens (und in der Nachfolge Jessop) in den dargestellten Modellen die Handelnden selbst nicht ernst genug nehmen, auch wenn Giddens (1992: 78; Hervorhebung M.B.) ganz klar formuliert, dass „die Fehler des Funktionalismus und Strukturalismus vermieden werden sollen, welche die *Gründe* der Handelnden unterschlagen oder übersehen“ und Jessop (2007: 41) die strategische Kalkulation der Akteur_innen immer wieder betont.

Die Frage nach dem *Sinn* sozialen Handelns wird gerade dann noch drängender, wenn – wie im feministischen Diskurs prominent – gefragt wird, wieso gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse auch durch die Beherrschten überhaupt mitreproduziert werden, warum die verschiedenen Akteur_innen ihre Strategien verändern und damit die Stabilität von Herrschaft und den Modus der Produktions- und Reproduktionsweise in Frage stellen. Die feministische Forschung hat in vielen Studien genau diesen Fragen nachgespürt, hat gezeigt, wie der Zerfall der patriarchalen Familie und des männlichen Alleinverdienermodells nicht nur, vielleicht nicht einmal vor allem dem Interesse von profitorientierten Unternehmen und dem Standortwettbewerb der Staaten geschuldet ist, sondern von ‘innen’ heraus, vor allem durch Frauen selbst verursacht wurde, die nach neuen Entwicklungs- und Emanzipationsmöglichkeiten suchten und dabei die kapitalistischen Verwertungsstrukturen einem Veränderungsdruck aussetzten. Die staatlichen und unternehmerischen Akteur_innen haben ihrerseits zunehmend neoliberale Konzepte verfolgt und in diese die emanzipatorischen Ansätze integriert (Boltanski/Chiapello 2003). Die feministische Bewegung war unter den gegebenen Bedingungen ihrerseits nicht in der Lage, dem gegenhegemonial überzeugend zu begegnen und Emanzipationsfortschritte solidarisch zu verallgemeinern (Fraser 2013).

Die Bedeutung der Frage nach dem Sinn sozialen Handelns wird deutlich, wenn Iris Nowak, Jette Hausotter und Gabriele Winker in einer Studie zur „Handlungsfähigkeit in entgrenzten Verhältnissen“ schreiben:

„Die Perspektive auf die Subjektivität und das Handeln von Menschen ist für uns in zweierlei Hinsicht interessant. Zum einen gehen wir gesellschaftstheoretisch davon aus, dass neue Formen von Arbeit und kapitalistischem Wirtschaften nur dann möglich sind, wenn Menschen aktiv Lebensweisen und Alltagspraxen entwickeln, die damit korrespondieren. Die Erforschung subjektiver Wahrnehmungen und Orientierungen halten wir daher für einen zentralen Baustein in der Diskussion um gesellschaftliche Entwicklungsdynamiken. Dies gilt für soziologische Gegenwartsdiagnosen ebenso wie für die Entwicklung von eingreifenden politischen Praxen.

Zum zweiten möchten wir mit unserer Forschung zum Verständnis und letztlich zur Überwindung der gesellschaftlich vorherrschenden Individualisierung der sozialen Kosten, die durch gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse produziert werden, beitragen.“ (Nowak/Hausotter/Winker 2012: 7)

In doppelter Hinsicht sind also die Motive bzw. der Sinn des Handelns von fundamentaler Bedeutung: für das Verständnis des ‘Forschungsgegenstandes’, der Akteur_innen der untersuchten Verhältnisse und für die Selbstreflexion der Forscher_innen.

Aber nicht nur die Frage nach dem sinnhaften Handeln wird in der feministischen Diskussion aufgeworfen, sondern auch die nach der sich verändernden Ressourcengrundlage des Handelns und der Reproduktion der Institutionen. Es ist merkwürdig, dass für Giddens wie für Jessop im dargestellten Zusammenhang nur die Akteur_innen und die Strukturen die beiden elementaren Komponenten eines sozialen Systems sind, obwohl sie in allen ihren weiteren Konkretisierungen darüber immer wieder hinausgehen. Die Ursache dafür ist, dass – und dies vielleicht doch unter dem Einfluss strukturalistischer Ansätze – Regeln und Ressourcen im von ihnen skizzierten Elementarmodell unter ein und denselben Begriff, unter den der Struktur oder Institutionen, subsumiert werden. So geht Giddens (1992: 77) davon aus, dass sich soziale Systeme „in den bewusst vollzogenen Handlungen situierter Akteure“ gründen, „die sich [...] jeweils auf Regeln und Ressourcen beziehen“, ohne aber den Ressourcen, ihrer Produktion und Reproduktion, einen eigenständigen Platz im Ausgangspunkt der Theorie der Strukturierung einzuräumen. Das Problem wird deutlich, wenn Giddens im gleichen Buch an anderer Stelle im Zusammenhang mit der Frage von Macht allokativen und autoritativen Ressourcen unterscheidet. Zu ersteren zählt er „1. Materielle Aspekte der Umwelt (Rohmaterialien, materielle Machtquellen)“, „2. Materielle Produktions-/Reproduktionsmittel (Produktionsinstrumente, Technologie)“ und „3. Produzierte Güter“. Zu letzteren zählt er „1. Organisation von Raum und Zeit, wie diese für soziales Handeln relevant werden (raum-zeitliche Konstitution von Wegen und Regionen)“, „2. Produktion und Reproduktion des Körpers (Organisation und Beziehung von Menschen in gegenseitiger Gemeinschaft)“ und „3. Organisation von Lebenschancen (Konstitution von Chancen der Entwicklung und des Ausdrucks des Selbst)“ (ebd.: 316). Wie Giddens selbst sagt: „Es gibt kein elementareres Konzept als das der Macht“ (ebd.: 337).

Wieso aber ist diese Frage der Macht und der Machtressourcen im Elementarmodell der Strukturierung nicht wirklich präsent, und wieso sind die im Zusammenhang von Macht analysierten Ressourcen einerseits und die Regeln (Institutionen, gesellschaftliche Verhältnisse) andererseits unter ein und die-

selbe Kategorie der Struktur subsumiert? Die Ressourcen einer Gesellschaft in ihrer wirklichen Bedeutung werden bei Giddens erst im Zusammenhang mit der Erklärung von „Wandel, Evolution und Macht“ nachträglich eingeführt (ebd.: 314ff.) – als ergänzende Variable. In der Konsequenz sind die Institutionen von Fragen der Macht und des Eigentums, der Produktion und Reproduktion merkwürdig entkoppelt und ihres Gehalts entleert. Frau/man könnte auch marxistisch informiert sagen: Diese Art der Verkoppelung von Akteur_innen- und Institutionentheorien blendet die auf die Verfügung über gesellschaftliche Ressourcen gegründeten Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie die Produktions- und Lebensweise im Fundament der Theorie aus, um sie in den oberen Stockwerken dann wieder einzuführen. Dass Giddens Darstellung der allokativen Ressourcen den Bereich von Sorge und Reproduktion randständig behandelt und einen rein instrumentalistisch-technischen Blick auf die Welt der Güter wirft, sei angemerkt. Die Subsumtion von Regeln, gesellschaftlichen Verhältnissen bzw. Institutionen einerseits und den materiellen wie geistigen Bedingungen des Handelns andererseits erschwert es außerordentlich, die Leiblichkeit der Menschen, ihr In-der-Welt-Sein, der Konvivialität (Gronemeyer 2015) in ihrer zentralen Bedeutung zu erfassen. Über den Menschen als Zoon Politikon wird der Mensch als leibliches Wesen, als Wesen, das in seiner kreatürlichen wie menschlichen Bedürftigkeit auf die Andere, den Anderen angewiesen ist, aus dem Blick verloren.

Ausgehend von der bisherigen Darstellung sei folgende Begriffsbestimmung gewagt: *Regeln* legen mehr oder minder bindend und durchsetzbar die *Formen* von sozialer Interaktion fest. Um *Institutionen* im engeren Sinne handelt es sich, wenn es Sanktionen zur Durchsetzung dieser Regeln gibt. Institutionen können auch als Verhältnisse der Regelung von gesellschaftlichen Verhältnissen verstanden werden. *Ressourcen* dagegen umfassen die Gesamtheit jener materiellen wie ideellen Bedingungen, die es einem_r Akteur_in oder einer Akteur_innengruppe erlauben, überhaupt zu handeln. Es sind die Mittel selbst im engeren Sinne, die ihnen zur Verfügung stehen und die sie auch real anwenden können und anzuwenden vermögen: Wissen, Fähigkeiten, seelische oder emotionale Ausstrahlung, aber auch Produktionsmittel oder Infrastruktur, Gewaltinstrumente, der gesamte Reichtum der menschlichen und äußeren Natur in all ihren umgewandelten Gestalten. Soziale Akteur_innen gehen gesellschaftliche Verhältnisse eben deshalb ein, weil sie sich außerhalb dieser Formen nicht reproduzieren können, denn die Regeln *vermitteln* den Zugang zu ökonomischen, sozialen, politischen oder kulturellen Ressourcen, zu den Existenz- und Entwicklungsbedingungen unseres Seins. Und von diesen wiederum hängt die Handlungsfähigkeit der Akteur_innen ab; ohne sie können sie keine sozialen Akteur_innen werden oder bleiben.

Aufgrund seiner Identifikation von Institutionen und Ressourcen wird der Dualismus von Akteur_innen und Institutionen – durch Bob Jessop dialektisch gefasst – nicht überwunden, sondern nur noch einmal und eleganter reproduziert. Frau/man könnte auch sagen, dass er einerseits die Akteur_innen in ihren Absichten nicht hinreichend ernst nimmt, die genau darin bestehen, durch den institutionell vermittelten, d.h. über die Verhältnisse zu anderen Akteur_innen geregelten Zugang zu Ressourcen die je eigene Handlungsfähigkeit zu erhalten, zu erweitern, zu verändern, sinnhafte Zwecke zu verfolgen. Akteur_innen, die dies aus dem Auge verlieren und/oder nicht zu sichern vermögen, scheiden schlicht als Akteur_innen aus. Ein kleines Kind, das allein gelassen wird, stirbt. Parteien, die in parlamentarischen Systemen keine Wähler_innen haben, werden zu Sekten und verschwinden aus dem Parteiensystem. Unternehmen, die Konkurs anmelden müssen, weil sie ihre Liquidität nicht zu sichern vermögen, verabschieden sich von den Märkten. Staaten, die sich gegen einen militärischen Angriff nicht wehren können und denen keiner erfolgreich beispringt, werden von der Landkarte getilgt. Akteur_innen sind an Institutionen interessiert, insoweit sie ihnen den Zugang zu Gütern und damit die eigene Reproduktion sichern (keineswegs zuletzt in Gestalt der Anerkennung als sozial respektierte Akteur_innen). Andererseits werden aber in einer solchen Konzeption auch die Institutionen nicht wirklich ernst genommen, da ihre Funktion auf die Regelung der intersubjektiven Beziehungen reduziert und damit ihre Bedeutung bei der Regelung des Stoffwechsels mit der Natur, des Verhältnisses zur menschlichen Leiblichkeit, als Verhältnisse von Macht und Eigentum, Respekt und Anerkennung, Deutungen und sinnstiftenden Orientierungen, als Verfügung über die Instrumente von Gewalt in den Hintergrund gedrängt wird. Sie werden ihres wesentlichen Inhalts oder ihrer Funktion beraubt und auf die Form und den Forminhalt reduziert.

Zusammenfassend sei festgestellt: Die Unterscheidung von Institutionen und Ressourcen ist nicht nur und nicht einmal vor allem abstrakt-analytisch geboten, auch wenn die bekannten Definitionen von Institutionen Ressourcen im engeren Sinne ausschließen und „Spielregeln einer Gesellschaft oder, förmlicher ausgedrückt, die von Menschen erdachten Beschränkungen menschlicher Interaktion“ erfassen (North 1992: 3). Die Unterscheidung ist vor allem konkret-sozialwissenschaftlich notwendig, um die *Bedeutung* des Handlungszusammenhangs, der institutionell geregelt ist oder wird, nicht aus dem Auge zu verlieren. Der Sinn des Handelns liegt nicht in der Regelmäßigkeit sozialer Interaktion selbst, es sei denn, die Regeln haben einen Eigenwert für die Akteur_innen als Formen der Anerkennung und sind damit ihrerseits Handlungsressource. Institutionen sind für die Akteur_innen vor allem wichtig als Regeln des Zugangs

zu den Reproduktionsbedingungen und der damit verbundenen Möglichkeiten der Verfügung über sie (also als Eigentums-, Macht-, Herrschafts-, Anerkennungs- und Gewaltverhältnisse). Interessen sind die institutionell geprägten Orientierungen von Akteur_innen, Zugang zu Handlungsressourcen zu bekommen. Sie sind deshalb immer auch kulturell bedingt, denn Sinn ist von der Deutung der Handlungssituation abhängig. Sie sind institutionell vermittelt und unterscheiden sich je nachdem, um welche Ressourcen (leibliche oder geistige bzw. emotionale, ökonomische, soziale, politische oder kulturelle bzw. die der Fähigkeit zur Gewaltanwendung – sicherheitspolitisch nach innen, militärisch nach außen) es geht. Versteht frau/man diesen Zusammenhang von Interessen der Akteur_innen, Institutionen und Ressourcen, dann kann frau/man sich m.E. der folgenden Bestimmung von Institutionen anschließen:

„Eine Institution wird [...] als System von miteinander in Beziehung stehenden informellen und formellen Elementen definiert – Sitten, gemeinsam geteilte Ansichten, Konventionen, Normen und Regeln –, die gesellschaftliche Verhältnisse regulieren, in denen Akteur_innen ihre legitimen Interessen verfolgen und festlegen. Dieser Ansicht nach stellen Institutionen soziale Strukturen dar, die den Rahmen für kollektives Handeln bereitstellen, indem sie die Interessen von Akteur_innen befördern und organisieren sowie Verhältnisse zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer (principal agent relationships) durchsetzen. Aus dieser interessenbezogenen Definition folgt, dass institutioneller Wandel nicht auf die Veränderung formeller Regeln reduziert werden kann, sondern grundsätzlich eine Neuausrichtung von Interessen, Normen und Macht verlangt“ (Nee 1994: 55; Übersetzung M.B.).

Aus der bisherigen Darstellung wird deutlich, dass sich der auch in bestimmten feministischen Ansätzen fortdauernde Dualismus von Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse als Herrschaftsstrukturen einerseits und Akteur_innenhandeln andererseits durch die Einbeziehung der Frage erstens nach den Ressourcen des Handelns und zweitens dem Sinn des Handelns deutlich modifiziert. Das patriarchale ‘Gleichgewicht’ der fordistischen Kleinfamilie war auch deshalb prekär geworden, weil es für die nachfolgenden Generationen, gerade auch für die Töchter in diesen Familien, keinen Sinn mehr machte, sondern zu einem Gefängnis oder einer Sackgasse geworden war. Zudem hatten der Ausbau des Sozialstaats und die neuen Bildungsmöglichkeiten vorher nicht vorhandene Ressourcen bereitgestellt. Hinzu kamen dann die Tendenzen eines neoliberalen gesellschaftlichen Umbaus, der die Zwänge erhöhte und die Ressourcen zum Erhalt dieses Familientyps drastisch einschränkte. Es wurde die Möglichkeit des Aufbaus von globalen Care-Chains geschaffen, durch die eine neue Hierarchie von Geschlechterverhältnissen möglich wurde (Benhabib/Resnik 2009; Apitzsch/Schmidbaur 2010; Berkenbusch/Helmolt/Silva 2012). Dies alles wirft

die Frage auf, welche Möglichkeiten es gibt, den Zusammenhang von Akteur_innen und ihrem sinnvollen Handeln, von Institutionen und den Ressourcen in einem methodologischen Ansatz konsistent zu verbinden. Abschließend sollen *geschlechtssensible* Möglichkeiten dafür erkundet werden.

3. Ein akteur_innenzentrierter Reproduktionsansatz

Angesichts einer realen Welt, in der die Frage der Güter fast alles beherrscht, und sei es die nach den Gütern eines guten Lebens (Klein 2003; Etzioni 2011; Gudynas 2012; Huber 2013), wo der Schrei nach Mehr und Mehr (Wachstum, Arbeitsplätze, Ausbildung, Pflege, Wählerstimmen und Schutzzäune gegen Flüchtlinge oder Wohnraum für diese) den öffentlichen Diskurs beherrscht, wo die Frage des sorgenden Verhältnisses zueinander, zu uns selbst und zur Natur in den Vordergrund tritt (Biesecker/Hofmeister 2013; Praetorius 2015; Winker 2015; Habermann 2016), ist die Untertheoretisierung der Frage nach dem Zugang zu den Ressourcen und ihrer Reproduktion in der sozialwissenschaftlichen Methodologie erklärungsbedürftig. Während die Akteur_innen der realen Welt unentwegt nach immer neuen Ressourcen streben und oft in härtester Konkurrenz um diese stehen, pflegen vorherrschende neoklassische Theoriestränge eine Abstraktion von der Welt der realen materiellen und geistigen Güter, setzen sie als äußere Handlungsbedingungen voraus oder begreifen sie als 'Output'. Situativ orientierte Handlungstheorie und vom Handeln abgekoppelte evolutionstheoretisch fundierte Konzepte von System- oder Modernisierungstheorie stehen sich im sozialwissenschaftlichen Kosmos oft fremd gegenüber, wie nicht zuletzt in der traditionellen Transformationsforschung deutlich wird. In der Handlungstheorie erscheinen die Institutionen entweder vorausgesetzt oder frei rational gestaltbar, in den evolutionären Ansätzen sind sie weitgehend nichtintendiertes Resultat des Wettbewerbs institutionell unterschiedlich verfasster Systeme, von denen dann das 'fittere' überlebt, jenes, das mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen vermag. Die einen behaupten, alles erklären zu können, was im Moment geschieht, die anderen dagegen verweisen auf die Macht langer Wellen und großer Tendenzen (siehe zur Reproduktion dieses Dualismus in der aktuellen Transformationsforschung Kollmorgen/Merkel/Wagener 2015). Was hier fehlt, ist ein Ansatz, der in sich selbst die Stärke der beiden Positionen zu verbinden sucht und vor allem in der Lage ist, dem feministischen Anspruch der Verbindung von Herrschaftskritik und Beförderung emanzipatorischer Praxen gerecht zu werden.

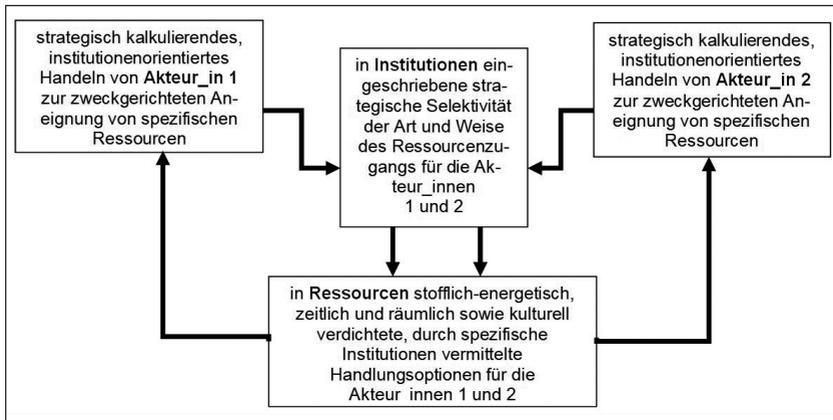
Es wäre vermessen, einen solchen Ansatz hier vorschlagen zu wollen. Aber es scheint möglich, Elemente für einen solchen Ansatz zu formulieren. Heraus-

gefordert ist dies durch die Notwendigkeit, die gerade die feministische wie die ökologische Diskussion deutlich macht, die Reproduktion der Gesamtheit der natürlichen, leiblichen, kulturell-spirituellen, gesellschaftlich-institutionellen Bedingungen des Lebens ins Zentrum zu rücken. Hier finden auch die neuen zentralen Kämpfe statt (z.B. Madörin 2006; Apatzsch/Schmidbauer 2010; Dörre 2013; Fried/Dück 2015). Um den damit verbundenen Herausforderungen gerecht zu werden, soll im Folgenden erstens ein Modell vorgeschlagen werden, das den Ansatz von Bob Jessop modifiziert und diesen zweitens um konzeptionelle Überlegungen von Elinor Ostrom zum Verhältnis von Akteur_innen, Institutionen und Ressourcensystemen sowie um neogramscianische Ansätze erweitert. Es sind dies nichts anderes als Mosaiksteine auf dem Weg zu einer Methodologie, die Handlungs-, Institutionen- und Systemtheorie auf einer neuen Grundlage verbinden könnte und dadurch den herrschafts- und kapitalismuskritischen Ansprüchen feministischer wie ökologisch orientierter Forschung gerecht zu werden vermag. Der erste Schritt ist es, anzuerkennen, dass jedes soziale System nicht nur aus Akteur_innen und Strukturen besteht und nicht dual verfasst, sondern eine Triade von Akteur_innen, Institutionen (gesellschaftlichen Verhältnissen) und den materiellen und geistigen Bedingungen (Ressourcen) besteht, die in Raum und Zeit reproduziert werden (teils durch menschliches Handeln, teils – oft in dem genannten Zusammenhang auch nicht thematisiert – durch die Reproduktionskreisläufe der irdischen Natur im Zeitalter des Anthropozäns – oder auch „Kapitalozäns“ (Altvater 2013; Angus 2015; Zalasiewicz et al. 2011).

Das in Grafik 1 dargestellte Modell Bob Jessops, sein Strategic-Relation-Approach (SRA), soll in doppelter Weise erweitert werden, um anschlussfähig zu werden an die Ansätze, die in der feministischen Kapitalismuskritik entwickelt wurden: *Erstens* sollte auch im Elementarmodell deutlich werden, dass es sich um eine Pluralität von sozialen Akteur_innen handelt, also mindestens um zwei. Menschen sind selbst in ihrer Leiblichkeit soziale Wesen (Arendt 2007; Mead 1973; Plessner 2003), und Institutionen sind Verhältnisse *zwischen* Akteur_innen und regeln diese. Es geht um Kooperation und Konflikt, Strukturen der Herrschaft und Ungleichheit bzw. der gemeinsamen Entwicklung und Gleichheit, um nur die Extrempole zu nennen. Im Kern sind es Vergesellschaftungsprozesse. Es stehen sich nicht Akteur_innen und Institutionen gegenüber, sondern Akteur_innen beziehen sich über Institutionen aufeinander. *Zweitens* wird die schon genannte Triade von Akteur_innen, Institutionen und Ressourcen eingeführt. Es handelt sich also um einen Strategic-Institutional-Resource-Approach (SIRA) oder um einen akteur_innenzentrierten Reproduktionsansatz im Unterschied zu einem akteur_innenzentrierten Institutionalismus (Mayntz/Scharpf 1995).

Die strategische Handlung ist dann komplett, wenn Akteur_innen sich über den institutionell vermittelten Zugang zu Ressourcen reproduziert haben, d.h. sich als handlungsfähige Akteur_innen in weitgehend gleicher oder auch veränderter Gestalt wiederhergestellt, sprich: reproduziert haben (Grafik 2). Reproduktion ist immer die Reproduktion der Triade Akteur_innen – Institutionen – Ressourcen. Vom Standpunkt des skizzierten akteur_innenzentrierten Reproduktionsansatzes stellt sich also erstens die Frage danach, wie sich die Ressourcen, auf die sich die Akteur_innen institutionell vermittelt beziehen, durch dieses Handeln verändern, wie sich zweitens die Handlungsfähigkeiten und damit natürlich auch die Machtverhältnisse zwischen den Akteur_innen wandeln und drittens sich ihre Deutungen verändern.

Grafik 2: Akteur_innenzentrierter Reproduktionsansatz (eigene Darstellung)



Das in Grafik 2 dargestellte Modell eines akteur_innenzentrierten Reproduktionsansatzes der Triade Akteur_innen – Institutionen – Ressourcen sollte zudem mit Elinor Ostroms Ansatz erweitert werden: So kann deutlich gemacht werden, dass alles gesellschaftliche Handeln sich eigentlich in einem Raum von Common-Pool-Ressourcen (CPR-Systemen), von gemeinschaftlich genutzten Ressourcen abspielt, unabhängig davon, ob die Verfügung über sie privat, staatlich oder kollektiv erfolgt. Ostrom (1990: 30; Übersetzung M.B.) versteht unter Systemen, die sie als Common-Pool-Resources bezeichnet, „ein natürliches oder menschlich geschaffenes System, das hinreichend groß ist, so dass es aufwendig (aber nicht unmöglich) ist, andere mögliche Nutznießer davon auszuschließen, Nutzen aus seinem Gebrauch zu ziehen“. Es müsse das Ressourcensystem vom

Strom der Ressourceneinheiten unterschieden werden, die durch das System bereitgestellt werden (ebd.). Das Ressourcensystem habe eigene Logiken der Reproduktion und Veränderung und seine nachhaltige Sicherung verlangt, dass keine 'Überausbeutung' erfolgt.

Elinor Ostrom selbst und ihre Forschungsgruppen haben sich vor allem auf relativ überschaubare Ressourcensysteme mit beschränkter Dynamik konzentriert, vornehmlich Systeme aus der Landwirtschaft, der Wald- oder Fischereiwirtschaft. Eine Ausweitung auf intellektuelle Güter fand erst spät statt (Hess/Ostrom 2007). Eigentlich aber bilden alle hinreichend komplexen sozialen Systeme gemeinschaftlich genutzte Ressourcenzusammenhänge. Dies gilt für das Rechtssystem genauso wie für die Gesundheitsversorgung, für ein größeres Unternehmen oder eine Kommune bzw. einen Stadtteil. Auch Partnerschaften oder Nachbarschaften gehören dazu. Die Liste ließe sich fortführen. Selbst das irdische System als Ganzes ist ein System von Common-Pool-Ressourcen. Öffentliche Güter, Klubgüter oder private Güter sind in solche Systeme gemeinschaftlich genutzter Ressourcen eingebettet (zur Unterscheidung dieser Güter bei den Ostroms siehe Ostrom/Ostrom 1977). Ganze Volkswirtschaften können als Common-Pool-Ressourcen-Systeme verstanden werden.²

Die in der feministischen Diskussion immer wieder stark gemachte Hinwendung zu einer Ökonomie der Sorge, von Care, von Hauswirtschaft im umfassendsten Sinne (Habermann 2016; Jochimsen 2003; Knobloch 2013; Madörin 2006; Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2013; Praetorius 2015) stellt eben diese Tatsache, dass die wichtigsten Güter in endlichen Systemen des Lebens entstehen und dort erhalten werden müssen, ins Zentrum; oder wie Karl Polanyi ausführte: Sie werden weder als Waren noch als Eigentum des Staates erzeugt (Polanyi 1978: 107), sondern in Kooperation, Konvivialität (Illich 1998: 27ff.) und Fürsorge. Ihr behaupteter privater (oder auch staatlicher) Charakter ist eine gewaltgestützte Fiktion. Die Arbeitskraft, die Naturgüter, Geld oder Recht, Wissen und Kultur entstehen in Zusammenhängen von Reichtumsproduktion,

2 Ostroms Forschungsansatz bietet durchaus das bisher völlig unausgeschöpfte Potential eines umfassenderen Paradigmenwechsels in den Sozialwissenschaften (Brie 2013). Elinor Ostrom hat in ihrem Spätwerk „Understanding Institutional Diversity“ für die Mikroebene ein Modell der institutionellen Analyse und Entwicklung entworfen (institutional analysis and development framework – IAD), das den praktisch hergestellten und vermittelten Zusammenhang von Akteur_innen, Institutionen und Ressourcensystem operationalisiert (siehe dazu Ostrom 2005: 3-31). Sie hat dies zugleich in die Vorstellung von Gesellschaft als „polyzentrische“ Systeme eingefügt, ein Konzept, das auf Michael Polanyi zurückgeht (Polanyi 1998: 170ff.; Aligica/Tarko 2011).

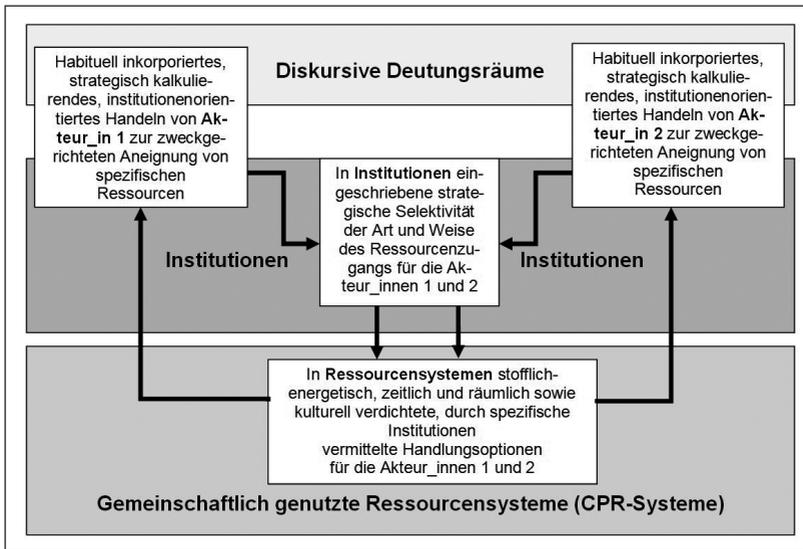
die alle den Charakter von Common-Pool-Ressourcen-Systemen tragen (siehe dazu systematisch Brie 2014). Die Sorge um den Erhalt dieser Systeme ist im weitesten Sinne die Grundform menschlichen Handelns, wenn humane Existenz auf Dauer gestellt werden soll.

Das in Grafik 2 dargestellte Elementarmodell ist aber nicht nur in Bezug auf den ‘Unterbau’, das Fundament realer begrenzter Ressourcensysteme des Lebens, zu modifizieren, sondern auch bezogen auf den ‘Himmel’ – auf die Welt der Deutungen. Strategische Kalkulationen, Bewertung von Informationen, die Abwägung von Kosten und Nutzen, die Frage, wem oder worauf vertraut wird, was als Anerkennung oder als Gut angesehen wird und in welchem Maße, mit welchen Mitteln der Zusammenhang von Ursache und Wirkung erklärt wird – all dies erfolgt durch Bezug auf diskursive Deutungsräume. Die habituell inkorporierten Einstellungs- und Verhaltensmuster, das Begehren und Leiden stehen nicht nur zu den – oft sehr widersprüchlichen – institutionalisierten Erwartungen und den sich ständig wandelnden konfliktären Folgen des Handelns unter sich verändernden Bedingungen in ständiger Spannung (dies ist auch der Grund, warum Politische Ökonomie immer Kulturelle Politische Ökonomie ist) (Sum/Jessop 2013). Sie werden auch zu Grundvorstellungen des Guten oder Bösen, des Schönen und Hässlichen, des Begehrenswerten und Abstoßenden, des Legitimen und Illegitimen übergreifender gesellschaftlicher Projekte, zur Bedeutung von gesellschaftlichen Akteur_innen – d.h. zu hegemonialen oder gegenhegemonialen Deutungsmustern (siehe auch Arrighi 1986; Candeias 2004; Haug 2004) – in Beziehung gesetzt. Dies gilt im Kontext von Kleingruppen genauso wie in Gesellschaften. Die Bedeutung des feministischen (wie des queeren) Diskurses liegt nicht zuletzt darin, den patriarchal-instrumentellen Deutungshorizont in Frage gestellt zu haben und den Blick auf das Unterdrückte zu öffnen.

Folgt frau/man diesen Überlegungen, dann muss das in Grafik 2 dargestellte Modell nochmals erweitert werden: Akteur_innen beziehen sich vermittelt über Institutionen nicht einfach auf Ressourcen, sondern auf komplexe, gemeinschaftlich genutzte lebendige Systeme der Reproduktion gemeinschaftlicher Güter, die nur sehr begrenzt eine Absonderung von privaten, öffentlichen oder Klubgütern erlauben. Natürlich gibt es auch Ressourcen, deren Nutzung das System nicht belasten, sondern erweitern (dabei wird vor allem auf Wissen und Bildung verwiesen), aber auch sie verlangen kontinuierliche gemeinsame Aufwendungen zu ihrer Reproduktion und Entwicklung. Als Elementarzelle der sozialwissenschaftlichen Analyse erweisen sich – folgt man diesem Ansatz – Akteur_innen in institutionellen Zusammenhängen, die die mehr oder minder komplexen Ressourcensysteme (um-)formen und dabei auf Deutungssysteme zurückgreifen

und diese permanent diskursiv verändern. Hier finden sich also alle vier Elemente wieder, die im ersten Abschnitt dieses Beitrages ausgehend von den Ansätzen von Silke Chorus und Susanne Völker aufgezeigt wurden: erstens Akteur_innen (individuelle oder kollektive, Netzwerke und Organisationen), zweitens Institutionen, drittens Reproduktionsweisen und viertens das In-der-Welt-Sein. Sie sind jetzt aber eingefügt in einen Ansatz, der ausgeht von den Akteur_innen, die sich in Auseinandersetzung mit Deutungen sinnhaft über Institutionen aufeinander und die Welt beziehen, um sich reproduzieren und verändern zu können.

Grafik 3: Akteurzentrierter Reproduktionsansatz in CPR-Systemen und Diskursräumen (eigene Darstellung)



Abschließende Überlegungen

Der hier kurz skizzierte akteur_innenzentrierte Reproduktionsansatz kann helfen, die ungeheure Vielzahl von möglichen Ansatzpunkten für molekulare Veränderungen aufzuzeigen. Durch ihr sinnhaftes Handeln gestalten die Akteur_innen die gemeinschaftlich genutzten Ressourcensysteme um, was den Strom nutzbarer Ressourcen erhöht oder verringert und den Charakter der Güter modifiziert, oft völlig unerwartet und keineswegs intendiert. Der Charakter dieser Systeme, ihre natürlichen, sozialen und kulturellen Parameter, haben einen prägenden Einfluss

auf die Resultate. Pflegeverhältnisse in Kleinfamilien oder in Einrichtungen eines altersgerechten Wohnens bzw. Pflegeheimen, Verkehrssystem auf der Basis des öffentlichen Nahverkehrs oder des Autos, Landwirtschaft in großen Ebenen oder einer gebirgigen Region, Fließband oder vernetzte Softwareprogrammierung, Tagesstätten für Kleinkinder bzw. Bildung an Universitäten entfalten ihre je eigenen Dynamiken. Auf diese Weise sind Akteur_innen nicht nur mit den unmittelbaren Resultaten ihres kurzfristigen Handelns konfrontiert, sondern zugleich auch mit den langfristigen, weitgehend nicht intendierten Folgen, die das komplexe Zusammenspiel von Akteur_innenhandeln, institutionellen Strukturen von Wirtschaft, Politik und Kultur, von Deutungssystemen sowie den dabei gestalteten und umgestalteten Ressourcensystemen hat. Dies stellt die Institutionen in Frage, erzeugt neue Deutungen, verschiebt die Nutzungsschwerpunkte dieser oder jener Regeln und kann dazu führen, dass neue Regeln, und sei es zunächst oder dauerhaft vor allem informell, erprobt werden. Die Spannungen im Habitus selbst, auf die Susanne Völker aufmerksam macht, werden artikuliert. Es kann auch hier zu einem Umbau kommen, der sich zugleich aus den Widersprüchen in den diskursiven Deutungsräumen speist. Die Forschung müsste sich zum einen auf die inneren Spannungen der Akteur_innen, der Deutungen, Institutionen wie der Ressourcensysteme und zum anderen auf die Beziehungen zwischen diesen Momenten im übergreifenden Handlungszusammenhang konzentrieren. Ein Beispiel dafür sind Akademikerinnen, die an Universitäten unter prekären Arbeitsverhältnisse arbeiten, einem enormen Leistungs- und Profilierungsdruck ausgesetzt sind und keine Familie gründen. Gegensätzliche Ziele und Wünsche prallen aufeinander. So enthält selbst die stabilste Gegenwart in sich die Keime ihrer krisenhaften Auflösung.

Ich hoffe, dass die hier entwickelten Überlegungen dazu beitragen können, 'eine Brücke' zu schlagen, die Kapitalismuskritik und feministische Analyse methodologisch organischer miteinander verbindet. Vielleicht kann so auch eine engere Verbindung mit der ökologischen Kritik des Kapitalismus hergestellt werden. Von Bedeutung scheint mir auch – in der Tradition von Elinor Ostrom – die Möglichkeit, radikale Kritik und Theorien sowie Methodologien des Neoinstitutionalismus in einen produktiven Bezug zueinander zu bringen.

Literatur

Aligica, Paul Dragos/Tarko, Vlad (2011): Polycentricity: From Polanyi to Ostrom, and Beyond. In: *Governance. An International Journal of Policy, Administration, and Institutions*, 25 (2), 237-262.

- Altvater, Elmar (2013): Wachstum, Globalisierung, Anthropozän. Steigerungsformen einer zerstörerischen Wirtschaftsweise. In: *Emanzipation*, 3 (1), 71-88.
- Angus, Ian (2015): When Did the Anthropocene Begin ... and Why Does It Matter? In: *Monthly Review*, Heft 4, 1-11.
- Apitzsch, Ursula/Schmidbaur, Marianna (Hg.) (2010): Care und Migration. Die Entsorgung menschlicher Reproduktionsarbeit entlang von Geschlechter- und Armutsgrenzen. Opladen.
- Arendt, Hannah (2007): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München.
- Arrighi, Giovanni (1986): Eine Krise der Hegemonie. In: Amin, Samir/Arrighi, Giovanni/Frank, Andre Gunder /Wallerstein, Immanuel: *Dynamik der globalen Krise*. Opladen, 36-75.
- Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Völker, Susanne (2014a): Feministische Kapitalismuskritiken: Was ist gewonnen? Was ist zu gewinnen? Zum Ausstieg. In: Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Völker, Susanne (Hg.): *Feministische Kapitalismuskritik*. Münster, 148-156.
- (2014b): *Feministische Kapitalismuskritiken: Zum Einstieg in die Forschungsfelder*. In: Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Völker, Susanne (Hg.): *Feministische Kapitalismuskritik*. Münster, 7-12.
- Benhabib, Seyla/Resnik, Judith (Hg.) (2009): *Migrations and Mobilities: Citizenship, Borders, and Gender*. New York.
- Berkenbusch, Gabriele/Helmolt, Katharina von/Silva, Vasco da (Hg.) (2012): *Migration und Mobilität aus der Perspektive von Frauen*. Stuttgart.
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2013): (Re-)Produktivität als Kategorie vorsorgenden Wirtschaftens. In: *Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaftens (Hg.): Wege vorsorgenden Wirtschaftens*. Marburg, 137-158.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz.
- Brie, Michael (2013): Für eine plurale Welt sich selbst organisierender Akteure. Das Forschungsprogramm von Elinor Ostrom. In: Busch, Ulrich/Krause, Günter (Hg.): *Theorieentwicklung im Kontext der Krise*. Berlin, 111-136.
- (2014): Transformationen des Reichtums – Reichtum der Transformationen. Eine Vier-in-Einem-Perspektive. In: Brie, Michael (Hg.): *Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*. Münster, 194-241.
- Buck-Morss, Susan (2009): *Hegel, Haiti, and Universal History*. Pittsburg.
- Camus, Albert (1997): *Der Mensch in der Revolte*. Reinbek bei Hamburg.
- Candeias, Mario (2004): *Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik*. Hamburg.
- Chorus, Silke (2013): *Care-Ökonomie im Postfordismus – Perspektiven einer integralen Ökonomietheorie*. Münster.
- Dörre, Klaus (2013): Landnahme und Grenzen sozialer Reproduktion. Zur gesellschaftstheoretischen Bedeutung Rosa Luxemburgs. In: Schmidt, Ingo (Hg.): *Rosa*

- Luxemburgs „Akkumulation des Kapitals“. Die Aktualität von ökonomischer Theorie, Imperialismuserklärung und Klassenanalyse. Hamburg, 82-116.
- Etzioni, Amitai (2011): Eine neue Charakterisierung des guten Lebens. In: Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hg.): Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus? Frankfurt/M., 328-338.
- Fanon, Frantz (1986): Das kolonisierte Ding wird Mensch. Ausgewählte Schriften, hg. von Rainer Arnold. Leipzig.
- Fraser, Nancy (2013): Feminism, Capitalism, and the Cunning of History. In: Dies., Fortunes of Feminism. From State-Managed Capitalism to Neoliberal Crisis. Brooklyn, NY, 209-226.
- Fried, Barbara/Dück, Julia (2015): Caring for Strategy. Transformation aus Kämpfen um soziale Reproduktion entwickeln. In: LuXemburg, Heft 1, 84-93.
- Giddens, Anthony (1992): Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt/M., New York.
- Gildemeister, Regine/Wetterer, Angelika (1995): Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): Traditionen Brüche. Entwicklungen feministischer Theorie. Freiburg/Br., 201-254.
- Gronemeyer, Marianne (2015): Konvivialität. In: Helfrich, Silke/Bollier, David/Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Die Welt der Commons: Muster gemeinsamen Handelns. Bielefeld, 59-62.
- Gudynas, Eduardo (2012): Buen Vivir. Das gute Leben jenseits von Entwicklung und Wachstum. Berlin.
- Habermann, Friederike (2016): Ecommony: UmCARE zum Miteinander. Sulzbach am Taunus.
- Haug, Frigga/Hauser, Kornelia (1995): Marxistische Theorien und feministischer Standpunkt. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): Traditionen Brüche. Entwicklungen feministischer Theorie. Freiburg/Br., 115-149.
- Haug, Wolfgang Fritz (2004): Hegemonie. In: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Bd. 6/I. Hamburg, 1-25.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1967): Phänomenologie des Geistes. Berlin.
- Hess, Charlotte/Ostrom, Elinor (Hg.) (2007): Understanding knowledge as a commons. From theory to practice. Cambridge.
- Huber, Berthold (2013): Kurswechsel für Deutschland – Lehren aus der Krise. In: Ders. (Hg.): Kurswechsel für ein gutes Leben. Wege zu einer solidarischen Gesellschaft. Frankfurt/M., 13-89.
- Illich, Ivan (1998): Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik. München.
- Jessop, Bob (2007): State Power. A Strategic-Relational Approach. Cambridge.
- Jochimsen, Maren (2003): Careful Economics. Integrating Caring Activities and Economic Science. Boston.

- Klein, Dieter (Hg.) (2003): *Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung.* Berlin.
- Knobloch, Ulrike (2013): *Sorgeökonomie als kritische Wirtschaftstheorie des Sorgens.* In: *Denknetz Jahrbuch 2013.* Zürich, 24-32.
- Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (2015): *Transformation und Transformationsforschung: Zur Einführung.* In: Dies. (Hg.): *Handbuch Transformationsforschung.* Wiesbaden, 11-27.
- Madörin, Mascha (2006): *Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie.* In: Niechoj, Torsten/Tullney, Marco (Hg.): *Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie.* Marburg, 277-297.
- Marx, Karl (1962): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band.* In: MEW, Bd. 23. Berlin.
- (1960): *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte.* In: MEW, Bd. 8. Berlin, 111-207.
- Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W. (1995): *Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus.* In: *Gesellschaftliche Selbstregulung und politische Steuerung.* Frankfurt/M., New York, 39-72.
- Mead, George Herbert (1973): *Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus.* Frankfurt/M.
- Nee, Victor (1994): *The New Institutionalism in Economics and Sociology.* In: Smelser, Neil J./Swedberg, Richard (Hg.): *The Handbook of Economic Sociology.* Princeton, New York, 49-74.
- Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaftens (Hg.) (2013): *Wege vorsorgenden Wirtschaftens.* Marburg.
- North, Douglas C. (1992): *Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung.* Tübingen.
- Nowak, Iris/Hausotter, Jette/Winker, Gabriele (2012): *Handlungsfähigkeit in entgrenzten Verhältnissen. Subjektkonstruktionen von Beschäftigten in Industrie und Altenpflege.* <http://doku.b.tu-harburg.de/volltexte/2012/1138>
- Ostrom, Elinor (1990): *Governing the commons. The evolution of institutions for collective action.* Cambridge, New York.
- (2005): *Understanding institutional diversity.* Princeton, Oxford.
- Ostrom, Vincent/Ostrom, Elinor (1977): *Public Goods and Public Choices.* In: Savas, Emanuel S. (Hg.): *Alternatives for Delivering Public Services: Toward Improved Performance.* Boulder, 7-49.
- Plessner, Helmuth (2003): *Die Frage nach der Conditio humana (1961).* In: *Gesammelte Schriften in zehn Bänden. VIII: Conditio humana.* Frankfurt/M., 136-217.
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen.* Frankfurt/M.
- Polanyi, Michael (1998): *The logic of liberty. Reflections and rejoinders.* Indianapolis.
- Praetorius, Ina (2015): *Wirtschaft ist Care. Oder: Die Wiederentdeckung des Selbstverständlichen.* Berlin.

- Sum, Ngai-Ling/Jessop, Bob (2013): *Towards a Cultural Political Economy. Putting Culture in its Place in Political Economy*. Northampton.
- Völker, Susanne (2014): *Gesellschaftliche Transformationen: Praxistheorien und Epistemologien*. In: Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Völker, Susanne (Hg.): *Feministische Kapitalismuskritik*. Münster, 102-125.
- Weber, Max (1972): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Mit textkritischen Erläuterungen herausgegeben von Johannes Winckelmann. Tübingen.
- Winker, Gabriele (2015): *Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. Bielefeld.
- Zalasiewicz, Jan et al. (2011): *The Anthropocene: a new epoch of geological time?* In: *Philosophical Transactions of the Royal Society A: Mathematical, Physical and Engineering Sciences*, Nr. 369, 835-841.

Susanne Lettow

Die Stofflichkeit von Herrschaft Materialismus als feministische Gesellschaftstheorie

Seit einigen Jahren wird in der feministischen Theorie der Ansatz des Neuen Materialismus kontrovers diskutiert. Schon das Adjektiv 'neu' verweist darauf, dass es dabei auch um eine Abgrenzung vom 'alten' Materialismus geht. Obwohl dieser nur schemenhaft in der Debatte auftaucht, ist in der Regel schnell klar, dass der Historische Materialismus im Anschluss an Marx gemeint ist, der auch für viele feministische Theoretiker_innen seit den 1970er-Jahren zu einem kritischen Bezugspunkt geworden ist, jedoch in der Konjunktur poststrukturalistischer Ansätze auch von feministischer Seite kaum diskutiert wurde.

Mit dem Neuen Materialismus stellt sich die Frage nun auf neue Art und Weise, was es bedeutet, feministische als materialistische Theorie zu begreifen. Ich möchte dieser Frage im Folgenden nachgehen, indem ich den Gegensatz von 'altem' und 'neuem' Materialismus auflöse und zeige, dass es sich in beiden Fällen um heterogene Theoriekomplexe handelt, die in der Perspektive einer kritischen feministischen Gesellschaftstheorie sowohl theoretisch und politisch problematische Entwicklungen als auch positive Ansatzpunkte umfassen. Dabei gehe ich davon aus, dass ein materialistisches Denken, das die vielfältigen feministischen Kritiken an der Trennung von Körper und Geist, Natur und Kultur ernst nimmt, grundsätzlich vor der Herausforderung steht, mit der Problemanordnung Materialismus versus Idealismus, Materie versus Geist zu brechen und den Materialismus und die jeweiligen Artikulationen von Materie in die Kritik einzubeziehen.¹

Dies gilt auch und in besonderer Weise für den Neuen Materialismus, wurde allerdings bisher nicht geleistet. Viele Theoretiker_innen setzen im Gegenteil auf eine neue Ontologie, die das Sein der Materie oder des Lebens an sich zu

1 Seit dem 18. Jahrhundert hat der Materialismus verschiedene Konjunkturen durchlebt. Der Begriff der Materie (gr. *hylé*) findet zwar bereits in der aristotelischen Philosophie Verwendung und artikuliert u.a. Aristoteles' hierarchische Geschlechterkonstruktion. Als eigenständige theoretische Position wird 'Materialismus' erst auf der Basis der dualistischen Trennung von Körper und Geist, wie sie Descartes vornimmt, formuliert.

enthüllen beansprucht. Aus einer kritisch-materialistischen Perspektive, wie ich sie hier entwickeln möchte, ist allerdings jeglicher Rekurs auf die Materie jenseits der historisch-spezifischen Praxisformen und epistemischen Bedingungen, in denen materielle Gegebenheiten modifiziert, transformiert und intelligibel gemacht werden, aus epistemologischen und gesellschaftstheoretischen Gründen problematisch.

Um dies zu erläutern, werde ich im Folgenden zunächst drei strukturelle Probleme skizzieren, die einige der besonders prominenten neomaterialistischen Positionen kennzeichnen. Es handelt sich *erstens* um das Problem der Ontologie, *zweitens* das Problem des Posthumanismus, der die Problematik des falschen Universalismus wiederholt und verstärkt, sowie *drittens* um das Problem des Szientismus. Im zweiten Teil werde ich dann zeigen, dass diese Probleme keineswegs neu sind, sondern bereits in früheren Konjunkturen des Materialismus kontrovers diskutiert wurden. Mit Blick auf die unterschiedlichen Formen des Historischen Materialismus und einige der feministischen Marx-Lektüren der 1970er- und 1980er-Jahre belege ich, wie und weshalb sich kritische und feministische Theoretiker_innen dezidiert gegen ontologische, szientistische und anthropologische Varianten des Historischen Materialismus gewandt und ein Verständnis materieller Lebensbedingungen und materieller Praxis entwickelt haben, das ohne Rekurs auf 'die Materie' auskommt. Im dritten Teil diskutiere ich dann, welche Impulse sich aus der gegenwärtigen Debatte für eine kritische feministische Gesellschaftstheorie ergeben. Denn einige der neomaterialistischen Ansätze, die darauf zielen, Körper- und Naturverhältnisse, ökologische Zusammenhänge und die konstitutive Bedeutung von Dingen, Apparaten und nicht-menschlichen Lebewesen für die Strukturierung gesellschaftlicher Lebensweisen zu überdenken, ermöglichen Einsichten in die Stofflichkeit von Herrschaft,² die für deren Kritik und mögliche Überwindung unabdingbar sind.

2 Ich verwende den Begriff des Stoffes bzw. der Stofflichkeit, weil er – anders als 'Materie' – nicht grundsätzlich auf einen dualistischen Gegensatz verweist und materielle Differenzen und Eigenlogiken nicht im Singular, also der Rede von 'der' Materie, verschwinden lässt. Allerdings muss auch der Stoffbegriff historisch-epistemologisch reflektiert werden. Kijan Espahangizi und Barbara Orland (2014) plädieren daher für eine Wissensgeschichte der Stoffwahrnehmungen. Sie betonen, dass insbesondere „eine Wissensgeschichte, die Dynamik als konstitutive Dimension der materiellen Welt erfassen möchte, [...] die historische Genealogie der kulturellen Imagination und Ästhetik des Fluiden, Liquiden, Mobilien, Ephemerem und Chaotischen mitbedenken“ muss (ebd.: 33).

1. Ontologie, Posthumanismus, Szientismus. Probleme des Neuen Materialismus

Der Neue Materialismus ist vielfach durch eine Rückkehr zur Ontologie gekennzeichnet, die von einer 'post-Kantianischen' Kritik des Repräsentationalismus inspiriert ist. Kants erkenntniskritische Wende – heißt es – habe dazu geführt, dass die Eigenmächtigkeit der Realität, der Dinge, der Materie oder des Lebens 'an sich' ausgeblendet und verdrängt wurde und nun erneut zu ihrem Recht kommen müsse. Der „intrinsic Vitalität der Dinge eine Stimme zu geben“ (Bennett 2010: 3), lautet dementsprechend das Projekt von Jane Bennett, während Karen Barad (2003: 801) programmatisch formuliert: „Language matters. Discourse matters. Culture matters. [...] the only thing that does not seem to matter anymore is matter“. Die Annahme, „that we have a direct access to cultural representations and their contents that we lack towards the things represented“ (ebd.), gilt ihr als Ausdruck des „metaphysischen Substrats“ des Konstruktivismus (ebd.: 802). Demgegenüber gehe es nun darum, eine „andere Metaphysik“ (ebd.: 812) zu entwerfen, die statt Repräsentationen die Präsenz der Dinge bzw. der Materie fokussiert.

In seinem Kern ist dieses Projekt keineswegs neu, sondern vielmehr eine Wiedereinsetzung von ontologischem Denken, das seit Aristoteles den Namen Metaphysik trägt – und dessen Kritik bis vor Kurzem ein Gemeinplatz feministischer Theorie zu sein schien. Denn Ontologie, die Lehre vom Sein (gr. *on*), zielt darauf, die allgemeinen Wesenszüge alles überhaupt Seienden zu erfassen, ist also grundsätzlich essentialistisch, unabhängig davon, ob das Wesen der Dinge als dynamisch oder statisch, relational oder substanzial beschrieben wird.³ Dass ein solches Vorhaben notwendiger Weise die jeweilige Verfasstheit und Situietheit der Erkenntnissubjekte, also derjenigen, die beanspruchen, das Sein des Seienden zu erkennen, ausblendet und einen 'Blick von Nirgendwo' unterstellt, hat keineswegs nur Kant kritisiert. Insbesondere die feministische Epistemologie hat immer wieder hervorgehoben, dass die Annahme einer privilegierten Erkenntnisposition, die allen Beschränkungen von Sprache, Geschichte und Gesellschaft enthoben ist und daher die objektive Wahrheit enthüllen kann, eine ideologische Konstruktion ist. Donna Haraway (1996: 231) spricht in diesem Zusammenhang

3 Die Kritik substanzialistischer Argumentationen ist ein gemeinsamer Ausgangspunkt strukturalistischer und poststrukturalistischer Positionen, für die die Bedeutung einzelner Elemente aus ihrer jeweiligen Position in einer – statisch gedachten – Struktur oder einem – dynamisch gedachten – prozessualen Verweisungszusammenhang resultiert. In dieser Hinsicht kann der Neue Materialismus keine Neuheit beanspruchen.

von einem „göttlichen Trick“ – also dem Versuch, sich imaginär an die Stelle Gottes zu setzen und die Partialität der jeweils eigenen Perspektive auszublenden.

Dabei ist das Problem nicht nur ein erkenntnistheoretisches, das darin besteht, dass das unter diesen Prämissen produzierte Wissen keineswegs objektiv und neutral ist, also sich selbst verkennt. Das mit jeglicher Ontologie verbundene Problem ist zugleich ein machttheoretisches und politisches: Die Unterstellung einer privilegierten Position, von der aus sich das An-Sich der Dinge bzw. das Sein des Seienden oder der Materie schlechthin enthüllen ließe, ist schlichtweg autoritär. Diese Position bringt die prinzipiell unabschließbaren, immer auch umkämpften Prozesse der Produktion von Wissen und Wahrheit imaginär zum Stillstand, indem sie sie auf eine Fundamentalwahrheit, die nicht hintergebar ist, zurückführt. Die Brisanz einer Rückkehr zur Ontologie, die Autorinnen wie Karen Barad, Jane Bennett und Rosi Braidotti auf durchaus unterschiedliche Art und Weise vollziehen, liegt also nicht in der Frage, mit welchen Attributen die Materie versehen wird. Die Brisanz liegt in der Struktur einer Theorie, die unter der Hand eine Erkenntnisposition einführt, die allen übrigen epistemischen Praxen vor- und übergeordnet ist. Dies ist mit einer kritischen Gesellschaftstheorie, die nicht nur die historische und gesellschaftliche Spezifik ihrer Gegenstände, sondern auch ihre eigene Situierung in spezifischen Konstellationen von Macht- und Herrschaftsverhältnissen in die Theoriebildung einbezieht, unvereinbar.

Diese epistemische Problematik ist zudem mit einer subjekttheoretischen verbunden, die durch den Begriff des Posthumanismus angezeigt wird. Hier besteht das zentrale Problem darin, dass durch den Rekurs auf *das* Leben, *die* Vitalität oder *die* Materie ein ursprüngliches, allen gesellschaftlichen Prozessen und Praktiken vorgängiges anonymes Geschehen behauptet wird. Menschlich-gesellschaftliche Handlungsfähigkeit wird durch die Verankerung in einer zugrunde liegenden Dynamik schlicht depotenziert, nicht aber in ihrer vielschichtigen Situiertheit erfasst. So steht bei Barad die Materie, die mit sich selbst „intra-agiert“ für ein kosmisches Geschehen. „Matter“, heißt es, „is a stabilizing and destabilizing process of iterative intra-activity. Phenomena [...] come to matter through this process of ongoing intra-activity“ (Barad 2003: 822). Letztlich läuft ihre Ontologie auf die These zu, das Universum sei „agentische Intra-Aktivität im Werden“ (ebd.: 818, Übersetzung S.L.), wobei auch menschliche Erkenntnis letztlich zu einer Aktivität der Materie selbst bzw. der Welt als Ganzer wird. „Practices of knowing“, so Barad (ebd.: 829), „cannot be fully claimed as human practices, not simply because we use nonhuman elements in our practices but because knowing is a matter of part of the world making itself intelligible to another part“. Dies geht weit über die durchaus einsichtige These hinaus, dass Materie nicht als

passive Ressource zu betrachten sei, sondern dass Dinge, Apparate, belebte und unlebte Natur eigendynamisch sind, so dass gesellschaftliche Prozesse nicht – oder eben nur unzulänglich – verstanden werden, wenn man die materiellen Prozesse, in denen menschlich-gesellschaftliche Praxis verankert ist, ausblendet. Vielmehr löst Barad menschlich-gesellschaftliche Handlungsfähigkeit in eine präsoziale, anonyme Prozesshaftigkeit auf. Ähnlich wie schon Bruno Latours (1995) Entwurf einer „symmetrischen Anthropologie“ trägt Barads Auffassung von Handlungsfähigkeit (*agency*) daher weniger zu einer Rekonzeptualisierung von Handlungsfähigkeit bei, die kulturalistische und soziozentrische Verkürzungen überwindet, sondern führt zu einer Desartikulation der Problematik durch einen amorphen Handlungs- bzw. Akteursbegriff, der nicht zwischen menschlich-gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit und den Formen von Aktivität unterscheidet, die Tiere, Pflanzen, Artefakte und Stoffe auf jeweils unterschiedliche Art und Weise kennzeichnet. Dem entspricht umgekehrt eine Überhöhung der Materie zu einem Metasubjekt. Wie Pia Garske (2014: 117) treffend formuliert: „Was mit der Vorstellung von menschlichen Subjekten als Erkenntnissubjekten und handelnden Einheiten in Barads Theorie verschwunden ist, taucht in neuer Konzeption als Materie und Materialität wieder auf“.

Das gilt auch für die vitalistischen Varianten des neo-ontologischen Materialismus von Rosi Braidotti und Jane Bennett, die ebenfalls menschlich-gesellschaftliche Handlungsfähigkeit in ein ursprüngliches Geschehen auflösen. Für Rosi Braidotti (2014: 62), die sich auf die „selbstorganisierende oder ‘intelligente’ Struktur lebendiger Materie“ beruft, ist dies in einer lebensphilosophischen Perspektive das allumfassende Leben. „Das Leben äußert sich“, so Braidotti, „einfach indem es Leben ist, in der Verwirklichung von Energieflüssen durch biologische Datencodes über komplexe somatische, kulturelle und technisch vernetzte Systeme“ (ebd.: 192). Aufgehoben in diesem metahistorischen Prozess bleibt „uns“ nichts anderes übrig als die „fruchtbare Vitalität“ der Materie zur Geltung kommen zu lassen (ebd.: 66) und uns dem Lebensprozess anheimzugeben. Zwar hat die posthumanistische Perspektive nicht zur Folge, dass menschlich-gesellschaftliche Handlungsfähigkeit ganz aus dem Blick rückt – wie auch die wiederholten ethischen Appelle deutlich machen –, doch liegt der Einsatz der posthumanistischen Argumentationen darin, die Differenz zwischen Menschen und nicht-menschlichen Entitäten systematisch einzuebnen. „If matter itself is lively“, so Bennett (2010: 13), „then not only is the difference between subjects and objects minimized, but the status of the shared materiality of all things is elevated.“

Eine Folge der Verlagerung menschlich-gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit auf anonyme Instanzen wie ‘Leben’ und ‘Materie’ besteht darin, dass Macht-

und Herrschaftsverhältnisse entnannt werden. Denn die Fokussierung auf die Differenz menschlich/nichtmenschlich führt – auch und gerade wo diese Differenz problematisiert wird – dazu, Unterschiede auf der Seite des Menschlichen auszublenden. Der falsche Universalismus, der schon das Konzept des Menschen prägte, kehrt in der Rede von der geteilten Materialität aller Dinge und Lebewesen in gesteigerter Form wieder. Dazu gehört, dass alle der hier genannten Autorinnen ein großes Wir, das nun alle Lebewesen bzw. die Gesamtheit der Materie umfasst, evozieren, ohne jemals die eigene Situierung in den (globalen) Macht- und Herrschaftsverhältnissen in den Blick zu nehmen, geschweige denn Verhältnisse struktureller Gewalt und Ungleichheit zu analysieren.

Ein drittes Problem, das eine ganze Reihe von neomaterialistischen Positionen kennzeichnet, liegt in ihrer szientistischen Orientierung. So führt Karen Barad immer wieder die Autorität der Quantenphysik an, um ihre Konzeption der Materie plausibel zu machen. Von Niels Bohr entlehnt sie den Kerngedanken ihrer relationalen Ontologie, dass nicht präexistente Dinge miteinander in ein Verhältnis treten und *inter-*agieren, sondern dass die Elemente eines Verhältnisses erst in und durch das Verhältnis konstituiert werden.⁴ Rosi Braidotti, Jane Bennett und Elizabeth Grosz hingegen greifen im Anschluss an den vitalistischen Materialismus von Gilles Deleuze und Félix Guattari auf jeweils unterschiedliche Art und Weise auf die Biologie zurück. Dabei führt Braidotti Darwin als Kronzeugen für eine nicht-lineare Konzeption von Zeitlichkeit an, während Bennett auf die vitalistische Biologie von Hans Driesch zurückgreift.

In all diesen Fällen werden naturwissenschaftliche Konzepte und Theoreme aus ihren jeweiligen epistemischen Kontexten – und damit aus dem Kontext der jeweiligen Forschungsfragen und -felder, in denen sie formuliert wurden – herausgelöst und für das je eigene Theorieprojekt in Anspruch genommen. Als szientistisch ist diese Vorgehensweise insofern zu bezeichnen, als sie naturwissenschaftliches Wissen als Indiz für die Wahrheit der eigenen Position benutzt und damit an das szientistische Credo anschließt, demzufolge die Naturwissenschaften einen privilegierten Zugang zur Realität haben. Dies kommt dem, was Louis Althusser (1985: 87ff.) „Ausbeutung“ der Wissenschaften durch die Philosophie genannt hat, gleich und steht vor allem all jenen Projekten der feministischen Wissenschaftsforschung und -kritik entgegen, die die epistemische Autorität

4 Ihr Beispiel ist die wechselnde Bestimmung des Lichts als Welle und Teilchen: „Bohr resolves this wave particle duality paradox as follows: the objective referent is not some abstract, independently existing entity but rather the phenomenon of light intra-acting with the apparatus“ (Barad 2003: 815).

und den Androzentrismus der Naturwissenschaften ebenso wie der Sozial- und Kulturwissenschaften aufgearbeitet und hinterfragt haben.

Die Probleme von Ontologie, Posthumanismus und Szientismus, die ich hier skizziert habe, blockieren aus meiner Sicht das Projekt einer feministisch-materialistischen Gesellschaftstheorie. Sie kennzeichnen jedoch nicht alle Positionen des Neuen Materialismus und haben zudem eine längere Geschichte. Dies werde ich im Folgenden anhand einer Skizze von unterschiedlichen Formen des Historischen Materialismus zeigen.

2. Ontologie oder Gesellschaftstheorie? Formen des Historischen Materialismus

Obwohl Ausführungen zum 'alten' Materialismus in Texten des Neuen Materialismus eher randständig sind, wird jedoch schnell klar, dass es um den Historischen Materialismus geht. Dabei lautet der Standardvorwurf, dieser sei anthropozentrisch, insofern er sich „nur“ mit ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen befasse (u.a. Bennett 2010: 62). Außer Acht gelassen wird dabei, dass die Probleme der Ontologie, des Posthumanismus – sofern man darunter die Subsumtion menschlich-gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit unter supra-historische Instanzen wie Materie oder Natur versteht – und des Szientismus bereits innerhalb der Feldes des Historischen Materialismus aufgetreten und kritisiert worden sind. Um ausloten zu können, an welche Elemente der gegenwärtigen neo-materialistischen Positionen ein kritischer Materialismus anknüpfen kann, ist es daher hilfreich, einen Blick darauf zu werfen, welche strukturellen Ähnlichkeiten zwischen den verschiedenen Spielarten eines ontologischen Materialismus bestehen und vor welchen Herausforderungen eine feministische Gesellschaftstheorie steht. Vor diesem Hintergrund zeigt sich nämlich, dass es nicht sinnvoll ist, einen 'neuen' von einem 'alten' Materialismus zu unterscheiden. Die aus einer herrschaftskritischen Perspektive relevante Unterscheidung ist vielmehr die zwischen ontologischen Materialismen und einem kritischen Materialismus, der von einer konstitutiven Verbindung von Erkenntnis- und Gesellschaftskritik ausgeht.

Das prägnanteste Beispiel für eine ontologische und zudem szientistische Version des Historischen Materialismus ist sicherlich Friedrich Engels *Dialektik der Natur* (1962/1873-1883). Engels zufolge haben die modernen Naturwissenschaften der Physik, Chemie und Biologie ein statisches Verständnis von Materie überwunden und den „ewigen Kreislauf, in dem die Materie sich bewegt“ (ebd.: 327) erkannt bzw. zum ersten Mal durch „streng wissenschaftliche,

erfahrungsmäßige Forschung“ nachgewiesen (ebd.: 320). Materie an sich, jenseits aller konkreten Formen, wird auch bei Engels zu einem Meta-Subjekt, das alle menschlichen Handlungen absorbiert. So geht Engels davon aus, „daß die Materie in allen Wandlungen dieselbe bleibt, daß keins ihrer Attribute je verlorengehen kann, und daß sie daher auch mit derselben eisernen Notwendigkeit, womit sie auf der Erde ihre höchste Blüte, den denkenden Geist, wieder ausrotten wird, ihn anderswo und in anderer Zeit wieder erzeugen muß“ (ebd.: 327). Dies ist eine quasi-posthumanistische Erzählung, insofern auch hier menschlich-gesellschaftliche Handlungsfähigkeit auf *die* Materie übertragen wird. Es handelt sich um eine szientistische Argumentation, insofern Engels sich am autoritativen Wissen der Naturwissenschaften orientiert.⁵ Im Unterschied zu den ontologischen Materialismen der Gegenwart, die Nonlinearität und Unverfügbarkeit betonen, greift Engels jedoch auf die Terminologie von Gesetz und Gesetzmäßigkeit zurück, stellt also gerade die Regelmäßigkeit sowie die kognitive und praktische Verfügbarkeit ins Zentrum. Dennoch gibt auch bei ihm die Dynamik der Materie die Dynamik des historischen und gesellschaftlichen Geschehens vor. Seine These lautet, dass beide Bereiche gleichermaßen durch die „dialektischen Gesetze“ geprägt seien, welche die Naturwissenschaften als „wirkliche Entwicklungsgesetze der Natur“ (ebd.: 349) aufgewiesen haben. Auch hier liegt das zentrale Problem nicht auf der Ebene bestimmter Aussagen und Zuschreibungen, sondern in der Theiestruktur selbst. Diese ist so angelegt, dass die Materie zum zentralen Gegenstand avanciert, dessen Erkenntnis letztlich Auskunft über die Formen und Möglichkeiten gesellschaftlicher Entwicklungen gibt.

Dieses Problem kennzeichnet auch den ontologischen Materialismus von Ernst Bloch, der sich als Gegenprojekt zu szientistischen und autoritären Formen des Historischen Materialismus versteht. Bloch schließt nicht an die Naturwissenschaften des 19. Jahrhunderts an, sondern artikuliert Materie als Substrat der „objektiv-realen Möglichkeit“ (Bloch 1972: 17). Mit Bezug auf Aristoteles' Begriff der Entelechie geht er davon aus, dass der Materie eine Zielgerichtetheit innewohnt. Zwar begreift Bloch die Materie als grundsätzlich „offen“, so dass ihre Entwicklung nicht determiniert ist, sondern „Platz für Neues“ hat (ebd.: 19). Dennoch ist sie ihm zufolge auf das „entelechetisch gemeinte Ziel, wie es noch nicht geworden, doch utopisch latent ist“, ausgerichtet (ebd.: 469). Im Gegensatz zu anderen ontologischen Materialismuskonzeptionen reflektiert

5 Engels bleibt der Anordnung des so genannten Materialismusstreits verhaftet, in dem sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein szientistischer Materialismus und religiös-spirituelle Argumentationen gegenüberstanden.

Bloch die subjekttheoretische Problematik, die sich daraus ergibt, dass auch in seiner Ontologie die Dynamik der Materie die menschlich-gesellschaftlichen Handlungen strukturiert. Er betont daher, dass sich die realutopische Tendenz der Materie nicht ohne das Zutun der Subjekte entfalte, sondern erst das „subjektiv Negierenmachende, zum Negieren bringende“ – also die Subjekte, die das Bestehende kritisieren und verändern – das „objektiv Negative im unzureichend Vorhandenen“ vorantreibt (ebd.: 467). Dennoch bleibt das Problem bestehen, dass hier erneut Ontologie an die Stelle von Gesellschaftstheorie tritt, dass also die Materie, nicht aber materielle Praxen und Verhältnisse, der primäre Gegenstand der Theoriebildung ist.

Trotz aller Unterschiede verfehlen die verschiedenen Spielarten eines ontologischen Materialismus damit die praxeologische Wende, die Marx (1983) in den *Thesen über Feuerbach* vollzogen hatte. Diese Wende setzte mit einer Kritik der dualistischen Anordnung von Materialismus und Idealismus ein, die den Begriff der Praxis bzw. Tätigkeit ins Zentrum rückte (Labica 1998). Marx' Hauptvorwurf an den „bisherigen Materialismus (den Feuerbachschen eingeschlossen)“ lautete, dass dieser die Wirklichkeit nicht „als *sinnlich, menschliche Tätigkeit, Praxis*“ begreife (Marx 1983: 5). Im Gegensatz zu einem Materialismus, der die gesellschaftliche Wirklichkeit nur 'anschaut' und nicht als Resultat gesellschaftlicher Praxis versteht, sei der Gegenstand des 'neuen' Materialismus die Kritik und Veränderung der bürgerlichen Gesellschaft. In den *Thesen* und der kurz darauf verfassten *Deutschen Ideologie* ist daher weder von 'Materie' noch von 'Materialismus' die Rede. Als „materiell“ werden vielmehr Praxis, Tätigkeit, Produktion und Lebensbedingungen bezeichnet. Die Rede ist von den „wirklichen Individuen, ihre(r) Aktion und ihre(n) materiellen Lebensbedingungen“ (ebd.: 20) oder davon, dass „die Menschen, die ihre Lebensmittel produzieren [...] indirekt ihr materielles Leben“ produzieren (ebd.: 21). Die Gesellschaftsstruktur und der Staat gelten dementsprechend als Resultate der „materiellen“ Tätigkeit der Menschen. Sie gehen, heißt es, „beständig aus dem Lebensprozeß bestimmter Individuen hervor; aber dieser Individuen [...] wie sie *wirklich* sind, d.h. wie sie wirken, materiell produzieren, also wie sie unter bestimmten materiellen und von ihrer Willkür unabhängigen Schranken, Voraussetzungen und Bedingungen tätig sind“ (ebd.: 25). Offensichtlich fungiert das Adjektiv „materiell“ in all diesen Formulierungen als Platzhalter für ein ganzes Bündel körperlicher, natürlicher, technologischer und gesellschaftlicher Sachverhalte. Jedenfalls wird es grundsätzlich zur Bezeichnung gesellschaftlicher Praxen, ihrer Bedingungen und Effekte verwendet. Das Materielle, von dem hier die Rede ist, entzieht sich dabei dem dualistischen Gegensatz von „Materie“ und „Idee“. Denn auch die „Produktion

der Ideen, der Vorstellungen, des Bewusstseins“ (ebd.: 26) gilt als Form gesellschaftlicher Praxis. Sie ist, wie es heißt, „zunächst unmittelbar verflochten in die materielle Tätigkeit und den materiellen Verkehr der Menschen“ (ebd.). An die Stelle des dualistischen Vokabulars tritt also ein praxeologisches Vokabular, wobei Praxis, Tätigkeit und Produktion als materiell und ideell zugleich, sozusagen als „materiell-semiotisch“, wie Haraway (1996: 230) es nennt, begriffen werden.

An diesen praxeologischen, anti-ontologischen ‘historischen’ Materialismus haben sowohl die frühe Kritische Theorie als auch der marxistische Feminismus der 1970er- und 1980er-Jahre angeknüpft. Deziert kritisiert bereits Max Horkheimer (1988) in seinem Aufsatz *Materialismus und Metaphysik* aus dem Jahr 1933 jede Form eines ontologischen Materialismus und stellt dem ein Verständnis von Materialismus als Gesellschaftstheorie entgegen. Er argumentiert, dass materialistische Theorie grundsätzlich eine andere Struktur als der Idealismus hat. Denn sie ist nicht auf die Erkenntnis überhistorischer Allgemeinheiten ausgerichtet, sondern ihre Erkenntnisprojekte ergeben sich „aus den Aufgaben, die in der betreffenden Epoche von der Theorie zu bewältigen sind“ (ebd.: 80). Maßgeblich ist also die Intervention der theoretischen Praxis ins Gefüge der gesellschaftlichen Verhältnisse. Das bedeutet, dass materialistische Theorie Analyse und Kritik mit einer Perspektive der Veränderung verbindet. Es geht ihr, wie Horkheimer schreibt, „um die Änderung der bestimmten Verhältnisse, unter denen die Menschen leiden“ (ebd.: 92). Eine „an metaphysischen Fragen orientierte Behandlung des Materialismus“, die diesen Interventionscharakter der Theorie verkennt, hält Horkheimer daher grundsätzlich für „verfehlt“ (ebd.: 81). Obsolet wird somit jede Form der „philosophischen Ontologie und Anthropologie“, denn die Menschen ändern, so Horkheimer, „mit der Natur auch sich selbst und alle ihre Verhältnisse“ (ebd.: 85). Horkheimers Verständnis von Materialismus im Sinne kritischer Gesellschaftstheorie schließt dabei eine erkenntniskritische Reflexion auf den Status der Erkenntnissubjekte und die Situiertheit des eigenen Theorieprojekts ein. „Die theoretische Aktivität der Menschen, ebenso wie die praktische, ist“, so Horkheimer, „nicht die unabhängige Erkenntnis eines festen Gegenstandes, sondern ein Produkt der sich verändernden Realität“ (ebd.: 88). Damit widerspricht er grundsätzlich einem positivistisch-szientistischen Erkenntnisideal und öffnet den Blick auf die jeweils historisch und gesellschaftlich situierten Erkenntnissubjekte sowie auf die historisch-spezifische Formierung von Erkenntnisgegenständen. Die Kritik der Ontologie, des Szientismus und der Anthropologie verbinden sich hier in paradigmatischer Weise zu einem Materialismus, der Erkenntnis- und Gesellschaftskritik als unauflöslich miteinander verflochten begreift.

Diese Verbindung hat auch der feministische Materialismus der 1970er- und 1980er-Jahre hergestellt, der vielfach ebenfalls an die praxeologischen Elemente der *Deutschen Ideologie* anknüpfte. Nancy Hartsock (1998) beispielsweise plädierte dafür, die Tätigkeiten von Frauen ins Zentrum einer materialistischen Gesellschafts- und Erkenntnistheorie zu stellen. Denn wenn das „was die Individuen“ sind, „von den materiellen Bedingungen ihrer Produktion abhängt“ (Marx/Engels 1983: 21), dann gilt das auch für die Frauen. Anders gesagt, was Frauen *sind*, hängt von den gesellschaftlichen Strukturen der Arbeitsteilung und den Tätigkeiten ab, denen Frauen in diesen Anordnungen nachgehen. Dieser Einsicht gab Hartsock zudem eine epistemologische Wendung, indem sie darauf hinwies, dass die gesellschaftlichen Praxiszusammenhänge auch Bewusstsein und Wissen konstituieren: „That is, each division of labour, whether by gender or class, can be expected to have consequences for knowledge“ (Hartsock 1998: 108). Wie Hartsock formulierten in den 1970er und 1980er-Jahren eine ganze Reihe von Feministinnen materialistische Positionen, die nicht auf die Erkenntnis von Materie, sondern auf die Analyse der Geschlechterverhältnisse zielten. Dabei ging es vorrangig darum, den eng gesteckten Rahmen marxistischer Analysen aufzubrechen und, wie es bei Christine Delphy (1997: 62) hieß, „die Bereiche des Lebens, die als subjektiv – affektiv und sexuell“ betrachtet werden, in einer gesellschaftstheoretischen Perspektive zu analysieren, die auch Wissen und Theoriebildung als „Produkt einer historischen Situation“ begreift (ebd.). Die Unterdrückung der Frauen, so die Grundannahme, erfordere die Rekonstruktion, Analyse und Kritik historisch-spezifischer gesellschaftlicher Verhältnisse und Denkformen, keinesfalls aber eine neue Metaphysik. Obwohl nicht alle Positionen, die dem Neuen Materialismus zugerechnet werden, neo-ontologisch argumentieren – wie ich im Folgenden zeigen werde –, ist dieses anti-ontologische und anti-szientistische Materialismusverständnis bisher kaum diskutiert worden.

3. Die Stofflichkeit von Herrschaft. Perspektiven feministischer Gesellschaftstheorie

Einen Versuch, Einsichten des Neuen Materialismus mit der Perspektive eines kritischen Materialismus in Verbindung zu bringen, hat Diana Coole (2013) unternommen. Sie plädiert für einen „umfassenden Historischen Materialismus“, der sich auf drei Ebenen bezieht. Diese betreffen erstens die „verkörperte Alltäglichkeit“, zweitens die sozialen, ökonomischen und politischen Strukturen und drittens die „planetarischen Öko-/Bio- und Geosysteme“ (ebd.: 464; Übersetzung S.L.). Obwohl Coole explizit an die Ontologie des Neuen Materialismus

anschließt, erweist sich ihr Materiebegriff als kompatibel mit einer gesellschaftstheoretischen Perspektive. Denn Coole fasst Materie nicht als eine prä-soziale Dynamik oder eine Art Metasubjekt, sondern als „Milieu“ – „das wirkliche, sinnliche, körperliche Milieu des alltäglichen Überlebens“ (ebd.: 455). Das bedeutet, dass ihr Materiebegriff durchaus im Sinne ‘materieller Lebensbedingungen’ verstanden werden kann, insofern er das Ensemble von gesellschaftlichen und natürlichen Zusammenhängen bezeichnet, in denen menschlich-gesellschaftliches Handeln situiert ist. Dabei ist Natur als durch und durch geschichtliche Körper- und Stofflichkeit zu verstehen, die durch menschlich-gesellschaftliches Handeln modifiziert wurde und wird. Wichtig ist, dass ‘Modifikation’ gerade nicht beliebige Gestaltbarkeit bedeutet, sondern eine Veränderung, deren Form und Möglichkeitshorizonte durch die spezifische Stofflichkeit des zu Verändernden ko-konstituiert werden. Ein solcher Naturbegriff, der die ‘menschliche’ und ‘nichtmenschliche’, die ‘innere’ und die ‘äußere’ Natur als „Milieu“ und Medium menschlich-gesellschaftlichen Handelns begreift, findet sich gerade auch bei Marx und in der frühen Kritischen Theorie. Es ist daher keineswegs zufällig, dass Coole ihre Perspektive auf eine andere „Art des In-der-Welt-Seins“ (ebd.: 462) unter Verweis auf Herbert Marcuses Vorstellung einer „Befriedung der Natur“ (ebd.) formuliert.

In der Ausarbeitung eines kritisch-materialistischen Naturbegriffs liegt meines Erachtens der wesentliche Einsatz des Neuen Materialismus. Denn wie Stacy Alaimo und Susan Hekman (2008: 4) es formuliert haben, war die feministische Theorie seit den 1990er-Jahren durch eine Art „Flucht vor der Natur“ gekennzeichnet. Die konstruktivistische Kritik richtete sich nämlich zentral gegen die Naturalisierung von Geschlecht, ohne jedoch zu klären, was unter ‘Natur’ zu verstehen sei. Dadurch wird – entgegen der erklärten Absicht – implizit ein essentialistischer Naturbegriff reproduziert und verfestigt. Denn Natur wird nicht als immer schon durch historisch-spezifische Praktiken modifiziertes Ensemble von gesellschaftlichen Naturverhältnissen verstanden, sondern als ein vom Sozialen getrennter Bereich. Kritikstrategien richteten sich dementsprechend darauf, der Übertragung von Wissen über Natur auf das von Gesellschaft entgegenzuwirken, letztlich also darauf die mächtige Grenzziehung zwischen dem Sozialen und dem Natürlichen intakt zu lassen. Symptomatisch hierfür ist das Derrida-Zitat, das Judith Butler der Einleitung zu *Körper von Gewicht* voranstellte: „Es gibt keine Natur, nur die Effekte von Natur: Entnaturalisierung oder Naturalisierung“ (Butler 1995: 19). Insbesondere in der Auseinandersetzung mit neo-biologistischen Argumentationen in Anschluss an die Bio- und Neurowissenschaften ist aber deutlich geworden, dass feministische Kritik sich nicht auf die Zurückweisung

von Naturalisierungsstrategien beschränken kann, sondern gleichzeitig ein alternatives Verständnis von Körperlichkeit und Natur entwickeln muss, das über die argumentative Alternative von Naturalisierung oder Entnaturalisierung hinausgeht. Zudem führen Entwicklungen der Technowissenschaften sowie die ökologischen Verwerfungen der Gegenwart dazu, dass sich die Verhältnisse und Wechselwirkungen zwischen menschlichen Körpern sowie nicht-menschlichen Lebewesen und Stoffen auf grundlegende Art ändern und problematisch werden (vgl. den Beitrag von Brigitte Bargetz in diesem Band).

Für eine feministische Gesellschaftstheorie ergeben sich daraus zwei wichtige Konsequenzen. *Erstens* wird es zu einer dringenden theoretischen Aufgabe, ein erweitertes Verständnis von Subjektivität zu formulieren, das nicht nur Körperlichkeit, sondern auch die Einbindung körperlicher Praktiken in gesellschaftliche Naturverhältnisse anerkennt. *Zweitens* geht es darum, einen erweiterten Gesellschaftsbegriff zu entwickeln. Das bedeutet, dass an die Stelle eines soziozentrischen Gesellschaftsbegriffs, der in der Soziologie und Sozialphilosophie seit dem 19. Jahrhundert dominant ist, ein integraler Begriff von Gesellschaft treten muss, der die gesellschaftlichen Mensch-Tier-Verhältnisse, die Verhältnisse zu Pflanzen, Mikroorganismen und isolierten Körperstoffen sowie schließlich die Verhältnisse zu unbelebten Stoffen als konstitutiv für Gesellschaft begreift.

Dafür ist es unabdingbar, neue Begriffe zu bilden, die den Gegensatz von Natur und Gesellschaft hinter sich lassen und die Zusammengehörigkeit von 'natürlichen' und 'kulturellen' Aspekten artikulieren. Donna Haraway (2008) hat dementsprechend den Neologismus „Naturkulturen“ gebildet um hervorzuheben, dass Menschen und nicht-menschliche Lebewesen immer schon miteinander verbunden sind und in spezifischen gesellschaftlichen Konstellationen ko-existieren. Sie sind Teil „situierter Geschichten, situierter Naturkulturen, in denen alle Akteure in einem Tanz des Sich-Verhaltens werden, wer sie sind“ (ebd.: 25; Übersetzung S.L.). Dabei werden „alle Tanzenden“, so Haraway, „durch die Muster, die sie aufführen verändert“ (ebd.). Es treten sich also nicht Menschen (Kultur, Gesellschaft) und Tiere bzw. nichtmenschliche Lebewesen (Natur) gegenüber, sondern Menschen und nichtmenschliche Lebewesen werden in spezifischen Konstellationen des Zusammentreffens (*meetings*) als zugleich natürliche und kulturelle 'Akteure' konstituiert.

Dieser Gedanke, dass Kultur bzw. gesellschaftliche Verhältnisse immer auch durch historisch-spezifische Verhältnisse zur menschlich-körperlichen und zur nichtmenschlichen Natur konstituiert werden und umgekehrt Natur durch gesellschaftliche Praxisformen und Verhältnisse modifiziert, angeeignet und intelligibel gemacht wird, wird zudem mit dem Begriff der „gesellschaftlichen

Naturverhältnisse“ zum Ausdruck gebracht. Zentral ist in beiden Begriffsvarianten, dass hier die Fiktion einer einheitlichen Natur, zu der alles gehört, was als nicht in den Bereich der Gesellschaft passt, aufgebrochen wird, so dass grundsätzlich von einer Pluralität von Naturverhältnissen oder naturkulturellen Beziehungen die Rede ist. Es wird, wie Diana Hummel und Irmgard Schultz (2011: 221) schreiben, „zwischen einer Vielzahl gesellschaftlicher Naturverhältnisse differenziert“, wobei „analytisch [...] zwischen stofflich-materiellen und kulturell-symbolischen Beziehungsaspekten der gesellschaftlichen Naturverhältnisse unterschieden werden“ kann.⁶ Dabei hat das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse den Vorteil, dass es an eine praxeologisch-materialistische Gesellschaftstheorie anschließt, statt auf einen unspezifischen Kulturbegriff zu rekurrieren.

Soll das Verständnis von Sozialität insgesamt so reformuliert werden, dass die Verhältnisse und Wechselwirkungen zwischen Menschen, nichtmenschlichen Lebewesen und Stoffen als konstitutive Dimension des Sozialen gefasst werden, dann impliziert das auch ein verändertes Verständnis von Subjektivität und menschlich-gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit. Hierfür gibt der von Stacy Alaimo (2008) geprägte Begriff der Transkorporalität Impulse, denn er verweist auf Prozesse, die über den einzelnen menschlichen Körper hinausgehen, also auf die Beziehungen und Wirkungsverhältnisse, in denen menschliche Körper, nichtmenschliche Lebewesen und unbelebte Stoffen stehen. „By emphasizing the movement across bodies“, so Alaimo, „transcorporeality reveals the interchanges and interconnections between various bodily natures“ (ebd.: 2). Insbesondere fokussiert der Begriff Prozesse und Ereignisse, die sich „zwischen“ den Körpern abspielen. „By underscoring that *trans* indicates movement across different sites, transcorporeality also opens up a mobile space that acknowledges the often unpredictable and unwanted actions of human bodies, nonhuman creatures, ecological systems, chemical agents, and other actors“ (ebd.). Ernährung etwa fasst Alaimo als transkorporalen Prozess, in dem menschliche, tierische und pflanzliche Körper vermittelt durch eine Vielzahl gesellschaftlicher Praxisformen und Institutionen miteinander in Verbindung treten. Die körperlich-stofflichen Effekte und Resultate dieser Verbindungen sind dabei nur teilweise kalkulierbar und bewusst gestaltbar. Das macht das Beispiel von Giftstoffen besonders deutlich, an deren

6 Dass hier von einer analytischen Unterscheidung die Rede ist bedeutet, dass diese Unterscheidung zwar mit Blick auf spezifische Fragestellungen und Erkenntnisinteressen sinnvoll sein kann, aber gerade nicht als ontologische Unterscheidung aufgefasst wird. Als Element der symbolischen Ordnung einer Gesellschaft ist sie selbst Teil der gesellschaftlichen Naturverhältnisse.

Zirkulation sich zudem die globalen Dimensionen transkorporaler Prozesse zeigen. „Although trans-corporeality as the transit between body and environment is exceedingly local, tracing a toxic substance from production to consumption often reveals global networks of social injustice, lax regulation and environmental degradation“ (ebd.: 15, vgl. den Beitrag von Brigitte Bargetz in diesem Band). Mit dem Blick auf transkorporale Prozesse, die sich entlang der unterschiedlichsten Stoffe und Rohstoffe – von der Milch über die Baumwolle, das Erdöl bis hin zu den relativ neuen bioökonomischen Stoffen wie Eizellen, Sperma oder Gewebe – nachzeichnen ließen, wird deutlich, dass die menschlichen Körper nicht an der Hautgrenze enden. In ihrer Stofflichkeit sind sie vielmehr durch ein komplexes Bündel von lokalen und globalen, historischen und gegenwärtigen Macht- und Herrschaftsverhältnissen geformt und auf diese verwiesen.

Für eine feministische Gesellschaftstheorie stellt sich daher die Aufgabe, die Stofflichkeit von Herrschaft in ihren jeweils spezifischen Formen zu rekonstruieren, so dass Geschlechterverhältnisse auch als gesellschaftliche Naturverhältnisse und diese als durch Geschlechterverhältnisse strukturiert begreifbar werden. Ausgehend von „basalen gesellschaftlichen Naturverhältnissen“ (Hummel/Schultz 2011: 222), die in Praxisfeldern wie Arbeit und Produktion, Ernährung, Mobilität oder Wohnen konstituiert werden, lassen sich nämlich sowohl globale Stoffströme als auch ihre ökonomischen, technologischen und politischen Infrastrukturen so analysieren, dass zugleich die ungleiche Positionierung in, Teilhabe an und Verfügung über diese soziomateriellen Prozesse kritisiert wird. Dies betrifft die globale Zirkulation von Körperstoffen in der gegenwärtigen Bioökonomie und insbesondere der Reproduktionsindustrie ebenso wie die Zirkulation nichtmenschlicher Stoffe, egal ob diese als Müll und Gift, als wertvolle Rohstoffe oder basale Lebensmittel gelten.⁷ Das Anliegen, die Prozesshaftigkeit, Aktivität und Eigenzeitlichkeit von Stoffen und nichtmenschlichen Lebewesen in den Begriffen von Subjektivität und Gesellschaft zu verankern, kann nur gelingen, wenn man sie gerade nicht unter den – der Soziologie entlehnten – Begriff des Akteurs/der Akteurin subsumiert. Denn dieser Begriff erweist sich schon in Bezug auf menschliche Praxis als zu eng, weil er eine rationalistische Verkürzung nahelegt. Als vollkommen inadäquat aber erweist er sich, wenn es darum geht,

7 Vgl. hierzu den Beitrag von Christa Wichterich in diesem Band. Besonders vielfältig sind zudem feministische Analysen zu den materiell-semiotischen Zirkulationsprozessen des Körperstoffs Milch und ihren historischen, politischen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Bedingungen und Implikationen (vgl. Gaard 2013; Otomo 2014; Valenze 2011).

den naturkulturellen Stoffzusammenhängen theoretisch gerecht zu werden, in denen menschlich-gesellschaftliche Praxis situiert ist, in die sie interveniert und durch die sie ko-konstituiert wird. Denn die Ausdehnung des soziologischen Akteursbegriffs auf nichtmenschliche Lebewesen und Stoffe verfehlt deren Spezifik und verdoppelt so den Anthropozentrismus, den sie überwinden will. Ausgehend von einem erweiterten Verständnis von menschlich-gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit und einem reformulierten Gesellschaftsbegriff müsste es vielmehr darum gehen, unterschiedliche Formen von Aktivität und Prozesshaftigkeit, die die gesellschaftlichen Naturverhältnisse konstituieren, zu unterscheiden.

Für eine materialistisch-feministische Gesellschaftstheorie stellt sich also die Aufgabe, die materiell-semiotischen Anordnungen, in denen Macht und Herrschaft konstituiert werden, zu analysieren und zu kritisieren. Ausgehend von der Stofflichkeit von Herrschaft, gilt es dabei die jeweils historisch-spezifischen Verschränkungen von Körper- und Naturverhältnissen so zu rekonstruieren, dass Möglichkeitsspielräume ihrer Transformation sichtbar werden.

Literatur

- Alaimo, Stacy (2008): *Bodily Natures. Science, Environment, and the Material Self*. Bloomington.
- Alaimo, Stacy/Hekman, Susan (2008): Introduction. *Emerging Models of Materiality*. In: Alaimo, Stacy/Hekman, Susan (Hg.): *Material Feminisms*. Bloomington, 1-22.
- Althusser, Louis (1985): *Philosophie und spontane Philosophie der Wissenschaftler*. Hamburg.
- Barad, Karen (2003): *Posthumanist Performativity. Toward an Understanding of How Matter Comes to Matter*. In: *Signs: Journal of Women in Culture and Society*, Jg. 28, Heft 3, 801-831.
- Bennett, Jane (2010): *Vibrant Matter. A Political Ecology of Things*. Durham.
- Bloch, Ernst (1972): *Das Materialismusproblem, seine Geschichte und Substanz*. Frankfurt/M.
- Braidotti, Rosi (2014): *Posthumanismus. Leben jenseits des Menschen*. Frankfurt/M., New York.
- Butler, Judith (1995): *Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts*. Berlin.
- Coole, Diana (2013): *Agentic Capacities and Capacious Historical Materialism: Thinking with New Materialisms in the Political Sciences*. In: *Millennium. Journal of International Studies*, Jg. 41, Heft 3, 451-469.
- Delphy, Christine (1997): *For a Materialist Feminism (1975)*. In: Hennessy, Rosemary (Hg.): *Materialist Feminism: A reader in class, difference and women's lives*. London, New York, 59-64.

- Engels, Friedrich (1962): *Dialektik der Natur* (1873-1883). Werke Bd. 20. Berlin.
- Espahangizi, Kijan/Orland, Barbara (2014): Pseudo-Smaragde, Flussmittel und bewegte Stoffe. Überlegungen zu einer Wissensgeschichte der materiellen Welt. In: Espahangizi, Kijan/Orland, Barbara (Hg.): *Stoffe in Bewegung. Beiträge zu einer Wissensgeschichte der materiellen Welt*. Zürich, Berlin, 11-35.
- Gaard, Greta (2013): *Literary Milk. Breastfeeding Across Race, Class and Species in Contemporary U.S. Fiction*. In: *J, Jg. 5, Heft 1*, 1-20.
- Garske, Pia (2014): What's the 'matter'? Der Materialismusbegriff des 'New Materialism' und dessen Konsequenzen für feministisch-politische Handlungsfähigkeit. In: *PROKLA, Jg. 44, Heft 1*, 111-130.
- Grosz, Elizabeth (2004): *The Nick of Time. Politics, Evolution, and the Untimely*. Durham.
- Haraway, Donna (2008): *When Species Meet*. Minneapolis.
- (1996): *Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive* (1985). In: Scheich, Elvira (Hg.): *Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie*. Hamburg, 217-248.
- Hartsock, Nancy (1998): *The Feminist Standpoint: Developing the Ground for a Specifically Feminist Historical Materialism* (1983). In: Hartsock, Nancy: *The Feminist Standpoint Revisited and Other Essays*. Boulder, Colorado, 105-133.
- Horkheimer, Max (1988): *Materialismus und Metaphysik* (1933). In: *Gesammelte Schriften Bd.3*. Frankfurt/M., 70-105.
- Hummel, Diana/Schultz, Irmgard (2011): *Geschlechterverhältnisse und gesellschaftliche Naturverhältnisse – Perspektiven Sozialer Ökologie in der transdisziplinären Wissensproduktion*. In: Scheich, Elvira/Wagels, Karin (Hg.): *Körper Raum Transformation. gender-Dimensionen von Natur und Materie*. Münster, 218-232.
- Labica, Georges (1986): *Der Marxismus-Leninismus. Elemente einer Kritik*. Hamburg.
- Latour, Bruno (1995): *Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie*. Berlin.
- Marx, Karl (1983): *Thesen über Feuerbach*. In: *Werke Bd. 3*. Berlin, 5-7.
- Marx, Karl/Friedrich Engels (1983): *Die Deutsche Ideologie* (1845/46). *Werke Bd 3*. Berlin.
- Otomo, Yoriko (2014): *The Gentle Cannibal: The Rise and Fall of Lawful Milk*. In: *Australian Feminist Law Journal, Jg. 40, Heft 2*, 215-228.
- Sheldon, Rebekkah (2015): *Form/Matter/Chora. Object-Oriented Ontology and Feminist New Materialism*. In: Grusin, Richard (Hg.): *The Nonhuman Turn*. Minnesota, 193-222.
- Valenze, Deborah (2011): *Milk. A Local and Global History*. New Haven, London.

Alex Demirović

Das Geschlechterverhältnis und der Kapitalismus Plädoyer für ein klassenpolitisches Verständnis des multiplen Herrschaftszusammenhangs

In der kritischen Theorie der Gesellschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten eine starke Verschiebung von der Frage nach der Autonomie von Überbauten wie Staat, Recht, Familie oder Religion und ihrer Funktion in der kapitalistischen Gesellschaftsformation hin zur intersektionellen Analyse heterogener Diskriminierungspraktiken und Herrschaftsformen unter den Namen Klasse, Nation, Rasse, Geschlecht, Sexualität oder Disability stattgefunden. Während in der Analyse der Überbauten der begriffliche Zusammenhang durch Bezug auf die kapitalistische Produktionsweise gegeben und es nur noch um die Bestimmung von spezifischen Funktionen zu gehen scheint, stellt sich aus einer intersektionellen Sicht das Verhältnis der verschiedenen Ungleichheits- und Herrschaftsformen zueinander als offen dar: Es kann aus dieser Perspektive keineswegs als vorentschieden gelten, dass der Zusammenhang allein in Begriffen der Kapitalismustheorie gefasst werden kann. Denn 'Klasse', die üblicherweise als Analysekategorie mit Kapitalismus assoziiert wird, wird nur als ein Moment einer drei- oder mehrfachen Ungleichheitsstruktur verstanden. Das wirft Fragen nach dem Verständnis von Gesellschaft in der kritischen Theorie auf. Doch was hier als theoretisches Problem diskutiert wird, ist vor allem eines der Emanzipation: Wie sollte das Verhältnis der verschiedenen Formen von Unterdrückung, Ausbeutung, Diskriminierung, Ungleichheit gedacht werden, ohne dass befreiende Praktiken sich nicht wechselseitig unsichtbar machen oder eine Art von Emanzipation zu Lasten anderer geht oder gar eine Form von Herrschaft fortsetzt?

Ich will im Folgenden die These vertreten, dass die kapitalistische Produktionsweise und die von ihr formierte Gesellschaft sich als konstitutive Einheit verschiedenartiger Widersprüche bildet, sie also nicht auf *eine* Herrschaftslogik reduziert werden kann. Gleichwohl argumentiere ich, dass der 'Klasse' eine spezifische Rolle im emanzipatorischen Prozess zukommt und dieser auch in anderen Hinsichten blockiert ist, wenn die Dimension von Ausbeutung und Klassenherrschaft nicht angemessen bedacht wird. Zunächst soll das Problem

eines marxistischen Verständnisses von Gesellschaftstheorie umrissen werden. Im zweiten Abschnitt werde ich – mich auf einige Beiträge in der deutschsprachigen Diskussion beschränkend – einige Argumente kritisch diskutieren, die zugunsten des Intersektionalitätstheorems vorgebracht werden, um verschiedenartige gesellschaftliche Widersprüche in den Blick nehmen zu können. Ich vertrete die Ansicht, dass dieser Ansatz der Intersektionalität der Komplexität der Widersprüche nicht angemessen ist für das von ihm selbst gestellte Ziel einer herrschaftskritisch-gesellschaftstheoretischen Zusammenführung der unterschiedlichen Formen von Herrschaft und ihrer Überwindung. Im dritten Abschnitt will ich argumentieren, dass es eine kritische Analyse mit verschiedenen Widerspruchslogiken und Formen der Emanzipation zu tun hat, die gemeinsam in einem Prozess der Universalisierung die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die damit verbundene Lebensweise überwinden müssen, um sich von den konkreten Widersprüchen und herrschaftlichen Identitätsmuster zu befreien.

1. Die Vielzahl der Macht- und Herrschaftspraktiken und ihre Autonomie

Für die Tradition des ‘westlichen Marxismus’ (vgl. Anderson 1978) bestand eine zentrale theoretische Herausforderung darin, die Autonomie solcher Lebensbereiche wie Religion, Kunst, Philosophie, Wissenschaft, Moral, Staat, Recht oder Familie in ihrem inneren Zusammenhang zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen genauer zu bestimmen. Die Problematik ergab sich aus Marx’ topologischem Gesellschaftsmodell: Es umfasst die Basis – die Produktionsweise des materiellen Lebens mit ihren Produktionsverhältnissen und Produktivkräften – und die ihr entsprechenden Überbauten – also jene autonomen Bereiche, die Marx als gesellschaftliche Bewusstseins- oder ideologische Formen bezeichnet, die vom gesellschaftlichen Sein bestimmt seien und in denen die Menschen sich ihrer Konflikte bewusst und sie austragen würden (vgl. Marx 1974[1859]: 8f). Marx beobachtet also, was in der Soziologie später als funktionale Differenzierung bezeichnet werden würde. Allerdings arbeitet er seine Überlegungen nicht weiter aus und seine Formulierungen sind keineswegs eindeutig. So bleibt unklar, ob es sich bei dieser Unterscheidung um eine analytische Bestimmung für Gesellschaften im Allgemeinen handelt oder um eine Theorie des artikulierten Ganzen der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Es ist auch unklar, ob im Verhältnis von Basis und Überbau immer die materielle Produktion die determinierende Funktion innehat und wie sich dies zu der von Marx angestellten Überlegung verhält, dass sich die Ökonomie mit ihren vermeintlichen Naturgesetzen als autonomer

Bereich selbst erst im 17. und 18. Jahrhundert herausbildet. Die ideologischen Formen können auch kaum nur als bewusstseinsmäßiger Reflex oder 'Schein' einer wirklichen, nämlich materiell-ökonomischen Welt interpretiert werden. Denn wie könnte Marx sonst davon sprechen, dass in diesen ideologischen Formen die Menschen ihre Konflikte austragen? Zudem können die Überbauten unmittelbar ein Element der Basis sein:

„In den Kolonien ist der ökonomische Unterbau zugleich ein Überbau. Die Ursache ist die Folge: man ist reich, weil weiß, man ist weiß, weil reich. [...] Weder die Fabriken noch der Besitz noch das Bankkonto kennzeichnen die 'herrschende' Klasse. Die herrschende Art ist zunächst die, die von woanders kommt, die nicht den Autochthonen ähnelt, die Art der 'anderen.'“ (Fanon 1969: 31)

In der materialistischen Diskussion gab es aufgrund solcher Problematisierungen vielfache Bemühungen, die Theorie so zu fassen, dass ein doppelter Fehler vermieden wird: ökonomistisch die Überbauten lediglich als Ausdruck und Wiederholung der ökonomischen Klassenverhältnisse (der Staat als Instrument der Kapitalisten; der Rassismus als ideologische Reaktion der sozial Schwachen auf ihre prekäre Lebenslage; die Hausarbeit der Frauen, weil dies die Reproduktionskosten für das Kapital senkt) zu verstehen oder funktionalistisch als ein Moment in einem teleologischen Vermittlungszusammenhang zu betrachten, in dem die Überbauten zur Reproduktion der Produktionsverhältnisse beitragen (die Schule, die zur höheren Qualifikation der Arbeitskräfte beiträgt; die Wissenschaft, die mit neuen Techniken die Konkurrenzfähigkeit verbessert). Zu solchen Bemühungen zählen vor allem auch jene um den Begriff der gesellschaftlichen Totalität (vgl. Jay 1984). In solchen Ansätzen blieb das Verhältnis von Verwertungsimperativen und Totalität auf der einen und Widersprüchen und sozialen Kämpfen auf der anderen Seite immer unklar. Nicht zuletzt deswegen hat die gesellschaftstheoretische Fragestellung heute auf vielen Gebieten wie Recht, Philosophie oder Kunst stark an Gewicht verloren. Vor allem in der materialistischen Staatstheorie aber wird im Anschluss an Poulantzas und Gramsci der Zusammenhang von Ökonomie und staatlicher Politik erörtert, indem Fragen von Herrschaft und Hegemonie verfolgt werden (vgl. Ludwig/Sauer/Wöhl 2009; Buckel/Fischer-Lescano 2007; Demirović/Adolphs/Karakayali 2010).

Für ein undogmatisches Verständnis der Theorie von Marx ist maßgeblich, dass er entschieden gegen einen objektivistischen und für einen praxistheoretischen Materialismus plädiert, der die subjektive, tätige, aneignende, gestaltende Praxis ins Zentrum der Überlegung stellt (Marx 1969[1845]: 5). Daraus ergibt sich als theoretische Anforderung zum einen zu zeigen, dass all diese autonomen Bereiche intern und konstitutiv mit den kapitalistischen Produktions- und Klas-

senverhältnissen verbunden sind. Zweitens muss jedoch auch plausibel gemacht werden, dass es sich um besondere gesellschaftliche Verhältnisse handelt, deren Spezifität und Autonomie insofern irreduzibel sind, als in ihnen ein je spezifisches Widerspruchsverhältnis Form annimmt und sich in eigensinnigen Praktiken vollzieht. Dies heißt auch, dass Herrschaft ausgeübt, emanzipatorische Praktiken entwickelt und soziale Kämpfe ausgetragen werden, die nicht jeweils und in allen Aspekten unmittelbar auf die einzige Herrschaftspraxis der Verwertung von Lohnarbeit (sei es die von Männern, Frauen oder Kindern) zurückzuführen sind. Die Totalität geht nicht in einem geschlossenen System auf, es gelingt ihr nicht, sich abzuschließen, sondern sie prozessiert eine Vielzahl von widersprüchlichen und konfliktreichen Praktiken, die jeweils zu besonderen Konstellationen zusammenschießen.

Mit und in den Überbauten wie Staat, Recht, Wissenschaft, Religion, Familie oder Philosophie bildet die bürgerliche Klasse in unterschiedlichem Umfang jeweils spezifische autonome Sphären gegenüber den unmittelbaren Notwendigkeiten der materiellen Produktion heraus. Die Tatsache, dass die Menschen kooperieren und das gemeinsame Leben gemeinsam erzeugen, dass ihre gemeinsamen Kräfte und der gemeinsame Reichtum durch Wenige angeeignet werden, nimmt hier die Form des gelebten Lebens an, also die Form von Herrschaft, Entunterwerfungswille und Kompromiss, von Alltagspraktiken, Subjektivierungen, Wissen oder Überzeugungen. Das Gemeinsame, die Kooperation, wird jeweils als Macht und als Eigenschaft von den wenigen Privilegierten und ihren Apparaten repräsentiert: als körperliche und intellektuelle Fähigkeiten und Leistungen, als Chancen und verdiente Karrieren, als Reichtum und Rechte, als Überlegenheit und Verantwortung, als Weitsicht und Initiative. Die ideologischen Formen schaffen einen Raum, in dem die Herrschenden zunächst und vor allem ihre Lebensweise konzipieren und entfalten, über ihre Perspektiven, Probleme, Konflikte und Lösungen streiten können. Hier können sie die Strategien der Herrschaft und Verwaltung der Subalternen ausarbeiten und umsetzen, und sie können Protest, Erfahrungen, Unzufriedenheiten von unten aufnehmen, in eigene Begriffe übersetzen sowie versuchen, die Sprecher_innen der Subalternen zu rekrutieren, diese ihres Protests und Widerstands zu enteignen und ihre Herrschaft (in der Konkurrenz und im Konflikt miteinander) zu erneuern.

Die bürgerliche Klasse ist intern von erheblichen Konflikten bestimmt, die aus der Konkurrenz und der Verteilung der Mehrwertmasse resultieren. In den Überbauten findet eine Art kathartische Praxis statt, indem die Intellektuellen der Herrschenden in ihren Streitigkeiten kritisch prüfen, auf welche Weise und in welchem Umfang Herrschaftspraktiken beibehalten und verallgemeinert werden

können. Diese nehmen verschobene, verdichtete Formen der Auseinandersetzung an in religiösen Überzeugungen, Rassismus, metaphysisch-anthropologischen Gewissheiten, wissenschaftlichen Haltungen oder auch ästhetischen und kulinarischen Vorlieben. Diese Konflikte werden hier in einer Spezifität, einem zeitlichen Rhythmus und einer Selektivität ausgetragen, die tiefgreifende Veränderungen der Verhältnisse ebenso wie Beharrung erlauben und auf diese Weise dazu beitragen, die gesellschaftsformierende Kraft der kapitalistischen Produktionsweise auf erweiterter Stufenleiter zu reproduzieren, also gleichzeitig deren Identität zu bewahren und sie dennoch zu revolutionieren. Kausale oder funktionalistische Erklärungen jener gesellschaftlichen Praktiken werden der Komplexität nicht gerecht, die gerade mit dem Marxschen topologischen Modell angedeutet ist, das darauf zielt, spezifische Handlungsweisen und Konflikte in den einzelnen autonomen Bereichen sowohl zu begreifen als auch in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Für Marx ist entscheidend, dass sich die kapitalistische Gesellschaftsformation durch eine besondere Gliederung des gesellschaftlichen Ganzen auszeichnet. Es geht demnach nicht darum, die ideologischen Formen auf die Ökonomie zu reduzieren, sondern aus „den jedesmaligen wirklichen Lebensverhältnissen ihre verhimmelten Formen zu entwickeln“ (Marx 1969[1890]: 393) und zu einem konkreten Begriff der historisch spezifischen Gliederung des Ganzen zu gelangen.

Als eine anders gelagerte gesellschaftstheoretische Fragestellung, die gleichfalls mit dem Gesichtspunkt eigensinniger Handlungslogiken, also der Frage der Komplexität konfrontiert ist, wurde seit den 1980er-Jahren die nach dem Zusammenhang verschiedener Herrschaftsverhältnisse und -praktiken zur Geltung gebracht, die üblicherweise als ‘Klasse’, ‘Rasse’ und ‘Geschlecht’ aufgezählt werden. Dies geschieht gleichzeitig in der feministischen Diskussion, in der rassismuskritischen Forschung oder unter dem Eindruck neuer sozialer Bewegungen in der politischen Theorie (vgl. Lutz et al. 2013; Hall 1989; Laclau/Mouffe 1991). Im Unterschied zur kapitalismuskritischen Analyse der spezifischen Auseinandersetzungen in solchen Bereichen wie Staat, Recht, Kunst, Philosophie oder Moral handelt es sich bei der Frage der Intersektionalität darum, die Ungleichheit, Subordination oder Diskriminierung von ‘Klasse’, ‘Rasse’, ‘Geschlecht’, den Zusammenhang von Strukturen, Institutionen, Subjektivierungsweisen von Individuen, Klassifizierungspraktiken zu denken. Daraus ergeben sich spezifische Probleme für die materialistisch-kapitalismuskritische Gesellschaftstheorie, von denen ich einige im Folgenden diskutieren möchte. Dabei bringe ich auch Einwände gegen die von der Kategorie der Intersektionalität nahegelegte Konzeption von kritischer Gesellschaftstheorie vor, die deutlich machen, dass sie aus mehreren Gründen

das Problem, den Zusammenhang zu denken und in sich vielfältige, aber auch ineinandergreifende Emanzipationsperspektiven zu entwerfen, noch nicht löst (Demirović/Maihofer 2013).

2. Mehrdimensionale Emanzipation und der Ansatz der Intersektionalität

2.1 Gleichrangigkeit von Ungleichheitsachsen oder Kapitalismuskritik?

Intersektionalität ist ein von Feministinnen in die Diskussion gebrachter Vorschlag, in einer systematisch integrierten Perspektive 'Klasse', 'Rasse' und 'Geschlecht' in ihrem Zusammenhang und ihrer Wechselwirkung zu denken (Klinger/Knapp 2007: 34f.; Meyer 2017). In dem den Zusammenhang betonenden „Inter-“ sieht Gudrun-Axeli Knapp die Stärke des Begriffs der Intersektionalität. Die intersektionelle Perspektive habe, so Knapp (2013a: 350; Meyer 79ff.), jene *'oppression olympics'*, also die Konkurrenz darum, welche Frauen am meisten von der Kumulation von Diskriminierung und Unterdrückung betroffen seien, korrigiert. Diese Herkunft aus und Verankerung in der feministischen Diskussion von Intersektionalität ist folgenreich. Denn wenn nun aus einer feministischen Sicht die drei Formen der Unterordnung und Ungleichheit gleichgewichtig thematisiert werden, wird dabei nicht in Erwägung gezogen, dass auch in marxistischen und in antirassistischen Theorien spezifische Formen des Zusammenhangs von 'Klasse', 'Rasse' und 'Geschlecht' thematisiert werden. So hat sich die marxistische Diskussion mit Nation, Kolonialismus, Imperialismus und Sklaverei, mit der Stadt-Land-Differenz, mit Antisemitismus und Rassismus, mit dem Verhältnis der Geschlechter und mit Sexualität immer wieder ausführlich befasst. Das wird nicht unbedingt bestritten, kritisiert wird aber, dass die marxistische Tradition die Begriffe des 'Geschlechts' oder der 'Rasse' heruntergespielt und die entsprechenden Emanzipationsbemühungen nicht ernst genug genommen, sondern instrumentell auf die Klassenfrage bezogen habe (Klinger/Knapp 2007: 31f.).

Eine spezifische Diskussion über den Zusammenhang von 'Klasse', 'Rasse' und 'Geschlecht' gibt es seit langem und in verschiedenen herrschaftskritischen Traditionen. Kobena Mercer sprach bereits in den frühen 1990er-Jahren kritisch von *race und class und gender* als einem Mantra (Marchart 2008: 213); die Zweifel begleiten die Bestimmung des Zusammenhangs. Das resultiert aus der sachlichen Schwierigkeit, die unterschiedlichen Herrschaftsverhältnisse und die unterschiedlichen Erwartungen auf Emanzipation über den Anspruch hinaus begrifflich zusammen zu führen. Ernesto Laclau hat sich kritisch gegen das „Mantra“ mit dem Argument gewendet, dass der marxistische Begriff der

‘Klasse’ „nicht in eine Aufzählung von Identitäten eingliedert werden kann“ (Laclau 2013a: 368). Der Grund dafür sei, dass er in der marxistischen Theorie das artikulierende Kernstück sei, um das sich jede Identität konstituiert. „Was bedeuten ‘Klassen’, wenn diese Artikulationsfunktion verlorengeht und sie Teil einer Kette werden, die eine Pluralität von Identitäten umfasst? Wohlstandsunterschiede? Berufliche Kategorien? Regionale Gruppenzugehörigkeiten?“ (ebd.) Laclaus Einwand trifft das grundlegende Problem der Intersektionalität genau, seine Überlegung gilt allerdings nicht nur für den marxistischen Begriff der Klasse, sondern für jeden Term in der Aufzählung. Eine Symmetrie lässt sich nicht ohne weiteres herstellen. Jede herrschaftskritische Analysetradition hat eine je spezifische Form von ‘Intersektionalität’ herausgebildet, also jeweils eine aus antikapitalistischer, eine aus antirassistischer oder eine aus antisexistischer Sicht. Jede von ihnen „spielt“ auf ihr spezifische Weise die anderen Praktiken der Herrschaft herunter und entfaltet eine eigene, spezifische Begrifflichkeit, den Zusammenhang zu denken. Keine Identität kann also ohne Verlust in eine solche Aufzählung eingefügt werden; es ist deswegen auch nicht erstaunlich, dass der Zusammenhang trotz aller anderslautenden Forderung doch immer wieder nur additiv hergestellt wird, da ja nicht nur die Gegenstände in die jeweilige Theorie, sondern auch die jeweils anderen Theoriebildungsprozesse selbst integriert werden müssen (Meyer 2017: 82ff.). Aus dem Blickwinkel jedes der Begriffe besteht eine jeweils andere Inkongruenz. Aufgrund dieser Inkongruenz handelt es sich bei der Wahl der Begriffe wie Ausbeutung, Herrschaft, Ungleichheit, Diskriminierung oder Marginalisierung um Entscheidungen über den Gegenstandsbereich selbst. Denn diese Begriffe gelten nicht gleichermaßen für alle Gegenstandsbe-
reiche. Jeder dieser Begriffe legt in gewisser Weise fest, wie der intersektionale Zusammenhang gefasst wird: als einer der Ausbeutung, der Herrschaft oder der Ungleichheit. Mit einem entsprechenden Verständnis von Gesellschaft besteht immer die Gefahr, die komplexe Form der Gesellschaft nicht angemessen zu begreifen und eine der anderen Formen von Ungleichheit, Unterdrückung, Ausbeutung unsichtbar zu machen (vgl. Crenshaw 2013; Knapp 2013b). Die theoretische Herausforderung besteht demnach darin, eine Gesamttheorie zu entwickeln, ohne die inkongruenten und jeweils für sich eigensinnigen Widersprüche, Konflikte und Emanzipationspotenziale zu reduzieren.

Die Intersektionalitätstheorie ist sich des Problems – für die feministische Perspektive – durchaus bewusst. Sie wählt deswegen einen oberhalb dieser drei Formen von Unterordnung oder Ungleichheit angesiedelten Standort. Klinger und Knapp (2007: 27) legen Intersektionalität als historisch-konstitutionsanalytische, systematische Theorie der europäischen Gesellschaften an, die sich als „zugleich

moderne, bürgerlich-patriarchale, nationalstaatlich verfasste, in unterschiedlichem Maße ethnisierte kapitalistische Gesellschaften“ entfalten. „Gesellschaftsanalysen, die jeweils nur eines dieser strukturellen Merkmale fokussieren (das Moderne, die bürgerlich-patriarchale Kultur und Herrschaft, die nationalstaatliche Verfasstheit, die kapitalistische Wirtschaftsweise), können diesen Strukturzusammenhang nicht begreifen.“ (ebd.) Die intersektionellen Merkmale werden also in den Rahmen einer Archäologie und Theorie der europäischen Moderne eingefügt. Damit soll gewährleistet werden, dass der Gesamtzusammenhang der Ungleichheits- bzw. Herrschaftsverhältnisse in den Blick kommt, also nicht von vornherein eines von ihnen ‘vor die Klammer’ gesetzt und damit privilegiert wird: sei es die kapitalistische, die nationalistisch-rassistische oder die androzentrisch-patriarchale Gesellschaft. Dies ist eine durchaus folgenreiche Bestimmung. Denn damit wird eine allgemeine und übergeordnete Theorie der europäischen modernen Gesellschaft erforderlich. An sie stellt sich zum einen die Frage, warum nur der europäischen Moderne, denn die Formen der Ausbeutung, Ungleichheit und Herrschaft, auch soweit sie europäischen Ursprungs waren, konnten sich ausdehnen, haben sich in der Artikulation mit lokalen Herrschaftspraktiken reproduziert und zu neuen Zentren des globalen Kapitalismus wie USA, Japan oder China geführt. Entsprechend muss Emanzipation als ein universelles Projekt verstanden werden. Zum zweiten muss eine solche übergeordnete Theorie der europäischen Moderne die Begriffe derart fassen, dass sie sich in ihren Zusammenhang einordnen. Im Zusammenhang einer solchen Analyse wird der komplexe Gesamtzusammenhang der kapitalistischen Produktionsweise allerdings auf „kapitalistisches Wirtschaften“ und ökonomische Ungleichheitsordnung reduziert (Aulenbacher 2015: 15). Die kategoriale Fokussierung der Aufmerksamkeit auf die Eigentümlichkeiten des Kapitalismus habe allerdings den Preis, dass weitere bedeutsame Merkmale in den Hintergrund treten würden: die bürgerrechtlichen Benachteiligungen von Migrant_innen, die funktionale Differenzierung in Wirtschaft, Recht, Politik, Militär oder die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit. Es werde allein eine Herrschaftslogik und ein Herrschaftsverhältnis zum „Namensgeber einer Gesellschaftsformation, der aus historischen Gründen weitere Herrschaftslogiken und -verhältnisse innewohnen“ (ebd.). Aulenbacher (2013: 355) will mit dieser Kritik aus einer intersektionellen Sicht sagen, dass die Gesellschaft angesichts der konstitutiven Herrschaftsverstränkung eben richtigerweise nicht allein als kapitalistische, sondern mit gleichem Recht auch als andro- oder eurozentrische gekennzeichnet werden müsste.

Kapitalismus wird auf Ökonomie, diese auf ökonomische Ungleichheit und diese wiederum auf ‘Klasse’, also auf wirtschaftliche Ungleichheitslagen redu-

ziert. Als gesellschaftstheoretische Einsicht gilt dann die Beobachtung, dass von der Ökonomie eine Dynamik ausgeht, die andere Bereiche der Gesellschaft berührt: Demnach gilt die Gesellschaft als „wesentlich kapitalistische Gesellschaft in dem Sinne, dass ökonomische Imperative in alle gesellschaftlichen Sphären hineinreichen und kapitalistische Austauschverhältnisse den systemischen Zusammenhang in besonderer Weise bestimmen“ (Knapp 2013a: 350). Gleichzeitig wird festgehalten, dass aber im Sinne funktionaler Spezialisierung Praxissphären nicht „vollständig unter Verwertungslogiken subsumierbar“ sind (ebd.). Solche Formulierungen ebenso wie die von Regina Becker-Schmidt (2007: 73) – der zufolge „klassenspezifische Diskriminierungen die Geschlechterordnung infiltrieren“ (ebd.: 69) – erscheinen mir als problematisch. Denn sie legen nahe, dass Kapitalismus vorwiegend als ein ökonomisches Funktionssystem bestimmt wird, das von außen in andere Funktionssysteme eindringt und diese kolonisiert. Kritisiert wird eine Landnahme durch die Ökonomie und die damit einhergehende Entdifferenzierung. Kapitalistisch wird demnach die Gesellschaft insofern, als besondere Funktionsbereiche nun in ihrem Eigensinn eingeschränkt und nach ökonomischen Imperativen reorganisiert werden. Die Ökonomie selbst wird nicht als ein Ensemble widersprüchlicher gesellschaftlicher Verhältnisse gefasst, unter denen Natur angeeignet, Reichtum für wenige Privateigentümer geschaffen wird, moderne Klassen und Individuen formiert werden, in dem mit Mitteln der Gewalt, der Disziplin, des Konsenses Ausbeutung von großen Menschenmassen organisiert werden, die bevölkerungspolitisch und rassistisch verwaltet werden. Es kommt ebenso wenig in den Blick, dass sich – der Einsicht der marxistischen Theorie zufolge – die kapitalistische Produktionsweise als ein gegliedertes Ganzes konstituiert, zu dem auch Staat, Recht, Kunst, Wissenschaft, Familie und spezifische ideologische Muster wie Rassismus oder Sexualität mit ihren autonomen Handlungslogiken gehören.

Aus einer solchen materialistischen Konzeption des gegliederten Ganzen – aber ebenso auch aus der intersektionalitätstheoretischen Diskussion selbst – ergibt sich die Frage, warum sich die Intersektionalitätsansätze vorwiegend auf die drei Dimensionen ‘Klasse’, ‘Rasse’ und ‘Geschlecht’ beschränken. Es wird argumentiert, dass es sich bei ihnen um die entscheidenden „Strukturgeber“ von sozialer Ungleichheit in nahezu allen Gesellschaften handelt (Knapp/Klinger 2007: 20f., 26f.; Knapp 2013a; Meyer 2017). Das gewinnt eine gewisse (und durchaus zirkuläre) Plausibilität dadurch, dass das Paradigma der Intersektionalität sich zunächst vor allem an der Identifizierung und Klassifikation von individuellen Identitäten orientiert, die von Ungleichheit, Diskriminierung und Marginalisierung betroffen sind; diese Ungleichheiten werden wiederum ‘Strukturen’

zugerechnet, die ihrerseits mittels dieser Ungleichheiten identifiziert werden. Das Problem von Identität, Handeln und Struktur stellt sich in diesem theoretischen Rahmen erneut (vgl. die Kritik von Soiland 2008 und die Kommentare von Knapp 2008 und Pühl 2008). Allerdings kommen die komplexen Prozesse der Ausbeutung in den Betrieben, der Herrschaftspraktiken der staatlichen Apparate, der Reproduktion der ideologischen Formen (also Recht, Kunst, Familie, Sport, Philosophie, Wissenschaft) kaum ausreichend in den Blick, die Sexismus und Rassismus vielgestaltig praktizieren und in immer neuen Formen reproduzieren sowie jene Identitäten zuallererst konstituieren. Es entsteht so der Eindruck, als sei Rassismus oder Sexismus eine weitere Wirklichkeit jenseits all der sich in den Apparaten vollziehenden rassistischen und sexistischen Praktiken. Mehr noch: Relevante gesellschaftliche Widersprüche werden nicht berücksichtigt, die sich nicht oder nur indirekt mit Identitätskategorien und Diskriminierungen verbinden. Damit meine ich das riesige Spektrum gesellschaftlicher Naturverhältnisse von der Ressourcenvernutzung und dem Müll über die Energieerzeugung und den Klimawandel bis zu Über- und Unterernährung; die Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit, die einem großen Teil der Menschheit die schweren körperlichen Arbeiten und den Zeitmangel zumutet, die volle, bewusste Verfügung über Wissen und Kultur vorenthält oder allenfalls mit den Konserven der Kulturindustrie versorgt. Dies ist für die Subjektconstitution folgenreich und umfasst: körperliche Hexis; gefährliches oder 'ungesittetes' Verhalten; Essgewohnheiten; Kleidung und körperliches Erscheinungsbild; die Kompetenz, sich hochsprachlich auszudrücken; als dumm oder begabt, urban oder provinziell zu gelten. Becker-Schmidt (2007: 73) spricht die Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit zwar an, allerdings setzt sie diesen Widerspruch mit dem von Frauen und Männern äquivalent. Angesichts der Beteiligung von Frauen an höherer Bildung oder der allerdings immer noch unterdurchschnittlichen Besetzung von ökonomischen Kommandopositionen in den OECD-Staaten erscheint mir dies empirisch nicht haltbar. Auch die Gegensätze von Stadt und Land oder Zentrum und Peripherie sollten hier Berücksichtigung finden, weil sich damit weitreichende Differenzen in den Lebensformen und Herrschaftspraktiken verbinden.

2.2 Intersektionalität und Ungleichheit

Wenn verschiedene Ungleichheits- und Herrschaftspraktiken als intersektionelle gefasst werden, dann bedarf es bei aller ansonsten betonten Eigensinnigkeit eines logischen Kriteriums, das es ermöglicht, sie in ein Verhältnis zueinander zu setzen

oder in einen gesellschaftlichen Zusammenhang zu bringen – denn andernfalls würden sie einfach als völlig verschiedenartige Diskriminierungspraktiken nebeneinanderstehen und durchaus auch den Begriff der Gesellschaft in Frage stellen (Knapp 2013a: 344). Klinger und Knapp (2007) schlagen die Kategorie der Ungleichheit als Bezugspunkt vor. Ungleichheit erscheint als gemeinsamer Nenner und ermöglicht, die verschiedenartigen sozialen Widersprüche nach einem einzigen Kriterium zu bestimmen. Die Kategorie Ungleichheit erlaubt dies, weil sie zunächst nur ein formelles deskriptives sozialstrukturelles Merkmal ist: Alle Individuen sind in den verschiedenen Hinsichten auf die eine oder andere Weise von Ungleichheit betroffen. Doch Ungleichheit hat auch einen evaluativ-normativen Aspekt und kann als negativ gelten (Meyer 2017: 64ff.). In diesem Sinn können einzelne oder Gruppen von einer oder mehreren Ungleichheiten betroffen sein; systematische Benachteiligungen können die Entwicklung von Individuen verhindern und zur Bildung einer entsprechenden subordinationsbereiten Identität führen. Die Ungleichheit kann symbolisch noch zusätzlich verstärkt werden, wenn nur eine Form der Ungleichheit benannt wird und damit andere Formen unsichtbar gemacht werden (Crenshaw 2013; Knapp 2013b). Aufgrund der Formalität der Ungleichheit lenkt die intersektionelle Analyse mit einer gewissen Zwangsläufigkeit die Aufmerksamkeit auf eine Vielzahl von Benachteiligungen, die sich kaum erschöpfend aufzählen lassen: verschiedene sexuelle Orientierungen, Alter, Religion, nationale Herkunft, Wohnort, Bildung und Kultur, Sprechgewohnheiten, Ernährung, medizinische Versorgung oder politische Beteiligung. Durch ein „präzises Mapping“, das alle Ungleichheiten und die endlose Zahl von Wechselwirkungen zwischen ihnen zu erfassen versucht, wird, so Wendy Brown (2006: 132; Meyer 2017: 82ff.), nicht viel gewonnen, denn immer wird es noch weitere Ungleichheiten geben. Am Ende führt dies zur Feststellung einer Vielzahl von kleinen und kleinsten Grüppchen. Es kommt also zur Konstruktion eines soziologischen Artefakts – so als seien die herrschaftlichen Subjektivierungsmuster einzeln wirksam. Zu Recht weist Wendy Brown darauf hin, „daß wir von diesen vielfältigen Machtverhältnissen nicht als Subjekte in getrennten Einheiten formiert werden: Sie wirken nicht unabhängig, linear oder kumulativ auf uns ein oder durch uns hindurch“ (ebd.). Klinger und Knapp wollen sich nicht auf eine empirische, gruppistische Analyse von sozial ungleichen Gruppen beschränken (vgl. die Kritik von Soiland 2008), sondern gesellschaftsstrukturelle Prozesse in den Blick nehmen, die verschiedene Formen von sozialer Ungleichheit bewirken. Sie sprechen deswegen von Achsen der Ungleichheit, die einen spezifischen Strukturzusammenhang bilden (Klinger/Knapp 2007: 27; Knapp 2013a). Ungleichheitsachsen sollen jeweils für sich bestehen und als solche

zum Gegenstand der empirischen Analyse gemacht werden können; gleichzeitig lassen sich aber auch Kreuzungspunkte multipler Subordinationen feststellen, die Ungleichheiten, Diskriminierungen, Exklusionen auf den anderen Achsen verdecken, modifizieren, verstärken oder erst bewirken.

Der Begriff der Ungleichheit selbst wird wenig problematisiert. Ungleichheit bedeutet zunächst nur die deskriptive Feststellung eines Sachverhalts: Es gibt Menschen mit hohen und niedrigen Löhnen, solche, die gesund und krank, die groß und klein sind. Statistisch lassen sich Korrelationen und Wahrscheinlichkeiten berechnen. Wahrscheinlich ist das auch einer der Gründe für den Erfolg des Intersektionalitätsansatzes, dass er sich gut in die Ungleichheitsforschung einfügen und operationalisieren lässt (Soiland 2008). Es gibt viele gute Gründe, in der gegenwärtigen Gesellschaft, Ungleichheiten zu kritisieren, doch kommt es damit sofort auch zu einem Deutungskonflikt darüber, ob nicht ohnehin Ungleichheiten verringert werden (Überwindung von Armut und Hunger, höhere Bildungsbeteiligung, Gleichstellungsgesetzgebung) oder ein gewisses Maß an Ungleichheit unvermeidbar oder sogar rational ist. Eine Orientierung an der Norm der Gleichheit unter emanzipatorischen Gesichtspunkten ist durchaus problematisch, denn Individuen haben unterschiedliche Bedürfnisse und Lebensformen. Deswegen wurde von einem Teil der kritischen Gesellschaftstheorie auch gegen Gleichheit argumentiert. Marx (1973[1875]) und Adorno (1973[1966]) plädieren für Maßstabslosigkeit: alle nach ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen, freie individuelle Entwicklung, Anderssein können, Pluralität, die erst noch herzustellen wäre.

Gesellschaftstheoretisch wird die Kritik an der Ungleichheit erst dort interessant, wo zwischen der Tatsache, dass es Reiche, Gebildete, männliche sexistische Gewalt gegen Frauen, rassifizierende Abwertungen, Ausplünderung und Zerstörung von Natur gibt, und der Tatsache, dass andere unter ausbeuterischen Bedingungen schwere körperliche Arbeit leisten müssen, schlechter und kürzer leben oder Sexismus erfahren, Kausalitäten und Widerspruchszusammenhänge bestehen, deren Verständnis dazu beiträgt, solche Verhältnisse zu überwinden. Die intersektionellen Ansätze, die von verschiedenen Achsen der Ungleichheit ausgehen, sprechen nicht von solchen Widersprüchen, sondern tendieren dazu, sich vor allem dem unteren Ende der Gleichheitsskala zuzuwenden, also 'Ungleichheiten' im Sinne von Benachteiligungen. Aber wie verhält es sich mit der Intersektionalität auf dem Gegenpol, also Kombinationen wie reich, weiß, weiblich, gleichgeschlechtlich? Der gesellschaftliche Prozess, der dazu führt, dass es überhaupt zu polarisierender Ungleichheit, also zu einer derartigen Reichtumsbildung, zu Entscheidungsmacht, zu rassistischer Suprematie, zu bürgerlicher

Kälte, Elitarroganz und Kommandogewalt kommt, wird merkwürdiger Weise gar nicht in den Blick genommen.

Es wird von Ungleichheit und Nichtteilhabe aufgrund von Benachteiligung qua Klasse, Ethnie/Rasse und Geschlecht gesprochen (Becker-Schmidt 2007: 70). Die Kritik an der Ungleichheit zielt auf die Verwirklichung von gleichen Rechten, wie sie in modernen kapitalistischen Staaten seit langem anerkannt sind, ohne dass sie wie selbstverständlich eingelöst wären: Individuen haben wegen ihrer 'Nationalität', ihrer 'Rasse', ihres 'Geschlechts', ihrer sexuellen Orientierung geringere Möglichkeiten der politischen oder kulturellen Partizipation, sie werden schlechter bezahlt, leisten ein größeres Pensum an schwerer Arbeit oder erfahren sexistische Gewalt. Es geht also um Rechtsgleichheit und die Einlösung von gleichen Rechten (Meyer 2017: 11). Frauen und Männer gleich welcher Hautfarbe, Herkunft oder Religion wären dann hinsichtlich Einkommen, Karrierechancen, politischer Teilhabe, Bildungstiteln, Verteilung der Lebenszeit auf Erwerbs- und reproduktive Arbeiten gleichgestellt. Es fänden keine sexistischen Übergriffe und Symbolisierungen in Werbung und Medien mehr statt. Rassistisch Diskriminierte wären nicht länger marginalisiert oder benachteiligt, Individuen verschiedener ethnischer Gruppen und 'Rassen' würden in ihrer Gleichheit und in ihrer Differenz anerkannt.

Im politisch-rechtlichen Sinn gilt das längst, niemand darf wegen des Geschlechts oder der 'Rasse' diskriminiert werden. Doch im Intersektionalitätsansatz wird wenig bedacht, was es bedeutet, dass Gleichheit mit Recht und Staat verbunden ist. Erklärungsbedürftig ist ja, warum diese Rechte, die seit vielen Jahrzehnten gelten, nicht eingelöst werden und durch immer neue Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetze bekräftigt werden müssen. Die staatlichen Apparate verwirklichen die Gleichheitsrechte nicht – oft, weil die staatlichen Akteur_innen nicht wollen und können, vielfach, weil sie Ungleichheiten durchaus politisch erzeugen und reproduzieren. Es werden bestimmte Auffassungen von Gleichheit als selbstverständlich unterstellt oder explizit verteidigt und die Bevorzugung (Vermögensbesitzer) und Benachteiligungen (Arbeitslose, Alleinerziehende) wissentlich in Kauf genommen oder gefördert. Dies führt bei gleichen Rechten zu juristisch ausgetragenen Kämpfen um die Deutung der Rechte und mit daraus sich ergebenden spezifischen Benachteiligungen (Zugang zu Rechtsinstanzen, lange Dauer, Kostenrisiko, Resignation). Mit staatlichen und rechtlichen Mitteln wird aber auch Ungleichheit festgestellt und definiert, um soziale Ungleichheit auszugleichen, um gegen Diskriminierung zu wirken, sei es durch Gleichstellung von Ethnien, Völkern, Nationen oder 'Rassen' oder durch gezielte Fördermaßnahmen. Diese zunächst positiv gemeinten Maßnahmen

können aber ihrerseits zu neuen Konflikten führen, weil bisher Privilegierte sich benachteiligt fühlen oder weil die Diskriminierten sich einem Kollektiv zurechnen lassen müssen, um in den Genuss von Rechten zu gelangen.

Der Intersektionalitätsdiskurs und der Bezug auf die Norm der Gleichheit birgt die Gefahr, 'Klasse' auf einen Nebenwiderspruch zu reduzieren oder sie unsichtbar zu machen und den Kapitalismus vor Kritik zu schützen (Brown 1995: 61). Denn bedeutet die Forderung nach Gleichheit und Teilhabe nicht, dass auch Frauen oder rassistisch Diskriminierte an der Ausbeutung von Lohnarbeit teilhaben? Vermutlich soll Gleichheit auch ökonomische Gleichheit einschließen. Doch im Fall der Gleichheit von Arbeiter_in und Kapitalist ergeben sich besondere Probleme. Ökonomische Ungleichheit ist in diesem Fall gar nicht das Ergebnis einer Diskriminierung oder der Verletzung der Norm der Gleichheit, sondern gerade das Ergebnis von Gleichheit selbst: Der Rechtsgleichheit der Warenverkäufer auf dem Markt entspricht die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft in der Produktion und die Reichtumsakkumulation der Kapitaleigentümer. Soll am Begriff der Gleichheit überhaupt festgehalten werden, müsste er tiefergehend auf soziale Gleichheit zielen. Aber wie ist diese gemeint? Zielt dies auf stärkere Sozialtransfers? Aber diese blieben immer strittig und die Ungleichheit würde reproduziert. Geht es um gleichberechtigtes Miteigentum der Lohnabhängigen an den Produktionsmitteln? – was einer Privilegierung der bisherigen Kapitaleigentümer gleichkäme. Orientiert dies auf die gleiche Verteilung von Produktionsmitteln, so dass alle zu einer Art verallgemeinerter Mittelklasse gehören? Oder geht es um die Schaffung von Kollektiveigentum, also um die gleichen Möglichkeiten, über die gemeinsame Arbeit, das erzeugte Produkt und seine Verwendung zu bestimmen? Es gäbe dann weiterhin Ungleichheit, aber sie hätte einen völlig anderen Charakter.

Die Ungleichheitskritik orientiert sich an einer geltenden Norm, ihr Ziel ist die gleiche Partizipation am vorhandenen Reichtum, an Bildung, an Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt, an politischen Entscheidungen oder an militärischen Aktivitäten. Doch es kann nicht unterstellt werden, dass die Gleichheitsnorm als solche schon Auskunft darüber gibt, wie die Formen des Zusammenlebens, der Arbeitsteilung, der Ressourcennutzung gestaltet werden: Handelt es sich darum, dass alle am heutigen Lebensstandard der OECD-Staaten partizipieren? Wessen Lebensweise gibt in diesen Staaten oder global den Maßstab vor? Gleichheitskriterien könnten durchaus selbstdestruktiv für alle sein – so würde die heute in den OECD-Staaten verbreitete Lebensweise die planetarischen Ressourcen überfordern, wenn sie verallgemeinert würde. Ein gleiches Lebensniveau müsste also von allen gemeinsam ermittelt werden;

Kriterien und Geltungsbereiche präzise bestimmt werden. Aber ist Gleichheit die angemessene Norm? Ist es nicht, wie Marx vorschlägt, Aufgabe der Gegenwärtigen, die Erde für die Nachkommen besser zu hinterlassen, also auf spezifische Weise intergenerationelle Ungleichheit herzustellen? Wenn davon gesprochen wird, dass die Ungleichheitslagen Ergebnis von Teilungen der Gesellschaft sind, stellt sich die Frage, ob das Ziel dann in der Überwindung von Teilungen besteht. Die Teilungen nach Beruf, Bildungstiteln, Religion, Nation, Rasse, Geschlecht erweisen sich als antiemanzipatorisch, wenn unter Emanzipation verstanden wird, dass Individuen nicht an eine subjektive Identität als einem ihr ganzes Leben festlegendes Schicksal gebunden werden. Aber es wird andere Teilungen geben. Es lassen sich Aufteilungen denken, die die gesellschaftlichen Naturverhältnisse, individuelle und kollektive Bedürfnisse, individuelle Differenziertheit, Nuanciertheit und Freiheit zum Bezugspunkt einer Neugliederung der Funktionen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung nehmen. Lässt sich dies mit dem Begriff der Gleichheit denken?

Die Intersektionalitätskonzeption legt nahe, dass es Gleichheit auf allen Ungleichheitsachsen geben sollte. Unter dem Blickwinkel einer herzustellenden Gleichheit erweist sich der Begriff der Ungleichheit aber als irreführend, weil er selbst verschiedenen Logiken folgt. Auf einer formalen Ebene lässt sich also über Gleichheit oder Ungleichheit nicht entscheiden. Gleichheit kann wichtige Aspekte der Emanzipation verfehlen; diese ist oftmals eher mit dem Begriff der Ungleichheit oder der Differenz verbunden.

3. Das gegliederte Ganze der kapitalistischen Produktionsweise

Es muss also danach gefragt werden, ob nicht gerade die Art und Weise, wie die Intersektionalitätsdiskussion Differenzen feststellt, dazu beiträgt, die Bildung von gemeinsamen Emanzipationsperspektiven zu blockieren, weil jeder universalisierenden Verdichtung in einem einzelnen Signifikanten der Vorbehalt entgegengebracht wird, jeweils andere Subordinationsverhältnisse unsichtbar zu machen. In einem dekonstruktiv-identitätskritischen Sinn kann gesagt werden, dass 'Klasse', 'Rasse', 'Geschlecht' keine biologischen Referenten haben und es sich um Kategorien handelt, die innerhalb eines Diskurses als Subjektposition durch eine Artikulation von Bedeutungsdifferenzen konstruiert werden (vgl. Mouffe 1999 für den Signifikanten 'Frau'). Laclau und Mouffe (1991) bezeichnen eine solche Vervielfältigung von Subjektpositionen als Differenzlogik, die darauf zielt, Äquivalenzketten zu zerbrechen und in eine Vielzahl von Differenzen und in Pluralität umzuwandeln. Soll Hegemonie gewonnen werden, soll es zu

emanzipatorischen Initiativen kommen, ist es, Laclau und Mouffe zufolge, jedoch notwendig, dass viele konkrete Forderungen eine lange Äquivalenzkette bilden und von einem leeren Signifikanten symbolisiert werden. Die Äquivalenz – nicht die Gleichheit – bildet sich, indem differenzielle Subjektivitäten sich in einer Identität verdichten, die radikal einem Antagonisten gegenübersteht, der alle daran hindert, ihre volle Identität zu erlangen. Ein partikulares Subjekt wird universell und repräsentiert alle Kräfte, die auf Emanzipation drängen – alle Formen von Herrschaft, Macht, Ungleichheit, Diskriminierung, Entwürdigung verdichten sich ihm gegenüber in einem Antagonisten. Laclau (1981: 181f.) führt als Beispiel die durch Großgrundbesitzer mit staatlicher Hilfe von ihrem Land vertriebenen Bauern an, für die eine Vielzahl von objektiven Bestimmungen zu Symbolen des Negativen werden: die Waffen der Soldaten, ihre Uniformen, die Hautfarbe oder Sprechweise, die sich alle schließlich in einem besonderen antagonistischen Symbol anreichern können, das Laclau und Mouffe als leeren Signifikanten bezeichnen, weil es als konkretes Zeichen völlig hinter seine Funktion zurücktritt, eine Vielzahl von Antagonismen zu repräsentieren).

Die Frage, die sich im Anschluss an die Überlegungen von Laclau stellt ist, ob es nicht der Konstruktion einer solchen universellen Subjektposition bedarf, die eine Vielzahl von Unterdrückungserfahrungen und Forderungen nach Veränderung symbolisiert. Laclau empfindet jedenfalls die Vermehrung von Partikularismen, die nicht mit einem globalen emanzipatorischen Diskurs verbunden sind, als bedrohlich für eine linke Politik (Laclau 2013b: 379; Žižek 2013: 121f.). Dabei erscheint es ihm zunächst einmal nicht entscheidend, ob die Äquivalenzkette von dem leeren Signifikanten 'Frau' symbolisiert wird oder ein anderer leerer Signifikant für die Gesamtheit der radikalen Forderungen steht. Gleichzeitig jedoch wendet sich Laclau gegen die Möglichkeit, dass der Begriff der 'Klasse' jene Funktion des Artikulators übernehmen könnte; er sei unzureichend, um die Identität der Akteure in antikapitalistischen Kämpfen zu erklären, und ein „Überbleibsel einer altmodischen Konzeption“ (Laclau 2013a: 251). Die anregende Überlegung von Laclau ist doppelt unzulänglich, denn er kann a) nicht begründen, warum irgendeine Identität die Funktion der Hegemonie nicht mehr übernehmen können soll, wenn es dafür keine im Referenten liegenden Gründe gibt. Vor dem Hintergrund seiner Annahmen ist b) auch nicht plausibel, warum er von der Linken und von antikapitalistischen Kämpfen spricht, denn wenn der Kapitalismus der Antagonist sein soll, dann bedarf es schon einer Äquivalenzkette und eines universellen Subjekts der Emanzipation. Das kann, muss aber nicht unbedingt 'Klasse' sein, aber 'Klasse' muss ein wesentlicher Aspekt dieser Universalität sein. Das ist nicht nur aus Gründen der historischen Semantik der

Fall, sondern auch aus grundsätzlichen theoretischen Überlegungen, die ich im Folgenden darlegen möchte.

Wie oben gezeigt wurde, schwanken die Vertreter_innen des Intersektionalitätsansatzes. Sie sprechen davon, dass verschiedene Ungleichheitsverhältnisse sich wechselseitig durchdringen und ko-konstitutiv zur Bildung der modernen europäischen Gesellschaft beitragen (Knapp 2013a: 350). Verschiedene Arten von Ungleichheit sind dann Merkmale dieser Gesellschaft. Damit wird für die feministische oder die marxistische Theorie der Anspruch auf Gesellschaftstheorie aufgegeben, denn sie werden de facto als Teilbereichstheorien bestimmt, die Bausteine zu einem umfassenden Verständnis der modernen Gesellschaft beitragen. Ob diese Gesellschaft dann in der Hauptsache als kapitalistische bestimmt werden kann, bleibt kontrovers. Politisch geht auf diese Weise der Anspruch auf die Universalität einer umfassenden Emanzipation verloren, die sich in einer Pluralität von Differenzen verliert. 'Europa' oder 'Moderne' könnten – im Sinne Laclaus – ein solcher antagonistischer Signifikant werden, also alles Negative repräsentieren, gegen das sich dann alle Bemühungen um Emanzipation richten würden. Etwas in dieser Art gibt es in Ansätzen (Kritik am Eurozentrismus oder der Vernunft der Moderne), doch die Tendenz zum Antagonismus ist verhalten, die Postmoderne zielt auf eine Vielzahl lokaler Rationalitäten und Pluralismus, die postkoloniale Kritik zielt auf eine Provinzialisierung Europas, eine Entkoppelung vom Westen oder eine Vervielfältigung der Moderne. Der Intersektionalitätsansatz legt vor allem nahe, dass sich im Begriff der Gleichheit ein universelles Subjekt artikulieren und zu einem leeren Signifikanten werden könnte. Doch, wie oben gezeigt, sind die damit verbundenen Emanzipationsperspektiven so unklar, dass Gleichheit sich nicht eignet, zu jenem leeren Signifikanten zu werden, in dem sich alle Verhältnisse der Herrschaft und Entwürdigung repräsentieren lassen.

Im Folgenden will ich – in der Tradition der kritischen Gesellschaftstheorie seit Marx – die moderne, bürgerliche Gesellschaft als eine von der kapitalistischen Produktionsweise bestimmte Gesellschaft begreifen. Dies beinhaltet, die Gesamtheit der Beziehungen, die Gesellschaft als 'Gesellschaft' konstituieren, als ein komplex gegliedertes Ganzes, nicht als eine einfache Struktur zu begreifen (Althusser 2011; Hall 2004: 34). Kapitalismus ist also keine untergeordnete Dimension sozialer Ungleichheit, er ist auch kein äußerlich bleibender Rahmen für verschiedene Formen von Ungleichheit. Im Gegenteil vertrete ich die These, dass gerade die kapitalistische Produktionsweise sich in der Einheit heterogener Herrschaftspraktiken konstituiert, die in einem internen Zusammenhang stehen. Damit folge ich der Überlegung von Andrea Maihofer, die argumentiert, dass auf diese Weise „sonst voneinander unabhängig erscheinende gesellschaftliche Phä-

nomene – wie die kapitalistische Warenproduktion, instrumentelle Rationalität, Naturbeherrschung, bürgerlich patriarchale Herrschaft, ‘männliche’ Subjektivität – in einem engen, konstitutiven Entstehungs- und Reproduktionszusammenhang gesehen werden“ (1995: 111). Obwohl sie einen inneren Zusammenhang bilden, handelt es sich um heterogene Widerspruchsverhältnisse, in denen spezifische Logiken von Herrschaft und Ausbeutung wirksam sind. Ich möchte dies für ‘Rasse’, ‘Klasse’ und ‘Geschlecht’ deutlich machen.

1) ‘Klassen’ bilden sich in der Gesamtheit ökonomischer, politisch-staatlicher, kulturell-ideologischer Verhältnisse. Sie existieren auch niemals allein an sich oder für sich, sondern nur in Relation zu anderen Klassen; sie formieren sich in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit und in den je spezifischen Formen des Kampfes gegeneinander. Ein wesentliches Merkmal dieses herrschaftlichen Verhältnisses von ‘Klassen’ unter kapitalistischen Bedingungen ist die historisch immer extensivere und intensivere private Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Produktionsmittel durch eine Klasse, der entsprechend eine Klasse von Lohnabhängigen gegenübersteht. Der Reichtum der Kapitaleigentümer bildet sich durch die Aneignung lebendigen Arbeitsvermögens, nur aufgrund dieser Ausbeutung gibt es sie — so wie die Lohnabhängigen erst im und durch das Kapitalverhältnis, in der Unterwerfung ihres Arbeitsvermögens unter die Lohnform, in den Kämpfen gegen die Ausbeutung als je konkrete Arbeiter_innenklasse konstituiert werden. Doch solange das Kapitalverhältnis besteht, hängt ihre Subsistenz davon ab, dass sie ihr Arbeitsvermögen am Arbeitsmarkt verkaufen können. Es handelt sich um einen antagonistischen Widerspruch. Unter gegebenen Produktionsverhältnissen benötigen beide Klassen sich: Die Bourgeoisie eignet sich die Mehrarbeit der Lohnabhängigen an und wird im Akkumulationsprozess immer reicher; um dies zu erreichen, muss sie eine Vielzahl von gesellschaftlichen Verhältnissen modifizieren oder schaffen, die der erweiterten Akkumulation des Kapitals eine Grundlage geben. Dies führt zu einer permanenten Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, erzeugt Krisen und stellt ständig auch die Kontinuität und Identität der kapitalistischen Gesellschaftsformation in Frage. Die Arbeiter_innen sind aus Gründen der Selbsterhaltung in das Lohnarbeitsverhältnis hineingezwungen und reproduzieren mit dem eigenen Arbeitsvermögen nicht nur den gesellschaftlichen Reichtum, sondern auch die Macht der Gegenseite auf immer größerer Stufenleiter und damit die eigene Abhängigkeit. Gleichwohl gibt es in diesem antagonistischen Verhältnis eine Asymmetrie. Denn die Bourgeoisie kann ohne die Ausbeutung der Lohnabhängigen nicht existieren, die Arbeiter_innenklasse kann jedoch vollständig ohne Bourgeoisie auskommen und die relevanten gesellschaftlichen Produktions- und Verteilungsfunktionen, die sie ohnehin

schon ausübt, auch selbstbestimmt wahrnehmen. Dazu muss sie allerdings ihre Existenzform und Identität als lohnabhängige Klasse selbst aufgeben und zur Herstellung weltgeschichtlich neuer gesellschaftlicher Verhältnisse beitragen, unter denen es überhaupt keine Klassen mehr gibt. 'Klasse' ist ebenso wenig eine positive und natürliche Identität wie 'Rasse'. Eine Versöhnung zwischen antagonistischen Klassen kann es nicht geben, aber es handelt sich dabei um eine logische, gesellschaftskonstitutive Bestimmung, nicht um Feindschaft zwischen Menschen. Die rationalen Momente und zivilisatorischen Errungenschaften der kapitalistisch formierten Gesellschaft können von einer neuen Produktionsweise und höheren Zivilisation re-artikuliert werden.

2) Der Rassismus ist eine bürgerliche Praxis und mit der kapitalistischen Sklavenökonomie und dem Prozess der Kolonisierung entstanden. Von Rasseideologien werden alle Menschen 'Rassen' zugeordnet, nicht nur die 'Anderen'. Das Kriterium für 'Rasse' ist dabei willkürlich: Arbeiter_innen, Arme, Iren, Russen und Polen, Juden, Muslime, Schwarze oder Indios wurden in einem abwertenden Sinn als minderwertige 'Rasse' bezeichnet. Mit 'Rasse' oder 'Ethnie' wird ein tautologisches, sich wechselseitig verstärkendes Verhältnis von biologistischen und kulturalistischen Annahmen in Gang gesetzt: Sprache, nationalstaatliche Herkunft, Religion, 'kulturkreisspezifische' Gewohnheiten, Mentalitäten, geringe Bildung oder Distanz zur parlamentarischen Demokratie werden als Ausdruck biologischer Unterschiede verstanden, die ihrerseits nur auf Grundlage jener kulturellen Merkmale überhaupt identifiziert werden können. Die rassistische Abwertung ergreift alle Lebensbereiche von der Unterwerfung unter die Ausbeutung über die Kontrolle der Sexualität und Familie bis zu den Bürgerrechten oder der kulturellen Teilhabe. Wie die Klassenbildung ergreift sie auch diejenigen, die sich als überlegene 'Rasse' begreifen. Sie müssen die Segregation, Herrschaft und Gewalt praktizieren und entsprechend brutale oder anmaßende Fähigkeiten und ideologische Muster entwickeln, um über das Leben anderer disponieren zu können. Mit der rassistischen Konstruktion und Objektivierung der 'Anderen', die als minderwertig, unzivilisiert, tierisch, triebhaft, schlaue-verschlagen, faul und unmündig gesehen werden, geht selbstaffirmatives Überlegenheitsdenken, Angst vor dem Anderen und den von ihm ausgehenden Widerständen, Ekel oder die bevölkerungspolitische Sorge um den 'Volkskörper' (Gesundheit, Sexualität, Vermischung, Degeneration) einher. Der spezifische Widerspruch ist nicht notwendigerweise antagonistisch wie der zwischen Lohnarbeit und Kapital. Der Rassismus erlaubt temporär Verhältnisse, in denen auch rassistisch, ethnisch oder national Andere quasi ungestört und segregiert nebeneinander leben können. Doch kann der rassistische Gegensatz jederzeit von neuem aufgeladen und mobi-

liert werden. Die rassistische Logik steht in einem widersprüchlichen Verhältnis zum bürgerlichen Gleichheitsanspruch und wird von ihm sowohl aktiviert als auch begrenzt. Der Widerspruch des Rassismus widerfährt der bürgerlichen Gesellschaft nicht, sondern entsteht aus ihrer inneren Dynamik. Um diesen Zusammenhang klarzumachen, bedarf es der Macht- und Herrschaftstheorie. Als Form von Herrschaft erlaubt der Rassismus, eine imaginäre Einheit und Selbstaffirmation all derjenigen herzustellen, die an der ausgrenzenden Praxis teilhaben (Arier gegen Juden, Weiße gegen Schwarze). Teile des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters werden seit dem 16. Jahrhundert immer wieder in eine solche rassistisch abgewertete Position gebracht, weil dies bei der Aneignung des Arbeitsvermögens ein besonderes Maß an Auspressung von Mehrarbeit und Hierarchiebildung mit einer Vielzahl von Spaltungslinien und Bündnissen zwischen Männern und Frauen der herrschenden Klassen oder zwischen Herrschenden und Subalternen ermöglicht. Rassismus erlaubt den gewalthaften und ausbeuterischen Zugriff auf Menschen, Territorien, Ressourcen und Vermögen (Handel mit Menschen und Sklaverei, Kolonisierung, neokolonialer Paternalismus – Prozesse, durch die sich die formierenden kapitalistischen Staaten oder die bürgerlichen Familien als Ordnungsmächte und zivilisatorische Mächte installieren) (Linebaugh/Rediker 2008). Unterschiedlich radikale Emanzipationsperspektiven sind mit Blick auf den rassistischen Widerspruch denkbar. Zunächst kann bürgerrechtlich für die Gleichstellung von 'Rassen' und 'Ethnien' und die Beseitigung von Benachteiligungen argumentiert werden. Doch 'Rassen' gibt es nicht, Rassismus ist ganz und gar irrational. Deswegen ist es berechtigt, seine vollständige Beseitigung zu erwarten. An diesem Punkt gibt es einen Unterschied zum Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital. Denn Lohnarbeit ist eine historisch spezifische Form, die Aneignung von Natur und die gesellschaftliche Kooperation zu organisieren. Sie trägt, wenn auch in immer geringerem Maße rational, zur Selbsterhaltung von Menschen bei. Deswegen kann an sie angeknüpft werden. Das ist beim Rassismus nicht der Fall. Er ist zerstörerisch und trägt nichts zur gemeinsamen Produktion des Gemeinsamen bei.

3) Ob Frauen im Sinne des bürgerlich-männlichen Gleichheitsverständnisses als Gleiche gelten können und deswegen alle bürgerlichen und politischen Rechte genießen sollten, war seit der Französischen Revolution strittig. Mit Differenzargumenten (körperliche Schwäche, Irrationalität, besondere Gefühlsfähigkeit) wurde eine systematische Benachteiligung von Frauen reproduziert. Vergeschlechtlichende Herrschaftspraxis bedeutet Konstitution der heterosexuellen Dichotomie und entsprechend vereindeutigter Körperpraktiken. Die hierarchisierende Unterscheidung von privat/öffentlich spaltet die gesellschaftliche

Arbeit in wertförmigen Reichtum erzeugende Arbeit und Haushaltstätigkeiten auf. Eine sich im 19. Jahrhundert herausbildende staatlich-zivilgesellschaftliche Kontrolle, Erziehung und Familiarisierungsstrategie zielt auf den Körper der Frau (und der Kinder), ihre Arbeit, die Sexualität, ihre Gebärfähigkeit und damit die Generativität, die patrilineare Erbfolge und die Verwandtschaftsbeziehungen. Herrschaft trägt also dazu bei, ein herrschendes, männliches Kollektiv und einen irrationalen Konsens zu schaffen, der mittels sexistischer und androzentrischer Lebensformen Privilegien gewährt und vereinheitlicht. Dies heißt nicht, dass alle Männer in gleicher Weise an diesen Vorrechten teilhaben, denn auch sie werden dadurch – und häufig gegen ihre eigenen Orientierungen – vereindeutigt, hierarchisiert und gespalten. Umgekehrt können sich auch Frauen auf der Seite der herrschenden Männer befinden und aktiv an der Moralisierung und Familiarisierung beteiligt sein. Die Emanzipationsperspektive kann unterschiedlich radikal sein: zunächst die ökonomische, politische, kulturelle Gleichberechtigung und Gleichstellung der Geschlechter, die aber die Unterteilung selbst nicht in Frage stellt; darüber hinaus gehen Praktiken zur Überwindung der binären, heterosexuellen Geschlechterordnung und zur 'Befreiung' 'unterdrückter' Sexualitäten; noch entschiedener verhält es sich mit Praktiken, die auf eine Überwindung der Bindung von Individuen an eine geschlechtliche und sexuelle Identität überhaupt zielen. Wie im Fall von 'Klassen' oder 'Rassen' ist auch in diesem Fall das Ziel, das Geschlecht selbst als Klassifikations- und Herrschaftsprinzip überflüssig zu machen. Versöhnung zwischen den zuvor in einen vergeschlechtlichten Gegensatz gebrachten Individuen ist denkbar. Die Unterscheidung in zwei distinkte Genusgruppen hatte historisch ein rationales Moment, da erst in ihrer Kooperation Menschen sich als Gattungswesen erhalten (was auf einem hohen zivilisatorischen Niveau die Weitergabe von Spermien homosexueller Männer an lesbische Frauen und gemeinsame Elternschaften einschließen kann). Das biologische Moment dieses besonderen gesellschaftlichen Naturverhältnisses schließt nicht ein, dass alle Menschen sich am Vorgang der Gattungsreproduktion beteiligen oder beteiligen müssen; ebenso wenig determiniert die Biologie und die Gebär- und Zeugungsfähigkeit, dass zwischen biologischen Körpereigenschaften, Lust und Begehren, geschlechtlicher Identität und Lebensformen ein quasi natürlicher Zusammenhang besteht. Die Kämpfe um Emanzipation der vergangenen Jahrzehnte konnten diesen Zusammenhang als eine artikulatorische Praxis transparent machen, aufbrechen und eine Vielzahl von Körperverhältnissen, sexuellen Orientierungen, Lebensformen, Identitäten und Bündnissen zwischen ihnen (LGBTIQ*) zur Geltung bringen. Die heterosexistisch-geschlechtliche Arbeitsteilung sowie die Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen ist irrational, da

sie und die vergeschlechtlichende Subjektivierung als ‘Mann’ oder ‘Frau’ für die Reproduktion der Gattung, für erotische Verhältnisse und für die gesellschaftliche Arbeitsteilung nicht notwendig sind (Demirović/Maihofer 2013).

In der Trias ‘Klasse-Rasse-Geschlecht’ wird häufig nur Rasse in Anführungszeichen gesetzt, um deutlich zu machen, dass es keinen Referenten für diesen Namen gibt. Doch nach meiner Überlegung stehen alle drei Herrschaftsverhältnisse und die mit ihnen verknüpften Muster der Personifikation, der Identität in Frage, auch wenn es in der spezifischen Widerspruchslogik Differenzen gibt. Während ‘Rasse’ völlig irrational ist, haben ‘Klasse’ und ‘Geschlecht’ ein rationales Moment – in beiden Fällen geht es jeweils um ein spezifisches gesellschaftliches Naturverhältnis: Organisation der gesellschaftlichen Arbeit und Erhaltung der Gattung. Im Prinzip sind emanzipierte gesellschaftliche Naturverhältnisse möglich, in denen ‘Klasse’ und ‘Geschlecht’ keine Bedeutung für die biologische und soziale Reproduktion der Menschen mehr haben.

Warum nun sollte der aus all diesen und weiteren Widersprüchen konstituierte Zusammenhang als kapitalistisch bestimmt werden? Im Zusammenhang der geschlechtertheoretischen und ökologischen Diskussion wird zu Recht darauf hingewiesen, dass patriarchal-sexistische Herrschaftspraktiken und Naturbeherrschung älter sind als ihre kapitalistischen Formen. Doch es handelt sich bei konstitutionstheoretischen Fragen nicht um Aspekte des Ursprungs und der Anciennität von Herrschaftsverhältnissen. Erklärungsbedürftig ist ja, warum bestimmte Ausbeutungs- und Herrschaftspraktiken vom Bürgertum erhalten und immer wieder erneuert werden. Es geht deswegen um den Gesamtprozess des kapitalistisch-bürgerlichen gesellschaftlichen Ganzen, also seine Entstehung, seine krisenhafte Reproduktion und sein Ende – was einschließt ein Ende der historisch überlieferten Herrschaftsformen. Im Anschluß an Marx will ich argumentieren, dass die bürgerliche Gesellschaftsformation auf der entwickeltsten und mannigfaltigsten historischen Organisation der Produktion beruht. Sie ist aufgebaut auf den Trümmern und Elementen, Gliederungen und Produktionsverhältnissen aller früheren Gesellschaftsformen (Marx 1983[1857]: 39). Sie besteht aus Praktiken, die alle die verschiedenen Herrschaftsformen zur komplexen Einheit ‘Gesellschaft’ zusammenzwingen, sich also zwanghaft bemühen, eine integrierte Einheit herzustellen, die gleichzeitig aufgrund innerer heterogener Widersprüchlichkeit scheitern. Gesellschaft ist ständig von Prozessen der Auflösung bedroht (Adorno 2008[1964]) und muss also ständig neue Gleichgewichte zwischen den heterogenen Tendenzen finden, um sich durch ihre Krisen hindurch zu reproduzieren.

Viele der genannten Herrschaftsverhältnisse wie Ausbeutung, Kolonialismus, Rassismus, Staat, Familie sind historisch neue, dynamische Momente, die zur

Entstehung und Form der kapitalistischen Produktionsweise beitragen und sich mit deren erweiterter Reproduktion immer wieder verändern. Andere wie der Sexismus, die Naturausbeutung, die Trennung von Kopf- und Handarbeit haben bereits eine lange Geschichte und gehen in den Prozess der Formierung der neuen Produktionsweise mit ein. Doch werden sie umgearbeitet, aus dem Blickwinkel der neuen Verhältnisse erschließen sich die alten. Das entscheidend Neue ist die Herausbildung der Lohnarbeit.

„Anders mit dem Kapital. Seine historischen Existenzbedingungen sind durchaus nicht da mit der Waren- und Geldzirkulation. Es entsteht nur, wo der Besitzer von Produktions- und Lebensmitteln den freien Arbeiter als Verkäufer seiner Arbeitskraft auf dem Markt vorfindet, und diese eine historische Bedingung umschließt eine Weltgeschichte. Das Kapital kündigt daher von vornherein eine Epoche des gesellschaftlichen Produktionsprozesses an.“ (Marx 1969[1890]: 184)

Die Herausbildung der Lohnarbeit ist also ein Vorgang von weltgeschichtlicher Bedeutung. Er hat die Lebensweisen der Menschen weltweit tiefgreifend revolutioniert, die Menschen global in Bewegung gesetzt und sie zahlreichen Experimenten und neuen und sich verfeinernden Machtpraktiken der bürgerlichen Klasse unterworfen, die gegen alle Widerstände Ausbeutung und bürgerliche Lebensverhältnisse durchsetzen und sie auf immer neuer Stufenleiter und durch alle Krisen hindurch erhalten und erneuern. In diesem Prozess wurde seit dem 19. Jahrhundert eine Form der Aneignung von Mehrarbeit verallgemeinert, die vielfach nicht mehr als unmittelbare Gewalt erscheint, sondern die Ausgebeuteten als gleiche und freie Privatrechtssubjekte anerkennt. Zwar finden Gewalt, Sklaverei, Betrug, Entrechtung oder Überausbeutung auf der Grundlage von 'Rasse', 'Geschlecht', Alter oder nationaler Herkunft permanent weiterhin statt. Doch die Notwendigkeit der Erhaltung der Ware Arbeitskraft, die Rechtsgleichheit der Warenbesitzer auf dem Arbeitsmarkt und die höhere organische Zusammensetzung der Arbeitskraft und ihrer Träger bietet auch die Grundlage dafür, die verschiedenen Formen der Benachteiligung, die erlauben, Surplusprofite zu erzielen, zu skandalisieren und je nach konkreten Kräfteverhältnissen wenigstens temporär staatlich einzugrenzen.

Im weltgeschichtlichen Sinn ist die Erfindung der Lohnarbeit also neu. Damit konstituiert die bürgerliche Gesellschaft sich als eine völlig neue Form von Herrschaft und übernimmt auch frühere Formen von Herrschaft. Diese werden in weitläufigen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten geprüft, zergliedert, Einiges verworfen, Anderes modifiziert, reorganisiert, intensiviert und mit neuen Machttechniken und -praktiken verknüpft. Die Überlegungen von Kraemer, Korom und Nessel (2012), wonach sich die Kapitalismustheorie um das Geschlechter-

verhältnis nicht kümmern muss, erscheint mir nicht plausibel. Es verhält sich gerade umgekehrt. Denn es gibt keine bürgerliche Klasse, die nur im Kontor, in der Fabrik oder an der Börse existieren, sich nur an der Logik des Nutzenkalküls orientieren würde. Sie hat sich kontinuierlich nicht nur um die Fragen der Sicherung des Eigentums und der öffentlichen Verwaltung, sondern ebenso um Geburt und Erziehung, die Muster der Geschlechtsidentität, um Ehe und Familie, Sexualität, Körper gekümmert und bemüht. Dies war über lange Zeit vor allem auf die bürgerliche Klasse selbst gerichtet. Sie bildet sich als Klasse in der Entwicklung, Ausarbeitung, Verfeinerung spezifischer Herrschaftstechnologien heraus (Recht und Gewalt, Disziplin, staatliche Verwaltung, statistisches Bevölkerungswissen, Medizin und Psychiatrie, moralische, ästhetische, politische Selbstpraktiken). In der Auseinandersetzung mit den Subalternen schafft sie ihrer Lebensweise und Reichtumsaneignung eine Grundlage durch die immer umfassendere Gestaltung aller Verhältnisse. Sie reproduziert sich als herrschende Klasse in der internen Konkurrenz und in den Konflikten mit den Subalternen auf immer neuer Stufenleiter.

Die kapitalistische Produktionsweise besteht demnach aus einer Vielzahl von heterogenen, inkongruenten Widerspruchsverhältnissen und bildet ein komplex gegliedertes Ganzes. Ein kapitalismuskritischer Intersektionalitätsansatz reduziert die verschiedenen Widersprüche nicht auf Ungleichheit und Diskriminierung. Vielmehr wird angenommen, dass in den widersprüchlichen Verhältnissen jeweils spezifische Kämpfe ausgetragen werden: Aneignung von Arbeitsvermögen, Wissen, Bevölkerungslenkung, Kontrolle der und Verfügung über die Körper, Unterordnung – Praktiken, denen Widerstände, Subversionen, Unruhen, Aufstände derjenigen gegenüberstehen, die um Emanzipation, Freiheit und um eine neue Artikulation des Ganzen kämpfen. Trotz emanzipatorischer Veränderungen und begrenzter Lösungen gelingt in vielen Hinsichten keine grundlegende Transformation, weil die kapitalistischen Verhältnisse und ihre Gliederung sich in und durch die Konflikte und revolutionären Veränderungen hindurch bis heute auf erweiterter Stufenleiter reproduzieren. In solchen Prozessen des Konfliktes überdeterminieren sich die Widersprüche, und gerade deswegen müssen sie nicht notwendigerweise die Form eines Konfliktes zwischen 'Klassen' annehmen. Dieser sollte nicht als der eigentliche und wesentliche Konflikt missverstanden werden, während alle anderen nur Erscheinungen und Schattentheater sind. Denn alle sind sie und in ihrer komplexen Gliederung charakteristisch für die kapitalistische Produktionsweise. Die Konjunkturen der Gesellschaft sind charakterisiert durch die besonderen Konflikte, die jeweils bestimmend werden und in Führung gehen (Meyer 2017: 91f.). Historisch können sich die Momente solcher Konstellationen

selbst ändern: Die Landfrage, der Kolonialismus, die Nation, die Judenfrage, das Geschlechterverhältnis, die Demokratie, die Wohnverhältnisse, die medizinische Versorgung, Bildung, Kunst oder Wissenschaft markieren jeweils spezifische Widersprüche und Konfliktlinien. Dabei ist es keineswegs gleichgültig, welche Widerspruchslogik in Führung geht, denn jeweils werden die Konflikte in anderen Formen, mit sich verändernden Identitäten und mit unterschiedlicher Reichweite ausgetragen. So kann die ökologische Kritik sich als antikapitalistisch äußern, als ein Kampf von Frauen gegen Männer interpretiert werden, die die Natur technokratisch beherrschen und zerstören, oder sie kann sich gegen Industrialismus wenden und damit als Gegner gleichermaßen Kapitaleigentümer und Lohnabhängige bezeichnen. Eine besondere historische Konstellation kann dadurch bestimmt sein, dass der Signifikant 'Frau' zum universellen Repräsentanten einer vielstimmigen gesellschaftlichen Kritik und Mobilisierung gegen eine herrschende Person wie Präsident Trump wird, die gleichzeitig Rassismus, Sexismus, Wissenschaftsablehnung und Demokratiefeindlichkeit verkörpert (Hess 2017). In solchen Fällen mobilisiert ein Signifikant vielfältige gesellschaftlichen Kräfte und verdichtet sie in einem einzigen Gegensatz – doch diese Bedeutungseinheit kann auch wieder zerfallen, wenn Akteur_innen feststellen, dass sie von diesem Repräsentanten nicht angemessen vertreten werden. Aus dem Blinkwinkel eines kapitalismuskritischen intersektionellen Ansatzes ist entscheidend, dass die Widersprüche nicht auf einen Begriff reduziert werden, aber die Dynamik eines Konflikts unter dem Gesichtspunkt begriffen wird, ob und wie sehr sie auch auf die 'Klasse' zielt. 'Klasse' stellt keinen ursprünglichen und wesentlichen Widerspruch dar, er tritt nie in reiner Form auf, sondern ist immer überdeterminiert. Der Klassenwiderspruch geht mit seiner Energie und seiner Dynamik selbst in die Form anderer Widersprüche ein, überdeterminiert, verstärkt oder verschiebt sie. Doch kann in den Konflikten 'Klasse' auch selbst der allgemeine Repräsentant werden, in dem sich alle emanzipatorischen Kräfte wiedererkennen und der aus allen Kämpfen um Emanzipation seine Energie gewinnt. 'Klasse' kann – und gestützt auf die Überlegung von Marx muss – als jenes neuartige Widerspruchs- und Herrschaftsverhältnis verstanden werden, das eine ganze Vielzahl von Herrschaftsverhältnissen in einem dynamisch sich verändernden Kreislauf zusammenbringt und wie eine Art Schlussstein wirkt, also dem ganzen Bogen von einzelnen Widerspruchsverhältnissen einen letzten (nicht ersten) Zusammenhalt gibt. Anders gesagt, eine an Marx orientierte intersektionelle Gesellschaftstheorie, die sich der Vielfalt von Widersprüchen zuwendet, argumentiert dafür, dass die Vielzahl von emanzipatorischen Kämpfen, die seit vielen Jahrzehnten geführt werden und immer auch Erfolge haben,

erst dann gemeinsam ihr Ziel erreichen – nämlich daran gehen zu können, jene Identitäten und Bedingungen von ‘Klasse’, ‘Rasse’ und ‘Geschlecht’ zu überwinden – wenn sie die Gliederung und die Organisation der Gesellschaft selbst in Frage stellen und damit die Lohnarbeit als jene Form, die dem gesamten Kreislauf widersprüchlicher Herrschaftspraktiken den Zusammenhang gibt.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (2008[1964]): Philosophische Elemente einer Theorie der Gesellschaft. In: ders. (Hg.): Nachgelassene Schriften, Bd. IV.12. Frankfurt/M.
- (1973[1966]): Negative Dialektik. In: ders. (Hg.): Gesammelte Schriften, Bd. 6. Frankfurt/M., 7-412.
- Althusser, Louis (2010): Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg.
- (2011): Für Marx. Frankfurt/M.
- Anderson, Perry (1978): Über den westlichen Marxismus. Frankfurt/M.
- Aulenbacher, Brigitte (2013): Intersektionalität, Kapitalismus und die ‘Archäologie der europäischen Moderne’. Zum Umkreisen und Füllen einer Leerstelle: EWE, Jg. 24, Heft 3, 354-357.
- (2015): Alles Kapitalismus? Zur Freilegung von Herrschaft durch die (pro-)feministische Gesellschaftstheorie, Sozialphilosophie und Geschlechterforschung. In: dies./Riegraf, Birgit/Völker, Susanne (Hg.): Feministische Kapitalismuskritik. Münster, 14-31.
- Becker-Schmidt, Regina (2007): ‘Class’, ‘gender’, ‘ethnicity’, ‘race’: Logiken der Differenzsetzung, Verschränkungen von Ungleichheitslagen und gesellschaftliche Strukturierung. In: Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli/Sauer, Birgit (Hg.): Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Identität. Frankfurt/M., New York, 56-83.
- Brown, Wendy (1995): States of Injury. Power and Freedom in Late Modernity, Princeton.
- (2006): Die Unmöglichkeit der Women’s Studies. In: Dietze, Gabriele, Hark/Sabine, (Hg.): Gender kontrovers. Genealogien und Grenzen einer Kategorie. Königstein, 123-150.
- Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hg.) (2007): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden.
- Crenshaw, Kimberlé (2013): Die Intersektion von „Rasse“ und Geschlecht demarginalisieren: Eine Schwarze feministische Kritik am Antidiskriminierungsrecht, der feministischen Theorie und der antirassistischen Politik. In: Lutz, Helma/Herrera Vivar, Maria Teresa/Supik, Linda (Hg.): Fokus Intersektionalität. Bewegungen und Verortungen eines vielschichtigen Konzeptes. Wiesbaden (2. Aufl.), 35-58.
- Demirović, Alex (Hg.) (2001): Komplexität und Emanzipation. Kritische Gesellschaftstheorie und die Herausforderung der Systemtheorie Niklas Luhmanns. Münster.

- (2011): Kritische Gesellschaftstheorie und die Vielfalt der Emanzipationsperspektiven. In: *Prokla* 165, 41. Jahrgang, Heft. 4, 519-542.
- Demirović, Alex/Adolphs, Stephan/Karakayali, Serhat (Hg.) (2010): *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis*. Baden-Baden.
- Demirović, Alex/Maihofer, Andrea (2013): *Vielfachkrise und die Krise der Geschlechterverhältnisse*. In: Nickel, Hildegard/Heilmann, Andreas (Hg.): *Krise, Kritik, Allianzen. Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven*. Weinheim, Basel, 30-48.
- Fanon, Frantz (1969): *Die Verdammten dieser Erde*. Reinbek bei Hamburg.
- Foucault, Michel (2015[1973]): *Die Strafgesellschaft*. Berlin.
- Hall, Stuart (1989): *Ausgewählte Schriften*. Hamburg.
- (2004): *Bedeutung, Repräsentation, Ideologie*. In: ders.: *Ideologie, Identität, Repräsentation*. *Ausgewählte Schriften* 4. Hamburg, 34-65.
- Hess, Amanda (2017): *Alle gegen Trump: Amerikas neue Frauenbewegung*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 62. Jahrgang, Heft 3, 69-80.
- Jay, Martin (1984): *Marxism and Totality. The Adventures of a Concept from Lukács to Habermas*. Cambridge, New York.
- Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli (2007): *Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz: Verhältnisbestimmung von Klasse, Geschlecht, 'Rasse'/Ethnizität*. In: Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli/Sauer, Birgit (Hg.): *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Identität*. Frankfurt/M., New York, 19-41.
- Knapp, Gudrun-Axeli (2008): *Kommentar zu Tove Soilands Beitrag*. In: *querelles-net*, Nr. 26.
- (2013a): *Zur Bestimmung und Abgrenzung von „Intersektionalität“*. Überlegungen zu Interferenzen von 'Geschlecht', 'Klasse' und anderen Kategorien sozialer Teilung. In: *Erwägen Wissen Ethik*, Jg. 24, Heft 3, 341-354.
- (2013b): *'Intersectional Invisibility': Anknüpfungen und Rückfragen an ein Konzept der Intersektionalitätsforschung*. In: Lutz, Helma/Herrera Vivar, Maria Teresa/Supik, Linda (Hg.): *Fokus Intersektionalität. Bewegungen und Verortungen eines vielschichtigen Konzeptes*. Wiesbaden (2. Aufl.), 243-264.
- Kraemer, Klaus/Korom, Philipp/Nessel, Sebastian (2012): *Kapitalismus und Gender. Eine Auseinandersetzung mit der kapitalismuskritischen Intersektionalitätsforschung*. In: *Berliner Journal für Soziologie* (2012) 22, 29-52.
- Laclau, Ernesto (1981): *Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus – Faschismus – Populismus*. Hamburg.
- (2013a): *Struktur, Geschichte und das Politische*. In: Butler, Judith/Laclau, Ernesto/Žižek, Slavoj (Hg.): *Kontingenz, Hegemonie, Universalität*. Wien, Berlin, 227-263.
- (2013b): *Universalität konstruieren*. In: Butler, Judith/Laclau, Ernesto/Žižek, Slavoj (Hg.): *Kontingenz, Hegemonie, Universalität*. Wien, Berlin, 349-379.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien.

- Linebaugh, Peter/Rediker, Marcus (2008): Die vielköpfige Hydra. Die verborgene Geschichte des revolutionären Atlantiks. Berlin, Hamburg.
- Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (2009) (Hg.): Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie. Baden-Baden.
- Lutz, Helma/Herrera Vivar, Maria Teresa/Supik, Linda (2013) (Hg.): Fokus Intersektionalität. Bewegungen und Verortungen eines vielschichtigen Konzeptes. Wiesbaden.
- Maihofer, Andrea (1995): Geschlecht als Existenzweise. Frankfurt/M.
- Marchart, Oliver (2008): Cultural Studies. Konstanz.
- Marx, Karl (1972[1843]): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 1. Berlin.
- (1969[1845]): Thesen über Feuerbach. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 3. Berlin.
- 1983[1857]): Einleitung. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 42. Berlin, 15-45.
- 1974[1859]): Zur Kritik der politischen Ökonomie. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 13. Berlin, 3-160
- (1973[1875]): Kritik des Gothaer Programms. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 19. Berlin, 11-32.
- (1969[1890]): Das Kapital, Bd. 1. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 23. Berlin.
- Meyer, Katrin (2017): Theorien der Intersektionalität. Hamburg.
- Mouffe, Chantal (1999): Hegemony, Power and the Political Dimension of Culture. In: the contemporary study of culture. Wien, 47-52.
- Pühl, Katharina (2008): Kommentar zu Tove Soilands Beitrag. In: querelles-net, Nr. 26.
- Soiland, Tove (2008): Die Verhältnisse gingen und die Kategorien kamen. Intersectionality oder Vom Unbehagen an der amerikanischen Theorie. In: querelles-net, Nr. 26.
- Žižek, Slavoj (2013): Klassenkampf oder Postmodernismus? Ja, Bitte! In: Butler, Judith/Laclau, Ernesto/Žižek, Slavoj (Hg.): Kontingenz, Hegemonie, Universalität. Wien, Berlin, 113-170.

Autor*innen und Herausgeber*innen

Brigitte Bargetz ist Universitätsassistentin (post doc) am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und Mitherausgeberin der *Femina Politica*. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. Arbeitsschwerpunkte: Affect Theory, Demokratietheorie, Theorien des Politischen, Theorien des Alltags, Queer-feministische Theorie, Cultural Studies. *Publikationen* Writing Out 'the Social'? Feministische Materialismen im Streitgespräch. In: Leicht, I./Löw, C./Meisterhans, N./Volk, K. (Hg.) (2017): *Material turn: Feministische Perspektiven auf Materialität und Materialismus*. Opladen, Farmington Hills, 133-150. (2016): *Ambivalenzen des Alltags. Neuorientierungen für eine Theorie des Politischen*. Bielefeld.

Michael Brie, Sozialphilosoph, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Schwerpunkt Theorie und Geschichte des Sozialismus und Kommunismus. *Publikationen* (2015): *Polanyi neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser und Karl Polanyi*. (2016) (Hg. mit Lutz Brangsch): *Das Kommunistische. Oder: Ein Gespenst kommt nicht zur Ruhe*. Hamburg. (2017): *Lenin neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zur Dialektik der Revolution und Metaphysik der Herrschaft*. Hamburg. (2018) (Hg. gemeinsam mit Claus Thomasberger): *Karl Polanyi's Vision of a Socialist Transformation*. Montreal, New York.

Alex Demirović, Forschungsgebiete: kritische Gesellschaftstheorie, Politik-, Staats- und Demokratietheorie; derzeitiger Status: Apl. Prof. an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main, Senior Fellow an der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Redaktionsmitglied bei der Zeitschrift *LuXemburg*. *Publikationen* (1999): *Der nonkonformistische Intellektuelle*. Frankfurt/M. (Hg.). (2016): *Transformation der Demokratie – demokratische Transformation*. Münster. Gemeinsam mit Mario Candeias (Hg.) (2017): *Europe – what's left? Die Europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung*. Münster.

Julia Dück, Dipl. Politikwissenschaftler*in, ist Doktorandin an der Friedrich Schiller Universität Jena und Stipendiatin der Rosa Luxemburg Stiftung. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind: Marxistische und feministische Gesellschaftstheorie, (multiple) Krise und Hegemonie, Soziale Reproduktion und Geschlechterverhältnisse sowie gesellschaftliche Kämpfe um Care in der Krise. *Publikationen* zus. mit Katharina Hajek (2018): 'Intime Verhältnisse'. Eine gesellschaftstheoretische Erweiterung der Debatte um soziale Reproduktion. In: Scheele, A./Wöhl, S.: *Marxismus und Feminismus*. Weinheim, 218-231. (2018) *Feministische Klassenpolitiken in Kämpfen um soziale Reproduktion*, *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 6(1), 129-140. Verfügbar unter: <http://www.zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/343>

Silvia Kontos, Studienggebiet: Geschlecht und Politik. Bis 2010 Professorin für Soziologie an der Hochschule Rhein-Main. *Publikationen* (2009) Öffnung der Sperrbezirke. Zum Wandel von Theorien und Politik der Prostitution. Königstein/Ts. (2015): Von der Hausarbeitsdebatte zur 'Krise der Reproduktion'? In: Demirović, A./Klauke, S./Schneider, E. (Hg.): Was ist der 'Stand des Marxismus'? Münster, 64-78.

Susanne Lettow, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Margherita-von-Brentano-Zentrum für Geschlechterforschung und Privatdozentin am Institut für Philosophie, Freie Universität Berlin. Arbeitsgebiete: feministische Philosophie und Gender Studies, kritische Gesellschaftstheorie, Wissenschafts- und Technikphilosophie, Geschichte und Theorie der Biopolitik. *Publikation* (2017): Turning the Turn: Materialism and Critical Theory. In: Thesis Eleven. Critical Theory and Historical Sociology, 140 (1), 106-121.

Gundula Ludwig ist Universitätsassistentin (post doc) am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und Mitherausgeberin der *Femina Politica*. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. Arbeitsschwerpunkte: Staats-, Macht- und Demokratietheorien aus queer-feministischer Perspektive. *Publikation* (2016): Desiring Neoliberalism. In: Sexuality Research and Social Policy, 14 (4), 517-527.

Andrea Maihofer ist Professorin für Geschlechterforschung an der Universität Basel und Leiterin des Zentrums Gender Studies; außerdem Leiterin des Gender-Graduiertenkollegs Basel. Forschungsschwerpunkte: Analyse der Geschlechterverhältnisse im Rahmen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Transformationsprozesse: Familie, Sozialisation, Berufsverläufe, Männlichkeit(en), Sexualität, Geschlechter- und Gesellschaftstheorie, Normen/Normativität/Normalisierung. *Publikationen* (2018) Freiheit – Selbstbestimmung – Autonomie. In: Baer, S./Sacksofsky, U. (Hg.): Autonomie im Recht – geschlechtertheoretisch vermessen. Baden-Baden, 1-31. (2017) Säkularismus – Wie weiter? Ein Essay. In: Freiburger Zeitschrift für Geschlechterforschung, Jg. 23, Nr. 2, 93-110.

Katharina Pübl studierte Sozialwissenschaften und Philosophie in Frankfurt/M. und ist Referentin für feministische Gesellschafts- und Kapitalismusanalyse im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin. Vorher langjährig an verschiedenen Universitäten im deutschsprachigen Raum in Frauen- und Geschlechterforschung/Genderstudies wissenschaftlich unterwegs. *Publikationen*: zus. mit Alexandra Manske (Hg.) (2010): Prekarisierung zwischen Anomie und Normalisierung. Geschlechtertheoretische Bestimmungen. Münster. (2015) (zus. mit Pia Garske, Ina Nüthen und Benjamin Opratko): Das Projekt einer kritischen Gesellschaftstheorie – Ein Gespräch über Ausschlüsse, Abbruchkanten und die Vielstimmigkeit von Kritikperspektiven. In: Demirović, A./Klauke, S./Schneider, E. (Hg.): Was ist der 'Stand des Marxismus'? Münster, 157-185.

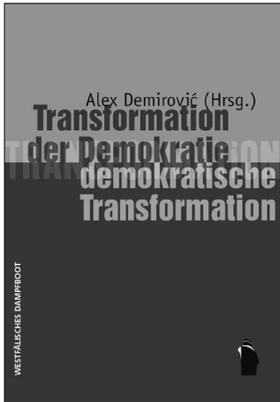
Birgit Sauer ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Geschlecht, Politik, Governance; Politik, Emotionen und Affekte; Rechtspopulismus und Geschlecht. Derzeit arbeitet sie an einem Projekt über Transformation von Staatlichkeit und „affektive Gouvernementalität“. *Publikation* (2017): Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotenzial der Kategorie Geschlecht. In: Politische Vierteljahresschrift, 58. Jg., H. 1, 1-20.

Susanne Schultz, Politikwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt/M. im Projekt „Demografisierung des Politischen? Eine intersektionale Analyse deutscher Familien- und Migrationspolitik seit Mitte der 1990er Jahre“. Forschungsschwerpunkte: Biopolitik, Geschlechterverhältnisse, Migration, Staatstheorien. *Publikationen* (2016) Die zukünftige Nation. Demografisierung von Migrationspolitik und neue Konjunkturen des Rassismus. In: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung, Vol. 2 (1), 117-138. (2015): Reproducing the nation: the new German population policy and the concept of demographization. In: Distinktion. Journal of Social Theory, Jg. 16, Nr. 3, 337-361.

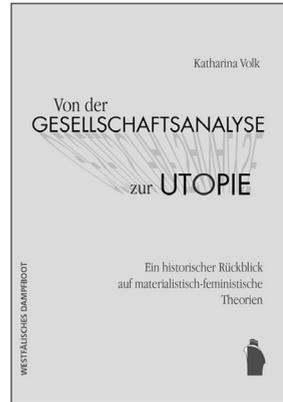
Anika Thym ist Doktorandin in Geschlechterforschung an der Universität Basel und Stipendiatin des Schweizer Nationalfonds und der Friedrich Ebert Stiftung. Sie hat in Basel und Paris Geschlechterforschung, Soziologie und Wirtschaftswissenschaften studiert. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind: Gesellschafts- und Geschlechtertheorie, Männlichkeitsforschung, Social Studies on Finance, Reproduktion und Care und hochschulpolitische Debatten um Exzellenz, Gleichstellung und Diversity. Promotionsprojekt: „Macht und Kritik: Eine Untersuchung kritischer (Selbst)Reflexionen von Männern aus Führungspositionen im Finanzsektor“. *Publikation* (2016) Exzellenz und/oder vielfältige Lebensentwürfe. 7 Aspekte des Lebens und Arbeitens an der philosophisch-historischen Fakultät der Universität Basel (zusammen mit Sophie Bürgi, Laura Eigenmann und Matthias Luterbach). Basel. <https://edoc.unibas.ch/61148/>

Christa Wichterich, nach Jahren der Lehrtätigkeit an deutschen, österreichischen und Schweizer Universitäten jetzt wieder freiberufliche feministische Soziologin mit den Arbeitsschwerpunkten Globalisierung und Gender, feministische politische Ökonomie und Ökologie, internationale Frauenpolitik, Frauenbewegungen. *Publikationen* (2017) Viele Orte überall: Care Logik in alternativen Projekten und Potentiale von Gegenmacht, in: feministische studien, Heft 2, S.259-276; Feministische internationale politische Ökonomie und Sorgeextraktivismus, In: Brand, U./Schwenken, H./Wullweber, J. (Hg.): Globalisierung analysieren, kritisieren und verändern. Das Projekt Kritische Wissenschaft. Hamburg, 2016, 54-72.

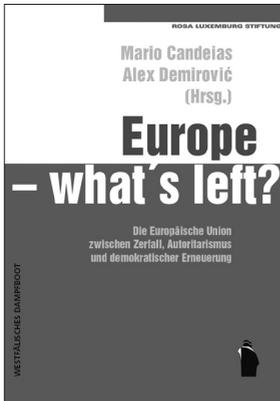
Volker Woltersdorff (alias Lore Logorrhöe), Jg. 1971, Dr. phil., Bio-Bauer im Berliner Speckgürtel und ehrenamtlicher Queertheoretiker. Schwerpunkte: Sexualität, Geschlecht und Herrschaft, Sadomasochismus, subkulturelle Ästhetik, intersektinale Analyse von Heteronormativität und Kapitalismus. Aktuelles Projekt: Pädo-Frage in der Schwulen- und Lesbenbewegung. *Publikation* (2015) zus. mit Nikita Dhawan, Antke Engel und Christoph F.E. Holzhey (Hg.): *Social Justice and Desire: Queering Economy*. London, New York.



Alex Demirovic (Hrsg.)
**Transformation der Demokratie
 – demokratische Transformation**
 2016 – 305 Seiten – 29,90 €
 ISBN 978-3-89691-843-7



Katharina Volk
**Von der Gesellschaftsanalyse
 zur Utopie**
 Ein historischer Rückblick auf
 materialistisch-feministische
 Theorien
 2018 – 378 Seiten – 35,00 €
 ISBN 978-3-89691-295-4



Mario Candeias / Alex Demirovic (Hrsg.)
Europe – what's left?
 Die Europäische Union
 zwischen Zerfall, Autoritarismus
 und demokratischer Erneuerung
 2017 – 243 Seiten – 33,00 €
 ISBN 978-3-89691-850-5



Marie Reusch
Emanzipation undenkbar?
 Mutterschaft und Feminismus
 (Arbeit – Demokratie – Geschlecht Band 25)
 2018 – 206 Seiten – 25,00 €
 ISBN 978-3-89691-291-6